



Jg. 14, Nr. 246, 7.5.84

Chile: Eine Diktatur vor dem Ende? S. 37

Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM C 21734 E

Alles Heilige
wird entweiht



Ohne Atomwaffen fühlt man sich so nackt

Von Zeit zu Zeit fällt der Bub mit seinem Gequengel der Familie ganz schön auf die Nerven. Eigene Atomwaffen will der Bub haben oder wenigstens eine echte atomare Mitbestimmung. Von Zeit zu Zeit muß der Bub dann eins auf die Finger oder auch schon mal auf's Maul kriegen. Danach ist er eine Weile lang still. Aber irgendwann ist er wieder da mit seinem Gequengel.

„Europäische Atomstreitmacht“ heißt seit den frühen 60er Jahren die Parole, mit der die CDU/CSU von Zeit zu Zeit ihre Vertreter verschickt, um auszutesten, ob nicht doch endlich der Moment gekommen ist, einen deutschen Finger an den Druckknopf zu kriegen, mit dem der Atomkrieg ausgelöst werden kann. Jetzt, da die „Nachrüstung“ unter Dach und Fach ist, scheint wieder einmal die Gelegenheit zu einem Vorstoß auf das alte Ziel als günstig zu gelten. Nachdem man im Januar einen hohen Polizeifunktionär aus München als Milizenführer auf die Reise geschickt hatte (vergl. AK 243, S. 1 und 19), tritt jetzt Jürgen Todenhöfer, der rüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU, in den Ring. „Eine europäische Atomstreitmacht als zweite Säule“ fordert er in Springer's „Welt“ (17.4.).

Zwei Argumente führt Todenhöfer als Begründung an:

1. Zwar haben wir „das feste Vertrauen“, daß unsere französischen und britischen „Freunde“ von ihren Atomwaffen „stets den richtigen Gebrauch machen werden“. In Wahrheit aber vertrauen wir unseren „Freunden“ eben doch nicht: „Es gibt keine echte Garantie, daß bei einer französischen nuklearen Einsatzvorbereitung die deutschen Interessen ausreichend berücksichtigt werden. Unser Land verfügt heute daher nur über eine drittklassige Sicherheit“. Das mag, sagt Todenhöfer, in den 60er Jahren „aus geschichtlichen Gründen noch verständlich gewesen sein.“ „Für meine Generation“ jedoch — Todenhöfer ist noch ein paar Jährchen jünger als der Bundeskanzler — „ist das nicht hinnehmbar“. Hitler und Auschwitz, alles schön und gut, aber das ist lange her und wir sind schließlich wieder wer. Außerdem: Wer für „Europa“ so große „finanzielle Opfer“ bringt wie wir, darf für sein gutes Geld auch mal was sehen wollen.

Fortsetzung auf Seite 2

Rückblicke auf den 3. Weltkrieg

Der 3. Weltkrieg beginnt am 4. August 1985. Er dauert drei Wochen und endet mit dem totalen Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums. So steht es jedenfalls in einem Buch des britischen Ex-Generals Hackett, das als „Lieblingslektüre“ des US-Präsidenten bekannt geworden ist.

Es könnte aber auch so sein: Der 3. Weltkrieg dauert nur 48 Stunden. Diese 48 Stunden reichen der Sowjetunion aus, um in einem Überraschungsangriff die gesamte BRD zu überrollen und zu besetzen. Die NATO, die ihre Ohnmacht bewiesen hat, zerfällt. Das Ende der Freien Welt ist gekommen! So beschreibt es der belgische Ex-General Close in seinem Buch „Europa ohne Verteidigung?“

Wie sich Generale den Krieg vorstellen, wenn sie durch widrige Umstände daran gehindert sind, ihn praktisch führen zu dürfen, wird in diesem AK an einigen Beispielen ein bißchen näher betrachtet. Wer sich für den neudeutschen Nationalismus begeistert, wird voll auf seine Kosten kommen: Alle Kriegsfiktionen spielen in Deutschland. Wenigstens werden wir noch einmal im Mittelpunkt der internationalen Aufmerksamkeit stehen.

Weiter auf den Seiten 6-10

Staat contra Friedensbewegung

400.000 bis 600.000 Menschen waren bei den diesjährigen Ostermärschen für den Frieden unterwegs: Kundgebungen, Demonstrationen, Blockaden, symbolischen Aktionen des zivilen Ungehorsams, die Mehrheit davon symbolisch, gewaltfrei und friedlich bis zum Volksfestcharakter kennzeichnend die Felle der Protestierenden.

Anders die Polizei und die „Sicherheitskräfte“: In Garsiedl räumte sie ab, brutal wie es und je, als habe es die friedliche Idylle des „heiligen Herbstes“ nie gegeben. In Muffingen wurde sogar von einem NATO-Soldaten — zwar nur in die Luft — aber immerhin ge-

schossen. Was ist nur mit der Polizei los? War die Zurückhaltung während des „heiligen Herbstes“ nur ein Betriebsunfall? Kommt jetzt ihr eigentlicher Charakter wieder hervor? Oder gibt es zwischen der „De-Eskalations“-Linie vor und während der Herbst-Aktionswochen und dem heutigen Einschreiten einen inneren Zusammenhang? Welchen? Eine Analyse dieser Fragen wird auf den Seiten 11-15 versucht unter dem Thema: „Abrüstung der Friedensbewegung — Zur Strategie des Staates gegen die Friedensbewegung.“

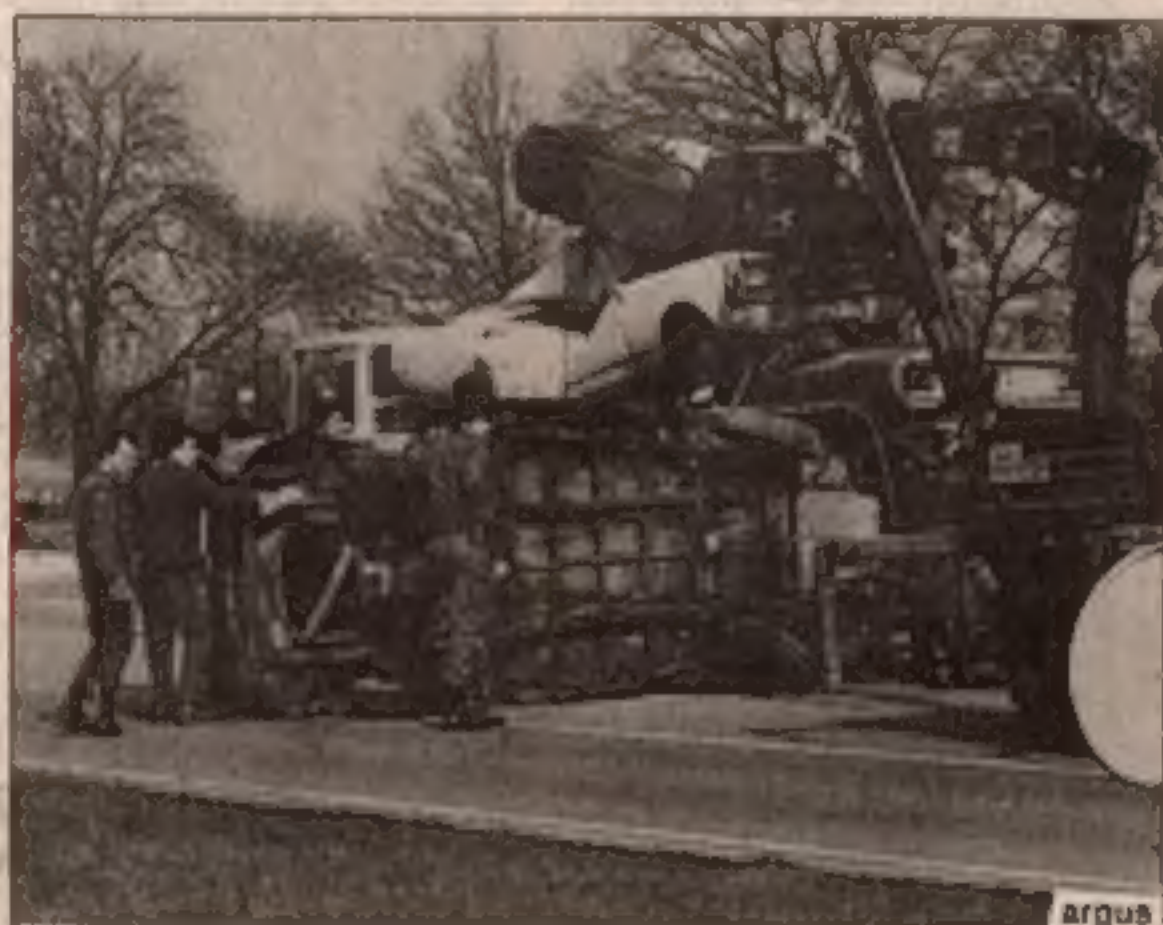
Ja zum Streik

Es ist geschafft. Nach Dutzenden von Verhandlungen und zwei Spitzengesprächen haben 80% der abstimmungsberechtigten Metalller in Nordwürttemberg/Nordbaden am 3. und 4. Mai mit Ja für Streik zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche gestimmt. Ihr Vorstand entscheidet noch in dieser Woche, wann und in welchem Ausmaß der Streik beginnt. Vorher wird noch das Ergebnis der hessischen Urabstimmung vorliegen. Die IG Metall hat mit diesem Ergebnis im kampfstärksten Bezirk eine wesentliche Hürde im diesjährigen

Arbeitskampf genommen, deren Überspringen lange Zeit im Ungewissen lag.

Die bürgerliche Hetzpresse verbreitet gehässige „Gerüchte“ über „Manipulationen“ bei der Urabstimmung. Gesamtmetallvorsitzender Thiele behauptet gar, das Ergebnis sei kein Streikaufrag sondern Aufforderung zu neuen Verhandlungen — der Mann kennt den Stimmzettel nicht, auf dem ein JA oder NEIN zum STREIK für die Forderung anzukreuzen war.

Fortsetzung auf Seite 3



Zwischen drei- und fünftausend Menschen nahmen an der Blockade des Wendlands am 30. April teil und schlugen vielerorts mit überraschenden Aktionen der Polizei ein Schnippchen. Und diesmal blieb es nicht bei symbolischen Blockaden.

Weiteres auf der Seite 8

FKF erbittet den FKK das Kapital, und es war schon atemberaubend, wie sich die Industriekapitäne natürlich und ohne jede Scheu vor aller Augen ausgaben. Eher kümmerlich dagegen wirkte, was ihre Mithrassteller aus dem Bonner Kabarett bisher zu bieten hatten. Die chronischen Gedächtnislücken („Flick? Den Namen habe ich habe ich schon mal gehört“), die mathematischen Schwächen („einige zehntausend Mark... ja, es kann auch eine halbe Million gewesen sein“), die schüchternen Distanzierungsversuche („widert sich unserer politischen Kultur“) der Politiker machten den Eindruck eines laienhaften Begleitprogramms. Doch blitzartig hat sich die Szene gewandelt. Jetzt spielen die Empfänger die Spender an die Wand.

Wer hätte in der deutschen Parteienlandschaft eine so mitreißende Show erwartet? J.R. verabschiedet, Denver ist vergessen. Die neue Serie heißt „Bananas“. Vorhang frei für die große Politik! Die Spannung steigt, die Stars der Regierung lassen die letzten Hüllen fallen. Hans Dietrich Genscher und The one and only Dr. Helmut Birne ernstieren sich selbst und ihre Gefährten. Mitten in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche und als Auftakt einer Steuer-„Reform“. Bravo, bravo!

Mit prickelnder Empörung und wohligen Schauern harren wir der Fortsetzung dieses Stücks, das sich die Nominierung für den Filmpreis („Bambi“) redlich verdient hat. Wie wird es weitergehen? Naht die Apokalypse? Der grüne Engel mit dem Flammenschwert, der vom Himmel niederfährt und schreit mit großer Stimme und spricht: „Sie ist gefallen, Babylon, die große, und eine Behausung der Teufel geworden und ein Behälter aller unreinen Gelüste und ein Behälter aller unreinen und verhassten Vögel“? Leider nein! Leider haben die Grünen erstens keine mächtige Stimme, zweitens geschworen, nie zum Schwert zu greifen (drittens fragt sich, ob sie wirklich Engel sind bzw. bleiben), und außerdem gibt es noch eine Vielzahl weitere Gründe, die gegen diese Inszenierung sprechen.

Das Programm folgt vielmehr minuziöse der Offenbarung zweier anderer Apostel aus dem letzten Jahrhundert. Das Autoren-Paar, das zeitweise recht hablos behandelt wurde, kann ein glänzendes Come-back feiern. Brandaktuell lesen wir, nein verschlingen wir die prophetischen Worte: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschub, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie-Klasse verwaltet. Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt. Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntschekigen Feudalherren, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpfen, unerbarmlich zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose „wahre Zahlung“ (mitunter auch mit dem bargeldlosen Scheck — Anm. AK). Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmer, der ritterlichen Begeisterung, der speißbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönlichen Worte in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbreiteten und wohlverordneten Freiheiten die eine gewissenlose Handelsfreiheit (in Steuerfreiheit — Anm. AK) gesetzt. Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhöllten Ausbeutung die offene, unverhüllte, direkte, dörre Ausbeutung gesetzt. Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.“

Und, so ist in aller Bescheidenheit anzufügen: den Parlamentarier in ihren Spendenempfänger.

Der Arbeiter verkauft seine Arbeitskraft, der Abgeordnete seine Stimme. Es ist das — wohlgemerkt: revolutionär! — Verdienst der Flick, Brauchitsch, Lambdorff, Genscher, Kohl, Strauß, Apel, Meißner und (aber sicher doch!) Schmidt, die ehrwürdige Tätigkeit des deutschen Bundestages ihres Heiligenscheins entkleidet zu haben. Es ist ihr — wohlgemerkt: revolutionär! — Verdienst, die große Idylle unserer Zeit, die Idylle vom freien Westen, die Idylle von der bürgerlichen Demokratie mit bemerkenswerter Gründlichkeit zu zerstören.

„Alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.“

De, Frankfurt

Fortsetzung von vorheriger Seite

Ohne Atomwaffen fühlt man sich so nackt

2. Die Einbeziehung des Weltraums in die „Verteidigungsplanungen“ der beiden „Supermächte“ bringt „das gesamte gegenwärtige Abschreckungssystem ins Wanken“. Die „Atomgarantie“ der USA wird zweifelhaft. „Die europäischen NATO-Mitglieder werden daher selbst zusätzliche Maßnahmen ergreifen müssen, um ihre eigene Sicherheit unter den sich abzeichnenden technologischen Veränderungen zu gewährleisten. Es ist daher an der Zeit, durch die Schaffung einer integrierten europäischen Atomstreitmacht das westliche Bündnis auf zwei tragfähige Säulen, eine europäische und eine amerikanische, zu stellen.“

Die europäische Atommacht soll, wie der Name schon sagt, selbstverständlich aus den vorhandenen und zukünftigen Waffen Großbritanniens und Frankreichs bestehen. Sie soll aber zusätzlich, und das ist der ganz besondere Pfiff von Todenhöfers Projekt, außerdem die neuen US-Raketen (Pershing 2 und Cruise Missile) integrieren. Die europäische Atommacht würde dann, so Todenhöfer, unter Einbeziehung der geplanten britischen und französischen Neuanforderungen über rund 1.800 „Gefechtsköpfe mit strategischer Qualität“ — die also die Sowjetunion bedrohen können — direkt verfügen.

Nun sind wir ja nicht gerade neu in dem Geschäft und erinnern uns noch an den Krawall, mit dem Mitte der 60er Jahre schon einmal die Pläne einer europäischen Atomstreitmacht untergingen. Also müssen wir uns irgendwie einfallen lassen, um uns an die heikle Frage des Einsatzbefehls über diese Waffen heranzustellen. Wir wollten, rät Todenhöfer, „die damals gemachten negativen Erfahrungen nutzen und statt einer perfekten Lösung zunächst schrittweise vorgehen.“ Nämlich: Erst einmal könnte für die Vorbereitung der Einsatzplanung ein Gremium der europäischen NATO-Mitglieder geschaffen werden, in dem auch die USA Sitz und Stimme haben würde. „In einer Übergangszeit bliebe die Einsatzverantwortung — nach Beratung mit allen Mitgliedern des Exekutivgremiums — zunächst bei Frankreich, Großbritannien und den USA, und zwar jeweils für ihre eigenen Waffensysteme.“ „In einer zweiten Phase könnte dann ... die Einsatzkontrolle auf das Exekutivgremium als Ganzes übertragen werden.“

Ja, soweit für heute. Da, wo es im Sinn seines Vorschlags überhaupt erst ist, soweit ist heute, was, wo es ist. Sine sine Vorschlags überhaupt erst interessant werden müßte, bricht Todenhöfer diesmal seine Ausführungen einfach ab. Darüber später mal mehr, „schrittweises Vorgehen“ und so, logo. — Den Einsatzbefehl über 1.800 strategische Atomwaffen einem solchen Gremium zu übertragen, ist militärisch nicht gerade ein praktikabler Schritt. Es sei denn, man will die Entscheidungszeit erheblich verlängern und dem Einsatz der Waffen komplizierte Hindernisse in den Weg legen. Das wäre zwar ein Schritt in eine vernünftige Richtung — je mehr Leute mitentscheiden dürfen, umso unwahrscheinlicher wäre der Einsatz der Waffen! —, aber entspricht ganz bestimmt nicht den Intentionen Todenhöfers. Die von ihm vertretene politisch-militärische Richtung will ja nicht die „Anhebung“ der Atomschwelle“, sondern im Gegenteil deren Festhalten auf niedrigem Niveau. Anders gesagt: Hinter Todenhöfers Forderung steht nicht die Furcht, daß „unsere Freunde“ zu leichtfertig, sondern daß sie zu zögerlich mit der Androhung eines Atomwaffen-Einsatzes sein könnten.

Gänzlich unbeantwortet bleibt die alte Streitfrage, wie Entscheidungen getroffen werden könnten, falls in dem Exekutivgremium keine Übereinstimmung erreicht wird. In Wirklichkeit ist aber genau diese Situation — nämlich die Annahme von Interessenkonflikten zwischen der BRD einerseits und „unseren Freunden“ andererseits — die einzige, die überhaupt so ein Gremium sinnvoll (sinnvoll im Sinne Todenhöfers und seiner Freunde, versteht sich) machen würde. Im Prinzip gibt es für diesen Fall die Modelle der Mehrheitsentscheidung und des Veto-Rechts. Das Prinzip des Veto-Rechts (jedes einzelnen NATO-Mitglieds oder jeder NATO-Streitmacht für die von ihr eingebrachten Waffen) wäre in der Praxis dazu angetan, jede Entscheidung und damit auch den Einsatz zu blockieren. Das Prinzip der Mehrheitsentscheidung wiederum macht aus dann Sinn, wenn man sich Chancen ausrechnet, die BRD könnte zusammen mit anderen NATO-Staaten

Mehrheiten gegen irgendwen von „unseren Freunden“ bilden und diesen wider seinen Willen zur Freigabe der von ihm eingebrachten Atomwaffen veranlassen. Das ist nun aber so ziemlich genau das, was jede Atommacht unbedingt zu vermeiden versucht und im eigenen Interesse vermeiden muß.

Die Forderung von Todenhöfer ist folglich absolut unrealistisch, und er ist sich höchstwahrscheinlich darüber im klaren. Es bleiben zwei Deutungsmöglichkeiten offen. Die harmlosere: Nach der Methode des Felschens legt Todenhöfer erst einmal eine sehr hohe Forderung vor, um in der Praxis etwas viel Oeringeres, sagen wir mal eine stärkere bundesdeutsche Beteiligung an der Einsatzplanung, wie sie derzeit von manchen Politikern im Gespräch gebracht wird, durchzusetzen. Und die gefährlichere Deutung: Die Forderung nach einer europäischen Atomstreitmacht und einem integrierten Exekutivgremium soll propagandistisch ins Spiel gebracht werden, um — nach dem unvermeidlichen Scheitern — eine bessere Ausgangsbasis für einen neuen Anlauf zu nun wirklich eigenen Atomwaffen der BRD zu bekommen. Es wird interessant sein, wer und in welcher Form demnach Todenhöfers Ball aufnehmen wird, um die Sache weiter voranzutreiben. Daß diese Debatte weitergehen wird, scheint jedenfalls ziemlich sicher, nachdem die bisherigen beiden Vorstöße nicht einmal auf Spurenelemente von öffentlichem Protest gestoßen sind.

Resolution zu den sowjetischen Rüstungsmaßnahmen

Die Friedensbewegung tritt ein für die Ächtung und Vernichtung aller Massenvernichtungswaffen in Ost und West. Unser Kampf gegen die Atomwaffen und atomaren Mittelstreckenraketen in Westeuropa ist eine notwendige Reaktion auf das bereits vorhandene atomare Potential und den Versuch der USA und der NATO, eine militärische Überlegenheit über die Sowjetunion und unter Ausnutzung modernster Technologien eine Erbschaftsfähigkeit zu erlangen. Diese Politik der Stärke ist bis heute der Hauptgrund für den Rüstungswettlauf und die damit verbundene Kriegsgefahr.

Die Sowjetunion beteiligt sich an diesem Rüstungswettlauf. Und obgleich die sowjetische Rüstung im globalen Maßstab auf die Politik militärischer Überlegenheit reagiert, tragen die Rüstungsmaßnahmen der WVO — insbesondere die Aufstellung neuer operativ-taktischer atomarer Raketen erhöhter Reichweite in der CSSR und der DDR — zur Destabilisierung der Situation bei; d.h. machen sie unsicherer.

Die Reduzierung der Vorwarnzeit und die Zielgenauigkeit moderner Raketenessysteme verstärken in gefährlichen Krisensituationen die Tendenz, vermeintlichen oder realen gegnerischen Kriegsplanungen mit präventiven Einsätzen vorzuzukommen. Viele von uns befürchten, daß damit der von der Sowjetunion einseitig erklärte Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen in Frage gestellt wird.

Angeichts der Entwicklung technischer Möglichkeiten moderner Waffensysteme wird das „Gleichgewicht des Schreckens“ und auch die sowjetische Doktrin der „gleichen Sicherheit“ abgelöst durch ein System der „gleichen, größer werdenden Unsicherheit“.

Well jedes neue atomare Waffensystem destabilisierend wirkt, fordern wir: Stopp der Stationierung der Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise Missiles und Abbau der bereits stationierten Raketen dieses Typs in Westeuropa, Rücknahme der sowjetischen Maßnahmen SS 22 und SS 23.

Unsere Forderung an die WVO-Staaten stellt uns nicht den Blick für die Notwendigkeit, einen Stopp der Aufrüstung in Westeuropa und den USA — auch einseitig — durchzusetzen. Dafür werden wir uns weiter einsetzen. Hierin vor allem liegt der Schlüssel zur Beendigung des Wettlaufes in Ost und West.

Auch auf der Mai-Aktionskonferenz der Friedensbewegung konnten hitzige Debatten über die sowjetischen Gegenmaßnahmen nicht ausbleiben. Auf der Aktionskonferenz im Februar hatte ja der Streit darüber fast zum Eklat geführt. Die Pressemeldungen dazu waren schon voreilig über den Ticker gelaufen. Im Februar hatte der Streit damit geendet, daß in der Abschlussschluss 3 unterschiedliche Positionen dazu festgehalten worden waren. Auf dieser Konferenz nun wurde trotz heftigen Streites in der zu diesem Thema eingerichteten Arbeitsgruppe am Schluß bei nur wenigen Gegenstimmen, fast einhellig also, eine „gemeinsame“ Resolution zu dem Thema verabschiedet, die wir hier wiedergeben. Diese so „ausgewogene“ Resolution schaffte Sieger auf allen Seiten. Für das KOFAS-Spektrum war die Verhinderung einer eindeutigen Verurteilung dieser Gegenmaßnahmen (Pardon: es muß jetzt „Maßnahmen“ heißen) Grund zur Zustimmung. Daß jede Maßnahme im Rüstungswettlauf, genauer gesagt der Rüstungswettlauf selbst, zu weiteren „Destabilisierungen“ beiträgt, ist unumstritten. Für SPD-Vertreter, kirchliche Gruppen u.a. stellt diese Resolution einen großen Schritt in Richtung genereller Ablehnung sowjetischer Atom-Rüstung dar, wie sie ausführten. Nur die Grünen mochten sich diesem Bild nicht an-schließen. Vollkommen zu recht wiesen sie darauf hin, daß solche jeweils interpretationsfähigen Formelkompromisse den nach wie vor bestehenden grundsätzlichen Widerspruch bei der Beurteilung dieser Maßnahmen bestenfalls verkleistern. Es wäre ja auch ein Wunder oder ein für Dummenverkauf des Publikums, wollte man plötzlich innerhalb von 3 Monaten von grundsätzlich unterschiedlichen Beurteilungen zur großen „Einheitlichkeit“ gefunden haben. Den Grünen ging und geht es bei ihrer Kritik daran aber darum, eine ein-

Friedenskonferenz in Köln beschließt Aktionsrahmen

Am 3. und 6. Mai fand in Köln eine Aktionskonferenz der Friedensbewegung mit etwa 800 Teilnehmern statt. Neben der Diskussion über verschiedene Positionen (zur Frage der NATO-Mitgliedschaft, der sowjetischen Gegenmaßnahmen, zur Frage einer „blockübergreifenden Friedensbewegung“) stand vor allem die Aktionsplanung für den Herbst 1984 auf dem Programm. Erklärtes Ziel aller Strömungen war dabei, zu einem sogenannten integrierten Aktionskonzept zu kommen, in dem unterschiedliche Aktivitäten ihren Platz haben sollten, um damit eine gemeinsame Trägerschaft des gesamten Programms zu ermöglichen. Es wird sich allerdings noch zeigen müssen, ob das mehrheitlich verabschiedete Konzept (wir drucken das Dokument im Wortlaut ab) tatsächlich einen für alle tragfähigen Kompromiß darstellt. Ausgangssituation waren verschiedene Vorstellungen über zentrale Aktionen in diesem Herbst: Das Komitee für Grundrechte und zahlreiche Prominente hatten einen Menschenkette von Flensburg bis Berchtesgaden quer durch die Bundesrepublik vorgeschlagen. Zusammen mit den kirchlichen Gruppen hatte man sich dann auf eine „kürzere“ Menschenkette geeinigt, die nach Möglichkeit von den holländischen und belgischen Cruise Missiles-Standorten nach Mutlangen reichen sollte. Das DKP- und KOFAS-Spektrum, die Jusos und sozialdemokratische Vertreter, zu denen sich schließlich auch Jo Leinen vom BBU gesellte, wollten 3 regionale Großkundgebungen. Bei den Jusos und dem KOFAS-Spektrum spielten dabei auch Bedenken gegen die Aktionsform von Menschenketten eine Rolle, obwohl sie im Sinne einer besseren „Kompromißfähigkeit“ anboten, in diese regionalen Großaktionen Menschenketten zu integrieren. Beide Seiten gingen zu Recht davon aus, daß die jeweils andere Konzeption nicht eine solche Ausstrahlungskraft haben dürfte wie es ähnliche Aktionen im letzten Jahr — vor Beginn der Stationierung — noch hatten. Aber daß eine solche zentrale Großaktion herausschmeiße, war für beiden Seiten unumstößlich. Im Ergebnis hat sich nun eine Mehrheit für drei Regionalaktionen ausgesprochen. Auch wenn hinzugenommen wurde, daß im nächsten Jahr anlässlich des 5. Mai (30. Jahr Mitgliedschaft der BRD in der NATO) oder des 8.5. (40. Jahre nach der Niederlage des Faschismus) eine bundesweite Großaktion stattfinden soll — und niemand zweifelt daran, daß es dann genügend die größte aller Menschenketten werden soll, ist trotzdem dieser Beschluß für die Anhänger des Menschenkettenprojektes unumstößlich. Die Misere ist offenkundig, denn es gibt zwar einen Beschluß, aber noch überhaupt keine konkreten Festlegungen für die ganz zentralen Großaktionen. Dies ist an die Regionalaktionen überwiesen worden, die innerhalb der nächsten 4 Wochen darüber befinden sollen. Einige kirchliche Gruppen waren deshalb sogar dafür, auf ein Angebot der Fulda-Gruppen und des unabhängigen Spektrums einzugehen, statt einer weiteren Aktion im Oktober dann doch lieber eine gemeinsame Abschlusssaktion im September im Fulda-GAP zu planen. Die Unabhängigen ihrerseits hatten 3 Schwerpunkte für diesen Herbst vorgeschlagen (s. das Papier dazu in diesem AK): eine zentrale Solidaritätsaktion zu Nicaragua, Verweigerungstage mit Protestaktionen gegen

die geplante Bundeswehrausweitung und Behinderungsaktionen zu den Manövern in Hildesheim und im Fulda-GAP mit zentralen Abschlusssaktionen. Tatsächlich sind alle diese Vorschläge im Aktionskonzept aufgenommen worden, mit Erklärungen und Zusagen aus allen Spektren, daß diese Aktivitäten gemeinsam getragen werden sollen. Daß ermöglicht es zumindest, überall in der Friedensbewegung um aktive Unterstützung der Aktivitäten zu werben, wieweil allerdings tatsächliche Anstrengungen dazu von allen unternommen werden, steht auf einem anderen Blatt. Noch immer gilt dort die Vorstellung, daß wirkliche Massenaktionen zeitlich und örtlich und aktionsmäßig getrennt von konkreten Protesten (wie bei einem Manöver oder wie zur Verweigerung) stattfinden hätten. Zwar sind es häufig Bündnis-rücksichten (mit SPD- oder Gewerkschaftskreisen) bzw. eigene Bedenken, im offiziellen Sprachgebrauch heißt es dann aber, bei einer Massenaktion müsse jedem ein „Zugang“ zu diesen Aktion geöffnet werden, bzw. im DKP-Jargon ist das die „radikale“ Aktion, an der jeder teilnehmen könnte. Andererseits sind solche Aktionen (im bestimmten Rahmen) anerkannter Bestandteil im Bündnis der Friedensbewegung. Die Unabhängigen hatten zwar erklärt, daß sie nicht davon ausgehen würden, daß die vorgeschlagenen Großaktionen zu einer weiteren Perspektive der Friedensbewegung beitragen würden, andererseits aber ihre Bereitschaft erklärt, beim Zustandekommen eines gemeinsamen Aktionsprogrammes eine solche Aktionsplanung zu tolerieren. Gleichzeitig wurde angeboten, zu einer gemeinsamen zentralen Aktion ersatzweise im Fulda-GAP zu kommen, bzw. wenn etwa unbedingt noch eine weitere regionale Aktion im Norden unverzichtbar erscheint (wie es Jusos und DKP forderten), dann eine weitere gemeinsame Demonstration in Hildesheim ins Auge zu fassen. Das würde dann auch zu einer großen Nicaraguasolidaritätsaktion zugute kommen.

Eine Aktionsplanung ist also auf der Konferenz beschlossen worden, die Diskussion darüber, was und wie tatsächlich und vor allem erfolgreich durchgeführt kann, ist damit alles andere als abgeschlossen.

Aktionsplanung für den Herbst

Die Friedensbewegung hat die politische Kultur unseres Landes verändert. Sie ist aufgefordert, den politischen Widerstand gegen die Raketenstationierung und Rüstungspolitik in vielfältigen und phantasievollen Formen und Aktionen gemeinsam Ausdruck zu geben. Dabei gilt es, die Ablehnung der Raketenstationierung in der Bevölkerung zu festigen und auszubauen und in aktives politisches Handeln zu verwandeln, bei direkten gewaltfreien Aktionen zivilen Ungehorsams, der Verweigerung, Massenaktivitäten und symbolischen Aktionen.

Wir rufen auf zu einem gemeinsamen Friedensherbst vom 1. Sept. bis 24. Nov. 1984.

1. Antikriegstag am 1. September
2. Aktionen zu den Herbstmanövern
Alle Friedensgruppen sind dazu aufgefordert, sich an den Vorbereitungen und der Gestaltung dieser Aktionen gegen die Manöver im Fulda-GAP und in Hildesheim auf den Vorbereitungskonferenzen zu beteiligen.
Für Ende September im Fulda-GAP und der Woche vom 17.9.-23.9.84 im Raum Hildesheim sind Friedenscamps und Manöverbehinderungsaktionen geplant. Als zentraler Abschluß ist ein Menschenkette im Manövergebiet im Fulda-GAP bzw. eine zentrale Demonstration im Raum Hildesheim vorgesehen. Für den Raum Hildesheim findet eine Norddeutsche Vorbereitungskonferenz am 27.9. in Hannover statt.
3. Friedenstag des Protestes, Widerstandes und der Verweigerung im Herbst insbesondere Aktionstage an den Schulen, Universitäten und Betrieben zur Vorbereitung der Großaktionen.
4. Regionale Großaktionen mit Menschenketten am 20. Oktober, die den politischen Zusammenhang mit Kernforderungen der Friedensbewegung symbolisieren.

Die Aktionskonferenz schlägt vor:

- in der Region Mitte:
Um unsere Verbindung von Friedensbewegung und Arbeiterbewegung auszudrücken:
Menschenkette im Ruhrgebiet mit abschließender Kundgebung.
- im Süden:
Um den weitergehenden Widerstand gegen die Raketenstationierung zum Ausdruck zu bringen:
Großaktion, die die Stationierungsorte einschließt.
- im Norden:
Um den Widerstand gegen die Militarisierung und gegen aggressive Kriegsführungsstrategien deutlich zu machen:
Großaktion, die die Orte der Militarisierung zum Gegenstand hat.
6. Solidaritätsaktionen mit Nicaragua am 3. November
7. Friedenswochen der kirchlichen Gruppen vom 11. bis 21. November
8. Tage der Verweigerung vom 22.-24.11.
Wir bitten die Friedensbewegung in den drei Regionen, auf gemeinsamen Friedensversammlungen dieses integrierte Aktionskonzept zu diskutieren und zu konkretisieren. Der KA wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß die regionalen Großaktionen miteinander verknüpft werden. Zugleich soll er mit den Friedensbewegungen in Holland und Belgien eine Verknüpfung mit den dortigen Aktivitäten gegen die Stationierung absprechen.
9. Eine überregionale Großaktion soll für den Mai '85 anlässlich der Jahrestage zur NATO-Mitgliedschaft oder zu Ende des 2. Weltkrieges stattfinden.

Auf der Kölner Aktionskonferenz am 8.5. Mai 1984 mehrheitlich verabschiedet.

Einladung zur Nordkonferenz der Friedensbewegung

Aktionskonferenz zur Behinderung der NATO-Herbstmanöver in Niedersachsen

Niedersachsen soll auch in diesem Jahr auf den kommenden Krieg in Europa „eingestimmt“ werden: In den diesjährigen NATO-Herbstmanövern „Lionheart“, „Roaring Lion“, „Weiße Birke“ und „Cold Fire“ soll zwischen dem 3. September und 12. Oktober 1984 wieder einmal der Krieg „geprobt“ werden! Und im Vergleich zu den vergangenen Jahren hat die NATO ihr kriegerisches Arsenal noch verstärkt: Über eine Viertel Million Soldaten (!) mit modernsten Boden- und Luftwaffen sind an diesen Manövern beteiligt. Soldaten und Bevölkerung sollen sich wieder stärker an das Bild von Panzern, Jagdbombern, von marschierenden Truppen und Krieg gewöhnen. Die Manöver (wurden und werden jedes Jahr quantitativ und „qualitativ“ (Airland Battle) gesteigert, der Übergang von Manövern zum Krieg ist dann nicht mehr weit (nicht ohne eine gewisse „Selbstreflexion“ unterteilt die NATO dem Warschauer Pakt, er könne aus einem Großmanöver zu einem Angriffskrieg übergehen: „Forward-Defense“ oder einer „Airland Battle“ Konzept auch nicht ganz fremd sein!!!).

Nachdem erste Informationen über die diesjährigen gigantischen Herbstmanöver bekannt wurden, fand Anfang April ein erstes Vorbereitungstreffen zur Behinderung der NATO-Herbstmanöver in Hannover statt. Die Idee, gegen diese Manöver eine breit angelegte Kampagne mit entsprechenden Behinderungsaktionen zu starten, wurde von allen Anwesenden dieses Treffens begrüßt. Man einigte sich zunächst auf folgende Vorschläge: Es soll ein zentrales Informationscamp im Manövergebiet (Raum Hildesheim) eingerichtet werden, das im Rahmen einer Aktionswoche (gedacht ist an die Woche vom 17. - 24. September) Treffpunkt und Informationszentrale für die verschiedensten Behinderungs- und Protestaktionen sein soll. In jedem Fall soll aber verniedert werden, daß über ein derartiges Camp alle Aktionen in einen bestimmten Rahmen gepreßt werden. Den Abschluß der Aktionswoche soll ein „Camp der Verbundenen“ bilden, für welches im Rahmen gepreßt werden.

Den Abschluß der Aktionswoche soll eine zentrale Demonstration bilden, für die in ganz Norddeutschland mobilisiert wird. Bisher in der Diskussion ist eine Demonstration durch Hildesheim zur Manöver-Kommandozentrale oder direkt in das Manövergebiet mit behinderndem Charakter. Diese Vorschläge sollten bis zur Nordkonferenz in den einzelnen Friedensgruppen diskutiert werden.

Um unser weiteres Vorgehen und konkrete Schritte der Umsetzung zu diskutieren, lädt das erste Vorbereitungstreffen zur Behinderung der NATO-Herbstmanöver am Sonntag, den 27. Mai in den Raschplatzpavillon nach Hannover ein. Der Beginn ist um 10 Uhr!!!

Das erste Vorbereitungstreffen

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: 040/43 53 20, 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift: Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abdruck, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 5.000 Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Abonnenten, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Abonnenten mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Vorschlag für zentrale Aktionen der Friedensbewegung im Herbst

„BUF“ (Bundeskongress Unabhängiger Friedensgruppen)

Die Friedensbewegung befindet sich am Scheidewege. Es sind zwei Entwicklungen grundsätzlich denkbar. Zum einen droht die Friedensbewegung nach Überschreiten ihres Höhepunktes im letzten Herbst — in deren Mittelpunkt die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen stand — ein langsames Abflauen ihrer Mobilisierungsfähigkeit, die mit einem politischen Substanzverlust einhergeht. Langsames Auflösen in parteipolitische Zusammenhänge und Umorientierung ihres aktiven Potentials auf andere Politikfelder wären die Folge. Diese Entwicklung würde beschleunigt, wenn ein zu beschließendes Herbstaktionskonzept lediglich an den bestehenden Inhalten und Zielvorgaben der Großaktionen des letzten Jahres anknüpfen würde. Angesichts der Grenzen, mit denen die Friedensbewegung konfrontiert ist, würde eine schlichte Wiederholung von Inhalten und Form der Großaktionen im letzten Jahr eine Etappe im Niedergang der bundesdeutschen Friedensbewegung markieren.

Demgegenüber besteht die Aussicht für eine langfristige Existenz und Perspektive der Friedensbewegung nur dann, wenn die Konsequenzen aus der Niederlage des letzten Herbstes gezogen und an den inhaltlichen Diskussionen der letzten Wochen und Monate angeknüpft wird. Folgende Voraussetzungen und Zielsetzungen sind zu berücksichtigen, wenn über ein Herbstkonzept entschieden werden soll:

1. Die Politik der USA und der NATO muß klarer und beständiger als wesentliche Ursache der friedensgefährdenden Aufrüstungsmaßnahmen herausgearbeitet werden.
2. Die Beschleunigung des fatalen Rüstschaufens, den es zu durchbrechen gilt, bedarf der Ergänzung durch die Anprangerung des Versuchs der USA und der NATO, auf allen militärischen Ebenen eine Überlegenheit zu erlangen und Kriegsführungsoptionen gegenüber der Sowjetunion und der 3. Welt zu entwickeln.
3. Die dramatische konventionelle Aufrüstung muß neben der Gefährdung durch atomare Potentiale, chemische Waffen und der Bewaffnung des Weltraums in das Zentrum der Diskussion gerückt werden.
4. Als Konsequenz der Niederlage im letzten Herbst muß ein stärkeres Gewicht aller Teile der Friedensbewegung auf die parallele Entwicklung von direkten Widerstandsaktionen und Kampagnen des zivilen Ungehorsams in Verbindung mit einer breiten Massenmobilisierung im Kampf um die Mehrheit und die Einbeziehung der Arbeiterbewegung gelegt werden.
5. Es muß eine Alternative zur Aufrüstungspolitik der Herrschenden deutlich werden und zwar nicht durch NATO-Reformkonzepte sondern durch die Propagierung einseitiger Abrüstungsmaßnahmen und Solidarität und Völkerverständigung unter Einbeziehung der osteuropäischen Völker.

Als sinnvolle Schritte in diesem längerfristigen Prozeß, der ähnlich intensive Veränderungen wie die Kampagne gegen die „Nachrüstung“ im Bewußtsein der Bevölkerung erreichen soll, schlagen wir folgende zentrale Herbstaktionen vor:

1. Herbstmanöver der NATO

Anlaßlich der NATO-Herbstmanöver in der Bundesrepublik in diesem Jahr ruft die Friedensbewegung zu bundesweiten Aktivitäten auf. Die atomare Hochrüstung in Ost und West, die Atomkriegsplanungen der NATO eines angeblich „gewinnbaren“ und Europa begreifbaren Krieges, das Konzept des „Air-Land-Battle“ und des Rogersplans, mit denen die NATO den „Sieg auf dem Schlachtfeld“ zu erringen hofft, haben die Verhinderung eines Krieges immer mehr zu einer zentralen Überlebensfrage gemacht. Seit einigen Jahren wird bereits das Konzept Air-Land-Battle die Offensive auf dem Schlachtfeld und der Einsatz von atomaren und chemischen Waffen erprobt. Die Aktionskonferenz der Friedensbewegung ruft deshalb dazu auf, mit zentralen Aktionen auf diese Entwicklung aufmerksam zu machen und damit gleichzeitig zur Behinderung der Manöver beizutragen. Alle Friedensgruppen sind dazu aufgefordert, sich an den Vorbereitungen und der Gestaltung dieser Aktionen gegen die Manöver im Fulda-GAP und in Hildesheim auf den Vorbereitungskonferenzen zu beteiligen.

Für Ende September im Fulda-GAP und in der Woche vom 17.9.-23.9.84 im Raum Hildesheim sind Friedenscamps und Manöverbehinderungsaktionen geplant.

Allen Menschen, die zentraler Abschlusstag im Fulda-GAP bzw. eine zentrale Demonstration im Raum Hildesheim vorgesehen. Für den Raum Hildesheim findet eine Norddeutsche Vorbereitungskonferenz am 27.5. in Hannover statt.

2. Bundesweite Verweigerungstage

Im Rahmen der Verweigerungskampagne der Friedensbewegung ruft die Aktionskonferenz zu bundesweiten Tagen der Kriegsdienstverweigerung im November 1984 auf.

Die jeweiligen Tage der Kriegsdienstverweigerung sollen schwerpunktmäßig in verschiedenen sozialen Bereichen durchgeführt werden. Folgende Bereiche sollten berücksichtigt werden:

Tag der Schulen: Gerade weil die Jugendlichen an den Schulen ihre Entscheidung über ein Verweigerung des Kriegsdienstes treffen müssen, wird die Friedensbewegung dort ihre Aufforderung zur Verweigerung des Kriegsdienstes aktiv vertreten. Obwohl die Kriegsdienstverweigerung als „Grundrecht“ gilt, wird vielfach eine offene Diskussion über die Kriegsdienstverweigerung und eine Beratung dazu an den Schulen behindert und verweigert. „Tag der Bundeswehr und NATO-Truppen“ Auch die Soldaten und Reservisten gilt es über die NATO-Kriegsplanungen aufzuklären und an sie die Forderungen der Friedensbewegung heranzutragen.

Tag der Städte und Institutionen: Wie beim Krefelder Appell sollten auf breiter Basis überall Unterschriften und Erklärungen zur Verweigerung von Kriegsdiensten gesammelt und abgegeben werden. (z.B. in medizinischen Einrichtungen, Straßenzügen und so weiter) und richtet sich gegen alle zivilen Kriegsdienste.

Gerade der Tag der Städte und Institutionen soll der Auftakt für eine Massenkampagne sein, deren Ziel es ist möglichst viele Menschen über die Gefahren der Kriegsführungspläne der NATO zu informieren und in einen Prozeß der Verweigerung aller Kriegsvorbereitungen einzubeziehen. Es ist zu überlegen, ob z.B. am 12.12.84 mit einer öffentlichen Aktion die ersten Ergebnisse über die Zahl der eingegangenen Verweigerungserklärungen bekannt gegeben werden sollten. Damit soll die Aktionswoche gleichzeitig gegen den Ausbau der Bundeswehr (geplante Verlängerung der Dienstzeit, Einbeziehung von Frauen und Ausländern), der Notstandsplanung (Kriegsvorbereitungsübungen im medizinischen Einrichtungen, u.a.) und gegen die Einschränkung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung und Kriminalisierung von Verweigerern gerichtet sein. Anfang Juni soll zu einem bundesweiten Vorbereitungstreffen der Verweigerungstage eingeladen werden.

3. Solidarität mit Nicaragua und Präsidentschaftswahlen

Die USA unterstützt Contra-Rebellen in Nicaragua mit Geld und Waffen hält sich die Möglichkeit einer direkten bewaffneten Intervention offen. Dies haben die Manöver der USA in Mittelamerika und die Verminung von Häfen durch die USA deutlich gemacht. Wir wissen, daß an einer ungenierten Eskalation dieses Krieges die Reagan-Administration derzeit vor allem noch die Wahlkampfkritik zurückhält. Die Friedensbewegung wird deshalb ihre Solidarität für Nicaragua verstärken und mit zentralen Aktivitäten gegen die Eskalation des Krieges gegen Nicaragua zur Wehr setzen müssen, zumal die Bundesregierung mit der Streichung der „Entwicklungshilfe“ und Krediten die US-Politik gegen Nicaragua mitbestimmt.

Aus Anlaß der US-Präsidentschaftswahlen sollte ein Aktions- und Demonstrationstag gegen die Interventionspolitik der USA vorbereitet werden.

4. Aktionsplanung nach dem Herbst

Großdemonstrationen und zentrale Aktionen im nächsten Jahr sollten aus Anlaß und im Zusammenhang mit Entscheidungen von NATO-Institutionen und/oder der Bundesregierung und auf der Basis der dann bereit öffentlich diskutierten und aktualisierten Inhalte der Friedensbewegung stattfinden.

Dieser Vorschlag wurde auf dem Arbeitstreffen des BUF am 28./29.4. beschlossen.

Fortsetzung von Seite 1

Ja zum Streik

Wenn die Kapitalistenverbände Urabstimmungsergebnisse bei Druck und Metall immer wieder auf die Gesamtzahl der Beschäftigten hochrechnen und nicht auf die Gewerkschaftsmitglieder, um daraus eine mehrheitliche Nicht-Zustimmung zum Streik zu interpretieren, so zeigt dies nur, daß sie eine Gesellschaft wollen, in der es keine Gewerkschaften mehr gibt; schon gar nicht Gewerkschaften, in denen eine Diskussion entstehen könnte, die dieses System in Frage stellt. Die Bundesregierung hat während laufenden Urabstimmung im Bundestag noch einmal massiv Nein zur Wochenarbeitszeitverkürzung gesagt und neben ihrem Auswahlgewaltspiel an den deutschen Chauvinismus appelliert: „Die 35-Stunden-Woche schafft Arbeitsplätze in Ostasien, wir brauchen sie in Duisburg und Mannheim“, so Landsdorf — „Deutschland“ müsse bei der technologischen Entwicklung immer die Nase vorn haben vor allen anderen und dafür mühe gearbeitet werden, so Kohl. Blut, Schweiß und Tränen ... und Aufrüstung für „Made in Germany“ — wie schon mal gehabt.

Und dann die Querschläger aus dem eigenen Lager. Nach der IG Bau im April schließt während des laufenden Druckerstreiks einen Tag vor der Metall-Urabstimmung die IG Bergbau einen Lohnstarifvertrag mit 3,4% ab — von Arbeitszeitverkürzung keine Rede. Am allem Überflut beginnt die NGG zu Tode der herrschenden Urabstimmung ihre Verhandlungen über eine Vorruhestandsregelung.



Nach der Urabstimmung: IGM-Führer Janßen, Steinkühler und Eisenmann (von links) sind „Brüder zur Sonne zur Freiheit“.

Nach der Urabstimmung: IGM-Führer Janßen, Steinkühler und Eisenmann (von links) sind „Brüder zur Sonne zur Freiheit“.

Urabstimmungsprobleme

80 Prozent für Streik ist viel und nicht wenig, wie über die Formel, das liege nur 5 Prozent über der gültigen Markierung von 75% nahegelegt wird. Diese Markierung ist ein Nachkriegsspezifikum in der BRD. Sie wurde in dieser Höhe eingerichtet, um die Hürde zum Streik hochzuschrauben. Sie war eine Bedingung, um auch auf dieser Ebene sozialpartnerschaftliche Orientierung gegen Konfliktbereitschaft zur Dominanz zu verhelfen. Entsprechend hat sie die Gewerkschaften, so wie wir sie in den sechziger und siebziger Jahren erlebt haben, geprägt. In England hat beispielsweise die seit Wochen im Streik stehende Bergarbeiter-Gewerkschaft eine Urabstimmungshürde von 55%. Die hat sie vor wenigen Wochen auf einer außerordentlichen Delegiertenversammlung so abgesenkt, daß es in ihrer Satzung jetzt heißt: Streik bei einer Urabstimmung, in der 50% plus eine Stimme (niedriger geht's nicht) sich dafür aussprechen. Nun mag man diese extrem niedrige Marke in Zweifel ziehen. Richtig daran ist aber, daß Gewerkschaften nur dann ihre Aufgabe, Interessenvertretung der Lohnabhängigen zu sein, wahrnehmen können, wenn sie sich solche Markierungen setzen, die sowohl mehrheitliche Zustimmung, als auch Konfliktfähigkeit gegenüber dem Kapital garantieren. Dies geht oft auch nur um den Preis, den Konflikt mit den Zaghaften und Zaudernden im eigenen Lager der abhängigen Beschäftigten zu legen.

Die IG Druck und Papier hat die Nachteile dieser Nachkriegsgewöhnung zu spüren bekommen. In 212 Betrieben haben bislang 20.000 Drucker/innen mit JA für Streik gestimmt (das sind 82,3%). Da sie einzelbetrieblich abstimmen ließ, sind einzelne Betriebe allerdings unterhalb der 75%-Marke geblieben. Und zwar in für einen Streik so wichtigen Betrieben wie Springer-Druckerei in Darmstadt, Essen, Hamburg und einem Teil in Ahrensburg, wie der Frankfurter Societäts-Druckerei (FAZ) und Handelsblatt) und bei einigen größeren regionalen Tageszeitungen. Das Ausfallen dieser Betriebe hemmt eine effektive Streiktaktik. Insgesamt ist nur bei einer kleinen

Die Ausgangslage für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche — Forderung ist — in dieser Zeitung mehrfach beschrieben und kritisiert — äußerst ungünstig. Skepsis über falsche Kompromißbereitschaft ist ebenso angebracht wie die über mangelnde Konsequenz. Wo das Kind nun in den Brunnen solcher gewerkschaftspolitischen Orientierung der letzten Jahre gefallen ist, gibt es nur die Konsequenz, alles zu unternehmen, daß es Schwimmen lernt in Richtung einer gewerkschaftspolitischen, die die Emanzipation der arbeitenden Menschen von der „Sozialpartnerschaft“ und der Abhängigkeit an das System sich zu unrecht sozial nennenden Marktwirtschaft ermöglicht. Die sich öffnet gegenüber politischen Emanzipationsbewegungen der letzten Jahre, die völlig außerhalb des Blickfeldes gewerkschaftlicher Arbeit lagen. Eine vernichtende Niederlage der IGM und der ebenfalls im Kampf stehenden IG Druck wird nicht nur das Thema Arbeitszeitverkürzung über Jahre aus der Diskussion verbannen, sondern auch das Wirken linker Gewerkschaftspolitik einengen und die politische Wirksamkeit zweifellos deformierter Gewerkschaften zurückdrängen. Es muß sich zeigen, ob die zum Streik auferufenen, die Betroffenen, innerhalb und außerhalb der Betriebe die Kraft aufrufen, in einer solchen Auseinandersetzung zu aktiv handelnden zu werden. Diesem Ziel muß die aktive Solidarität der nächsten Wochen dienen.

hr.

hr.

Betriebsratswahlen 1984

Eine Übersicht über das Abschneiden oppositioneller Listen und Gruppen

Noch immer liegen nicht alle Ergebnisse der diesjährigen Betriebsratswahlen vor, haben die Gewerkschaften nicht die Gesamtauswertung der Ergebnisse vorlegen können. Im folgenden stellen wir einige Ergebnisse der oppositionellen Listen in 22 Betrieben vor (bereits in AK 245 haben wir Ergebnisse aus 3 Betrieben dokumentiert). Für eine Analyse des Ausgangs der diesjährigen Wahlen und des Abschneidens der Opposition, die insgesamt eine krasse Minderheit in den Gewerkschaften darstellt, ist es noch zu früh. Nur so viel sei verraten: Den CDU-Anhängern in den Betrieben ist es offensichtlich nicht gelungen, bei den Betriebsratswahlen stärker Fuß zu fassen. Die linke Opposition — RGO, Alternative Listen, Aktive Metalller — ist entgegen anderslautenden Gerüchten nicht tot. Hervorragende Ergebnisse stehen neben Resignation und Aufgabe sowie Vorrangende und Mitarbeit auf gewerkschaftlichen Listen. Gewerkschaftsausschlüsse und die Androhung von Funktionsverboten sind zwar nach wie vor gewerkschaftliches Gegenmittel gegen die Opposition, sie werden aber nicht mehr in vergleichsweise großem Umfang wie Mitte bis Ende der siebziger Jahre praktiziert. Für die meisten Listen aus der Linken ist der betriebliche und gewerkschaftliche Alltag schon längst angebrochen. Große Sprünge nach vorn sind so lange nicht zu bewerkstelligen, wie sie die Betroffenen in den Betrieben nicht wollen. Deshalb sollte beim Lesen der nachfolgenden Berichte berücksichtigt werden, daß der Begriff „links“ für die Gewerkschaftsopposition weniger für eine umfassende politische Weltanschauung, als vielmehr für konsequente gewerkschaftliche Kleinarbeit steht. Daher sollten 30-50prozentige Wahlergebnisse für linke Listen (die ja auch die große Ausnahme sind) nicht mit entsprechend hoher Zustimmung für linke Politik verwechselt werden.

Hamburg: Mehr Licht als Schatten für die Linken

Nur noch in drei Hamburger Großbetrieben gab es linke Listen, die bei der Luftthansa (ÖTV) und Daimler-Benz (IGM, siehe ausführliche Darstellung in AK 245) große Erfolge hatten und sich bei Texaco (Chemie) halten konnten.

Im Hafenbetrieb HHLA (ÖTV) konnten die Linken erstmals wieder Persönlichkeitswahl durchsetzen und schnitten hervorragend ab.

In Betrieben wie Broschek (Druck) und Reynolds (Metall) haben die Linken nach den Gewerkschaftsausschlüssen in den siebziger Jahren zum Aufbau aktiver gewerkschaftlicher Arbeit beigetragen und spielen heute in den Betriebsräten eine gewichtige Rolle. In diesen Betrieben ist die Persönlichkeitswahl durchgesetzt.

Allein bei Beiersdorf (Chemie) gab es einen Rückschlag. Die geschwächte Linke wurde von der IG Chemie ausgeschlossen und schaffte keine erneute oppositionelle Kandidatur.

Bei HDW, wo 1981 eine Liste „Aktive Metalller“ aus überwiegend Sozialdemokraten gegen die IGM-Ortsverwaltung und ihre betrieblichen Führer rebellierte, waren die diesjährigen Wahlen mit großer Spannung erwartet worden. Vorausgegangen war der Wahl die 9-tägige Betriebsbesetzung im Herbst 1983, die Wiederaufnahme der RGO und der „Aktiven“ in die IGM und eine gemeinsame Liste und Persönlichkeitswahl, bei der die „Aktiven“ ihre Stellung weiter ausbauen konnten.

stigung“ ihren Arbeitsplatz verlassen dürfen. Große Aktualität hat die Forderung, das Abbeizen und Spritzen von Flugzeugen, das heute in Hallen mit unzureichender Be- und Entlüftung stattfindet, in einer neu zu bauenden Halle durchgeführt werden soll. Möglicherweise findet sich in dem Ergebnis auch eine Anerkennung für das Engagement von Niklas, der vor 2 1/2 Jahren als Krebskranker frühverrentet wurde, trotzdem engagiert weitermachte, mittlerweile zunächst geheilt ist und seit Februar 1984 wieder arbeitet.

Neben dem Vorwurf, sie seien Kommunisten, hören BLer in letzter Zeit häufiger, sie seien die „Grüne Liste“ im Betrieb.

Interessant dürfte werden, wie die ÖTV jetzt mit der Forderung ihrer Mitglieder von der BL (nur Niklas wurde vor Jahren aus der ÖTV ausgeschlossen) umgeht, zwei Freistellungen zu erhalten. Die Mehrheitsverhältnisse sind gegen die BL, auch wenn es Verbündete auf der ÖTV-Liste gibt. Nepe Gewerkschaftsausschlüsse scheinen nicht zu drohen, aber den ÖTV-Vertrauensleuten aus der BL soll das Mandat aberkannt werden. Erfreulich, daß die ganz Rechten im Betrieb in Gestalt einer „Wählergemeinschaft 84“ (WG von DAG, Vereinigung Luftfahrt, CDU) bei den Arbeitern abblitzen:

Arbeiter Stimmen	ÖTV	BL Liste 3	WG
1376	681	66	113
Arbeiter Stimmen	ÖTV	BL Liste 3	WG
10	3	—	—
Angestellte Stimmen	ÖTV 1	BL ÖTV 1	WG
795	284	378	447
6	2	3	3

(1981 erhielten die Informativen bei Persönlichkeitswahl 1 Sitz, 1978 bei Listenwahl 14,8% und 2 Sitze. Bei den Angestellten wurde 1984 das erstmalig oppositionell kandidiert).

Hamburger Hafen- und Lagerhaus (HHLA)

Im größten Hamburger Hafenbetrieb, der senatseligen HHLA, gab es zum erstenmal seit 1975 wieder Persönlichkeitswahl. Noch vor drei Jahren hatte die ÖTV die Aufforderung durch innerhalb von drei Tagen gesammelte 1600 Unterschriften zur Persönlichkeitswahl ignoriert und sich geweigert, ihre Liste zu öffnen. Der erneute Rückgang ihrer Stimmen hatte sie offensichtlich veranlaßt, in diesem Jahr einzuschwenken, so daß neben der ÖTV auch die Kolleginnen und Kollegen der „Alternative“ und ein ausgeschlossener RGOler auf die gemeinsame Liste kamen. Für die „Alternative“ war das Abschneiden erfreulich: Gleich nach dem Betriebsratsvorsitzenden und dessen Stellvertreter belegten zwei „Alternativen“ die nächsten Plätze. 3 der 17 Plätze bei den Arbeitern und 2 von 6 bei den Angestellten erreichte die „Alternative“. Dazu kommt der ausgeschlossene RGOler, der ebenfalls gut abschnitt. Zusätzlich stellt sie die ersten 5 Ersatzplätze bei den Arbeitern.

Kurz vor der Wahl hatten zwei ehemalige Betriebsräte der „Alternative“ sich von dieser distanziert, beide wurden wiedergewählt.

Seit 10 Jahren ist die „Alternative“ aktiv. 1975 errang sie in der Persönlichkeitswahl 4 der 27 Sitze, danach setzte die ÖTV auf Listenwahl und baute ab:

	1978	1981
ÖTV	61	57
AN	33	30
RGO	5	4

(1978: 27 Sitze, 1981: 23 Sitze)

Wie schon in der Vergangenheit fand die „Alternative“ dann keine Berücksichtigung bei den Freistellungen. Auch eine Unterschriftensammlung von 350 Kollegen auf Freistellung eines „Alternativen“ im größten Betriebsteil änderte am Vorgehen der ÖTV-Mehrheit nichts. Übrigens: Bei Listenwahl hätte die Opposition mit Sicherheit noch besser abgeschnitten.

HDW Hamburg

1981 hatten die „Aktiven Metalller“ auf Anhieb die Mehrheit mit 14 Sitzen errungen. Die IGM stellte 11 Betriebsräte, DAG und RGO je einen.

Nach langen Querelen mit der IGM-Ortsverwaltung und dem Hauptvorstand kam es zur Wiederaufnahme der RGOler (nach offizieller Auflösung ihrer Gruppe) und der „Aktiven Metalller“ (vgl. dazu AK 245). Zur diesjährigen BR-Wahl einigte man sich auf eine gemeinsame Liste mit IGMlern, RGOlern, „Aktiven“, DAGlern und Organisierten. 63 Kandidaten bewarben sich um die 14 Arbeiter- und 19 um die 5 Angestellten-Sitze. Sie wurden in alphabetischer Reihenfolge aufgestellt (der Anfangsbuchstabe wurde ausgelost). Im zukünftigen, aufgrund der Entlassungen reduzierten, Betriebsrat sitzen jetzt 19 Mitglieder der IGM. Davon werden nach unterschiedlichen Angaben 13 bzw. 11 den „Aktiven Metallern“ zugerechnet, 6 bzw. 8 dem alten IGM-Block.

Mit den weitaus meisten Stimmen wurde der „Aktive“ Betriebsratsvorsitzende Holger Mahler bei den Arbeitern wiedergewählt (1100 Stimmen). Ihm folgte der IGM-VK-Vorsitzende Otto Kock (769), der während der Betriebsbesetzung dem Aktionskomitee angehörte. Danach folgen die bekannten Betriebsräte der „Aktiven“. Die achtmeisten Stimmen erhielt der bisherige RGO-Betriebsrat, der eine sehr aktive Rolle während der Besetzung spielte.

Bei den Angestellten erhielt mit großem Vorsprung Mahlers Stellvertreter Napiwotzki („Aktive“) die meisten Stimmen (374 gegenüber 203 des nächstfolgenden).

Wie weit sich die Gewichte im Betriebsrat nach links verschoben haben, ist angesichts der heterogenen Zusammensetzung der „Aktiven“ zur Zeit

ineschwer nachzuvollziehen. Nach ist angesichts der heterogenen Zusammensetzung der „Aktiven“ zur Zeit nicht auszumachen. Auf jeden Fall haben die „Aktiven“ eine Bestätigung für ihren offensiven Kurs gegenüber der Blockade der IGM-Ortsverwaltung erhalten. Ebenso wie das Gesamtergebnis eine Bestätigung für die aktiven Träger der Betriebsbesetzung aus den unterschiedlichen Lagern ist.

Möglicherweise steht noch Ärger um die vier oder fünf Freistellungen an, die bislang nur mit „Aktiven“ besetzt sind. In Teilen der Belegschaft ist die Nicht-Berücksichtigung des bisherigen Statthalters der IGM-Politik im Betrieb, Otto Kock, auf wenig Verständnis gestoßen.

Texaco

Die in der letzten Zeit weiter nach rechts tendierenden IG Chemiker im Betrieb haben nach der Wahl wieder die Alleinherrschaft angetreten. 7 Sitze bei den Angestellten (bisher 5) und ein Arbeitersitz (bisher 1, der einzige im Hamburger Verwaltungsbetrieb) machen eine 8 zu 7-Mehrheit gegen 4 (bisher 6) Sitze der DAG und 3 der linken Betriebsgruppe (bisher 3, davon einer aus der IG-Chemie ausgeschlossen). Anders als 1981 war es diesmal der DAG zu verdanken, daß es keine Persönlichkeitswahl gab.

Entsprechend nutzt die IG Chemie-Mehrheit ihre Machtstellung und hat alle wichtigen Posten ihren Leuten zugeschanzt.

Die Betriebsgruppe verfehlte um 16 Stimmen einen vierten Sitz. Sie hatte sich allerdings ein besseres Ergebnis versprochen. Vielleicht hat sich hier aber der Verlust ihres prominentesten Mitgliedes, Rainer Trampert, bemerkbar gemacht, der als Mitglied des Bundesvorstands der Grünen vor der Betriebsratswahl aus dem Betrieb auswich und dies gegenüber der Belegschaft mit seiner starken Belastung und der Präferenz für seine Arbeit bei den Grünen bekanntgab.

Beiersdorf

Eine linke Opposition im Betriebsrat gibt es nicht mehr. Die „Alternative“ (1981: 3 Sitze) trat nicht wieder an. Nach dem Ausscheiden zweier Betriebsrätinnen der „Alternative“ war diese stark geschwächt. Das Bemühen der verschiedenen linken Strömungen aus „Alternative“, RGO, DKP und linken Sozialdemokraten um Persönlichkeitswahl und demokratische Listenaufstellung wurde von der rechten IG Chemie-Mehrheit radikal abgeblockt. Diskussionen zwischen den Linken um eine gemeinsame Alternativ-Liste scheiterten an der Uneinigkeit. Insbesondere aus DKP-Kreisen wurde dies abgeblockt. Angesichts dessen konnten auch andere sich nicht zu einer Kandidatur durchringen, so daß „Alternative“ und RGO verzichteten. Indiz für die Lücke, die hinterlassen wurde, dürften die geringe Wahlbeteiligung (ca. 20% weniger als vor drei Jahren) und die 10% ungültigen Stimmen der Wähler sein.

Dennoch bestehen weiterhin Chancen, daß sich die verschiedenen linken Strömungen angesichts dieser Erfahrung zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden.

Frankfurt: Verluste für die Linken

In Frankfurt und Umgebung gab es 1981 in 6 Metallbetrieben und 2 Chemie-Werken von Hoechst oppositionelle Listen. In diesem Jahr gab es nur noch in einem Metall-Betrieb eine oppositionelle Liste (VDO in Schwalbach, wo die Linken dazugewannen). Bei Hoechst in Griesheim konnten sich die Linken verbessern, bei Hoechst in Frankfurt verloren sie einen von 7 Sitzen (vgl. Ergebnis in AK 245).

Die Linken haben in aller Regel bei Persönlichkeitswahlen auf der Liste der IGM kandidiert. Dabei wurden ihre profilierten Vertreter zumeist wiedergewählt, insgesamt gab es jedoch gegenüber der Listenwahl von vor drei Jahren Rückgänge, die zumeist darauf zurückzuführen sind, daß die Linken einen erheblichen Aderlaß hatten: entweder, weil sie wie bei Adler mit rausgerollten wurden oder weil in der Mehrzahl der Fälle ein Teil sich aus dem Betrieb oder der aktiven Arbeit zurückgezogen hat. Beides zusammen dürfte mit dazu beigetragen haben, daß die IGM sich bei der Aufstellung der Listen flexibler und demokratischer als in den vergangenen Jahren gezeigt hat. Die Ergebnisse im Einzelnen:

Adler-Werke

Die Ergebnisse im Einzelnen:

Adler-Werke

Nur noch eine Betriebsrätin der 5 oppositionellen BRs, die als Liste „für eine saubere und kämpferische Interessenvertretung“ 1981 kandidierten, ist in dem stark geschrumpften Werk übriggeblieben. Sie erhielt bei der Persönlichkeitswahl auf der Liste der IGM ein gutes Ergebnis und wurde wieder gewählt.

Braun AG

Die ehemals siebenköpfige Alternative Liste ist auf drei Mitglieder geschrumpft (1981 errang sie einen Sitz). Auf einem aussichtsreichen Platz auf der Liste der IGM wurde der bisherige alternative Betriebsrat wiedergewählt.

VDO

Nach der Listenwahl 1981 (7 Sitze für die Alternative Liste) kam es diesmal zu einer Liste der IGM in alphabetischer Reihenfolge und Persönlichkeitswahl. Vier alternative Kandidaten wurden gewählt.

VDO-Schwalbach

In diesem Betrieb gibt es nur Angestellte. Die rechte IGM-Liste verlor zwei Sitze (jetzt 9), die Alternative Liste gewann zwei hinzu (jetzt 6).

T & N

Die IGM erhielt 5 Sitze (1981: 5), die Alternative Liste 4 (4) und die CDA (CDU-Arbeitnehmer) 2 Sitze (-).

Hartmann & Braun

Auch hier gab es Persönlichkeitswahl mit Stimmenverlusten für die Alternativen (genaues Ergebnis steht noch aus).

Rockwell-Goldie

Dieser Betrieb wurde 1982 durch eine

sehr kämpferische Betriebsbesetzung über Frankfurts Grenzen hinaus bekannt. Vier Listen mit IG Metall-Mitgliedern kandidierten; die Ortsverwaltung der IGM, die im Betrieb keinen guten Stand hatte, erkannte keine Liste an und verhielt sich neutral. Die Liste des bisherigen (linken) BR-Vorsitzenden Göppner erhielt 6 Sitze, 4 Sitze erhielt eine internationale Liste, die sich angesichts konkurrierender rechter Listen von der Göppner-Liste abgesetzt hatte, weil sie sich so mehr Chancen erhoffte. Eine ausländischerfeindliche „Unabhängige Liste“ und eine türkische „Yeni-Liste“ gingen leer aus.

Hoechst Griesheim

Bei gesteigerter Belegschaftszahl konnte die IG Chemie 3 Sitze hinzugewinnen, die „Alternative Arbeiterliste“ einen:

	%	Sitze (1981)
Arbeiter		
IG Chemie	57,6	10 (8)
IG Chemie-Ausländer Liste	?	— (1)
Alternative Arbeiterliste	23,0	4 (3)
„Unabhängige“	?	1 (-)
Angestellte		
IG Chemie	67,1	3 (2)
DAG	32,9	1 (2)

Weitere Ergebnisse

Freudenberg, Weinheim

In diesem größten Betrieb der Lederindustrie (7.200 Beschäftigte) konnte sich die linke Opposition trotz massiver Angriffe der Betriebsratsmehrheit erstaunlich gut stabilisieren. Vier der fünf Kandidaten der Liste „Früher Wind“ von 1981 waren aus der IG Leder ausgeschlossen worden. Leider kann die Liste mangels Kandidaten nur 5 der 8 ihr zustehenden Sitze besetzen.

	IG Leder	Früher Wind
Stimmen	2070	1302
%	61,4	38,6
Sitze	12	8
(% 1981)	(65,4)	(34,6)
(Sitze)	(13)	(7)

(Das Ergebnis der Angestellten ist uns nicht bekannt).

*Die Liste konnte 1981 mangels Kandidaten nur 5 Sitze wahrnehmen.

Hoechst-Union, Dortmund

Erneut verweigerte die IGM im kleineren der drei Hoechst-Werke die Persönlichkeitswahl. Bei gesunkener und veränderter Belegschaft (nur noch 1460 statt 3600 Beschäftigte 1981) mußte die RGO Stimmenverluste hinnehmen, konnte aber ihre drei bisherigen Betriebsratsitze halten (1981 hatte die RGO bei drei Kandidaten Anspruch auf 7 Sitze).

	IGM	RGO
%	74,8	25,2
Sitze	10	3
(% 1981)	(65)	(31)
(Sitze 1981)	(14)	(7)

(Angestellte: IGM 5, DAG 1 Sitz).

HDW-Kiel

Leicht hat es eine linke Opposition in diesem von rechten Sozialpartnern „gegründeten“ Betrieb nie gehabt (erinnert sei hier an die von Betriebsrat organisierte Demonstration für chilenische U-Boote). Um so überraschender war der 1981 erzielte RGO-Erfolg. Anders als bei HDW in Hamburg verweigerten die IGM-Betriebsräte eine Persönlichkeitswahl. Bei der 1984er Listenwahl gab es Verluste für die RGO:

Arbeiter	IGM	RGO
Stimmen	1941	332
%	85,4	14,6
Sitze	18	3
(Stimmen 1981)	2238	602
(% 1981)	(79,5)	(20,5)
(Sitze 1981)	(18)	(5)
Angestellte	IGM	DAG
Stimmen	540	385
%	58,8	41,2
Sitze	3	3

Luftthansa

Mit fast 7000 Beschäftigten einer der drei größten Hamburger Betriebe. Mit 7 von 29 Sitzen bereitete die „Betriebliche Liste“ (BL) eine Überraschung. An ihrer Spitze steht der Betriebsrat Bernd Niklas, der erstmals 1978 über die Liste der „Informativen“ gewählt wurde. Heute besteht die BL aus GAL-Anhängern, linken Sozialdemokraten und Parteilosen. Neben konsequenter Interessenvertretung und Gegenkurs zum ÖTV-SPD-Fitz, der bei der Luftthansa erheblich ist, haben die BLer in den vergangenen Monaten intensive Arbeit auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes innerhalb und außerhalb des Betriebes geleistet. Niklas war über die Arbeit der GAL an der Aufdeckung gigantischer Grundwasserverseuchung durch die Luftthansa im Bezirk Hamburg-Nord beteiligt und geriet deswegen häufiger in die Schlagzeilen. Ganz offensichtlich waren die börsartigen Angriffe, daß durch diese Politik die Luftthansa-Arbeitsplätze gefährdet würden, doch nicht so erfolgreich. Möglicherweise ist es der BL gelungen, den Zusammenhang zwischen Umwelt- und Wasserverschmutzung und der Tatsache, daß die Hunderte Säuren, Gase, Gifte und Nebel, Dämpfe und Schläue, mit denen über die Luftthansa Umweltverschmutzung betrieben wird, die gleichen Stoffe sind, mit denen die Kollegen täglich arbeiten müssen. „Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist Umweltschutz“ ist eine Formel der BLer. Und sie konnten etwas vorweisen: so wurde eine Vereinbarung durchgesetzt, daß Kollegen bei „Belä-

Betriebsratswahlen 1984

Siemens Witten

Die absolute Mehrheit der Stimmen schaffte mit 52% und 7 Sitzen bei den Arbeitern die „Vereinigte Belegschaftsliste“. Schon 1981 hatte sie 50% erhalten (1978: 31% für die RGO). Die rechten IG Metallern scheiterten erneut bei ihrem Vorhaben, sich mit der eigenen Liste wieder nach vorne zu bringen: 33% und 4 Sitze (1981 hatten sie nur 26%, 3 weitere Listen kamen auf 24%).

KWU Westberlin

11% mehr als 1981 und dennoch 8% weniger für die Linken war das Ergebnis der diesjährigen Wahl. Die 1981 angetretene Alternative Liste hat sich aufgelöst. Die RGO erhielt 28,8% und 3 Sitze (1981 17,8% RGO und 18% Alternative Liste). Die IGM hat mit 68,2% 8 Sitze sowie einen Angestellten-Sitz (2 DAO, 1 „Unabhängige“).

Ford Köln

Das Listen-Wirrwarr (18 Listen!) können wir mangels Information nicht entwirren. Nur einige Ergebnisse — unvollkommen:

— IGM auf mehreren Listen insgesamt 26 Sitze (damit die Mehrheit) — 1981 20 Sitze.
— Die der RGO nahestehende „Metaller-Liste“ konnte 2 Sitze gewinnen (1981: 1).

nen (1981: 1)

— Die linkssozialdemokratische „Automobilarbeiterliste“ kam auf 6 Sitze (1981: 6).

— Eine IGM-Opposition erhielt bei den Angestellten 3 Sitze.

— Die DAO erhielt 2 Sitze.

— Zwei Listen, auf denen nur Türken kandidierten, erhielten jeweils einen Sitz.

— Der CMV ging leer aus (1981: 1).

— 9 Listen nur mit Türken gingen leer aus.

Der „Rote Morgen“, dem wir diese Informationen entnehmen, erklärt die so Inflation von mit Türken besetzten Listen mit der „Angebots-Politik“ der rechten IG Metallern, die 1981 mangels eigener Leute die drei Türken, die über zwei eigene Listen in den BR einzogen, freistellen ließen, nur damit die linke Opposition der Automobilarbeiterliste nicht in den Genuß von Freistellungen käme. Dieses leichte Erringen einer Freistellung (von denen es bei Ford 36 geben soll), soll nun die Flut der ad-hoc-Listengründungen verursacht haben („Roter Morgen“, 6.4.84).

Karmann Osnabrück

Mit gestiegenen Stimmanteilen konnten erneut — wie schon 1981 — vier linke Kollegen in einem Blockvorschlag bei der Persönlichkeitswahl in den Betriebsrat einziehen (IGM).

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

Mannheim:

Polizei schießt auf türkische Arbeiter - und wieder war es „Notwehr“!

Am Abend des 3. April schossen Mannheimer Zivilpolizisten auf vier Türken, die aus den Räumen des Vereins „Fortschrittliche Einheit aus der Türkei in Mannheim“ (MTIB) auf dem Weg nach Hause waren. Bülent Öztöplü und Turgay Kesici wurden durch Schüsse, Kenan Bekar und Sinan Cicek durch Schläge der Polizisten verletzt. Die Mannheimer Polizei versucht seit dieser Nacht in bekannter Manier durch einseitige Ermittlungen und Vorverurteilungen den Opfern des Polizeiberfalls die Schuld in die Schuhe zu schieben. Gegen vier türkische Antifaschisten wird wegen „Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, Verdachts der gefährlichen Körperverletzung und Landfriedensbruchs“ ermittelt.

Nach Darstellung der Besucher des MTIB hatten sie den Verein gegen 23.30 Uhr verlassen. Auf dem Weg zum Marktplatz seien sie von drei ihnen entgegenkommenden Deutschen angerepelt und mit ausländerfeindlichen Sprüchen beschimpft worden.

Dann seien sie geschlagen und getreten worden. In der Annahme, daß Neonazis sie angriffen, haben die vier Türken sich gewehrt und wegzulaufen versucht. Beim Fortlaufen sind sie von hinten beschossen worden. Bülent Öztöplü wurde an der Hüfte getroffen, Turgay Kesici an der Ferse.

Die vier Angegriffenen flohen in das nahegelegene Polizeirevier in der Annahme, dort Hilfe zu finden. Zu ihrem Erstaunen mußten sie dort feststellen, daß die drei Angreifer von den Polizisten im Revier freundlich als Kollegen begrüßt wurden. Auf dem Revier wurden die vier Türken weiter geschlagen und ärztliche Hilfe für die Angeschossenen erst nach mehr als einer halben Stunde herbeigerufen. Die Mannheimer Polizei verbreitete im Polizeibericht eine völlig andere Version des Vorfalles: Die drei Zivilpolizisten wären nachts unterwegs gewesen, um Einbrecher und Autoknacker zu erwischen. Dabei seien sie auf eine Gruppe Türken aufmerksam geworden, „die sich in verdächtiger Weise in der Nähe des Kloaks auf dem Marktplatz aufhielten“.

Die Polizisten hätten sich als Beamte ausgewiesen und die Pässe der Türken zu sehen verlangt. Daraufhin seien sie von ca. 15 Türken sofort angegriffen, geschlagen und mit Messern verletzt worden. Ein Polizist habe aufgrund dieser Bedrohung seine Dienstwaffe gezogen und sechsmal geschossen. Zwei Polizisten hätten Schnitt- und Stichverletzungen davongetragen.

Die Polizeiversion erscheint in mehreren Punkten unglaubwürdig: — Es wird erst gar nicht der Versuch gemacht zu begründen, weshalb die auf dem Marktplatz stehenden Türken sich verdächtig verhalten hätten. Nämlich man jedoch an, daß ca. 15 verdächtige Personen auf dem Markt zusammenstanden, dann ist es höchst unglaubhaft, daß sich drei Polizisten in Zivil einer solchen „Übermacht“ ausgeliefert hätten.

Die Behauptung, daß die Zivilpolizisten sich ausgewiesen hätten, steht ebenfalls auf schwachen Beinen. Denn welchen Grund hätten die Angeschossenen dann gehabt, auf dem nächsten Polizeirevier nach Schutz zu suchen? Ein unabhängiger Zeuge, der den Vorfall beobachtet hatte, widersprach ebenfalls dieser Darstellung. Es sei vor der Schlägerei zu keiner Personen- oder Ausweiskontrolle gekommen.

Ein inzwischen eingerichteter Ermittlungsausschuß widersprach der Behauptung, ca. 15 Türken seien an der Auseinandersetzung beteiligt gewesen. Es könne sich höchstens um fünf oder sechs Leute handeln. Darüberhinaus sei völlig unklar, wie es zu den Stichverletzungen der Polizisten gekommen sei. Ein Messer sei bisher nicht gefunden worden.



Festnahmen und Durchsuchungen

Nacht drei Stunden auf dem beteiligten Polizeirevier zugebracht. In dem dann herausgegebenen Polizeibericht spricht sich die Polizei von jeder Schuld frei.

Festnahmen und Durchsuchungen

Nacht drei Stunden auf dem beteiligten Polizeirevier zugebracht. In dem dann herausgegebenen Polizeibericht spricht sich die Polizei von jeder Schuld frei.

Am Montag, 16.4., stellte der Polizeipräsident Menz dann gegenüber der Presse fest: „Die Beamten haben sich korrekt und einwandfrei verhalten“ und: „In dieser Sache wird wegen schwerer Angriffe auf Polizeibeamte ermittelt.“ Daß die Überzeugung des Polizeipräsidenten nicht auf Sachkenntnis beruht, wird schon daran deutlich, daß die Lokalpresse am selben Tag berichtet, daß die beteiligten Beamten noch damit beschäftigt sind, ihre Berichte zu schreiben. Einen Tag später erklärt der Polizeisprecher, die inzwischen vorliegenden Berichte der Polizeibeamten deckten sich mit dem am Sonntag herausgegebenen Polizeibericht, was Kenner der westdeutschen Polizei nicht sonderlich überraschen wird. Schließlich hatten die Beamten ja drei Tage Zeit, ihre Berichte zur Deckung zu bringen. Auch die „Gewerkschaft der Polizei“ stellte sich hinter ihre Kollegen: „Wir haben keine Veranlassung, das Verhalten der drei Polizeibeamten zu kritisieren“, erklärte der Vorsitzende der GdP Mannheim.

Für die vier Verletzten Türken ist nun eine ausdauernde Solidaritätsarbeit notwendig. Durch die massiven Vorverurteilungen seitens der Polizei ist eine Verurteilung wegen gefährlicher Körperverletzung oder Landfriedensbruchs zumindest nicht auszuschließen. Darüberhinaus sind auch Ausweisungen denkbar, vor allem, wenn das neue Ausländergesetz im Bundestag verabschiedet wird.

Spendenkonto des betroffenen Vereins: Dresdner Bank Mannheim, BLZ 670 600 50, Kto.-Nr. 705 279 000

AG Ausländer



IGM-Vorstand will Hermann Gaßmann kaltstellen

IGM-Vorstand will Hermann Gaßmann kaltstellen

Der Hamburger IG Metall-Sekretär Hermann Gaßmann soll nach seiner Entlassung aus der JVA Neuenhagen am 11. Mai nicht weiter bei der IG Metall beschäftigt werden. Dies wurde ihm während eines Hafturlaubs im April vom IGM-Vorsitzenden Mayr und Justiziar Kitzner mitgeteilt, die eigens zu diesem Zweck Hermann nach Frankfurt jetten ließen (Hafturlaub dürfen das Hamburger Stadtgebiet normalerweise nicht verlassen, aber die IG Metall macht's möglich...). Ultimativ wurde Hermann aufgefordert, sich für eine Tätigkeit in einem der gemeinwirtschaftlichen Betriebe (z.B. Neue Heimat o.ä.) bereitzuerklären oder eine Frühverrentung zu akzeptieren. Bis zum 9. Mai soll Hermann sich zu dieser Erpressung erklären. Am 10. Mai will der IGM-Vorstand auf seiner Sitzung eine Entscheidung fällen. Hermann hat dieses Ansinnen inzwischen klar abgelehnt und will um seinen Arbeitsplatz in der Hamburger Verwaltungsstelle der IGM kämpfen.

Hermann Gaßmann war nach sechsmo-natiger Untersuchungshaft in einem skandalösen Verfahren ohne die Spur von Beweisen nach dem äußerst umstrittenen Paragraphen 99 StGB zu 30 Monaten Haft verurteilt worden. Der bis heute völlig unbewiesene Vorwurf lautete „heimdienstliche Agententätigkeit“ für die DDR. Nach seinem Haftantritt im Januar dieses Jahres wurde ein Gnadengesuch stattgegeben, das der ehemalige Bundesjustizminister Jürgen Schmude (SPD) gestellt hat, sodaß Hermann nunmehr bereits im Mai dieses Jahres aus der Haft entlassen wird.

Sofort nach Hermanns Verhaftung hatte sich ein Kreis von Kollegen und Freunden, vor allem aus der IG Metall Bildungsarbeit zusammengefunden, der die Öffentlichkeit über die Hintergründe und Begleitumstände des Falles informierte. Diese Solidaritätsarbeit stand lange Zeit im Zeichen scharfer Auseinandersetzungen innerhalb der (Hamburger) IG Metall, die die Geschäftsführer und Teile der Ortsverwaltung zunächst unter der Parole „Öffentlichkeit schadet nur“ ihre Solidarität lediglich auf die Gewährung von Rechtsschutz beschränken wollten. Die Solidaritätsarbeit konnte zwar nicht Hermanns Verurteilung verhindern, trotzdem konnten wichtige Erfolge verbucht werden. Nach mehreren leidenschaftlichen Debatten stellte sich die Vertreterversammlung der Hamburger IGM jeweils eindeutig hinter Hermann, sodaß die Ortsverwaltung schließlich erklärte, daß Hermann trotz der Verurteilung keine Stelle als Sekretär behalten würde. Ein weiterer wichtiger Punkt war die Ablehnung des Wilkür-Paragraphen 99 StGB durch den IGM-Gewerkschaftsrat. Nicht erreichen konnte die Solidaritätsarbeit jedoch, daß sich der IGM-Vorstand in Frankfurt ebenso hinter Hermann stellte.

Trotz vielfacher Aufforderung brachte die Bundesausgabe der Gewerkschaftszeitung „metall“ nicht eine Zeile über Gaßmann, Leserbriefver-schanden in Redaktionskassabläden. Der Eindruck vieler Kollegen, daß der Vorstand den Kollegen Gaßmann loswerden wollte, wurde verstärkt durch die Zeugenaussage des damaligen IGM-Vorsitzenden Loderer, der vor Gericht zwar nicht das mindeste zur Aufklärung des Tatvorwurfs beitragen konnte, wohl aber das Gericht in seiner Gesinnungsverurteilung bestärkte, etwa durch die Einlassung, daß Hermann schon längst gefeuert worden wäre, wenn Loderer schon früher von dessen DDR-Reisen erfahren hätte.

Dieser Eindruck hat sich nunmehr durch das erpresserische Ultimatum des IGM-Vorsitzenden Mayr erheblich vertieft. Unübersehbar geht es vor allem darum, Hermann politisch kaltzustellen. Ein Problem, das in bester kapitalistischer Manier mit Geld — in Form einer Abfindung — aus der Welt geschafft werden soll.

Eine Schlüsselstellung in der neu auf-geflamten Auseinandersetzung kommt der Hamburger Ortsverwaltung zu. Denn Hermann ist nicht beim Vorstand angestellt, sondern bei der Hamburger Verwaltungsstelle. Somit kann Hermann auch nur von der Hamburger Ortsverwaltung gekündigt werden; hier aber ist die Beschlußlage eindeutig für Hermann. Bekräftigt wurde diese „Hamburger Linie“ erneut am 2. Mai auf der allmonatlichen sog. Info-Tagung, wo 102 Betriebsratsvorsitzen-de und Vertrauenskörper-Leiter der Verwaltungsstelle einen Protestbrief an den Vorstand unterschrieben, in dem unmißverständlich die Weiterbeschäftigung Hermanns als Bildungs- und Jugendsekretär verlangt wird.

Dies hinderte den 2. Bevollmächtigten Engelmann jedoch (erwartungsgemäß) nicht daran, sein erneutes Einschwenken auf den Vorstandskurs anzudeuten: Die Bevollmächtigten könnten vom Vorstand entlassen werden, wenn sie dessen Beschlüsse nicht durchsetzen. Was ein Kollege mit dem Zwischenruf quittierte: „Ihr könntet aber auch abgewählt werden...!“

Am 10. Mai tagt in Frankfurt der Vorstand. Nur einen Tag später ist Sitzung der Hamburger Ortsverwaltung. Dann wird sich zeigen, welche von Hermanns „Freunden, die immer fest an seiner Seite stehen“, im letzten Moment umfallen. Oder doch nicht?

Kommision Betrieb und Gewerkschaft

Wichtiger Termin:

Hermann Gaßmann wird am 11. Mai um 8 Uhr aus der JVA Neuenhagen entlassen. Der Solidaritätskreis hofft, daß er dort von genauso vielen Kollegen und Freunden abgeholt wird, wie im Januar zu seiner Verabschiedung bei Haftantritt erschienen waren.



Wendlandblockade am 30. April Auftakt zum „Tag X“

Foto: AK

Für den regionalen Widerstand und die bundesweit wieder aufkeimenden Reste der Anti-AKW-Bewegung war die Wendlandblockade vom 30. April unheimlich ermutigend: erstmals nach dem „Kalkar-Schock“ von 1977 konnte wenigstens für einen Tag der Atomstaat ausgetrickst und blamiert werden. Gesteigert ist die Bezirksregierung Lüneburg, die in Absprache mit der niedersächsischen Landesregierung die Verhängung eines vollständigen Versammlungsverbots für den 30.4. im Landkreis Lüneburg-Dannenberg verknüpft hatte mit der Drohung: „Jede dennoch stattfindende Menschenmenge werde aufgelöst. Zudem mache sich strafbar, wer jetzt noch zu einer Demonstration aufsteht.“ („EJZ“, 25.4.84)

Gesteigert ist die örtliche CDU-Mafia, die für den 30.4. „offenen Straßenterror“ und die „letzten Zuckungen des Widerstandes“ vorhergesagt hatte, und die alle Gleichgesonnenen zur Wahrnehmung eines „Notwehrrechts gegen Kernkraftgegner“ aufgerufen hatte. („EJZ“, 27./28.4.)

Gesteigert ist der in der Geschichte der BRD beispiellose Einschüchterungsversuch im Morgengrauen des 30.4., als über 500 AKW-Gegner in Zelten und Schlafsälen von schwerbewaffneter Gorleben-Polizei überfallen, in Gefängnisbusse geworfen und auf freier Wildbahn 30 km entfernt wieder ausgesetzt wurden.

Gesteigert ist schließlich eine 3.000-köpfige Polizeiarmada mit Wasserwerfern, Hubschraubern, Räumungsfahrzeugen und einer technisch hoch überlegenen Logistik an 5.000 gleichermäßen entschlossenen wie pfiffigen Blockierern aus der Region und dem gesamten Bundesgebiet.

Geholfen hatte den Blockierern nicht allein die vielfach bessere Ortskenntnis und das oft praktizierte dezentrale und flexible Kleingruppen-Konzept („Katz-und-Mauspiel“, s. nebenstehende Erklärung der Freien Republik Wendland vom 1.5.84): Die mit 2.000 Menschen und über 300 eingeklinkten PKWs größte und dauerhafteste Blockade auf der Bundesstraße 216 war das Ergebnis einer gründlich vorgeplanten und durchorganisierten Taktik. Die bereits am Vortag der Blockade in den Landkreis Lüneburg-Dannenberg eingetroffenen PKW-Konvois starteten im Morgengrauen von verschiedenen Sammelpunkten, konnten mit Hilfe ortskundiger Streckenführer alle Polizeisperrungen umfahren und stießen zur gleichen Zeit und am gleichen Ort auf eine Gruppe von 200 Sitzblockierern, denen es mit einem uniphen Trick gelungen war, die Polizei zu täuschen und noch in der Nacht unbemerkt und an unbekannter Stelle die Blockade vorzubereiten. Allein einer 12-köpfigen koordinierenden Gruppe aus Lüneburg war bis zu diesem Zeitpunkt der Blockadeort bekannt; die Gorleben-Bullizei tappte völlig im Dunkeln. Das größte Problem für die Bullizeiführung war zweifellos die Tatsache, daß an 5 Bundesstraßen gleichzeitig viele Aktionen stattfanden. Zudem bewegten sich viele Aktionsgruppen auf 4 Rädern: Wenn beispielsweise gerade Turnschuhpolizisten aus BGS-Hubschraubern gehüpft kamen, stiegen die Blockierer seelenruhig in ihre PKWs und überließen den Knüppelgarden das Wegtragen der Baumstämme ...

Aufschwung in der Region

Bereits am Tag nach der Wendlandblockade kam es zu neuen konstituierenden Versammlungen von Bürgergruppen gegen Atomkraft und WAA. Gerade bei den ortsansässigen AKW-Gegnern, die anfangs auch den Blockaden skeptisch gegenüberstanden und die der Atomstaat vielfach schon in die Resignation getrieben hatte, gab es an diesem Tag nur strahlende Gesichter nach dem Motto: „Denen haben wir's gezeigt!“

Auch die BI Lüneburg-Dannenberg, deren Sprecher vor dem 30.4. in erster Linie das Schreckgespenst militanter Konfrontationen an die Wand zu malen wußten, und denen infolgedessen das generelle Versammlungsverbot für den 30.4. keine Silbe des Protestes wert war, äußerte sich heiß begeistert über den Ablauf der Wendlandblockade. Es liegt auf der Hand, daß sich insgesamt die Voraussetzungen für ein engeres Zusammengehen der auswärtigen und örtlichen Widerstandsgruppen gegen die in Kürze bevorstehenden ersten Atommülltransporte erheblich verbessert haben.

Stufe 3 Im Widerstandskonzept: Blockierung der ersten Atommülltransporte

Stufe 3 Im Widerstandskonzept: Blockierung der ersten Atommülltransporte

Waren die bisherigen Abriegelungen des Wendlands symbolischer Natur (10 Minuten anlässlich der Menschenkette am 25.3., bis zu 12 Stunden während der Wendlandblockade), wird es mit den ersten, noch in diesem Sommer zu erwartenden Atommülltransporten ernst. Wie bereits angekündigt worden ist, sollen die ersten hochradioaktiven Brennelemente aus AKWs auf Schienen bis nach Dannenberg gebracht und von dort per LKW in das „Zwischen“-Lager Gorleben gefahren werden. Dieses Lager, das insgesamt 1.300 Tonnen Atommüll in Castor-Behältern und 35.000 Fässer mit Atommüll aufnehmen soll (dies entspricht einem radioaktiven Inventar von mehr als 15 AKWs der Biblisgröße), ist gleichzeitig das Eingangslager für die z.Zt. ebenfalls von der niedersächsischen Landesregierung geplante WAA in Dragahn. Konkretere Widerstandsvorstellungen für den „Tag X“ der geplanten ersten Castor-Atommülltransporte liegen bisher nur insofern vor, als diese „zeitlich unbegrenzt“ blockiert werden sollen. In dem von zahlreichen norddeutschen BIs unterstützten „3-Stufen-Aufruf“ wird folgendes „Szenario“ vorgeschlagen: „Der erste Atommülltransport mit „Castor“-Behältern wird nicht in das Zwischenlager gelassen. Alle Zufahrten unmittelbar am Zwischenlager werden mit Material- und Menschensperren dichtgemacht. Da hier nur mit kurzen Vorwarnzeiten zu rechnen ist, wird in den ersten Stunden dieser Widerstand allein von der Bevölkerung aus der nahen Umgebung (Landkreise Lüneburg-Dannenberg, Lüneburg, Verden) getragen werden. In den folgenden Stunden wird ebenfalls aus den Großstädten

(Hamburg, Hannover, Bremen etc.) zur Verstärkung der Absperrung mobilisiert. In entlegenen Regionen wird dieser „Tag X“ für dezentrale Widerstandsaktionen zur Unterstützung der Blockierer genutzt.“

Ob bereits durch die Wendlandblockade die BIs gut vorbereitet sind für den Tag X, wie es die TAZ vom 2.5. recht euphorisch behauptet, ist zu bezweifeln. Notwendig wäre auch in den Städten eine sofort einzusetzende Informationsarbeit sowie konkrete Vorbereitungen für die Stufe 3.

Die vielleicht letzte Möglichkeit, hier zu einer bundesweiten Perspektive zu kommen, bietet die Vorbereitungskonferenz für den „Tag X“ am 20. Mai ab 14 Uhr in den Trebeler Bauernstuben.

M./KB Gruppe Lüneburg, 3.5.84

Korrektur und Nachlese

In AK 245 hieß es auf S. 10: „Interview mit Klempmann, Pressesprecher der BI Lüneburg-Dannenberg“. Wir bedauern diesen peinlichen Fehler. Richtig heißt es: „Interview mit Hannes Kempmann, Pressesprecher der BI Lüneburg-Dannenberg.“

Auszüge dieses Interviews wurden im politischen Teil der „Elbe-Jeetzel-Zeitung“ veröffentlicht. Als es sich um diesen peinlichen Fehler. Richtig heißt es: „Interview mit Hannes Kempmann, Pressesprecher der BI Lüneburg-Dannenberg.“

Auszüge dieses Interviews wurden im politischen Teil der „Elbe-Jeetzel-Zeitung“ nachgedruckt, da es sich um die einzige „authentische“ Stellungnahme der BI zu den Wendlandblockaden handelt. Größere Teile des Interviews wurden mit Quellenangabe durch den Lüneburg-Dannenberg Oberkreisdirektor als „Ämliche Bekanntmachung“ in der „Elbe-Jeetzel-Zeitung“ als Teil der Begründung für das generelle Versammlungsverbot am 30.4. in Lüneburg-Dannenberg zitiert.

Dokument

Erste Stellungnahme der Freien Republik Wendland zur Wendlandblockade am 30. April 1984

- Am 30.4. wurden erstmals 5 Bundesstraßen von Atomkraftgegnern gleichzeitig blockiert. 5.000 Freunde von nah und fern haben somit unter Inkaufnahme großer persönlicher Risiken bewiesen, daß die atomare Modellregion Lüneburg-Dannenberg noch verhindert werden kann.
- Das Ziel der Wendlandblockade, für 12 Stunden „hier den PKW-Verkehr erheblich zu verlangsamen, dort aufgrund „dichter“ Blockadeformen zu stoppen und aufzustauen bzw. zu größeren Umwegen über Nebenstraßen zu veranlassen“ (Wendlandblockade-Info) wurde vollständig erreicht. Im einzelnen:
 - 5.000 Teilnehmer sorgten dafür, daß das vom Oberkreisdirektor Pogendorf verhängte Versammlungsverbot politisch und militärisch nicht durchsetzbar war.
 - Wie geplant wurden 2 Bundesstraßen total blockiert. Die B 216 war ab 6 Uhr morgens bei Metzingen durch Menschen und PKWs total verstopft, bis ca. 16 Uhr unpassierbar und noch um 18 Uhr nur mit langwierigen Verzögerungen zu befahren (s. Durchsage Verkehrsstudio). Weitere Blockaden gab es ab 16 Uhr in der Gohrde und bei Oldendorf. Die B 101 war trotz vorheriger Verhaftung von über 500 Atomkraftgegnern ab 7.30 unpassierbar. Von Hohenzechten bis Zernien wanderte ein 3 m breiter Drachen über die Bundesstraße; auf einer Strecke von 4 km wurden durch selbständig agierende Gruppen unzählige Materialblockaden errichtet und nach Basaltigung durch Polizeikräfte immer wieder aufgebaut. („Alle 200 m ein Mannschaftswagen, alle 100 m eine Blockade“). Ab 14 Uhr mußte die Polizei die Straße sperren.
 - Auf der B 71 (Frauen), der B 493 (Bauern) und der Strecke Cienze-Bodenteich gab es, wie angekündigt, ganztägig phantastische Behinderungen: 300 Frauen blockierten ab 6 Uhr die B 71, unterstützt durch Polizeiblockaden in Cienze und Kreyenhagen. Nachdem die Blockade um 8 Uhr 30 aufgelöst wurde, blockierte ein „Hexenkessel“ von 11.45 bis 17.30 nochmals die Straße; Unbeteiligte konnten durchtröpfeln. Auf der B 493 standen um 3 Uhr ca. 30 Schlepper mit Ackergeräten, gegen 5.30 war die Straße dort wieder passierbar. Um 9 Uhr stellte ein hoch mit Stroh beladener Hänger quer. Hinzukommende Autos vervollständigten die Blockade, die sich erst gegen 11 Uhr langsam wieder auflöste. Um 13 Uhr beteiligte sich ein 3 m hoher Strohhallen „mit Feuer und Flamme“ an der Blockade.
 - Auf der Strecke Cienze-Bodenteich begleiteten ca. 400 Blockierer vorwiegend aus Lüneburg-Dannenberg die Riesenkrake (= DWK) aus Cienze heraus; ein Baufahrzeug zum Atommüll-Endlager wurde festgesetzt. Der Weg der Krake endete gegen 17.30 in Splital, nachdem die Polizei ihre aufgelaufenen Aggressionen durch Zertrampeln der Krake (= DWK) abregiert hatte.
- Die Polizei begann die Auseinandersetzung mit einer Massenfestnahme, die an die Methoden südamerikanischer Regimes erinnert. 500 Personen wurden gegen 3 Uhr morgens aus Zelten und einem Schlafsaal gezerrt, in bereitgestellte Gefängnisbusse verfrachtet und 30 km weiter auf freiem Feld ausgesetzt. Mit Chemical Mace wurde im Laufe des Tages aus Mannschaftswagen heraus in PKWs und auf Motorradfahrer (während der Fahrt) gesprüht. Eine Frau erlitt wegen Atommüll-Endlager durch die Polizei einen Gelenkknirscher. Ein passiver Sitzblockierer erlitt durch Knüppel-einsatz Nierenprellungen und wurde außerdem so über die Straße geschleift, daß er Kopf- und Handverletzungen davontrug. Ein Fotograf wurde mit dem Polizeischild auf den Rücken geworfen. Mehrfach wurden PKWs in Straßengräben geschoben, wo sie z.T. auf dem Dach landeten, bzw. beschädigt wurden. Anderen PKWs wurden die Scheiben eingeschlagen und Kotflügel abgerissen. Auch in leerstehende Fahrzeuge wurde mit der chemischen Keule gesprüht. Bei ca. 50 PKWs wurde von Polizeikräften die Luft aus den Reifen gelassen, z.T. wurden PKWs hierfür extra gestoppt und in einen Seitenweg gewunken. Für alle diese Vorfälle können Zeugen namentlich benannt werden.
- Am Vortag der Wendlandblockade erklärte die Polizei, „sie werde es nicht zu einer Blockade kommen lassen.“ Zum Versammlungsverbot hieß es zuvor: „Wir sind gehalten, das Verbot durchzusetzen und wir werden dies auch tun.“ Wenn die Polizei heute von einem erfolgreichen Vorgehen am 30.4. spricht, so können wir ihr nur weitere „Erfolge“ wünschen! Tatsächlich stand die 3.000-köpfige, schwerfällige Polizei-Armada trotz Wasserwerfer- und Hubschraubereinsätzen recht hilflos vor der Aufgabe, den ungehinderten Verkehrsfluß zu gewährleisten. Zudem bildeten sie, wie von uns angekündigt, selbst ein blockierendes Element. Den konzeptionellen Fehlschlag versuchte man jedoch mit Körperverletzungen und blindwütigen Sachbeschädigungen zu kompensieren. Widersprüche in der NOR-Berichterstattung (Nachrichtensendung: „Blockaden aufgelöst“ — Verkehrsstudio: „Straßen unpassierbar“) helfen wir in Kürze durch Veröffentlichungen aus dem Polizeifunkverkehr aufklären zu können.
- Der Erfolg der Wendlandblockade ist das Ergebnis einer guten Zusammenarbeit von einheimischen und auswärtigen Atomkraftgegnern. Es haben sich Zuversicht und Entschlossenheit verstärkt, das Wendland atomkraftfrei zu halten. Die Wendland-Blockade war die 2. Aufforderung an die Landesregierung: KEIN ATOMMÜLL, KEINE WAA INS WENDLAND!



Foto: AK



Startbahn-West: Bewegung nicht kleinzukriegern

Das war klar. Anlässlich der Eröffnung der Startbahn-West am 12. April würde es wiederum zu massiven Protestaktionen gegen das Monstrum im Mönchbruchwald kommen. Und die Startbahngegner der Region nehmen bekanntlich jeden, aber auch jeden „Tag“ zum Anlass für ein weiteres Demonstrationsvorhaben: Erster und zweiter Jahrestag der Räumung des Sieben-Hektar-Geländes, erster und zweiter Jahrestag der Räumung des Hüttendorfes, Einweihung des Tunnels, erster Jahrestag der Einweihung des Tunnels, vierter Jahrestag der Errichtung der Kirche im Hüttendorf usw. usf. Wenn gerade kein Jahrestag zur Verfügung steht, führen die Südhessen ihre Sonntagsspaziergänge durch, mal mit wenigen hundert Teilnehmern, mal mit einigen Tausend. Aber los ist eigentlich immer was. Am 29. April dieses Jahres das 117. Mal hintereinander. Und immer behütet durch ein Großaufgebot von Holger Börners Polizei.

Wie vor jeder Großaktion gab es in der Protestbewegung Kontroversen über das rechte Maß der Aktion. Denn für alle Beteiligten ist seit dem legendären Nachmittagsanlass am 8.11.81 vor jeder Aktion wieder klar, daß es sich um die ganz entscheidende Veranstaltung handelt, bei der die Gegenseite der Bewegung endgültig das Lebenslicht ausblasen will. Schon am nächsten Jahrestag aber, etwa dem ersten Gottesdienst an der Mauer vor drei Jahren, trifft sich alles wieder. Und sonst wird der Gottesdienst eben an einem normalen Sonntag „zelebriert“, denn die Mauer ist 10 Kilometer lang und jedes Mauerelement hat sechs Streben ... Tatsächlich ist es wohl weniger die Polizeigewalt im Gelände, die der Startbahnbewegung gefährlich werden könnte. Teile der Startbahnbewegung versuchen vielmehr seit längerem, mit dem Argument der Desavolierung des Widerstandes durch Gewaltaktionen und polizeiliche Reaktionen ihren Rückzug aus der Bewegung zu begründen und polizeiliche Reaktionen ihren Rückzug aus der Bewegung zu begründen.

Die Kontroverse um die Aktionen auf zwei BI-Platz und im publizistischen Vorfeld wurde durch das Eingreifen interessierter Kräfte außergerichtlich angeheizt:

— Die Grünen im Landtag sahen durch die geplante Aktion nur neuen Streß im mühseligen Verhandlungsgeschäft mit Börners SPD. Sie haben die Startbahn schon länger abgelehnt und beschränken ihre Aktivitäten darauf, von Börner ein Verbot des Nachtflugverbotes auf der Startbahn-West gegen das Bundesverkehrsministerium zu verlangen.

— Vertreter der Kirchengemeinden, von BUND-Ortsgruppen, die Jusos im Kreis Groß-Gerau und Teile „gemäßigter“ Startbahn-BI warteten vor Aktionen direkt am Flughafen, da es dort zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommen würde. Mitarbeiter des „Umweltbüro Rhein-Main“ aus Mörfelden-Walldorf, die diese Befürchtung teilten, schlugen das bewährte Abwiegungsmittel der Menschenkette bis an die Startbahn als „Kompromiß“ vor.

— Auch professionelle Deeskalierer mächten mit: Pfarrer Oeser, bekannt von den Stuttgarter Deeskalationsverhandlungen, stellte erst wenige Tage vor dem 14.4. das „Stuttgarter Deeskalationspapier“ der Öffentlichkeit vor und rief den Startbahngegnern, sich auf die neue Rechtslage am Flughafen einzustellen. Er warnte vor „Angriffen“ auf den Flugplatz, da dieser der größte der US-Airforce außerhalb der Staaten sei. Die Demonstranten sollten sich diesbezüglich der Gefährlichkeit von Leuchtkugeln und ähnlichem bewußt sein.

Unvermeidlich auch, daß sich SB-Professor Egbert Jahn von der aus Landesmitteln gesponserten „Hessischen Stiftung für Friedens- und Kon-

fliktforschung“ zu Wort meldete. In einem Report analysierte Jahn, daß es der Bevölkerung um Lebensschutzinteressen gehe. Für Umweltschutzverbände sei der Bau ein Symbol wirtschaftlicher Expansion, für autonome Randgruppen eine Frage der Veränderung des gesellschaftspolitischen Systems. Ihnen gehe es gar nicht um die 18 West. Egbert, die Finanzierung der HSFK fürs nächste Jahr ist gesichert!

— Der hessische Rundfunk setzte eine startbahnkritische Sendung ab und ließ in einem Filmzuschnitt lediglich in kurzen Passagen empörte Bürger zu Wort kommen. Ansonsten ein Bericht in einer Sondersendung über die technische Struktur des neugestalteten Flughafens und ein „Streitgespräch“ zwischen einem Flughafenvertreter und einem Piloten, der namens „Cockpit“ technische Bedenken vorbrachte. Startbahngegner waren nicht geladen.

— Der Staat selber warnte auch: In Zeitungsanzeigen Walldorfs Bürgermeister Brehl zusammen mit Landrat Blodt, beide SPD und beide angeblich gegen die Startbahn-West. „Prüfen und überlegen Sie genau, ob Sie sich an Protestaktionen beteiligen wollen. Lassen Sie sich bei gewalttätigen Aktionen nicht als Demonstrationsskisse benutzen. Tragen Sie mit dazu bei, daß unsere örtlichen Polizeibeamten nicht in Schwierigkeiten kommen.“

Das vorgesetzte Innenministerium erklärte, daß Aktionen gegen die Startbahn nunmehr den Tatbestand des „gefährlichen Eingriffs in den Luftverkehr“ erfüllten, der mit bis zu fünf Jahren bestraft werden könne.

Die Frankfurter Polizei machte darauf aufmerksam, daß sie unter Umständen mit „Maßnahmen des unmittelbaren Zwanges“ einschreiten müsse. Prophylaktisch stellte man sich gleich einen Freispruch aus: „Im Gedränge folte es dabei den Beamten schwer, zwischen Kravallmachern und Unbeteiligten zu unterscheiden. Der einsichtige Bürger kann durch sein Verhalten dazu beitragen, der Polizei ihre schwere Arbeit zu erleichtern.“

Die Einschüchterungskampagne zeigte letztlich wenig Wirkung. Lediglich einzelne profilierte Startbahngegner / innen z.B. aus der „Küchenbrigade“ ließen sich auf den geforderten Distanzierungskurs festlegen, der neben sich auf den getarnten Distanzierungskurs festlegen.

Die Grünen mobilisierten trotz der Störversuche aus der Landtagsgruppe und ihrer Ortsgruppe Mörfelden-Walldorf zu allen geplanten Aktionen anlässlich der Startbahneinweihung:

— einer Kundgebung in Mörfelden am Abend der Eröffnung, dem 12.4.,

— einer Frankfurter „17-Uhr-Demo“ mit vorherigem Besuch am Knast in Preungesheim,

— eine Kundgebung am 14.4. in Walldorf, zu der auch Startbahngegner aus dem übrigen Bundesgebiet erwartet wurden, mit anschließender Demonstration zur Startbahn und phantasievollen Aktionen an der Mauer.

„Friedlich“, wie von den Initiatoren aus SPD-nähen Startbahngegnerkreisen geplant, verlief die abendliche Kundgebung in Mörfelden am 12.4. Hier war die Grundstimmung „Trauer“, und es wurde klargemacht, daß es sich nach dem Willen der meisten „Umweltbüro“-Mitarbeiter um die „letzte Aktion der Kern-Bürger-Initiativen“ handeln sollte. Dieser Abgesang auf die Startbahn-Bewegung wurde — enttäuschend für die Konfliktbefrieder — nur von knapp 1.000 Menschen besucht; 600 von ihnen zogen trotz gegenteiligen Ermahnungen der Veranstalter gleich noch mal in den Wald. Die Polizei griff nicht ein.

Die Demonstration vor dem Preungesheimer Knast tags darauf war vom Frankfurter Ordnungsamt verboten worden, da sie nicht angemeldet worden sei und „Gewalttätigkeiten zu erwarten“ seien. Die 400 Demonstranten, die trotzdem erschienen, wurden beim ersten Formierungsversuch von ebenso viel Bullen mit Wasserwerfer und Knüppeleinsatz aufgemischt. Kleinere Gruppen, die sich nun Richtung Innenstadt in Bewegung setzten, wurden von starken Polizeieinheiten begleitet. Auf dem Marsch wurden einzelne Gruppen für die Dauer der Demon-

stration festgesetzt. Die anschließende „17-Uhr-Demo“ vermittelte mit 4.000 Teilnehmern einen ausgesprochen kräftigen Eindruck, sodaß die Polizei, entgegen der sonst in Frankfurt geübten Praxis, Helme, Masken und den einen oder anderen Knallkörper sowie Sprühpistolen nicht zum Anlaß einer Demoausslösung nehmen mochte. Lediglich bei einer Gelegenheit drohten Polizisten in einen Demoabschnitt. Offensichtlich wollte man sich ganz auf die Konfrontation an der Startbahn selbst konzentrieren.

Bereits auf der Anreise wurden am 14.4. alle Autos mit auswärtigen Kennzeichen von MP-bewaffneten Bullen gestoppt und gefilzt. Der Kundgebungsbeginn in Walldorf verzögerte sich deshalb um eine Stunde. Als wichtigster Redner stellte Alexander Schubart noch einmal heraus, daß nicht bessere Argumente, sondern nur die Macht der Mächtigen die Startbahn-West heute zur Realität werden lassen. Weiter werde die Bewegung sich nicht von ihrer totalen Ablehnung und ihrem Nicht-Abfinden abhalten lassen, und weiter werde sie vielfältigen Widerstand leisten. Er kritisierte das Sichabfinden der GRÜNEN im Landtag und stellte heraus, daß viele in der Bewegung Selbstständigkeit und Selbstbewußtsein gelernt hätten. Sie hätten ge-

lernt, daß sie ihre Geschicke nicht länger irgendwelchen Stellvertretern — auch nicht grünen Stellvertretern — anvertrauen könnten, daß sie selber ihre Sache in die Hand nehmen und für sie auf die Straße und in die Wälder gehen müßten. Auch in den übrigen Beiträgen mußten die Landtagsgrünen herbe Kritik einstecken. Das war für sie persönlich allerdings nicht erfahrbar, da sie es vorgezogen hätten, durch Abwesenheit zu glänzen, statt man einmal von dem in der Landtagsgruppe oppositionellen Radikalekologen Jan Kuhnert ab. Offensichtlich hat der im Landtag ausgeübte Distanzierungsdruck, der in einem CDU-FDP Antrag auf Verurteilung der grünen Unterstützung für die Anti-Startbahn-Demonstrationen gipfelte, Wirkung gezeigt. Daran ändert nur auch ein nachträglicher Berichtsantrag der Grünen im Landtag zu Polizeibehörden während der Demonstration nichts mehr. Aus taktischen Motiven haben sich die Parlamentsvertreter weitgehend von ihrer Basisbewegung, der sie maßgeblich ihre Wahl verdankt, abgekoppelt. Traurig und peinlich!

Im Vorgelände entlang der Mauer erwarteten Polizeihundertschaften die etwa 10.000 Demonstranten, die sich entlang der 4 km langen Ostseite verteilten. Kurze Zeit, nachdem sich einzelne

Demonstrantengruppen an der Mauer zu schaffern gemacht hatten, wie es guter Brauch ist, setzten sich Wasserwerfer und Tränengasgranatenschützen in Bewegung. Die Polizei im Vorgelände wurde verstärkt und trieb unter Knüppeleinsatz die Menschen von der Mauer weg auf die Mönchbruchwiesen. Dabei trat dann das schon vorher angesagte mangelhafte Unterscheidungsvermögen der Polizei zwischen „friedlichen“ und „gewalttätigen“ Demonstranten auf. Niedergeknüppelt wurde, was in den Weg kam. Auch Reporter der „Frankfurter Rundschau“ und des Hessischen Fernsehens. Besonders hervor tat sich eine Schlägerbande mit langen Schlaghölzern, leichten Einsatzzügen und Turnschuhen, die einen Stahlhelm der Nazi-Fallschirmjägertruppe, wie er auch bei SEK's und der GSG 9 gebräuchlich ist, trug. Deren „undifferenzierte“ Knüppelarbeit ist nun Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen. Angeblich handelte es sich um eine „Beweissicherungsgruppe“ (Besi), die eigens für den speziellen Einsatz zusammengestellt worden sei. Eigentlich habe sie „Straftäter“ festnehmen und nicht knüppeln sollen, erklärte das Innenministerium. Spekulationen werden darüber angestellt, ob der besonders harte Einsatz auf eine Provokation der CDU zurückzuführen ist. Der zuständige Abschnittsleiter ist der Polizeioberst Volker Zintl gewesen, CDU-Mitglied und frischgewählter Oberbürgermeister der Gemeinde Kelkheim. Er habe Auseinandersetzungen provozieren wollen, um der CDU Munition gegen das „rot-grüne Bündnis“ zu verschaffen. Denkbare ist dies natürlich. Auf jeden Fall wußten Innenminister und Polizeiführung, wem sie das Kommando anvertrauten: Zintl ist ein bekannter Provokateur. Er war am 14.11.81 Abschnittsleiter vorm Frankfurter Flughafen während der Blockade der Autobahn und setzte SEK-Schläger mit Blend- und Schockgranaten ein. Er war im Aschuprozess Belastungszeuge. Er war Einsatzleiter bei der „Ehrenrunde“ am 31.1.82 in Walldorf. Die ihn einsetzen, können sich jetzt nicht reinkwaschen, sondern hängen genauso mit drin. 5 Schwerverletzte und 54 Festnahmen waren auf Demonstrationen zu verzeichnen. Bevor Gefangene in die Transporter gesperrt wurden, sprühten faschistische Bullen diese sorgsam mit Tränengas aus.

Die Polizeibrutalität hat dem Widerstand keinen Abbruch getan. Startbahngegner sind das gewohnt und haben gelernt, sehr flexibel zu reagieren. Bei unerfahrenem Publikum wären die zu beklagenden Opfer wohl weit höher ausgefallen. Bereits am darauffolgenden Tag wurde wieder der übliche Sonntagsspaziergang unter dem frustrierten Blick mehrerer Hundertschaften Polizei durchgeführt.

Die BI hat angekündigt, daß das auch in Zukunft so weitergehen wird. Die Startbahn ist gebaut. Der Wider-

stand geht weiter. Der Flughafen wird sich weiter im feindlichen Umland einzeln müssen, die Hundertschaften werden die nächsten Jahre nicht zur Ruhe kommen. Narits ist ein Beispiel, wie lange so etwas währen kann. Aschu führte in seiner Rede aus: „Dieser Widerstand ist kein blindes Anrennen gegen die Beton gewordenen Tatsachen, sondern hat durchaus eine Perspektive — eine Perspektive, die zunächst einmal von folgender, simpler Tatsache ausgeht: Seit dem Turmbau von Babel ist es nun einmal das Schicksal der Bauwerke der Menschen, nicht für die Ewigkeit bestimmt zu sein, und ganz gewiß wird die Startbahn da keine Ausnahme machen, und ganz gewiß wird sie nicht so lange bestehen, wie die Pyramiden in Ägypten. Die Frage ist also nur, wie lange sie stehen wird — und die Beantwortung dieser Frage wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es in dieser Region weiter eine Kombination von guten Argumenten und gutem Widerstand gegen die Startbahn geben wird, die langsam aber beharrlich das Bewußtsein der Menschen verändert ... Wesentliche Änderungen gegenüber der umweltfeindlichen Politik der Herrschenden werden sich mit noch so gut gemeinter Parlamentsarbeit und noch so gut gemeinten parlamentarischen Gesprächen von grün-alternativen Gruppierungen allein nicht durchsetzen lassen. Maßgeblich ist und bleibt vielmehr die Qualität und der Entwicklungsstand der außerparlamentarischen Kämpfe. Deshalb sagen wir nicht nur ein Nein ohne jedes Ja zur Startbahn West, wir sagen auch ein Ja ohne jedes Nein zu den außerparlamentarischen Kämpfen, ein Ja zum Ungehorsam denen gegenüber, die solche Wahnsinnsprojekte bauen wie die Startbahn West.“

KB/Gruppe Frankfurt



Foto: AK



Foto: AK



Foto: AK

Antimilitarismus

Zwischen den Weltkriegen

(Teil 1)

Hauptschauplatz Deutschland

Als „Lieblingslektüre“ des US-Präsidenten Reagan ist eine fiktive Darstellung des 3. Weltkriegs bekannt geworden. Sie endet nach kaum vier Wochen Kampfhandlungen mit dem totalen Zusammenbruch der Sowjetunion, also mit einem befriedigenden happy end. Da mag der Klappentext der deutschen Ausgabe ruhig einen moralisierenden Zeigefinger heben: „Obwohl in dieser prägnanten Fiktion die Truppen der westlichen Alliierten in überraschend kurzer Zeit den Sieg erringen, dürfte vor allem den im Ernstfall Betroffenen überdeutlich klar werden, daß Kriege im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen nicht mehr eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sind — es sei denn, man ist zynisch genug und nimmt von vornherein Hekatomben von Menschenopfern und die Verwüstung ganzer Landstriche in Kauf.“ Gerade auf dieses einschränkende „es sei denn...“ kommt es an. Ob und inwiefern die Inkaufnahme von Zerstörung und Massensterben war der Krieg als „Fortsetzung der Politik“ überhaupt noch als zu haben. In welchem Umfang dies unter bestimmten Umständen in Kauf genommen werden kann, dafür setzen die Weltkriege 1 und 2 Maßstäbe. Die Toten des Zweiten Weltkriegs zum Beispiel werden nach eher niedrigen Schätzungen mit rund 40 Millionen veranschlagt, die kaum berechenbaren Gesamtkosten mit 4000 Milliarden Dollar (Anm. 1). Die extrem gefährliche Tendenz der „Lieblingslektüre“ des US-Präsidenten liegt so betrachtet gerade darin, daß sie den absoluten und endgültigen Sieg der USA im Kampf um die Weltherrschaft zu einem Preis vorgaukelt, der — soweit es jedenfalls die USA selbst betrifft — an Kosten und Opfern viel billiger zu stehen käme als die Beteiligung am 2. Weltkrieg. Man muß nicht einmal von einem besonderen Zynismus ausgehen, sondern braucht nur die normale Politiker-Mentalität zugrunde zu legen, um dieses Szenario als offene Einladung zum Krieg zu begreifen... wenn es nicht noch das unkalkulierbare Risiko gäbe, daß schließlich alles auch ganz anders kommen könnte. Insofern kann auch Reagans „Lieblingslektüre“ noch nicht das praktische Problem lösen, wie der Krieg auf dem europäischen Schauplatz wieder in seine angestammten Rechte als unverzichtbares Mittel der Politik eingesetzt werden könnte.



Das Buch und sein Autor

Das Buch, das hier zum Ausgangspunkt einiger Überlegungen über einen dritten Weltkrieg genommen werden soll, heißt im englischen Original „The Third World War, August 1985“. Der Titel der deutschen Ausgabe sagt im Untertitel deutlicher, worum es geht: „Der Dritte Weltkrieg. Hauptschauplatz Deutschland“. Das Buch erschien erstmals 1978 und im gleichen Jahr auch (bei Bertelsmann) in deutscher Übersetzung. Autor ist der schon 1978 nicht mehr aktive britische General John Hackett. Er war zuvor Oberbefehlshaber der britischen Rheinarmee und Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord (NORTHAG) im NATO-Abschnitt Europa-Mitte (AFCENT). Sein direkter Vorgesetzter war damals

Sein direkter Vorgänger war damals AFCENT-Oberbefehlshaber und Bundeswehrgeneral J.A. Graf Kielmansegg; dieser hat zur deutschen Ausgabe von Hackett's Buch ein Vorwort beige-steuert.

Dem Mitarbeiterverzeichnis ist zu entnehmen, daß Hackett durch „Fachleute von höchstem Rang, darunter amerikanische und deutsche Generäle“, beim Schreiben des Buches unterstützt wurde. Einige der Mitarbeiter werden namentlich aufgeführt (Anm. 2), andere bleiben anonym. Bei einem scheinbar so qualifizierten Autoren- und Mitarbeiterkreis mag es zunächst verblüffen, daß das Buch unter militärwissenschaftlichen Gesichtspunkten noch nicht einmal drittklassig ist (Anm. 3). Andererseits wäre es angesichts einer Fülle von zum Teil vorzüglichem Fachliteratur über Kriegsszenarien in Europa (Anm. 4) als militärwissenschaftliche Ausarbeitung vermutlich überflüssig gewesen oder hätte jedenfalls keine spezielle Beachtung gefunden. Seine politische Funktion hat es gerade als stark vereinfachende, im konventionellen Sinn „spannende“ Pseudo-Reportage, die bewußt auf ein Ziel hin geschrieben worden ist: Rüstungspropaganda. Oder, in den Worten Hackett's: „Wir sind noch einmal davongekommen, und zwar deshalb, weil in den Jahren zwischen 1979 und 1985, den Jahren also zwischen dem Erscheinen dieses Buches und dem Beginn des in ihm geschilderten Dritten Weltkrieges, einige Entwicklungen so und nicht anders abliefen, und vor allem, weil im Westen in diesen Jahren eine ganze Menge getan wurde, um die Sicherheit zu erhöhen und die in einer Reihe von Bereichen nicht voll der Notwendigkeiten genügende Verteidigungskraft des Nordatlantischen Bündnisses zu verstärken.“ In diesem Sinn enthält das Buch zahlreiche Hinweise, welche konkreten Kriegsvorbereitungsmaßnahmen Hackett & Co. befürworten.

Als Tendenzschrift mit pseudo-prognostischem Charakter steht Mak-

Die ersten Schüsse des 3. Weltkrieges

Die Fiktion von Hackett's „Third World War“ ist, daß es sich um einen im Frühjahr 1987 abgeschlossenen Bericht über einen Krieg handelt, der 1984/85, im engeren Sinn im August 1985, stattgefunden haben soll. Großflächige Verlaufsschilderungen wechseln ab mit örtlichen Detailskizzen in Form fiktiver Erlebnisberichte von Soldaten. Auch fehlt es nicht an ebenso fiktiven Beschlüßdokumenten des sowjetischen Politbüros und Karten über den Frontverlauf an bestimmten Tagen. Diese scheinbare Wirklichkeitsnähe wird es wohl gewesen sein, die dem US-Präsidenten beim Lesen rote Backen und glänzende Augen machte.

Da das Buch schon im Februar 1978 abgeschlossen wurde, während wir uns jetzt immerhin fast in der Mitte von 1984 befinden, ist es ganz erheiternd, einige Punkte von Hackett's Fiktion schon mit der Wirklichkeit konfrontieren zu können. So fungiert z.B. bei ihm das Schah-Regime immer noch als Bockpfeiler der Freien Welt in Mittelost. Zum Ausgleich hat sich Ägypten wieder auf prosovjewischen Kurs begeben und beeinflusst zunehmend auch Saudi-Arabien in diesem Sinn. Ebenfalls wieder an der Seite der Sowjetunion steht Somalia, das zudem den französischen Stützpunkt Djibouti übernommen hat. In Ostasien haben sich Vietnam und Nordkorea stark dem Westen angenähert. Indien ist in kapitalistische und sozialistische Teilstaaten zerfallen. In der Karibik und Mittelamerika wühlt das prosovjewische Jamaika gemeinsam mit Kuba.

Vorhang auf, der Krieg kann beginnen! Es fängt damit an, daß im November 1984 in Polen „Arbeiterunruhen“ stattfinden. Das veranlaßt die Sowjetunion, an anderen Stellen der Welt aktiv zu werden, um „die Amerikaner irgendwo anders in eine Position der Schwäche zu manövrieren“. Kuba und Jamaika verschärfen ihre Subversion gegen Mexiko; ebenso wird die Guerilla-Tätigkeit in Südafrika verstärkt; vor allem aber wird die Lage im Nahen/Mittleren Osten zugespitzt. Die phantastischen Details können hier aus Platzgründen nicht dargestellt werden. Jedenfalls versenkt am 29.12.84 ein sowjetisches U-Boot ein iranisches Transportschiff, das zur Unterstützung der Regierung von Oman gegen Aufständische (die natürlich von Ägypten und der Sowjetunion gesteuert werden) unterwegs ist. Am selben Tag wird ein

liche Slowenien und das prosovjewische Serbien gegenübersehen. Ein serbischer Angriff auf Slowenien scheitert, und ein „Komitee für die Verteidigung Jugoslawiens“ ruft daraufhin die brüderliche Hilfe der SU an. Und nicht vergeblich: „Am 27. Juli 1985 sicherte eine sowjetische Luftlandedivision... die Vormarschstraßen nach Belgrad. Zur gleichen Zeit überquerte eine motorisierte sowjetische Schützendivision von Ungarn aus die jugoslawische Grenze... Das prosovjewische Komitee wurde als provisorische Regierung Jugoslawiens anerkannt...“. Kurz darauf drängen Marineinfanteristen und Luftlandetruppen der USA von Italien aus ins nordwestliche Jugoslawien ein. Innerhalb von 24 Stunden kommt es zum ersten Gefecht mit sowjetischen Einheiten. Der 3. Weltkrieg ist nicht mehr aufzuhalten.

kreuz und Nervengas ein, um strategische Punkte (z.B. Flugplätze) der NATO auszuschalten und zum Teil durch Luftlandetruppen einzunehmen. Gleichfalls am 4. August dringen sowjetische Truppen von der Halbinsel Kola aus und durch das neutrale Finnland gegen Norwegen vor. Im Süden fällt Indien, das auch gerade eine „Volksfront“-Regierung hat, kampflös unter sowjetische Kontrolle; das neutrale Österreich wird besetzt. In der BRD, wo die schwersten Kämpfe stattfinden, rückt die sowjetische Invasionsarmee trotz zähen Widerstandes (vor allem der ganz vorzüglichen Bundeswehr) und großen Verlusten vor. Am 15. August hat der sowjetische Vormarsch seine weiteste Ausdehnung erreicht: besetzt sind der größte Teil der Niederlande, Norddeutschland und das Gebiet östlich der Linie Paderborn-Stuttgart. Am Mittag des 15. August beginnt die erfolgreiche Gegenoffensive.

Am Sonntag des 15. August beginnt die erfolgreiche Gegenoffensive der NATO. Die sowjetischen Truppen im nordwestlichen Vorsprung der Front, die nun befürchten müssen, abgeschnitten zu werden, treten hastig den totalen Rückzug an. Am 23. August (Anm. 6) steht die Front im Wesentlichen an der DDR-Grenze. Aus Italien haben sich die sowjetischen Truppen zurückgezogen. In Skandinavien halten sie noch Positionen. Bereits am 20. August sind Truppen der NATO und Österreichs in die CSSR eingedrungen. Die US-Militärs drängen darauf, jetzt weit ins Gebiet des Warschauer Paktes vorzustoßen. Die Ukraine soll besetzt werden. Die Ansichten in der NATO über diese weitreichenden Absichten sind kontrovers. „Die Amerikaner und der den Falken zuneigende Teil der deutschen Streitkräfte erwogen, allein weiterzumarschieren.“ Hier, wo es richtig spannend zu werden droht, brechen wir erst einmal ab und wenden uns den anderen Hauptschauplätzen zu.

Am 1. Februar 1985 für Deutschland

Interview mit Ronald Reagan



aus: „Welt“, 6.2.82

„Wenn irgend möglich, dann sollten nie wieder junge Menschen auf Schlachtfeldern ihr Leben lassen müssen. Aber wir müssen uns auch darüber im klaren sein, daß jede Zivilisation sich auf Werte gründet, für die zu sterben Menschen stets bereit waren.“

Nachrichtenschiff der USA im Golf von Aden durch sowjetische Raketen beschädigt; einige Tage später wird das Schiff, das einen bergenden Hafen zu erreichen sucht, auch noch kalibrtätig versenkt. Dieser Vorgang veranlaßt bemerkenswerterweise die USA nicht zu den geringsten direkten Gegenmaßnahmen gegen die Sowjetunion.

Und es geht weiter! Eine Bohrinsel in der Nordsee wird am 3.1.85 gesprengt, zweifelsfrei von Ostagenten. Der mexikanische Präsident wird ermordet, von wem wohl? Ein amerikanischer Kampfverband wird in die Golfregion in Marsch gesetzt. Die 6. US-Flotte (Mittelmeer) blockiert den Suez-Kanal. Ein Gipfeltreffen zwischen USA und Sowjetunion Ende Januar 1985 schafft vorübergehende Entspannung der Konfrontation.

Mittlerweile ist aber in Jugoslawien nach dem Tode Tito's eine bürgerkriegsartige Konfrontation entstanden, bei der sich in erster Linie das prowest-

Hauptschauplatz BRD

Die Sowjetunion entschließt sich zu einer, um den üblichen NATO-Ausdruck zu gebrauchen, „Horizontalisierung“ des Krieges, d.h. zur Eröffnung des Krieges auf neuen Schauplätzen. Ihre Planung sieht vor, den NATO-Abschnitt Mitte (AFCENT) zu überrennen, während zugleich der nördliche (AFNORTH) und südliche (AFSOUTH) Abschnitt „ausgeschaltet“ werden. Die BRD und die Niederlande sollen besetzt werden; dann soll demonstrativ an dieser Linie Halt gemacht werden, um dem von einer „Volksfront“ regierten Frankreich das Neutral-Bleiben zu erleichtern. Am 4. August 1985, um 4 Uhr morgens, beginnt der sowjetische Großangriff auf die BRD, unterstützt von Agenten-Operationen. Die Sowjetunion setzt chemische Waffen, vor allem Gelb-

Alles unter Kontrolle!

Ende Juli, parallel zur Konfrontation in Jugoslawien, sind „massive“ Truppen der USA im Stützpunkt Simons-town (Südafrika) an Land gegangen. „Dies sollte die Voraussetzung für die maritime Überlegenheit zu Wasser und in der Luft sein, die nicht nur zur Niederlage der sowjetischen Marine im Atlantik beitrug, sondern auch eine wichtige Rolle bei den Operationen im Indischen Ozean spielte, die von entscheidender Bedeutung für den Erfolg des amerikanischen Eingreifens im Persischen Golf waren.“ Eine von der Sowjetunion, Kuba und Nigeria (!) unterstützte Koalition aus Namibia, Botswana, Simbabwe und Mosambik greift Südafrika an, das die Invasion jedoch abwehren kann.

Ebenfalls seit Ende Juli 1985 befindet sich eine Brigade der US-Marineinfanterie in der Golfregion, um

den Iran und die Arabischen Emirate zu schützen. Andere US-Einheiten erobern den sowjetischen Stützpunkt Dharan (Saudi-Arabien). Der Iran zwingt durch ein Ultimatum und einen massiven Truppenaufmarsch Kuwait dazu, seine Beziehungen zu Ägypten und Saudi-Arabien abzubrechen. Im Oman wird die Lage gegen die prosovietischen Aufständischen durch den Einsatz von Truppen aus dem Iran und den Emiraten stabilisiert.

Auf See gelingt es den sowjetischen Flotten zwar in der ersten Phase, der NATO erhebliche Schwierigkeiten zu bereiten. Dazu gehört die Versenkung von 25% des ersten US-Nachschubs durch sowjetische U-Boote. „Doch die Abnutzung der sowjetischen Seestreitkräfte war so groß, daß diese Angriffe bald nachließen.“ Als entscheidend hebt Hackett an dieser Stelle hervor, daß von der NATO „Geleitflugzeugträger, Fregatten, Patrouillenschiffe, Hubschrauber und Marineflugzeuge in der Zeit zwischen 1979 und 1983 mit großer Dringlichkeit gebaut worden“ waren. Insgesamt gelingt der NATO in Hackett's Szenario sehr schnell die Gewinnung der totalen Seeherrschaft. Auch die sowjetischen Verbindungen in der Karibik und vor der westafrikanischen Küste können unterbrochen werden.

Ende gut, alles gut

Zurück nach Mitteleuropa, wo wir die militärischen und politischen Führer der NATO mit der Schicksalsfrage zurückgelassen hatten, ob man, die Gunst der Stunde kühn ergreifend, die erfolgreiche Gegenoffensive ins Gebiet des Warschauer Pakts hinein fortsetzen soll. Mittlerweile tobt auch im Kreml eine heftige Debatte zwischen „Falken“ und „Tauben“. Die „nukleare Partei“ fordert einen atomaren Warnschlag gegen die NATO und setzt sich schließlich durch: Am 20. August um 10.30 Uhr wird über der englischen Stadt Birmingham eine Atom Bombe gezündet. Es gibt 300.000 Tote auf der Stelle, 250.000 Schwerverletzte und weitere 300.000 „Leicht“ verletzte. Dem US-Präsidenten wird über den Heißanruf mitgeteilt, daß weitere Atomangriffe folgen würden, falls die USA nicht innerhalb einer Woche Vertreter zu Verhandlungen schicken. Wenn später schlagen die USA und Großbritannien gemeinsam hart zurück: Von einem amerikanischen und einem britischen U-Boot werden je zwei atomare Flugkörper auf Minsk abgeschossen. „Das Grauen von Birmingham wiederholt sich, nur um ein Vielfaches gesteigert.“

Die Zerstörung von Minsk, Hauptstadt der Bjeleorussischen SSR, bringt die inneren Widersprüche des Sowjetimperiums sofort zur Explosion: „Es war ein in dieser Beziehung gut gewähltes Ziel... Sowohl Polen wie die Ukraine zogen sofort die logische Schlussfolgerung, daß sie als nächste an der Reihe sein könnten, wenn sie nicht versuchten, den Lauf der Geschichte zu verändern.“ Die polnische Regierung weist daraufhin ihre Truppen insgeheim an, sich an keinen Kampfhandlungen mehr zu beteiligen. Mehrere asiatische Sowjetrepubliken, darunter Kasachstan und Usbekistan, erklären ihre Unabhängigkeit. Im Politbüro der KPdSU fällt schließlich am 22. August die Entscheidung durch einen bewaffneten Putsch: Der Stellvertreter des KGB-Chef ist zufällig ein Ukrainer, als solcher selbstverständlich Nationalist und Anhänger einer weitgespannten ukrainischen Geheimorganisation. Die Ukraine erklärt ihre Selbständigkeit, die Sowjetunion löst sich auf.

Das war's. „Und davor haben wir jahrelang Angst gehabt!“, wird sich Reagan bei der Lektüre des Schlusskapitels gefragt haben. Und immer und immer wieder wird er mit unermüdlicher Begeisterung das Fazit von Hackett verschlingen haben: „Die politische Landschaft hat sich völlig verändert, weil der so mächtige, unheilvolle, expansive und kompromißlose dogmatische Imperialismus der Sowjetunion nicht mehr existiert.“ Die Welt ist aus einem weiteren bösen Traum erwacht, so wie sie aus dem Alptraum der Nutznieß erwachte. Allerdings dauerte es diesmal viel länger. Der in der bolschewistischen Revolution 1917 geborene Mythos überlebte fast ein dreiviertel Jahrhundert... Man wird noch lange über die wirklichen Ursachen dieses Krieges zwischen Ost und West debattieren. Welcher Art sie auch waren: der Kampf konnte vermutlich nur in Europa entschieden werden — wenn er nicht zur Massenvernichtung durch strategische Atomwaffen führte, was dann kaum mehr eine Entscheidung hätte genannt werden können. Der Brennpunkt dieses Kampfes konnte aber nirgendwo anders als in der Bundesrepublik Deutschland liegen. Die entschei-



aus: „Taz“, 27.11.81

denden Operationen zu Lande und in der Luft mußten daher zwangsläufig dort geführt werden, wo der Mittelschnitt des Alliierten Kommandos Europa lag.“

Natürlich darf auch der nochmalige Hinweis nicht fehlen, daß der Sieg des Guten über das Böse nur deshalb erreicht werden konnte, weil die NATO seit Erscheinen des Hackett-Buches energisch zugestimmt hat: „Wenn sich die Krise von 1985 schon 1977 oder 1978 ereignet hätte, dann wäre höchstwahrscheinlich der sowjetische Plan eines Durchbruchs zum Rhein, der Auflösung der Allianz und der völligen Zerstörung der Bundesrepublik Deutschland nicht fehlgeschlagen. Was in den Jahren zwischen 1978 und 1984 für Organisation, Bewaffnung und Ausrüstung getan wurde, verhinderte das gerade.“

Der Traum vom Blitzkrieg

Hackett's 3. Weltkrieg dauert im engeren Sinn nur 17 Tage, vom 4. bis zum 20. August. 11 Tage brauchen die Truppen des Warschauer Pakts, um zwischen 70 und 450 km (Luftlinie!) weit nach Westen vorzudringen. 6 Tage reichen der NATO, um den Gegner an die Ausgangslinien zurückzuschlagen. Dieser Kalender ist für sich genommen schon ein Kuriosum. Die Alliierten haben im 2. Weltkrieg ein Mehrfaches dieser Zeit gebraucht, um gegen einen völlig zerschlagenen Gegner und bei einer erdrückenden allseitigen Überlegenheit (Luft, Panzer, Artillerie) von dieser Zeit gebraucht, um gegen einen völlig zerschlagenen Gegner und bei einer erdrückenden allseitigen Überlegenheit (Luft, Panzer, Artillerie) von den deutschen Grenzen bis zur Elbe vorzudringen. Hackett's Blitzfeldzüge quer durch die BRD unterbieten sogar noch die Zeit, die Großbritannien für die Eroberung der Falkland-Inseln brauchte. Dies ist kein nebensächliches Detail, weil Hackett's ganzes Szenario auf dem Zeitplan aufbaut und eine längere Dauer der Kämpfe ganz andere Rahmenbedingungen schaffen würde. Hackett seinerseits geht sogar so weit, Kriegführung über einen längeren Zeitraum für heute nicht mehr möglich zu erklären (Anm. 7).

Neben dem irrealen Zeitplan ist die entscheidende Voraussetzung für Hackett's Szenario die Annahme, es mit einem innerlich völlig verfallenen Gegner zu tun zu haben, dessen totaler Zusammenbruch sehr rasch herbeigeführt werden kann, ohne ihn erst militärisch wirklich niederkämpfen zu müssen. Hackett spart sich damit die komplizierte und nicht unbedingt erfolgsversprechende Antwort auf die Frage, ob strategisch betrachtet irgendeine Form von militärischem Sieg der NATO über die Sowjetunion möglich wäre, wie lange so ein Krieg gegebenenfalls dauern und was er kosten würde.

Es ist eine interessante Parallele, daß exakt die gleiche (Fehl-)Einschätzung von der inneren Situation Rußlands bzw. der Sowjetunion schon im Ersten und Zweiten Weltkrieg eine zentrale Entscheidungshilfe für den deutschen Imperialismus war, sich auf die Kriegsrufen einzulassen. Das soll in weiteren Teilen dieser Serie noch betrachtet werden (Anm. 8). Es reicht hier die Feststellung, daß eine solche völlig auf die inneren Widersprüche der Sowjetunion und ihres Blocks gestellte Kalkulation dazu verführen muß, die Risiken relativ gering zu veranschlagen und aben-

teuerliche Schlußfolgerungen zu ziehen. Hingegen ist der Reiz eines realistischen Szenarios, das von einem jahrelangen konventionell-nuklearen Krieg oder von einer gegenseitigen strategischen Vernichtung ausgeht, offensichtlich sehr viel geringer.

Aufmerksamkeit verdient, daß zwei Kerndogmen der NATO-Ideologie in Hackett's Szenario demontiert werden: 1. Die berühmte These, daß — wegen angeblicher massiver Überlegenheit des Warschauer Paktes auf dem mitteleuropäischen Schauplatz — die NATO einem östlichen Angriff nicht lange standhalten könnte, ohne Atomwaffen auf dem Ozeanfeld einzusetzen. 2. Die kaum weniger berühmte Behauptung, daß eine Gegenoffensive der NATO über ihre begrenzten Grenzen hinaus auf gegnerisches Gebiet keinesfalls beabsichtigt sei. Diese hat gerade eben wieder Lothar Röhl, Staatssekretär im Verteidigungsministerium, bekräftigt (Anm. 9). In diesem Punkt rückte auch schon General Kielmansegg in seinem Vorwort von Hackett ab (Anm. 10). Es bleibt aber festzuhalten, daß Hackett als langjähriger NATO-General seinen amerikanischen und deutschen Kollegen durchaus die Neigung zutraut, bei günstigen Umständen weit ins Gebiet der WP-Staaten vorzudringen. Diese Vermutung wird wohl nicht völlig aus der Luft gegriffen sein, sondern auf Gesprächen und Erfahrungen aufbauen.

In 48 Stunden am Rhein

In 48 Stunden am Rhein

Nur noch episodischen Wert hat das schon erwähnte Buch des belgischen NATO-Generals Close, „Europa ohne Verteidigung?“, das im französischen Original den Untertitel „48 Stunden, die das Gesicht der Welt verändern könnten“ hat. Realitätswert wird dem dort entwickelten Szenario kaum noch jemand zusprechen wollen. Dennoch hat es in den ersten Jahren nach seinem Erscheinen (1976/77) manchen aufgeregten Schlagzeilen und Kommentaren auf den Weg geholfen. In Close's Fiktion schafft es die Sowjetunion, die gesamte BRD in maximal 48 Stunden vollständig zu überrennen und zu besetzen. Bei diesen 48 Stunden hat Close schon großzügig einen reichlichen Spielraum für „einiges Mißgeschick, Unvorhergesehenes, ein teilweises oder gänztliches Mißlingen der Luftlandeaktionen und eine heftige Reaktion der alliierten Luftwaffe“ einkalkuliert. Andernfalls geht es selbstverständlich noch schneller, wie jeder weiß, der mal mit dem PKW von Hamburg nach Düsseldorf gefahren ist.

Close's Szenario ist verblüffend: Die Sowjetunion tritt ohne jedes politische Vorspiel und ohne Vorwarnung, sozusagen aus blauem Himmel, zu einer blitzartigen Offensive an, die die NATO-Truppen in den Betten oder im Urlaub überrascht. „Stunde und Tag müssen nach reiflicher Überlegung bestimmt werden. Die günstigste Periode dafür ist der Sommer, in erster Linie Juli und August, wenn der Jahresurlaub der Offiziere und Truppen auf ein Minimum zusammengekrummt liegt und die Urlaubsreisen den Aufmarsch der NATO behindern. Der Tag 'X' mußte ein Sonn- oder Fei-

ertag sein, wenn die Präsenzstärke der Einheiten gering ist und nur die Routinewachen in den Depots und Kasernen vorhanden sind...“ Das Element der totalen Überraschung ist für das Gelingen des Unternehmens in der Tat das Wichtigste: Der Warschauer Pakt steht zunächst mit „fast einer halben Million Menschen“ (Close) einer Präsenzstärke der NATO in der BRD von über 600.000 Mann gegenüber. In dieser Zahl sind die schnell mobilisierbaren Reserven der Bundeswehr und die rund 50.000 französischen Soldaten in der BRD noch nicht einmal enthalten (Anm. 11). Daß die WP-Truppen bei dieser Konstellation einfach in 48 Stunden an den Rhein durchmarschieren könnten, erscheint auf den ersten Blick nicht unbedingt plausibel. Close kippt zu diesem Ergebnis lediglich mit Hilfe der Hypothese, daß durch den Überraschungseffekt die NATO-Truppen fast vollständig daran gehindert werden könnten, sich überhaupt zur Gefechtsbereitschaft zu entfallen. Beispielsweise, indem Flugplätze im Handreich besetzt werden und indem ganze NATO-Bataillone durch Luftlandetruppen in ihren Kasernen gefangen genommen werden.

Da Close's Szenario nicht von materiellen Kräfteverhältnissen ausgeht, wie sie schon bei einer Kampfführung von wenigen Tagen zur Geltung kommen würden, sondern ausschließlich vom Element der absoluten Überraschung, ist es in sich selbst durchaus stimmig. Mit der gleichen absurden Präzision ließe sich ein Szenario aufbauen, bei dem die NATO in 48 Stunden die DDR besetzt.

Mit der gleichen absurden Präzision ließe sich ein Szenario aufbauen, bei dem die NATO in 48 Stunden die DDR besetzt.

Finale mit Großem Knall

Von einem ähnlich pessimistischen Gesamtbild wie Close geht das erwähnte Szenario „World War 3 — A military Projection founded on today's facts“ aus. Die Konsequenzen sind allerdings noch düsterer.

Ausgangspunkt dieser Fiktion ist eine krasse außenpolitische Isolierung der BRD: als Folge einer Wirtschaftskrise ist eine leichte, aber international sehr spektakulär aufgenommene Zunahme des Neonazismus zu registrieren. Dies führt insbesondere in den USA zu starker Beunruhigung und zu einer Abwendung von der BRD. Diese, auf sich allein gestellt, reagiert mit zögerlicher Entwicklung einer eigenen Atomstreitmacht. Die von Spionen und Journalisten enthüllte Tatsache, daß die BRD schon über eine einsatzfähige Bombe verfügt, veranlaßt die Sowjetunion zum Präventivschlag (Anm. 12): Sie startet eine militärische Invasion, deren einer Stoßkeil auf Bonn zieht, während der andere der Ausschaltung des bundesdeutschen Atom-Zentrums („This establishment was located a few miles southwest of Hamburg“) dienen soll. Zugleich gibt die sowjetische Regierung offiziell bekannt, daß sie nicht mehr als eine begrenzte „Polizei-Aktion“ beabsichtigt: Sie wolle nicht die BRD besetzen, sondern lediglich deren Zugriff auf eigene Atomwaffen unterbinden. Die ausländischen NATO-Truppen in der BRD werden

Fortsetzung nächste Seite

Anmerkungen zum Hintergrund der hier vorgestellten Szenarien

Die in diesem Text erwähnten Kriegerplanspiele massieren sich nicht zufällig in den Jahren 1976-78. Sie sind im Zusammenhang einer Propaganda zu sehen, die auf praktisch sämtlichen Feldern eine sowjetische Überlegenheit behauptete, um bereits eingeleitete oder eben zur Entscheidung anstehende Rüstungsmaßnahmen der NATO zu flankieren. In diesem Zusammenhang einige Daten und Anhaltspunkte: Der israelisch-arabische Oktoberkrieg 1973 wurde zu einem beispiellosen Versuchsfeld für die Kriegführung mit den „modernsten“ der verfügbaren Waffen. Die Auswertung dieser Erfahrungen setzte 1974 massiv ein. Sie bezog sich z. B. auf den reduzierten Wert großer Panzerarmeen und an erster Stelle auf die Entwicklung einer völlig neuen Generation von „intelligenten“, d. h. sich selbst ins Ziel lenkenden Waffen mit sehr hoher Vernichtungswirkung, deren Einführung eine neue „Revolutionierung“ der Kriegsführung bedeuten würde. Die daraus resultierenden Rüstungsentscheidungen fanden ihren Ausdruck im NATO-Langzeitprogramm von 1978/1979. Vorausgegangen war eine massive Unterlegenheits-Propaganda. Eine zentrale Funktion hatte eine gezielt auf den Zweck hin angeordnete US-Untersuchung (das sogenannte „Team B“), deren vorgeblicher Zweck es war, die bisherigen Angaben des CIA über den Umfang der sowjetischen Rüstung zu überprüfen. Wunschgemäß kam „Team B“ zu der Erkenntnis, daß man diese Schätzungen rund doppelt so hoch ansetzen müßte wie bisher veranschlagt (Da man im freiesten Land der Freien Welt nichts so sehr liebt wie die Wahrheit und die Wahrhaftigkeit, wurde diese These des „Team B“ vor einigen Monaten offiziell zurückgenommen, nachdem sie ihre Schuldigkeit wirklich getan hat).

In den gleichen Zeitraum, zweite Hälfte der 70er Jahre, gehört die Legende vom „Fenster der Verwundbarkeit“: Die Sowjetunion werde etwa 1985, so wurde damals behauptet, die Fähigkeit erreicht haben, die landgestützten Raketen der USA mit einem Erstschlag auszuschießen. Diese Legende diente dazu, der Entscheidung über die

der USA mit einem Erstschlag auszuschießen. Diese Legende diente dazu, der Entscheidung über die Stationierung der neuen MX-Raketen auf den Weg zu helfen. Eine andere Debatte galt den angeblichen sowjetischen Blitzkriegsoptionen. Ergebnis war u. a. die Verbesserung der Möglichkeit, „im Krisenfall“ umfangreiche Streitkräfte der USA nach Europa zu verlegen. Ferner war diese Propaganda eine wichtige Entscheidungshilfe in der Auseinandersetzung um die Anschaffung des Frühwarnsystems AWACS.

Weitere Propaganda-Themen, die in jenen Jahren hochgekocht wurden, waren die sowjetische Flottenrüstung, ergänzt durch phantastische Berichte über angebliche sowjetische Stützpunkte in aller Welt. (Dem älteren AK-Publikum werden diese Dinge sicher noch in hellerer Erinnerung sein).

Und nicht zuletzt wird man diese Art von Propaganda wohl auch vor dem Hintergrund des NATO-Doppelbeschlusses zur atomaren „Nachrüstung“ (Dezember 1979) zu sehen haben.

Die hier vorgestellten Szenarien sind also ganz und gar keine realistischen Betrachtungen, die die wirklichen Analysen und Schlußfolgerungen der NATO authentisch ausdrücken. Das schließt im Einzelfall nicht aus, daß sich tatsächliche Analysen und Schlußfolgerungen dennoch in irgendeiner verzerrten Form in den Szenarien widerspiegeln. Es ist als sicher anzunehmen, daß es sehr viel realistischere, d. h. den wirklichen Einschätzungen und Absichten der NATO entsprechende, Planspiele bei den zuständigen Stellen gibt. Wie sie aussehen könnten, läßt sich nur indirekt vermuten. Davon soll in einer späteren Folge dieser Artikel-Reihe noch die Rede sein.

Fortsetzung von vorheriger Seite

aufgefordert, sich in ihre Kasernen zurückzuziehen und dem sowjetischen Vormarsch keinen Widerstand zu leisten; in diesem Fall werde man sie nicht angreifen.

Die ohnehin über die bundesdeutsche Politik beunruhigten und verunsicherten NATO-Alliierten neigen zunächst dazu, auf dieses Angebot einzugehen. Frankreich gibt explizit eine entsprechende Erklärung ab. Die britische Labour-Regierung ist über diese Frage zerstritten. Schließlich werden die britischen Truppen in der BRD angewiesen, in die Kasernen zurückzugehen und nur in Selbstverteidigung zu schießen. Entscheidend ist jedoch, daß die Kommandeure vor Ort diesem Befehl nur widerwillig und zögernd Folge leisten. So kommt es, ausgelöst durch einen cholerischen sowjetischen Offizier, zum ersten Zusammenstoß. Nun schlägt die Gesamtlage völlig um. Der US-Präsident fordert die Sowjetunion über den Heißen Draht ultimativ auf, ihren Vormarsch einzustellen. Andernfalls würden die USA „ihre ganze Gewalt einsetzen, um die Situation zu stabilisieren“. Die Gefechte weiten sich aus.

Am 3. und mehr noch am 4. Tag des Krieges bestätigt sich das bekannte Schema der offiziellen NATO-Strategie: zwar leisten die Truppen, allen voran auch hier die ganz vorzügliche Bundeswehr, einen tapferen Widerstand, aber es zeichnet sich ab, daß die Reserven knapp werden und die Situation nicht mehr lange gehalten werden kann. Die US-Regierung diskutiert den Einsatz von Atomwaffen. Da kommt völlig überraschend die Meldung, daß die britischen Truppen vier Atomwaffen (drei von einer Kilotonne und eine von zehn KT — Anm. 13) im Gefecht eingesetzt haben. Der US-Präsident gibt daraufhin den Einsatz von Atomwaffen „streng nach dem vorgeplanten Programm“ frei: auf militärische Ziele in der Kampfzone (combat zone), einschließlich der „taktischen“ Flugplätze in der DDR und Polen. Die Sowjetunion reagiert mit einem genauestens begrenzten Atomschlag gegen die US-Luftwaffenstützpunkte in Ostengland. Der US-Präsident, „forced to choose between the complete destruction of the NATO defence and nuclear war, gave the fatal order.“ Mit diesen Worten beendet Sheldoff Bidwell seine Fiktion. Wie man sich diesen Atomkrieg vorzustellen hat, welche Folgen er verursachen könnte, ob noch in den Kategorien eines militärischen Sieges weiterzudenken ist, bleibt unbeantwortet.

Immerhin aber hat dieses Szenario, trotz seiner Primitivität und Grobschlächtigkeit, gegenüber anderen den erheblichen Vorzug, daß es sich überhaupt der Frage stellt, was denn nun eigentlich passieren würde, wenn im Falle eines Falles die „atomare Abschreckung“ nicht funktioniert. Vernünftigerweise wird man nämlich davon ausgehen müssen, daß ein sowjetischer Angriff in Mitteleuropa — wenn er überhaupt wahrscheinlich wäre — bereits eine sehr große, durchkalkulierte Risikobereitschaft voraussetzen würde, die durch den sogenannten „demonstrativen Einsatz“ einiger weniger taktischer Atomwaffen nicht zu stoppen wäre.

Wenn ich ein Russe wär' ...

Nach dem gleichen schlichten Denkmuster, aber systematischer als die bisher genannten Autoren ist General a.D. Steinhoff in seiner Arbeit „Wohin treibt die NATO!“ (1976) vorgegangen, indem er fünf unterschiedliche Kriegsszenarien für eine „sowjetische Aggression“ skizzierte und hinsichtlich ihrer Chancen und Risiken einschätzte. Dabei bedient er sich der Fiktion, als würde er die einzelnen Optionen vom Standpunkt der politisch-militärischen Führung der Sowjetunion aus betrachten. Die Absicht auch dieser Denkspiele ist aufdringlich politisch-pädagogisch: indem er sich vorgeblich auf den sowjetischen Standpunkt stellt, will Steinhoff mitteilen, wo seiner Ansicht nach Schwächen der NATO liegen und wo mehr getan, sprich: zugerüstet werden sollte. Und so sehen die fünf Optionen aus:

1. Überraschender, begrenzter Angriff in Zentraleuropa

Dies entspricht weitgehend, wenn auch nicht in seiner radikalen Abstraktheit, dem Close-Scenario. Die NATO sei auf einen solchen Angriff nicht vorbereitet. (Zu wenig präsente Streitkräfte, die zudem nicht grenznah genug stationiert sind.) Es bestehe die Möglichkeit, daß die NATO frühzeitig Atomwaffen einsetzt; jedoch könne auch sein, daß der US-Präsident damit aus Sorge vor so-



(gezeichnet von H. Takino)

wjetischen Gegenschlägen zögern wird. Folglich die derzeit (1976) umschichtreichste sowjetische Option.

2. Begrenzte konventionelle Aggression an den Flanken

Der Sowjetunion könne es gelingen, an den Flanken der NATO (Norwegen; Griechenland/Türkei) massiert anzugreifen und die regionalen NATO-Kräfte zu überrennen. Das gelte vor allem für Norwegen, da dort keine Atomwaffen gelagert sind. Sofern die sowjetische Aktion von vornherein in den Zielen begrenzt ist und sehr schnell „Faustpfänder“ erobern kann, sei ein Einsatz von Atomwaffen durch die NATO unwahrscheinlich. Also gleichfalls eine günstige Option für die SU. Mit diesem Lagebild will Steinhoff mitteilen, daß die anderen NATO-Mitglieder sich stärker auf den Flanken engagieren müßten; so tadelt er den Rückzug Großbritanniens aus dem östlichen Mittelmeer.

3. Massive, konventionelle Aggression in Europa nach strategischem Aufmarsch

Diese Option setzt voraus, daß die Sowjetunion nach einer Mobilisierungsphase von 2 - 3 Wochen mit sämtlichen verfügbaren Kräften — also auch den in Polen und in den westlichen Bezirken der SU stationierten — und auf der ganzen Breite der NATO-WP-Front den Krieg eröffnet. Da „das Netz nuklearer Kampfkraft“ jedoch „über ganz Europa mit Ausnahme der Nordregion“ gespannt ist, sei die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, „daß wir nach wenigen Stunden oder Tagen des Kampfes in die nukleare Konfrontation geraten.“ Aus SU-Sicht also nicht empfehlenswert.

4. Angriff mit strategischen Nuklearwaffen gegen die Vereinigten Staaten und Europa

Diese Option, der First Strike, scheidet aus, solange die USA über die Fähigkeit verfügen, mit ihrem „überlebenden“ atomaren Potential der Sowjetunion einen Schaden zuzufügen, „der in keinem Verhältnis zu unserem fragwürdigen Erfolg stünde“.

5. Geographisch begrenzter Angriff mit Nuklearwaffen gegen Europa

Der Einsatz von einigen wenigen sowjetischen Atomwaffen könnte darauf abzielen, Westeuropa zur Kapitulation zu zwingen. (Mehr als ein „demonstrativer“ Einsatz ist von vornherein nicht sinnvoll, da die Sowjetunion Westeuropa nicht zerstören, sondern erobern will.) In diesem Fall sei jedoch das Risiko groß, daß die USA ihr strategisches Potential zum Schutz Europas einsetzen. Und selbst wenn dieser Schutz ausbleibt, sei noch auf die Potentiale Großbritanniens und Frankreichs zu zählen. Also sei auch diese Option für die SU allzu riskant.

Es bleiben die Optionen 1 und 2, die beide auf dem Element der möglichst vollständigen Überraschung sowie der engen räumlichen und zeitlichen Begrenzung aufbauen. Neben dem NATO-Dogma Nr. 1 („Krieg ist absolut ausgeschlossen aufgrund der Abschreckung“) haben wir nun auch das NATO-Dogma Nr. 2 in mehreren Variationen kennengelernt: „Sollte es dennoch zum Krieg kommen, wird er

zwangsläufig extrem kurz sein“. Nachdem der 1. Weltkrieg 4 1/4 Jahre dauerte und der 2. Weltkrieg fast 6 Jahre, ist die Prognose, daß der 3. Weltkrieg nur einen Monat dauern wird, zwar nicht unbedingt plausibel, aber ganz bestimmt sehr irreführend. Nur am Rande sei hier darauf hingewiesen, daß es — allerdings schon etwas älteren Datums — auch Szenarien gibt, die einen Krieg zwischen NATO und Warschauer Pakt als Vorgang von mehreren Jahren Dauer darstellen (Anm. 14). Für Ansätze dieser Art spricht, verglichen mit den oben zitierten Szenarien und den offiziellen NATO-Dogmen, folgende Überlegung: Das mit Waffen und Armeen überfüllte Europa ist kein Schauplatz für schnelle Überraschungscoups des einen großen Militärpakts gegen den anderen. Es ist kein Testgelände, um Experimente mit der Abwehrfähigkeit und -bereitschaft der Gegenseite anzustellen ... und sich nach den ersten taktischen Niederlagen schnell wieder zurückzuziehen. Wenn je einer der beiden Pakte auf diesem Schauplatz seine Armeen über die gegnerischen Grenzen vormalischer lassen sollte, so müßte es auf Grundlage einer Risiko-Kalkulation geschehen, die unterhalb der gegenseitigen strategischen Vernichtung mit jedem möglichen Kriegsablauf rechnet. Anders gesagt: ein Krieg der beiden Pakte in Europa ist nur vorstellbar im globalen Zusammenhang eines totalen Ringens um die Welt Herrschaft, wie es der 1. und der 2. Weltkrieg waren. Zu einem solchen Kampf würden wahrscheinlich sämtliche verfügbaren Mittel und Reserven — möglicherweise mit Ausnahme der Atomwaffen bzw. zumindest der strategischen — mobilisiert werden. Hieraus ergeben sich Vermutungen über Ausmaß und Dauer eines derartigen Krieges.

Anders stellt sich die Sache selbstverständlich im europäischen, speziell im bundesdeutschen Wunschenken dar: Es ist kaum ein Kriegsszenario zwischen NATO und Warschauer Pakt denkbar, bei dem die BRD nicht Teil einer Hauptkampfzone wäre. Es bedarf keiner großen Phantasie, um einzusehen, daß die immer noch gültige NATO-Doktrin — frühzeitiger Einsatz von Atomwaffen — für die BRD in der Praxis verheerend wäre (Anm. 15). Dies ist die berühmte Glaubwürdigkeitslücke, von der derzeit viel geschwätzt wird. Bleibt also die Option, die NATO „konventionell“ in den nächsten Jahren so sehr zu verstärken, daß sie die Fähigkeit zur siegreichen „konventionellen“ Kriegsführung gegen den WP erhält. Das mag sich zwar etwas glaubwürdiger anhören als die alte Doktrin der flexiblen Antwort mit Atomwaffen. Aber die politisch-militärische Führung der BRD weiß schon einzuschätzen, daß auch ein rein „konventionell“ geführter Krieg gegen den WP in Mitteleuropa katastrophale Folgen haben würde. Selbst ein militärischer „Sieg“ der NATO, falls er möglich wäre, würde höchstwahrscheinlich der BRD die Hauptlasten und den imperialistischen Konkurrenz des Hauptnutzen eintragen. Verständlich also, daß im offiziellen bundesdeutschen Wunschenken der Krieg gar nicht erst stattfindet, weil die „Abschreckung“ ihn unvermeidlich und für ewige Zeiten verhindert. Da dieses Wunschenken durchaus nicht so defensiv ist, wie es sich gern nach außen darstellt, stehen dahinter auch politische Illusionen von ganz großem Kaliber: das Konzept, die Sowjetunion nicht etwa durch Kriegsführung, wohl aber durch Kriegsrüstung und Kriegsandrohung zu Zugeständnissen zwingen zu können. Vielleicht ist dieses Konzept nicht einmal völlig chancenlos. Jedenfalls könnte es so nur ablaufen, wenn die politisch-militärische Führung der Sowjetunion bzw. deren dominierende Kräfte sich dafür entscheiden würden, ihren Anspruch auf eine Rolle als gleichrangige Weltmacht neben den USA aufzugeben und sich kampflös auf ihre eigenen Grenzen zurückzuziehen.

Die Überlegungen zu denkbaren Szenarien eines dritten Weltkrieges sollen in einer späteren Folge — voraussichtlich wird das erst im Herbst sein — fortgesetzt werden. Zunächst soll (im AK 247 und 248) die Vorgeschichte und der Verlauf des 1. Weltkrieges, dann (voraussichtlich im AK 249) Vorgeschichte und Verlauf des 2. Weltkrieges betrachtet werden. Unter anderem wird es im AK 247 um die deutschen Fragen gehen, ob Militärpakte friedenserhaltend wirkten, ob 40 „Friedensjahre“ ein starkes Argument für die Abschreckung sind, und ob Weltkriege durch allgemeinmenschliche Schwächen und unabsichtliches „Hineinschlitzen“ zustande kommen.

Kl., Hamburg

Anmerkungen

Anmerkungen

1) Nach Richard Hobbs, The Myth of Victory, Colorado 1979. Der Autor bezieht sich seinerseits auf mehrere andere Verfasser. Die Zahlenangaben variieren zum Teil stark. Da hier nur ein ungefährender Begriff von den Größenordnungen gegeben werden soll, kann das vernachlässigt werden.

2) Darunter: Air Chief Marshal John Barracough, bis 1976 stellvertretender Chef des britischen Generalstabs, Brigadegeneral Kenneth Hunt, u.a. von 1964 bis 1967. Vertreter des damals höchsten militärischen Gremiums der Standing Group, beim Nordatlantischen Vize-Admiral Ian McGeoch, bis zu seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst 1970 auf verschiedenen Flotten-Kommandostellen der NATO im Atlantik. Als „Hauptberater auf politischem Gebiet“ wird Bernard Burrows erwähnt, von 1934 bis 1970 im diplomatischen Außendienst Großbritanniens.

3) Anderer Artikel ist jedoch General Kleiman in seinem Vorwort: „Ich kenne kein anderes vergleichbares Buch, in dem so umfassend allgemeine wie spezielle Informationen verarbeitet ist, die auch Aufschlüsse gibt über Meinungen und Denkschulen, über geltende Strategie und Taktik, über heutige und morgige Technologie.“

4) Einen bequemen Einstieg und Überblick zum Thema bietet z.B.: K-Peter Strätmann, NATO-Strategie in der Krise? Militärische Optionen von NATO und Warschauer Pakt in Mitteleuropa. Baden-Baden 1981.

5) Darunter: Sheldoff Bidwell, Artilleriekommandant im 2. Weltkrieg, später Chief Instructor an der Royal School of Artillery, Rear-Admiral E.F. Gueritz, aktiver Flottenoffizier bis 1966, später Director of Defense Plans der britischen Marine. Ferner Kenneth Hunt, der auch für Hackett's Buch als Mitarbeiter erwähnt ist, insgesamt ein Kreis von pensionierten Offizieren (vor allem mit Weltkrieg-2-Erfahrung), die in Militärschulen, einschlägigen Instituten u.ä. weiterarbeiten.

6) Einige Daten bei Hackett, so dieses, geben bereits auf. Da in seinem Szenario der Krieg bereits am 22.8. endet, macht die Erwähnung einer Frontlinie am 23.8. keinen Sinn.

7) Hackett schreibt: „Die Masse und das Volumen dessen, was von allem an Treibstoff und Munition gebraucht wurde, um eine in schweren Gefechten im Feld gegen einen ähnlich ausgerüsteten Gegner stehende Armee kampffähig zu halten, waren enorm — von den Kosten ganz zu schweigen. Bei der

Schnelligkeit, in der die Bestände heute aufgebraucht wurden, war es gar nicht länger möglich, intensive Kämpfe über Monate hinweg zu führen.“

8) Die politisch-militärische Führung Deutschlands ging im Sommer 1914 davon aus, daß der Krieg in Rußland sehr rasch, jedenfalls noch vor Jahresende, zu einer „Revolutionierung“ und damit zum militärischen Zusammenbruch führen würde. Diese Einschätzung ging zwar von wirklich vorhandenen Faktoren aus, überschätzte aber deren Entwicklungstempo. Rußland war noch bis zum Sommer 1916 zu großen Gegenoffensiven in der Lage. Ähnlich ging auch die Nachführung bei den Kriegsplänen gegen die Sowjetunion von einer Zusammenbruchstheorie aus, die einen militärisch-politischen Sieg innerhalb von sechs Monaten, also bis Ende 1941, ermöglichen sollte. In diesen Berechnungen spielte vor allem die Ausnutzung nationaler Widersprüche (Ukraine, Lettland, Litauen) eine wichtige Rolle. Die Kriegspläne der USA gegen die Sowjetunion seit Ende des 2. Weltkrieges knüpfen an das gleiche Kalkül an. Das ist zum Teil vielleicht auch dadurch zu erklären, daß die mit der Sowjetunion befaßten Teile des deutschen nachrichtendienstlichen Apparats („Freunde Meers Ost / Organisation Gehlen“) praktisch sofort in US-Dienst genommen wurden.

9) „Die NATO-Verteidigung plant weder einen präventiven Schlag auf den Warschauer Pakt noch eine Gegenoffensive auf breiter Front oder in Blockketten in das östliche Mitteleuropa hinein. Völlig richtig wäre das logisch, wenn einmal ein Angriff auf das NATO-Gebiet geführt worden wäre — doch die NATO-Strategie nimmt eine Offensive über die Grenzen nach Osten, etwa nach Thüringen und Böhmen hinein, nicht in Aussicht.“ (Lothar Rühl, PAZ vom 24.4.84)

10) „Einfach unrichtig ist die These, daß Vorvertheidigung militärisch nur dann einen Sinn habe, wenn sie nach vorwärts über die Grenze hinweg geführt würde.“ Es sei „das primäre Ziel jeder Abwehrschlacht, am Ende noch immer oder wieder dort zu stehen, wo man am Anfang gestanden hat... Wir haben ja gerade die zunächst benutzte wörtliche Übersetzung des NATO-Ausdrucks Forward Defence = Vorwärtsverteidigung in „Vorvertheidigung“ abgeändert, um die bewußt falsche Interpretation gegenständlich zu machen, daß Vorwärtsverteidigung mit Marsch nach Osten gleichzusetzen sei.“ (Kleiman-1980)

11) Zahlen nach Hubatschek/Ferwick, Entscheidung in Deutschland / Warschauer Pakt contra NATO, Eine militär-politische Analyse, 1978 im Vowinkel Verlag. Das Buch gehört zu typischen „Fakten“ Literatur und bietet aus dieser Sicht relativ viel Zahlenmaterial.

12) Einer Anmerkung in der zitierten Arbeit von K-Peter Strätmann, ist zu entnehmen, daß Szenarien, in denen die BRD als „Unruheherd“ ein militärisches Eingreifen der Sowjetunion provoziert, bei NATO-Autoren teilweise Konjunktur hatten. „Zu nennen wäre vor allem das „Standard-Szenario“ des Hudson Institute: H. Kahn, On Escalation... vgl. auch Richard Rosecrance, Strategic Deterrence Reconsidered, London 1975. — General Gallois soll vor einigen Jahren an der Sorbonne ein Kriegsspiel durchgeführt haben, das auf der Annahme einer heimlichen Kernwaffenproduktion der Bundesrepublik aufbaute.“ (Anm. Strätmann, S. 32)

13) Es wird angenommen, daß eine Waffe von 1 KT ausreicht, um eine normal aufgefahrene gepanzerter Panzerkompanie zu vernichten; 10 KT wären zum selben Zweck erforderlich.

14) Es wird angenommen, daß eine Waffe von 1 KT ausreicht, um eine normal aufgefahrene gepanzerter Panzerkompanie zu vernichten; 10 KT wären zum selben Zweck erforderlich, wenn sich die gepanzerter Einheit zum Schutz gegen Atomschläge weiter aufgeköckert hat. Vgl. Strätmann, S. 96. Ferner ebenso: Samuel T. Cohen, The Neutron Bomb... in: NATO's Strategic Options... New York 1981. — Zum Vergleich: die auf Hiroshima geworfene Bombe hatte 10 - 16 KT, die Nagasaki-Bombe 20 - 25 KT.

15) Zwei sehr hübsche Beispiele sind der Strategische Kriegsspiel „Dropshot“ der Vereinigten Stabschefs der USA (19.12.49) und das Fiction-Szenario „Operation Egonog“ des US-Magazine „Collier's“ (27.10.51). Beide dokumentiert in: B. Greiner und Kurt Strätmann, Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg?, 1980 im Pahl-Rugenstein-Verlag Köln. (Sehr empfehlenswerte Dokumentensammlung von US-amerikanischen Kriegsspielen gegen die Sowjetunion!) Die Darstellung in „Collier's“ ist formal dem Hackett-Szenario sehr ähnlich: aus der fiktiven Rückschau des Jahres 1980 wird ein 3. Weltkrieg geschildert, der im Mai 1952 beginnt (mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Jugoslawien nach einem Mordanschlag auf Tito) und 1955 damit endet, daß die Sowjetunion „in einen Zustand des Chaos und des inneren Aufbruchs verinkt“. Falls General Hackett hier nicht einfach schamlos abgeschrieben hat, muß ihn wohl dieselbe Muse geküßt haben. — Das Kriegsspiel „Dropshot“, fiktiv im Jahre 1957 angesiedelt, nennt zwar keine Daten zur angenommenen Kriegsdauer, basiert jedoch auf einem umfangreichen 4-Phasen-Modell der Kriegsführung, das zweifelsfrei als relativ langwierig gedacht werden muß. Es endet mit Phase IV: „In Zusammenarbeit mit unseren Alliierten: Errichtung von Kontrollen und Durchsetzung von Kapitulationsbedingungen in der UdSSR und ihren Satellitenländern.“ — Wer noch zur Baulichkeit und politischen Färbung in der Lage ist, möge sich Rechenschaft darüber geben, was aus der Sowjetunion schon damals geworden wäre, wenn die sich nicht auf die veraltete Logik des atomaren „Wettrüstens“ eingelassen hätte.

16) Breinhoff, politisch eher „Fakten“ und Parteigänger der CDU/CSU, notierte in diesem Sinne bereits 1976: „Nukleare Waffen sind politische Waffen.“ Sie sind keine Waffen der Kriegsführung. Und weiter: „die nuklearen Strukturen des Bündnisses“ und speziell die Lagerung von 7000 Atomwaffenkopfen in Europa seien ein „Anachronismus“.

17) 1907 Was dieser General schon vor acht Jahren formuliert, hat heute von der SPD aus allerletzter Schrei vorgetragen und zudem unverändert als auch noch als Ausdruck ihrer Lernfähigkeit gegenüber der Friedensbewegung verkauft. Man müde uns wirklich einiges zu.

Die Friedensbewegung, genauer die Bewegung gegen die Nachrüstung, entwickelte sich seit der Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses zur Zeit der Regierung Schmidt im Dezember 1979. Einige ihrer Wurzeln reichen in die Bewegung der 30er Jahre gegen die Remilitarisierung, in die Anti-Atomkraft-Bewegung der 60er, in die Tradition der Ostermärsche und auch den Anti-Imperialismus der APO hinein. Mit dem Protest gegen die öffentlichen Rekrutungsergebnisse 1980 erhielt sie auch aktuell allgemeinere antimilitaristische Impulse.

Ihr Hauptanliegen und — mit wachsender Breite — der verbindende Milieukonsens für sehr unterschiedliche gesellschaftliche Schichten und politische Kräfte war von Anfang an die Verhinderung der Stationierung von neuen Atomraketen auf westdeutschem Boden. Die neue Bewegung überlagerte sehr schnell andere, auslaufende Protestbewegungen wie die Anti-AKW-Bewegung, oder eben erst entstehende wie die Hauskampf- und Jugend-Bewegung an Mobilisierungskraft und Breite.

Die „Bromer Kravalle“ am 6.5.81, wo es bei einer Demonstration von 15 000 Menschen gegen eine Rekrutierungsverteilung zu militärischen Auseinandersetzungen mit der Polizei kam, ohne daß die Polizei die „Gewalttäter“ isolieren konnte, wurden für die Strategen der Inneren Sicherheit zum Signal, zukünftig auf eine bessere Entmischung von „Demonstranten“ und „Kravallmachern“ zu achten (Anm. 1).

Es folgten weitere Proteste gegen die öffentlichen Rekrutungsergebnisse mit Tausenden von Teilnehmern in verschiedenen Städten im Herbst 1980, Ostern 1981 waren bereits zig-Tausende wieder zu Ostermärschen unterwegs. Der Kirchentag in Hamburg im Juni 1981, an dem sich zwischen 200.000 und 300.000 Menschen beteiligten, stand ganz unter dem Zeichen der Forderung nach Frieden und Abrüstung. An einer Friedensdemonstration im Rahmen des Kirchentages beteiligten sich 80.000 Menschen. Bundeskanzler Schmidt und Verteidigungsminister Apel konnten sich als Befürworter der Nachrüstung auf dem Kirchentag nicht das erwünschte Gehör verschaffen.

Es war offenbar etwas ins Rollen gekommen, eine Massenkundgebung und zunehmend auch eine Konfrontation zwischen Demonstranten und Staatsmacht folgte der anderen: 1.9.81, Zehntausende unterwegs beim Anti-Kriegstag; 13.9.81: 80.000 gegen U.S.-Außenminister Haig in West-Berlin mit blutigen Straßenkämpfen, als die Polizei versucht, „friedliche“ Friedensbewegung und militante Häuserkampf-Bewegung auseinanderzudividieren; 10.10.81: 300 000 demonstrieren in Bonn gegen die Nachrüstung. Die SPD bekommt Schwierigkeiten mit ihrer eigenen Basis. Die Durchführung des Parteitag in München im April '81 ist nur unter erzwungener Ausklammerung des Themas „Nachrüstung“ möglich.

Es war offenbar etwas ins Rollen gekommen, eine Massenkundgebung und zunehmend auch eine Konfrontation zwischen Demonstranten und Staatsmacht folgte der anderen: 1.9.81, Zehntausende unterwegs beim Anti-Kriegstag; 13.9.81: 80.000 gegen U.S.-Außenminister Haig in West-Berlin mit blutigen Straßenkämpfen, als die Polizei versucht, „friedliche“ Friedensbewegung und militante Häuserkampf-Bewegung auseinanderzudividieren; 10.10.81: 300 000 demonstrieren in Bonn gegen die Nachrüstung. Die SPD bekommt Schwierigkeiten mit ihrer eigenen Basis. Die Durchführung des Parteitag in München im April '81 ist nur unter erzwungener Ausklammerung des Themas „Nachrüstung“ möglich.

Achtung: Volksbewegung!

Hier wird nun bereits die erste Station staatlicher Sicherheits-Politik deutlich: der Staat schickt seine Soziologen auf den Plan, um sich ein „Lagebild“ von der Friedensbewegung machen zu lassen.

Bereits am 19.6.82 z.B. veröffentlicht „Das Parlament“ entsprechende Analysen von Wilfried v. Bredow und Günther Schmidt, beiden „anerkannte seriöse Fachleute“. Diese Analysen sind ihrerseits nur publizistisch aufbereitete Zusammenfassungen von in Windeseile angestellten Untersuchungen der bekannten Meinungsforschungs-Institute wie IN-FAS, EMNID usw., einschließlich des wie immer interessierten „Jugendforschungsinstituts der deutschen Shell“ (Anmerkung 2). Mit feinen Unterschieden, aber im Kern gleich, kommt man zu dem Schluß, daß es sich bei der Friedensbewegung im Unterschied zu anderen und früheren Bewegungen um eine „Volksbewegung“ handle, die bis in bürgerliche Kreise hineinreiche und die den bisherigen Konsens zwischen Regierung und Regierten in Frage stelle.

Im besonderen arbeiten die Untersuchungen heraus, daß die Vielfalt und Unkalkulierbarkeit der Bewegung zum einen zwar ihre Stärke, zum anderen aber auch ihre größte Schwäche sei. Durchaus sehr unterschiedliche Kräfte seien allein durch den Minimal-Konsens einer Verhinderung der „Nachrüstung“ miteinander verbunden, während ihre übrigen Interessen und die Ansichten über den Weg zur Veränderung weit auseinandergingen. Schmidt, selbst Konservativer, tritt in

Eigentlich sollte der „heiße Herbst 83“ die Durchführung der Nachrüstung verhindern. Mindestens aber die Bevölkerung zum Widerstand aufrütteln. Vielleicht gar neue Mehrheiten schaffen, die jetzige Regierung stürzen.

Tatsächlich war im „heißen Herbst“ nicht die Nachrüstung und der bedrohte äußere Friede, sondern der angeblich durch militante Minderheiten bedrohte innere Friede das eigentliche Thema.

Die Zimmermannen verbreiteten das Horror-Gewölbe blutiger Zusammenstöße zwischen terroristischen Militanten und der bewaffneten Staatsmacht. Große Teile der Friedensbewegung nahmen den Baß auf und propagierten das Unterlaufen des „Zimmermannschen Militärkonzepts“ durch Gewaltlosigkeit. Die SPD konnte sich in der Rolle einer Kritikerin der Konfrontations-Hysterie profilieren. Die Polizei schließlich vollendete dieses Spiel durch „de-escalierende“ Zurückhaltung in der Aktionswoche selbst: es wurde kaum bzw. wenn (wie in Bremerhaven und Hamburg), dann selektiv geknallt, erst recht fiel kein Schuß. „alles friedlich“, jubelte die BILD. Der SPIEGEL entdeckte gar „Fraternisierungsstendenzen“ zwischen Polizisten und Demonstranten.

Nach dem „heißen Herbst“ ist zwar die Nachrüstung weder ver- noch behindert, ist keine Regierung gestürzt und nicht einmal ein Volksentscheid gegen die Nachrüstung erreicht. Vielmehr werden die Raketen stationiert, und die weitere Aufrüstung marschiert in Gestalt der auf uns zukommenden konventionellen Nachrüstung. Aber dafür ist der innere Friede gewahrt und der angekündigte Konsens auf die FdGO kann wieder hergestellt werden.

Freunde und Gegner der Nachrüstung zeigten sich gleichermaßen, wenn auch mit unterschiedlichen Begründungen, zufrieden: Die einen, weil die „Reifeprüfung der Demokratie“ bestanden wurde. Die anderen, weil die angebliche Konfrontations-Strategie des Staates am gewaltlosen Widerstand gescheitert sei. Das messen sich Erfolg oder Mißerfolg der Aktionen. Weitere „Exkaltationen gewaltfreien Widerstands“ sind geplant.

Die Ostermärsche zeigten eine Friedensbewegung, die breit, aber auch zahllos geworden ist, während sich die radikaleren Teile resigniert zurückziehen, bzw. die, wo sie radikaler zu agieren versuchen, auf knallhart vorgehende Polizei stoßen. Es scheint, daß nicht die Friedensbewegung den Staat und die Polizei, sondern eine gezielte Konfliktlupfungs-Strategie des Staates die Friedensbewegung unterlaufen und schwachmacht gesetzt hat. Wie konnte es dazu kommen?

Im folgenden folgen ein paar Anregungen für eine Analyse dieser Frage gegeben werden. Ich werde mich dabei neben der Nachzeichnung der Ereignisse in der (nebenstehenden) Chronologie auf einige Schwerpunkte Aspekte rund um den „heißen Herbst“ konzentrieren. In einem folgenden Artikel soll die aktuelle staatliche Strategie im größeren historischen Zusammenhang untersucht werden. Den Abschluß wird als dritter Teil eine Bilanz der „Wende“ bilden.

Abrüstung der Friedensbewegung

Ein Beitrag zur Analyse des "heißen Herbstes"

Teil 1: Die Strategie des Staates gegen die Friedensbewegung

In diesem Zusammenhang interessieren uns vor allem Darstellungen, die eine Steuerung der Friedensbewegung durch den KGB oder die DKP unterstellen. Im übrigen, betont Bredow, bestehe kein Grund zur Besorgnis: ein „handfester Einfluß der Friedensbewegung auf die außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen des politischen Systems“ sei „nicht zu erkennen“.

Was bei den Untersuchungen als Problem unter dem Strich bleibt, ist die ideologische Verunsicherung der Bevölkerung. Darauf müsse sich die Politik einstellen. „Indem dem gewachsenen Mißtrauen durch praktische Entwicklung gemeinsamer Perspektiven von Friedensbewegung und Regierungspolitik entgegengewirkt werde“.

Alle späteren Untersuchungen zum Charakter der Friedensbewegung sind, soweit sie nicht der CDU/CSU-Propaganda von der kommunistischen oder gar terroristischen Unterwanderung folgen, nur Variationen und z.T. Konkretionen der bereits Mitte 82 vorliegenden „Erkenntnisse“ (Anm. 3).

Nach den schweren Auseinandersetzungen in Berlin am 10.6. und der über 300 000 Menschen zählenden Massendemonstration in Bonn am 11.6.82 gegen den NATO-Gipfel und den Reagan-Besuch wurde sichtbar, daß der SPD-Regierung die Bewegung aus dem Ruder zu laufen drohte.

Tageende nahmen rund um den 12.12.82, den dritten Jahrestag der Nachrüstungs-Beschlüsse, erstmals an „gewaltfreien Blockaden“ vor militärischen Anlagen teil. Die Polizei verhielt sich unterschiedlich, anscheinend ohne einheitliches taktisches Konzept.

SPD: CDU — fliegender Wechsel

In dieser Situation erfolgte im September 82 die Ablösung der Regierung

Schmidt. Mit Versprechen auf einen neuen Wirtschafts-Aufschwung, Beendigung der Arbeitslosigkeit u.s.m., ersich sich das „Übergangskabinett“ der CDU/CSU/FDP die Bestätigung für den Wechsel durch die Wahl am 6. März 83.

Sofort nach der Wahl begann das neue Spiel mit verteilten Rollen: Kanzler Kohl kündigte in seiner Regierungserklärung (Mai '83) die beabsichtigte Einschränkung der Demonstrationsrechte an. In Zukunft solle schon die bloße Beteiligung an einer von der Polizei für unfriedlich erklärten Demonstration unter Strafe stehen, auch wenn dem/ir Einzelnen keine konkrete Straftat nachgewiesen werden kann; es sei denn, er oder sie kann beweisen, daß er/sie abgewiegt hat (Anm. 4).

Entsprechend den neuen Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat kam dieser Ankündigung der Rang eines Beschlusses zu, der nur noch die formalen Hürden nehmen mußte. Damit wurde gegenüber der Friedensbewegung die Linie der Drohung eingeschlagen, mit der Absicht, eine Spaltungswirkung auf die Friedensbewegung zu erreichen.

Der neue Innenminister Zimmermann schürte diese Drohungen im folgenden durch das Marschen von der „Unterwanderung“ und „Sieverung“ der Friedensbewegung durch DKP und Extremisten (Anm. 5). In einer Rede vor dem BvS verkündete er mit Blick auf die von der Friedensbewegung geplanten gewaltfreien Blockaden: „Gewaltloser Widerstand ist Gewalt“ (Pressedienst BuMi, 13.7.83). Er schürte die Spaltung durch seine im „Spiegel“ (13.6.83) verbreitete „Behauptung“, „daß militante Gruppen größere Konfrontationen für gewalttätige Aktionen nutzen werden“, daß es dabei zu „Zusammenstößen zwischen Militanten und Militär“ kommen könne, daß die Bundesregierung sich „darauf vorbereiten“ werde.

Generalbundesanwalt Rebrunn hielt es für richtig, vor einer „Unterwande-

lung“ der Friedensbewegung durch Terroristen zu warnen und harte Maßnahmen gegen sie anzudrohen (taz, 13.7.83).

Kurz: man bemühte sich, vom Inhalt der Proteste weg auf die angeblich „ganz anderen Zwecke“, für die die gutwilligen Friedensfreunde mißbraucht würden, auf die „Unregelmäßigkeit unseres Landes“, die „Gefährdung der inneren Sicherheit“ und dergl. hinzuorientieren. Dies offenbar in dem Kalkül, daß für die Mehrheit der BRD-Bevölkerung „innerer“ und „äußerer“ Friede teilbar ist und daß ihr der „innere Friede“ und die Aufrechterhaltung von „Ruhe und Sicherheit“ wichtiger ist als der „äußere“.

Losgelöst von der Last der Regierungsverantwortlichkeit, besonders dem Erbe des ehemaligen Kanzlers Schmidt als Initiator der „Nachrüstungs“-Beschlüsse, konnte sich die SPD demgegenüber in blutrunder Opposition riskieren gegen den Raketenkurs und die Verschärfung des Demonstrationsrechts profilieren. Treu an ihrer Seite: der DGB, dessen Jugendorganisationen sich jetzt an den Aktionen der Friedensbewegung zu beteiligen begannen. Gleichzeitig wurden, damit die Blume nicht in den Himmel wachse, Linksausrufer wie die Gedanken von Oskar Lafontaine über einen Generalstreik entschieden zurückgewiesen. „5 Minuten für den Frieden“ kurz vor der Aktionswoche im Oktober mußten genügen.

Losgelöst von der Last der Regierungsverantwortlichkeit, besonders dem Erbe des ehemaligen Kanzlers Schmidt als Initiator der „Nachrüstungs“-Beschlüsse, konnte sich die SPD demgegenüber in blutrunder Opposition riskieren gegen den Raketenkurs und die Verschärfung des Demonstrationsrechts profilieren. Treu an ihrer Seite: der DGB, dessen Jugendorganisationen sich jetzt an den Aktionen der Friedensbewegung zu beteiligen begannen. Gleichzeitig wurden, damit die Blume nicht in den Himmel wachse, Linksausrufer wie die Gedanken von Oskar Lafontaine über einen Generalstreik entschieden zurückgewiesen. „5 Minuten für den Frieden“ kurz vor der Aktionswoche im Oktober mußten genügen.

Politiker der SPD wieselten mit einer nieberaubenden Geschwindigkeit an die Spitzen der Friedensbewegung, angefangen bei Erhard Eppler als Präsident des Kirchentages in Hannover im Juni '83, wo die Gewaltlosigkeit zum Prinzip erhoben wurde, bis hin zu Brandt als Spitzenredner der Demonstration in Bonn während der Aktionswoche.

Das Eindringen sozialdemokratischer Funktionäre in die Spitzen der Friedensbewegung korrespondierte mit einer Verbreiterung der Friedensbewegung an der sozialdemokratischen und kirchlichen Basis. Ergebnis dieser massenhaften Sozialdemokratisierung und Klerikalisierung der Friedensbewegung war die zunehmende Ächtung von „Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung“ und die schrittweise Reduzierung des Widerstands nicht nur auf gewaltlose, sondern bloß noch symbolische Aktionen. Das soll hier nicht weiter ausgeführt werden. Erinnere sei beispielsweise nur an die „symbolische Belagerung“ der Zieten-Kaserne in Göttingen durch Theologie-Studierenden nach dem Vorbild der Eroberung von Jericho (Juli '83) oder an die Aktion „Fasten für das Leben“, in der die allgemeine Abrüstung durch einen Hungerstreik bis zum Tod erzwungen werden sollte (Anm. 6).

Integrative Vollzugshilfe

Mit dem erfolgten Regierungswechsel und dem neu verteilten Rollenspiel, Konfrontationsandrohung hier, Gewaltlosigkeitpropaganda dort, waren die Weichen für eine Konfliktlupfungs- und Integrationsphase gestellt. Damit und dem neu verteilten Rollenspiel Konfrontationsandrohung hier, Gewaltlosigkeitpropaganda dort, waren die Weichen für eine Konfliktlupfungs- und Integrationsphase gestellt. Damit waren die Voraussetzungen geschaffen, der Friedensbewegung eine Auseinandersetzung um die Verhinderung angeblich drohender innerer Unruhen aufzuzwingen. Die konkreten Polizeistategien gegen den „heißen Herbst“ hatten entlang dieser vorgezeichneten Grundlinien gewissermaßen nur noch Vollzugshilfe zu leisten. Dabei waren sich die Verantwortlichen trotz propagandistisch ausgeprägter politischer Differenzen bei der Entwicklung des konkreten Konzepts durchaus einig (Anm. 7).

Bereits am 27./28.1.83 betraf der Arbeitskreis II der Innenminister-Konferenz mit Blick auf die Herbstaktionswoche der Friedensbewegung „Schutzmaßnahmen für militärische Einrichtungen“. Die Erarbeitung eines entsprechenden Thesenpapiers wurde in Auftrag gegeben, das den Landespolizeiführungen unter der Bezeichnung „Hilfen und Richtlinien zur Vorbereitung möglicher Polizeieinsätze im Herbst 1983 anlässlich der Stationierung von Mittelstreckenraketen“ in den folgenden Monaten zur taktischen Vorbereitung und Schulung ihrer Einheiten diene. Redakteure des „Stern“ und andere durften an Einsatzeinheiten teilnehmen, bei denen nach Auskunft der Verantwortlichen neben der Hand-

Fortsetzung nächste Seite



Polizeieinsatz in der Friedenswoche: „Meint ihr dann, wir wären für die Bedrohen?“

von Spiegel 44/83

Fortsetzung von vorheriger Seite

habung der neuen Hochdruckwasserwerfer „vor allem Gelassenheit“, geuß wurde. Einem stolzen Bericht in „Berichtspolizei heute“ (2/84) unter dem Titel: „Umfassende Vorbereitung der 16. BPS auf „Heißen Herbst“ bereite Theorie und Praxis für erfolgreiche Einsätze“ entnehmen wir, daß „der Schwerpunkt der theoretischen Ausbildung ... mit 16 Unterrichtseinheiten bei der psychologischen Unterweisung“ lag, „die die Beamten in die Lage versetzte, auf Fragen einzugehen und auch Konfliktsituationen zu entschärfen“, ohne dabei den „polizeilichen Auftrag zu vernachlässigen“.

Entsprechende Übungen fanden in allen Bundesländern der BRD statt — zum Teil auch am lebenden Objekt, d.h. anlässlich von Aktionen der Friedensbewegung im Vorfeld der Herbstaktionswoche. In Berlin ließ Polizeipräsident Hübner der Presse bei einer solchen Gelegenheit sogar eigene eine zum sanften Abtransport von Blockadern konstruierte Handkarre vorführen, um zu demonstrieren, daß die Staatsmacht sich nicht auf Konfrontationen mit friedlichen Demonstranten einstelle. Die Begründungen für diese Taktik sind deutlich: „Für Nordrhein-Westfalen hat Innenminister Schnoor die Parole ausgegeben: Mehr Erfolg durch differenziertes Einschreiten.“ In der Praxis bedeutet das: Welche Linie bei Demonstrationen, hartes Durchgreifen bei Chooten“, erläuterte der „Stern“-Reporter seinen Bericht.

Damit dürfte er den taktischen Konsens der IMK-Richtlinien zum „heißen Herbst“ getroffen haben: In Hamburg versprach Innenminister Pawelczyk „so liberal wie möglich“, „gegen Gewalttäter aller Couleur jedoch mit aller Härte“ vorzugehen (1. Welt, 24.8.83). Was bei Schnoor „differenziertes Einschreiten“, bei Pawelczyk „so liberal wie möglich“, das heißt bei so unterschiedlichen Männern wie dem Polizeipräsidenten Hübner (Westberlin, SPD) und dem konservativen, der CDU/CSU nahestehenden baden-württembergischen Polizeipräsidenten A. Stümper, „angepaßte Polizeitaktik“ bzw. „polizeiliche Maßstäbe schneiden“. Alfons Pawelczyk erklärte: „Wir befinden uns nicht in einer Situation des Bürgerkriegs, wo große Menschenmengen zu Gewalt bereit sind, auch wenn manche Berichterstattung das suggeriert. Die politisch motivierten Gewalttäter sind eine sehr kleine Minderheit, die sich immer wieder bemühen muß, nicht in die wirkungslose Isolation zu geraten. Dieser Minderheit darf der Staat nicht durch unüberlegte Maßnahmen Sympathisanten verschaffen (1. Sicherheit + Frieden, 1/83, erschienen im Sept. 1983).

Und weiter: „Wenn sich tiefgreifende Kontraversen spitzeln, hängt der innere Friede in einer Demokratie davon ab, ob für das staatliche Handeln Differenzierungen möglich bleiben. Es ist notwendig, Voraussetzungen für diese Möglichkeit zu erhalten. Hierzu gehört, daß Klärungsprozesse z.B. in der Frage, was friedliche und was gewalttätige Demonstrationen sind, wie sie für die großen Protestbewegungen unserer Zeit typisch sind, gefördert und nicht ertötet werden.“ Es komme darauf an, z.B. „die Notwendigkeit harter Bewaffnung so lange wie möglich zu vermeiden.“

Eine weitere sehr interessante Begründung liefert der für seine harten, wie auch zugleich nach politischer Opportunität differenzierten Einsätze bekannte Hübner in einem Strategiepapier „Friedensbewegung und gewaltfreier Widerstand“ vom Mai 1983. Er schreibt u.a.: „Darüberhinaus ist die Rolle erkannt, die von der Friedensbewegung oder Teilen der sogenannten „gewaltfreien Aktionen“ der Polizeibeamten zugeordnet wird: Die Regie der „Friedensmartyrer“ hat ihnen den Widerpart der „brutalen Gewalt“ zugeordnet. Diese Artroganz muß demaskiert und den eingesetzten Beamten muß geholfen werden, Gleichmut und Selbstkontrolle zu bewahren, denn sie erfüllen einen unabwiesbaren gesetzlichen Handlungsauftrag. Die Polizeiführung wird sich deshalb bemühen, durch eine angepaßte Einsatztaktik solche Absichten ins Leere gehen zu lassen. Einen gesicherten Rechtsfrieden zu wahren, befreit die Polizei als ihre vornehmste Aufgabe.“

Hinter dem taktischen Konsens der IMK für den „heißen Herbst 83“ werden die von den Sicherheitsstrategen der Herrschenden immer wieder formulierten Befürchtungen vor den „heißen 80er Jahre“ sichtbar, auf die eine vorausschauende „Sicherheitspolitik“ sich einzustellen habe. Allen voran die seit Jahren mit wachsendem Erfolg von A. Stümper (der auch bei der Entwicklung und Praktizierung der polizeilichen Konzepte gegen den „heißen Herbst“ eine hervorragende Rolle spielte) vorgebrachten Forderungen

nach einem präventiven „Sicherheitskonzept aus einem Guß“ und einem entsprechenden wissenschaftlich ausgerüsteten, zentralisierten und zugleich differenzierten „Sicherheitsapparat“. Stümper propagiert die Vorstellung, daß es in einer Zeit der allgemeinen „Krise der Werte“, des „Sicherheitsgefühls“ wie auch des Vertrauens in die parlamentarische Demokratie nicht mehr vorrangig um die Bekämpfung des einzelnen „Verbrechens“ gehe, sondern darum, die Entstehung des „Verbrechens“ bereits an der Wurzel auszurotten. Dies soll bei der Stärkung der Familie als kleinste Einheit eines „gesunden“ Staates beginnen und bei der Ausschaltung von Leuten, die den „Staat mädig machen“, und der von „gewalttätigen Störern“ enden. Dabei müsse die polizeiliche Praxis über den Einsatz ihrer eigenen Apparate hinaus entscheidend auf die Mithilfe der Bevölkerung zielen.

Des weiteren komme es darauf an, nicht schematisch vorzugehen, sondern die schon erwähnten „polizeilichen Maßstäbe“ zu schneiden, d.h. zu einer „übergreifenden wie auch differenzierenden“ Vorgehensweise zu kommen. In der „entschiedenen Zugreifen“ mit „bewußtem Zurückhalten“ kombiniert werden müsse. Mit Gesprächswilligen müsse der Dialog gesucht, die anderen müßten isoliert und abgeurteilt werden.

Auf eine weitere Ausleuchtung dieses Hintergrunds soll verzichtet werden (Anm. 8). Es sei aber noch darauf hingewiesen, daß die von Stümper und anderen geforderte und betriebene Differenzierung des Sicherheitsapparates und seiner Methoden, eine der entscheidenden Leistungen der SPD/FDP-Regierung seit 1969 ist. Für Einsätze wie anlässlich des „heißen Herbstes“ sieht heute ein sowohl für massenhafte Repression als auch differenzierte Einzelaktion ausgebildetes und ausgerüstetes Sicherheitsinstrumentarium zur Verfügung. Das fängt beim wissenschaftlichen Apparat an, geht über die computergesteuerten Steuerungszentralen zu den nach Einsatzzweck tief gegliederten Polizeikräften (BGS, Bereitschaftspolizei, Kriminalpolizei, Schutzpolizei, Sondereinsatzkommandos verschiedener Art, paramilitärische Hilfsverbände) und hört bei der offenen Kooperation von Geheimdiensten, Polizei, Militär und diversen Verwaltungsbürokraten auf. Auch dies soll hier nicht weiter ausgeführt werden. Mensch muß es sich aber vor Augen halten, um zu begreifen, auf welchem Instrumentarium die Strategen der Inneren Sicherheit gegen die Friedensbewegung spielen konnten. Zur Besorgnis bestand wahrlich kein Anlaß — soweit es um „Militärisches“, d.h. Verteidigung oder Schutz militärischer Anlagen u.ä. ging (Anm. 9).

Polizei, Bundeswehr, NATO — alle an einem Tisch

Dies zeigte sich auch recht deutlich bei der Tagung, die für die höheren Chargen von Bundespolizei, Bundeswehr

Polizei, Bundeswehr, NATO — alle an einem Tisch

Dies zeigte sich auch recht deutlich bei der Tagung, die für die höheren Chargen von Polizeiführern, Bundeswehr und NATO-Offizieren sowie ausgewählte Politiker am 20.4.83 in der Polizeiakademie Hiltrup stattfand. Thema: „Polizeiliche Maßnahmen zum Schutz militärischer Einrichtungen“. In einem Schwerpunktthema der Zeitschrift „Die Polizei“ (10/83) wurde die Tagung wenige Wochen vor der Aktionswoche dokumentiert. Leiter der Tagung war der Polizei-Inspekteur des Landes Baden-Württemberg, H. Gerbert. Ein Mann aus dem Hause Stümper. Im Vordergrund standen nicht so sehr taktische Detailfragen als vielmals „die gesellschafts- und sicherheitspolitische Beurteilung der Lage“.

Was wurde erwartet? „Gigantische Ausmaße“ für den Herbst, allerdings keineswegs gigantische Schlachten, im Gegenteil: Penibel wird der Satz in den Aufrufen der Friedensbewegung vermerkt, daß „die Polizei nicht unser Gegner“ sei. Es wird darauf hingewiesen, daß Jo Leinen zu gewaltfreiem Widerstand aufrufe und sich von „Krefeld“ distanzieren habe (Anm. 10). Der praktischen Bewährung der Schulaufgaben gegenüber zeigt man sich gelassen. Das Problem ist offenbar ein anderes, nämlich: die Polizei sehr wohl angesichts einer „äußeren Schwere“ zu differenzierenden „Protestbewegung“, die „quer durch alle Bevölkerungsklassen und politischen, religiösen und weltanschaulichen und Gruppenungen“ gehe, in einer „völlig neuen Situation“, die die polizeiliche Beurteilung „so erschwere“ und eine Prognose unmöglich mache. Der Großteil der Friedensbewegung habe „durchaus akzeptable Motive“, aber ein kleiner Teil „extremistischer Kräfte“ versuche die „Bewegung zu unterwandern“. Dieses „extremistische Potential“ wird als „Anlaß zur Auseinandersetzung mit der Thematik unserer



Ein Störer winkt „fachgerecht“ mit einer nachempfundenen „Friedenspalme“

Tagung“ bezeichnet. Andererseits könnten „Verallgemeinerungen fließendes polizeiliches Handeln erschweren. Es sei deshalb „unverzichtbar“, sich den verschiedenen „Gruppen der Friedensbewegung“ anzunähern. Als oberstes Ziel wurde auf der Tagung, mit Sicherheit auch unter Berücksichtigung der Öffentlichkeitswirksamkeit, formuliert: „Erfolgreich heißt in diesem Sinne, zu verhindern, daß es überhaupt zur Begehung von Straftaten kommt und wenn sie unvermeidbar sein sollten, daß sie ausschließlich mit polizeilichen Maßnahmen beendet und verfolgt werden. Das oberste taktische Ziel ist, die direkte Konfrontation gewalttätiger Störgruppen mit den Streitkräften zu verhindern“.

In der Presse wiederholte diese polizeiliche Zielsetzung lange vor ihrer Veröffentlichung so: „Besondere Angst hat die Polizei dabei vor Mordtäter-Demonstrationen, die den freiwilligen Opfertod wählen, indem sie z.B. auf militärisches Gelände eindringen und es bewußt in Kauf nehmen, dann von den Wachposten erschossen zu werden.“ (1. Stern, 18.8.83).

Angaben, wie die Polizei die „selektive“ Annäherung zur besseren Lagebeurteilung und wie die verkündete Eindämmung der befürchteten Konfrontationen im Konkreten zu erreichen gedachte, waren auf der Tagung, soweit die Ergebnisse veröffentlicht wurden, nicht zu hören. Mit der öffentlichen Propagierung der Verhinderung von befürchteten Zusammenstößen zwischen Militär und „gewalttätigen Störgruppen“ wurde jedoch eine der entscheidenden Methoden direkt vorgeführt: nämlich: Drohung mit der Unkalkulierbarkeit der „Gewalttäter“, die es „zum Schlimmsten“ treiben könnten, wie Staatssekretär Spranger (Innenministerium / CDU) es auf der Tagung nannte, um angesichts dieser der entscheidenden Methoden direkt vorgeführt, nämlich: Drohung mit der Unkalkulierbarkeit der „Gewalttäter“, die es „zum Schlimmsten“ treiben könnten, wie Staatssekretär Spranger (Innenministerium / CDU) es auf der Tagung nannte, um angesichts dieser selbstisolierten Bedrohung zugleich versichern zu können, daß man es so weit nicht kommen lassen werde, und damit die Öffentlichkeit und speziell die Friedensbewegung zu animieren, das ihre für die Kalkulierbarkeit und Zähmung der Proteste zu tun. Das Echo auf diesen Appell kam schon auf der Tagung: Carsten Vogt (MdB/SPD) versuchte: „Interesse von uns allen und Aufgabe der Polizei ist es dann, das Recht auf friedliche Demonstrationen zu schützen, die Einhaltung der Rechtsordnung mit angemessenen Mitteln zu gewährleisten und eine Eskalation der Gewalttätigkeit so weit wie möglich zu verhindern. Bei dieser Aufgabe verdient sie die Unterstützung aller demokratischen Politiker. Sie wird bei dieser Aufgabe sicherlich auch die Unterstützung der großen Mehrheit der Friedensbewegung finden, die am friedlichen Verlauf ihrer Kundgebungen und Demonstrationen interessiert sind. Mit dem Teilen der Friedensbewegung sollte die Polizei rechtzeitig das Gespräch suchen ...“

Krefelder und Stuttgarter Linie

In der Praxis förderte die Polizei den „Klärungsprozeß“, „was friedliche und was gewalttätige Demonstrationen“ sind, und den „Differenzierungsraum für staatliches Handeln“, wie A. Pawelczyk es nannte, durch Inzenerierung eines Wechselspiels zwischen Krefelder und Stuttgarter Linie. Bei einer Demonstration von 40 000 Menschen am 25.6.83 gegen eine Jubelfeier zu Ehren des US-Vizepräsidenten George Bush in Krefeld wurden ca. 2.000 Autonome, die sich nicht mit ver-

baltem Protest begnügen wollten, sondern auf effektive Störung der Festlichkeiten aus waren, von der Polizei isoliert, abgedrängt und systematisch „aufgemischt“, bevor sie überhaupt zum Zuge kamen. Später stellte sich heraus, daß die Polizei durch Observation und Spitzel über die Annäherungen und Absichten der Autonomen weitgehend unterrichtet war und den Zug planmäßig in eine Polizeifalle gelockt hatte. Bilanz: 134 Festnahmen, fünf davon in Haft, über 50 Verletzte.

Eine versprengte Demonstration der Autonomen Zuges gelang es nach diesem Einsatz noch, vorübergehend die Fahrt des u.a. auch mit Kanister Kohl bestückten Konvois zu behindern: 10 Minuten Wartezeit, in der Kohl vor Wur gezittert haben soll, und etwas Blechschaden kamen dabei hinzu. Diese Ereignisse wurden als „Krefelder Krawalle“ zum Anlaß einer gezielten Medienkampagne gegen „gewalttätige Minderheiten“, die die Masse der „Friedlichen und „gültigen“ Demonstrationen mißbrauchten (Anm. 11).

Ein großer Teil der Friedensbewegung gab dem ungeheuren Distanzierungsdruck nach. So erschien Jo Leinen (SPD) namens des BBU am nächsten Tag im Fernsehen, um zu erklären, daß es in Krefeld „zwei Demonstrationen“ gegeben habe. Das sei wie beim Fußball: Man könne die Masse der Fußballfans nicht für die Krawalle einige Kilometer entfernt verantwortlich machen. Einen Monat später wurde er noch deutlicher, indem er die Konsequenzen aus seinen Vorstellungen

„Wir wollen uns mit der Polizei darüber verständigen, daß die Aktionen beider Seiten gewaltfrei ablaufen. Ziel einer gewaltfreien Aktion ist ja auch, daß sie berechenbar ist. Wir sagen z.B. vorher, daß wir bei einer Blockade da oder da sitzen.“ (faz, 11.8.83)

Freimut Duve, ebenfalls SPD, ließ vernehmen: „Schützen wir die Friedensbewegung und die Polizisten vor Kohl und den Steinwerfern in Krefeld“ (faz, 11.8.83). Die Distanzierung machte auch vor den GRÜNEN, selbst vor der traditionell bis dahin ohne Abgrenzung von Militanz lebenden GdL/Hamburg, nicht halt (Anm. 10).

Später wurde das z.T. korrigiert, blieb aber halbherzig und war vor allem zu spät. Die Autonomen ihrerseits reagierten geschockt: sie fühlten sich von einer „Staatsstreuung“ Friedensbewegung verraten und fürchteten bei allen zukünftigen Aktionen die „Staatsfalle“, in die hineinzufragen sie nicht beabsichtigten (Anm. 12).

Ca. einen Monat nach den Krefelder Ereignissen ließen Polizei und Justiz aus eigenem Antrieb ihren Agent Provokateur Troeber hochgehen, der als einer der „Gewalttäter von Krefeld“ mit festgenommen worden war. Für seine öffentliche Präsentation bestand keinerlei äußerer Anlaß. Man hätte ihn aus der Schär der Festgenommenen verschwinden lassen können, wie schon so viele andere vorher bei anderen Gelegenheiten verschwunden waren (Anm. 13). Troeber's Aufdeckung wurde prompt zum Beweis für die Unberechenbarkeit der „Chaoten“ und die Gefahr einer, sei es von ihnen oder dem Staat ausgehenden, Provokationslinie gegenüber dem „friedlichen“ Protest. Jetzt steigerten sich die Distanzierungen bis hin zu hysterischem Gekeusch, wenn einer nur wagte, mit einer Pappnase verumumt auf einer Demo zu erscheinen...

Dank war das Gift der „Differenzierung“ mittels Einschüchterung und Agentik, d.h. naiver oder politisch motivierter Agenten-Verdächtigungen in die Bewegung gebracht. Ein paar Wochen später setzte Innenminister

Schnoor (wohlgerichtet SPD!) nach, indem er ein in der „Wuppertaler Botschaft“ stattfindendes Auswertungstreffen der Autonomen mit einer Massenverhaftung von 104 Personen nach Muster der Nürnberger KOMM-Verhaftungen „ausheben“ ließ. Öffentlicher Protest blieb nahezu aus.

Den nächsten Schlag landete Generalbundesanwalt Rebmann mit der Ankündigung, seine Behörde prüfe „Eingriffstatbestände gegen terroristische und mutante Gruppen, die sich der Friedensbewegung bedienen wollten (sachlich sei an Vorgehen nach § 88 StGB) (verfassungsfeldliche Sabotage), § 103 und 104 StGB (Nötigung von Verfassungsgorganen bzw. deren Mitglieder) und — selbstverständlich — § 129 und 129a (kriminelle bzw. terroristische Vereinigung). Das sollten „sich die vor Augen halten, die Straftaten der genannten Art in ihre Planungen einbezogen haben“ (faz, 13.7.83).

Entlang der Krefelder Linie wurden im übrigen die im Herbst 82 in Bremen gegründeten Komitee gegen Rumben-züge“ (ironisch „KOB“ abgekürzt) vom Staatsschutz belastigt. Bereits am 30.12.82 wurden 100 Wohnungen im Zusammenhang mit dem „KOB“ in Bremen durchsucht. Seitdem entfaltete vor allem „BILD“ eine Hetzkampagne gegen die „mutmaßliche Terroristen-Zentrale in Bremen“. Einen Tag vor Beginn der Aktionswoche machten BKA/LKA zwei Hausdurchsuchungen in Mannheim und fünf in Heidelberg wegen § 109 (Straftaten gegen die Landesverteidigung). Während der Aktionswoche am 19.10.83 mußten drei Wohnungen in Stuttgart nach § 129 a dran glauben (Anm. 14).

In diesen Zusammenhang gehören selbstverständlich auch die polizeilichen Vorgaben an die Friedensbewegung, wo Gewalt anfängt und wo sie aufzuhören hat. Erwähnt wurde schon das „Zimmermann Wort, wonach Gewaltlosigkeit Gewalt ist. Aber auch aus der SPD kamen eindeutige Angebote: So beispielsweise von Hübner in seinem bereits erwähnten Papier vom Mai, wo er — direkt an die Adresse der „gewaltfreien Aktionen“ und deren Debatte über Gewaltfreiheit bei Blockaden gerichtet — formulierte: „Zum gesetzlichen Gewaltbegriff gehört auch der psychische Zwang. Wo er angewendet wird, ist der strafrechtliche Tatbestand der Nötigung erfüllt. Hier gilt es zur Spracherklärung beizutragen eine Blockade ist keine „gewaltfreie Aktion“, sondern eine Nötigungshandlung“.

Ein Dialog geht um im Lande ...

Die Stuttgarter Linie führt sozusagen die Ernte der Droh-Propaganda und der Krefelder Linie ein. Seit dem 27.10.82 werden

In Stuttgart/Degerloch unter Leitung des Polizeifunktions Kraft, Vertreter des Büros Stümper, zunächst geheimgehaltene Gespräche mit Vertretern der Friedensbewegung geführt. Ziel ist lt. Protokoll des ersten Treffens, Wege zu finden „... zum gemeinsamen Gewaltverzicht mit der Konsequenz der Isolierung von Gewalttätigen bei Demonstrationen.“

Dem ersten Gespräch folgt ein zweites am 24.3.83 und ein drittes am 8.9.83. Es wird ein „Staatsvertrag“ ausgearbeitet, wie es die „faz“ nach Bekanntwerden der Gespräche im August '83 nennt. Der vereinbarte Text sollte zur Verabschiedung auf einer geplanten „Klausurtagung“ zwischen Vertretern der Polizei, des Militärs, der Kirchen, bekannten Multiplikatoren der öffentlichen Meinung und Vertretern der Friedensbewegung am 23.9.83 in der „Begegnungsstätte“ der ev. Akademie in Loccum vorgelegt werden.

Bekanntlich wurde die geplante Tagung von Vertreter/innen der „Unabhängigen Friedensbewegung“ mittels einer gewaltfreien Blockade gesprengt. Nichtsdestoweniger soll am 17.5.84 ein viertes Gespräch in Stuttgart stattfinden, für das eine überarbeitete Fassung des ursprünglichen Entwurfs nunmehr „endgültig“ vorliegen soll. Vom Büro Stümper diktiert, von „gewaltfreien“ Vertretern der Friedensbewegung wie W. Sternstein/BBU und anderen redaktionell mitverantwortet und gegenüber der Bewegung vertreten, fand sich im damals bekanntgewordenen und selbst noch in dem heute leicht revidierten Entwurf die komplette — auch so verteuert — Wunschliste der Polizei an die Bewegung und Öffentlichkeit wie u.a.: Erhaltung der demokratischen Kultur in einer krisenhaften, die Worte in Frage stellenden Zeit, insbesondere die Unterordnung von Minderheiten unter die Mehrheit; die absolute Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols und des gehenden Rechts, um Protestaktionen für beide Seiten —

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

versteht sich — kalkulierbar zu machen (denn die Polizei ist ja auch an ihren „gesetzlichen Auftrag“ gebunden, gelte?). ausgewogene Berichterstattung; Ermöglichung einer klaren Lagebeurteilung für die Polizei durch Gesprächsbereitschaft der Veranstaltungskleitungen, frühzeitige Entwarnung anreisender Gewalttäter, Vermittlung von „provokierend wirkenden Verhaltensweisen“ ... usw. Das soll hier, obwohl relativ, nicht weiter ausgeführt werden (Anm. 15).

Parallel zu den Stuttgarter Gesprächen fanden viele weitere Gespräche dieser oder ähnlicher Art zwischen Polizei und „Bewegung“ auf allen nur denkbaren Ebenen statt.

So berichtet z.B. die Zeitschrift „Deutsche Polizei“ (10/83) der „Gewerkschaft der Polizei“ (GdP) von einem Treffen auf Initiative des Arbeitskreises Inneres und Recht der SPD-Fraktion. Dabei der ehemalige Justizminister J. Schmidt mit GdP und „Vertretern der Öko- und Friedensbewegung“, „an ihrer Spitze der Vertreter der Aktion Sühnezeichen, Volkmar Delle“. Geradezu rührend, wie menschlich es auf diesem Treffen zugegangen sein muß, so entstand „... große Nachdenklichkeit, als Günter Schröder (Vors. der GdP - d. Verf.) die Notwendigkeit eines präventiven Verminnungsverbots erläuterte. Die Vertreter der Friedensinitiativen zeigten sich sehr angetan von der Auffassung der GdP und baten darum, möglichst auch dafür Sorge zu tragen, daß die Bereitschaft zu Gesprächen in den Landesbezirken und vor Ort wachse, damit man Gelegenheit habe, sich auch dort näher kennenzulernen, um eben auch auf diesem Wege für Friedlichkeit sorgen zu können. Mit Nachdenklichkeit, ja fast schon Betroffenheit, nahmen sie den Hinweis von Günter Schröder auf, wie entwürdigend die Polizeikollegen es empfinden, wenn sie z.B. bei Blockaden protestierende Bürger wegtragen müßten. Man habe die Anrede gerne entgegen, hierüber einmal nachzudenken und eventuell zu prüfen, ob der Protest nicht genauso wirksam sei, wenn man sich ohne Widerstand zu leisten, wegbeuge oder wegführen lasse.“ Über „Verbindungsaufnahme“ zwischen „Trainingsgruppen“ der „gewaltfreien Aktion“ und der Polizei „in vielen Fällen“ berichtet Hübner im Mai '83.

Im September fanden diverse öffentliche bzw. - aufgrund ihres Rahmens -

Im September fanden diverse öffentliche bzw. - aufgrund ihres Rahmens - halböffentliche Veranstaltungen statt, auf denen Vertreter der Friedensbewegung ihre Friedfertigkeit vor versammelter Polizei-Mannschaft vorführen durften: so vor der Bremer Bereitschaftspolizei, so in der Polizeischule Brühl u.a.m.

In der Praxis der Einsätze vor der Aktionswoche bemühte sich die Polizei — soweit die Einsätze nicht unmittelbar im Dienst der Krefelder Linke standen — ihre Bereitschaft zu „differenzieren“ Vorgehen unter Beweis zu stellen und gewaltfreie Wohlverhalten demonstrierend zu belohnen: so bei kleineren gewaltfreien oder symbolischen Aktionen wie in Großengtingen, wo die Berichterstatter der Polizei bereits über „gelegentlich schon idyllische“ Begebenheiten zu schwärmen beginnen (Deutsche Polizei (1/84), Zit. der GdP).

So auch bei der Prominenten-Blockade in Mülheim am 2.4.83, wo man es sich versagte, Leute wie Boli oder andere Iahnehewirkung polizeilich wegkneipen oder gar knüppeln zu lassen, dagegen wurde wenige Tage später in Bitburg eine Blockade abgeräumt, um kein „Müllanger Modell“ entstehen zu lassen, wie Stümper zu verstehen gab („Stuttg. Nachr.“ 9.9.83).

Eine etwas andere Variante führte Pawelczyk in Hamburg vor, wo er in Absprache mit dem zuständigen Kommandeur eine beabsichtigte Blockade der Bocha-Kaserne einfach in die Leere laufen ließ; man hatte die Soldaten für einen Tag in Urlaub geschickt, sodaß es nur die leeren Gebäude zu „blockieren“ gab.

Kutz und gut; während einerseits entlang der Krefelder Linke das Gespöhl der Eskalation gezeichnet wurde, wurde andererseits ein milder Dialog von den „Spitzen“ beider Seiten bis zu den Aktivisten vor Ort und eine geradezu behutsame Einsatz-Taktik entwickelt. Es wäre interessant, zu untersuchen, ob und unter welchen Umständen es Vergleichbares schon mal in der BRD gegeben hat. Eins in jedenfalls höherer: vor den großen Demonstrationen gegen das AKW-Brokdorf, Grohnde, Knärr u.a.m. sah die Welt der Polizisten und auch der Presse anders aus — aber da hatte man es ja auch „noch nicht“ mit einer „Volksbewegung“ zu tun (Anm. 16).

Erwähnt werden muß schließlich noch eine Tagung der Polizei-



Isolieren ... festnehmen ... einsperren ...

aus: „Krefeld Dokumentation“

Akademie Hiltrup im September 83 zu dem Thema: „Die Polizei in der öffentlichen Meinung“ („Die Polizei“, 2/84). Tagungsteilnehmer waren: Polizei, Vertreter der ev. und katholischen Kirche sowie von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Ziel der Tagung: „Das Öffentlichkeitsbild der Polizei zu verdeutlichen“.

Die Polizei warf den Medienvertretern Sensationsberichterstattung und den Gottesdienern unterbene Partei-nahme vor; dadurch würden Minderheiten-Anliegen und Ereignisse von bloß lokaler Bedeutung, wie beispielsweise Polizeieinsätze bei Häuser-räumungen, Startbahn West u.ä., hochgespielt und damit allgemeines Mißtrauen in die Polizei geschürt.

Notwendig sei vielmehr eine „ausgewogene“ — vor allem weniger — Berichterstattung und eine politische Ent-haltenshaltung der Kirche.

Von Seiten der Medien- und Kirchenvertreter wurde allgemeine Kooperations-Bereitschaft signalisiert. Ich will darauf hier nicht weiter eingehen, obwohl es außerordentlich interessant ist. Beispielsweise ist allerdings die Antwort der ev. Kirche zitiert — vorge-tragen von Landesbischof Dr. Joachim Heubach/Bückeburg:

„Angesichts aktueller Vorgänge und bevorstehender Auseinandersetzungen

„Angesichts aktueller Vorgänge und bevorstehender Auseinandersetzungen möchte ich mit Nachdruck betonen, daß bei kritischen Vorgängen von Einzelfällen nicht gleich auf „die Kirche“ insgesamt geschlossen werden darf. Daher lege ich an, daß bei negativen Erfahrungen, die Polizeibeamte und polizeiliche Führung mit kirchlichen Mitarbeitern und Geistlichen machen, so schnell wie möglich und so vertrauensvoll wie nötig mit den zuständigen kirchlichen Stellen Verbindung aufgenommen und eine Klärung herbeigeführt wird ... Wo immer der Dienst der Polizei besonders in kritischen und belastenden Situationen bei der Durchsetzung des Rechts und der Aufrechterhaltung der Ordnung und inneren Sicherheit der Unterstützung bedarf, wird die Kirche in ihrem Selbstverständnis und öffentlichen Verant-wortungsauftrag auf der Seite der Beamten stehen.“ (Anm. 17). Das war bereits der Schritt von der Kooperation zur Denunziation.

Übt Sanftmut, übt, übt übt ...

Wie das Kaninchen auf die Schlange, so starteten große Teile der Friedensbewegung trotz des erkennbaren Wechselspiels der Polizeitaktik auf die Krefelder Linke. Lassen wir mal die bekannten opportunistischen Kräfte hier unerwähnt, so muß doch bereits als bezeichnend für die Situation verstanden werden, was die inneren zu den ge-mäßigten Gewaltfreien bzw. gewalt-freien Radikalen zählende Zeitung „Graswurzelrevolution“ z.B. für Er-wartungen formulierte: „Wir gehen davon aus, daß der Staat selbst es ist, der die Konfrontation braucht und sucht.“ Auch in früheren Konflikten habe der Staat versucht, „Teile der Be-wegung zu einer gewaltlosen Konfrontation zu provozieren.“ Der Staat „braucht eine innere Krise, um seine legitimistischen Probleme in der Rake-tenfrage zu lösen.“ Angesichts dieser „staatlich gewünschten gewaltlosen Konfrontation“ kommt es „... eine Ge-waltfreien darauf an, eine Strategie zu entwickeln, in der wir unsere Hand-lungsschritte weitestgehend selbst be-stimmen und Formen finden, die es dem Staat erschweren, uns unsere Auto-nomie zu nehmen.“ Eine „erfolgreich-sprechende Strategie“ der Friedensbe-wegung müsse deshalb „einerseits ver-

suchen, die Stationierung auf verschie-denen Ebenen handfest in Frage zu stellen, und andererseits eine staatlich aufgedrängte Konfrontation auslaufen zu lassen: Die Gewaltfreiheit bietet noch am ehesten die Chance. Die Bun-desregierung hat sich deshalb (1) ver-stärkt auf die Angriffe gegen die Ge-waltfreiheit verlegt“ („Graswurzel-revolution“ 10/83).

Ähnliche Positionen waren auch von anderen Gruppen zu hören. Die Auto-nomen ihrerseits legten Papiere vor, mit denen sie sich praktisch aus der Friedensbewegung verabschiedeten (Anm. 12).

In diesem Klima übten im Sommer 1983 „Trainingsgruppen“ der „gewalt-freien Aktion“ und aus dem Boden sprießende Bezugsgruppen in diversen Friedenscamps überall in der BRD das „Aufbauen lassen“ der „staatlich ge-wollten Konfrontation“. In psycholo-gischen Rollenspielen, in die z.T. prak-tische Übungen gewaltfreier oder sym-bolischer Blockaden einbezogen waren, wurde das Gespräch mit der Polizei, die Einhaltung von Gewaltlosigkeit nach Ghandi-Muster auch bei Polizei-Angriffen, einschließlich der Besamfil-

gung von Radikalen und der Vermeidung von Provokationen getübt (Anm. 18). Damit war die Konflikt-dämp-fungslinie des Staates von einer politi-schen und polizeilich-strategischen Maßnahme zum ideologischen Konsens samt einer psychologisch ritualisierten Unterwerfungshaltung entscheidender Teile der Friedensbewegung geworden — bevor die „heiße“ Woche des Herbstes 83 überhaupt angebrochen war.

Es ist gerade in diesem Zusammen-hang nicht uninteressant, darauf hinzu-weisen, daß parallel zur Umsetzung der IMK Richtlinien und der Hiltruper Ta-gungen) die ganze Zeit und überall in der BRD bundesweite oder auch örtliche Besprechungen zwischen Militärs, Polizei und VS (bzw. MAD, vielleicht auch BND?) stattfanden. Hauptziel war die genaue Bestimmung der Ent-wicklung des radikalen Potentials der Friedensbewegung und die daraus ab-zuleitende Einsatztaktik vor Ort, bzw. auch generell im Gesamtrahmen der zu erwartenden Aktionen. Informationen über „Steuerungsvorgänge“ nennt Polizeipräsident Hübner / Westberlin das. „Nachhilfeunterricht in Sachen Friedensbewegung“, zu der er die Spit-zen der Polizei „bis hin zu den Revier-führern“ zusammengerufen habe, heißt es beim VS-Chef C. Lochte / CDU in Hamburg.

Lochte gibt zu verstehen, daß man die Entwicklung des „Differenzierungsprozesses“ der Frieden-sbewegung nicht nur betrieblen, sondern auch genauestens beobachtet habe. Zufriedenstellendes Ergebnis, das er der Öffentlichkeit über ein Inter-view in der „Hamburger Rundschau“ Ende August mitteilen ließ: „Wenn es überhaupt zu gewalttätigen Ausein-deretzungen kommen sollte, dann kö-nen sicher nur Militante der Autono-men Gruppen in Frage. Diese aber hat-ten keine innere Kraft. Sie hatten sich auf der 2. Konferenz nicht durchsetzen können“ (HR, 25.8.83) — (gemeint ist die 2. Norddeutsche Konferenz zur Vorbereitung der Aktionswoche in Hannover) Vor dem Hintergrund sol-cher Erkenntnisse kann A. Pawelczyk die Öffentlichkeit siegesgewiß beruhigen: „Nach seinen Erkenntnissen un-ternehmen die Friedensgruppen selbst alle Anstrengungen, damit ihre Ver-anstaltungen gewaltfrei ablaufen. Wenn es dennoch zu Rechtsbrüchen komme, sei die Polizei gerüstet und werde ein-schreiten“ (HAB, 24.8.83).

Vom Neuesten.....

Stümper zum Thema unter dem Titel: „Vom ‚Filckwerk‘ zu den künftigen polizeilichen Schwerpunktsetzungen“ in „Kriminalstatistik“, 4/84.

Im Rahmen seines Gesamt-Ritts durch die sich „wandelnden Aufga-ben“ der Polizei in einer „schnellebigen Zeit“ befaßt sich der Ab-schnitt „Innere Sicherheit“ ausschließlich mit dem Demonstrations-geschehen in der BRD. Hier drei Zitate daraus zum besonderen Ver-gnügen der Leserin und des Lesers:

— Zum zahllosen Anwaschen von Demonstrationen (die natür-lich ein Grundrecht seien...!): „Die Zahlen jedoch als solche stellen natürlich die Polizei vor Probleme, sei es im Ordnungsbereich, sei es im Schutz der Demonstration gegen solche Kriminelle, die das De-monstrationsrecht mißbrauchen, um ihre persönlichen Ziele mit strafbaren Handlungen durchzusetzen oder gar ihren Ärger gegen diesen Staat gewaltsam abzureagieren.“

— Zur Entwicklungsperspektive der Bewegung(en): „Bei allen Über-legungen und darauf fußenden Maßnahmen muß man auch den hi-storischen Entwicklungsprozess gescheiterter Großbewegungen zu mili-tanten Kleingruppierungen terroristischer Qualität hin bedenken, aus denen es umgekehrt wieder über sich sporadisch ausweitende An-schläge verstärkter Militanz zu weiträumigeren, ja u. U. sogar bürger-kriegsähnlichen Erscheinungen kommen kann (es folgt die Reihe: APO, SDS, RAF — der Verf.). Und so kann es durchaus auch in Zu-kunft sein, daß aus einer Großbewegung, die ihre Ziele nicht durch-setzen konnte, durch eine erste Spaltung sich die Friedlichen von den Unfriedlichen trennen und daß in einem weiteren Entwicklungspro-zeß innerhalb der Unfriedlichen sich immer mehr ein militanterer Kern herauschält, der dann schwerste Straftaten begeht und u. U. in einer dritten Stufe wieder erweiternde Ansteckungseffekte erzeugt.“ (Igit, diese Sprache!).

Zur „Unterwanderung“ der „großen Volksbewegung“ und der Ge-fahr eines „Volksfronterlebens“: „Eine absolute gefährliche Si-tuation kann aufgrund einer solchen Massenbewegung dann entste-hen, wenn durch irgendeinen unbedachten (möglicherweise sogar provozierten) Vorfall eine kritische Situation im Einzelfall entsteht, der eine Signalwirkung beigemessen werden und aus der heraus sich dann ein Flächenbrand entwickeln kann. Deswegen gilt gerade hier differenzierende Besonnenheit als oberstes Gebot.“

Nicht anders A. Stümper, als er ge-fragt wurde, ob es „provokierten Ge-walttätigkeiten“ kommen werde: Dies sei in keiner Weise auszuschließen, „Aber ich bin in letzter Zeit zuversicht-licher geworden; das Gras der Frieden-sbewegung wird sich wohl von sol-chen Leuten distanzieren.“ („Stuttgar-ter Nachrichten“, 9.9.83). Mensch sieht, die Herren gingen in Volleffekt bereits getriebener Arbeit gelassen zu Ti-sche.

Aktionswoche: Wer hört, braucht nicht zu fühlen

Während der Aktionswoche blieben ich sage: erwartungsgemäß — die gro-ßen Konfrontationen, Eskalationen, befürchteten Märtyrertoten und dergl. aus. Stattdessen bestimmten landesweit im Wesentlichen friedliche Blockaden, anstrengende Märsche, Menschenket-ten und Blumen an den Knüppeln und Stiefeln der Polizisten das Bild. Darauf soll hier im Einzelnen nicht eingegan-gen werden.

Erwähnenswert, weil vielleicht nicht allen aufgefallen, erschienen mir aller-dings die beiden Regenhilfen, die zum reibungslosen Ablauf und der zukünf-tigen Weiterentwicklung des „Diffe-renzierungsprozesses“ für nötig gehalten wurden.

Zur Einatmung in Bremerhaven: Die beabsichtigte Blockade der Carl-Schurz-Kaserne in Bremerhaven am 13.9. mit dem absehbaren Höhepunkt einer Massendemonstration am 15.10. geht allgemein als erster neuralgischer Punkt, an dem sich der Charakter der Aktionswoche entscheiden könnte.

Trotz erheblicher Differenzen wäh-rend der Vorbereitung hatten sich die unterschiedlichen politischen Kräfte im Aufruf als einheitlicher Veranstalter auf ein gemeinsames Aktionsziel geeinigt: Umzingelung und Blockade der Kaserne, im Falle polizeilicher Absper-rung der Hafenzugänge zur Kaserne-Blockade des gesamten Hafens. — Tai-sächlich wurde dann ein Blockadering um den ganzen Hafen gezogen.

Die Polizei ließ das weitgehend ge-schehen, zumal und solange der Hafens-betrieb durch die Blockade nicht we-sentlich behindert wurde. Die Bildung einer LKW-Schlange vor einem der Blockadepunkte wurde jedoch zum Anlaß für einen brutalen Blitzesatz mit Knüppeln und Wasserwerfer ge-nommen. Mit diesem Einsatz war die Anlaß für einen brutalen Blitzesatz mit Knüppeln und Wasserwerfer ge-nommen. Mit diesem Einsatz war die Blockade spürbar in ihre symbolischen Grenzen verwiesen, die im Weiteren auch beachtet wurden. Der Blockade-ring wurde von da an nicht mehr fest geschlossen.

Die Demonstration von über 30 000 Menschen am 15.10. wurde zunächst durch Abspernung und „Verkehrslenkungsmaßnahmen“ desorientiert und gespalten und auf ermüdende Fußmärsche geschickt. Jusos, DKP und ver-wandte Kräfte zogen dann gegen die Vereinbarung die Abschlussschließung vor, so daß der später eintreffen-de Rest von ca. 2.000 — 3.000 Men-schen isoliert vor die Polizeiketten kam. Als dieser Rest sich anschlückte, das vereinbarte Aktionsziel der De-monstration: Abschlussschließung und Blockade vor dem Kasernenor, durchzusetzen, machte die Polizei An-stalten, ihn „aufzumischen“. Es blieb dann allerdings bei Eskortierungen per „Gefangenentransport“ nach Ham-burger Mauer und systematischen Zu-griffen von Greif- und Schlagtruppen der Polizei auf dem Weg zum Sammel-platz.

In der Presse wurde berichtet, die Po-lizei habe die Umfunktionierung einer insgesamt friedlichen Demonstration in „gewalttätige Krawalle“ durch „diffe-renzierende“ und „entschloßene“ Ein-greifen verhindern können. Der Einsatz wurde zur unmißverständlichen Dro-hung an die Friedensbewegung, sich in der bevorstehenden Aktionswoche an die eingeübten Konflikt-Vermeidungs-Rituale zu halten. Im übrigen war es der Polizei gelungen, die ohnehin brü-chige Einheit der Aktionslinie zu spal-ten. Dies hatte Signal-Funktion (Anm. 19).

Zum Ausklang der Aktionswoche sorgte der Hamburger Innenminister Pawelczyk für eine entschiedene Fort-setzung des „Klärungsprozesses“ über die Aktionswoche hinaus. Nach einer Demonstration von über 100 000 Men-schen zum Rathausplatz ließ er eine von der OAL beabsichtigte Blockade des Springer-Verlages brutal auflösen. Hier wurde das „Differenzierungsver-mögen“ staatlichen Handelns beson-ders drastisch demonstriert. Während die Polizei am Nachmittag gegenüber den Volksmassen in Hemdkrieg ihre Bürgernahe und Dialogbereitschaft

Fortsetzung nächste Seite

24.3.83	Zweites „Stuttgarter Gespräch“ zwischen Polizei und Funktionären der Friede- und Ökobewegung
16.17.4.83	Dritte Aktionskonferenz der Friedensgruppen, endgültiger Beschluß zur Durchführung einer Aktionswoche vom 15.10.22.10.83, erste öffentliche Vorlage eines Vorschlags zur Volkstschlichtungskommission
30.4.83	Tagung in der Polizeihochschule Hiltrup zur Vorbereitung der Polizeiführung für die bevorstehenden Einsätze zusammen mit Bundeswehr und NATO-Offizieren
Ostern 83	Zwischen 600.000 und 700.000 Menschen nehmen an Demonstrationen, Aktionen, Veranstaltungen und — in gewachsenem Maße — an Blockaden von mit lächerlichen Anlagen während der Ostermünche teil. Besonders auffallend: (a) die offene Chliche „Lernfähigkeit“ der SPD, die sich mit vielen Mitgliedern beteiligt, ebenso des DGB, der vor allem über seine Jugendorganisationen an den Aktionen teilnimmt ...
4.5.83	Im Rahmen seiner Regierungserklärung kündigt der neue Kanzler Kohl die beabsichtigte Verhärtung des Demonstrationsrechts an.
4.6.83	Polizeipräsident Hubner, Westberlin, legt ein Strategiepapier vor, in dem er für klare Sicherung der „Gewalttäter“ eintritt, andererseits aber in der konkreten Einsatzsituation für einen „angepassten Einsatz“
Juni 83	Auf dem von Erhard Eppler präsidierten Kirchentag in Hannover wird die Gewaltfreiheit des Widerstands gegen die „Verschiebung“ zum verbindlichen Prinzip für die Friedensbewegung etabliert
4.6.83	Auf Regionalkonferenzen in Ulm (Süd) und Hannover (Nord) setzen sich die Vertreter des „traditionellen Flügels“ der Friedensbewegung (kleinere SPD, DGB mit ihren Aktionsvorstellungen eines gewaltfreien, tendenziell vollständig-artigen Widerstands gegen militärische Vorstellungen des unabhängigen Spektrums durch. Eine Spaltung kann aber durch die „und der Kompromißbereitschaft der Unabhängigen“ nicht verhindert werden
10.6.83	Die beabsichtigte Blockade der Boehringer-Kaserne auf Grund geschickter Polizeitaktik absolut ins Wasser. Die Soldaten werden in Urlaub geschickt, die Polizei hält sich zurück
25.6.83	Bei der Demonstration von 40.000 Friedensbewegten gegen eine Jubelfeier zu Ehren des US-Vizepräsidenten G. Bush in Krefeld werden 2.000 Autonomen von der Polizei isoliert abgedrängt und aufgelesen. Bilanz: 134 Festnahmen, fünf davon in Haft, über 50 Verletzte. Einigen der Autonomen gelang es nach diesem Einsatz noch, vorübergehend die Fahrt des Konvois zu behindern. Diese Ereignisse werden als „Krefelder Krawalle“ zum Anlaß einer gezielten Medienkampagne gegen die gewalttätigen Minderheiten, die die Masse der friedfertigen und gutwilligen Friedensdemonstranten mißbrauchen etc. Große Teile der Friedensbewegung geben dem Disziplinierungsdruck nach. Die Autonomen sind isoliert
Juli 83	Ein Auswertungstreffen der Autonomen in Wuppertal lohnt 71 einer Massenveranstaltung in der „Wuppertaler Borse“ nach Nürnberger Vorbild. Der öffentliche Protest ist laut
13.7.83	Bundesanwalt Rebmann wam! vor der Unterwanderung der Friedensbewegung durch Terroristen und kündigt scharfe Maßnahmen an
13.7.83	Bundesinnenminister Zimmermann erklärt bei einer BGS-Tagung mit Blick auf den bevorstehenden Herbst und zivile Widerstandaktionen: „Gewaltlosigkeit ist Gewalt“
Juli 83	In diversen „Widerstandscamps“ und „Trainingslagern“ wird mit Blick auf die Aktionswoche vom 15.10.22.10. Gewalt freier Widerstand geübt. In diesem Zusammenhang werden auch bereits einzelne Blockadeaktionen praktisch erprobt
Juli 83	Auch die Polizei führt psychologische und praktische (Weg-)Übungen durch. Die Aktionen der Camps sind für die Polizei praktisches Übungsfeld, in denen die Linie des „entschlossenen“, aber „angepassten“ bzw. „differenzierten“ Einsatzes erprobt werden kann, so z.B. das Nichtinschreiten gegen die Prominentenblockade in Muffingen einerseits, dagegen das Abräumen der Blockade in Bitburg wenige Tage später bzw. auch des Hottendorfs in Muffingen nach Abzug der Promis' u.ä.m.
8.6.15.9.83	„Festen für das Leben“
September 83	Tagung in Hiltrup zwischen Polizeiführung, Kirche und Medien: „Die Polizei in der öffentlichen Meinung“
September 83	Das erste Heft von „Sicherheit und Frieden“ erscheint, das sich die Vermittlung des strategischen Dialogs zwischen
September 83	Das erste Heft von „Sicherheit und Frieden“ erscheint, das sich die Vermittlung des strategischen Dialogs zwischen Repräsentanten staatlicher Macht, „Wardenträgern“ aller Art, Publizisten und Vertretern der Friedensbewegung zum Ziel gesetzt hat. Darin enthalten ist u.a. ein hervorragender Beitrag von Aufsatz von A. Pawelczyk, der gegenüber einer zu „differenzierenden“ Friedensbewegung für ein „differenziertes Vorgehen“ der Staatsmacht plädiert
8.9.83	Drittes Stuttgarter Deeskalationsgespräch zwischen Polizei und Funktionären der Friedensbewegung
14.9.83	Öffentliche Diskussionsveranstaltung zwischen Bremer Bereitschaftspolizei und Vertretern der Friedensbewegung
6.9.83	Veranstaltung mit Jo Leinen in der Polizeihochschule Brühl
23.9.83	Der geplante Deeskalationsdialog zwischen Militär und Polizeiführern, Kirchenvertretern und Friedensbewegten im Loosum wird vom unabhängigen Flügel der Friedensbewegung blockiert
6.10.83	5 Min. in Blockade des DGB: „5 Minuten für den Frieden“
14.10.83	Hausdurchsuchungen in Mannheim und Heidelberg nach § 129 und 109 StGB im Zuge der Verfolgung des „KGB“
15.22.10.83	Aktionswoche des „heißen Herbstes“, über eine Million (manche, selbst offizielle Beobachter, sprechen von zwei bis drei Millionen) Menschen beteiligen sich an den unterschiedlichen Aktionen der Aktionswoche. Die Polizei hält sich weitgehend zurück bis auf harte Ausfälle in Bremerhaven und Hamburg. Bürgerliche Politiker und Kommentatoren feiern die „Reifstunde der Demokratie“. Die Friedensbewegung spricht von großem Erfolg und Hottglocke der Räte gegenüber aber
3.11.83	Vier Mitglieder der „Pflichter-Gruppe“, unter ihnen W. Siebmann, SPD, werden in Nordenham / Unterweser zu einem schwächlichen Fußmarsch durch die BRD, an dessen Abschluß das Eindringen in einen Militärstützpunkt in Süddeutschland stehen soll, um dort eine Rakete zu beschleichen. Sternstein und Freunde verstehen die Aktion als demokratiepolitische Aktion gegen Ungehorsams, mit dem der gewaltfreie Widerstand in der Aktionswoche — ihrem Vorbild folgend — möglichst massenhaft ausgearbeitet werden soll
21.11.83	Nach einer Demonstration von 10.000 - 15.000 Menschen wird die Bundeswehr-Führungsschule in Bonn von ca. 5.000 Menschen umlagert. Die Akademie ist polizeilich abgesperrt. In der Stadt kommt es zu chaotischen, vereinzelt auch zu brutalen Szenen bei Räumungen von besetzten Kreuzungen etc.
22.11.83	Der Bundesitag signalisiert die Stationierung ab.
Dezember 83	Blockaden in Schwäbisch Gmünd und Frankfurt / Main werden — im Unterschied zum Vorgehen während der Aktionswoche — mit harten Polizeieinsätzen geräumt
11.12.84	Aktionskonferenz der Friedensgruppen. Es wird eine Fortführung des Widerstands über den Weg des massenhaften zivilen Ungehorsams beschlossen. Aufruf zu Osteraktionen
Ostern 84	400.000 — 500.000 Menschen beteiligen sich an Osteraktionen. Gegen Raketenstationierung — für 35 Stunden Woche

des zivilen Ungehorsams und breitete Ostermarsch-Veranstaltungen. Am Volksfestcharakter andererseits kennzeichnen die Entwicklung. Dabei ließen sich z.B. die von W. Sternstein und seiner „Pflugschar-Gruppe“ im November 83 mit einfachen Handwerkzeugen vorgenommenen Versuche, auf Raketenstützpunkte einzuwirken, um dort stationierte Raketen zu beschädigen, bis ins Detail an den oben zitierten Rahmen:

Der wichtigste Gesichtspunkt ist vielmehr, daß wir mit unserer ganzen Person einstehen wollen für unsere Überzeugung, daß wir bereit sind, Nachteile und vielleicht sogar Strafen auf uns zu nehmen. Wir glauben, daß Gewalt nicht durch Gewalt, sondern nur durch bewußtes kalkulierendes Erleiden von Gewalt überwinden werden kann... Wir rechnen damit, daß wir entweder kurz vor oder während des Zerschneidens des Zaunes festgenommen und vor Gericht gestellt werden, und daß wir eine ziemlich lange Haftstrafe zu erwarten haben... Die Bergpredigt ist auszusagen die realistische Form des Politikmachens im Atomzeitalter" („FR", 5.11.83).

By God! Das ist wirklich eine Eskalation des gewaltfreien Widerstands, die sich nicht nur die Unterwerfung unter das Gewaltmonopol, sondern sogar noch die Form der Unterwerfung bis ins Einzelne vorschreiben läßt!

Machen wir ein Facit:

Nach Lage der Dinge ging es in der Strategie des Staates gegen den „heiligen Herbst“ keineswegs mehr um die Frage Veränderung oder Durchsetzung der „Nachrüstung“. Diese war politisch bereits entschieden und praktisch bereits eingeleitet, bevor die Aktionswochen begannen. Sie wurde im übrigen faktisch so gut wie ungehindert durchgeführt.

Es ging auch nicht ernsthaft um die Verhinderung einer Konfrontation mit der radikalen Linken bzw. deren militanten Kräften. Die Schwäche der radikalen Linken, die DKP mit eingeschlossen, war von Anfang an klar. Damit wäre der Polizeiparagraf, wie schon deutlich genug in der Vergangenheit bewiesen, spielend fertig geworden.

Es ging vielmehr um Verhinderung der Radikalisierung und wenn möglich um die Befriedung der Massenbewegung, um die Erhaltung bzw. Wiederherstellung einer gebrochenen Massen-Loyalität gegenüber den Herrschafts- und Entscheidungsstrukturen — auch, ja gerade, wenn es sich um Fragen von Krieg und Frieden handelte.

Klar für die meisten Handelt

Dafür mußte die öffentliche Diskussion von den offenbar gewordenen Aufrüstungs- und Kriegsvorbereitungen möglichst abgedrängt und auf die angeblich durch extremistische Ausschreitungen gefährdete Demokratie und die Notwendigkeit ihrer Verteidigung gelenkt werden.

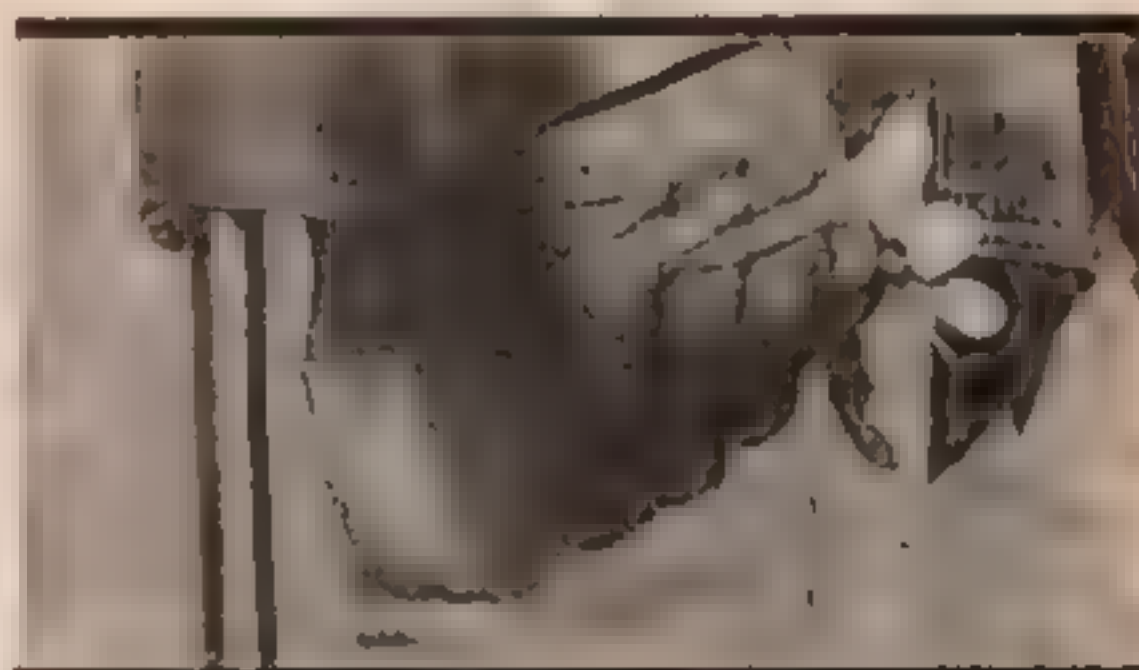
Das Mittel dazu war die aus-
und die Notwendigkeit ihrer Verteidigung gelenkt werden.

Das Mittel dazu war die aus Bedrohungs-Propaganda und DIALOG-Angebot kombinierte De-Eskalations-Strategie, angefangen beim Regierungswechsel bis hin zur 'differenzierten' Einsatztaktik der Polizei vor Ort, die darauf zielt, radikaleren Minderheiten zu isolieren und zu kriminalisieren, um daran zugleich die von den Maßnahmen nicht betroffenen Mehrheiten innerhalb der Protestbewegung und darüberhinaus in der Bevölkerung zu befrieden und politisch ruhig zu stellen.

Unter Mitwirkung von Teilen der Friedensbewegung ist diese Strategie weitgehend aufgegangen: Die Masse der Friedensbewegung konnte sogar nicht nur befriedet, sondern zur freiwilligen Unterwerfung unter das staatliche Gewaltmonopol verpflichtet werden, d.h. zur Loyalität gegenüber einer Staatsordnung, von der sie selbst immerhin behauptet, daß diese die Vorbereitung eines Atomkriegs betreibt. Damit ist die Friedensbewegung vorerst ideologisch und politisch eiswaffnet, selbst wenn sie zahlenmäßig noch wachsen sollte. Insgesamt wurde damit der Handlungsspielraum für die Herrschenden erheblich erweitert, die sich damit für ihre Absichten ein ruhiges Unterland beschaffen versprechen.

Unter dem Ruf nach Wiederherstellung der „grundlegenden Gemeinschaft aller Demokraten“ verschiebt sich auf diese Weise, bei Aufrechterhaltung der Formen der repräsentativen Demokratie, das gesamtpolitische Klima und Kräfteverhältnis erheblich weiter nach rechts.

Die Lipke ist dabei weiter als schon vor dem „heißen Herbst“ in die Defensive und Isolierung gerieten und droht gegenüber der gegenwärtigen Orgie von Gewinnsucht und freudigen Anerkennung der gegebenen staatlichen Grundordnung zu resignieren oder vorsehnlich zu radikalieren. Eine Neubestimmung ist Not im wahren Sinne des Wortes.



Anmerkungen:

- 2) siehe Berichtschaffapollizei heute d/BI und folgende
- 2) Zu großen Teilen werden dabei z.B. von Schmid die von diesen insulativen, sowie auch im Auftrag des Familienministers um 1980/81 angestellten Untersuchungen zum „Jugendprotest“ referiert. Siehe dazu AK 226 und 227: „Die Angst des Staates vor der Angst der Jugend, Teil 1 und 2“ Haupt-sächlichst darin war Existenz- und Zukunftsangst, Mißtrauen in die Regierung. Neu entdeckt haben Schmid, Bredow u.a., daß dieser Protest sich um den Konsens der Nachwachstums-Veränderung herum zu einer Volksbewegung auszuweiten drohte. Dies scheiterte nicht alle dies was wissen mußten, begriffen zu haben. Interessant in diesem Zusammenhang eine Kritik, die VS Chef Lochter/Hamburg an seinem Amtsvorgänger öffentlich vorbrachte. dem er vorwar, unsinnigweise die Friedensbewegung als „Ansammmlung kleinbürgerlicher Protestbewegungen“ überwiegend „junger Leute“ bezeichnet zu haben. Sowie könnten nur „Soziologen“ behaupten. Die Einschätzung, ob die Friedensbewegung wesentlich jugendlich ist oder mehr vom Charakter einer Volksbewegung hat, ist selbstverständlich ein Zentralkriterium für die Frage der strategischen und taktischen Behandlung der Bewegung. Lochter äußert in diesem Zusammenhang übrigens auch, daß er seine Aufgabe als VS Mann eben in der exakten „Beratung“ der politisch Verantwortlichen sehe. — Wie nahe hier doch Wissenschaft und Verfassungsschutz beieinander liegen.
- 3) Das gilt vor allem für die Polizei-Prese wie auch die — hinten im Artikel — zitierten Strategie-papiere von Polizei-Ideologen wie Hubner, Pawelczyk, Stümper und die Argumentationslinie der bei den Stuttgarter Gesprächen zugrundegelegten Einschätzungspapiere.
- 4) Siehe dazu AK 215. Die Demonstrationsfreiheit stirbt schleichend, geordneten Einschätzungspapiere.
- 5) Siehe dazu AK 215. „Die Demonstrationsfreiheit stirbt schleichend“, sowie „Die Polizei“ (4/84). Entstehungsgeschichte und Inhalt des neuen Demonstrationsstrategie.
- 5) siehe dazu u.a. die aufwendigen Informationsblätter des Bundespreseamtes: „Instrumente und Wege kommunistischer Einwirkung auf die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zur Verhinderung der NATO-Nachrüstung“, die in Millionen-Auflage auf diversen Medien-Kanälen verbreitet und durch einen Extra Nachtrags-Ausgabe I von 7 Millionen DM für das Presse-amt finanziert wurden (Stern 38/83, Spiegel 38/83, taz 23.8.83). Hierin gehört auch die Herbst-Offensive der CDU unter dem Motto: 10.000 Friedensstage, „Fahrplan zur Abrüstung“, „Gesinnung für Frieden und Freiheit“ (taz 20.9.83).
- 6) siehe AK 238: „Herbst '83 — alles nur symbolisch? und Gewalt freier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg?“
- 7) Beispielsweise muß Zimmermann sich von A. Pawelczyk nicht nur als „hysterisch“ kritisieren, sondern auch mit den Worten zur Ordnung rufen lassen: „Die Kräfte der inneren Sicherheit, die die Hauptlast der Auseinandersetzung tragen, haben längst zu einer Haltung gefunden, die wirksam und differenziert mit den Rechten der Bürger umgeht, der Bürger erkennt dies an. Die Bundesregierung trifft einen Kall in diese Entwicklung. Wir müssen dem entschieden entgegen-tritten“.
- 8) siehe AK 237. Loccum und andere Gespäche. Sie mit mir in wem du ärstest. „Ein „sicherheits-politisches“ Porträt von A. Stümper, einschneidend Literatur-Angabe zum Thema.
- 9) Auf die „Differenziertheit“ der Instrumentarien, Methoden und der jeweiligen Lage angepassten Taktiken wird in nächster Zeit bei weiteren Analysen stärker be-rücksichtigt.

Handeln zu achten sein. In diesem Zusammenhang soll auf eine zwischen GILIP und KB begonnene Kontroverse verwiesen. In Cl.P 1387 findet sich der Aufsatz „Die hilflose Polizeifunktion“. In der Diskussion eines differenzierten „Mitarbeiterkonzepts“ in Bezug auf die Polizei-Entwicklung soll 68/69 vorgehalten wird. In Cl.P 1483 folgt eine Antwort der Antik-Kommission des KB. In der darauf hingewiesen wird, daß die Differenzierung mit der Verschärfung des gesamtgesellschaftlichen Klimas nach rechts und gewachsenem Polizeistaatsdrucke insgesamt einhergeht.

- Der Bezug auf Krefeld steht im Widerspruch zu dem vom Stern genannten Datum der Tagung vom 20.4. Da die Veröffentlichung erst im Septemberbeheft erfolgte (was durchaus eine normale redaktionelle Laufzeit bei Die Presse wäre) und der Bezug sich im Vorwort, nicht in den dokumentierten Reden, findet, kann das vom „Stern“ angegebene Datum jedoch als zutreffend angenommen werden.
- 11) siehe dazu die Krefeld Dokumentation“, herausgegeben von Friedhelm, GAI/HH, K8, Antifa-Gruppe Oldenburg, Sanierungsgruppe Oldenburg, Rechtsinitiative Oldenburg, AGIL/Göttingen und einer Reihe von Einzelpersonen aus dem „unabhängigen“ Spektrum der Friedensbewegung. Dies war der einzige erhaltene Versuch, der Distanzierung-Helze durch Gegeninformation entgegenzusetzen.
- 12) Veröffentlicht wenige Tage vor dem Beginn der Blockade in Bremerhaven am 13.10. in der „tar“ Entsprechend dieser Lösung hielten sich die Autonomen in der Aktionswoche merklich zurück.
- 13) siehe dazu AK 238: „Der Polizeiprovokateur von Krefeld – Hintergründe zum Fall Troeber“
- 14) siehe dazu AK 242 (Faksimile aus der BarmS - „KGB – die Terroristen die auf Züge schießen“)
- 15) siehe dazu AK 244. Dort ist das vollständige neue Papier dokumentiert, samt kurzer Skizze der „Gemeinde des Widerstands“.
- 16) siehe dazu AK 244. Dort ist das vollständige neue Papier dokumentiert, samt kurzer Skizze der Geschichte der Gespräche von Stuttgart bis Loccum. Im übrigen gibt es zu „Loccum“ eine Dokumentation der vom Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie und anderen.
- 17) Greife Töne gibt es auch vor dem „heißen Herbst“ aus bekannter Ecke, so ein „BarmS“-Kommentar vom 21.8.83: „Wir wollen gewiß kein Pinochet-Regime in Chile, aber doch etwas mehr Energie gegen die expressionistischen Methoden von kleinen Randgruppen.“ Im Vergleich zur systematisch betriebenen Presseheize gegen die Demonstrationen von Birkdorf, Grohndorf, Kalkar u.a. dagegen blieben diese Stimmen vereinzelt, bzw. auf aktive Verbreitung in CDU-Kreisen beschränkt, während sich das Gros der Presse mit Helze dieser Art eher zurückhielt.
- 18) Selbstverständlich bezieht der Herr Pfarrer sich positiv auf die „Begegnungssstätte der ev. Aka demie Loccum“. Eine genauere Analyse der Funktion der Kirche im Zusammenhang des hier besprochenen Themas wäre vermutlich als „Arbeitslohnarbeit“ und voll von Überraschungen.
- 19) siehe dazu u.a. „Stern“ 34/83 und diverse Presseberichte aus Juni, Juli, August 83.
- 20) Die Bremerhavener Nordsee-Zeitung vom 18.10.83: „Die Führungsschule der Polizei in Mithras, wie die in Bremerhaven angewandte Strategie als Lehrplan, spielt in Front Unterricht einbauen“
- 21) siehe AK 240: „Mehr Zivile aber keineswegs zivil“, Beispiel Hamburg: Zivilbanden bei der S. ingerblockade“
- 22) Diskussionspapier – „Krise, Krieg – Friedensbewegung“. Das Papier versucht eine Analyse des BRD-imperialismus im globalen Zusammenhang als Juniorpartner der USA. Das Konkrete blüht unter der Überschrift „Frage keine Rezept“ vergleichsweise sehr knapp.

Der Schlüssel für Abrüstung liegt im Kampf gegen die NATO-Aufrüstung

Interview mit Manfred Kühle (Graswurzelrevolution, Frieko Hamburg, BUF) nach Gesprächen in der SU mit Friedensgruppen, Komitees und Regierungsvertretern

AK: Anfang März bist Du zusammen mit einer Gruppe aus dem Bonner Koordinationsausschuß zu Gesprächen in die Sowjetunion gefahren. Wie ist diese Reise zustande gekommen?

Manfred: Im Rahmen der "Volksversammlung" in Bonn - im vergangenen Oktober - wurde ein Menschenstern zwischen den verschiedenen Botschaften gebildet, an die im Vorwege zur Ankündigung Briefe geschrieben worden waren. Die US-Botschaft schickte als Antwort eine Propaganda-Broschüre, die Indische und die sowjetische Botschaft luden jeweils zu einem Gespräch ein. Im Rahmen des Gesprächs mit Vertretern der Geschäftsführung des Bonner Koordinationsausschusses wurde diese Einladung ausgesprochen. Um alle Strömungen zu berücksichtigen, sind dann nach Auflösung der Geschäftsführung verschiedene Gruppen angesprochen worden, sich an einer Delegation zu beteiligen.

Wie ist das denn in Sowjetunion gelaufen?

Wir hatten Gelegenheit, mit Leuten aus der Parteiführung, aus Staatsämtern, vor allem auch mit Experten und Wissenschaftlern, beispielsweise aus dem auch im Westen bekannten Institut für Mensch und Gesellschaft, aus dem auch im Westen bekannten Institut für USA- und Kanada-Studien und dem Institut für Weltwirtschaft und internationale Politik, zu sprechen, also sowohl mit Experten für die Aufrüstungsproblematik, als auch Leuten, die mit der sozialen und sonstigen Politik in Westeuropa und den USA vertraut sind. Darüberhinaus sind wir in einem soziologischen Institut in Georgien gewesen, dessen Mitarbeiter sich geschlossen an dem georgischen Friedenskomitee beteiligten. Außerdem trafen wir mit Wissenschaftlern zusammen, die für das sowjetische Friedenskomitee arbeiten und nicht zuletzt mit einem sowjetischen Oberst, einem Mitglied des Generalstabs.

Ihr habt auch mit der Trust-Gruppe gesprochen?

Am ersten Abend sind wir in einer Moskauer Vorstadtsiedlung mit Mitgliedern der Trustgruppe zusammengetroffen. Hier bekannt ist Olga Medvedkova, die 14 Tage vor unserer Reise zu einer 2 1/2-jährigen Gefängnisstrafe auf Bewährung verurteilt worden ist. Sie hatte versucht, ihren Freundeskreis zu erreichen, so daß dann mehrere Mitglieder der Trustgruppe dabei waren.

Was ist in den „offiziellen“ Gesprächen zur Trustgruppe gesagt worden und was haben sie selbst über ihre Gruppe berichtet?

Ungewöhnlich war, daß in dem ersten Gespräch mit dem offiziell-staatlichen Friedenskomitee, mit dessen Vorsitzenden und Stellvertretern, dieses "Problem" mit der Trustgruppe angesprochen worden ist. Bei mehreren namentlich genannten Mitgliedern der Trustgruppe hat man die Biographien interpretiert, man sagte uns, dies seien Leute, die Pech gehabt hätten, die sich an den Gesetzen der Sowjetunion gerieten hätten. Einem wurde unterstellt, er hätte „antisowjetische“ Propaganda betrieben und Flugblätter verteilt. Einer sei psychisch krank gewesen und nach seiner Ausrückung in die USA dort auch entsprechend behandelt worden. Die Abqualifizierung dieser Leute und die abwertenden Begriffe brauche ich hier nicht wiederzugeben, jedenfalls war die generelle Einschätzung, die Trust-Gruppe, das seien eben Leute, die ausreisen wollten, sogenannte Refuseniks, die alles nur täten, um aus der Sowjetunion herauszukommen zu können. Sie seien von westlichen Journalisten aufgefordert worden, zu „Berühmtheiten“ zu werden und das ginge eben nur, wenn sie sich gegen den Staat auflehnten. Bei Jury Medvedkova und bei Olga Medvedkova wurden allerdings Ausnahmen gemacht; Jury sei Parteimitglied gewesen und habe in einer UNO-Organisation in Genf als Geograph mitgearbeitet. Nachdem er zurückbeordert worden war, hat er einen Ausreiseantrag für sich und seine Familie gestellt, woraufhin er aus der Partei ausgeschlossen worden ist. Die Leute

vom Friedenskomitee behaupteten, daß es den beiden vor allem um „Eigennutz“ ginge und sie keine ernsthafte Friedensarbeit im Sinn hätten, sonst hätten sie sich längst an das Friedenskomitee gewandt, weil in der Sowjetunion Friedensarbeit offiziell unterstützt würde. Ich kann gleich dazu sagen, daß die Leute aus der Trust-Gruppe dem widersprechen, daß ihre Gruppe in erster Linie aus Leuten bestünde, die ausreisen wollten, auch wenn einige darunter seien. Es geht hier um eine komplizierte Geschichte, die hier nicht in allen Einzelheiten ausgebreitet werden kann. Als Refusenik hat man in der Sowjetunion einen speziellen Status. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß sich die Trust-Gruppe vor allem aus intellektuellen und Wissenschaftlern meist jüdischer Herkunft zusammensetzt. Für jüdische Wissenschaftler gibt es noch erhebliche Probleme in der sowjetischen Gesellschaft, wie wir auch aus anderen Zusammenhängen erfahren konnten, aber das wäre sicher ein Thema für sich. Die Trust-Gruppe hat erklärt, daß sie sehr wohl versucht hätte, Kontakte zu den Stellen aufzunehmen, wo staatlicherseits Friedensarbeit gemacht wird, z.B. hätten sie Briefe an

Wegs weitergeben, daß sie nicht daran interessiert sind, eine Destabilisierung der sowjetischen Gesellschaft herbeizuführen, weil sie von der Einschätzung ausgehen, daß dieses aus verschiedenen Gründen Kriegsgefahren mitführen könnte. Sie haben auch erklärt, daß sie nicht daran interessiert seien, in den westlichen Medien benutzt zu werden. Wir sollten unsere Informationen über sie nicht der bürgerlichen Presse sondern an Friedensgruppen weitergeben, einem Wunsch, dem wir gern nachkommen. Angefangen hat die Gruppe mit einer Ausstellung über die Atomkriegsgefahr, mit Bildern und Postern von Hiroshima und anderen Atombombenexplosionen. Neben den positiven Vorschlägen, die sie unter dem Stichwort "Schafft Vertrauen" verbreiten wollen, wollen sie in der Bevölkerung zu einem Bewußtsein beitragen, daß die Kalkulation mit einem Atomkrieg unmöglich macht. Da hat es gerade im letzten Jahr eine Entsprechung mit der offiziellen sowjetischen Friedensarbeit gegeben, wie uns die Trust-Leute bestätigten. In Mittelpunkt der Massenmobilisierung des letzten Jahres stand vor allem die Gefahr eines Atomkrieges, den man mit allen Mitteln verhindern müsse. Natur-

Olga und Jury zeigten sich ziemlich glücklich darüber, daß Olga „nur“ zur Bewährung verurteilt wurde, obwohl natürlich die Kritik daran weiterhin wichtig ist. Möglicherweise haben hier auch die Briefe an die Staatsführung ihre Wirkung getan. Jetzt ist ja auch bekannt geworden, daß die Gruppe zu Ostern einen Friedenspark eingerichtet hat, in dem auch das Symbol der Ostermarschbewegung verwendet wurde. Zum ersten Mal sind sie bei dieser Aktion nicht von der Polizei behelgt worden. Mein Eindruck ist, daß es stärkere Wirkung hat, wenn sich Gruppen, die hier Friedensarbeit leisten, dazu zu Wort melden, als wenn über die bürgerliche Presse eine antisowjetische Hetze betrieben wird. In diesem Sinne hat auch die Trust-Gruppe gearbeitet.

Zurück zu den Gesprächen mit den offiziellen Gesprächspartnern: Was haben diese zur Einschätzung der Kriegsgefahr und zu ihrer Politik gesagt und welche Positionen und Kritiken wurden von Euch dazu vorgetragen?

Vorweg: das Beeindruckende ist gewesen, mit Leuten zu reden, die dort Verantwortung tragen; ihre Meinung, aber

erklärte, daß die USA versuchen würden, hartes politisches Kapital an dieser Überlegenheit zu ziehen. Er hat offen gelassen, in welchen Bereichen das passieren sollte. Die zweite Aussage war, daß die USA zum Bruchschlag rufen würden; der Sowjetunion bliebe unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung einseitig und um überhaupt wieder „realistische“ Verhandlungen vom Standpunkt der Gleichberechtigung aus führen zu können andererseits, gar nichts anderes übrig, als diesen Aufrüstungsprozeß nachzuverfolgen. Dabei werden die Auswirkungen auch der sowjetischen Reaktion mehr oder weniger als möglicherweise katastrophal angesehen. Es lohnt sich hier, Falin zu zitieren, der rundheraus erklärte: „Wir haben Entwicklungen eingeleitet, die wir nicht kontrollieren können, für die wir aber verantwortlich sind“. „Fünf Millionen vor der Hölle“ ist ein Falin-Zitat und es ist die Überschrift des Artikels, den Volkmar Delle zur Moskauer Reise im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“ geschrieben hat. Wenn der Aufrüstungsprozeß nicht gestoppt werden kann, so ist dort die Stimmung, dann treibe die technische Entwicklung zu einem Punkt, der den Knall bedeuten könne. Dieses wurde durchweg dramatisch beschrieben. Das Gespräch mit Falin erinnerte an das, was Dieter Lutz (tsch. bezeichnen) „Das Gespräch mit Falin“ in einem Vorgespräch zu dieser Reise formuliert hatte. Die Rüstungsentwicklung sei soweit, daß man von einem „point of no return“ sprechen könne. Es ist uns gesagt worden, daß die Rüstungskontrolle bisher schon alleine deswegen unzureichend gewesen sei, weil sie bisher lediglich Quantitäten einbeziehe, während Qualitäten gar keine Rolle in der Rüstungsdiplomatie gespielt hätten, obwohl sie aufgrund der Rüstungsentwicklung tatsächlich die alles entscheidende Rolle spielen.

Wie war eure Stellungnahme dazu?

Die Delegation bestand aus Vertretern unterschiedlicher politischer Richtungen und so hatten wir auch in einigen Bereichen unterschiedliche Ansichten. Eine wichtige Frage war, inwieweit die Sowjetunion in der Lage sein wird, diesen Aufrüstungsprozeß zu durchbrechen, möglicherweise sogar einseitig zu durchbrechen. Wir haben Kritik an der offiziellen Sicherheitstheorie von „der gleichen Sicherheit“, dem östlichen Pendant vom „Gleichgewicht des Schreckens“, vorgebracht. Wir haben gesagt, daß die einseitige Destabilisierung durch die USA nicht durch Destabilisierung durch die Sowjetunion wettgemacht werden könne; dies würde im Gegenteil zu einer Potenzierung der Destabilisierung führen. Als Beispiel wurde dazu vor allem die sowjetischen „Gegenmaßnahmen“ genannt. Wir haben eine Logik der Sowjets abgelehnt, die besagt: Wenn die USA die Vorwarnzeit verkürzen, dann müssen wir das auch tun. Selbst wenn wir davon ausgehen, daß die Sowjetunion ihre offizielle Erklärung, keinen Ersteininsatz von Atomwaffen vorzunehmen, einhalten will, bringt die Verkürzung der Vorwarnzeit keine Stabilisierung für eine Zweitschlagkapazität, sondern vollzieht hier die US-Rüstung einfach nach. Daran haben wir unsere Kritik angesetzt. Die offizielle Begründung für die Gegenmaßnahmen steht ganz eindeutig im Widerspruch zu der von Sowjetunion einseitig verkündeten Politik des Verzichtes auf einen Ersteininsatz von Atomwaffen. Es wurde uns dann sogar vom Oberst des Generalstabs u.z. versichert, um dieser Politik gerecht zu werden, sei die Sowjetunion bereit, eine erste Welle von Perarung-Abschüssen durch die NATO hinzunehmen, und erst bei einer Nachladung der Perarung-Abschüsse werde man die in der DDR und CSMK stationierten Systeme einsetzen. Dies erschien uns unglaublich, gerade weil diese Systeme die Vorwarnzeit verkürzen und weil man in einer Krisensituation gerade vom schlechtesten Fall ausgehen müsse. Man kann und muß von einer Militärmacht wie der Sowjetunion - wenn man illusionslos an die Sache herangeht - erwarten, daß sie ihr Potential zu einem militärisch günstigen Zeitpunkt ins

Fortsetzung nächste Seite



„Auf nach Moskau - dies mal packen wir's!“

die „sowjetischen Wissenschaftlern für den Frieden“ geschrieben, worin sie um Gedankenaustausch gebeten hätten. Bei ihnen besteht durchaus das Interesse in eine Diskussion und Auseinandersetzung mit der sogenannten offiziellen Friedensarbeit einzutreten.

Wie sieht die Friedensarbeit dieser Gruppe aus?

Grundsätzliche Basis ihrer Politik ist Gewaltfreiheit, d.h. sie wollen alles mit friedlichen Mitteln erreichen und lehnen es ab, angesichts der heutigen Rüstungssituation Krieg als ein Mittel zur Lösung von Konflikten anzusehen. Sie betreiben grundsätzlich offene, nicht-konspirative Arbeit. Sie wollen jedoch keine Kritik gegenüber der Regierung äußern. Dagegen setzen sie positive Vorschläge, z.B. einen Dialog zu vier, an dem die USA, die UdSSR und Vertreter der Bevölkerungen teilnehmen. Sie wollen nicht gezwungen sein, die offizielle Politik der Sowjets zu vertreten. Dies ist die Position der offiziellen Friedenskomitees, die zwar nicht die Regierung vertreten, aber sich die Regierungspolitik zu eigen machen. Dies tut die Trust-Gruppe nicht. Im Zusammenhang mit ihrem Ansatz "Schafft Vertrauen" haben sie uns gebeten, hier in der Bundesrepublik Menschen anzusprechen, damit diese bei eventuellen Reisen in die Sowjetunion doch bei ihnen vorbeischauen. Sie haben uns gesagt, und das will ich hier auf diesem

Weg weitergeben, daß sie nicht daran interessiert sind, eine Destabilisierung der sowjetischen Gesellschaft herbeizuführen, weil sie von der Einschätzung ausgehen, daß dieses aus verschiedenen Gründen Kriegsgefahren mitführen könnte. Sie haben auch erklärt, daß sie nicht daran interessiert seien, in den westlichen Medien benutzt zu werden. Wir sollten unsere Informationen über sie nicht der bürgerlichen Presse sondern an Friedensgruppen weitergeben, einem Wunsch, dem wir gern nachkommen. Angefangen hat die Gruppe mit einer Ausstellung über die Atomkriegsgefahr, mit Bildern und Postern von Hiroshima und anderen Atombombenexplosionen. Neben den positiven Vorschlägen, die sie unter dem Stichwort "Schafft Vertrauen" verbreiten wollen, wollen sie in der Bevölkerung zu einem Bewußtsein beitragen, daß die Kalkulation mit einem Atomkrieg unmöglich macht. Da hat es gerade im letzten Jahr eine Entsprechung mit der offiziellen sowjetischen Friedensarbeit gegeben, wie uns die Trust-Leute bestätigten. In Mittelpunkt der Massenmobilisierung des letzten Jahres stand vor allem die Gefahr eines Atomkrieges, den man mit allen Mitteln verhindern müsse. Natur-

auch irgendwo ihre Emotionen mitzuteilen über die Bedrohung, der sie sich durch die amerikanische Aufrüstungspolitik ausgesetzt sehen. Die Frage, was bedroht uns, ist auch das Hauptthema gewesen. Das zweite Thema war, wie dieser Aufrüstungsprozeß durchbrochen werden kann. Da gab es natürlich auch unterschiedliche Positionen. Alle Gesprächspartner sind davon ausgegangen, daß sich die Ost-West-Beziehung in naher Zukunft noch verschlechtern werden. Es gab unterschiedliche Meinungen darüber, welche Bereiche des Kontakts, z.B. die Wirtschaftsbeziehungen, da herausgehoben werden können. So hat Sagladin zu verstehen gegeben, daß die Sowjetunion daran interessiert sei, wirtschaftliche Kontakte nach Westeuropa so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, wobei er einschränkte, daß die Situation schwierig sei, sodaß sich die Verschärfung auch dort niederschlagen könne. Im Unterschied zu Sagladin aus der Westeuropä-Abteilung des Zentralkomitees waren Arbatowa Einschätzungen davon geprägt, daß er sich mit den Beziehungen zu den USA beschäftigt. Arbatowa sprach klipp und klar vom "kalten Krieg" zwischen den USA und der Sowjetunion und daß sich dieser auch auf Westeuropa übertragen werde und auch die deutsch-deutschen Beziehungen würden davon hinweggefeuert werden. Alle Einschätzungen gingen davon aus, daß die USA auf eine Überlegenheitspolitik setzen würden. Falin

Fortsetzung von vorheriger Seite

Spiel bringt. Wir haben diesen Widerstand immer wieder deutlich gemacht. Und der zweite Punkt: Für die Erhaltung der Zweischiesskapazität, die offizielle Politik der Sowjetunion ist, sind die vorgezogenen operativ-taktischen Raketen mittlerer Reichweite nicht nötig. Im Rahmen dieser Konzeption sind sicher auch andere Lösungen gegeben. Aber man begibt sich eben auf den Weg, Gleiches mit Gleichem zu vergelten.

Eine Nachfrage zu Kurze, besser gesagt: Meiner Kritik an der sowjetischen Atomrüstung: Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre gab es Atomkriegspläne in den USA, wie z.B. den "Dropshot"-Plan. Diese Pläne sind ja nicht durch Massenproteste verhindert worden. Wieso sind es militärische Gründe, die verhinderten, daß diese

Pläne eine Destabilisierung an sich hervorzubringen und die "Selbstentzündungsgefahr" enorm gesteigert ist. Selbst wenn die sowjetische Sicherheitstheorie von "der gleichen Sicherheit" damals noch eine gewisse Berechtigung gehabt haben mag, so wandelt sich diese Politik heute zu einem System der gleichen, größer werdenden Unsicherheit. Das ist eine Realität, an der die Sowjetunion auch nicht vorbeikann. Wir hatten bei den Gesprächen den Eindruck, daß diese Tatsache auch von den sowjetischen Vertretern anerkannt wird. Ihre Maßnahmen wurden als ein "Übel", wenn auch als geringeres Übel gegenüber einer Nichtreaktion und gar einer Akzeptierung der Überlegenheit der USA angesehen, aber eine kriegsverhindernde Perspektive wurde ihnen nicht zugeschrieben.

Es gibt in der Friedensbewegung die Forderung nach dem Ausstieg aus der

hatten, heute aber in Frage zu stellen.

Kann man sagen, daß die Sowjetunion die Atomkriegsdrohung der NATO besonders fürchtet, während sie bei der konventionellen Rüstung stärker von einem Gleichgewicht ausgeht, die konventionelle Kriegsdrohung seitens der NATO also weniger fürchtet?

Ja, die Bedrohung durch Atomwaffen überschattet in der Sowjetunion alles in der öffentlichen Darstellung. Es war in der Tat vor allem auch für mich ein Problem, mitzubekommen, daß in der Sowjetunion für die Gefahren der konventionellen Aufrüstung kaum ein Resonanzboden vorhanden ist, während wir hier in der BRD bei den Unabhängigen in letzter Zeit gerade auf diesem Sektor Arbeit geleistet haben, um die daraus resultierenden Gefahren deutlich werden zu lassen. In sowjetischen

nannte Nach-Nachrüstung vor allem die in der DDR und der CSSR stationierten Systeme im Mittelpunkt der Kritik. Wir haben die kuriose Situation, daß hier DKP-Kreise, die ja auch als Internationalkommunisten sowjetischer Außenpolitik zu bezeichnen sind, eine Kritik zumindest hinsichtlich oder sogar mitleidigen, wie dies auf der letzten Aktionskonferenz geschehen ist. In "höflicher Form" wird von Teilen der Friedensbewegung von der Sowjetunion zumindest erwartet, durch den Verzicht auf diese "Nach-Nach-Rüstung" ein Zeichen zum Ausstieg aus der Abschreckungslogik zu setzen. Ein solches Entgegenkommen gegenüber der Friedensbewegung könnte beim gegenwärtigen Stand ja keine realen Abrüstungsschritte bewirken, deshalb muß man also die Folgen einer solchen Forderung für die westliche NATO-Politik bzw. deren Propaganda betrachten. Nehmen wir einmal einen Moment an, die Sowjetunion würde ein derartiges Entgegenkommen erweisen. Würde ein solcher Schritt dann nicht von der NATO-Propaganda als Erfolg der Politik der Stärke und der Aufrüstungsmaßnahmen verkauft werden, und als Beweis dafür, daß erst eine massive westliche Rüstung die Sowjetunion zur Abrüstung zwingen könne? D.h., bestünde nicht die Gefahr, daß ein solcher Schritt keineswegs einem Ausstieg der NATO aus der Abschreckungslogik befördern würde, sondern im Gegenteil die Forderung nach absoluter militärischer Überlegenheit der NATO?

Das Problem mit der westlichen Propaganda gibt es so oder so. Die Propaganda der NATO spielt die Gegenmaßnahmen herunter. Sie würden die globalen Verhältnisse in keiner Weise verändern, obwohl sie genau wissen, daß es nicht so ist, sondern daß eine zusätzliche Destabilisierung die Folge ist. Das gilt sowohl für die Maßnahmen in der DDR und CSSR als auch für die vor der US-Küste auf See stationierten Systeme. Wenn man bedenkt, daß die USA Anfang der 60er Jahre wegen der Raketen auf Kuba, die eine ähnliche Funktion haben sollten, noch einen Krieg riskieren wollten, dann kann man ermesen, daß es keine militärischen sondern propagandistische Gründe sind, warum diese Maßnahmen heruntergespielt werden. Sie drehen es propagandistisch so hin, wie es ihnen am besten paßt. Ich halte nichts davon, die Gefahren der sogenannten Gegenmaßnahmen herunterzuspielen.

Der bisherige Erfolg der Friedensbewegung besteht darin, zur Verbreitung eines Bewußtseins beigetragen zu haben, daß ein Krieg in Europa und insbesondere ein Atomkrieg absolut tödlich wäre. Doch das Dilemma für die Friedensbewegung, ja auch innerhalb der Friedensbewegung selbst, besteht doch vor allem darin, daß es wenig Bewußtsein über die Frage gibt, woher die Bedrohung kommt, von wem die Kriegsgefahr ausgeht. Das ist doch der Kern des

Unterdrückungsapparates am Laufen hält, daß auf dem Hintergrund eines nationalen Sicherheitsinteresses das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen getreten wird und daß die sowjetische Rüstungspolitik für den Frieden verhängnisvoll und für die Verhinderung globaler Auseinandersetzungen keine Perspektive bietet. Auf globaler Ebene - in der Auseinandersetzung mit den westlichen Industrienationen und besonders mit den USA - ist die Sowjetunion aber seit Beendigung des 2. Weltkrieges permanent in der Defensive. Deshalb ist entscheidend, daß der Schlüssel zur Veränderung der Aufrüstungspolitik im Westen liegt: Absolut einseitig aufgrund der globalen Analyse, nicht nur weil einseitige Abrüstung gut ist, wo auch immer damit begonnen wird. Und solange wir nicht die Stärke erreicht haben, die Aufrüstung hier im Westen einseitig aufzuhalten, sollten wir uns davor hüten, der Sowjetunion durch Kampagnen der Friedensbewegung Schritte der Friedensbewegung Schritte der einseitigen Abrüstung abzuverlangen. Wenn wir es hier nicht geschafft haben, sollten wir nicht glauben, den neuen Ansatzpunkt im sowjetischen Rüstungsbereich zu finden. Das bedeutet allerdings nicht, auf die kritische Einschätzung und Ablehnung der sowjetischen Rüstung zu verzichten. In diesem Zusammenhang sollten wir bei uns aber stärker bekannt machen, daß die SU aus naheliegenden Gründen an Abrüstung interessiert ist. Unserer Delegation wurde durch die Bank weg signalisiert, daß die Sowjets zu allem bereit wären, wenn tatsächlich eine Politikänderung der NATO absehbar wäre: Abrüstung, panzerfreie, offensivwaffenfreie und atomwaffenfreie Zonen, Entmilitarisierung. Das sind alles Worte, die im Moment jedoch im Inflationsraum diskutiert werden müssen, weil die Politik der NATO wirklich eine andere ist. Für die Glaubwürdigkeit dieser Signale spricht auch die ökonomische Situation. Es war sozusagen ein Schock, von Moskau wieder in eine westliche Hauptstadt zu kommen, nicht weil ich von dem Warenangebot überrascht war, sondern weil es so schien, als dränge alles auf neue Märkte. Dieser Überfluß, der hier produziert wird, sucht seinen Markt, und wenn es nicht mit friedlichen Mitteln geht, dann zur Not auch mit Gewalt. Und da sind die Sowjets in einer doppelten Klemme: da sie nicht in der Lage sind, ein ausreichendes Warenangebot zu gewährleisten und gezwungen sind, riesige Kapazitäten in die Rüstung zu stecken.

Zurück zu Eurer Reise: Wenn man mit Beteiligten direkt spricht, hört man heraus, daß die Gespräche in erstaunlicher Offenheit geführt wurden. In der Berichterstattung der Medien spiegelt sich dies nun gar nicht wieder.

Der Friedensbewegung ist gerade von liberaler Seite ein Image aufgedrückt worden, daß sie gleichermaßen gegen Atomwaffen in Ost und West sei, was



Nachkriegsvergangen sind die Erfahrungen der sowjetischen Bevölkerung während der Aggression des deutschen Imperialismus im II. Weltkrieg. Nur eine von unzählbaren Situationen: Frauen und Kinder auf der Flucht im Kampfgebiet von Stalingrad

Pläne zum Einsatz kommen konnten? Welchen Anteil hat daran die sowjetische Rüstung, speziell die Entwicklung sowjetischer Atomwaffen?

Dazu muß man sagen, daß doch einige von uns in der SU ein wenig Nachhilfe erhalten haben. Vor allem in den Gesprächen mit Falin kamen die US-Pläne der 40er und 50er Jahren zur Sprache. Wenn man in der Logik der Abschreckung bleibt, dann stellt die Fähigkeit der Sowjetunion, Atomwaffen aufzustellen, sicherlich einen Fak-

Abschreckungslogik, ein Ausstieg der vielfach auch von der Sowjetunion gefordert wird. Wenn man aber klarstellen muß, daß diese Abschreckungslogik bisher einen Anteil an der Verhinderung eines Krieges hatte, daß ein bedingungsloser Ausstieg aus dieser Abschreckungslogik unter den herrschenden Bedingungen, wo wir nicht in der Lage sind, die NATO-Kriegspolitik zu durchkreuzen, keineswegs zum Frieden führen muß, sondern angekehrt auch die "Alternative" Atomkrieg zum jetzigen Zustand der Abschreckungslogik

Militärzeitschriften gibt es allerdings sehr genaue Beschreibungen über den Rogers-Plan und den dahinter stehenden Absichten. Falin hat auch in besonderer Weise diese Gefahren betont, was sich mit unseren Einschätzungen deckt, daß die NATO in Europa auch eine konventionelle Kriegs- und Siegesfähigkeit erreichen will. Diese Einschätzung hat in der offiziellen Politik keinen Niederschlag gefunden. In der UNO seien allerdings Vorschläge gemacht worden, womit neuere technologische Entwicklung unter Kontrolle zu

Abschreckung bleibt, dann stelle die Fähigkeit der Sowjetunion, Atomwaffen aufzustellen, sicherlich einen Faktor dar, der es der USA unmöglich gemacht hat, ihre Atomkriegspläne zu verwirklichen. So sah der "Dropshot"-Plan vor, einem vernichtenden Erstschlag mit 300 Atomwaffen gegen die Sowjetunion zu führen und dann konventionelle Truppen zum Einsatz zu bringen. Diese Pläne sind erst wesentlich später - ich glaube in den 60er Jahren - bekannt geworden. Im Rahmen dieser Logik hat das Recht (das gleiche gilt für das Dokument des Nationalen Sicherheitsrates der USA, das NSC 68, das den "Dropshot"-Plan ablehnt. Darin wurde die Containment-Politik festgeschrieben, die besagt, mit einer überlegenen Rüstungspolitik die Sowjetunion daran zu hindern, mit ihrer Politik in der 3. Welt weiter Fuß zu fassen. Mit gleichzeitigen destabilisierenden Maßnahmen sollten Unruhen in der Sowjetunion verbreitet werden, wobei im Unterschied zum "Dropshot"-Plan keine offenen Atomkriegsmaßnahmen vorgesehen waren. Man muß sicherlich zugestehen, daß die sowjetischen Rüstungsanstrengungen diese Pläne durchkreuzen haben, wenn man unterstellt, daß die USA ihre Pläne realisieren wollten, und man muß weiterhin zugestehen, daß die Sowjetunion mit ihren Rüstungsanstrengungen die Containment-Politik zu durchkreuzen versuchte, was ihr insofern gelungen ist, als dann die USA soetwas wie ein Gleichgewicht der Supermächte akzeptieren und auf dieser Basis zu neuen politischen Formen der Auseinandersetzung kommen mußten, wie sie sich später etwa in der "Entspannungspolitik" niedergeschlagen haben. Der Unterschied zu heute ist der, daß man ganz klar hervorheben, auch wenn dies ein unter Linken wenig akzeptierter Begriff ist, daß heute die gigantischen technischen Mög-

keiten führen muß, sondern umgekehrt auch die "Alternative" Atomkrieg zum jetzigen Zustand der Abschreckungslogik besteht, kann dann überhaupt noch etwas gewonnen von der SU der einstige Ausstieg aus der Abschreckungslogik gefordert werden?

Daß es diese Gefahr gibt, würde ich hundertprozentig unterschreiben, auch daß sowjetische Unterlegenheiten im Rahmen der gegenwärtigen Politik der USA schamlos ausgenutzt werden könnten. Wenn man aber von der Analyse ausgeht, daß es durch die gegenwärtige Bedrohung eine zunehmende Destabilisierung gibt, was sowohl die Gleichgewichtstheorie als auch die von der "gleichen Sicherheit" ad absurdum führt, dann ist doch die Frage, ob die Sowjetunion, die den Frieden und die friedliche Koexistenz auf ihre Fahnen geschrieben hat, nicht alles tun müßte, um nach Alternativen zu suchen. Wir können diese Alternativen für die Sowjetunion natürlich nicht formulieren, wir könnten höchstens Hinweise geben. Ein Mitglied aus unserer Delegation hat beispielsweise die Vorstellungen, die in der BRD unter dem Stichwort "alternativer Verteidigung" formuliert worden sind, nahegebracht und erläutert, also die Vorstellung, daß Armeen so umgerüstet und umstrukturiert werden, daß keine strukturelle Angriffsfähigkeit mehr existieren würde, um so einen Ausstieg aus der Abschreckungs- und Gleichgewichtslogik zu ermöglichen. In einigen Gesprächen hatten wir den Eindruck, daß in der Sowjetunion auch ein Interesse besteht, daran weiterzudenken, auf der anderen Seite muß man auch ganz klar sagen, daß die militärische Logik in der Sowjetunion für derartiges alternatives Denken nicht offen ist, weil man sich stattdessen Doktrinen festbeißt, die vielleicht in den 50er und 60er Jahren Gültigkeit

hatten, heute aber in Frage zu stellen. Bei der Kritik an den Reiben der Friedensbewegung an der Beteiligung der Sowjetunion an atomaren Rüstungsmaßnahmen sieht man, daß die sowjetischen "Gegenmaßnahmen", die sogenannte Nach-Nachrüstung vor allem die in der DDR und der CSSR stationierten Systeme im Mittelpunkt der Kritik. Wir haben die kuriose Situation, daß hier DKP-Kreise, die ja auch als Internationalkommunisten sowjetischer Außenpolitik zu bezeichnen sind, eine Kritik zumindest hinsichtlich oder sogar mitleidigen, wie dies auf der letzten Aktionskonferenz geschehen ist. In "höflicher Form" wird von Teilen der Friedensbewegung von der Sowjetunion zumindest erwartet, durch den Verzicht auf diese "Nach-Nach-Rüstung" ein Zeichen zum Ausstieg aus der Abschreckungslogik zu setzen. Ein solches Entgegenkommen gegenüber der Friedensbewegung könnte beim gegenwärtigen Stand ja keine realen Abrüstungsschritte bewirken, deshalb muß man also die Folgen einer solchen Forderung für die westliche NATO-Politik bzw. deren Propaganda betrachten. Nehmen wir einmal einen Moment an, die Sowjetunion würde ein derartiges Entgegenkommen erweisen. Würde ein solcher Schritt dann nicht von der NATO-Propaganda als Erfolg der Politik der Stärke und der Aufrüstungsmaßnahmen verkauft werden, und als Beweis dafür, daß erst eine massive westliche Rüstung die Sowjetunion zur Abrüstung zwingen könne? D.h., bestünde nicht die Gefahr, daß ein solcher Schritt keineswegs einem Ausstieg der NATO aus der Abschreckungslogik befördern würde, sondern im Gegenteil die Forderung nach absoluter militärischer Überlegenheit der NATO?

Das Problem mit der westlichen Propaganda gibt es so oder so. Die Propaganda der NATO spielt die Gegenmaßnahmen herunter. Sie würden die globalen Verhältnisse in keiner Weise verändern, obwohl sie genau wissen, daß es nicht so ist, sondern daß eine zusätzliche Destabilisierung die Folge ist. Das gilt sowohl für die Maßnahmen in der DDR und CSSR als auch für die vor der US-Küste auf See stationierten Systeme. Wenn man bedenkt, daß die USA Anfang der 60er Jahre wegen der Raketen auf Kuba, die eine ähnliche Funktion haben sollten, noch einen Krieg riskieren wollten, dann kann man ermesen, daß es keine militärischen sondern propagandistische Gründe sind, warum diese Maßnahmen heruntergespielt werden. Sie drehen es propagandistisch so hin, wie es ihnen am besten paßt. Ich halte nichts davon, die Gefahren der sogenannten Gegenmaßnahmen herunterzuspielen.



und die Zerstörung der Bahnhofsanlagen der gleichen Stadt

Hindernisse, um zu erklären, wie man zu einem "Ausstieg aus der Abschreckungslogik" kommen könnte. Sehr viele in der Friedensbewegung sind doch bereit, dieses Problem zu umschiffen.

Da gebe ich Dir recht. Meiner Meinung nach ist dies auch einer der zentralen Gründe, warum der Widerstand gegen die "Nachrüstung" letztlich zerbrochen werden konnte. Es geht nicht an, daß die Schuldzuweisungen gleich verteilt werden: die bösen Russen, die bösen Amerikaner. Man muß hier sehr sauber trennen zwischen den Analysen und den Konsequenzen, zwischen dem Militarismus nach innen und nach außen. Es ist absolut richtig zu kritisieren, daß der Militarismus kennzeichnend für die sowjetische Gesellschaft ist, daß dies im Innern eine gewaltige

auch zweifellos richtig ist. Neben der Tatsache, daß wir keine Atomwaffen, wo immer sie stehen mögen, legitimieren können, fällt in der Medienlandschaft alles andere herunter. Im Moment existiert zumindest in der westdeutschen, westlichen Medienlandschaft eine Mauer. In den letzten Wochen und Monaten können die Analysen der Friedensbewegung über die amerikanische konventionelle und atomare Aufrüstung diese Mauer nirgendwo durchbrechen, im besten Falle wird dort ein ideologisches Gleichgewicht denken wiedergegeben. Die USA als Hauptaufrüstungstreiber, der sogar bereit ist, seine atomare Erstschlagfähigkeit anzuwenden, zumindest aber sich diese Fähigkeit politisch zunutze ma-

Den folgenden Text haben wir der Zeitschrift „Arbeiterstimme (Nürnberg)“ entnommen. Er ist Teil eines Artikelkomplexes. In einigen Passagen bezieht sich der hier abgedruckte Text auf den Artikel „Internationaler Klassenkampf und Rote Armee“, der in der kommenden Ausgabe erscheinen soll.
Red

Die Theorie vom „militärisch-industriellen Komplex“ — ein geeigneter Ansatz?

Bei der Einschätzung des Militärsystems und der Politik der Sowjetunion wird vielfach von der Existenz eines „militärisch-industriellen Komplexes“ (MIK) ausgegangen. Die MIK-Theorie kann auf einen kurzen Nenner gebracht werden:

Eine informelle — also nicht institutionalisierte — Gruppe von Personen, die aufgrund ihres Berufes offensichtlich von Rüstung und Krieg profitieren (Berufsmilitäre, Rüstungsindustrie bzw. deren Vertreter in staatlichen Administrationen, Regierungen und Parteien) schaden durch Verfolgung ihrer Sonderinteressen dem Gemeinwohl, ursprünglich zwar verursacht durch reale internationale Konflikte, habe sich die Rüstungsdynamik verselbständigt und werde nun vom MIK vorangetrieben — unabhängig von den tatsächlichen internationalen Entwicklungen.

Solche Vorstellungen sind geprägt von einem bürgerlichen Denkmuster. Sie abstrahieren von den sozio-ökonomischen Verhältnissen und von zugrundeliegenden Interessen und Strukturen. Indem sie im MIK einen „Sündenbock“ schaffen, wirken sie verschleiend; so sollen z.B. nicht reale gesellschaftliche Interessen oder Systemkonflikte die Ursache von militärischen Auseinandersetzungen sein, sondern die vom MIK produzierten Feindbilder. Die entscheidende Frage ist, warum sich bestimmte Gruppen gesellschaftlich durchsetzen können und andere nicht, kann mit der MIK-Theorie nicht beantwortet werden.

Bei den verschiedenen Versuchen, diesem Theorem auf die Sowjetunion zu übertragen, wurde die Existenz eines sowjetischen MIK a priori angenommen, ohne den besonderen historischen und sozio-ökonomischen Charakter des Sowjet-Systems zu untersuchen. (Nach Dieter Sengehaus z.B. ist der MIK „systemneutral“). Es ist methodisch äußerst fragwürdig, den „Interessengruppen-Ansatz“ — die MIK-Theorie ist eine besondere Variante dieses Ansatzes —, der einem pluralistischen Verständnis der bürgerlichen Gesellschaft entspringt, einfach auf die Sowjetunion zu übertragen; ebenso zweifelhaft ist der Versuch, aus sowjetischen Selbstinterpretationen auf die

Existenz eines MIK zu schließen oder zu folgern, die Sowjetunion sei ein MIK (wie Vernon Aspaturian).

Zur Analyse des sowjetischen Militärsystems ist vielmehr eine integrierende historische, sozio-ökonomische und politische Herangehensweise erforderlich.

Zur Entstehung des sowjetischen Rüstungskomplexes

Es ist unbestreitbar, daß Rüstungsproduktion eines hochentwickelten Industrie als Basis bedarf. Es ist auch nicht zu leugern, daß in der Sowjetunion Schwerindustrie und Militär eine gewis-

se Priorität besitzen und daß dies weitreichende gesellschaftliche Konsequenzen hat.

Diese Tatsachen folgen jedoch nicht aus einem abstrakten ökonomischen „Wettbewerbsgeist“ oder Verwerfungswang, sondern wurden der Sowjetunion durch ihre Rückständigkeit und durch außerökonomische Faktoren aufgedrängt. Trotz Oktoberrevolution und Stabilisierung einer vom Kapitalismus unterschiedenen gesellschaftlichen Ordnung herrscht der Kapitalismus im Weltsystem; dies bedeutet Konkurrenz in allen Bereichen. Sie erzwingt — und erzwingt — einen umfangreichen Auf- und Ausbau des militärischen Sektors. Die Prioritätensetzung

auf diesem Sektor resultiert(s) vor allem aus sicherheitspolitischen Notwendigkeiten.

Die außenpolitischen und sozio-ökonomischen Hintergründe für die Schaffung eines spezialisierten sowjetischen Rüstungsbereiches in den 30er Jahren wurde bereits im vorhergehenden Artikel angesprochen. In dieser Zeit bildete sich eine Industriestruktur mit einem teilweise noch starren Planungssystem heraus, die die Richtung der ökonomischen Entwicklung in der UdSSR bis heute beeinflußt. Nach wie vor ist der Verteidigungsbereich fest in diese Industriestruktur eingebettet und stellt eine erhebliche Belastung für die sowjetische Ökonomie dar.

Instrumentalisierung von Außenwirtschaft und Rüstungssektor

Die Ausdehnung des sowjetischen Einflusses ist nicht Folge einer inneren sozialen und ökonomischen Dynamik, die auf Schaffung von Märkten und Ausbeutung von Rohstoffen und Arbeitskräften in anderen Ländern drängt; es fehlt die sozio-ökonomische Grundlage für eine Aggressivität, wie sie für die bürgerliche Gesellschaft charakteristisch ist. Es kann damit auch nicht von einem sowjetischen Imperialismus gesprochen werden.

In wesentlich stärkerem Maße als in den kapitalistischen Ländern sind deshalb Außenwirtschaft und Rüstungssektor der Sowjetunion politisch instrumentalisiert. Zur Außenwirtschaft stellte etwa der „Spiegel“ vom 15.11.1982 fest, die Weltmachtstellung der Sowjetunion bringe „kaum noch wirtschaftlichen Vorteil“, die Hilfe an befreundete und verbündete Staaten koste sie jedoch jährlich 30 Milliarden DM, was ja den nichtimperialistischen Charakter der sowjetischen Politik bestätigt.

Was den Rüstungsbereich betrifft, so fehlen hier wie in der sozialistischen Ökonomie insgesamt Profitmotiv und Verwertungswang; außerdem ist die sowjetische Rüstungswirtschaft aufgrund einer bewußten politischen Entscheidung zu einem beträchtlichen Teil für die zivile Produktion zuständig — Breschnew gab an, 42% der Produktion der Rüstungsbetriebe diene zivilen Zwecken (Umgekehrt stellt ein großer Teil der Produktionseinheiten der zivilen Ministerien auch militärische Güter her). Schon aus diesen Gründen können Vertreter des sowjetischen Verteidigungsindustries kein besonderes Interesse an einem Vorantreiben des Rüstungswettlaufs besitzen.

Rüstungspolitik und Militärdoktrin

Bedingt durch die historischen Erfahrungen ist die sowjetische Rüstungspolitik defensiv und reaktiv. Dies ist — trotz der unscharfen Trennung zwischen militärischer und ziviler Produktion und des verzerrten sowjetischen Preissystems — aus Trendzahlen er-



Sowjetische Soldaten bei der Körpererföchtigung auf dem Kasernenhof

Fortsetzung von vorheriger Seite

chen will vor allem in der 3. Welt, offensichtlich kennzeichnend zu machen, ist wahnsinnig schwer. So wurden von den Medien irgendwelche Nebensätze berücksichtigt, unsere Berichterstattung über die sowjetische Einschätzung der Kriegsgefahr aber nicht.

Gibt es ein Resümee dieser Reise? Waren die Kontakte zu Wissenschaftlern und Friedensräten ein einmaliger Akt oder ein Versuch, die Dinge weiter zu verfolgen?

Da muß man wohl ausführlicher antworten, weil nicht nur hier, sondern insbesondere in anderen europäischen Ländern Probleme in der Friedensbewegung vorhanden sind. In Italien und Frankreich, aber beispielsweise auch in Holland besteht kaum die Bereitschaft, in einen ernsthaften Dialog etwa mit dem sowjetischen Friedensrat einzutreten, bei dem erst einmal akzeptiert wird, daß dieser Friedensrat auf seine Weise und natürlich auch eingebunden in die natürlichen Zusammenhänge Friedensarbeit leistet. Ich meine, daß wir hier zwar keine Neuschätzung aber doch eine größere Differenzierung verbreiten müssen. Das setzt an dem an, was auch schon die Trust-Leute hervorgehoben haben. Es gibt in der Tat auch gemeinsame Interessen zwischen der offiziellen sowjetischen Friedenspolitik und uns. Das betrifft mindestens die Punkte, wo die Gefahren, die von einem Atomkrieg ausgehen und die Bedrohungsanalyse in weitgehend richtiger Weise auch in der Sowjetunion verbreitet werden. An diesen Punkten muß man ansetzen, weil hier zum Teil sogar gemeinsame Einschätzungen existieren, auch wenn sie in anderen wesentlichen Bereichen auseinandergehen. Hier muß ein Dialog entwickelt werden. Natürlich vertreten wir

damit keinesfalls den Standpunkt, wie es die DKP fordert, daß diese Friedenskomitees dort unsere einzigen Gesprächspartner zu sein hätten. Gerade bei der Trust-Gruppe zeigt sich, daß hier von unabhängigen und eigenständigen Gruppen eine wegweisende Arbeit geleistet wird, wo im Vordergrund die Bedrohung und nicht spezielle ideologische Arbeit steht. Ein solcher Dialog sollte nicht nur auf der Ebene sogenannter Friedensfunktionäre eine Gelegenheit zum Austausch schaffen. Die Reiseleiter wollen den Vorschlag eines gemeinsamen Seminars mit Leuten vom Friedenskomitee in diesem Herbst in den Bonner Koordinationsausschub hineintragen. Wenn sich in der Diskussion bei den Unabhängigen eine Bereitschaft auch zu einem Dialog auch mit den Friedensräten herausstellen sollte, würde das dort sicher auf eine positive Resonanz stoßen.

Gibt dies Haltung, schließen wir dabei einmal die Frage des Verhältnisses der KOFAP-Vertreter aus, die nur Kontakte zu den offiziellen Gruppen halten, für Kontakte zu unabhängigen, eigenständigen Gruppen, aber auch zu den dortigen offiziellen Friedensräten einzutreten, für alle an der Reise Beteiligten?

Es treten wohl alle trotz der ganzen Unterschiede für einen Dialog ein, und dies wird als Teil eines Austausches verstanden, um auszuschließen, daß auf beiden Seiten Vorurteile die Diskussion bestimmen. Ich glaube, wir alle haben folgenden Eindruck erhalten können: Egal mit wem man in der Sowjetunion redet, eines steht dort im Vordergrund: oberste Gebot ist es, eine globale Auseinandersetzung, einen 3. Weltkrieg zu verhindern. In einem IFOR Bericht (Internationaler Versöhnungsbund) habe ich nach der Reise eine Einschätzung von Hans de Graaf ge-

lesen, der jahrelang mit offiziellen und oppositionellen Gruppen in der UdSSR zu tun hatte. Darin wird deutlich hervorgehoben, daß dort Kriegsverhinderung absolute Priorität hat. Er hat daraus die Einschätzung gewonnen, daß das sowjetische Volk und die staatlichen Organe in dem Willen einer Antikriegspolitik übereinstimmen, auch wenn man gegenüber der Friedensfähigkeit der staatlichen sowjetischen Politik selbstverständlich kritisch bleiben muß, wenn wir etwa an Afghanistan denken.

Der Vorschlag, auch mit den Friedensrätern Kontakte zu pflegen, einen Dialog zu führen, ist ja nicht nur international sondern auch in BRD alles andere als eine Selbstverständlichkeit, vor allem dieser Vorschlag ja wohl Diskussionen nach sich ziehen dürfte. Das gilt speziell auch für die Grünen, die zwar selbst mehrere solcher Reisen und solcher Kontakte gemacht haben, dies aber — wie jetzt bei der Vorbereitung neuer Reisen nach Osteuropa — als Mittel zum Zweck für ihre Kontakte zu Oppositionellen betrachten.

Ich glaube, daß Mißbrauch von offiziellen Kontakten um der Kontakte zu Oppositionellen oder unabhängigen Kräften willen erstens auf die Dauer kaum gut gehen kann und zweitens mit der Notwendigkeit einer Offenheit und um die Dinge unvoreingenommen zu sehen, überhaupt nicht zusammenpaßt. Wenn überhaupt ein solcher Dialog sowohl mit den unabhängigen, aber auch mit den offiziellen Teilen der Friedensbewegung laufen soll, muß er ernsthaft geführt werden. Absolut kontraproduktiv ist es, wenn z.B. die offiziellen Komitees als Gruppen vorgeführt werden, auf die man eindringen kann, weil sie Positionen vertreten, die wir kritisieren. Wenn dies unter Zuhilfenahme der bürgerlichen Medien ge-

schieht — die ja gerade nach der Stationierung nur noch ausführlich über die Friedensbewegung berichten, wenn über die Sowjetunion oder die DDR diskutiert wird — sollte man dies lieber lassen. Eine andere Schwierigkeit besteht darin, daß die offiziellen Komitees die unabhängigen Friedensgruppen nicht anerkennen, ihnen Eigennutz zwecks eigener Ausreise oder antisozialistische Propaganda vorwerfen. An diesem Punkt ist beharrliche Überzeugungsarbeit notwendig, daß für uns ein Dialog mit ihnen mindestens genauso wichtig ist wie mit den offiziellen Komitees. Das funktioniert natürlich nur, wenn wir unser Interesse an der Auseinandersetzung tatsächlich glaubhaft machen können. Darin sollte auch die Frage der Solidarität eine Rolle spielen. Denn die Sowjets sind in ungeheurer Weise von unseren Regierungen bedroht, für die wir letztlich die Verantwortung tragen, daß es sie gibt. Wenn wir auch die in der Bevölkerung vorhandenen Gedanken und Ängste kennenlernen wollen, kann so ein Dialog nicht nur über die sogenannten Dissidenten oder auch die Komitees organisiert werden. Es ist wünschenswert, wenn auf allen Ebenen ein breit angelegter Dialog über Kontakte zu Friedensinitiativen, Betrieben, Städtepartnerschaften usw. stattfindet. Solche Auseinander- und Zusammensetzungen sollten nicht nur einigen Funktionären überlassen bleiben, die Anzahl der Besuche insgesamt müßte steigen. Gerade aus diesem Ansatz heraus und dem Ansatz einer gemeinsamen Bedrohung der Bevölkerungen in Ost- und Westeuropa muß ein politischer Ansatz der Friedensbewegung erfolgen, der jenseits von den eigentlich dahinterstehenden Motiven der Diplomatie einen neuen „Aussöhnungsprozeß“ über die Blöcke hinweg in Gang setzt. Den Argumenten, mit denen uns die Bedrohung durch die Sowjetunion — in jüng-

ster Zeit wieder in den Tönen des kalten Kriegs — verkauft wird, sollten wir Gegenargumente entgegenzusetzen. Engere Bindungen zwischen den Bevölkerungen in Europa müssen entstehen und können eine positive Zielvorstellung sein, um die Zustimmung breiter Teile der Bevölkerung zu einseitigen Abrüstungsmaßnahmen zu erreichen. Also langfristig hat ein Dialog aber eine Perspektive, wenn an der Realität angeknüpft wird. Und Realität ist, daß die sowjetische Bevölkerung insgesamt von der US-Rüstung in irrwitziger Weise bedroht wird und ein relativ großes Vertrauen in die sowjetische Führung herrscht, daß sie einen Krieg nicht will und sie auch alles tut, um diesen zu verhindern. An diesem Punkt unterscheidet sich die Bevölkerung der Sowjetunion von der in den anderen osteuropäischen Ländern. Deshalb muß ein Dialog mit der Bevölkerung sowohl diejenigen Kräfte einschließen, die in diesen Punkte Bevölkerungsmehrheit repräsentieren, als auch die oppositionellen und unabhängigen Kräfte, wenn man das Prinzip der Solidarität mit der bedrohten Bevölkerung voll zur Anwendung bringen will. Die Stimmung, die dort in der Bevölkerung vorherrscht, dieser Wille, auf jeden Fall einen Krieg zu verhindern, der von den historischen Erfahrungen diktiert wird, das ist auch der Unterschied schließlich zu der Mehrheit der Bevölkerung in den USA, die solche existenziellen Kriegs-Erfahrungen in dieser Weise nie gemacht hat, was dann auch in der abenteurlichen Reagan-Politik irgendwo eine Entsprechung findet. In kaum einem Land dürfte wohl soviel von Frieden die Rede sein wie in der Sowjetunion, und umgekehrt dürfte in den USA aufgrund der Tatsache, niemals von einem Krieg so direkt betroffen worden zu sein, relativ wichtiger die Frage von Krieg behandelt werden.

Fortsetzung von vorheriger Seite

kennbar, die sich in den meisten (westlichen) Schätzungen ähneln. Auch läßt sich eine per Computer durchgeführte Untersuchung am Londoner Birkbeck College den Schluß zu, daß die amerikanischen Rüstungsausgaben die sowjetische Ausgabenpolitik stärker beeinflussen als umgekehrt. Die beistellt ein kurzer Überblick über Militärdoctrin und Inhalt der Rüstungsausgaben in der UdSSR.

Im Zusammenhang mit der Politik der Zwangsrekrutierung, der forcierten Industrialisierung und dem Aufbau eines speziellen Rüstungssektors bildeten sich in den 30er Jahren neue sowjetische Militärdoctrinen heraus. Sie betonten die Bedeutung der Masse (Aufrechterhaltung eines großen Heeres, Einsatz einer großen Zahl von Mannschaften und Ausrüstungen im Krieg), Mobilität, ausgewogene Kombination von Waffentypen und Teilstreitkräften sowie die Fähigkeit zur offensiven Kriegsführung. Die Verwirklichung dieser Konzepte im 2. Weltkrieg ermöglichte schließlich den Sieg der Sowjetunion; sie spielen deshalb noch heute eine große Rolle in der sowjetischen Militärdoctrin.

Unter dem Eindruck des Krieges lag die Betonung nach 1945 weiterhin auf den Landstreitkräften. Nachdem die USA die Fähigkeit und Bereitschaft gezeigt hatten, Atomwaffen zu entwickeln und einzusetzen (im Krieg mit Japan und mit der ersten Explosion einer amerikanischen H-Bombe 1952), wurden die Bemühungen auf diesem Gebiet verstärkt. Ebenso erfolgte der Aufbau einer sowjetischen Luftverteidigungsgruppe in Reaktion auf die amerikanischen Langstreckenbomber.

Nach der Intervention der USA in Korea 1950 stiegen die Ausgaben der Sowjetunion zwangsläufig für alle Waffengattungen, um nach Beendigung des Korea-Krieges erneut abzusinken.

Nachdem eine sowjetische UN-Initiative zur Ächtung von Atomwaffen 1946 fehlgeschlagen war, baute die Militärpolitik der UdSSR vor allem auf der Doktrin, einen Nukleargriff mit der Androhung eines konventionellen Gegenangriffs auf Westeuropa zu verhindern. In diesem Rahmen verloren die RGW-Staaten (Ring für gegenseitige Wirtschaftshilfe - Anm. d. Red.) viel von ihrer „Pufferfunktion“ und wurden zu vorgeschobenen Basen für Elitesinheiten der sowjetischen Armee.

Als die Sowjetunion Ende der 50er Jahren zu vorgeschobenen Basen für Elitesinheiten der sowjetischen Armee.

Als die Sowjetunion Ende der 50er Jahre die Fähigkeit zum atomaren Gegenschlag erlangt hatte, ermöglichte dies die Verkündung einer neuen Militärdoctrin durch Chruschtschow im Januar 1960. Sie gründete sich hauptsächlich auf die Abschreckungswirkung von Interkontinentalraketen, zugunsten der Landstreitkräfte, die einseitig von ca. 3,6 Millionen auf ca. 2,4 Millionen Mann reduziert wurden, der Luftwaffe und der Überwassermarine. Im September 1959 war von der UdSSR auch ein Plan zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung innerhalb von vier Jahren vorgelegt worden, der jedoch ebenso scheiterte wie spätere Bemühungen, die USA angesichts der Zweitschlagsfähigkeit der Sowjetunion und der Unmöglichkeit eines Sieges im Atomkrieg zu Verhandlungen zu zwingen.

Die Ankündigung der neuen Doktrin durch Chruschtschow entfachte eine Debatte, in deren Verlauf der Parteichef von Vertretern der strategischen Raketenrücken und der Luftverteidigung sowie von einigen führenden Militärtheoretikern unterstützt wurde, während in den konventionellen Truppen und von traditionellen Militäranalysten massive Kritik geäußert wurde; von dieser Seite wurde u.a. argumentiert, ein Sieg im Kernwaffenkrieg sei möglich und eine Verneinung politisch gefährlich, da sie zu Fatalismus und Passivität führe.

Die sowjetischen Entspannungsinstrumente konnten nicht verhindern, daß die 1961 angetretene Kennedy-Regierung nicht nur die konventionellen US-Truppen verstärkte, sondern mit Hilfe einer vom CIA behaupteten „Raketentechnik“ auch die nukleare Aufrüstung beschleunigte: 1962 besaßen die USA 294 einsatzfähige Interkontinentalraketen, die UdSSR nur 75. 1964 stand das Verhältnis 834 zu 190. (Bereits Ende der 50er Jahre hatten die USA — zehn Jahre vor der Sowjetunion — über U-Boot-gestützte Fernraketen verfügt). Auch deckte vor allem die sowjetische Niederlage in der Kuba-Krise 1962 die Fragwürdigkeit einer „Allen-oder-Nichts“-Strategie auf. So setzte sich eine neue strategische Synthese durch, die einerseits die Bedeutung von Fernraketen und Kernwaffen, andererseits den Stellenwert der konventionellen Waffengattungen hervorhob. Interkontinental- und U-Boot-gestützte Raketen wurden verstärkt,

die Kriegsmarine ausgebaut und auf weiter vorgeschobene Positionen verlegt. Damit begann ein neuer Rüstungsschub der UdSSR und im Rahmen des Wettbewerbs eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben, die bis heute anhält.

Die nukleare Aufrüstung der Sowjetunion seit dieser Zeit war veranlaßt durch die neue NATO-Doktrin der „flexible response“ (Verteidigung auf gleicher waffentechnologischer Ebene unter dem Vorbehalt, bei einer drohenden Niederlage auf die nächste Stufe überzugehen) in Verbindung mit den taktischen Nuklearwaffen der NATO. Bereits damals wurde so ein auf Europa begrenzter nuklearer Schlagabtausch denkbar und erhielten die USA die Möglichkeit, unter Schonung des eigenen Territoriums den Warschauer Pakt durch Einsatz von Atomwaffen auf einzelne Staaten zu destabilisieren. Dem konnte die UdSSR nur durch Beibehaltung einer offensiven Kriegsführungstrategie begegnen, wonach eine Eskalation im Kriegsfall, die schließlich auch die USA treffen würde, unvermeidlich sein soll. Die Engpässe der von Nuklearwaffen verschiedener Größenordnungen in die sowjetische Armee dient der Glaubwürdigkeit dieser Strategie. Sie sind also „politische“ Waffen, die die Begrenzbarkeit eines Krieges auf Europa als unmöglich erweisen und ihn damit verhindern sollen.

Auch ein Blick auf die sowjetische Rüstungspolitik und Militärdoctrin spricht somit gegen einen „militärisch-industriellen Komplex“ als vorwärtstreibendes Element.

Der Einfluß des sowjetischen Militärs in Partei und Staatsapparat

Die These vom herrschenden „militärisch-industriellen Komplex“ in der UdSSR wird u.a. mit der Behauptung gestützt, daß das militärische Interesse überwiege. Auch setzt die Literatur zur Klärung der Frage, ob von einem sowjetischen „Militarismus“ gesprochen werden könne, zum Teil am Einfluß des Militärs auf die Politik an. Im folgenden sollen deshalb die Interessen der sowjetischen Militärs und ihre Durchsetzung gegenüber Partei und Staatsführung untersucht werden.

Wir wollen spezifische militärische Interessen nicht von vorneherein abweisen, sondern — in Anlehnung an den bürgerlichen Politologen R. Kolkowicz — von „funktionalen“, d.h. streifen, „wobei es um Anwendung“ an den bürgerlichen Politologen R. Kolkowicz — von „funktionalen“, d.h. aus den Aufgaben der Armee ableitbaren, und „ideologischen“ Interessen ausgehen und im Zusammenhang damit Kollisionen mit Partei- und Staatsführung darstellen. Dabei wird sich allerdings zeigen, daß die Ziele des Militärs weder einheitlich noch in jedem Falle eindeutig von (sonstigen) staatlichen und politischen Zwecken unterschiedbar sind. Darüberhinaus wird auf die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Hintergründe dieser Interessenkollision einzugehen sein, soweit dies nicht schon geleistet wurde und angesichts der notwendigen Beschränkung der Ausführungen und der zugrundeliegenden Literatur möglich ist; andernfalls ließe sich auch nicht begründen, wieso die militärischen Interessen wirklich funktionaler Art sind. Allgemein kann dazu gesagt werden: Der Aufstieg der Sowjetunion vom Agrarland zur modernen Industrie- und Militärmacht erforderte große menschliche, materielle und ideologische Opfer. Angesichts der umfassenden Konkurrenz der Systeme, des Klassenkampfes im Weltmaßstab und und steht die Politik der sozialistischen Staaten im Spannungsfeld von — sich vielfach beeinflussenden und überlagernden — Sicherheits- und revolutionären Interessen, Rüstungs- und Konsumentscheidungen, Fragen der Zuteilung von Ressourcen in Industrie und Landwirtschaft usw. Mit dieser Erweiterung scheint der „Interessen-Ansatz“ methodisch gerechtfertigt.

Funktionelle Interessen des sowjetischen Militärs

Die funktionellen Interessen des Militärs nach Kolkowicz folgen aus seinen besonderen Aufgaben. Hauptaufgaben des sowjetischen Militärs sind die Verteidigung der UdSSR und — gemeinsam mit anderen sozialistischen Staaten — „des sozialistischen Systems, sowie die Abschreckung möglicher Angreifer. Daraus ergeben sich zunächst folgende Interessen:

— Beibehaltung hoher Rüstungsausgaben
— hohe Investitionen in der Schwerindustrie als für die Rüstung grundlegendem Wirtschaftssektor,
— eine gewisse berufliche und institutionelle Unabhängigkeit zur militärischen Planung und Durchführung der Militärpolitik

Beibehaltung hoher Rüstungsausgaben

Obwohl vollkommen verlässliche und exakte Angaben — auch im Vergleich zur USA — nicht verfügbar sind, läßt sich feststellen, daß die Militärausgaben der Sowjetunion beträchtlich sind. Sie sind in den letzten 20 Jahren sowohl absolut als auch in ihrem Anteil am Bruttoinlandsprodukt gestiegen; er liegt zur Zeit etwa doppelt so hoch wie in den USA, während die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts seit den 50er Jahren zurückgegangen ist. Der Rüstungssektor in der UdSSR erhält die besten Maschinen, kann knappe Materialien und Ersatzteile anfordern, sein Personal bezieht höhere Gehälter, und moderne Technologien kommen am ehesten hier zum Einsatz; außerdem wird er gegen ökonomische Engpässe abgesichert. Ist dies alles für die Verteidigung notwendig?

Die defensive, reaktive Linie der sowjetischen Rüstungspolitik wurde bereits angesprochen. Hinsichtlich der absoluten Rüstungsausgaben ist zu beachten, daß sie (nach Angaben des Stockholmer SIPRI-Instituts) von 1950 bis 1970 im Warschauer Pakt weniger als halb so hoch wie in den NATO-Staaten ausfielen. Sowohl der höhere Rüstungsanteil am Sozialprodukt, als



Polit-Instruktion

auch die Bevorzugung der Verteidigungsindustrie in der UdSSR sind zu berücksichtigen.

auch die Bevorzugung der Verteidigungsindustrie in der UdSSR sind zudem nur die Keimzelle ihrer im Vergleich zur USA nur etwa halb so hohen industriellen Produktivität. Die sozialistischen Staaten sind gegenüber den kapitalistischen waffentechnologisch fast durchgängig im Rückstand gewesen, und diese Kluft wird sich — hauptsächlich auf dem Gebiet der Mikroelektronik — aller Voraussicht nach in Zukunft vergrößern. Schließlich steht zu erwarten, daß die Aggressivität des Imperialismus mit dem Fortschreiten der Weltwirtschaftskrise noch steigen wird. Die Aufrechterhaltung hoher Rüstungsausgaben liegt folglich im funktionalen militärischen Interesse der Sowjetunion.

Andererseits stellt sie eine schwere materielle und letztlich auch ideologische Belastung dar, die bestehen bleibt, solange von einer siegreichen Arbeiterklasse in zumindest einigen entwickelten Ländern des Westens keine Hilfe zu erwarten ist. (Wie bedeutend das Konsumniveau für die Sache des Sozialismus und die Stabilität der sozialistischen Staaten ist, haben die Ergebnisse in Polen deutlich gezeigt.) Daraus sind wiederholt Meinungsverschiedenheiten zwischen militärischen und Teilen der politischen Führung entstanden.

In der Debatte über den Fünfjahresplan für die Jahre 1955-60 trat etwa eine Gruppe im Präsidium des ZK, die vom damaligen Vorsitzenden des Ministerrates, Malenkov, und dem Innenhandelsminister Mikojan geführt wurde, für eine Verdoppelung des Konsums und insbesondere für eine wirksame Verbesserung der — lange vernachlässigten — Wohnungssituation ein, dies sollte durch eine außenpolitische Friedensoffensive in Verbindung mit dem bevorzugten Ausbau der Leichtindustrie erreicht werden. Bereits zuvor hatte Malenkov eine Senkung des Rüstungshaushaltes und die Ausnutzung von Reservefonds, die für den Kriegsfall bestimmt waren, zur Ankurbelung der Konsumgüterproduktion beschlossen. Diese Linie wurde unterstützt von führenden Vertretern der Leichtindustrie, Kadern, für die die Moral der Bevölkerung von Belang war, sowie akademischen und journalistischen Kreisen, Parteiführern, Leiter der staatlichen Planungskommission Gosplan und Gegner in Partei- und Staatsführung stellten sich gegen diese Vorhaben und brachten schließlich auch Chruschtschow (damals Sekretär des ZK) hinter sich. Die Repräsentanten

der Armee sahen in solchen Plänen eine Gefahr für die Verteidigungsfähigkeit des Landes. Von Seiten der Gosplan wurde eingewandt, die Erzeugung von Produktionsgütern müsse überproportional zur Konsumgüterproduktion steigen, um mittelfristig eine Stagnation aufgrund fehlender Maschinen zu vermeiden, und ein verstärkter Ausbau der Atomenergie gefordert. Allgenen wurde das Vertrauen auf die Friedensdiplomatie gegenüber dem Westen von den Gegnern der Malenkov-Gruppe als illusionär kritisiert. Zahlreiche hohe Militärs übten Druck auf die Verhandlungen im ZK über den Staatshaushalt 1955 aus, indem sie in Reden, Interviews und Artikeln die Notwendigkeit erhöhter wirtschaftlicher Opfer angesichts der gefährlichen internationalen Lage unterstrichen.

In der Tat zeichnete sich damals zunehmend ab, daß Frankreich trotz Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft der Aufnahme Westdeutschlands in die NATO und damit seiner Wiederaufrüstung zustimmen würde; dies geschah dann Ende 1954 mit der Ratifizierung der Londoner und Pariser Abkommen. Als Gegenmaßnahme hatte das ZK Präsidium u.a. beschlossen, China die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht vorzuschlagen, um eine große strategische Reserve zu gewinnen; Anfang 1955

marische Projekte in erheblichem Umfang fortgesetzt und die Produktion von Rüstungsgütern gesteigert wurden. Auch scheint es, daß die sowjetischen Militärs nur um den Preis, daß die laufenden Rüstungsprojekte unberührt blieben, zu einer kooperativen Teilnahme an den SALT-Verhandlungen gefunden haben. Auch die zuletzt genannten Beispiele deuten auf einen beträchtlichen Einfluß der Armee hin, sie besagen jedoch nicht, daß die Position der Militärs sicherheitspolitisch nicht gerechtfertigt war — die ausgewerteten Quellen lassen diese Frage offen — oder das Primat der Partei gefährdet wäre (dazu näheres unten).

Hohe Investitionen in der Schwerindustrie

Der Begriff „Schwerindustrie“ kann die Grobmetall- und Stahlindustrie und den Bergbau umfassen oder auch alle anderen Industrien, die in Großbetrieben nicht unmittelbar dem Konsum dienende Güter herstellen (Metallhütten, Zementwerke, Schwerchemie) — vgl. „Der große Brockhaus“. In jedem Falle läßt sich feststellen, daß dieser Industriezweig die Grundlage der Rüstungsproduktion bildet. Im Gegensatz zur Leichtindustrie kann die Schwerindustrie verhältnismäßig einfach auf die Erzeugung von Waffen umgestellt werden. Hohe Investitionen in der Schwerindustrie entsprechen deshalb dem Interesse der militärischen Verteidigung und Abschreckung.

Da innerhalb der Schwerindustrie im Sinne von Produktionsgüterindustrie der Rüstungssektor in vielerlei Beziehung den höchsten Rang innehat, waren Debatten über die Höhe der Rüstungsausgaben oft mit Auseinandersetzungen über den richtigen Anteil der Investitionen in der Schwerindustrie verbunden.

Gegen die Anhänger Malenkovs brachten maßgebende Vertreter der Armee z.B. vor, die Schwerindustrie sei die Grundlage der sozialistischen Wirtschaft, und ihre Besorgnis über eine Vernachlässigung dieses Sektors war auch ein Grund für ihr Bündnis mit den Gegnern der Malenkov-Gruppe.

In jüngerer Zeit wurde das Argument, eine „mächtige Schwerindustrie“ sei „das Fundament der gesamten sozialistischen Wirtschaft und Wehrfähigkeit des Landes“ erneut von Generalstabschef Marschall Sacharow gegen Breschnew erhoben; dieser „unschätzbare“ oder „unverzichtbare“ von Generalstabschef Marschall Sacharow gegen Breschnew erhoben; dieser hatte geäußert, die Volkswirtschaft müsse sich „harmonisch entwickeln“ und der „ständigen Hebung des Lebensstandards der gesamten Bevölkerung“ dienen; die Entwicklung der Schwerindustrie müsse „den Erfordernissen der fortwährenden technischen Neuausstattung der ganzen Wirtschaft untergeordnet sein“.

Hinter den Auseinandersetzungen zwischen Partei- und Militärrepräsentanten, über den richtigen Anteil des Konsumgüterbereichs gegenüber der Schwer- und Rüstungsindustrie steht — grob gesagt — das Dilemma zwischen den Anforderungen der militärischen Verteidigung einerseits und der Weiterentwicklung des Sozialismus andererseits.

Produktivität und Rüstungstechnologie

Die Privilegierung der Schwer- und Rüstungsindustrie in der Sowjetunion ist Ausdruck der Notwendigkeit, mit dem Imperialismus unter den Bedingungen vergleichsweise niedriger industrieller Produktivität militärisch und ökonomisch zu konkurrieren; sie föhrt jedoch zur Rückständigkeit im Konsumgüterbereich, die u.a. über die Arbeitsmoral wiederum auf die Produktivität zurückwirkt, wodurch eine gewisse „Dialektik der Armut“ in Gang gehalten wird.

Die Tatsache, daß die Hauptmacht des Sozialismus trotz Bevorzugung des Verteidigungssektors in der Militärtechnologie allgemein zurückliegt, ist in der Struktur der sowjetischen Ökonomie und insbesondere der Rüstungswirtschaft begründet.

Der Rüstungsstil in der UdSSR ist weitgehend geprägt von den Prinzipien der Einfachheit, einheitlichen Entwicklungen (nach Möglichkeit genormte Bauteile, Anlagen und Subsysteme) und Kontinuität. Er läßt sich aus dem sowjetischen Wirtschaftsmechanismus und Produktionssystem erklären: Der Ersatz von Marktgesezten und Profitstreben durch eine zentrale, relativ starke Planung wirkt teilweise dem technischen Fortschritt tendenziell entgegen, da bessere Produktqualität und technische Neuerungen zur Nichterhaltung der quantitativen Planvorgaben (durch Unterbrechung der eingefahrenen Lieferwege oder notwendige Produktionsumstellungen) führen können.

Hinzu kommt, daß die Planstellen Materialbedarfs-Tabellen, d. h. input output Koeffizienten benutzen, die stets von bisherigen Werten ausgehen müssen. Forschungs- und Entwicklungslabors sowie Produktionsbetriebe sind außerdem weitaus längerfristig abgesichert als in den kapitalistischen Staaten. Trotz Geldprämien, Staatspreisen und Prestigegewinn für Entwicklungsabteilungen, deren erfolgreiche Innovationen gelingen, führen die dargestellten Hemmnisse zu einem scheinbaren „Rüstungskonservatismus“ — größere militärische Programme (die Entwicklung von Düsentriebwerken, das Atomwaffen- und Raketenprogramm, der Bau von Hubschraubern und die Konzipierung von Pfeilflugel- und lenkrechtstartenden Flugzeugen) mußten deshalb von der politischen Führung eingeleitet werden.

Aus der Problematik der Militärtechnologie läßt sich zweierlei ableiten: Die Komplexität der sowjetischen Rüstungsindustrie haben offensichtlich kein persönliches Sonderinteresse an einem Vorrücken der Rüstungsdynamik, sondern sind die (wohlverstandene) Verteidigungsinteressen, die auf die Vertreter des Rüstungssektors beschränkt, noch werden sie von ihnen eindeutig wahrgenommen.

Eine gewisse berufliche und institutionelle Unabhängigkeit

des Militärs von Staat und Partei dient der Nutzung militärischer Sachkenntnis, der Aufrechterhaltung klarer, unmissverständlicher Entscheidungskompetenzen und damit einer effektiven militärischen Verteidigung und Abschreckung; auch sie liegt somit im militärischen Interesse. Sie betrifft die Entwicklung strategischer Doktrinen, die militärische Planung und die Regelung der inneren Angelegenheiten der Armee.

Bereits im 2. Weltkrieg war eine wichtige Bedingung für die ersten größeren Erfolge der Roten Armee, daß die Parteibeschickung der Kommandeure eingestellt und die strategische Initiative uneingeschränkt an die Armeeführung übertragen wurde, die damals die sowjetische Bewegungsfreiheit erlangte.

Bestrebungen, in der Armee größerer Unabhängigkeit zu erlangen, wiederholt in Konflikt mit dem Führungsanspruch der Partei.

So wurde unter Chruschtschow zunächst die — zu Zeiten Stalins meist totale — politische Kontrolle des Militärs auf ein Mindestmaß beschränkt, anscheinend als Zugeständnis für die Hilfe der Armee gegen Malenkov und die Gegner Chruschtschows in Präsidium und ZK der Partei, die „partei-feindliche Gruppe“. Schon nach dem Sturz Malenkovs, nach dem Sturz der „partei-feindlichen Gruppe“, schon nach dem Sturz Malenkovs war mit der Ernennung Marschall Schukows zum Verteidigungsminister und Marschall Bulganins zum neuen Ministerpräsidenten zum neuen Ministerpräsidenten der Partei, die „partei-feindliche Gruppe“, schon nach dem Sturz Malenkovs war mit der Ernennung Marschall Schukows zum Verteidigungsminister und Marschall Bulganins zum neuen Ministerpräsidenten der Partei, die „partei-feindliche Gruppe“, schon nach dem Sturz Malenkovs war mit der Ernennung Marschall Schukows zum Verteidigungsminister und Marschall Bulganins zum neuen Ministerpräsidenten der Partei, die „partei-feindliche Gruppe“.



Training für den Atomkrieg

hauptung, er habe eine Militärherrschaft angelehnt, angesichts seiner Rehabilitierung durch die Partei nach 1964 zweifelhaft erscheint.

Das ZK beschloß neben dem Ausschluß Schukows eine Reihe weiterer Maßnahmen, um die politische Kontrolle der Armee zu gewährleisten, wie die Einschränkung der Befugnisse der Kommandeure zugunsten der Parteiorganisation in den Einheiten und die

Übertragung der Bereiche militärischer Theorie, Doktrin und Strategie an das ZK und dessen Präsidium. Die Befehlshaber waren nun von den politischen Funktionären in ihren Einheiten abhängig, die massiv auf militärische Fragen Einfluß nahmen; auch wurden Kommandeure häufig durch politische Organe ersetzt. Da diese Entwicklung zu wachsendem Widerstand der Offiziere, zur Vertiefung der Kluft zwischen militärischen und politischen Funktionsträgern und zur Erosion von Disziplin, Schlagkraft und Moral in der Armee führte, wurde der Druck der Partei um den Preis einer Ausschaltung der Schukow-Anhänger innerhalb der Armee gemildert (z. B. gingen die Befugnisse der politischen Organe in der Armee größtenteils auf kollektive Körperschaften über). Dies scheint jedoch nur eine taktische Maßnahme gewesen zu sein, um die strategischen Reformen 1960-62 zu erleichtern.

Sie beinhalteten — wie schon gezeigt wurde — eine erhebliche Verkleinerung der konventionellen Truppen zugunsten der strategischen Waffengattungen. Dies wurde nicht nur zur verstärk-

ten UdSSR u. a. m.

Als weiteres Interesse des Militärs behauptet Kolkowicz die Aufrechterhaltung einer gewissen internationalen Spannung zur Begründung für hohe Rüstungsbudgets und Investitionen, er führt dazu Beispiele für Meinungsverschiedenheiten zwischen Westführern der Armee und Politikern zum Grad der Kriegsgefahr an, die von den Militärs regelmäßig höher eingeschätzt wurde; ein Nachweis, daß ihre Äußerungen objektiv unbegründet waren, konnte jedoch nicht gefunden werden — wenn sie Kolkowicz einerseits als „Stimmungsmacher“, andererseits als funktional bedingt darstellt, d. h. aus den Aufgaben der Verteidigung und Abschreckung erklärbar, ist dies also ebenso widersprüchlich wie zweifelhaft.

„Ideologische Interessen“

Die „ideologischen Interessen“ der Armee nach Kolkowicz betreffen traditionelle Werte, Selbstbild und Überzeugungen. In öffentlichen Äußerungen

Die Führung der Streitkräfte durch die KP und die Repräsentanz des Militärs in politischen Entscheidungszentren

Als wichtigsten Grundsatz für den militärischen Aufbau der UdSSR bestimmt das Parteiprogramm der KPdSU von 1972 die „Führung der Streitkräfte durch die KP sowie die verstärkte Tätigkeit und Einflußnahme der Parteiorganisation in der Armee und Kriegsmarine“.

In Friedenszeiten bestimmt das Präsidium des Obersten Sowjets die oberste militärische Leitung, setzt sie ab, erklärt die Mobilmachung und den Kriegszustand. Die wichtigsten Bestimmungen der Militärdoktrin ergeben sich aus der Politik der KP und der Regierung. Die unmittelbare Führung der Streitkräfte, zu der etwa die Planung ihres Auf- und Ausbau, Organisation, Bewaffnung und Ausrüstung gehören, obliegt dem Verteidigungsministerium, wobei die Partei zumindest bei den wichtigsten Fragen über das „Kolleg-

gallungen vertreten ist, zur Zeit der Militärreform Chruschtschows bevorzugt gegenüber den „Traditionisten“, die etwa im Heer repräsentiert sind; während erstere auf nukleare Abschreckung bauten, für den Vorrang politischer Entscheidungen vor militärischer Sachkenntnis eintraten und sogar mit der Kürzung des Militärbudgets einverstanden waren (zumal ihr Bereich unangestoßen blieb), betonten letztere die Rolle der konventionellen Waffen und des militärischen Expertentums.

Feiner existieren im Offizierskorps Beziehungen zwischen den Absolventen der Militärakademien und den im Zug der Modernisierung der Waffengattungen immer bedeutender gewordenen Ingenieuren und Technikern; diese stellen zumindest eine Zeilang eine erhebliche Bedrohung für die Karriere der Kommandeure dar und lehnen viele traditionelle Werte und Methoden des Militärs, wie Tapferkeit und Führungskunst, als veraltet ab.

Auch ist die jüngere Generation in der Armee gegenüber dem Militärdienst anscheinend nüchtern, manchmal sogar pazifistisch eingestellt, während ältere Offiziere, vor allem ehemalige Kriegsteilnehmer, meist eine romantische Haltung zum Soldatenberuf einnehmen.

Die Rolle des Militärs bei personellen Umbesetzungen in Partei- und Staatsführung

Gegen das Argument, die Einflußmöglichkeiten des Militärs auf politische Entscheidungen seien begrenzt, könnte seine Rolle beim Sturz Malenkovs, beim Sieg Chruschtschows über die „partei-feindliche Gruppe“ und schließlich beim Rücktritt Chruschtschows aus Partei- und Staatsämtern vorgebracht werden. Der Einfluß der Armee war jedoch — wie gezeigt wurde — stets nur ein Element unter anderen, einmal gingen tiefgreifende Differenzen in der Partei- und Staatsspitze voraus, die politische Gruppierungen entstehen ließen oder verfestigten; um ihre Interessen und Vorstellungen zur Geltung zu bringen, waren die Militärs jeweils auf die Unterstützung einer dieser rivalisierenden Gruppen angewiesen. Militärisches Oberkommando und Parteiführung standen sich niemals in ihrer Gesamtheit gegenüber.

Die dargestellten Interessenkollisionen sollten auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Militärs gegenüber der politischen Führung im allgemeinen loyal verhalten. Nur bei Gefährdung ihrer grundlegenden Interessen und Ziele leistet die Armee Widerstand (wie beim Beispiel Malenkovs und — teilweise — Chruschtschows).

Zusammenfassung

Zusammenfassung

Wir haben festgestellt, daß die Interessen des sowjetischen Militärs mit parteipolitischen Zielen kollidieren können, die grundlegende politische Kontrolle des Militärs jedoch gesichert ist, seine Haltung gegenüber Partei- und Staatsspitze ist loyal, solange seine grundsätzlichen Interessen nicht bedroht sind; bei politischen Führungswechseln ist sein Einfluß nur ein Faktor unter anderen und wird erst im Falle tiefgreifender Differenzen in der Partei- und Staatsspitze wirksam; auch standen sich Parteiführung und militärisches Oberkommando nie als Gesamtheit gegenüber. Die oft behauptete Dominanz militärischer Interessen in der Sowjetunion ist damit widerlegt.

Gegen die Annahme, die Rüstungsdynamik in der UdSSR habe sich selbstständig und werde von einem „militärisch-industriellen Komplex“ vorangetrieben, sprechen außerdem der defensive und reaktive Charakter der sowjetischen Rüstungspolitik sowie der durch objektive Strukturen bedingte „Konservatismus“ im Rüstungsbau.

Was die andere Gruppe innerhalb des Militärs — die Vertreter der Verteidigungsindustrie — angeht, wurde in den Erläuterungen zu Rüstungspolitik und Ökonomie (Fehlen von Profitmotiv und Verwertungszwang, starrte Planung, institutionelle und finanzielle Sicherung des Rüstungssektors usw.) aufgezeigt, daß auch sie kein Interesse an einem Wettläufen besitzen. Die letzten Entscheidungen über die Rüstungsproduktion liegen zudem, wie im Falle der Militärpolitik, bei der politischen Spitze: dem Verteidigungsrat, der dem Präsidium des Obersten Sowjets untersteht, oder dem Politbüro.

Wir sehen also, daß dem Rüstungsbereich in der UdSSR zwar eine hohe Bedeutung zukommt, gleichwohl aber von einem beherrschenden Einfluß oder einer Eigendynamik im Sinne der Theorie vom „militärisch-industriellen Komplex“ nicht gesprochen werden kann.



Parade auf dem Roten Platz

ten parteipolitischen Einflußnahme genutzt, sondern führte auch zum materiellen und sozialen Aufstieg vieler Teile der Berufsoffiziere; außerdem wurde die neue Militärdoktrin von einem Großteil des Oberkommandos und selbst vom damaligen Verteidigungsminister als falsch und gefährlich abgelehnt. Zusammen mit anderen Faktoren (s. o.) rief die Militärreform zunehmende Opposition in der Armee- und Parteispitze hervor, die zu Chruschtschows Sturz beitrug.

Doch auch danach gab es noch Meinungsverschiedenheiten zwischen Politikern und Militärs über den notwendigen Grad der politischen Überwachung. Als etwa Generale entsprechend ihrer Verantwortung und Sachkenntnis größere Beteiligung an der militärischen Planung forderten, wurde dies von der Partei 1967 u. a. mit dem Argument zurückgewiesen, angesichts der destruktiven Wirkung der modernen

von Offizieren werden etwa Begriffe wie „Soldatenehre“, „Tapferkeit“, „Opferbereitschaft“, „Dienst am Vaterland“ usw. hervorgehoben. Ein darin erscheinendes idealisiertes Selbstbild des Militärs wird von parteipolitischen abgelehnt, zumal es die Gefahr elitärer Entwicklungen und der Absonderung von der Gesellschaft in sich birgt. Jedoch wird noch aufgezeigt, daß die ideologischen Vorstellungen innerhalb der Armee keineswegs einheitlich sind.

Jedoch wird noch aufgezeigt, daß die ideologischen Vorstellungen innerhalb der Armee keineswegs einheitlich sind, sondern nach funktionellen und soziologischen Untergruppen differieren und daß organisatorische Führung und politische Beeinflussung der Armee durch die Partei gewährleistet sind. Der Gefahr einer Absonderung wirkt die Partei außerdem durch Vermittlung von Kontakten zu gesellschaftlichen und Parteiorganisationen außerhalb des Militärs entgegen. In einer Richtlinie für Parteifunktionäre heißt es z. B.: „Enger Kontakt mit Parteiorganisationen und Belegschaften von Fabriken, Sowchosen und Kolchosen hilft den Soldaten und Offizieren, die Interessen des Volkes besser zu verstehen, und beugt der Entstehung von Kasten in der Armee vor“.

Die Verwirklichung militärischer Interessen in Partei und Statsapparat

Nachdem die grundlegenden Interessen der Armee und einige Kollisionen mit Partei und Staat dargestellt wurden, soll nun nach den Möglichkeiten und dem Willen des Militärs gefragt werden, seine Interessen politisch durchzusetzen.

Aufgrund ihrer Bewaffnung, Organisation und Disziplin stellt die Armee eine mögliche Gefahr für den Führungsanspruch der Partei dar; dies umso mehr, als in den sozialistischen Staaten politische Machtwechsel nicht formalisiert sind.

Nun haben sicherlich hin und wieder Vertreter des sowjetischen Militärs der Partei- und Staatsspitze politische Zugeständnisse abgerungen; dennoch ist es bis jetzt bekanntlich zu keinem Militärputsch in der UdSSR gekommen, und der Gefahr einer Vernetzung der Armee unter Schukow als Verteidigungsminister wurde — wie wir gesehen haben — wirksam begegnet. Partei und Staat haben also ihre grundsätzliche Kontrolle über die Armee beibehalten. Wenden wir uns nun den wesentlichen Ursachen dafür zu.

um des Verteidigungsministeriums „ein Mitsprache- und Überwachungsrecht besitzt. Die Leitung der parteipolitischen Arbeit in den Streitkräften liegt beim ZK durch die „Politische Hauptverwaltung der Armee und Kriegsmarine“. Außerdem bestehen u. a. seit 1958 Militärräte beim Kommando der Streitkräfte, den Heeresgruppen und anderen militärischen Einheiten, die sich aus Militärs, Parteifunktionären und Vertretern des Geheimdienstes KGB zusammensetzen und vom ZK bestätigt werden; die Militärräte haben ein Überprüfungs- und Mitbestimmungsrecht in allen wesentlichen Fragen der Tätigkeit und Lebensweise der Streitkräfte und sind ZK, Regierung und Verteidigungsministerium gegenüber verantwortlich für die Ausführung der politischen Anordnungen bzw. der Befehle des Verteidigungsministeriums.

Politische Kontrollorgane in den Streitkräften beobachten die Einheiten, melden ihre Feststellungen an die vorgesetzten Stellen, führen die politische Erziehung durch, regeln die Beförderung der Offiziere nach politischer Zuverlässigkeit u. a. m.

Die organisatorische Führung und politische Beeinflussung der Streitkräfte durch die KP sind somit gesichert. Die verhältnismäßig geringe Vertretung des Militärs in Politbüro und ZK zeigt, daß sein Einfluß auf Partei und Staat auch institutionell nicht beherrschend ist.

Im Politbüro, das die grundlegenden wirtschaftlichen und strategischen Entscheidungen trifft, ist die Generalität bisher nicht vertreten gewesen (mit Ausnahme einer viermonatigen Amtszeit Marschall Schukows 1957 und der Mitgliedschaft Marschall Gretschkos 1973-76). Im ZK ist der Prozentsatz der Armeeangehörigen von 11% 1952 auf 7% 1976 zurückgegangen; 1978 betrug er allerdings wieder knapp 10%.

Untergruppen in der Armee

Selbst wenn von gemeinsamen Grundinteressen des sowjetischen Militärs ausgegangen wird, so war und ist es dennoch kein homogenes Gebilde, sondern in zahlreiche Gruppierungen aufgeteilt. Sie erschweren ein vereintes Auftreten gegen die politische Führung und sind damit der Kontrolle der Armee förderlich.

So wurde die organisatorische Untergruppe der „Atomkriegsspezialisten“, die u. a. in den strategischen Waffen-

Aus dem Papier von Christian Semler (Polen-Reise)

() Diese Fakten vor Augen wäre eine große Delegation in die VR Polen gut beraten, jede Klientelkation mit der Regierung Jaruzelski bzw. mit der PVAP in den Augen der polnischen Bevölkerung zu vermeiden. Die diversen Reaktionen von SPD-Politikern mit ihrer direkten Einmischung zugunsten des Regimes sind in Polen mit großer Verblüffung registriert worden. Die SPD-Emigration veranlaßt die Bevölkerung in der BRD zu suggerieren, der Einfluß von Solidarität sei gebrochen. Es genügt demgegenüber, sich vor Augen zu führen, daß ca. 10% der ehemaligen Mitgliedschaft also rund 1 Million, nach wie vor Beiträge an die verbotene Gewerkschaft zahlen und daß die offiziellen Gewerkschaften auch jetzt nach amtlichen Angaben nur 4 Millionen Mitglieder haben, darunter 733 Rentner — also 2,7 Millionen. Man vergleiche ferner den fallenden Organisationsgrad der Partei bei Menschen unter 30 Jahren, wie er kürzlich auf dem XV. Plenum der Partei beklagt wurde. Man vergleiche die Isolation des Regimes im Maß der Intelligenz und der Künstler, den Fehlschlag der neuen in diesem Bereich konzessionsartigen Organisationen. Zwar haben viele Menschen resigniert, aber von einer Konsolidierung der Herrschaft Jaruzelskis kann keine Rede sein. Es wäre aus diesem Grunde notwendig, alles zu vermeiden was eine Mitwirkung an einem oder am anderen Kennzeichen eines Konsolidierungsprozesses gedeutet werden könnte. Hauptbedingung eines Besuchs der Grünen in Polen sollte für jedermann sichtbar die Bevölkerung sein.

Die Menschen in Polen sind sehr empfänglich bzw. empfänglich für politische Symbole. Sie identifizieren sich leidenschaftlich mit allem, was ihren Widerstand und ihre Solidarität ausdrückt im kollektiven Gedächtnis der Nation sind nicht nur Daten der jüngsten Vergangenheit lobend wie der August 1980 der Dezember Aufstand 1970 an der Küste oder der Posener Aufstand von 1956, sondern dieses Gedächtnis umfaßt auch Ereignisse die tief in der Geschichte zurückliegen, den Kampf um Unabhängigkeit und Freiheit symbolisieren. Man mag die mythologischen Elemente dieses Bewußtseins belächeln, aber jeder, der in politischer Mission das Land bereist, sollte sie in Rechnung stellen. Es wäre daher unabdingbar, daß die Einladung zu einer Reise nach Polen nicht auf Parteiliebe, sondern vom Präsidium des Sejm (des polnischen Parlaments) ausgesprochen wird bzw. der für Auslandsbeziehungen zuständigen Stelle des Sejm. Allgemein gesprochen wäre darauf zu achten, daß den Gesprächen offizien Charakter mit Regierungsvorstellern, Parlamentariern und Staats- bzw. Betriebsfunktionären Gespräche mit Vertretern der verschiedenen staatsunabhängigen Richtungen gleichgewichtig gegenüberstehen.

II. mit Vertretern der verschiedenen staatsunabhängigen Richtungen gleichgewichtig gegenüberstehen

III.

Mit wem und über welche Themen sollte seitens einer grünen Delegation mit den offiziellen Vertretern der polnischen Seite gesprochen werden?
1. Zur Frage von Frieden und europäischer Zusammenarbeit. Es wird natürlich leicht sein, mit den polnischen Offiziellen Übereinstimmung herzustellen hinsichtlich der Ablehnung der westlichen „Nachrüstung“, des Eintretens für eine mitteleuropäische atomwaffenfreie Zone, der Notwendigkeit einer europäischen Abrüstungskonferenz. Es wäre aber lohnend, eine Diskussion darüber zu führen, ob die polnische Regierung auch weiterhin jene Elemente aus von ihrem damaligen Außenminister Rapacki in den 50er Jahren vorgelegten Plänen unterstellt, die die Auflösung von Militärstützpunkten auf fremden Territorien und den Abzug aller Truppen von fremden Territorien forderte. Es wäre mithin die Frage zu diskutieren ob die polnische Regierung die Vorstellung einer europäischen Zukunft teilt, in der nicht nur die Militärblöcke aufgelöst sind, sondern auch die hegemonialen Beziehungen einzelner Länder in Ost bzw. Westeuropa zu ihren jeweiligen Vormächten abgebaut werden. Welche Rolle haben die „Freundschaftsverträge“ mit der Sowjetunion im Denken der Offiziellen? Sind sie „unverbrüchlich“, wenig (wie die SED es in metaphysischer Anwendung postuliert hat)? Ist mithin die Blockbindung im umfassenden Sinn unumkehrbar? Seitens der Grünen wäre in einer solchen Diskussion zu enthalten, daß die gegenwärtige Blockteilung — unabhängig von ihrer Funktion in der Vergangenheit — für die Zukunft das Überleben der europäischen Völker gerade nicht garantiert. Denn für die Ansicht der polnischen Seite gilt, daß für absehbare Zeit die Existenz beider Militärblöckelassen samt ihrer hegemonialen Struktur der Faktor der Friedenssicherung darstellen, ihre Aufrechterhaltung mithin Gebot der Staatsraison ist.
Bei der Erörterung dieser Fragen muß die grüne Delegation darauf achten,

Die GRÜNEN bereiten Osteuropa-Reise vor

Die Reise einer grünen Spitzen-Delegation nach Moskau und Ostberlin im letzten Jahr im Freundinnen und Freunden eines unbekannteren Polit-Tourismus noch in bester Erinnerung. Demnach soll, falls alles glattgeht — tatsächlich fehlen nur noch die Einladungen — die Reisetätigkeit mit Polen, Ungarn, Rumänien und der CSSR fortgesetzt werden. So wurde es jedenfalls von der Bundestagsfraktion der Grünen Anfang Februar beschlossen. Daß dieser Beschluß trotz einer deutlichen Apathie breiterer grüner Kreise gegen solche Reisen zustande kam, ist nicht zuletzt dem beharrlichen Drängen von Petra Kelly zu verdanken.

Die neue Osteuropa-Reise soll jedoch besser vorbereitet werden als die Moskau-Ostberlin-Tour 1983. Deshalb hat der Arbeitskreis Abrüstung-Frieden-Internationales der grünen Bundestagsfraktion, kurz und liebevoll AFI genannt, schon mit der Diskussion begonnen. Dem AFI liegt dazu ein Paket von Papieren vor, in denen jeweils eines der anvisierten Reiseländer näher vorgestellt wird und Vorschläge zum Verhalten der grünen Delegation entwickelt werden. Vorangestellt sind allgemeine Betrachtungen von Bundestagsabgeordneter Milan Horacek (CSSR-Disident) zu den Zwecken und Voraussetzungen der Reise. Das Arbeitspapier zu Polen in dem AFI-Päckchen weist als Verfasser einen Osteuropa-Experten von besonders hohem Rang und unstrittig gutem Ruf aus: Christian Semler, langjähriger Vorsitzender der 1980 aufgelösten KPD, drängt mit aller Macht wieder ins realpolitische Geschäft. Bei Bedarf steht der Ex-Vorsitzende zweifelslos auch als China-Experte, Afghanistan-Experte, Angola-Experte, Kambodscha-Experte (besonders für die fortschrittliche Arm Pol Pots) sowie als Experte für alternative Verteidigung zur Verfügung.

Milan Horacek hat gewiß Recht, wenn er triumphierend darauf verweist, die Grünen seien (aufgrund ihrer Wahlergebnisse) für die Herrschenden Osteuropas „ein wesentlich gewichtiger Ansprechpartner als die offizielle Bruderpartei DKP“. Daß diese Karte allerdings nicht überreizt werden sollte, zeigen die zahlreichen Einreiseverbote, mit denen grüne Funktionäre mittlerweile an der DDR-Grenze konfrontiert sind. Für die Vertreter des „realen Sozialismus“ sind solche Reisen wie die jetzt geplante allemal eine Sache des Abwägens von Gewinn und Nachteilen. Eine grüne Strategie, die nur noch darüber nachdenkt, wie sie maximal zur Destabilisierung Osteuropas beitragen und die dortige Systemopposition fördern kann, wird auf Dauer ihren eigenen Zweck verfehlen. Es lohnt sich also, mit verkrusteten grünen Gewohnheiten mal zu brechen und diese Debatte auch öffentlich zu führen. Wir dokumentieren wichtige Teile der Papiere von Milan Horacek und Christian Semler.

Man wird, zumal angesichts der anvisierten Reisezwecke, zweifeln müssen, ob die Tour in der gewünschten Form wirklich zustande kommt oder ob einige der angefragten Gastgeber lieber genervt abwinken werden. Am Ende mag dabei herauskommen, daß vielleicht nur das Reiseziel Ungarn realisiert werden kann. Wenn es zu jedoch mit dem Vorhaben wirklich klappt, wird es wohl noch ein Haus und Stechen um die Zusammensetzung der Delegation geben. Es sei denn, man folgt einem Vorschlag von Willi Hom, dem er schon zur Moskau- und Ostberlin-Reise 1983 gemacht hatte: es fährt eine reine Frauen-Delegation, da gibt es nie Streit.

daß sie nicht von der Friedensdemagogie der polnischen Regierung vereinnahmt wird. Dieses selbstverständliche, für alle osteuropäische Staaten geltende Gebot enthält eine besondere Dringlichkeit dadurch, daß die große Mehrheit des polnischen Volkes bislang der Friedensbewegung in der BRD skeptisch bis ablehnend gegenübersteht. Dieser Bewegung und damit auch den Grünen wird bestenfalls rechtliche Naivität unterstellt. Insbesondere werden alle Bestandteile einer Politik, die auf eine Relativierung des Bündnisses mit den USA hinauslaufen, als direkter Unterstützungsakt für die So-



Ehemalig: Christian Semler als ZK-Mitglied der KPD (AO)

wjetunion verurteilt. Abrüstung wird von den Menschen in Polen in der Regel als gleichgewichtig (auch hinsichtlich der konventionellen Rüstung) verstanden. Jeder einseitige Schritt wird abgelehnt. Vom Westen, vor allem von den USA herrschen Vorstellungen, die noch bestehende Freiheiten modelartig verabsolutieren, in den internationalen Beziehungen auf der Seite des Westens das Wirken imperialistischer Gesetzmäßigkeiten nicht zur Kenntnis nehmen bzw. als Regierungspropaganda abtun.

Es ist daher unbedingt notwendig, bei öffentlichen Erklärungen sich nicht nur auf die politischen und sozialen Implikationen einer „blockübergreifenden“ Politik zu beschränken. Man muß darüber hinaus klar darlegen, worin es geht um konkret die Gefährlichkeit der Militärdoktrin der Supermächte besteht und warum man sich eben nicht zwecks Friedenssicherung auf sie stützen kann. Allgemeine Beteuerungen, von der polnischen Regierungspresse gierig aufgegriffen, hätten bei der Bevölkerung einen starken negativen Effekt.

Mit wem sollte seitens der unabhängigen „gesellschaftlichen“ Kräfte gesprochen werden?

1. Mit einem Vertreter der verbotenen Gewerkschaft Solidarnosc, am besten mit Lech Wałęsa. Wałęsa ist auch und gerade infolge seiner prinzipientreuen und klugen Politik nach dem 13.12.81 der anerkannte Vertreter der polnischen Arbeiterklasse. Allein durch einen Besuch bei Wałęsa könnte dem Versuch von Regierungssseite begegnet werden, einen Besuch der Grünen für

ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Sollte sich der Besuch als undurchführbar erweisen, so wäre ein Gespräch mit einem anderen, nicht im Untergrund arbeitenden Vertreter von Solidarnosc anzustreben.

2. Falls die 7 Inhaftierten der ehemaligen Solidarnosc-Führung bzw. die 4 Vertreter des ehemaligen KSK/KOR sich noch im Gefängnis befinden, sollte der Antrag gestellt werden, mit Kuzon oder Michnik sprechen zu dürfen.

3. Es sollte mit einem Vertreter liberaler, humanistischer Intelligenz gesprochen werden ().

4. Man sollte versuchen, mit einem der damaligen Architekten der Wirtschaftsreform und der Selbstverwaltung zu sprechen.

In Polen wurde 1980/81 das Konzept einer umfassenden gesellschaftlichen Selbstverwaltung entwickelt, der damaligen Architekten der Wirtschaftsreform und der Selbstverwaltung zu sprechen.

In Polen wurde 1980/81 das Konzept einer umfassenden gesellschaftlichen Selbstverwaltung entwickelt, der „selbstverwalteten Republik“ einer der Initiatoren dieses Konzepts war B. Geremek. Für die Pläne zur Wirtschaftsreform genoss L. Balcerowicz von der Warschauer Hochschule für Wirtschaft und Statistik das Vertrauen vieler Aktivisten. Es wäre auch interessant, sich mit einem der Protagonisten der Arbeiterselbstverwaltung () zu unterhalten. Ob man sich unter den jetzigen Bedingungen an der Selbstverwaltung beteiligen soll oder nicht, ist seit einigen Monaten ein kontroverses Thema im polnischen Untergrund ().

Falls Betriebsbesichtigungen möglich sind, wäre es unbedingt notwendig, auf einem der großen „historischen“ Betriebe der Jahre 80/81 zu bestehen. In Warschau wären dies z.B. die Ursus-Landmaschinenwerke. Man könnte die Auswahl so treffen, daß von der Berufserfahrung der Delegation der Grünen her sich Anknüpfungspunkte für einen Besuch ergeben. Eine genaue Liste wäre ad hoc leicht zusammenstellbar. Der oder die Betriebe sollten auch der Solidarnosc vorher bekannt gemacht werden.

Aus dem bisher Gesagten wird ersichtlich, daß eine Delegation der Grünen sich auf die Städte Warschau und Danzig konzentrieren sollte. Alle wichtigen Gesprächspartner — offizielle wie inoffizielle — sind hier erreichbar. Sollte die Zeit es erlauben, so käme als dritte Stadt Krakau in Betracht, damit auch das Stahlkombinat und die „angeschlossene“ Arbeiterstadt Nowa Huta, eine der Hochburgen von Solidarnosc.

Die Delegation der Grünen sollte darauf bestehen, das Denkmal für den Aufstand an der Küste gegenüber der Leninwärt in Danzig besuchen und dort einen Blumenstrauß oder Kranz niederlegen zu dürfen. Dabei wird es sicher ein Trauerspiel um den genauen Termin geben, da die Regierung natürlich versuchen wird, einen Zeitpunkt zu wählen, wo der Platz menschenleer ist. ()

★★★★★★★★

Aus dem Papier von Milan Horacek

1. Warum fahren die „Grünen“ in Länder des realen Sozialismus? Die Erklärung zur Friedenspolitik der „Grünen“, die in Danzig verabschiedet wurde, verpflichtet uns zu einer „Politik der Überwindung von Geist, Logik und Politik der Abschreckung, zu einer verstärkten Zusammenarbeit der Friedens- und Emanzipationsbewegung über alle Grenzen und Blöcke hinweg.“ Wir wissen, daß die friedensgefährdende Situation in Europa sich nicht verändert wird, solange nicht die Menschen in den NATO-Staaten, den Warschauer-Pakt-Staaten sowie den wenigen blockfreien und neutralen Ländern Europas sich gemeinsam dafür einsetzen, den Zustand in Europa, die gegenseitigen Kräfte, der Verschiebung im Westen, in Schwierigkeiten geraten, dürfen wir diese Gesellschaften nicht nach einem simplen Schwarz-Weiß-Schema beurteilen.

2. Die Länder, in die die grüne Delegation fahren wird, sind trotz aller Gemeinsamkeiten, sehr verschiedene Länder mit unterschiedlicher Tradition, Erfahrung, Geschichte während der 20er Jahre, dem 2. Weltkrieg und der Zeit nach dem 2. Weltkrieg. Ihre Stellung zum national-sozialistischen Deutschland war verschieden, die Probleme mit der Bundesrepublik sind es ebenfalls. Diese Unterschiede, die in den folgenden Papieren genauer dargestellt werden, müssen wir ernst nehmen, wenn wir nicht nur und kennnislos erscheinen wollen, was uns sowohl als großdeutscher Hochmut gegenüber kleineren Ländern wie auch als typisch westlich, d.h. Konsumentenhaltung statt konkreten Sich-auf-die-Realität-Einlassens angekreidet werden kann.

3. Die Basisbewegungen innerhalb dieser Länder sind untereinander verschieden. Sie sind aber auch anders als wir. Für das Gelingen eines Dialogs zwischen uns und ihnen ist es außerordentlich wichtig, daß wir uns mit den unterschiedlichen Erfahrungen auseinandersetzen, daß wir nicht von einer naiven Gleichheit zwischen uns und ihnen ausgehen, sondern wirklich präzise, lernbereit und mit großer politischer wie menschlicher Teilnahme die gegenseitigen Erfahrungen und Vorstellungen austauschen, ihre und unsere Er-

Begegnung. Rumänien nimmt innerhalb des Warschauer Paktes eine Son-

derstellung ein (z.B. beteiligte sich Rumänien nicht an dem Einmarsch in Prag im August 1968) und sollte deshalb von uns nicht einfach mit den anderen Staaten gleichgesetzt werden. Zum anderen ist die innere Situation in Rumänien für einen Besuch von uns kompliziert. Es gibt scharfe Unterdrückung, aber nach unserer Kenntnis bisher keine formierte Basisbewegung. Unserer Ansicht nach kann es bei einem solchen Besuch gegenwärtig nicht um ein einziges Gespräch mit Regierungsvertretern über Fragen der Außenpolitik (atomwaffenfreie Zone im Balkan, Abrüstungsvorschläge Rumäniens, Stellung zur KVAE etc.) handeln. Ein solches Gespräch sollte nicht mit der anderen Reise vermischt werden.

Die Grünen sollten bald nach Jugoslawien fahren, weil Jugoslawien von Anfang an führend an der Herausbildung der Bewegung blockfreier Staaten mitgearbeitet hat. Es macht schon jetzt innerhalb der verschiedensten Vertreter von Blockfreiheit keinen besonders guten Eindruck, daß die Grünen in Washington und Moskau waren, ohne an einen Besuch in Belgrad zu denken. Auch wenn wir die vielen Hoffnungen auf das jugoslawische Modell angesichts der jugoslawischen Innenpolitik nicht teilen mögen, bei einem Besuch auch mit Vertretern der oppositionellen „Praxis“-Gruppe sprechen müßten, bestimmen wir unsere internationale Position einseitig, wenn Jugoslawien so lange aus unseren Besuchsprogrammen ausgeklammert bleibt.

3. Was erwartet uns, wenn wir nach Polen, Ungarn und in die CSSR fahren?
a) Uns erwarten Gesellschaften, die nach 1945 unter Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und in der Stille mit offenem Terror dem Modell der sowjetischen Gesellschaft entsprechend umgeformt wurden. Gesellschaften, in denen die politische und die ökonomische Macht nach wie vor in den Händen des herrschenden Machzentrums, der Führung der Kommunistischen Parteien, konzentriert sind. Entscheidungsprozesse noch wesentlich schärfer als bei uns zentralisiert sind, die Abhängigkeit des Einzelnen von den Entscheidungen des Machzentrums wesentlich schroffer ist als bei uns. Diese Gesellschaften sind von unseren Grundüberzeugungen her keine emanzipatorischen und friedensfähigen Gesellschaften. Unsere Grundkritik muß uns bei jeder solchen Reise im Kopf sein, wollen wir uns nicht von dem Lächeln, der Diplomatie und den „Tappichen der Macht“ blenden lassen. Trotzdem haben aber auch die Gesellschaften des „realen Sozialismus“ eigene Wege gefunden, einen Konsens zumindest mit Teilen der Bevölkerung zu finden, die auftretenden Krisen zu bewältigen. Auch wenn solche „Krisenbewältigungsstrategien“ gegenwärtig angesichts der Vielzahl neuer Probleme, der wachsenden Regamkeit autonomer gesellschaftlicher Kräfte, der Verschuldung im Westen, in Schwierigkeiten geraten, dürfen wir diese Gesellschaften nicht nach einem simplen Schwarz-Weiß-Schema beurteilen.

Zwischen der Sowjetunion und den „Kräfte, der Verschiebung im Westen, in Schwierigkeiten geraten, dürfen wir diese Gesellschaften nicht nach einem simplen Schwarz-Weiß-Schema beurteilen.“

Zwischen der Sowjetunion und den kleineren Ländern des Warschauer Paktes gibt es Widersprüche in militärischen wie in ökonomischen Fragen, in den Zeitungen stand, daß die neuen Vorstellungen der SU von einer verstärkten konventionellen Aufrüstung der WVO in den kleineren Staaten nicht gerade Begeisterung hervorruft. Ebenfalls scheint die „Nach-nach-Rüstung“ auf Bedenken zu stoßen. Trotz der Wichtigkeit solcher Widersprüche sind die Regierungen Polens, der CSSR und Ungarns jedoch als feste Verbündete der Sowjetunion einzuschätzen, weil zuviele von ihren eigenen Interessen an das Bündnis mit der Sowjetunion geknüpft sind.

b) Die Länder, in die die grüne Delegation fahren wird, sind trotz aller Gemeinsamkeiten, sehr verschiedene Länder mit unterschiedlicher Tradition, Erfahrung, Geschichte während der 20er Jahre, dem 2. Weltkrieg und der Zeit nach dem 2. Weltkrieg. Ihre Stellung zum national-sozialistischen Deutschland war verschieden, die Probleme mit der Bundesrepublik sind es ebenfalls. Diese Unterschiede, die in den folgenden Papieren genauer dargestellt werden, müssen wir ernst nehmen, wenn wir nicht nur und kennnislos erscheinen wollen, was uns sowohl als großdeutscher Hochmut gegenüber kleineren Ländern wie auch als typisch westlich, d.h. Konsumentenhaltung statt konkreten Sich-auf-die-Realität-Einlassens angekreidet werden kann.

c) Die Basisbewegungen innerhalb dieser Länder sind untereinander verschieden. Sie sind aber auch anders als wir. Für das Gelingen eines Dialogs zwischen uns und ihnen ist es außerordentlich wichtig, daß wir uns mit den unterschiedlichen Erfahrungen auseinandersetzen, daß wir nicht von einer naiven Gleichheit zwischen uns und ihnen ausgehen, sondern wirklich präzise, lernbereit und mit großer politischer wie menschlicher Teilnahme die gegenseitigen Erfahrungen und Vorstellungen austauschen, ihre und unsere Er-

Fortsetzung nächste Seite

Die atomare Sackgasse

Der dritte und abschließende Teil dieser Artikelserie stellt die Einwände dar, die westdeutsche NATO-Politiker gegenüber den Vorschlägen der amerikanischen „Viererbande“ vorgebracht haben.

Die prononcierteste und politisch gewichtigste Replik lancierte das „Autorenkollektiv“ Kaiser, Leber, Merles und Schulze (1). Die hochkarätige Zusammensetzung des Quartetts sowie die Tatsache, daß sicherheitspolitische Sprecher und Strategen beider großen westdeutschen „Volksparteien“ an der Formulierung beteiligt waren, läßt darauf schließen, daß es darum ging, dem amerikanischen Vorschlag eine explizit westdeutsche Antwort zu erteilen („FAZ“ vom 24.6.82: „Vier Deutsche antworten den vier Amerikanern“). Offensichtlich sollte die Zusammensetzung des Quartetts gegenüber dem NATO-Partner zum Ausdruck bringen, daß die Mehrheit der westdeutschen politischen und militärpolitischen Elite die Vorschläge der US-„Viererbande“ ablehnt. Tatsächlich treffen ihre Vorstellungen bei keiner Fraktion des „herrschenden Blocks“ auf vorbehaltlose Zustimmung, auch nicht bei denjenigen, die ihre eigene Position in der aktuellen sicherheitspolitischen Strategiedebatte durch den politischen Hinweis zu „untermauern“ versuchen, daß sie auch auf der anderen Seite des Atlantiks auf Zustimmung stoße. Ja sogar dort ihren Ursprung habe. Bei näherem Hinschauen zeigt sich schnell, daß die vermeintlichen Anhänger der „Viererbande“ in der Reihe der SPD z.B. sich nur deshalb auf die Amerikaner berufen können, weil sie einzelne Elemente des Vorschlages isoliert vom Ganzen aufgreifen und propagieren, z.B. den Verzicht auf den „first use“ (Erstinsatz) von Atomwaffen. Betrachtet man den Vorschlag der „Viererbande“ jedoch als kohärentes Ganzes, so kann überhaupt niemand im „herrschenden Block“ der BRD ein Interesse an seiner Verwirklichung haben. Warum, das wird noch aufzuzeigen sein.

Wie der Text der amerikanischen „Viererbande“, der in der Zeitschrift des amerikanischen „Council of Foreign Affairs“, „Foreign Affairs“ und in der Zeitschrift „Europa-Archiv“ die von der amerikanischen Einrichtung vergleichbaren westdeutschen außenpolitischen Denkschule „Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik“ herausgegeben wird, erschienen auch die Antwort der westdeutschen „Viererbande“ zugleich in beiden Zeitschriften (2). Die Einwände der westdeutschen „Viererbande“ lassen sich in ihren wesentlichen Aussagen wie folgt zusammenfassen:

► Mit ihrem Vorschlag des Verzicht-

es auf den „first use“ von Atomwaffen an der europäischen Zentralfront bei gleichzeitigem Ausbau von konventionellen Kriegsführungsoptionen löst die „Viererbande“ die Verkopplung von atomaren und konventionellen Waffen auf, wie sie die „flexible response“ zumindest nach westdeutscher Interpretation vorsieht. „Die Strategie der flexiblen Erwiderung versucht, jedem Angriff des Gegners — auf welcher Ebene auch immer — so zu begegnen, daß der Angreifer sich keine Vorteile und keinen Erfolg von der Auslösung eines militärischen — konventionellen oder nuklearen — Konfliktes erhoffen kann. Der enge und

unauf löbliche Verbund konventioneller Streitkräfte und Nuklearkraften auf dem europäischen Kontinent in Verbindung mit dem strategischen Potential in den Vereinigten Staaten stellt die Sowjetunion vor das unakzeptable Risiko, daß jeder militärische Konflikt zwischen den beiden Parteien zu einem Nuklearkrieg eskalieren kann. Die vorrangige Funktion der Kernwaffen ist Abschreckung zur Verhinderung von Aggression und Erpressung. Die Verkopplung von konventionellen und atomaren Waffen hat den Krieg zwischen Ost und West wieder unführbar und ungewinnbar gemacht. Es ist die unauf löbliche Paradoxie dieser Strategie zur Kriegsverhinderung, daß sie den Willen zur Führung des nuklearen Krieges demonstrieren muß, um den Krieg überhaupt zu verhindern“ (3).

► Die Auflösung der Verkopplung von konventionellen und atomaren Waffen eröffnet für die USA die Möglichkeit, sich von einem konvention-

ellen und jederzeit Anwendung von Kernwaffen, bedeutet nichts weniger als die Reduzierung der derzeitigen nuklearen Schutzgarantie der Vereinigten Staaten für ihre nichtnuklearen Bündnispartner auf den Fall der vorherigen Anwendung von Kernwaffen durch die Sowjetunion. (...) Konventionelle Konflikte in Europa wären nach dem Vorschlag der Autoren ohne jedes existentielle Risiko für die Sowjetunion und trotz der von ihnen in Aussicht gestellten stärkeren amerikanischen Beteiligung an der konventionellen Verteidigung — auch für die Vereinigten Staaten. Daß es sich in der Tat um den Rückzug der Vereinigten Staaten aus der bisherigen Garantie handelt, wird völlig klar durch den Vorschlag der vier Autoren, auch die zurückhaltendste Option für den begrenzten Nuklearschlag zur Verhinderung einer noch so unmittelbar drohenden konventionellen Niederlage außerhalb der autori-

wir unter Verzicht auf den Nuklearrückhalt, das zweiseitige Mittelstrecken- und Kurzstreckenpotential auf Tausende von Systemen weiter wachsen lassen würden, ohne angemessenes Gegengewicht auf westlicher Seite und bei strategischer Parität? Eine doppelte Konsequenz würde sich abzeichnen. Einmal würde die amerikanische Nukleargarantie für Europa ihre Glaubwürdigkeit verlieren. Die auch von den vier Autoren vertretene Ansicht, daß die zweiseitige Mittelstreckenpotential durch amerikanische, der NATO ausgerichtete Systeme abgedeckt werden könnten (folgt im übrigen in SA 17) gezahlt und für taktische Funktionen wenig geeignet sind, entbehrt der Schlüssigkeit. Bei einem so eklatanten Übergewicht, wie es sich zunehmend herausbildet, verlieren die Vereinigten Staaten die Fähigkeit zur Eskalation und damit ihre Glaubwürdigkeit. Dies wirkt destabilisierend“ (5).



IMMET VOLNEVICA

Mit der Bombe leben

Fortsetzung von vorheriger Seite

fahrungen sind nicht identisch. Sie sind aber sozusagen die zusammengehörenden Teile eines Ganzen dar, einer Bewegung, die trotz aller Unterschiede, nur gemeinsam ihre Ziele erreichen kann. Unsere Bitte an die Delegation ist deshalb: Erwartet nicht einfach pazifistische, feministische Vorstellungen, sondern seid offen gegenüber den für diese Basisbewegungen real drängenden Fragen der Menschenrechte, des Lebens, der Umwelt.

über den für diese Basisbewegungen real drängenden Fragen der Menschenrechte, des Lebens, der Umwelt, der Abwehr der sowjetischen Hegemonieansprüche, des Kampfs für ein Leben „in der Wahrheit“, gegen die Lügen der Parteideologen. Nur wenn ihr diese Offenheit mitbringt, werdet ihr das Gemeinsame — das Streben nach Frieden, nach Autonomie nach sozialen und demokratischen Rechten, nach einem Leben in Würde — entdecken.

d) Die Herrschenden in allen drei Ländern werden Interesse daran haben, sich vor ihrer eigenen Bevölkerung als unsere Verbündeten in Grundfragen darzustellen. Auch wenn nach der Raketenstationierung dieses Interesse gesunken sein mag, bleiben wir aufgrund der 5,5% ein wesentlich gewichtiger Ansprechpartner aus der oppositionellen Bewegung hier als die offizielle Bruderpartei DKP. In den Gesprächen wie durch unser Auftreten müssen wir deshalb zeigen, daß wir für diese Regierungspartner, andererseits nicht „vernachlässigbar“ sind. Das Hauptmittel um diese unsere Nicht-Vernachlässigbarkeit zu zeigen, sind unsere einmal das Bestehen auf Gesprächen mit den Basisbewegungen zu sein zum anderen das Vorbringen von Forderungen, die von den entsprechenden Basisbewegungen aufgestellt worden wie z.B. nach Einführung eines Zivilen Ungehorsams in Ungarn nach Freisetzung der KOR-Mitglieder in Polen. Das gilt für die demokratischen Rechte der Basisbewegungen muß so bald verständlicher Bestandteil der Gespräche sein.

e) auf der Seite der Basisbewegungen wird unser Besuch sehr verschiedene Funktionen und Erwartungen hervorrufen. Skepsis, ob wir nicht doch zu Moskau Vorhut arbeiten, über große Erwartungen, was wir in der Bundesrepublik wie auch in Osteuropa bewirken könnten. Unkenntnis unserer konkreten Vorstellungen, wie schlagen deshalb vor,

die Reise der Delegation durch eine Art „Vorbereitungsreise“ vorzubereiten, d.h. Gespräche mit Basisvertretern in diesen Ländern selbst oder mit authentischen Vertretern von ihnen hier über die Fragen, ob Besuche von uns gewünscht werden, welche Form diese Besuche haben sollen, über welche Themen sie gern sprechen wollen, welche vorbereitenden Papiere übermittle werden sollen. Die Erfahrungen der ersten drei Reisen sind dabei zu berücksichtigen.

Während ihres Besuchs in der CSSR sollte eine große Delegation folgendes versuchen:

ein oder mehrere Gespräche mit Vertreterinnen/Vertretern der Charta 77. Vielleicht ist es möglich, in einem Vorgespräch vor der Reise zu klären, ob ein Treffen mit mehreren der Charta möglich ist. Diese Gespräche werden die Grünen mit Menschen zusammenführen, die teilweise eine wesentlich längere und vielfältigere politische Erfahrung haben als wir. Wir sollten in diesen Gesprächen offen über die gegenwärtigen Schwierigkeiten der westlichen Friedensbewegung sprechen, klar unsere bisherigen Forderungen und Überlegungen zu einseitiger Abrüstung, Blocküberwindung, atomwaffenfreier Zone, Zivilen Ungehorsam, Frauen und Frieden, Frieden und 3. Welt vertreten und zugleich bereit sein, von den Überlegungen der Charta zu lernen. Menschenrechten zu lernen. Gegenstand der Beratung sollte natürlich auch die Frage gemeinsamer Erklärungen, des gemeinsamen Wegs zu einem neuen Europa sein. Die Delegation sollte auch den Stand der Überlegungen der Charta zu sozialer Verteidigung, gewaltfreiem Widerstand und Lehren aus dem August 68 sowie ihre gegenwärtige Meinung zur SPD-Entscheidungspolitik erfragen. (...) in Gesprächen mit offiziellen Vertretern des Staates oder der Regierung unsere eigene Position zu einseitiger Abrüstung, gegen die Militarisierung der Gesellschaft zum Gleichgewicht des Schreckens, zur Notwendigkeit des Abzugs aller ausländischen Truppen von fremdem Boden deutlich machen. Über diesen Boden sollten wir einen Dialog mit ihrer Position führen. Außerdem ökologische Themen ansprechen, Themen wie Jugendprotest, Punkte und die Verfolgung der Charta anpreisen. (...)

len Kriegsschauplatz Europa mit ihrem strategischen Nuklearpotential abzu-

len Kriegsschauplatz Europa mit ihrem strategischen Nuklearpotential abzukoppeln, jedenfalls so lange, wie die BRD nicht selbst über Atomwaffen verfügt. „Eine entscheidende Schwäche des Vorschlages der vier Autoren liegt deshalb in ihrer Behauptung, der Verzicht auf Erstinsatz mache Kriege unwahrscheinlicher, ohne daß sie dafür ausreichende Beweise erbringen. Die von ihnen geforderte Herstellung des konventionellen Gleichgewichts erhöht zwar das konventionelle Risiko — und damit vom bisher immer wirksam gewesenen Hemmnis, gegenüber Westeuropa militärische Gewalt auch für begrenzte Zwecke zu benutzen. Die Befreiung vom nuklearen Risiko würde natürlich in gleichem Maße den Vereinigten Staaten zugute kommen. Es sind Zweifel angebracht, ob der Verzicht deshalb auch ein „Beitrag zur inneren Gesundheit des Bündnisses“ würde oder ob er nicht vielmehr die Unsicherheit und Furcht vor einem wahrscheinlicher werdenden Krieg vergrößert. (...) Das westliche Bündnis ist eine Allianz von Gleichen. Sein Zusammenhalt beruht deshalb auf der weitgehenden Verwirklichung des Prinzips gleicher Risiken, gleicher Lasten und gleicher Sicherheit. Die gültige NATO-Strategie trägt diesem Prinzip Rechnung. Sie garantiert, daß das amerikanische Potential mit all seinen Komponenten, der konventionellen wie der nuklearen, in die Verteidigung Europas einbezogen ist. Nicht nur die Bewohner der Bundesrepublik, sondern auch die Bürger Amerikas tragen das Risiko mit, das konventionelle wie das nukleare, die Unheilbarkeit der Sicherheit des Bündnisses als Ganzes und seines Territoriums bewirkt die Glaubwürdigkeit der Abschreckung. (...) Die Auffassung der vier amerikanischen Autoren, die einzig klar definierbare Abschottung gegen die weltweite Katastrophe eines allgemeinen Nuklearkrieges ist die zwei-

ten Politik zu belassen. Damit würde Westeuropa die Kapitulation angeordneten Politik zu belassen. Damit würde Westeuropa die Kapitulation angeordnet, wenn die Niederlage, beispielsweise die konventionelle Überrennung der Bundesrepublik Deutschland, droht. Die amerikanische Nukleargarantie wäre zurückgezogen“ (4).

► Aus dem selben Grund wird auch der seitens der „Viererbande“ vorgeschlagene Verzicht auf die „Nachrüstung“ abgelehnt. „Sie (die amerikanischen Autoren — Anm. AK) greifen ein angebliches Motiv für den Doppelbeschluß an, den Wunsch nach Gleichgewicht unterhalb der interkontinentalen Ebene der Kernwaffen. Der Gleichgewichtsbegriff ist zwar gelegentlich in der öffentlichen Diskussion von Politikern zur Legitimierung der NATO-Entscheidung angesichts des wachsenden sowjetischen Mittelstreckenpotentials aufgetaucht, er war aber nicht Leitmotiv und hat auch beim Beschluß selbst keine wesentliche Rolle gespielt. Wenn dem so wäre, dann müßte das für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen vorgesehene Potential westlicher Kernwaffen wesentlich umfangreicher sein als die geplanten S72 Systeme, die — einschließlich der im Westen vorhandenen — zahlenmäßig nur einen Bruchteil der vergleichbaren sowjetischen Systeme ausmachen. Es ging beim Doppelbeschluß vielmehr von Anfang an sehr wesentlich auch um die Verkopplung des interkontinentalen mit dem europäbezogenen Kernwaffenpotential. (...) Bei diesem Waffensystem, das unterhalb des auf Parität zulaufenden und in SALT auch so kodifizierten strategischen Gleichgewichts angesiedelt war, mußte jedem sowjetischen Planer klar sein, daß mit seinem Anwachsen und aufgrund seiner Qualität das nukleare Abschreckungssystem durch die Regionalisierung der Bedrohung aus den Augen verloren wurde. (...) Wo wurde zweitens die Entwicklung enden, wenn

Das westdeutsche „Verteidigungsdilemma“
Das westdeutsche „Verteidigungsdilemma“

In den Augen der Westeuropäer mangelt es der „flexible response“ immer an Glaubwürdigkeit, insbesondere den sogenannten „nuklearen Schutzschirm“ der USA über Westeuropa betreffend. Schon die „vorbedachte nukleare Eskalation“ leidet unter Glaubwürdigkeitsproblemen. Sofern nämlich dabei auch militärische und zivile Ziele im Hinterland des Gegners angegriffen werden sollten, müßte die Gefahr mit einkalkuliert werden, daß die SU mit Hilfe ihrer eurostrategischen Nuklearsysteme dem engeren und konzentrierteren Hinterland ein ähnliches Schicksal widerfahren lassen könnte. Die Modernisierung des sowjetischen eurostrategischen Nuklearpotentials hat das Problem der Glaubwürdigkeit der „flexible response“ eskalation“ zweifelt. (...)

Noch erheblich fragwürdiger, weil es die USA direkt betreffen würde, ist die Drohung mit der allgemeinen nuklearen Eskalation. Zum Zeitpunkt der strategischen nuklearen Eskalation könnte die Zerstörung Mitteleuropas bereits soweit fortgeschritten sein, daß die allgemeine nukleare Eskalation nur noch den Charakter einer „Strafexpedition“ tragen würde. Militärische Lager in Europa, die zur allgemeinen nuklearen Reaktion führen müßten, nähmen ihr dann paradoxerweise jeglichen Sinn.

Vor allem aber wirft die allgemeine nukleare Eskalation das Dilemma auf, daß von den strategisch selbst noch nicht angegriffenen USA verlangt wird, den ersten nuklearen-atomaren Schlag zu fällen und damit das Risiko der atomaren „Selbstvernichtung“ in einem strategischen Atomkrieg mit der SU einzugehen. Die von Schönlinger 1974 verhandelten „beschränkten nu-

klaren Optionen", die „Presidential Directive 59" Carter und der NATO-„Nachrüstungsbeschluss" stellen Versuche dar, diesem Dilemma dadurch zu entgehen, indem zwischen vorbedachter Eskalation und allgemeiner nuklearer Eskalation eine vierte Eskalationsform des demonstrativen strategischen Einsatzes gegen das strategische Potential des Gegners eingeschoben wird. Nur bleiben Zweifel, ob sich damit die Gefahr der Zerstörung Westeuropas bannen läßt. Und die USA müßten der SU glaubwürdig signalisieren können, daß ein Unterschied zwischen einem selektiven strategischen Nukleareinsatz und einem Entwaffnungsschlag gibt. Denn würde die SU den selektiv intendierten Schlag als Versuch der Entwaffnung interpretieren, dürfte die umgehende Reaktion nicht ausbleiben, die USA wären somit in die nuklearen Kriegshandlungen voll mit einbezogen.

Innerhalb der NATO existieren bezüglich der „flexible response" zwei unterschiedliche Interpretationen: Die „Abschreckung durch Verweigerung von Erfolgsaussichten" (deterrence by denial) steht die eigene Fähigkeit zur wirksamen Kriegsführung und Verteidigung als dafür ausschlaggebend an, daß der Gegner auf „Aggression" verzichtet. Er wird vom „Angriff" nicht so sehr dadurch abgehalten, daß die allgemeine nukleare Eskalation den Fortbestand seiner sozialen Werte gefährden könnte, sondern durch die klare Aussicht der Unmöglichkeit eines Erfolges. Der Abschreckungswert der „flexible response" ist demzufolge danach zu beurteilen, in welchem Ausmaß die NATO in der Lage ist, einem Gegner auf jeder Konfliktstufe einen militärischen Erfolg zu verweigern, wenn nicht sogar jede militärische Auseinandersetzung zu ihren eigenen Gunsten zu entscheiden. Die Vertreter dieser Interpretation sind in den USA häufiger zu finden als in Europa, weil „flexible response" als Kriegsführungsstrategie den Vorteil bietet, bei ihr entsprechenden konventionellen Potentialen der NATO die Wahrscheinlichkeit der Notwendigkeit nuklearer Eskalation in Europa — oder gar bis zur strategischen Ebene — zu senken (6). Dieser Überlegung folgen auch die Vorschläge der amerikanischen „Vierbände", während die Replik der westdeutschen „Vierbände" eher von der Befürchtung gekennzeichnet ist, daß die Anhebung der „Atomschwelle" zur „Senkung der Kriegsschwelle" und vor allem zur Abkoppelung eines konventionellen Kriegsschauplatzes Europa von den USA führt.

Im Gegensatz zur Interpretation der „flexible response" als einer Strategie der Fähigkeit zur erfolgreichen Kriegsführung auf allen Stufen, betrachtet die NATO-Strategie als „Abschreckung durch Strafandrohung" (deterrence by punishment) (7) diese als eine „Eskalationsstrategie" im Sinne der gesicherten Fähigkeit zur nuklearen Eskalation und Vergeltung. Eine derartige Interpretation der „flexible response", die in dem Risiko der Eskalation zum globalen nuklearen Schlagabtausch den wichtigsten „Abschreckungsfaktor" sieht, hält innerhalb der NATO-Strategie an zentralen Bestandteilen der Doktrin der „massive retaliation" fest. Ohne die Auslegungsfähigkeit wäre die Strategie der „flexible response" von den westeuropäischen NATO-Staaten kaum ratifiziert worden, in deren sicherheitspolitischen Denkmustern die Abschreckung durch Vergeltungsdrohungen nach wie vor einen großen Stellenwert hat. Der Interpretation der „flexible response" als Kriegsführungsstrategie wird angelastet, daß die Konflikte der unteren Eskalationsstufen durch theoretische Verlagerung der Verkopplung mit dem allgemeinen Atomwaffenkrieg führbarer und damit wahrscheinlicher mache, daß sie aber letzten Endes die Notwendigkeit ihrer nuklearen-strategischen Eskalation auch nicht mit Sicherheit ausschalten könne.

Exkurs: Frankreichs Ausstieg aus der militärischen Integration der NATO

Zweifel an der Verlässlichkeit der amerikanischen Nukleargarantie für Westeuropa und die Ablehnung der „flexible response" veranlaßten Frankreich 1966 zum Rückzug aus der integrierten Militärorganisation der NATO. Daneben spielte aber auch die Ablehnung der nuklearen untermauerten US-Dominanz im westlichen Lager eine Rolle. In einem Memorandum wandte sich de Gaulle im September 1958 direkt an Eisenhower, in dem er u.a. hieß, daß ausgerechnet von der Tatsache, daß Frankreich nun wieder seine „hi-

storische Rolle" in der internationalen Politik zu übernehmen gedenke, den USA nicht länger das ausschließliche Recht zugesprochen werden könnte, die „wichtigen Entscheidungen" für die „Verteidigung der freien Welt" allein zu treffen.

De Gaulle schlug deshalb vor, die bisherigen Strukturen der Allianz so zu modifizieren, daß in Zukunft eine ständige NATO-Gruppe, bestehend aus drei westlichen Nuklear-Mächten (Dreierdirektorium), die nukleare Strategie der NATO und gleichzeitig eine globale Strategie ausarbeiten und über den Einsatz aller nuklearen Waffen an jedem Punkt des Erdballs entscheiden sollte. Gleichzeitig kündigte er an, Frankreich müsse im Falle der Verweigerung einer gleichberechtigten nuklearen Partnerschaft „die französische Mitarbeit in der NATO einschränken" und „eine unabhängige Politik verfolgen".

Nach de Gaulle litt die Allianz an zwei grundlegenden strukturellen Defekten, der US-Dominanz und den besonderen Beziehungen zwischen den beiden angelsächsischen Mächten. Der Verlust des US-Atomwaffenmonopols und die sich abzeichnende Herausbildung eines nuklearen strategischen Pans machten den Sinn der US-Dominanz innerhalb der NATO umso fragwürdiger. Denn nun stellte sich ernsthaft die Frage, ob die USA das Risiko der nuklearen Vernichtung für ein anderes Ziel als die „Verteidigung" des eigenen Territoriums auf sich nehmen würden. De Gaulle zweifelte daran und traf, nachdem sein Vorschlag zur Bildung eines „Dreierdirektoriums" mehr oder weniger indirekt abschlägig beschieden wurde, folgende Schlussfolgerung: „Die NATO hat also aufgehört, den Westeuropäern ihre Existenz zu garantieren. Wenn aber die Wirklichkeit der Schutzes zweifelhaft geworden ist, warum sollte man da noch sein Schicksal dem Beschützer anvertrauen?"

westeuropäischen Staaten langfristig neue internationale Positionen aufzubauen.

Seinen radikalen Ausdruck fand das Streben nach mehr Handlungsfreiheit in der Doktrin der Rundumverteidigung (Tous-azimuts-Doktrin), die von Generalstabschef Ailleret formuliert wurde. Für Ailleret war die Fixierung auf den „Feind im Osten" überholt. Die sowjetische Bedrohung habe sich abgeschwächt, die Kreml-Führung werde kaum einen Krieg entfesseln. Die Welt insgesamt würde sich jedoch in solcher Unordnung befinden und enthalte soviel Kriegsherde, daß schwer vorauszusagen sei, woher die Bedrohungen der Zukunft kommen würden. Deshalb benötigte Frankreich ein Verteidigungssystem, das gegen niemand speziell gerichtet sei, sondern eine „Abschreckung" in sämtliche Himmelsrichtungen erlaube. Ailleret plädierte für ein Arsenal von Interkontinentalraketen und die militärische Nutzung des Weltraumes. Seine Langzeitkonzeption scheiterte jedoch alsbald an den ökonomischen wie politischen Gegebenheiten. Die wirtschaftlichen Folgen der 68er Systemkrise schlossen eine Finanzierung des Programmes aus, und der sowjetische Einmarsch in die CSSR im August 1968 verließ dem alten Feindbild wieder schärfere Konturen (8).

Seither hat sich Frankreich stetig von kürzeren Unterbrechungen abgesehen, dem Bündnis und seinen strategischen Überlegungen wieder angenähert. Diese Annäherung lieferte überhaupt erst die Voraussetzung für die neuerliche Diskussion um eine deutsch-französische Achsenbildung als Kernstück einer „europäischen NATO", doch ähnliche Vorstöße Frankreichs in der Vergangenheit allein schon deshalb zum Scheitern verurteilt, weil als „Alternative" zum transatlantischen Bündnis der BRD mit den USA gedacht.

beobachtenden Tendenz bei den taktischen Atomwaffen für den europäischen Kriegsschauplatz entspricht.

Das de Gaulle'sche Szenario der „zwei Schlachten", in die sich ein Krieg in Europa gliedern würde — die Schlacht um die BRD zuerst, bei der französische Truppen in der Reserve gehalten werden, und die Schlacht um Frankreich, für den Fall, daß die NATO die Schlacht um die BRD verliert, wurde durch das Szenario vom „einen Kampfgebiet", in das das französische Territorium von vornherein mit einbezogen ist, abgelöst. Diese Ausweitung des französischen Operationshorizonts faßte der Generalstabschef Méry in den Begriff der „sanctuarisation élargie", der Erweiterung des „unantastbaren Raumes" (sanktuarium).

Mittlerweile arbeitet Frankreich an der Aufstellung einer 47.000 Mann starken „Force d'action rapide" (FAR), die für den Einsatz innerhalb und außerhalb Europas vorgesehen ist. Sie soll nach offiziellen Bekundungen des „Handlungsspielraum" Frankreichs in „Krisensituationen" erweitern und ein frühzeitiges Eingreifen bei einem Konflikt in Europa an der Seite der NATO-Verbündeten und in vorderen Frontabschnitten ermöglichen. Ihre hohe Mobilität soll sie zu raumgreifenden Offensiven und Schlägen gegen die „zweite Staffel" der Streitkräfte des Warschauer Pakts befähigen, wie sie in den neueren strategischen Überlegungen der NATO („Rogers-Plan"/„Air-Land-Battle"/„erweiterter Schlachtfeld") vorgesehen sind. Hier erfolgt offensichtlich eine Annäherung in den jeweiligen strategischen Überlegungen der NATO-Staaten innerhalb der militärischen Integration und Frankreichs.

Zur Genese des NATO-„Doppelbeschlusses"

Frankreich hat den „Doppelbeschluss" nicht zuletzt unter dem Aspekt der Rekonstruktion des „löcherig" geworde-

USA. Denn, so ihre Rechnung NATO-Systeme, die militärische Einrichtungen in der westlichen Sowjetunion bedrohen, würden im Falle ihres Einsatzes einen strategischen Schlag der SU nicht nur gegen Westeuropa, sondern auch gegen die USA provozieren.

In Washington hingegen kalkulierte man diesbezüglich ganz anders: Ein punktzeltgenauer Schlag etwa einer Pershing-II gegen eine militärische Einrichtung in der westlichen Sowjetunion wird, da es sich hierbei nicht um einen großen „nuklearen Hammer" handelt, nicht automatisch eine nuklearenstrategische Antwort provozieren. Sollte die SU dennoch zu einer nuklearenstrategischen Antwort aufholen, so wird diese auf Westeuropa begrenzt bleiben, da auch die SU nicht am „atomaren Selbstmord" interessiert ist. So wurde der Vorschlag der Stationierung, der nach Auffassung einiger Westeuropäer die Verbindung mit dem strategischen Nuklearpotential der USA glaubwürdiger unterstrichen hätte als der gesonderte Aufbau eines landgestützten eurostrategischen Potentials, mit dem Argument abgelehnt, die Sowjets müßten deutlich unterscheiden können, ob eine anfliegende Rakete dem strategischen oder taktischen Arsenal der USA und der NATO zuzuordnen sei.

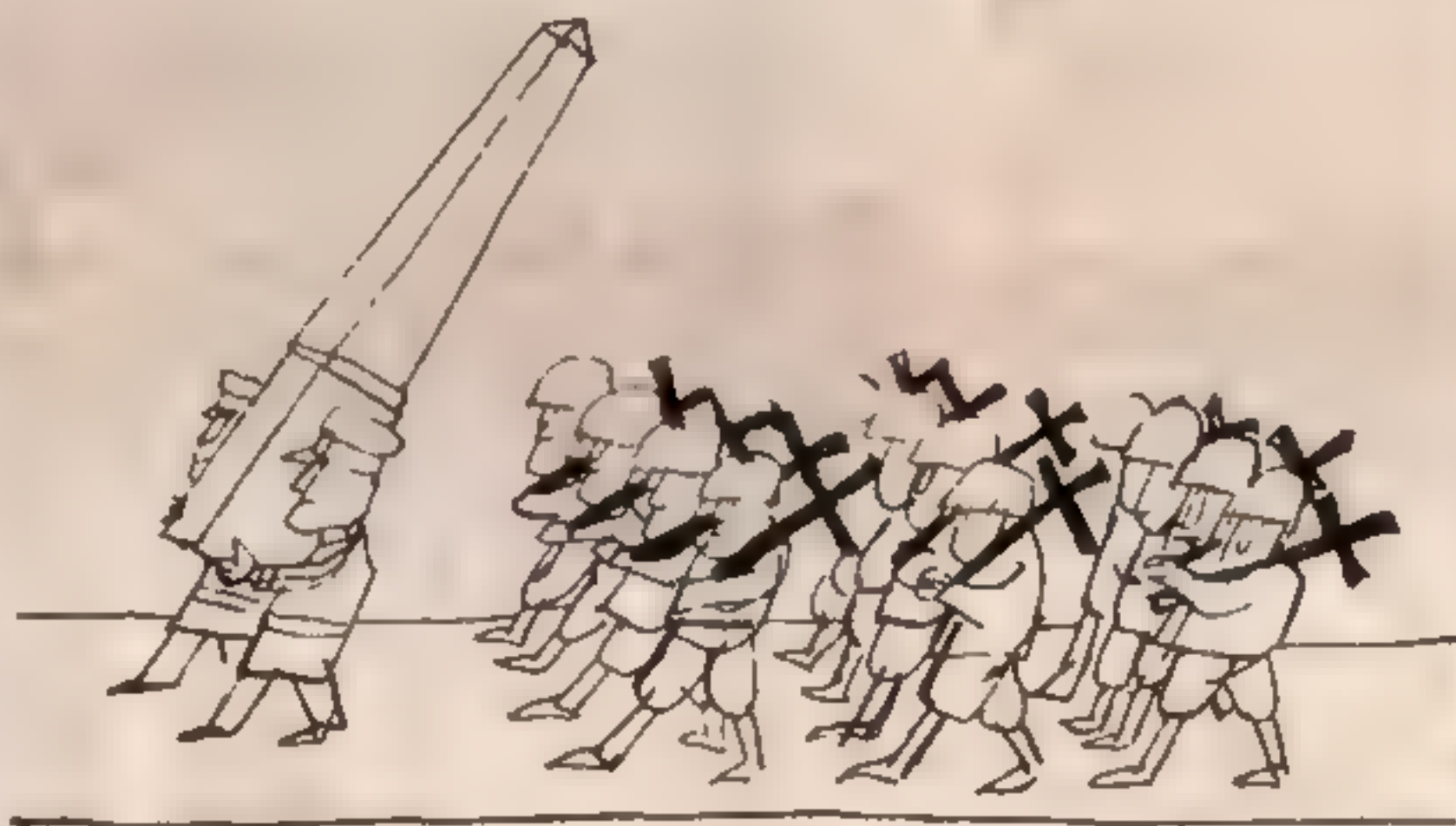
Wenn nun die amerikanische „Vierbände" die „Nachrüstung mit nuklearen eurostrategischen Systemen und überhaupt den Einsatz von Nuklearkraften auf dem europäischen Kriegsschauplatz in Frage stellt, dann deshalb, weil sie befürchten, daß es im Falle des Einsatzes von Nuklearkraften in Westeuropa zwangsläufig zu einer unkontrollierbaren nuklearen Eskalation kommen wird, in deren Verlauf auch die USA in Mitleidenschaft gezogen wird. Der vorrangige Schutz der amerikanischen Sicherheitsinteressen und die Abkoppelung der USA von einem aus den Fugen geratenen europäischen Kriegsschauplatz ist ihrer Auffassung nach nur dadurch zu gewährleisten, daß eine deutlichere Trennung zwischen der konventionellen und der nuklearen Kriegsführung gezogen wird. So unterstützen sie zwar die strategischen Vorstellungen von „Air-Land-Battle" wie sie auch im „Rogers-Plan" (als „konventionelle Variante") enthalten sind, lehnen jedoch den „Air Land Battle"-Konzept vorgesehene frühzeitigen Einsatz von Nuklearkraften aufgrund der befürchteten globalen Eskalation ab.

Sie lehnen den (frühzeitigen) Einsatz von Nuklearkraften auf dem europäischen Kriegsschauplatz ab, da diese Waffen ihrer Auffassung nach zum Zwecke der Kriegsführung untauglich sind und somit ins „zweite Glied" verbannt gehören (10). In der Definition der Atomwaffen treffen sie auch mit den Westeuropäern, nicht jedoch in der Frage des „first use". Dem Verzicht auf den Ersteinsatz wird unter dem Aspekt der damit verbundenen partiellen Abkoppelung der USA vom Kriegsschauplatz Europa eine mehrheitliche Absage erteilt.

„Anhebung der Atomschwelle": JA „Abkoppelung": NEIN

Kontext existiert heute innerhalb der NATO über die Notwendigkeit der Stärkung der konventionellen Komponenten innerhalb der „flexible response" bzw. der „Anhebung der Atomschwelle". Allerdings darf dadurch nach Auffassung der Westeuropäer die sicherheitspolitische Verkopplung mit den USA nicht in Frage gestellt werden, zu der es im Zeitalter der Nuklearkraften in Ost und West solange keine Alternative gibt, wie die BRD nicht selbst über Atomwaffen verfügt. Von daher sind allen Konventionalisierungsplänen von vornherein Grenzen gesetzt.

Kontext besteht weiterhin darüber, daß die NATO-Kriegsführung im grenznahen Bereich einer weitgehenden Konventionalisierung unterzogen gehört. Die hierfür bislang vorgesehenen nuklearen Sprengköpfe und Trägersysteme kurzer und kürzerer Reichweite werden zum einen durch konventionelle „Quasi-Atombomben" ersetzt werden, also durch Waffensysteme, die im Falle ihres Einsatzes nicht gleich die Zerstörung der BRD durch nukleare Eskalation heraufbeschwören, sowie durch die neuen eurostrategischen Nuklearsysteme (10 a). Denn wie bereits im NATO-„Doppelbeschluss" zu lesen ist, geht der Abzug der nuklearen Gefechtsköpfe einher mit der Verlagerung von Optionen nuklearer Kriegsführung vom Gefechtsfeld in die räumliche Tie-



Tomi Ungerer

Als Bestätigung dieser Lagebeurteilung diente die Abkehr der Kennedy-Administration von der Strategie der „massive retaliation". Die Grundthese des sicherheitspolitischen Konzeptes hieß in den Worten de Gaulles: „Frankreich muß seine nationale Verteidigung haben, wie das bisher immer der Fall gewesen ist, auch wir müssen über die sogenannten Kernwaffenabschreckungsmittel verfügen, die heute der hauptsächlichste, wenn nicht der einzige Schutz der Völker sind, die frei bleiben wollen. Ohne sie wären wir keine europäische Macht mehr, keine souveräne Nation, sondern lediglich ein integrierter Satellit". Als de Gaulle im Februar 1966 Frankreichs Rückzug aus der militärischen Integration ankündigte, verwies er u.a. auf die Entspannung in den Ost-West-Beziehungen und die Abschwächung der sowjetischen Bedrohung. Desweiteren sah er die Gefahr, daß die Verwicklung der USA in außereuropäische Konflikte zu einem Eskalationsprozeß führen und Frankreich in einen allgemeinen Krieg mit hineinziehen könnte.

Trotz des Rückzugs aus der Militärorganisation der NATO blieb Frankreich Mitglied des atlantischen Bündnisses. Die eigene „Atomstreitmacht" sollte die bislang von den USA wahrgenommene „Schutzrolle" wieder selbst übernehmen, die war zudem „sicherheitspolitische" Voraussetzung dafür, sich in der zunehmenden multipolar strukturierten Weltpolitik auch von dem determinierenden bipolaren Konfrontationsverhältnis USA-UdSSR zu lösen und für sich und die anderen

Die Gründe für die Wiedernäherung Frankreichs an die Allianz und ihre Führungsmacht sind kurz gesagt die folgenden. Unter der Regierung Giscard d'Estaing erlebte die französische Nuklearkraft und Sicherheitsdoktrin einige wichtige Modifizierungen. Die französische Nuklearkraft geriet mit ihrem von der „massive retaliation" übernommenen „alles oder nichts" in eine Glaubwürdigkeitskrise. Wie zuvor in den USA erwuchs auch in Frankreich aus diesem Dilemma das Bedürfnis nach mehr Flexibilität, zusätzlichen Optionen der Kriegsführung und Zwischenstufen.

1980 kündigte Giscard an, daß Frankreich bei einem nuklearen Schlag gegen sein Territorium die strategische Atomstreitmacht einsetzen würde und nahm somit Abschied von der französischen Version der „massive retaliation". Desweiteren entschied sich die Regierung für eine stärkere konventionelle Aufrüstung (bei gleichzeitiger qualitativer und quantitativer Ausbau der Nuklearkraft, die bis dahin über keine gesicherte Zweitschlagkapazität verfügten und somit gegenüber einem „Präventivschlag" verwundbar waren), um das „Ungleichgewicht" zwischen nuklearen und konventionellen Kräften auszubalancieren. Auf diese Weise sollten die Optionen und Zwischenstufen unterhalb des Einsatzes der strategischen Nuklearkraft ausgebaut werden. Dem selben Zweck diente und dient die Modernisierung bei den taktischen Nuklearkraften, deren Reichweite zudem erhöht wurden, was einer allgemein zu

nen amerikanischen Nuklearschirmes über Westeuropa begrüßt. Wie in der BRD, so wurde auch in Frankreich das SALT II Abkommen als Bestätigung dafür gesehen, daß die amerikanische Nukleargarantie an Glaubwürdigkeit eingebüßt habe (9).

Die französischen Nuklearkraften sind strategische Waffen, sie unterliegen allein der nationalen Verfügungsgewalt und dienen nach der französischen Nukleargarantie ausschließlich der nationalen „Abschreckungsstrategie". Die französische Nuklearkraft soll demnach nicht die amerikanische Nuklearkraft in Europa ersetzen, die offiziell dazu bestimmt ist, die „Sicherheit" derjenigen westeuropäischen Staaten zu garantieren, die wie die BRD, nicht über eigene Atomkraft verfügen. Sie sind somit nicht dazu in der Lage, die Koppelung zwischen den strategischen Systemen der USA und der „Verteidigung Europas" herzustellen.

Die Abkoppelungsbefürchtungen der Westeuropäer bekamen neue Nahrung, nachdem Kissinger im September 1979 in Brüssel feststellte, daß die oberste Stufe der Eskalationsleiter für den europäischen Kriegsschauplatz nicht mehr glaubwürdig zur Verfügung stehe. Für die USA ging es mit der Stationierung der neuen eurostrategischen Systeme um die Bereitstellung von Waffen für die Wahrnehmung erworbener Kriegsführungsoptionen, die Westeuropäer wiederum erhofften sich von der Stationierung der Raketen eine stärkere und glaubwürdigere Abkoppelung so das strategische Potential der



rat — Frauenlisten — Weiberrat — Frauenliste

Frau zu sein ist allein noch kein Programm

Die Diskussionen um Weiberräte und Frauenlisten haben viele Frauen aus allen Teilen der Frauenbewegung aufhorchen lassen. Die Hoffnung auf eine neue Bewegung der Frauen, auf Zusammenfassung und Aktionsfähigkeit durch neue Organisationsformen und Strukturen hat viele Frauen wieder zu Veranstaltungen, Tschis-ins und Frauengruppen motiviert. Dies alles ist zweifellos gewünscht. Zu hinterfragen ist allerdings, ob uns eine Frauenbewegung mit dem Hauptknoten „Frauen Macht Politik“ (wie die 4. Hamburger Frauenwoche es formulierte) oder „Frauenrepräsentanz“ in Institutionen wie Parlamenten etc. dem gewünschten Ziel näherbringt. Ich wage dies nicht nur in Frage zu stellen, weil mir die zweijährige Parlamentsmühle das Gegenteil bewiesen hat (immerhin machen wir Frauen dort zu 50% die Fraktionsarbeit), sondern auch, weil ich bei keinem vorgeschlagenen Modell der Frauenliste Sinn und Inhalt, geschweige denn Ziele herauszulesen vermag. Die oberflächliche Euphorie (speziell auch bei einigen Männern), jetzt „die Frauen doch mal rein zu lassen“, steht eher im Kontext der bisherigen Unfähigkeit gerade der Grünen/Alternativen, eine Frauenpolitik zu entwickeln, die über die eigene Parteiborniertheit hinausgeht und sich tatsächlich an den betroffenen Frauen richtet. Abgesehen von der Tatsache, daß Frauenrepräsentanz nicht unbedingt mit einem veränderten Bewußtsein bei den Wählern zu tun hat (siehe dazu die Bremer Weiberrat als

Sibylle Plogstedt zu dem Schluß, die autonome Frauenbewegung müsse sich öffnen für alle Frauen, bei Wahrung ihrer Autonomie gegenüber den Männern. Die vorgeschlagenen Weiberräte sollten nach dem Delegiertenprinzip bundesweit gegründet und gewählt werden. Wesentliche Begründung, mal abgesehen von der Analyse der Entwicklung der Frauenbewegung (auf die ich hier nicht weiter eingehen möchte, weil sie einen eigenen Artikel wert wäre) ist: „Es ist an der Zeit, daß wir uns auch wieder um die materielle Seite unserer Beschädigung kümmern. Und materiell ist nicht innerlich, nicht psychisch und nicht spirituellistisch — auch wenn alle drei Bestandteile unserer Beschädigung sind“.

Dieser Vorschlag wurde vor allem von den Frauen des Sozialistischen Frauenbundes (SFB) in die Hamburger Frauenbewegung getragen. Der SFB existiert in Hamburg seit einigen Jahren mit ca. 30 Mitgliederinnen. Ihr Ansatz in der Frauenpolitik ist, wie sie selber sagen, hauptsächlich theoretisch und wissenschaftlich. Sie haben in der Öffentlichkeit bislang vor allem die „Opfer-Täter“-Diskussion initiiert, sind ansonsten in der praktischen Arbeit kaum aufgefallen. Die aktuelle Diskussion um die Weiberräte und Frauenlisten wird öffentlich von Kornelia Hauser für den SFB in Stellungnahmen und Artikeln gezeichnet. Die Vorschläge des SFB für Hamburg sehen vor: „Die Liste bildet quasi eine Kampagne um die Wahl, die die Auf-

frage gibt, sondern deren sehr viele, und daß sie überwiegend sich an der Trennungslinie von öffentlich und privat bewegen, sollte den Rat zusammenschließen“ („faz“, 3.4.84; Leserbrief von Sibylle Plogstedt lehnen die SFB-Frauen eine Politik des Minimalkonsens allerdings ab; stattdessen wollen sie zu einem bestimmten Thema alle vorhandenen Positionen z.B. auf ein Flugblatt bringen. Konkret hieß dies z.B. für die §218-Kampagne, daß die Forderung nach ersatzloser Streichung des §218 neben der Forderung nach Fristenregelung oder dem „Erhalt des Lebens“ stehen könnte).

Bleibt noch zu ergänzen; daß die SFB-Frauen sehr frühzeitig (Ende '83) an den GAL-Frauenbereich herangetreten sind, um ihre Positionen und Ideen gemeinsam zu diskutieren. Weitergehende Einigkeit gab es allerdings nur für die Initiative eines Weiberrats, jedoch nicht über die Frauenliste oder das Politikverständnis der SFB-Frauen. In den zuletzt genannten Punkten tut sich der GAL-Frauenbereich schwer, eine Position zu beziehen; sicher auch, weil die Idee, Frauenlisten zu initiieren, vorerst als sehr reizvoll gesehen wird und eine große Unsicherheit bei den GAL-Frauen besteht, mit den Auseinandersetzungen untereinander zu beginnen.

Losgelöst von dieser Diskussion und auch vom GAL-Frauenbereich (jedenfalls hat bis heute kein einziges Ge-

spräch stattgefunden) wurde von Adrienne Gähler (Mitglied im Bundeshauptratsch der Grünen und Vertreterin der Strömung „Herzensbildung“ im Hamburger Landesverband) der Vorschlag eingebracht, eine „reine Frauenliste“ mit Frauen aus der GAL zu initiieren. Diese soll nach Fachkompetenz und politischen Strömungen zusammengestellt werden. „Nicht um die GAL zu einer Frauenliste umzufunktionieren, oder weil die Frauen jetzt endlich mal ne Chance kriegen sollen, sondern weil sie die GAL als Gesamtorganisation dazu ermutigen wollen, sich auf ein Experiment einzulassen. Es geht hier nicht um Frauenpolitik, wie sie beim Konzept des Weiberrats diskutiert wird, es geht hier darum, ganz normale Politik in die Hände von Frauen zu legen“ („faz“, 21.3.84). Wesentliches Argument von Adrienne ist, daß Frauen „andere“ Politik machen, und daß der „männliche Rahmen der Politik“ gesprengt werden soll; dafür müsse ein Experiment gewagt werden. Anzunehmen ist hier, daß die Gruppe „Herzensbildung“ ungefähr der Bundesfraktion der „Ökoberlären“ entspricht, wenn auch (wie alles in Hamburg) leicht nach links verzerrt. Vom Verdacht des feministischen Radikalismus ist Adriennes Vorschlag also völlig frei.

Mit einer Erwiderung auf Adrienne wandte sich Regula Schmitt Boll (GAL-Abgeordnete) gegen eine „reine Frauenliste“ der GAL, allerdings nicht gegen eine Frauenliste. Regula wendet sich gegen die Position, Frauen seien „bessere Menschen“ bzw. machen „andere“ Politik. Sie sagt: „Bei den vorhandenen Gegebenheiten ist eine auf den Weiberrat sich stützende Frauenliste in Hamburg nur mit der GAL denkbar. Nicht, weil die GAL Alleinvertragsrecht hätte oder beanspruchen würde, sondern weil die politischen Kraftverhältnisse und Sympathien so sind, daß bei allen an Diskussionen Beteiligten von vornherein die Übereinstimmung besteht, zwischen GAL und Frauenliste keine Konkurrenz herstellen zu wollen“. Regula will das Bündnis mit der Frauenbewegung auf einer programmatischen Grundlage und sie will den Schwerpunkt Frauenpolitik: „Genauso wichtig ist mir dabei die klare Festlegung darauf, daß mit der Frauenliste die bewußt getroffene Entscheidung verknüpft ist, für jedenfalls erstmalig eine Legislaturperiode den Schwerpunkt Frauenarbeit in der parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit zu setzen“ („faz“, 11.4.84). In diesem Zusammenhang sollen auch Schwerpunkte für die Frauenpolitik erarbeitet werden.

Sowohl die Darstellung der bisherigen Vorschläge für eine Frauenliste. Offenbar handelt es sich um drei ganz unterschiedliche Frauenlisten, mit denen ich mich im weiteren auseinandersetzen will.

„Frauen-Parität“ — Theorie und Praxis

Bevor ich konkreter auf den Vorschlag von Adrienne eingehe, möchte ich die

„Frauen-Parität“ — Theorie und Praxis

Bevor ich konkreter auf den Vorschlag von Adrienne eingehe, möchte ich die

Leser/innen nicht uninformiert lassen über die gegenwärtigen Zustände innerhalb der GAL. Die GAL ist zweifellos eine für heutige Verhältnisse klassische Mäckerorganisation. Dies äußert sich nicht nur in den Mitgliederzahlen von 30% Frauen und 70% Männern, sondern vor allem in der männlichen Dominanz auf Mitgliederversammlungen und in den beschlußfassenden Gremien wie dem Koordinierungsausschuß, wo so mancher Gockelkampf ausgefochten wird an dem sich kaum noch eine Frau beteiligen mag. Aber damit nicht genug. Die GAL-Frauen oder auch andere, die sich für einen Referentenposten bewarben, wurden samt und sonders für unqualifiziert erklärt, so daß wir im GAL-Apparat jetzt 19 Stellen für Männer und 2 für Frauen haben. Eine paritätische Beteiligung findet gegenwärtig nur in der GAL-Fraktion statt; auch diese wird über ganz in einem halben Jahr durch die Rotation auf 25% Frauen reduziert werden.

Auf diesem Hintergrund ist es allzu verständlich, wenn Frauen gerade auch aus der GAL die männliche Überheblichkeit und Kompetenzdiktatur mit einer Frauenliste überwinden wollen. Die Schlußfolgerung, es mal mit einem Frauen Zusammenschluß zu versuchen, liegt verständlicherweise näher, als sich weiter durch eine „Männerorganisation“ wie die der GAL zu quälen. Auf diesem Hintergrund sind auch die Vorschläge von Adrienne und Regula zu sehen. Sie haben allerdings nicht dazu geführt, daß sich die GAL-Männer mal mit der Frauenpolitik auseinandersetzen. Stattdessen wird danach geschrien, welcher der Vorschläge noch „tragbar“ sei.

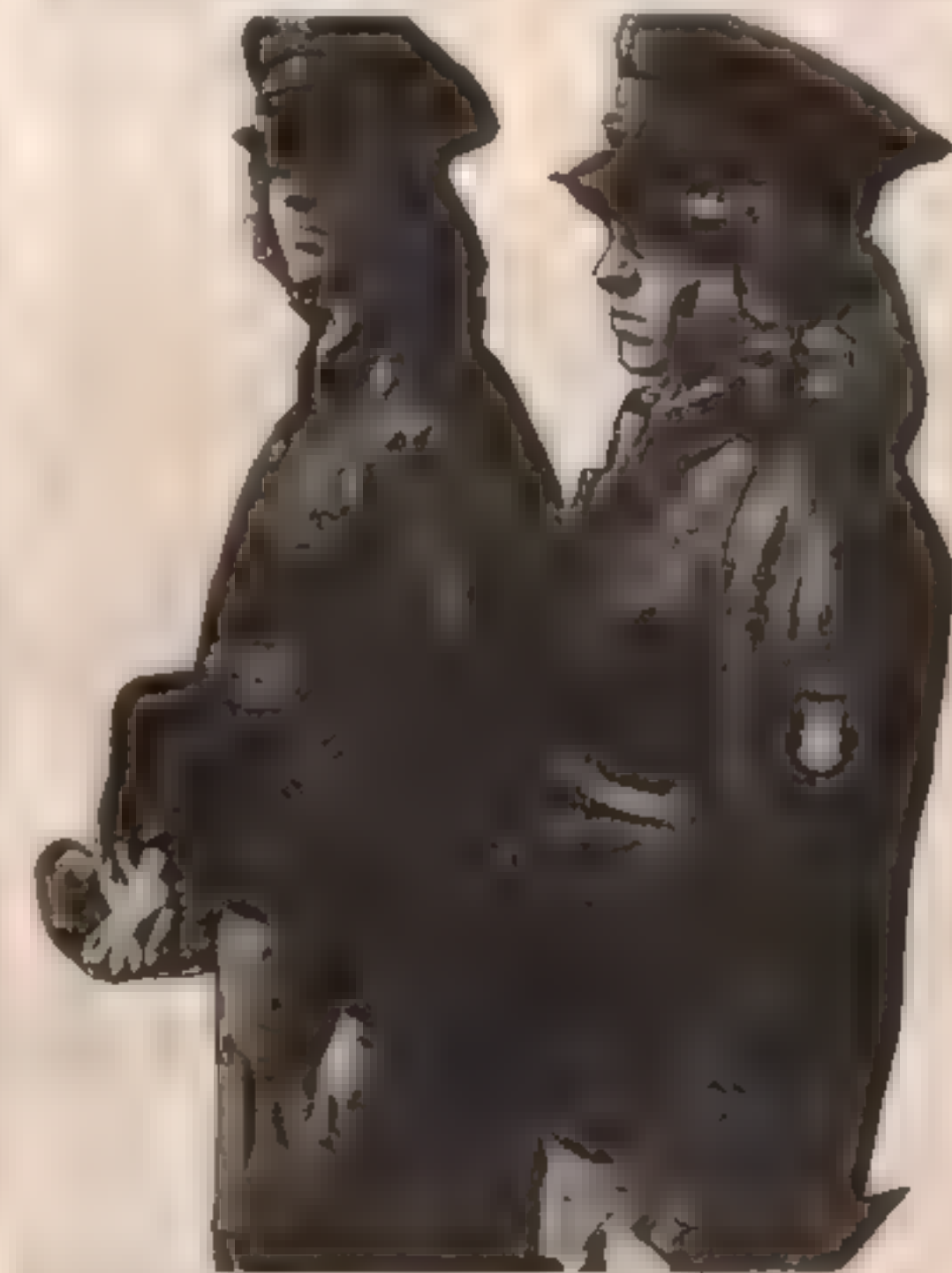
Das „Experiment“, Frau und „andere“ zu sein

Der Vorschlag von Adrienne, eine „reine Frauenliste“ mit GAL-Frauen aus Fachbereichen und verschiedenen Strömungen zu initiieren, wird vor allem mit der geschätzten Parität begründet: „Ich wage die These, daß die Parität nicht ausreicht, dem weiter auf die Spur zu kommen. Zu tief verwurzelt sind die männlichen Strukturen und Rationalität in eben solchen Institutionen wie etwa einem Parlament. Gegen sie und gegen die dort herrschenden Formen der Politik, die auch die GAL-Männer beherrschen (im doppelten Sinne), sich als Frau aufzulehnen und aus der Aufhebung ein anderes Konzept entstehen zu lassen, zum handelnden Subjekt zu werden, dafür brauchen wir das ganze Terrain zur Verfügung, weil unter den beschriebenen Bedingungen 50% Männer immer mehr als 50% Frauen ein sehr großzügiges Alibi abgeben für eine Politik, die bestimmt wird von dem männlichen Diskurs und Politikverständnis“ („faz“, 21.3.84). Offenbar ist es so, daß in paritätisch besetzten Gremien und Gruppen die Männer die dominierenden sind und patriarchalische Strukturen existieren. Sicher kann frau auch sagen, acht GAL-Frauen stören die patriarchalischen Parlamentsstrukturen mehr als vier Männer und vier Frauen.

Paritätisch besetzten Gremien und Gruppen die Männer die dominierenden sind und patriarchalische Strukturen existieren. Sicher kann frau auch sagen, acht GAL-Frauen stören die patriarchalischen Parlamentsstrukturen mehr als vier Männer und vier Frauen, aber dennoch ändert sich nichts wesentlich, weil der Herrschaftsapparat Parlament weiter von Männern dominiert und geführt wird. Die Frauen, die im parlamentarischen Bereich arbeiten, sind nicht an sich (aus biologischen Gründen, weil sie Frau sind) anders oder besser; das ist eine Frage von Inhalten und Bewußtsein. Wie Frauen sich diesen Ebenen patriarchalischer Politik anpassen können, zeigt sich bei den etablierten Politikerinnen. Das praktische Problem bei Adriennes Vorschlag liegt auf der Hand: fast alle Fachreferenten (19 von 21) sind Männer. Diese würden also die Zurecht für die Frauenliste tätigen müssen. Nach unseren bisherigen Beschlüssen ist die GAL-Fraktion kein beschlußfassendes Gremium, sondern der Koordinierungsausschuß, in dem ebenfalls hauptsächlich Männer sitzen. Und schließlich müßte an dieser Stelle auch gesagt werden, daß die Frauen (sicher auch wegen der männlichen Dominanz) keinen Bock haben, in diesen Gremien zu sitzen. Mit anderen Worten: Überall innerhalb der GAL sind Frauen unterrepräsentiert. Bei der Nachrückerfraktion werden nur noch 2 Frauen von 8 Abgeordneten in der Bürgerhaushalt arbeiten. Insofern finde ich Adriennes Argumentation in doppelter Hinsicht eine Vorspiegelung falscher Voraussetzungen und Tatsachen. Es könnte möglich sein, bei entsprechender Mobilisierung viele Frauen für die nächste Liste zusammenzubekommen, aber wenn es uns nicht gelingt, inhaltlich mehr mitzumischen und die Kraft zu haben, in die Männergremien zu gehen und mitzuarbeiten, bleibt letztlich alles beim alten bzw. werden wir wie bei den

Die Unsicherheit bei den GAL-Frauen besteht, mit den Auseinandersetzungen untereinander zu beginnen.

Losgelöst von dieser Diskussion und auch vom GAL-Frauenbereich (jedenfalls hat bis heute kein einziges Ge-



Auch die Hamburger Polizei legt „ganz normale Politik“ in die Hände von Frauen.

Foto: AK

Fortsetzung nächste Seite

Am 7./8. 4. 84 fand in Borken eine Landesmitgliederversammlung der besessenen GRÜNEN mit dem Schwerpunkt Frauenpolitik statt. Es sollten die Themen Gewalt gegen Frauen, Frauenverbalagult, § 218 und innere Strukturen diskutiert werden. Die Anwesenheit war eher schwach, etwa 200 waren gekommen, davon etwas mehr als die Hälfte Frauen. (Zum Vergleich: In Ussingen, wo es um die Verhandlungsergebnisse mit der SPD ging, gab es sich über 800 die Ehre.)

Danach ging es unverzüglich zur Sache. Monika Scheffler hielt ein Einführungsreferat, das die Rolle und Situation der Frauen bei den hessischen GRÜNEN wiedergab. Danach liegt der Anteil der Frauen bei den Mitgliedern bei 28,7%, im Landeshauptauschuss bei 26,5%, im Landesvorstand bei 16,6%, in der Landtagsgruppe bei 33,3% und unter den Angestellten der Partei bei 66%. Hier soll noch einmal die Aufstellung der Bundestagsliste der hessischen GRÜNEN erwähnt werden. Dort wurden die Frauen mit sage und schreibe 0,0% berücksichtigt.

Nun einige Passagen (zitiert aus dem Redemerkensprotokoll von M S), mitten aus dem Leben (nicht nur) der hessischen GRÜNEN

ten männlichen Redner zu widerlegen, oder sie nutzen die Zeit für eine Atempause. Frauen dürfen auch leise Funktionen haben, wenn es um Organisation geht. In den Entscheidungsgremien dominieren aber immer die Männer... Landesversammlungen, wo in der Regel wichtige Entscheidungen gefällt werden, sind gekennzeichnet durch lange Rednerlisten von summiert Männern; mangelnde Diskussion. Es geht um die möglichst gute Darstellung der eigenen Position, um möglichst viele Stimmen zu sammeln. Jede Kritik wird möglichst glatt abgeblüht, auf keinen Fall wird ernsthaft darauf eingegangen. Daß Frauen mit solchen Kommunikationsstrukturen Schwierigkeiten haben, verdeutlicht besonders eindrucksvoll die Redeliste der letzten Landesmitgliederversammlung in Usin-

— Unter 22 Menschen, die dort zu Wort kamen, waren 2 Frauen, also nicht mal 10%

— Unter den ersten 50 Leuten, die sich gemeldet haben, waren immerhin schon 14% Frauen.

— Unter den letzten 30 Leuten knapp 20% Frauen."

Aufgrund dieser und anderer Be-
urteilungen lag ein Antrag der Frank-
furter Frauengruppe vor, der folgende
konkrete Punkte zur Diskussion stellt
für ein noch zu erarbeitendes Frauen-
statut der hessischen GRÜNEN: Quo-
tierung in allen Gremien der Partei und
entsprechende Begleitmaßnahmen
Entlastung von Frauen bei organisato-
rischen Aufgaben. Bevorzugte Einstel-
lung von Frauen (bei gleicher Quali-
fikation) besonders bei „qualifizierten
Aufgaben“. Bevorzugtes Rederecht für
Frauen. Überprüfung aller program-
matischen Aussagen und ihrer Konse-
quenzen für Frauen durch eine Frauen-
kommission und die Einsetzung einer
Kommission zur Bekämpfung sexisti-
scher Tendenzen.

In der entsprechenden AG Innere Strukturen ging es aber wiederum im wesentlichen um die Posten, also die Quotierung. Es kamen die üblichen Argumente — sinngemäß so: Also was ist, wenn ein Reale-Mann gegen eine Funder-Frau kandidiert — da kann ich

doch als Realo nicht.... oder; was ist,
wenn keine Frau will... bis hin zu
Männerbeiträgen: Ja, wenn die Frauen
jetzt auf einmal wollen, also ich ver-
spreche mir nur davon, aber ach Gott
chen — dann sollen sie es doch auch
mal probieren usw. (Realos: Junior-
partner: Fundis: Radikalökologen).

Nichtsdestotrotz, die Frauen wären der Meinung, es müsse was passieren, und leiten folgenden Antrag vor:

1) Alle politischen Gremien der GRÜNEN auf Landesebene in Hessen sind mindestens zur Hälfte mit Frauen zu besetzen.

2) Sollten sich für die Arbeit in einem bestimmten Gremium nicht genügend Frauen bereitstellen, wird die Wahl auf die nächste Wahlversammlung, zu der gesondert eingeladen werden muß, verschoben.

3) Sollen zu dieser Wahlversammlung Frauen ihr Interesse nicht angemeldet haben, entscheiden die weiblichen Mitglieder dieser Versammlung darüber, ob frei bleibende Plätze mit Männern besetzt werden.

Punkt drei des Antrags fand aber auf dem Plenum keine Mehrheit, stattdessen wurde folgender Punkt aufgenommen: Die unter 1) und 2) genannten Punkte sind in das von der landesweiten Frauengruppe zu erarbeitende Frauenstatut einzuarbeiten, das im Herbst 1984 nach Diskussion in den Kreisverbänden auf einer Landesmitgliederversammlung verabschiedet wird.

Ein weiteres Ergebnis ergab die AG § 218, die forderte: Erzwungene Sterilisation des § 218 — für das Selbstbestimmungsrecht der Frau. Dies wurde vom Plenum mit fast einstimmiger Mehrheit auch in das Landesprogramm übernommen.

Die beiden anderen AG's, Gewalt gegen Frauen und Frauenberufshilfen, hatten noch kein konkretes Ergebnis, riefen aber dazu auf, in Zukunft diese Themen verstärkt in den Kreisverbänden zu diskutieren.

Am zweiten Tag der Versammlung haben die hessischen GRÜNEN ihre erste frauenfreundliche Nagelprobe absolut nicht bestanden. Da ging es nämlich um die Nachwahl zum Landvors-

stand. Vakant war der Posten des Kasserers. Es kandidierten zwei Männer und eine Frau. Ein Mann, Rolf Ascheberg (MIZ) zog seine Kandidatur zurück, da ihm der Widerspruch zu den Beschlüssen des Vortages auffiel; den anderen Kandidaten Manfred Morgensien (schl. das nicht an, er zog seine Kandidatur durch) Anträge die Wahl zu verschieben, fanden ke ne Mehrheit.

Aber nun zum Schicksal der Kandidatin, sie hat e kurzlich ihre Kandidatur angemeldet und tritt sich als Mitarbeiterin in der Frankfurter Friedens- und Umweltzone vor, was sie auch ist, und verspricht sich bei ihrer Vorstandsarbeit verstärkt für die Themen Frauen, Umwelt und Frieden einzusetzen. Es hatte sich offensichtlich herumgesprochen, daß sie im Gegensatz zu dem noch verbleibenden Kandidaten das hessische Verhandlungsergebnis mit der SPD ablehnt. Somit war sie für den realpolitischen Teil der heutigen GRÜNEN zum Abschluß freigegeben.

So wurde ihr gegenüber betont, daß sie nicht das Mandat der Landesfrauengruppe hätte, ihr unterstellt, daß sie nur die Situation ausnutzen wolle, daß das Ganze ein raffiniertes Manöver der Funda sei, und man behreite sie dankenweiter Weise auch, daß das Amt der Kassiererin mit viel Arbeit verbunden sei, so daß ihre Versprechungen in Sachen Umwelte, Frauen und Frieden eher kaum realisierbar seien. Derart in die Länge genommen, zog sie ihre Kandidatur zurück und bekam noch eine dröbere Iris Blaul (MdL) turnus mit einer persönlichen Erklärung an das Mikrofon und behauptete unser Beifall, das wäre ein Beispiel dafür, wie Frauen vorgeschoben und verheizt würden. Schließlich mußte die Betroffene gar noch richtig stellen, daß ihre Kandidatur nicht in fraktionellen Absprachen, sondern in freier Entscheidung entstanden war.

Der verbleibende Kandidat erhielt, jetzt alleine, mehr Nein- als Ja-Stimmen. Immerhin. Und trotzdem: schöne Schaufensterbeschlüsse — ältere Praxis?

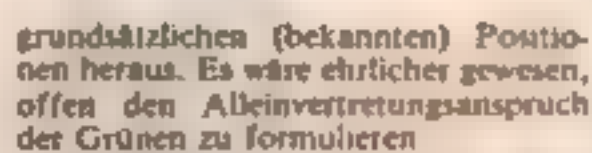
KB/Groep Frankfurt

Fortsetzung von vorheriger Seite

einblühten Parteien unsere Alibi-Frauen haben, und sonst gar nichts.

Die Sympathisanten dieser Form von Frauenliste (damit meine ich die GAL-Männer) müssen sich auch die Frage gefallen lassen, ob ihre Sympathie daher rührt, weil Adriennes Vorschlag ausdrücklich betont, nichts mit Frauenpolitik am Hut zu haben. Oder ist es das „Experiment“, das mich an die sozialdemokratischen Modellversuche „Mädchen und Frauen in Männerberufen“ erinnert? Nun bedarf es zweifellos keiner wissenschaftlichen Untersuchung, ob Frauen das Gleiche können wie Männer. Jedenfalls haben wir dies im Frauenprogramm behauptet, weil es für uns eigentlich immer klar war, daß es hier um eine gesellschaftspolitische Frage geht. Trotzdem frage ich mich, was so sympathisch ist an diesem Experiment. Reicht es nicht aus, daß die Kommentatoren der Medien sich nicht wieder einkriegen, wenn es darum geht, daß die grünen Frauen in Bonn nicht nur präsent sind, sondern auch noch was Kluges zu sagen haben? Sicher kann Frau bei diesen Zynikern einen klammheimlichen Triumph empfinden (sich auch), aber das reicht nicht aus, zumal damit eh die Frauensolidarität und Frauenverachtung in dieser Gesellschaft nur ein weiteres Mal dokumentiert wird. Wenn es also nicht das „Experiment Frau“ bleiben soll, bleibt noch das Argument von Adrienne, daß Frauen eine „andere Herangehensweise“ in der Politik haben. Zweifelslos ist das Auftreten einiger Männer im Parlament „anders“; Thomas Ebermann ist nicht nur anders als Theo Bock, sondern auch weitaus rhetorischer als Dohnanyi. Und Jostcha Fischer sollte man weniger den Tip geben, das „Andere“ von den Frauen zu übernehmen als aufzupassen, daß er nicht die etablierte Art der Politik in seine rhetorischen Fähigkeiten allzuweit integriert. „Anders“ bin auch ich als Regula oder Theo oder umgekehrt. Ich will damit nur deutlich machen, daß erstens die Frauen Fähigkeiten haben und diese bislang immer an den Inhalten gemessen wurden und nicht an der Summe oder den Gesichtswerten. Und zweitens, daß das „Andere“, an das sich Adrienne gerne „heranastet“ will, nicht anderes ist als die Ergebnisse einer rollenspezifischen Erziehung: Männer sind auf Leistung, Aggressivität, Mut getrimmt, während wir Frauen emotional, fürsorglich und friedfertig zu sein haben. Dahinter scheint ein unpolitisches und biologisches Herangehen

an diese Frage zu stehen. Das zeigt auch das Beispiel von Adrienne mit der Frau Hamm-Brücher (FDP), wenn sie schreibt: „Sie hat sehr identisch, authentisch ihrer Verachtung Ausdruck verliehen, in einer Rede, die nicht brillant in Rhetorik und Argumentation war, aber die stimmte und überzeugte, denn sie hat in erster Linie betroffen und getroffen, weil sie sich nicht nur als Trägerin einer Argumentation, sondern als Person vermittelte“. Nicht die Tatsache zählt, daß diese Frau Hamm-Brücher letztlich die Wende mitvollzieht, sondern daß sie in einem schwachen Moment mal „betroffen“ und als „Person“ Frau auftrat. Wenn diese Frau „Maßstäbe“ gesetzt hat, wie Adrienne schreibt, kann man doch eigentlich nicht weit davon entfernt sein, auch die CDU-Frauen, die gegen eine Verschärfung des § 218 sind, in dieses „andere“ Politikverständnis mit einzureihen. In diesem Punkt der Argumentation unterscheidet sich Adrienne kaum von den SEB-Frauen, für die das Trennende in der Politik aufgehoben wird zugunsten des Verbindenden, nämlich Frau zu sein. Als letztes soll die Bündnisfeindlichkeit von Adrienne nicht unerwähnt bleiben, denn diese steht in Ihrem Beitrag außerhalb jeder Diskussion. Sie beruft sich auf ihre eigene Interpretation der Polarisierung der Frauenbewegung: Da gibt es die „Lisa Latzowski Frauen“, die pauschal in die Kategorie „Organisations- und Parteifeindlichkeit“ eingeordnet werden, und die Politikfrauen sind eh schon bei den Ökon/Ahemselben, also was soll da noch die gemeinsame Diskussion bringen? Aber ich vermute hier auch, daß es Adrienne gar nicht um die Bewegungsfrauen geht, als vielmehr um die DKP/DFJ-Frauen. Es ist bekannt, daß die DKP- und DFJ-Frauen sich in die Diskussion um Weiberrat und Frauenlisten einmischen haben. Das ist zwar allgemein nicht auf Sympathie gestoßen, aber für Adrienne ein Grund, gleich an die programmatische Ausgrenzung und Unverbindbarkeit der Grünen zu erinnern, wie bei der letzten Wahl die „wichtigsten Persönlichkeiten der Friedensbewegung in Gestalt der Freunde der DAP und ihr verwendeten Organisationen abgewiesen“ wurden. Anscheinend ist es die Hauptbefürchtung von Adrienne, dies jetzt mit Teilen der Frauenbewegung wieder zu erleben. Ich kann Adrienne beruhigen, und wenn sie an der Diskussion teilnehmen würde, müßte sie es eigentlich selbst wissen, daß die DAP natürlich eine Frauenliste ablehnt, aus ganz



Abschließend möchte ich zu dieser Form der Frauenliste noch anmerken, daß der Vorschlag von Adrienne vielleicht auf den ersten Blick den Eindruck erweckt: Wir machen alles wie bisher, nur mit Frauen, und deshalb, wenn schon Frauenliste, dann diese, denn die scheint die poliuchere Idee von allen Frauenlisten zu sein. Ich habe versucht nachzuweisen, daß mit diesem Vorschlag nicht nur eine Entpolisierung der GAL vorgetragen wird, sondern auch ein „neues“ Verständnis von Frauen und Politik damit festgelegt wird, das wesentlich von unserem Selbstverständnis abrickt.

Die Auseinandersetzung um das Frauenlisten-Modell von Regula und das aus Teilen der Frauenbewegung läßt sich nur schwer voneinander trennen, weil Regulas Vorschlag (eine Frauenliste im Bündnis mit der Frauenbewegung auf einer programmatischen Grundlage) daraus resultiert, daß in Teilen der Frauenbewegung eine Diskussion zustande gekommen ist. Um diese Diskussion nachvollziehen zu können, noch ein paar Worte zu der Entwicklung

Die Idee der Weibertrie und Frauenlisten ist von Anfang an maßgeblich von den SIB Frauen (bzw. von Kornelia Hauser) in die Hamburger Frauenbewegung getragen worden. Zwar munkelte man über Widerstände auch

innerhalb des SFB, aber öffentlich ist bislang davon nichts zu erfahren. Zu der ersten Diskussion um Weiberrat und Frauenliste riefen die SFB- und GAL-Frauen gemeinsam auf. Über 100 Frauen kamen aus allen Teilen der Frauenbewegung zusammen: von autonomen Frauen bis hin zur DKP/DFI und SPD-Frauen. Die Diskussion war von dem Wunsch geleitet, die Frauenbewegung wieder aktionsfähig zu machen und die Zersplitterung innerhalb der Frauenbewegung zu überwinden. Ob dies allerdings durch die Gründung eines Weiberates erreicht werden kann, steht auf breite Skepsis, auch weil die inhaltlichen Ideen bzw. das, was im Weiberrat passieren sollte, fehlten. Daraus resultierte auch, daß die Frauenliste gar nicht erst diskutiert wurde, weil die meisten Frauen zunächst weiter über den Weiberrat reden wollten. Die DKP/DFI-Frauen erklärten: Weiberrat ja, Frauenliste nein, aber wir brauchen Schwerpunkte wie 35 Stunden-Woche, §218 und Mutter-schaftsurlaub (die Reihenfolge kann falsch sein); so und nicht anders könnten sie mitarbeiten. Dieses Vorgehen fand wenig Sympathie; fühlten sich doch viele gleich wieder von den organisierten und Partisfrauen vor den Karten gespannt. Die weitere Diskussion war dann auch weniger davon geleitet, was in so einem Weiberrat inhaltlich stattfinden könnte, als vielmehr von den Bedenken und Ängsten, alte Aktionsformen und Zusammenschlüsse zu wiederholen, wie z. B. die frühere Frauenaktionsseinheit in Hamburg (ca. 40 Frauengruppen arbeiteten hier zusammen). Dieses erste Treffen endete mit dem Vorschlag, weiter zu diskutieren. Zur Hamburger Frauenwoche im März dieses Jahres sollte dann der Weiberrat gegründet werden. Die „lu“ brachte euphorische Schlagzeilen: „Das Bündnis neben dem Unterschied“ und „Autonome und organisierte Frauen tun sich zusammen“, aber spätestens auf der Veranstaltung wurde klar, daß der Weiberrat in Hamburg vorerst nicht zustande kommt. Den meisten Beifall von mehreren hundert Frauen erhielt Ingrid Torbrügge aus der autonomen Frauenbewegung für ihren Beitrag gegen den Weiberrat. Mit Recht wie sie darauf hin, daß die Frauenbewegung viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Auseinandersetzung bislang nicht in Anspruch genommen hat; sie nannte die „Hamburger Frauenzeitung“ sowie die „Hamburger Frauenwoche“ und plädierte dafür, die bestehenden Strukturen innerhalb der Fra-

enbewegung zu nutzen. Nicht ver-
schwigen werden soll, daß Burgis Ab-
lehnung des Weiberrates weitgehend
mit der alten Organisations- und Par-
teifeindlichkeit begründet wird. Auf
der Veranstaltung sagte sie: „Das tau-
chen mit einer Selbstverständlichkeit
Begriffe wieder auf, die das alte, das
linke Politikverständnis widerspiegeln.
Alt, weil es die Vitalität einer Bewe-
gung nur oder hauptsächlich an ihrer
Mobilisierungsfähigkeit und Effektivität
misst Alt auch deshalb, weil richtige
politische Arbeit“ wieder heißen soll,
andere viele zu überzeugen, ihnen das
richtige Bewußtsein zu bringen — der
Rest ist dann keine Politik, sondern
Kultur. Alt auch, weil als neue Orte der
Politik wieder Parlament, Partei, die
Institutionen bestimmt werden“ (Ma-
terial gegen den Weiberrat)

Mit diesen und ähnlichen Begründungen ist zwar die Gründung eines Weberrates verhindert worden. Trotzdem soll aber weiter nach Strukturen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit gesucht werden, sodaß weitere Treffen stattfinden und -finden. Das vorläufige Ergebnis dieser Treffen ist, daß im Herbst dieses Jahres ein feministischer Frauenkongreß in Hamburg stattfinden soll. Dort sollen die Fragen im Mittelpunkt stehen, die die Frauenbewegung trennen und einigen; Fragen, die das Verhältnis von organisieren und autonomen Frauen klären sollen, Aufarbeitung der Entwicklung der Frauenarbeit, wie die Projektarbeit der Frauenbewegung radikal zu hinterfragen. Dieser Kongreß wird zur Zeit inhaltlich vorbereitet und kann ein vielversprechender Ansatz sein, neue Erkenntnisse und Erfahrungen zu sammeln, um dann tatsächlich wieder aktionsfähiger zusammenarbeiten zu können. Die einzige Strömung, die weiterhin und sofort an der Gründung des Weberrates festhält mit dem Ziel einer Frauenliste, ist genauwärtig der SFB.

Am Anfang dieses Artikels habe ich bereits einige Zitate zum politischen Verständnis der SFB-Frauen zum Vorterrat und zur Frauenliste vorgetragen. „Frau sein ist unser Programm“, das heißt vor allem, daß alle Frauen betroffen sind von der Unterdrückung und deshalb nur schwer eine Grenze zwischen linken und rechten Frauen zu ziehen sei. Entscheidend für die SFB-Frauen ist aber die Meinung, daß eine Frauenliste zwar mit den GDL-Frauen, nicht aber mit der GDL als solche zu-

Polmetron's nächste Station

at — Frauenlisten — Weiberrat — Frauenlisten

Fortsetzung von vorheriger Seite

stände kommen soll. Denn die Arbeit im Parlament soll vom Weiberrat kontrolliert und bestimmt werden, und es wird auch explizit so gesagt, daß der Weiberrat „keineswegs parteiiformig — das würde ihn sofort zerstören!“ arbeiten darf. Zwar sind die GÄL-Frauen gefragt, nach dem Motto „wir brauchen die Polsterkerin“, aber ich bezweifle das ernsthafte Anliegen der SFB-Frauen, mit uns zusammenarbeiten zu wollen. Dies zeigt sich schon daran, daß keiner unserer Einwände gegen die Frauenliste in neueren Stellungnahmen des SFB Eingang fand, geschweige denn einer Auseinandersetzung unterzogen wird. Da ist zum einen, daß die GÄL-Frauen indirekt aufgefordert werden, ihre Organisation zu verlassen, zum anderen hat es immer wieder Kritik am Politikverständnis der SFB-Frauer gegeben, die alles und jedes in der Frauenunterdrückung („Wer will denn sagen, welche der vielen Frauenunterdrückungen die „wichtigste“ ist?“) zu unserer gemeinsamen Politik machen wollen. Ebenso wenig ist unser Vorschlag auf Resonanz, doch erstmal zu nutzen, daß gegenwärtig vier GÄL-Frauen in der Bürgerschaft sitzen und ansprechbar für Frauenpolitik auf parlamentarischer Ebene sind, auch, um die Abgehobenheit, mit der die SFB-Frauen das Parlament erschürmen wollen, durch eigene Erfahrungen zu relativieren. Bislang ist hier nichts passiert, stattdessen wird der Gründungsdruck für Weiberrat und Frauenliste von den SFB-Frauen, ohne jegliche Annäherung an inhaltliche Positionen, vorangetrieben. Politisch und wir dermaßen weit entfernt voneinander (oder zählt unser Frauenprogramm nicht mehr?), daß ich mich und die GÄL-Frauen insgesamt nicht für diese Art von Frauenliste funktionalisieren lassen wollen. Das soll nicht heißen, daß nicht auch Frauen aus der Frauenbewegung auf der nächsten GÄL-Liste kandidierten sollten. Allerdings müßte da schon so etwas wie ein politischer Konsens zwischen den Frauen bestehen, und den vermag ich beim besten Willen zur Zeit mit den SFB-Frauen nicht zu sehen.

Insofern geht Regulas Vorschlag — eine Frauenliste mit Programm und Schwerpunkten — auch an der Sache und der anstehenden Auseinandersetzung vorbei, denn auch ihr Vorschlag wird gar nicht erst von den SFB-Frauen aufgegriffen, weil er offensichtlich auch nicht gewollt ist.

Regulus Vorschlag zielt in eine andere Richtung; sie schreibt: „Eine **Weiberrats-GAL** oder auch **GAL-Weiberrats-Liste** muß also Ausdruck einer Zusammenarbeit und Schwerpunktssetzung von **Weiberrat und GAL** in der Frauenpolitik sein und darf sich nicht begnügen mit Hoffnung, die größere Präsenz von Frauen (die im Parlament verbleiben mit Ausnahme, der größere Präsenz von Frauen (die im Parlament verbleiben ohnehin weiter eine sehr kleine Gruppe wären) führe zur politischen Veränderung im Sinne zumindest anderer, weiblicher Umgangsformen. Es kann nicht allein darum gehen, die „männliche Kultur“ schon durch pure Anwesenheit und Masse“ zu brechen (K. Hauser), sondern „es ist an der Zeit, daß wir uns wieder um die materielle Seite unserer Beschädigung kümmern. Und materiell ist nicht innerlich, nicht psychisch und nicht spirituellistisch – auch wenn alle drei Bestandteile unserer Beschädigung sind“ (S. Plogstedt)“. Regulus Schlußfolgerung: eine Frauenliste im Bündnis mit der Frauenbewegung, eine gemeinsame Programmatik, die die GAL für eine Legislaturperiode zu ihrem Schwerpunkt mache, – Auch hierzu möchte ich einige Anmerkungen machen. Zweifellos hat die GAL ein großes Defizit in der Frauenpolitik, und wir werden uns noch den Kopf zu zerbrechen haben, wie wir dieses Defizit beseitigen. Solange wir die Situation in der GAL nicht ändern und nur auf parlamentarischer Ebene Frauen präsent sind, ändert sich sehr wenig. Die GAL-Frauenpolitik hat nicht zuletzt auch darunter gelitten, daß viele aktiv Frauen von der Parlamentarierarbeit aufgezogen wurden und im Frauenbereich kaum noch aktiv mitarbeiten konnten. Aber unabhängig davon ist dies ja auch eine programmatische Frage, das heißt, wenn auch a) die Defizite in anderen Bereichen dementsprechend mit entsprechenden Listen gelöst werden? Ich denke da z.B. an Behinderten-, Rentner-, Jugend- oder Elternlisten. Würden diese so initiiert, gäbe es mit ziemlicher Sicherheit eine große Aufspaltung der oppositionellen Stimmenpotentials der GAL. Es ist doch einfach nicht zu bestritten, daß eine reine Frauenliste wahrscheinlich nur neue Wähler/innen-Stimmen aus der autonomen Frauenbewegung auf sich ziehen könnte, oder sie müßte, um von mehr Frauen

gewählt zu werden, ihre Politik insgesamt rechts von der GAL machen, d.h. vor allem in Richtung SPD. Wenn wir dabei berücksichtigen, daß die GAL-Frauen zu den letzten Wahlen mit dem Slogan „Auf unserer Liste kandidieren auch Männer“ angetreten sind, nach den Wahlanalysen uns aber relativ wenig Frauen gewählt haben, bleibt uns doch gar nichts anderes, als auf Stimmenfang bei der SPD zu gehen. Mit anderen Worten: Eine Frauenliste würde nur einen Teil der oppositionellen Stimmen bringen, und das wäre bei den jetzigen politischen Verhältnissen und der gesellschaftlichen Polarisierung nahezu grotesk.

Deshaub würde ich vorschlagen, daß Regular Injertion in der Weise aufgegriffen wird, daß Frauenpolitik zu einem Schwerpunkt für die nächste Legislaturperiode oder besser jetzt schon erklärt wird, aber nicht zu dem einjährigen

Wie Walter..?

Ich will und kann im folgenden kein Konzept aufklappen, wie die Frauenpolitik in Hamburg weiterentwickelt werden soll. Aber ich meine, es gibt einige Ansätze, wo es sicher lohnt, aktiv zu werden. Ich meine zum Beispiel die Diskussion um die Situation der Prostituierten in St. Georg, die letzten sporadischen Angriffe auf die Frauenhäuser, die wieder im Gang gekommene §218-Bewegung, die geplante Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr und natürlich auch die Diskussion um Zusammenschluß und Aktionsfähigkeit der Frauenbewegung. Für alle angesprochenen Punkte sind heute zarte Pflänzchen einer Bewegung erkennbar, aber wir müssen sie zur Blüte treiben.

Ein weiterer Ansatz scheint mir der Frauenkongreß für den Herbst zu sein, an dessen Vorbereitung sich die GAL-Frauen ja schon beteiligen. Darüber hinaus sollten wir den Vorschlag der autonomen Frauen, bestehende Strukturen zu nutzen, dahingehend erweitern, daß wir unsere Erfahrungen im Parlament öffentlich darstellen, um auch auf dieser Ebene zu einer tatsächlichen Zusammenarbeit mit der Frauenbewegung zu kommen.

Abschließend und zusammenfassend möchte ich noch einmal betonen, daß ich nicht dagegen bin, wenn mehr Frauen auf der nächsten Liste zur Bürgerschaft kandidieren; das Gegenteil in der Fall. Wenn wir unter den gegebenen Bedingungen innerhalb der GAL die Parität erreichen wollen, dann haben wir noch viel zu tun.

Lita Jelpke
(Die Verfasserin ist Abgeordnete der
GAL in der Hamburger Bürgerschaft)

Gleichberechtigung oder Demokratie

Vor 35 Jahren, am 8. Mai 1949, verabschiedete der Parlamentarische Rat 61 Männer, 4 Frauen — das Grundgesetz in Bonn. Nach langem, zähem Ringen hatten die SPD-Frauen den Artikel 3, Absatz 2, „Männer und Frauen sind gleich“, in der Verfassung verankern können.

In seine Arbeit zu erleichtern, hatte der Parlamentarische Rat verschiedene Ausschüsse geschaffen. Der Grundsatzausschuß erarbeitete den ersten Entwurf des Grundgesetzes. Dann diskutierte und änderte der Hauptausschuß diesen Entwurf. Schließlich beschäftigte sich das Plenum des Parlamentarischen Rates mit dem 1. (Grundgesetz), um die endgültige Fassung zu verabschieden.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Bei der ersten Lesung des Artikels 3, Absatz 2 im Grundsatzausschuß (am 5. Oktober 1948) beschränkte sich die Gleichberechtigung allein auf den politischen Bereich: „Männer und Frauen haben dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“. Dieser Satz war fast wörtlich aus der Weimarer Verfassung abgeschrieben, und der Fortschritt war bescheiden: In der Weimarer Verfassung hatten die Frauen nur „grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte“. Staatsrechtlich bedeutet „grundsätzlich“: Ausnahmen aller Art sind ausdrücklich zugelassen.

Die SPD forderte, im Artikel 3,2 sollte festgelegt werden, daß Frauen für gleiche Arbeit den gleichen Lohn wie Männer erhalten. Eine detaillierte Bestimmung war bereits 1946 in der bayerischen und heussischen Verfassung niedergelegt worden. „Ich könnte mir aber denken, daß mit der Verankerung des gleichen Lohnanspruchs für Männer und Frauen doch der augenblicklichen Situation gewissermaßen Rechnung getragen wird“, erläuterte die SPD-Abgeordnete Friederike Nädig. Im Krieg und in den Jahren danach hatten die Frauen Wirtschaft und Gesellschaft fast ohne Männer organisiert. Auch die CDU Abgeordnete Helene Weber unterstützte diesen Antrag, um der SPD den Wind aus den Segeln zu nehmen. Aus den Sitzungsprotokollen der Unionsfraktion (S. 128) geht klar hervor, daß nur taktische Gründe maßgebend waren. Sie wollte die Bestimmung an einer anderen Stelle im Grundgesetz unterbringen, und zwar in einem geplanten Abschnitt über soziale Rechte. (Einen entsprechenden Abschnitt gibt es im GG nicht). Später ließ sie sich von ihren christlichen Kollegen von ihrem Vorhaben abbringen. „Denn sie sich von ihren christlichen Kollegen von Ihrem Vorhaben abbringen. Diese Forderung fällt unter Artikel 3,3 „Niemand darf wegen seines Geschlechts ... benachteiligt ... werden“ Daher mußte dies nicht noch einmal im GG aufgenommen werden. Frau Nädig ließ sich damit nicht abspenken und bestand weiterhin auf dem SPD-Antrag.

Der Vorsitzende des Grundgesetzsausschusses, Hermann von Mangoldt (CDU/CSU), erklärte daraufhin: Wenn die Frauen im Plenum des Parlamentarischen Rates eine Erklärung abgeben würden, in der festgelegt würde, daß Artikel 3,3 eine ungleiche Bezahlung von Mann und Frau nicht zulasse, dann müßten die Juristen dies in ihren Kommentaren berücksichtigen. Damit wären die Frauen einverstanden, doch eine solche Erklärung kam nicht zustande. Später versuchte die KPD vergeblich, eine entsprechende Bestimmung im Grundgesetz unterzubringen.

Unheimliche Zustände

Erst bei der 2. Lesung des Artikels 3,2 (am 30.11.48) im Grundgesetzausschuß beantragte die SPD-Abgeordnete Nagd die heutige Fassung „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Gleich zeitig stellte die CDU-CDL-Fraktion einen Antrag, mit dem jede Gleichberechtigung unmöglich gemacht werden konnte. Sie wollte den Artikel 3,1, „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“ mit dem Satz ergänzen: „Das Gesetz muß gleiches gleich, es kann verschiedenes nach seiner Eigenart behandeln. Jedoch dürfen die Grundrechte nicht angetastet werden.“ Die CDU-Abgeordnete Weber bestand auch in einer Zwischmühle. Den SPD Antrag lehnte sie ab, „dann darf ich ruhig sagen: alle Menschen sind nicht gleich, auch die Männer untereinander nicht, die Frauen untereinander nicht.“ „Es mußte eine Formulierung gefunden werden, die zum Ausdruck bringt, daß Frauen nicht minderem Rechte sind, das will ich unter keinen Umständen“

Frau Nadig (SPD) befruchtete: „Daß man auf Grund des Zusatzes: Verschieden behandeln, doch wieder eine ganze Reihe von Ausnahmestimmungen gegen die Frau bekommt.“ Der CDU/CSU-Antrag wurde mit den Stimmen der konservativen und liberalen Mehrheit verabschiedet. Den Antrag der SPD lehnen konservative und Liberale ab, weil sonst „das Bürgerliche Gesetzbuch verfassungswidrig“ wäre. So Thomas Dehler von der FDP: Im Bürgerlichen Gesetzbuch war damals die Verfügungsgewalt des Mannes über seine Frau und ihr Vermögen eindeutig zugunsten des Mannes geregelt. Weiter störte Dehler am SPD-Antrag: „Das Doppelverdienstium könnte in sozialen Krisen nicht mehr unterbunden werden.“

In der Diskussion um das „Doppelverdiensternum“ machten die Parteien deutlich, daß die Familie der richtige Platz für die Frau ist. Frau Weber, CDU: „Wir dürfen ruhig sagen, daß es unerfreulich ist, wenn die Frau aus der Familie ausscheidet und wenn der Mann bleibt und die Kinder sowie die Frau versorgt. Ich trete dafür ein, daß die Frau für das Familienleben frei wird.“ Es seien „uneinheitliche Zustände“, wenn Männer weniger als Frauen verdienen. Für den SPD-Abgeordneten Ludwig Bergstrasser waren es „sonderbare Fälle, in denen ein Mann sehr wenig und eine Frau sehr viel verdient“¹, und die Familie in Not grät, wenn die Frau den Beruf aufgeben muß.

Zweiter Versuch

Am 3. Dezember wurde der Artikel 3 in folgender Fassung zur ersten Lesung in den Hauptausschuß eingebracht: „(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, sie kann Verschiedenes nach seiner Eigenart behandeln. Jedoch dürfen die Grundrechte nicht angegriffen werden.“

(3) Niemand darf seines Geschlechts ..
wegen benachteiligt oder bevorzugt
werden."

Noch einmal stellte die SPD-Fraktion den Antrag, den Absatz 2 so zu fassen: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Die SPD-Abgeordnete Elisabeth Seibert begründete ihren Antrag so: „In meinen kühnsten Träumen habe ich nicht erwartet, daß der Antrag im Grundsatzausschuß abgelehnt werden würde“. Die Frau „muß auf allen Rechtsgebieten dem Manne gleichgestellt werden. Die Frau, die während des Kriegsjahres auf dem Tannenberg eingestiegen und den Mann, der während des Kriegsjahres auf den Trümmern gestanden und den Mann an der Arbeitsstelle ersetzt hat, hat heute einen moralischen Anspruch darauf, so wie der Mann bewertet zu werden ... Nun wird man mir entgegenhalten. Durch diesen Artikel macht ich mit einem Schlag das bürgerliche Rechtsverfassungswidrig, und das ist nicht anhängig.“ Deshalb schlug sie eine Übergangsfrist bis 1951 vor. Bis dahin sollten die entsprechenden Gesetze geändert werden. Der KPD-Abgeordnete Heinrich Renner war gegen die Übergangsfrist: „Wenn wir eine so lange Zeitspanne lassen, befürchte ich, daß überhaupt keine Änderung eintreten wird.“

Für den Fall, daß der Artikel wieder abgelehnt würde, kündigte Frau Seiden an, daß „in der gesamten Öffentlichkeit die maßgeblichen Frauen dazu Stellung nehmen werden, und zwar derart, daß unter Umständen die Annahme der Verfassung gefährdet wird.“

In der Debatte über den Antrag batonte Hermann von Maggaldi, Professor für Öffentliches Recht, „Wir waren durchaus der Auffassung, daß die Frauen den Männern gleichgestellt werden sollten. Wir waren nur der Auffassung, wenn wir den Antrag vorsehen würden, könnten sich rechtliche Konsequenzen ergeben. Besonders unangenehm wären ihm die Änderungen im Eherecht, „vor allen Dingen im Ehegüterrecht“, die sich ergeben hätten. Frau Weber hatte ihre CDU-Kollegen in der Fraktionssitzung gebeten gegen die Gleichberechtigung nur junisch zu argumentieren (Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion S. 253 f.). Ähnlich argumentierte Max Becker (FDP). Nach seiner Meinung wurde 1943 in der deutschen Familie das Chaos ausbrechen. „Wer hat während des Bestehens der Ehe die gesetzliche Gewalt über die minderjährigen Kinder, der Mann oder die Frau oder beide? Wenn zwei eine Gemeinschaft führen“, muß einer „irgendwie vorangehen“, was „wohl nicht zu lösen sein wird“.

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Carlo Schmidt (SPD), machte deutlich, daß sich mit der Annahme des Artikels nichts ändern würde. Nur ein paar Bestimmungen im Bürgerlichen Gesetzbuch waren noch an der Meinung nicht mehr zeligemäß. „Es ist klar, daß die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches, zum Beispiel die Bestimmungen, die die Frau in ihren Rechtsbeziehungen an gewisse Genehmigungen binden, nicht getroffen worden sind, um die Frauen zu benachteiligen. Diese sind getroffen worden, um die Frau zu schützen. „Denn die Frau kann den Anspruch erheben... daß ihr zugeführt wird, mit der gleichen Verantwortlichkeit (wie der Mann) „für ihre Interessen zu sorgen. Es handelt sich also genau gesehen darum, daß die Frau erwartet, daß diese fürsorgliche Vormundschaft über sie aufgehoben wird. Es geht den Frauen letzten Endes und das ist ein großes Wort — um die Ehre und nicht um die Bestimmung.“ Auch diesmal wurde der SPD-Antrag abgelehnt (11 Nein-Stimmen von CDU/CSU, FDP und DP gegen 9 Ja-Stimmen von SPD und KPD).

Proteststurm

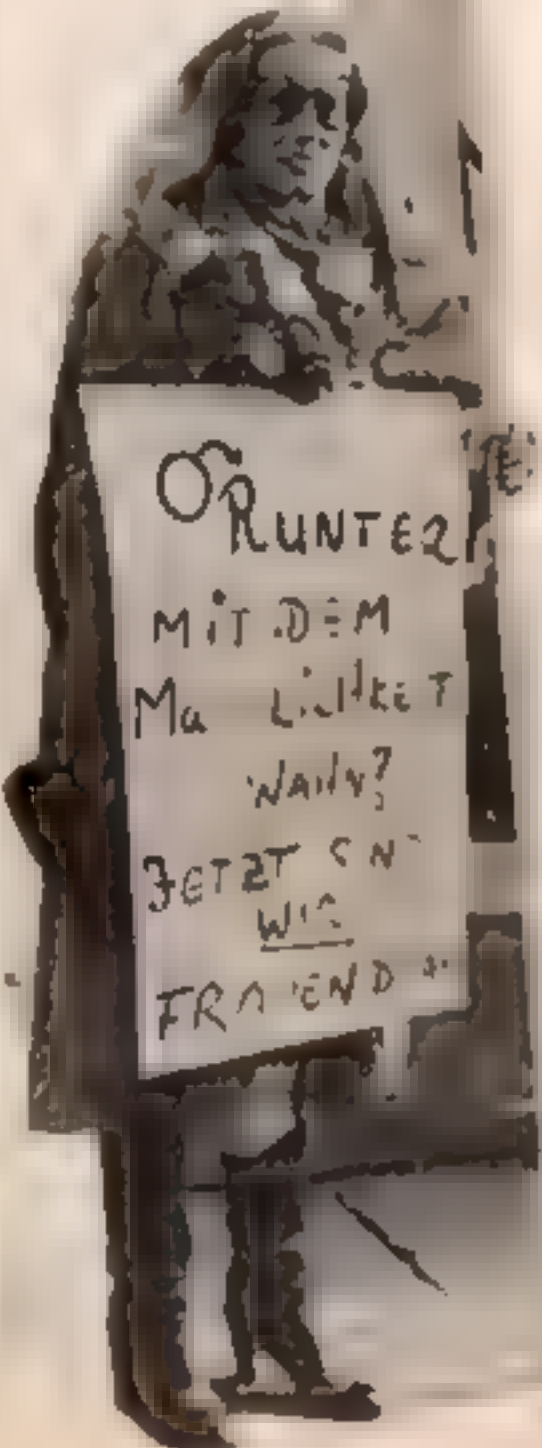
Bei der zweiten Lesung im Hauptausschuß am 18. Januar 1949 wurde der Artikel 3,2 gemäß dem SPD-Antrag einstimmig verabschiedet. Der große Proteststurm in der Öffentlichkeit hatte Konservative und Liberale zum Einlenken gezwungen. Frauen aus allen Schichten und eine Vielzahl von Frauenverbänden hatten protestiert, u.a. der Frauenring Rheinland, der Frauenring der Britischen Zone, der Süddeutsche Frauenarbeitskreis, die IO-Mitglieder, in der 40.000 Frauen organisiert waren, alle weiblichen Abgeordneten in den Landtagen bis auf die Bayerninnen.

So schrieb Frau D. Groener-Deyer aus Ludwigsburg in ihrem Brief an den Gründungs-ausschuß: Die bürgerlichen Parteien hätten bewiesen, daß sie „rückwärtsgerichtet“ in „einer Verstellungswelt befangen“ seien, die „der Wahrheit und Wirklichkeit“ nicht entspreche. Die Männer seien im Krieg völlig unkritisch Hitler gefolgt. Nach ihrer Meinung hätten sie damit ihre Vorrechte verloren. Das Frauensekretariat des Freien Gewerkschaftsbundes in Hessen betonte ganz nüchtern: „Wenn auch gerade wir erwerbstätige Frauen sehr genau wissen, ja es ist täglich erfahren, daß die Gleichberechtigung uns Frauen allein durch den Paragraphen der Verfassung noch nicht gesichert ist, sondern wir sie uns auf allen Gebieten, ob wirtschaftlich oder politisch erst in der Praxis noch wirklich erkämpfen müssen, so verwundert es uns umso mehr, daß es im Parlamentarischen Rat heute noch Mitglieder gibt, die sie formell noch ablehnen.“

In der Aussprache vor der Abstimmung behauptete der CDU-Abgeordnete Walter Strauß, allen deutschen Männern sei der Grundwille der Gleichberechtigung von Mann und Frau schon seit 1918 „in Fleisch und Blut übergegangen“. Allen wäre nur die Mißverständnisse, weil wir „die Dinge so juristisch und zu wenig praktisch“ gesehen hätten. Nach seinem Antrag der CDU-Abgeordneten Helene Weber folgte der Hauptausschuß an den Satz: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ noch den Satz hinzu: „Die Gesetzgebung hat dies auf allen Rechtsgebieten zu verwirklichen.“ Der Redaktionsausschuß, der nur die Aufgabe hatte, die Grundgesetzwürfe sprachlich zu überarbeiten, strich diesen Satz wieder. Im Abschnitt XI des Grundgesetzes (Ubergangs- und Schlussbestimmungen) heißt es: „Das dem Artikel 3, Abs. 2 entgegenschende Recht bleibt bis zu seiner Anpassung an diese Bestimmung des Grundgesetzes in Kraft, jedoch nicht länger als bis zum 31. März 1951“ (Artikel 117,1). In der dritten Lesung am 8. Februar wurde Artikel 1,2 ohne weitere Diskussion in der heutigen Form verabschiedet. Der Bundestag ließ sich Zeit. Erst 1957 traten die entsprechenden Gesetzesänderungen in Kraft. Bis heute gibt es kein Antidiskriminierungsgesetz.

E. West Long

Quellen: Die CDU/CSU im Parlamentarischen Hal-Sitzungsprotokoll der Unionsfraktion (Forschung und Quellen zur Zeitgeschichte Bd. 2) Stuttgart/1981, Akten des Parlamentarischen Rates im Parlamentarische in Bonn, Bundesarchiv Koblenz



Göttingen:

In Sachen Justiz gegen AStA

„Ich mochte kaum begreifen, wie Gott nur soviel Lumpenpack erschaffen konnte“
(H. Heine über „Göttinger Philister“)

Was schwindelerregende Bilanzakte der Staatsanwaltschaft in politischen Prozessen angeht, war das kleine, beachtliche Universitätsstädtchen Göttingen schon öfter Schauplatz für verblüffende artistische Fähigkeiten. Oberstaatsanwalt Stange hat derzeit wieder zu einem Kultu Mortale angewinkt. Es geht um den Göttinger AStA, eine Institution, die in der Vergangenheit auch schon das eine oder andere Kunststückchen aufzuweisen wußte.

Gibt es in diesem Land Zensur? So würde ich das nicht formulieren dürfen

Der Staatsanwalt klagt an: Sieben ehemalige Finanzreferenten und Vorsitzende des AStA aus den Jahren 1980-83. Der Vorwurf: Unreue, (§266 StGB). Weil die Sieben als gewählte Studentenvertreter ihrem Auftrag, unter dem sie gewählt wurden, treu geblieben sind, sollen sie ca. 25.000 DM unrechtmäßig haben. Übersetzt heißt dies: Angeklagt ist die Wahrnehmung des Politischen Mandates der Studentenschaft.

Was haben sie denn Böses getan?

Um es einmal anschaulich zu machen: Der Fachschaftsrat (FSR) Theologie dokumentierte in seiner Zeitung eine Rede des salvadorianischen Bischofs Oscar A. Romero. Der Titel: „Die Inkarnation des Bösen und der Glaube an das Gute“. Der Staatsanwalt: allgemeinpolitischer Inhalt, 714,- DM verurteilt durch die Bezahlung der Druckrechnung. Aber wie sollten im Juni 1981 der AStA-Vorsitzende und der Finanzreferent, beides Theologen, auch ahnen können, daß sich im Januar 84 ein Staatsanwalt findet, der diese Rede des tief religiösen Bischofs (gehalten 1980 vor der Universität von Löwen, Belgien) zum Anlaß nehmen würde, gegen sie ein Strafverfahren einzuleiten.

Die Rede Romeros hat zweifelsohne politischen Gehalt. Sie an der Fakultät zu veröffentlichen ebenso. Aber welche Art Politik? Hochschulpolitik? Allgemeinpolitik? Fachschaftspolitik? Oder doch nur Theologie? Offenbar nicht, Romero ist wegen solcher Reden von Todesschwadronen vor der Kathedrale von San Salvador erschossen worden, im Mai 1980.

Man kann die insgesamt 79 inkriminierten Tatbestände der Anklage grob gliedern in:
a) eindeutige AStA-Publikationen und
b) Fachschafspublikationen, deren Inhalt im Bereich des sog. Allgemeinpolitischen Mandates anzusiedeln seien und
c) die dritte Sektion sind Veröffentlichungen und Veranstaltungen, an denen der AStA nur teilweise, mittelbar oder gar nicht beteiligt war. Hierunter fallen z.B. Demo-Aufzüge, durch ein den AStA einschließendes Bündnis.

Thematisch geht es in dem Verfahren insbesondere um: Häuser- und Wohnungskampf (wobei zu sagen ist, daß in Göttinger Häuserkampf sowohl die studentische Wohnungsgesellschaft als auch die gigantische Kapazität leerstehenden Wohnraumes seitens der Universität eine große Rolle spielte), Internationalismus, über besonders Mittelamerika, Türkei, PLO-Solidarität, Polen.

Neben diesen beiden großen Blöcken steht eine Reihe Publikationen zu jeweils aktuellen politischen Fragen, Kahl, Brokdorf, Startbahn. Die Ermittlungsakte liest sich wie eine Chronologie der sozialen und politischen Kämpfe der letzten vier Jahre. Und es gibt auch Kuriositäten. Es

macht ihn irgendwie sympathisch, den Herrn Staatsanwalt, daß er dem Prozeß auch etwas Humor gönnt. Beispielsweise wird ein Aufkleber: „Lieber ein Geschwür am After, als ein teuflischer Burschenschwitzer“. Verurteilung durch Zahlung der Druckkosten 16,- DM. Hier schlug das Herz des Alten Herrn. Mit dem Punkt Burschenschwitzer sind wir bei den Anfängen. Wie kam es eigentlich zur Anklage? Eine Entwicklung, die es lohnt, aufmerksam untersucht zu werden.

Über Helfer und Helfershelfer — eine Geschichte einer Kriminalisierung

Schon früh gab es ständige Kontakte zwischen Staatsanwalt und Uni-Präsident Kamp. Schon früh wollte die Staatsanwaltschaft die Bestrafung der Misetäter. Sie bedrängte Kamp auf offensives Ausnutzen rechtsaufsichtsmäßiger Maßnahmen. Kamp selber schien nie sonderlich interessiert. Vielleicht hatte er auch schlicht die Nase voll. Im Mai 81 hatte es im Alleingang auf Denunziation rechter Studenten ein Amis-enthebungsverfahren gegen den AStA eingeleitet, seine Wahl sei nicht satzungsgemäß vorstufen gegangen. Schade nur, daß Kamp aufgrund einer hoffnungslos veralteten Satzung vorgeht, so daß das Spektakel eher peinlich war. Gebranntes Kind scheut das Feuer. Kamp wollte nicht so recht ran. Selbst durch Druck aus Hannover war der Präsident zu nicht mehr als einigen halbherzigen Zwangsgeldandrohungen zu bewegen.

Strafprozessuale Ermittlungen in Umkleung der ununteren Disziplinierung schen damals, vor dem, was heute oft „Wende“ genannt wird, nicht opportunistisch war die Lage, als eine Gruppierung die Bühne des Gewerkschafts berrät die an der Göttinger Uni „traditionell“ seit 16 Jahren ein Schattendasein führt. Der RCDS, vom AStA zärtlich „die Hofhunde der Macht“ genannt, begann dem staunenden Publikum die Burleske „Demokratischer Dialog heute“ vorzuführen.

Es war November 1982. In der BRD wurde gerade ein Regierungswechsel notiert. Allgemein veränderten die politischen Sitten und Gebräuche. Die Universität, als gesellschaftliches Subsystem, darf dabei nicht abseits stehen. Seien wir ehrlich, irgendwie war es verständlich. Wenn die Alten Herren in Bonn so ganz ohne Wahltechnikschneck nach der Regierung drehen, warum sollte es die Jungschür nicht auch so ähnlich versuchen. Politik ist eh ein schmutziges Geschäft. Per aspera ad AStA (1), wie der Lateiner sagt.

Also, RCDSler besuchten den AStA, recherchierten die Akten und veröffentlichten Buchungsnummern und Ausgabenhöhen von ihrer Meinung nach allgemeinpolitischen — illegalen Flugblättern. Erstmals hatte die Staatsanwaltschaft konkrete Anhaltspunkte für ihre Ermittlungen. Am 10.11.82 schrieb RCDS-Vorsitzender Wichmann den sog. „Perserbrief“ an den Uni-Präsidenten: „Ich bitte Sie dafür zu sorgen, daß die Gelder dem AStA Haushalt wieder zufließen werden.“

Damals ging es um 5.000 DM. Daraufhin erhöhte Kamp das angeordnete Zwangsgeld auf 5.000 DM und versuchte, das zuvor angesetzte Zwangsgeld einzutreiben und beließ es dabei.

Dies geschah in Göttingen. Zur gleichen Zeit spielte sich in Hannover ein ganz anderes Stück demokratischer Rechtsstaat ab, das so anders allerdings auch nicht war. Ab Sommer 82 diskutierte die CDU Niedersachsen über Möglichkeiten der Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft. Eine zentrale Rolle spielte dabei der Arbeitskreis Kunst und Wissenschaft und dessen Vorsitzender Hedrich (Abgeordneter aus Lüneburg). Stein des Anstoßes war ein Erlaß des niedersächsischen Ministers für Kunst und Wissenschaft (Casens), der die Studentenschaftsbeiträge als Zwangsbeiträge bestätigte und die Hochschulen auf deren Einreitung verpflichtete. Rechte Studentengruppen hatten zuvor in Göttingen einen Beitragsboykott propagiert, jedoch ohne nennenswerten Erfolg. Die studentische Rechte war emporen. (1) Minister verlangt Zahlung an kommunale Studentenfunktionäre“, (2) inkonsequente Verfassungseins-

de durch CDU-Landesregierung finanziert“, so die Kommentare. Naja, man kennt das. Aber auch Hedrich und Kamp und andere CDU-Größen gaben sich irritiert. Sie zogen unterschiedlich Schlußfolgerungen: Kamp, seiner Linie treu, rief die Studenten auf, bei der nächsten Wahl „demokratische Studentengruppen“ in den AStA zu wählen. Hedrich, ausgebuffter als Kamp, weiß er um die Erfolgsaussichten eines solchen Weges, fordert 2 Wochen nach dem Casens-Erlaß die vollständige Abschaffung der VS in Niedersachsen. Es sei nicht hinzunehmen, daß Studenten gezwungen seien, an ASten Geld zu zahlen, das diese nur für ihre Politik benutzen würden. Sie würden „ständig in primitivster Weise“ gegen das Gesetz verstoßen. Hedrich kündigt eine Initiative im Landtag an. Der Arbeitskreis reicht seine bereits ausgearbeiteten Vorstellungen beim Fraktionsvorstand der CDU ein. Der Landtag solle noch in diesem Jahr darüber diskutieren. Das tat er auch. Unsere Herren Parlamentarier konnten sich jedoch nicht sofort zu hartem Durchgreifen entschließen, sondern meinten, es sei wahrscheinlich günstiger, gleich auf BRD-Ebene vorzugehen. (Mittlerweile saß Kohl auf dem Kanzlerstuhl). Ansonsten kündigte man „scharfere Überwachungsmaßnahmen der Universität“ an. Kamp feierte kein gutes Silvester und blieb weiterhin damit beschäftigt, sich ein germaßen rauszuhalten. (Staudessen erlaube er für 1984 den Burschenschaften wieder das Farbenjagen an der Uni).

Ein eventueller Zusammenhang dieser Aufrufe aus Hannover mit dem Initiieren des RCDS an der Göttinger Uni ist keineswegs zufällig. In die gleiche Zeit fällt die Anklage des RCDS-Vorsitzenden Wichmann gegen einen ehemaligen AStA-Vorsitzenden (Anfang 82) wegen „Nötigung und Veranlassung von Veranstaltungen“. AStA Vertreter befragten damals auf einer RCDS-Veranstaltung CDU-Größen nach ihrer Hochschulpolitik. In die gleiche Zeit fällt eine Beleidigungsklage gegen den Verantwortlichen. GN-Redakteur Hochschulpolitik. In die gleiche Zeit fällt eine Beleidigungsklage gegen den Verantwortlichen. GN-Redakteur („Göttinger Nachrichten“, Zeitung des AStA). Der „Beladigte“ Franz Josef Strauss (in der GN bayrischer Oberbürgermeister) wußte wahrscheinlich recht seinen Blick in diese Zeit, obwohl des öfteren darin von ihm die Rede ist. Scheinbar hat er nicht nur Freunde, sondern auch Leser.

So war der Jahreswechsel 82/83 an der Uni geprägt durch sich massierende juristische Attacken gegen den AStA. Im Januar fanden Wahlen zum Studententparlament statt. Aus diesen Wahlen ging die Linke gestärkt hervor.

Ein paar Kilometer weiter Richtung Norden entschied gerade das Verwaltungsgericht Braunschweig (25.1.83) über die Klage einiger Burschenschaftler gegen den dortigen AStA und setzte Zwangsgelder in Höhe von 2.000 DM fest, die auf 100.000 DM steigertungsfähig seien.

Noch ein Stück weiter nördlich kündigt der Göttinger Landtagsabgeordnete Fischer (CDU/Mitglied des AK Kunst und Wissenschaft) in der Januarsitzung des Landtages härteres Durchgreifen gegen den Göttinger AStA an. Er würde dafür sorgen, daß „der AStA in Zukunft mundtot gemacht werde“ (Soeben war eine Sonder-GN zum 30.1.1983 erschienen, die ihm anscheinend nicht gefiel).

Und Fischer hat sich tatsächlich angestrengt. Im Februar geht bei der Staatsanwaltschaft eine anonyme (sic) Anzeige ein. Die Staatsanwaltschaft nimmt die Ermittlungen erneut auf, diesmal ohne Kamp, der am 30.1. nochmals versucht, ein Zwangsgeld einzutreiben. Jetzt geht alles recht schnell. Zuerst wird der AStA von der Staatsanwaltschaft besucht, mit Durchsuchungsbefehl, am 20. und am 27.4.83. Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft bei der Durchsuchung zeigt Kenntnisse der Details der AStA-Buchführung und der internen Finanzverwaltung. Daß sie dennoch zweimal vorbeischauchen mußten, erklärt sich durch das gesunde Halbwissen der RCDS-Haushaltsausschuss-Mitglieder, die allein als Informanten in Frage kommen. Die Durchsuchungsakten einer mit der Beschagnahme aller AStA-Akten der Jahre 1980-1983, damit die Verjährungsfrist (drei Jahre) auch ja voll ausgenutzt wird (wenn man schon mal dabei ist).

Doch damit nicht genug. Wenn's kommt, kommt's dicker. Am 29.4.83 teilt der Jura-Student Richard Gnodtke (Corps-Student, eine „verwaltungsmäßige Verpflichtungsklage auf Unterlassung allgemeinpöblicher Betätigung“ beim Verwaltungsgericht Braunschweig ein. Er legt acht Publika- kationen des AStA als Beweismittel vor. Unmittelbarer Stein des Anstoßes ist der Ostermarsch-Aufruf des AStA. Gnodtke bezieht sich auf das von Burschenschaften angestregte Urteil des selben Gerichts gegen den Braunschweiger AStA, (25.1.83). Corpsgeist heute! (Anm.: Mittlerweile hat Gnodtke recht bekommen).

Für den AStA wurde es jetzt so langsam eng. Selbst der RCDS sprach von „geradezu mitleidigen Gefühlen“.

Anfang Sommer gingen die Vorladungen raus. Ende 83 sind die Ermittlungen abgeschlossen; Januar 84 wird Anklage erhoben. Wiederum laufen parallel die Wahlen zum Studententparlament. Die Wahlen bestätigen die Angeklagten, die Linke ist stärker als im Vorjahr. Die Wähler haben die rechtsstaatlich verordnete Lektion anscheinend noch nicht gelernt.

Die Jusos ...

Für diese Entwicklung muß noch die etwas unruhliche Rolle nachgetragen werden, die die Jusos zeitweilig spielen zu müssen meinten.

Mitte 83, in der Zeit der massiven Drohungen gegen den AStA, versuchten die Jusos, aus der Not eine Tugend und aus der Repression eine Strategie zu machen. Das Politische Mandat sei zu abstrakt und in der Studentenschaft nicht genug verankert. Das heißt: für uns Jusos, das PM nur dort wahrzunehmen, wo eindeutige hochschulpolitische Bezüge her zu sein und Präzise, was die AStA e.V. Das erste war der Verzicht auf das PM, das zweite der Ausstieg aus der VS. Die Polemik erhielt schnelle Töne. Linke Bündnispartner, die sich diesem Ausverkaufskurs nicht anschließen mochten, wurden bezeichnet als „Hilfswürter“.

auspartner, die sich diesem Ausverkaufskurs nicht anschließen mochten, wurden bezeichnet als „Hilfswürter“ Hand, der sich mit wedelndem Schwanz vor einem Güterzug wirft“. Doch mit dem Herrschenden dieser Welt ist es beim Faktieren wie mit dem Teufel. Gibst du dem auch nur einen Finger ... Kamp forderte, durch das Verhalten der Jusos ermuntert, die Unterzeichnung eines Vertrages, in dem der AStA erklären sollte, in Zukunft Wohlverhalten zu zeigen. Im Gegenzug verzichte er, Kamp, auf die Eintreibung der festgesetzten Zwangsgelder, die mittlerweile auf 40.000 DM pummelbar waren. Es begann die Phase der Geheimdiplomatie. Am Schluß war der Pakt perfekt. So richtig faustisch kamen sie sich vor, die Sozialdemokraten. Der AStA, unter Juso-Mehrheit, unterzeichnete, daß Kamp auf Rechtsaufsichtsmaßnahmen verzichte, wenn „Stellungnahmen in einer inhaltlich ausgewogenen und argumentativ nachvollziehbaren Weise an hochschulpolitische Fragen anknüpfen. Der AStA erklärt, daß er aus seiner Verantwortung vor der Studentenschaft ein eigenes politisches Interesse daran hat, in Zukunft seine Stellungnahmen inhaltlich ausgewogen und argumentativ nachvollziehbarer Weise an hochschulpolitischen Fragen anzuknüpfen.

Trotz Geheimverhandlungen wurde der Deal vor den Stupa Wällen im Januar aufgedeckt. Die Jusos verloren merklich. Dennoch war der Deal perfekt. Als kurz darauf Anklage erhoben wurde, waren die beiden amtierenden AStA-Verantwortlichen (Jusos) nicht unter den Angeklagten zu finden.

Zur Ehrenrettung der Jusos muß gesagt werden, daß sie mittlerweile in der Prozeß-Solidarität tadellose Arbeit leisten. Ihre AStA-Politik steht auf einem anderen Blatt.

... und die Solidarität

Anders als in der sozialdemokratischen Lesart war die Solidarität aus der Studentenschaft bereits nach den Hausdurchsuchungen bemerkenswert. Die Fachschaft Medizin veranstaltete eine Bspende-Aktion. Der Staatsanwalt hat es so gewollt. Blut fließt für den AStA. Eine Uni-UV bekräftigte die Forderung nach dem PM, und es fand eine Demo zur Staatsanwaltschaft statt.

(damals noch ohne Beteiligung der Jusos)

Seitdem Anklage erhoben wurde, ist die Stimmung hier über diese spontanen Ausdrücke hinausgewachsen. Einige Initiativen (Göttinger Jusos) engagieren sich schärfen „Um Arm II auf den AStA mit ein Angriff auf uns“.

Es hat sich ein Unterstützungskomitee gebildet, das sich die prozeßbegleitende Solidaritätsarbeit zur Aufgabe gemacht hat. Ihm gehören an: Nahezu alle Fachschaftsleiter, die AI, Jusos, MSB, UFOs, Hausgruppen/Wahlkreis (Göttinger Arbeitskreis gegen Atomkraft, Münsteraner Kreis, Göttinger PSV e.V., AStA Göttingen).

Der Göttinger AStA hat es zum Ende der Prozesse eine Seite eingeleitet als Anwalt und Koordinationsort.

Auf ungewöhnliche Weise hat das Studententparlament der Uni Göttingen seiner Solidarität mit den Angeklagten Ausdruck verliehen. Es wählte alle sieben kurzerhand zu Ehrenvorsitzenden des amtierenden AStA.

Mehrere MDAs und MDLs der GRÜNEN und der SPD sowie Vertreter des DGB haben sich mit dem AStA solidarisch erklärt. Zu den Unterzeichnern gehören:

Peter v. Otterzen, Hermann Scherf, Hans Ulrich Klose, Jürgen Reents, Dirk Schneider, Leonhard Muhlen, Werner Vilt, A. Frangl (PLO-Vertreter/Bonn), Alexander Schubert u.a. Sie verweisen in ihrer Protesterklärung auf die gesellschaftlichen Folgen von Forschung und Lehre und wenden sich gegen den Versuch den „durch Wähler legitimierten Willen der Göttinger Studentenschaft“ strafrechtlich zu verengen. Weiter: Die Universitäten dürfen nicht wieder zu Institutionen werden, in denen bedingungslos gehorsame und grenzenlos staatsloyale Bürger erzogen werden.“

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion attestiert den Angeklagten „gesellschaftlich verantwortliches Handeln“. Und wie gerade bekannt geworden, gehört auch Hans-Jochen Vogel, der „mit Sympathie von dieser Aktion Kenntnis genommen“ hat, zu den Unterstützern.

Zur Zeit läuft in Göttingen eine Spendenkampagne, um einen Teil der sicherlich hohen Gerichtskosten zu bestreiten.

Spendenkonto für AStA-Prozesse: Bank für Sozialwirtschaft AG, Kto-Nr. 1700 40 77, B.L.Z. 23 05 0001, Südliche Sparkasse Göttingen.

Und nu?

Und nu?

Letzte Woche ist bekannt geworden, daß erneut ca. 20 Vorladungen rausgeschickt wurden. Anschuldigung: Anstiftung zur Unreue. Ermittlungen laufen weiter. Der Prozeß ist so angelegt, daß er beliebig z.B. auf Fachschaftsleiter auszuweiten ist. Ob der Staatsanwalt hier tatsächlich den „Jahundertprozeß“ gegen das Politische Mandat führen will, oder ob es ihm nur um Einschüchterung und Verunsicherung geht, ist noch nicht abzusehen.

Ebenso wenig wie die Auswirkungen und die Bedeutung des Prozesses in Hinblick auf eine mögliche Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft. Das klassische Muster ist angelegt. Man strengt einen großen Prozeß an, erklärt im Urteil, daß die Studentenschaft sich eh nicht an die gesetzlichen Bestimmungen zu halten gewillt ist. Und schon ist in Abwägung der Rechtsgründe die Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft das kleinere Übel. Doch sind sich die Herrschaften an diesem Punkt nicht einig. Das Rechnungswesen „Studenten-Magazin“ bringt den Haupteinwand gegen die Abschaffung auf folgende Formulierung:

Hochschulpolitik der Akademien linkssektoraler Gruppen wurden mit der AStA Anklage nicht von heute auf morgen aufgehoben. Die Akten wurden mit privaten Geldern undurchsichtiger Herkunft finanziert und sind in den (Hochschul-)Richtungen verlagert. Mit der Verfaßten Studentenschaft besteht ein wesentlicher Teil der hochschulpolitischen in einem rechtlichen Rahmen einzusparen.“

Sei es wie es sei, die demokratische Öffentlichkeit und besonders die studentische Linke sollten in den nächsten Wochen und Monaten ein Auge auf diese Stadt und diesen Prozeß haben. Für die zukünftigen Möglichkeiten und Inhalte studentischer Politik wird dieser Prozeß Markierungslinie ziehen.

U. Göttingen

Zur Information und zur Koordination von Solidarität: AStA Uni Göttingen, Lotharstraße 140, 3400 Kassel, 3400 Kassel, 3400 Kassel.

Spitzel aufgefliegen - Zwei Fallstudien

Anfang Februar floh Martina Fietz im Hamburger Frauenplenum gegen Munitionstransporte als Agentin auf. Sie hatte seit 1982 in unterschiedlichen Gruppen in Hamburg „gearbeitet“. Im März wurde Doris Hanisch in der BI Oststadt/List gegen Atomanlagen (kurz OLGA) nach kurzer Tätigkeit als VS-Agentin enttarnt. In beiden Fällen folgte der Aufdeckung der Spitzel-Frauen ihr sofortiges Abtauchen.

Diese beiden Fälle aus jüngster Zeit stehen in einer längeren Kette aufgefliegener Spitzel (s. Übersicht dazu). In den verschiedensten Gruppen mit einem militanten Aktionsverständnis sind in letzter Zeit immer mal wieder solche Spitzel erwacht worden. Wieweit es sich dabei um verstärkte Staatsschutzbemühungen handelt, wie sie insbesondere nach den Protesten beim Bremer Rekrutengelöbnis gefordert worden waren, entsteht aus unserer Kenntnis und läßt sich auch nicht aus den bekanntgewordenen Fällen erschließen.

Wir dokumentieren die Stellungnahmen der in den beiden letzten Fällen betroffenen Gruppen und geben eine Übersicht weiterer Fälle. In beiden Stellungnahmen wird gleichzeitig der Anspruch erhoben, über die konkrete Enttarnung hinaus allgemeine Hinweise und Lehren zu liefern. Was das anbetrifft, erscheint es uns mißglückt und wir wollen speziell dazu einige kritische Anmerkungen machen.

„Raater“ ohne Wort

„Wir werden aus unseren Fehlern lernen“ schreiben die Hamburger Frauen am Schluß ihrer Erklärung. Und: „Wir wollen, daß es ein gesundes Mißtrauen gegen Leute gibt, die sich merkwürdig verhalten ... Achtet auf Leute, die neu sind und schnell in Strukturen eindringen wollen“.

Meiner Meinung nach sind die angegebenen Verhaltensweisen und Verdachtsmomente in beiden Papieren für

Veralgemeinerungen ungeeignet. Wenn nach diesen Mustern in der Bewegung Detektiv gespielt würde, hätte das schlimme Folgen.

Leider zeichnet sich das Hamburger Papier außerdem durch eine unangenehme Brutalo-Sprache aus (dies ist nicht neu, s. den früheren Fall „Egon“ und „Paula“ in AK 228, vom 13.12.82). Nimmt man die mit starken Empörungswörtern durchgezogene Beschreibung der Martina Fietz, so ist das ganz besonders perfide, „läusche“ wohl gerade darin angesiedelt, daß die

sich offenbar so verhalten hat, wie es viele in der Szene engagierte Frauen ähnlich tun.

Sie war in der Friedensbewegung tätig, das war ihr nicht „genug“, Einsatz bzw. Interesse für politische Gefangene gehört ebenfalls unbedingt dazu. Verantwortung während der Kellinghusenblockade oder Telefondienst im Ökoladen sind, glaube ich, auch nicht einmalig in der Szene. Erst recht wäre es komisch, wenn jemand nicht persönliche Kontakte pflegen würde und dort intensive Nachfragen stellt, was jetzt eben „Aushorchen“ ist.

Allerdings verzichtet die Hamburger Stellungnahme neben der Kennzeichnung der Agentin als besonders ausgebufftes Schwein, offenbar ganz bewußt darauf, anzugeben, welche konkreten Verdachtsmomente in der Gruppe aufgekommen sind.

Das hat sicher den Vorteil, daß weniger Schlußfolgerungen für die Staatsseite daraus zu ziehen sind (vergleiche dazu die OLGA-Erklärung, siehe unten).

Für Martina Fietz wird behauptet, daß die Frauengruppe ganz „sicher“ sei, daß sie seit 1978 Bulle ist, daß sie eine BKA-Ausbildung als „undercover Agentin“ für Linksterrorismus hat, daß sie „durchtrainiert wie ein MEK Bulle“ und perfekt geschult für „Verhöre“ ist. Für diese ganz „sicheren“ Erkenntnisse wird jedoch an Beweisen gar nichts geboten; das erstaunte Publikum mag es glauben oder auch nicht.

Das ist keineswegs zwangsläufig, denn in anderen Fällen sind eine ganze Menge Fakten über Agenten verbreitet worden, bisweilen kursierten sogar Büchlein mit deren Aufzeichnungen,

womit sich ein gewisser ungeschminkter Einblick in deren Tätigkeit nehmen ließ.

Wir wollen nicht hoffen, daß die gute Ausbildung in diesem Fall das Verhör und die Nachforschungen wirklich weitgehend zu einem Flop werden ließ. Hoffentlich stimmt hingegen die Aussage der Fietz, daß für diese Beamtentätigkeit von so überaus großer Bedeutung („Top-Agentin“) nur vergleichsweise läppische 1.500 DM zu verdienen seien.

Im Unterschied zur Hamburger Erklärung liefert die OLGA eine genaue Beschreibung ihrer Verdachtsmomente und ihres Vorgehens in der Sache. Einschränkend schreiben sie selbst dazu, daß viele von ihnen „aus verschiedenen Gründen ein komisches Gefühl

Fortsetzung nächste Seite

Der Staat und seine Spitzel:

Wir warnen vor DORIS HANISCH!

Bürgerinitiative Oststadt/List gegen Atomanlagen
c/o Pavillon
Lister Meise
Hannover 1

Presseerklärung

Wir sind die BI Oststadt/List gegen Atomanlagen (OLGA) Hannover. Wir arbeiten seit Jahren gegen die zivile & militärische Nutzung der Kernspaltung.

Spätestens seit dem öffentlichen Gelöbnis in Bremen 1980 haben wir unsere Arbeit auch auf den antimilitaristischen Bereich ausgeweitet, hauptsächlich auf den Komplex NATO. Seinen Ausdruck fand das u.a. in unserer Teilnahme an Aktionen gegen die Startbahn West und die IDEE in H.

Am 17.1.1984 kam eine Frau auf unser wöchentliches Plenum. Sie war in der vorhergehenden Woche zum ersten Mal auf dem Plenum wegen der Intern. Luftfahrtschau, die in Hannover stattfindet, gewesen und hatte dort gefragt, in welche Gruppe sie gehen könne, da sie neu in der Stadt sei. Sie wurde an uns verwiesen, weil die OLGA eine für jeden offene Gruppe ist.

Sie stellte sich als Doris Hanusch vor und gab als ihre Adresse Ihmepplatz 1 im Ihmezentrum sowie ihre Tel.Nr. an. Das Ihmezentrum ist eines jener teuren & anonymen Wohnsilos, die es in jeder Stadt gibt.

Schon nach kurzer Zeit kam eine Doris verdächtig vor:

1. Anfangs besuchte sie alle vier Plena, die es in Hannover zu verschiedenen Themen gibt und ein gewisses unabhängiges Spektrum repräsentieren. Das ist nicht nur für einen „Szene-Neuling“, sondern auch für die Engagiertesten von uns nervlich und zeitlich so gut wie nicht zu schaffen und daher absolut ungewöhnlich.

2. Kaum daß sie 2 Wochen in unserer Gruppe war, kam sie am 27.1. mit auf die Hungerstreik Demo für Rolf Nonnenmacher und Wolfgang Gladbach nach Braunschweig, und das obwohl diese Demo bei uns sehr kontrovers und angstreizt diskutiert wurde.

3. Ferner gab sie an, vorher in Göttingen in einer antimilitaristischen Frauengruppe gewesen zu sein. Allerdings konnte sich keine der Frauen in Göttingen (auch nach Vorlage eines Fotos) an Doris erinnern. Und das obgleich sie in der Vorbereitungsphase gegen das dortige Rekrutengelöbnis dabei gewesen sein will und die Gruppe zu jenem Zeitpunkt überschaubar war.

4. Doris war „zu Hause“ nie erreichbar egal zu welcher Tageszeit.

5. Doris forderte massiv in die Antimilitarismus-Untergruppe der OLGA zu kommen, wo Aktionen und Themen intensiver vorbereitet werden. In die AKW-Untergruppe wollte sie nicht.

6. Um unsere Informationen zu vervollständigen, riefen wir die Auskunft an und erfragten die Tel.Nr. ihrer Eltern, da Doris uns ihren Heimatort genannt hatte. Als wir dort unter dem Deckmantel, Arbeitskollege aus Göttingen zu

sein, anriefen, nannten uns die Eltern die Tel.Nr. eines Ortes bei Hildesheim und sagten, Doris sei wenig bei ihnen zu Hause. Mit dem Gegenteil begründete Doris aber immer ihre Abwesenheit aus dem Ihmezentrum.

7. Während sie dann bei uns auf dem Plenum war riefen wir die neue Tel.Nr. an, wo uns ein Mann bedauerte, sie sei „auf Arbeit“ (Ironie des Schicksals?).

Plenum war, riefen wir die neue Tel.Nr. an, wo uns ein Mann bedauerte, sie sei „auf Arbeit“ (Ironie des Schicksals?).

8. Dieses Plenum war das letzte auf dem wir sie sahen. Wir denken uns, daß sie sich ihren Teil dachte, nachdem sie von unserer regen Telefonie Kenntnis erhielt ...

9. In der folgenden Woche rief sie trotz alledem eine von uns an und meinte sich mit der Begründung ab, sie sei krank bei ihren Eltern. Stattdessen befand sich ihr Wagen am selben Abend vor der Wohnung bei Hildesheim.

10. 2 Wochen später stellten wir fest, daß sie ihren VW-Käfer, den sie Anfang des Jahres auf Hannover umgemeldet mittlerweile wieder an ihrem Heimatort angemeldet hatte, allerdings mittlerweile ohne politische Aufkleber und frisch gewaschen, sowie ferner, daß sie aus ihrer Wohnung bei Hildesheim ausging.

11. Am Sonntag, dem 25.3. besuchten wir Doris in Abwesenheit ihrer Eltern in deren Wohnung, um ihr ein Gespräch über die vielen Ungereimtheiten anzubieten. Sie sagte zu.

aber sie kam nicht. Stattdessen kam kurz vor dem ausgemachten Termin ein mit Fenstern ausgestatteter VW-Bus der Meterfirma O.F. Kielhorn, Hannover 1, Waldstr. 38. Zw. Männer, die für die Tageszeit (21 Uhr) weiße, frische Kittel trugen, entfernten sich unter mehrmaligem Umsehen, obwohl der einzig plausible Grund, ausgerechnet dort zu parken, ein Besuch in dem Haus gewesen wäre, in dem wir auf Doris warteten.

Eine genauere Untersuchung des Busses ergab, daß im Laderraum Kartons übereinandergestapelt waren, deren oberste 2 vierkellige mit Tesa umklebte Löcher aufwies, in denen runde Linsen zu sehen waren. Der ganze Aufbau hatte eine Verbindung zu einer kurzfristig anschraubbaren Antenne. Das Gerat gab ab der Uhrzeit, zu der wir Doris erwarteten, in kurzen Abständen ein Klicken von sich wie ein Kameramotor. Jemand näherte sich kurz dem Auto und verklebte das Blickfeld der Objektive auf der Scheibe. Gleich darauf wurden seine Personale von der sofort kommenden Funkstreife festgehalten. Auf das „Warum“ antwortete der Beamte mit süffisanten Lächeln, Anwohner hätten angegeben, jemand würde sich in auffälliger Weise an abgestellten Wagen zu schaffen machen. Kurz darauf wurde der Bull von einem Weißbekleideten weggelassen.

12. Auf telefonische Anfrage hin wußte der Metermeister sofort, welches seine Autos gemeint war, obgleich es nicht beschrieben wurde. Als er merkte, daß der Anrufer nicht von der Polizei war, legte er auf. Eine Stunde, nachdem der Bull abgezogen war, stand er ohne Kartons und Antenne vor dem Haus des Majors.

13. Selbst auf unseren Anruf nach diesem Ereignis bei Doris und einem erneuten Gesprächsangebot erschien sie nicht zum angegebenen Zeitpunkt.

Für uns stellt sich der Fall nun so dar: Doris ist offensichtlich ein Spitzel, ob nun für die Polizei oder für eine andere Stelle wissen wir nicht.

Daß die Polizei und diverse Geheimdienste das für die Polizei oder für eine andere Stelle wissen wir nicht.

Daß die Polizei und diverse Geheimdienste getarnte Fahrzeuge (sog. Dosen) benutzen, ist schon seit längerem bekannt. Neu ist zumindest in Hannover, daß für diese Zwecke auch Privat-PKWs herangezogen werden. Die (...) scheinbar reißlos erschöpft wegen der Fülle von Protesten und Widerständen in diesem unseren Lande.

Außerdem dieses Vorgehen können wir nur — einmal mehr — alle Gruppen und Organisationen davor warnen, zu leichtfertig zu sein. Dabei ist es u.E. egal, ob es sich um Friedens- (hat von, Gewerkschaftsgruppen, Bis, Autonome oder ähnliche Gruppen handelt. Noch gibt es den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, noch werden wir gezwungen, in einer patriarchalischen Gesellschaft zu leben, die für staatliche Institutionen solche Praktiken notwendig macht, wollen sie nicht von der Mehrheit beeinträchtigt werden.

Bei Doris nahmen wir an, daß sie vor allem Bewegungsstrukturen erkunden sollte, es sich bei ihr also nicht um eine „ausgebildete Kraft“, sondern um eine „angeworbene“ handelt.

Doris dreimaliges Fernbleiben von Gesprächen, in denen Fehlinterpretationen unsererseits geklärt werden sollten, hat uns letztlich zu dieser Verdächtiglichkeit bewogen. Wir hatten gehofft, etwas Genaueres über ihre Anwerbung zu erfahren und ihr andererseits klarzumachen, daß ihr Job tatsächlich Vernichtung von sozialen und politischen Bewegungen zur Folge hat und ob sie das in aller Konsequenz gewollt.

Wir wollen, daß es ein gesundes Mißtrauen gegen Leute gibt, die sich merkwürdig verhalten. Und das Möglichkeit aufgezeigt werden, wie man/ frau Leute überprüft: Telefonbuch, Adressbuch, Autohalter erfragen etc., was aber auch immer einige Kosten und Zeitaufwand bedeutet.

Also achte darauf, wenn diese Frau in euren Gruppen und auf euren Plena auftaucht. Merkt euch dieses Gesicht und achte auf Leute, die neu sind und schnell in Strukturen eindringen wollen. Wir wollen nicht, daß jeder Neue mit Ermittlungen überzogen wird.

Der Geschichte mit Doris sind wir nur nachgegangen, weil sehr viele verschiedene Leute aus verschiedenen Gründen ein komisches Gefühl hatten. Es ging darum, Klarheit zu bekommen, die es möglich gemacht hätte, ohne Vorbehalt mit ihr umzugehen. Zu Anfang haben wir eigentlich nicht an irgendeine Spitzeltätigkeit geglaubt.

Das war auch für uns in langjähriger politischer Arbeit das erste Mal, daß wir so weit gegangen sind.

OLGA Hannover

Hamburg:

Hamburg:

BKA-Bulle aufgefliegen

Am Freitag, dem 4.2.84 haben wir, Frauen aus dem Frauenplenum gegen Munitionstransporte, den BKA-Bullen Martina Fietz, geb. am 15.1.60, in ihrer Wohnung, Marktstr. 138, in Hamburg-Karolinenviertel, Meideadresse, Postenweg 3 in Oldenburg, enttarnt. Das Schwein war eine sog. „undercover-Agentin“. Ausgebildet und geschult im und vom Bundeskriminalamt, mit dem Auftrag in den „Linksterrorismus“ in Hamburg einzudringen.

Ihr cover war die Studentin (in HM im Fach Soziologie eingeschrieben), die über Stadtteilarbeit, Ökologiebewegung und die Politik in der Friedensbewegung zur antimperialistischen Politik gekommen ist. Sie war seit spätestens September 82 in Hamburg.

Sie ist hier erstmalig gezeigt in den Stadtteil Karolinenviertel gezeigt worden, wo sie ihre ersten Kontakte über die Stadtteilinitiative im Ökoladen und damit auch zum Arbeitskreis Ökologie hergestellt hat. Ein Ansatzpunkt dafür waren die zu der Zeit stattfindenden Treffen zum Volkszählungsboykott im Ökoladen. Im Nov. 82 wurde sie zum ersten Mal auf einer Demo im Zusammenhang mit pol. Gefangenen gesehen, die für sie, nach der Verhaftung von Christian Kar, von der Stadtteilinitiative Karolinenviertel zum Knaat führte. Sie hat versucht über die Arbeit in der Friedensbewegung den Einstieg in die Autonome und Antimperialistische Szene zu kriegen, was ihre Legitimation wurde, mit der sie in unserem Zusammenhang auftauchen und unser damaliges Bemühen nach Auseinandersetzung und Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung für sich nutzen konnte. Konkret hat sie sich über das Blockadepodium der Frieko (Friedenskoordination) und die Blockadeaktion in Kellinghusen, die sie mit vorbereitet und durchgeführt hat, eine Story geschaffen, mit der sie im März 83 auf eine Veranstaltung zum Prozeß von Helga Ross, die im Rahmen der Frauengegenwehrwoche stattfand gekommen ist. Sie ist zum ersten Prozeß nach Stammheim mitgefahren und hat dann regelmäßig an dem wöchentlichen Frauenplenum, das sich in diesem Zusammenhang gegründet hat, teilgenommen. Dort hat sie erzählt, daß sie „unzufrieden mit den Aktionen der Friedensbewegung sei, wie in Kellinghusen und gerne „mehr“ machen will, es wichtig findet, sich mit Knaat und den pol. Gefangenen auseinanderzusetzen“. Sie hat an vielen Diskussionen und allen Aktionen gegen Munitionstransporte mitgemacht, sich an der Vorbereitung für ein norddeutsches Frauenwiderstandscamp beteiligt, an der Blockadeaktion gegen ein Munitionsschiff in Oldenburg, am gemischten Munition-Plenum, an der Demo gegen den Militärumschlag in Nordenham, an der Frauendemo am 14.10. und der Demo am 15.10. in Bremerhaven und war in mehreren

Gruppen, die aus diesen Plenen entstanden sind, in der Beobachtungsgruppe und einer Gruppe gegen Vorbereitung. Außerdem hat sie regelmäßig Telefondienst im Ökoladen gemacht. Auf ihrem „Weg“ hatte sie immer den Kontakt zu einzelnen Genossinnen gesucht, um sie auszuhorchen und um diese den Kontakt zu bestimmten Leuten zu kriegen. Zu ihrer „Legende“ gehörte der Versuch, sich wie sie es nannte, eine „pol. Identität“ anzuschaffen, also sich in der linken Szene „zurechtzufinden und diskutieren zu lernen“, wozu ihr dieses eine Jahr als sog. „Anlaufphase“ dienen sollte.

Als wir bei ihr auftauchten, war ihr schnell klar, daß wir wußten, daß sie ein Bulle vom BKA ist und versuchte deshalb, uns gleich eine Story von einer nach 2 Jahren abgebrochenen BKA-Ausbildung aufzutischen und daß sie es natürlich nicht erzählt hätte, weil ja „klar ist, wie ihr darauf reagiert hätte!“, als das nicht zog, kam sie dann mit dem Versuch, auf die Tränenrösen zu drücken und „Frauen von uns nett zu finden“ und darüber könnte sie nicht reden, „weil ihr da drüber nur lacht“. In dem 13 Stunden andauernden Verhör von uns, hat sie jedenfalls versucht, alle Psycho-Register zu ziehen, die so ein Schwein zieht, wenn in der Klemme sitzt.

Wir wollen hier nichts von den Sachen berichten, die sie uns erzählt hat, wie z.B. daß sie mit 1.500 DM monatlich für ihre Bullenarbeit bezahlt wurde, weil an zig anderen Punkten klar wurde, daß sie Scheiße erzählt, liegt, weil sie ein Bulle ist und natürlich auch auf solche Situationen vorbereitet war — und das nicht erst nach der Enttarnung ihres Kollegen in Frankfurt.

Wir sind uns sicher, daß sie seit ihrem Abitur in Oldenburg 78 ein Bulle ist und ihre Einschreibungen an Universtitäten (sie hatte z.B. auch eine Einschreibung als Biologiestudentin in Würzburg von 78 in ihrer Wohnung) immer nur das cover waren. Sie hat eine Spezialausbildung als „undercover-Agentin“, die sie fähig machen sollte, ganz gezielt in die „Sympathisanten-szene“ reingesetzt zu werden, ist durchtrainiert wie ein MEK Bulle, ist geschult im Verhalten einer Verhör-situation, erzählt Geschichten, die von ihrem Auftrag und ihrem Background, daß sie ein Spezialbulle ist, ablenken sollten. Sie war gezielt auf das antimperialistische Frauenplenum und auf Gruppen und einzelne, die mit den Gefangenen aus der RAF und dem militanten Widerstand zusammenarbeiten, angesetzt um sie zu bespitzeln und Zusammenhänge mitzukriegen.

Wir werden aus unseren Fehlern lernen.

Hamburg, 5.2.84

Die „nationale Frage“

Konservativer Wunschtraum und pseudolinke Wirklichkeit

Nur Teile der Westdeutschen Linken haben sich früher mit Skrupeln herumgeschlagen, wenn es galt auf Nazi-Filz, Imperialisten, Kriegstreiber und -freunde einzudreschen. Mit Vergnügen denken viele noch an den Sturz des „furchtbaren Juristen“ (und damaligen Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg) Eilbinger, der aufgrund seiner tapferen Instinktion die Hut nehmen mußte. Auch auf das entgleiste Gesicht von F.J. Strauß nach der Wahlniederlage 1980 blicken wir uns noch gern.

Gilt das auch heute noch? Unübersehbar für den aufmerksamen Beobachter verschleibt sich das Werte-System einiger Szene-Politfraks. Der Grüne Hopfischek wurde gern mit Bledenkopf und Späth diskutiert. Achtung müsse man haben vor solchen Leuten, die auch in der CDU zu ihren Ökologieminderheitspositionen stünden. Manche „Ökolibertäre“ (so nennt sich die neue Rechtsfraktion bei den Grünen) schreiben Programmteile fast von der CDU/CSU ab. Daß das gefährlich sei? I wo — „die politischen Rechten“ „meinen da etwas ganz anderes“.

Dummköpfe gibt es überall. Doch Vorsicht: Dem „Nützlichen Idioten“ fällt es manchmal nicht schwer, zum Chrenzeungstäter zu werden. Ein kleiner Anstoß genügt.

Die Impulsgeber

Seit Juli 1978 erscheint alle Monate die rechte Ideologie-Zeitschrift „criticon“. Führender Ideologe dieser Zeitschrift (in den ersten Nummern ist Caspar von Schrenck-Notzing, als „Großaktionär“ der Württembergischen Me-

llwarenfabrik (WMF) verfügte er wohl einerseits über Geld, andererseits auch über vielfältige journalistische Erfahrungen im rechts-reaktionären Blätterwald.

Sein Mitspieler wurde Armin Mohler (Jahrgang 1925). Mohler war 1949-1953 Sekretär des Schriftstellers Ernst Jünger, der schon in der Weimarer Re-

publik für die „totale Mobilisierung“ des Volkes, sondern das „vom über-schaumenden Blute der Jugend be-räuschte“ (1943). In späteren Jah-ren setzte sich Mohler zunehmend mit Carl Schmitt auseinander. Schmitt war führender Staatsrechtler der Weimarer Zeit. Jede menschliche Gesellschaft stünde, so Schmitt, vor der Alternative „Selbstbehauptung oder Untergang“. Er rechtfertigte deshalb — vor allem in den ersten Jahren — die Nazi-Herrschaft. Schrenck-Notzing und Mohler legten los: Man müsse alle un-zufriedenen Konservativen sammeln, ihnen erst einmal ein publizistisches — später organisatorisches — Forum schaffen und eine „Kulturrevolution“ im konservativen Sinn anstreben.

Nach und nach wird der vom sech-ten CDU-CSU-Kongress im Jahr 1975 und von Strauß kandidatur-Verweigerung. Dann „die Wende“. Jedoch auch jetzt — gerade jetzt — müßten die konservativen Ver-träger arbeiten, so daß sich vernünftige, eine hehre Enttäuschung bereite. In der Sicht unzulänglichen, zögernden, zauderhaften Politik. Zumal auf einem Gebiet

der CDU-CSU-Mandatsfrage, wie auch von der Bevölkerung in abseh-bar Zeit verfolgt wird. Neben der Schrenck-Notzing / Mohler-Clique ver-fallen nur winzige nationalrevolu-tionäre Zirkel auf ähnliche Gedanken.

Wie also vorgehen, um unter den heutigen Bedingungen effektiv an poli-tische Geschäft einzusteigen? Hoff-nung weckt da den auschenden Konser-vativen an, wenn er sich einige Grün / Alternative / Anarchos / Freies etc. genauer ansieht. Es schließt in der So-zie „Der Aberglaube, „national“ sei „recht“, ist schon am Schwinden“, schrieb Robert Pflüger schon im Juli / Oktober 1980 in „criticon“. Mit der Frage der Stationierung der Mittel-schreckenraketen mußte sich — so Schrenck-Notzing — die Friedensbe-wegung „ob sie es nun wollte oder nicht“ gleichzeitig mit der „Mitbe-stimmungsforderung auf waffentechni-schen und außenpolitischen Fragen“ auseinandersetzen und an der einge-setzten deutschen Frage rütteln. Zwei könne die Friedensbewegung kei-ne richtigen Antworten geben. „Aber die Thematik hat sie in die richtige Richtung verschoben“.

Die Bezeichnung junger Konservativer und junger Sozialisten auf ihr Deutschsein gehört zu den faszinie-renden Zeichen der allerletzten Jahre“ (Kaltenbrunner). Und Mohler setzt hinzu: „Sind sie (die Regungen eines neuen Nationalbewußtseins — Anm. d. Verf.) echt und nicht nur tak-tisch gemeint, so besteht kein Grund, weshalb man nicht mit dieser Linken zusammen jene träge Mitte auf-schrecken sollte, die sich auch in der nationalen Frage hinter die Wenn und Abers verschauelt“.

endlose, graue, immer gleiche Häuser-fluchten hinein: die Kultur reduziert sich auf / education“. Interesse zeigt „criticon“ auch für die Entwick-lung des neugründeten Verlags Lybuck Danny (Hochel Rötgen und Christiane Thum). Es handelt sich die Palette der Themen (Bewertung wird festgestellt, wenn die Ver-seit-ung weite). Auch wenn die politische Kon-servativen um gesellschaftlichen Prozeß bisher unsere Gegner waren, so können wir also von ihnen, von ihren Themen lernen, „criticon“ berichtet weiter: „Für den agilen Chefpropa-gandisten des aufgeklärten Neokonser-vatismus“ hält man Gerd-Klaus Kaltenbrunner.

— Da wird in einem Interview des „Vorläufigen Frankfurter Fronthefters“ in der „FR“ bemerkt, daß, des-sen Sprecher dem Reporter unter an-derem erklärte, Rechtskonservative wie Kaltenbrunner sähen viele gewalttätige Erscheinungen einfach genauer als Linke. („criticon“, Dez. 1982) — „criticon“ empfiehlt das „Hand-buch der westeuropäischen Regional-bewegung“ von Jochen Blaschke (Hrsg.), Syndikat-Verlag, 1980. Das von „mehrfach linken Verfassern“ geschriebene Buch sei „auch außerhalb des linken Lagers brauchbar“.

Nun hat ihm eine Gruppe von Anarcho-Linken — darunter Jean-Gabriel Cohn-Bendit (Bruder des „ro-ten Danny“) — ihren Verlag „Der alte Maulwurf“ als Tribune zur Verfügung gestellt. „Wem? Einem Serge Thion, ein Autor, der die „Auschwitz-Lüge“, „Das Problem („La question“) der Gaskammern“, eines gewissen Paurisson unter die Leu-te (die Linke) bringen will.

Spitzel aufgeflogen ...

Fortsetzung von vorheriger Seite

hatten“. Andererseits sind bei man-chen der angegebenen Indizien haar-sträubende Folgen zu befürchten, wenn jemand auf die Idee käme, solche Verdachtsmomente zu verallgemei-nern: Daß sie als „Neuling“ in Hanno-ver so engagiert war, nie zu Hause er-reichbar war, sie sich falsch (als krank) abgemeldet hatte, etc. Besonders haar-sträubend ist es, wenn es schon einen Verdacht hermachte, daß sie nach kur-zer Zeit wagle, mit auf eine Hungerstreik-Demo zu kommen, und parow in die Antimilitarismus-Gruppe (tall die Anti-AKW-Untergruppe) wollte.

Es wäre schlimm, wenn solche „An-haltspunkte“ zu plzu einfachen Räs-tern beitragen würden und dann De-ektiv nach dem Muster „Spitzel erken-nen, leicht gemacht“ gespielt würde. Das wäre selbst dann problematisch,

wenn diese Raster nicht ganz so bloß wären wie die seinerzeitigen Aufforde-rungen von Staatsseite, „Terroristen“ und „Sympathisanten“ zu erkennen. Zudem haben solche Agenten-Raster noch den Nachteil, daß sie es dem Staat erleichtern könnten, seine Agenten „unauffälliger“ agieren zu lassen. Viel-leicht klappt's das nächste Mal besser, wenn man/frau Agent(in) durch beson-dere Sensibilität und Behutsamkeit Verhaltenweisen vermeidet, an denen die Szene „Schweine“ und „Säue“ er-kennen kann.

In der Regel dürften sich konkrete Verdächtigungen erst aufgrund genauer und intensiver Kenntnis heraus-bilden. Offene und vergleichsweise of-fene Gruppen können sich schlecht durch Raster oder Schemata davor schützen, daß darunter auch Agent/innen sind.

Die „nationale Frage“

„Doch bei den Bonner Parteien geht es ausschließlich um die Frage, wie man denn den Status quo (der Teilung Deutschlands) besser aufrechterhalten kann, durch Nachrüstung oder durch den Verzicht auf sie“, so schrieb Har-rald Rudenka 1973. 1981 wissen-schaftlicher Referent für Deutschland-politik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „criticon“ war wohl die erste Zeitung, in der er seine deutschlandpolitischen Magenschnit-zen nach Beendigung seiner 17-jährigen Mission in der CDU-CSU eine schrift-liche Form geben konnte. Dieses Ziel ist symptomatisch für das Dilemma, in dem sich viele Konservative zur Zeit in der BRD befinden. Die „Wiederver-einigung Deutschlands“ steht für fast al-le nach wie vor auf der Tagesordnung. Die Aussichten auf Erfolg sind auch heute noch schlecht. Verantwortlich dafür sei eine bestimmte Politik.

Einerseits zeige die derzeitige Bun-desregierung eine hündische Unterwür-figkeit unter die Politik der USA-Regierenden. Alles, was aus Washing-ton komme, werde geschluckt. Andererseits gäben viele Konservative ihre nationale Identität auf. Das verleihe das konservative „Selbstwertgefühl“. Schließlich sei man nicht zum Nach-forsen anderer geboren, sondern zähle sich selbst zur Elite.

Geradezu penetrant wird deshalb in „criticon“ gegengesteuert: Die „Selbstaufgabe des deutschen Volkes“, die Tatlosigkeit bei der of-fenen Frage der „Wiedervereinigung“ werden vehement geprügelt.

Die Schuldigen

Die Amerikaner hätten den Deutschen „in der Reeducation dreimal das Rück-grat gebrochen“. Deutsche könnten „ihre Karriere unter US-Aufsicht nur machen“, indem sie dreimal täglich auf ihre Nation spuckten. (Armin Mohler 1981 in „criticon“). „Nationale Identitätsverweigerung ist keine an-gemessene Substanz für Hinter“ (Kalten-brunner). Von ganzem Herzen möch-ten sie aufstehen. Laßt euch vor den Amis! Die haben uns verbogen! — Doch Teufel, kaum ein Konservativer begreift das.

Dabei sei doch klar: Man müsse sich endlich von einseitigen westlichen Ver-flechtungen befreien. „Die Einheit Deutschlands ist nur gegen die heu-terige Gesamtverfassung zu haben“. „Es kann der Punkt kommen, an dem man mit seiner physischen Existenz für seinen Anspruch auf eine eigenständi-ge, nicht fremdgesteuerte Existenz ein- stehen muß“ (Mohler, Hervorhe-bung d. Verf.).

Konservative Strategie

Das derzeitige politische Kräfteverhält-nis in der BRD verhindert, daß diese politische Meinung von der Mehrheit

Die Umfaller

„criticon“ berichtet, daß Thomas Schmid, Hauptautor der konservativen „Frankfurter Allgemeine“, schon 1978 von „der imperialistischen Entnazifizie-rung durch die gottverdammten Yan-kees, die die Demokratie bei uns ver-ordnet haben“, gesprochen haben soll. Schmid ist (Originalton) „diesem Deutschland nicht nur verhaftet, ich liebe es auch. Und ich will eine Linke, die nicht nur „kosmopolitisch“ sondern auch „deutsch“ ist.“ (Vgl. Jürgen Ha-bermann, „Nation und Republik“, suhrkamp 1000, zitiert nach „criticon“ — Hervorhebung v. Verf.).

„criticon“ — Hervorhebung v. Verf.)

— Da zitiert der an Regionalismusfra-gen interessierte „studium“-Autor Hans Wagner den Westberliner AL-Abgeordneten Martin Jänicker: „Wir sind doch hier nicht viel mehr, als eine Bananenrepublik der Amerikaner“ („criticon“, Juli / Oktober 1982).

— Der Hochschullehrer Hans-Dieter Sander (u. a. ehem. Gastdozent an der FU in West Berlin) — übrigens auch Autor in der rechtsradikalen Zeitschrift „Mol“ — vermerkt zu Peter Brandt: „Peter Brandt und Herbert Ammons „Patriotismus von links“ ist deshalb ein lebensnotwendiger Widerspruch gegen die deutsche Sozialdemokratie, die mit der Entspannungspolitik die deutsche Frage, laut Egon Bahr, vom ersten auf den fünften Platz der Prioritätenliste setzte“.

— „criticon“ vermerkt, daß die „un-mögliche Heimat“ den Umweltschüt-zern und Bürgerinitiativen am Herzen liege. Die „Freiwilligen (Selbst-erhaltungstrieb) der Bewegung sei bemerkenswert und erschreckend. Die Erhaltung der Heimat und die Selbst-erhaltung bedürfen der Selbstbestim-mung. Diese Erkenntnis mündet in der Frage: „Wie souverän ist die Bundes-republik?“ — „criticon“ druckt einen Leserbrief ab, in dem sich eine Gabriels Rustenmeyer zu den Grünen bekenn-t, weil sie ökologisch konservativ däch-ten. „Als ob Konservative (gemeint sind gewisse Kreise der CDU - Anm. d. Verf.) Abgabe eines und Öl trinken könnten! Sie holzen das Leben ab zu-gunsten des Lebensstandards.“

„criticon“ wirbt für Baldur Springmanns Buch „Patriot Erde“, erschienen im rechtsradikalen Arndt Verlag (Springmann war eine berühmte Gründerfigur der Grünen) — Eine Maria Eppe schwärmt für Michael Endes „Momo“ und „Die un-endliche Geschichte“. Die Geschichten tragen mythische Züge, erzählt sei Metaphysik und Anthropologie. „Rom, die Stadt, in der der Momo lebt — wird zu einem New York, in dem sich



... als eine Bananenrepublik

Konservative Perspektiven

Die Neubelebung der Diskussion um die „nationale Frage“ wird zukünftig mit bewusster und unbewusster Hilfe bestimmter Teile der Friedensbewe-gung verstärkt durch konservative Kräfte im CDU/CSU-Dunstkreis be-trieben werden. Darüber hinaus wer-den einige Konservative — speziell aus dem Kreis um „criticon“, „studium“ und „Rand freileblicher Studenten“ — die personelle Zusammenarbeit mit Umfallern einleiten oder intensivieren (?). Hauptthema auf Seiten der Lin-ken ist für die Konservativen der Anti-faschismus, der das „nationale Denken blockieren würde (so RFS-Vorsteher Hans Eschbach in „criticon“, Mai / Juni 1983). Der Antifaschismus müsse weg.

Daß auch tatsächlich schon ein „Ausbruch aus dem Bonner Kreis der Antifaschisten“ zu beobachten ist, wird deutlich, wenn Schrenck-Notzing aus Peter Jäckes Buch (Hrsg.), „Ber-ber die ethnische Entfernung aus dem Land“ (Rucksack auf 10 Jahre APD), Düsseldorf 1983, zitiert: „Was uns das Konstante war, befehlten wir uns von dem Gefühlsklima des heimlichen Fa-schismus befreien. Wir wußten, daß wir Deutsche waren. Selbst wenn glaub-ten, infiziert, durch und durch verdor-ben und ausweglos verstrickt“.

Die Rechte mühte sich dann aller-dings auch „von heilgewordenen For-ststellungen und Feindbildern trennen vom platten Antifaschismus mit der heutigen Funktion der Integration Weltdeutschlands in den Westblock (so Hans Eschbach).

Fälschprodukte verfallender oder Giftstoffe neuer Bewegungen? „Tradi-tion konservativ“ und „I wagenrige“ wüsten es sich nicht nehmen lassen, das aufmerksam zu verfolgen und offenzu-legen. Nichts wird bleiben, wie es ist.

Antifa-Kommision AB/Gruppe Hamburg

„Verbrannt“

Die folgende Liste einiger in den letzten Jahren „verbrannt“ V-Leute und Agenten im linken Spektrum gibt einen klei-nen Einblick in die Arbeit des Staatsschutzes. Wir beschrän-ken uns dabei auf Fälle, bei denen die „Amtsverbindungen“ bewiesen sind. Die Monatsan-gabe bezieht sich auf die Ent-tarnung.

Mal '78: Regierungsoberinspektor Rin-ger vom Bundesamt für Verfassungsschutz — alias „Wolfgang“ aus Frankfurt — war an die Knaigruppe Lubek herangehtreten mit der Idee, die „zerstörte Sponti-Szene zu einen“.

Der bewaffnete Kampf sei dabei mit-eingeplant. Als er in einer langen politi-schen Diskussion nicht mehr weiter wollte und türmen wollte, kam sein Notizbuch abhandeln (ein schönes Foto gab's auch). Darin fanden sich die Tele-fonnummern von „Wolfgang's“ Kon-taktpersonen, im BKA, im LKA Wies-baden usw. usw.

Anfang '79: Polizeioberinspektor Klaus Eggert und Rudi Modkorevig vom LKA Hannover tauchten beim Götting-er Arbeitskreis gegen Atomenergie auf als „Wicky“ und ein Freund „Rudi“. „Wicky“ war ausgerüstet mit ei-nem kompletten Satz weißer Papiere (ausgestellt auf seinen Decknamen Marc Baumann). Er fiel dadurch auf, daß er behauptete, daß er auch Spreng-stoff „und andere Materialien“ besor-gen könne. Enttarnt wurde „Wicky“ von einem alten Schulfreund. November '82: Kai Uwe Cramm vom LKA Hannover arbeitete als Thomas Kalkhoff im Braunschweiger Arbeits-kreis gegen Atomenergie mit und betel-ligte sich u. a. an der Vorbereitung der

Schacht-Konrad-Demonstration (30.10.'82). Er wurde als ehemaliges Mitglied einer Wohngemeinschaft von früheren Mitbewohnern, die von seiner Polizeizugehörigkeit wußten, erkannt. In einer Antwort auf eine Anfrage der Grünen bestätigte Niedersachsens In-nenminister Möcklinghoff den ver-deckten Einsatz des Kripobeamten. Dezember '82: Nach einer jahrelangen V-Mann-Arbeit für das RD Nürnberg, den US-Geheimdienst CID, den VS in Süddeutschland und das BKA landete Peter Kleina, genannt „Pitt“, in der Westberliner Szene „Pitt“, der schon im Knast gewesen hatte, in besetzten Häusern wohnte und als Helfer im „Besitzer-Eck“ arbeitete, floh auf, weil unter seinen Sachen u. a. eine Quel-lung der Haftanstalt Berlin-Tegel über 1693,40 DM war. Das Geld hatte ein Verfassungsschützer als Restgehalt für Kleina bei der Gefängnis-Kasse ein-be-zahlt.

September '83: Klaus Troeber, eben-falls in der Westberliner Szene tätig un-ter dem Spitznamen „Piwi“ wurde auf der Krefeld-Demonstration am 6.6. von einem Zivi „als einer der aktivsten Gewalttäter“ bezeichnet. Als er von ei-nem Kollegenknüttel getroffen wurde, gab sich Troeber den Polizisten als „vom Senat“ zu erkennen, worauf ihm ein Misdemonstrant den Ausweis ab-nehmen konnte. Nach der ED-Behandlung wurde Piwi freigelassen und erst zwei Monate später besetzt. Er wurde aus den Niederlanden verhaftet, weil gegen ihn ein Haftbefehl wegen Krefeld vor-lag. Er gab sich als V-Mann des West-berliner VS zu erkennen. Nach Inter-vention seiner Dienststelle kam Troeber schon am 6.9. wieder frei. Auch CDU-Liniker hatte sich für ihn stark ge-macht.

11

Informanten

Im September 1981 erklärte der damalige (kommunistische) niederländische Innenminister Van Thijn im Parlament zu der von rechten Politikern angestrichelten Debatte über eine „Steuerung der Friedensbewegung durch Moskau“, die Friedensbewegung bilde keine Gefahr für die Sicherheit des Staates und werde deshalb auch nicht vom „Rundfunk der Vereinten Nationen“ beobachtet (BYD, niederländischer „Verfassungsschutz“). Diese Aussage wurde im Juli 1982 im Parlament von Van Thijn Nachfolger bestätigt und war damit doppelt erfolgt: Ein Sprecher des Innenministeriums gab zu verstehen, daß der BYD allerdings Berichte über die Friedensbewegung erstellt habe (2).

Im Dezember 1981 hatte in Nijmegen ein jugendlicher bereits eingestanden, während der vier Monate, in denen er bei Onkrut aktiv war, Informationen an zwei „Kontaktpersonen der Polizei“ weitergegeben zu haben. Er war mit dem Versprechen, Hilfe bei seinen zahlreichen persönlichen Problemen zu bekommen, als Infiltrant angeworben worden. In dem Maße, in dem er begann sich in der Szene „zu Hause“ zu fühlen, bekam er jedoch Zweifel und Gewissensbisse über seine Informanten-Tätigkeit, was dazu zu seinem Geständnis führte.

Ein ähnlicher Fall wurde im März dieses Jahres bekannt. In einer Illustrieren (3) erschien die Story von einem Jungen als „Randfigur“ bezeichneten Mann, der u.a. in Rotterdam bei Onkrut zwei Jahre lang als Spitzel für den BYD tätig war. Er habe Gewalt verhindern wollen und deshalb Informationen über bestimmte Aktionen weitergegeben. Seinen Entschluß an die Öffentlichkeit zu treten, begründete er damit, der BYD habe Informationen (u.a. Namen) von ihm haben wollen, die er nicht geben wollte.

Die autonome Amsterdamer Wochenzeitung „Bluf!“ vom 22.3.84 meldete, daß nach den Bunker-Knack-Aktionen von Onkrut im April 1983 (siehe AK 245: „Bunker-Beute“, Teil 3) zwei Amsterdamer Onkrut-Aktivisten von einem Kripo-Beamten vergeblich kontaktiert worden waren.

Der BYD hält sich nicht allein bei Onkrut-Gruppen oder anderen radikalen Gruppen Informant: Am 26. Mai 1983 bekam der KVP-Aktivist Wiert Wiertsema unverwartet Besuch von einem sich als BYD-Agent ausweisenden Mann. Wiertsema gab an „im Moment keine Zeit“ zu haben, verabredete einen Termin und sorgte dafür, daß das Gespräch auf Tonband aufgenommen wurde. Im IKV „Kernblad“ vom August 1983 erschien sein Bericht: Der BYD Agent habe ihn als Informanten anheuern wollen. Seinen Namen habe der Agent von einem bereits aktiven Informanten (dessen Identität bis heute nicht geklärt ist) erhalten. Der Agent beteuerte, daß der BYD sich nicht für den IKV „als Friedensbewegung, als kirchliche Organisation“ interessiere. Der IKV an sich stelle keine Bedrohung für die Sicherheit des Staates und die demokratische Rechtsordnung dar. Dies gelte jedoch nicht für die „heimliche politische Beeinflussung aus dem Outblock“.

Einschüchterung

Die Aktivitäten der Geheimdienste dienen bekanntlich nicht nur der Sammlung von Informationen. Eine andere wichtige Funktion ist die Einschüchterung nach dem Motto: „Big Brother hört alles, sieht alles, weiß alles!“

Am 21. März dieses Jahres sollte ein Teil des größten und modernsten niederländischen Munitionsdépôts in Veenhuizen (bei Assen, Nord-Ost-Niederlande) betastet und das Computerzentrum des Militärkomplexes sabotiert werden. Am 8., 9. und 10. März tauchten bei vier Leuten, die an der geheimen Vorbereitung der Aktion beteiligt waren, BYD-Agenten auf: „Wir wissen alles von der Aktion. Hört auf damit! Euer geplantes Unternehmen ist lebensgefährlich!“ Die Agenten kannten tatsächlich nicht nur Datum und Ziel der Aktion, sondern auch den globalen Aktionsplan. Ihre Angaben darüber, woher sie wußten, daß die vier mit der Vorbereitung der Aktion zu tun hatten, waren (zumindest zum Teil) zureichend.

Auffallend ist, daß keine der vier betroffenen Personen eine zentrale Rolle bei der Vorbereitung der Aktion spielte, obwohl der BYD, aufgrund der — z.T. richtig, z.T. verfehlt wiedergegebenen — Kenntnisse, sicherlich wußte, wor die zentralen Leute sind. Auffallend ist auch, daß die vier im Vergleich zu den meisten anderen an der Vorbereitung Beteiligten schon etwas älter sind; einer von ihnen ist der Vater eines Totalsilverweigerers, der sich — um nicht individuell und unauffällig eingekna-

Niederländische Friedensbewegung und internationale Geheimdienste

Die „Warnung aus Moskau“ im letzten Winter, die westeuropäische Friedensbewegung werde zunehmend unterwandert von westlichen Geheimdiensten, wurde aufgrund ihres pauschalen Charakters von kaum jemandem ernst genommen. Die Behauptung eines Führungsmitgliedes des Interkirchlichen Friedensrats (IKV), die Verteilung eines Flugblatts kurz vor der großen Friedensdemonstration in Den Haag am 29.10.83, in dem zur Besetzung der Botschaften der USA und der SU aufgerufen wurde, sei „CIA Arbeit“ (1) zierte auf die Diskreditierung radikaler Initiativen innerhalb der Friedensbewegung und nicht auf die ernsthafte Auseinandersetzung mit der Frage geheimdienstlicher Infiltration. Denn unabhängig von der hier nicht zu klärenden Frage, von wem das besagte Flugblatt wirklich stammte, stand die Behauptung im Zusammenhang einer Distanzierung des IKV von jeglichem Radikalisierungsansatz.

Trotzdem: Die Anzeichen und Beweise für eine intensive geheimdienstliche Aktivität in und gegenüber der niederländischen Friedensbewegung häufen sich tatsächlich

stet zu werden — bei der Aktion in Veenhuizen verhalten lassen wollte. Das Auftreten der BYD-Agenten war eindeutig nicht darauf angelegt, noch mehr Informationen zu bekommen oder neue Informanten zu werben. Wäre es nur darum gegangen, die Aktion zu verhindern, hätte die in der letzten Zeit bei durchgesicherten Aktionsplanungen des öfteren erfolgreich erprobte Methode — die Aktion anlaufen lassen und dann die Aktivisten zusammenreißen und registrieren — viel naher gelegen. Evidentlich paßt alles haarscharf in das Bild, daß die außerordentlich freche BYD-Aktion als „Abschreckung“ radikalerer Aktionsansätze gegenüber dienen sollte. In „Bluf!“ vom 2.3. heißt es, der BYD werde „sicherlich hoffen, daß die Paranoia, das Mißtrauen untereinander, die Angst vor Abhören und Infiltration so groß wird, daß die antimilitaristische Bewegung mehr oder weniger gelähmt wird, die Repression nach innen schlägt“.

Die Möglichkeit eines BYD-Informanten in der Vorbereitungsgruppe für Veenhuizen wird von der Gruppe selbst als sehr unwahrscheinlich erachtet. Möglicherweise ist die Beobachtung des Munitionskomplexes aufgefalle und anschließend ein BYD-Team angesetzt worden. Es kann auch sein, daß der BYD über zwei halb-öffentliche, größere Versammlungen, auf denen die Aktion zur Sprache kam, Wind bekommen hat. Eine weitere Möglichkeit (für die einige Umstände sprechen) ist, daß der BYD das Treffen am 29. Februar auf einem Campingplatz in der Nähe von Veenhuizen, auf dem die Aktion definitiv geplant worden ist, beobachtet und abgehört hat.

Mit den vier „Hausbesuchen“ hat der BYD seine Wühlerei gegen die geplante Aktion allem Anschein nach keineswegs beendet. Laut „Bluf!“ wird die Post eines Mitglieds der Vorbereitungsgruppe geöffnet. Der gleiche Aktivist, der gerade umgezogen ist, bekam innerhalb von zwei Tagen einen neuen Telefonanschluß, obwohl es in der betreffenden Gemeinde normalerweise längere Wartezeiten gibt. Mitte März bekam ein anderer Aktivist, dessen Wohnung in der Nähe des Munitionsdépôts am 21. März als „Aktionszentrum“ dienen sollte, von der Post Bagatelle, daß sein Telefon an diesem Tag außer Betrieb genommen würde „wegen Reparaturarbeiten“. Einen gleichen Bescheid bekam der Vorsitzende der Friedensplattform von Opstellingwerf, eines Nachbarortes. (4) Die Nachbarn beider Aktivisten hatten keinen solchen Bescheid erhalten.

Neben den vier genannten Besuchen hatte der BYD am 9. März auch den ehemaligen Vorsitzenden des dahin gelangenen Komitees „Stoppen den Ausbau von Veenhuizen“, zugleich Mitglied der KP (CPN), besucht: Ob er von der „für den 21. März von Onkrut geplanten terroristischen Aktion“ gegen das Munitionsdépôt wisse. Natürlich wußte er nichts. Aber er tat, worauf der BYD abgesehen hatte: Er rief einem Parteifreund und Mitglied der Friedensplattform von Opstellingwerf, die Plattform möge sich sofort von der „terroristischen Aktion“ di-

stanzieren. Es kam tatsächlich zu einer Filversammlung der Plattform, auf der eine öffentliche Erklärung beschlossen wurde, die jedoch keine Distanzierung von der antimilitaristischen Aktion enthielt, sondern die Verurteilung der „unwürdigen, naiven und einschüchternden“ Aktivitäten des BYD, die im übrigen ungesetzlich seien.

Agent provocateur

Agent provocateur

Der bisher schwerste bekannt gewordene Fall geheime Infiltration der Aktivisten gegen die Friedensbewegung lag am 19. April auf An dieviertag gestrichen. „John Paul Gardiner“ gegenüber Mitbewohnern des Friedensaktionslagers vor der Luftwaffenbasis in Woensdrecht (auf der die Cruise Missiles stationiert werden sollen), ein Geheimagent der US-amerikanischen „National Security Agency“ (NSA: Nationale Sicherheitsbehörde der USA) zu sein. Seit dem 4. Dezember 1983, dem Tag an dem „Gardiner“ — unter dem Deckmantel eines von der BRD ausgewiesenen Aktivisten — zum Friedenslager kam, habe er Informationen über das Lager gesammelt und z.T. auch an den niederländischen BYD weitergegeben.

Der 42-jährige gab an, bereits seit 1961 für die NSA zu arbeiten. Seit 1977 habe er in der BRD gearbeitet als undercover Agent gegen den Heroinhandel unter amerikanischen Soldaten. Im November '83 sei er von seinen Vorgesetzten in die USA zurückgerufen worden, wo er den Auftrag erhalten habe, „den harten Kern der niederländischen Friedensbewegung“ zu infiltrieren, um herauszufinden, ob und inwiefern dieser „moskautreuer“ sei. Seine amerikanische Kontaktperson in den Niederlanden sei der „CIA-feld-officer“ Rod Blackburn, ein Mann, der tatsächlich bei der US-Botschaft in Den Haag arbeite als „Sicherheitsagent“. Über zwei niederländische Kontaktpersonen in Den Haag („Hans“ und „Pieter“) habe er Informationen über geplante Aktionen an den BYD weitergegeben. Vom BYD habe er auf Anfrage zu jedem gewünschten Zeitpunkt, direkt ausführliche Informationen über alle Bewohner des Friedenslagers erhalten.

Die zwei beim Geständnis anwesenden Journalisten von „de Volkskrant“ und „Trouw“ wollen einen Beweis für „Gardiners“ Agententätigkeit. „Gardiner“, der im Besitz eines kanadischen, eines amerikanischen und eines dänischen Passes ist (in einem der Pässe heißt er „John Wood“), wählt eine geheime Telefonnummer in Den Haag, nennt einen Code und die Telefonnummer, unter der er im Moment zu erreichen ist und wird zehn Minuten später zurückgerufen von „Pieter“. Diesem erzählt nun „Gardiner“, daß in der Nacht um 00.30 Uhr „eine hart Aktion“ geplant sei gegen den Kommunikationsbunker der Luftwaffenbasis. Als die zwei Journalisten zusammen mit fünf Aktivisten um 23.45 Uhr zur Basis gehen, winkelet es um und auf dem Militärgelände — vor allem in der Nähe des Kommunikationsbunkers — von Polizei, Marechaussee (Militärpolizei) und Soldaten

Das Geständnis von „Gardiner“ ist klar: das Mißlingen zweier geheim vorbereiteter Aktionen in Woensdrecht am 18. Februar und am 7. April. „Gardiner“ war beide Male Mitglied der kleinen Vorbereitungsgruppe. Als am 8. April eine Aktion durchgeführt von der griechischen Gruppe aber an einem ersten Versuch scheiterte, „Gardiner“ ohne seine Mitarbeit und ohne sein Wissen, nicht vorher durchgecheckt wurde und gelangt, wird „Gardiner“ von seinen Mitbewohnern mißtraut. Da es stets mehr Hinweise gibt, daß „Gardiner“ ein Infiltrant ist (Geschichten machen die Runde, daß er mehrere Pässe habe und irgendwo Granaten versteckt hätte, auch ist unklar, wie er die so begehrte Stabkarte der Militärbasis hat beschaffen können) wird ihm am Donnerstag vor Ostern klar gemacht, daß er das Friedenslager verlassen muß. Danach flücht „Gardiner“ mit seinem Geistesgenossen.

Auf die Frage warum „Gardiner“ jetzt plötzlich gesteht, nachdem er im Lager monatelang als Spitzel gearbeitet hat, antwortet er mit einer sentimentalen Geschichte. Seine „Beichte“ sei das Resultat von Gewissensbissen. Die Liebe, das Vertrauen und die Herzlichkeit im Lager hätten ihn zu dem Entschluß gebracht (nach 23-jähriger Agententätigkeit) endlich seine Maske abzulegen. Er wolle etwas von dem Schaden, den er der Friedensbewegung zugefügt habe, wiedergutmachen. Und dann verschwinden, endlich „er selbst“ werden nachdem er ein halbes Leben lang nur eine Nummer gewesen sei. „Gardiner“ fürchtet jetzt, von seinen Auftraggebern liquidiert zu werden: „Ich kann an einer Überdosis Heroin auf einem alten Boot in Amsterdam sterben oder durch einen Auto-Unfall.“ (5) Auch könne er „mindestens zehn Jahre Gefängnis“ bekommen für die Verletzung des „US Official Secrets Act“ (6). Desweiteren wisse er nicht, ob er Racheaktionen oder Verfolgung von den Leuten, gegen die er gearbeitet hat, zu fürchten habe.

Wanted

Wanted



Der US-amerikanische undercover-Agent John Paul Gardiner (Name in seinem kanadischen Paß bzw. John Woods (amerikanischer Paß) — der in seinem dänischen Paß enthaltene Name ist nicht bekannt — ist 42 Jahre alt und von auffällig kleinem Wuchs (ca. 170 cm). Im Woensdrecht Friedenslager trug er einen Vollbart, Brille und ständig eine Baseball-Mütze, was allerdings ziemlich leicht veränderbare Merkmale sind.

Nach seinen eigenen Angaben war er seit 1977 in der BRD als undercover-Agent gegen den Heroinhandel unter US-amerikanischen Soldaten eingesetzt. Ebenfalls nach eigenen Angaben war er auch in der belgischen Friedensbewegung wühlerisch tätig (hierfür spricht die 13 in seinem Wohnwagen gefundenen Granaten, die aller Wahrscheinlichkeit nach aus einem Raubzug im belgischen Florennes stammen). Es geht zudem das Gerücht, daß „Gardiner“ auch im bundesdeutschen „heißen Herbst“ dabei war.

Wer hat „Gardiner“ wann, wo und wobel gesehen? Unter welchem cover ist er aufgetreten? — Sachdienliche Hinweise zur Weiterleitung an interessierte niederländische Antimilitaristen nimmt dankbar entgegen die Niederlande-Kommission p.A. AA Redaktions-Verlagsadresse: Verlaagdrukkerij „Verlaagdrukkerij“ und die Zuordnung eines Ordens „Verlaagdrukkerij“ und die Zuordnung eines Ordens „Verlaagdrukkerij“ und die Zuordnung eines Ordens „Verlaagdrukkerij“.

Nach seinem Geständnis ist „Gardiner“ nicht offiziell spurlos verschwunden. Der Versuch ihm zu folgen, haben die Bewohner des Friedenslagers unternommen, nachdem „Gardiner“ seine Verfolger entdeckt und ihnen gesagt hat, sie sollen nicht auch anfangen Geheimagent zu spielen. Am Ostermontag (24.) taucht „Gardiner“ nochmal kurz bei einem Journalisten mit der Story auf, er sei am Samstag im Zug zwischen Köln und Frankfurt von einem NSA-Agenten aufgefordert worden, sich bei einer amerikanischen Botschaft zu melden und dort eine Erklärung zu unterschreiben, daß die ganze Sache vom Friedenslager entspringen sei. Der Agent habe ihm gedroht, die NSA wird die anderenfalls „u.a. über die Presse“ eine Kampagne gegen ihn starten und seine Verhaftung erwirken.

Granaten

Nach „Gardiners“ Verschwinden durchsuchen Bewohner des Friedenslagers seinen Wohnwagen und finden dort zu ihrem Schrecken dreizehn 30-mm-Granaten. Die Granaten, die von einem Einbruch in ein Munitionslager bei der künftigen belgischen Cruise Missiles-Basis in Florennes stammen sollen, werden aus dem Lager geschafft und vergraben. Auf Anraten eines Rechtsanwalts werden die Granaten in einem Demonstrationsszug zur Polizei dienststelle von Woensdrecht gebracht. Die Staatsmaschine stellt sich blöd oder verbreitet Nebel. Der Sprecher der Polizei in Woensdrecht bezeichnet „Gardiners“ Geständnis in einer ersten Reaktion als „Abenteuergeschichte eines Ausländers, der einmal ein bißchen auffallen möchte“ (7). Ein Sprecher der Luftwaffe erklärt, daß die Extrabewachung in Woensdrecht in der Nacht vom 19. zum 20.4. „nichts besonderes“ bedeute. Sie sei eine bloße Vorsorgemaßnahme gegen erwartete Aktionen am Oster-Wochenende gewesen (8). Der BYD sagt, nichts von der Angelegenheit zu wissen. Daß amerikanische Agenten Kontakte unterhalten mit niederländischen Agenten sei „faktisch ausgeschlossen“ (9). Aber: „Man weiß nie was in einer entlegenen Ecke dieses Landes passieren kann.“ (10) Die amerikanische Botschaft in Den Haag will weder bestätigen noch verneinen, daß „Gardiner“ ein amerikanischer Agent ist. Auf jeden Fall glaube man nicht, daß „Gardiner“ für die NSA gearbeitet habe. Ansonsten wolle man „keinen Kommentar“ geben. (11)

Nach dem Fund der Granaten in „Gardiners“ Wohnwagen erklärt die Polizei, daß über Interpol eine Untersuchung eingeleitet werde über die Herkunft der Munition, diese sich allerdings „nicht auf die betreffende Person erstrecken“ würde. Ein Sprecher der Polizei befindet, die Behandlung der Affäre sei in erster Instanz Sache des BYD. Ein Sprecher des Justizministeriums dagegen meint, die Geschichte sei „eine Polizei-Angelegenheit“ (12). Der Innenminister (Ritterk) will nicht öffentlich auf den Fall eingehen. Auch Fragen, die im Parlament u.a. vom Fraktionsvorsitzenden der Pazifistisch-Sozialistischen Partei (PSP) Van der Spek, gestellt worden sind, will er nicht beantworten. Mit Zustimmung der sozialdemokratischen Partei (PvdA), die auch Fragen gestellt hat, will Ritterk am 3. Mai nur die Fraktionsführer der vier großen Parteien in der geheimen parlamentarischen „Kommission für die Geheimdienste“ informieren. „In politischen Kreisen“ in Den Haag wird laut „Volkskrant“ (23.4.) aus der geheimen Behandlung der Affäre auf „Vorzugsbasis geschlossen, daß die Regierung die Behauptungen „Gardiners“ ernst nehme.“

Die NSA beteuert, daß „Gardiner“ für die gearbeitet hat. Die NSA würde sich hauptsächlich mit dem Abhören von Nachrichtenverbindungen auf der ganzen Welt befassen, nicht mit undercover-Operationen in politischen Organisationen. (13) Natürlich sagt dieses Dementi an sich nichts. Allerdings haben auch Experten, die das Tun der amerikanischen Geheimdienste kritisch verfolgen (so der Herausgeber des Bulletin „Covert Action“, an dem auch Philip Agee mitarbeitet/ mitgearbeitet hat), erklärt es für sehr unwahrscheinlich zu halten, daß „Gardiner“ im Auftrag der NSA in Woensdrecht war.

ONEST-Agenten in Europa

In niederländischen antimilitaristischen Kreisen wird erogen, ob „Gardiner“ nicht in Wirklichkeit ein ONEST-Agent sei. ONEST steht für „Overseas Nuclear Emergency Search Team“ und ist ein amerikanischer Geheimdienst, dessen Aufgabe die Verhinderung und

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Bekämpfung von „nuklearem Terrorismus“ sein soll. Anfang 1983 haben die USA 30 ONEST-Agenten in Europa stationiert, ausschließlich für Angelegenheiten, die mit den Cruise-Missilen und Pershing II-Raketen zu tun haben (15).

Mehr als eigenartig sind die Gründe, die „Gardiner“ für seine „Beichte“ angibt. Ein langjähriger und erfahrener professioneller Agent, allem Anschein nach bestimmt nicht vom kleinsten Kaliber, der nach vierzehnjährigen Monaten Liebe und Herzlichkeit überläßt? (16) Und weshalb hatte „Gardiner“ Granaten in seinem Wohnwagen (die er in seinem Geständnis übrigens verschwiegen hat), wenn sein Auftrag lautete, wie er behauptet, „rumwache Beeinflussung“ aufzudecken? Auffallend ist, daß „Gardiner“ anscheinend viel daran gelegen war, seine „Schuld“ zu beweisen. Die von ihm organisierte Irreführung des BVD scheint zu perfekt funktioniert zu haben, um nicht an sich wieder verdächtig zu sein. Unglaublich ist ebenfalls „Gardiner“ am Donnerstag (also drei Tage vor seinem wirklichen Verschwinden) der Presse angekündigt, „Unterstützen“, wenn er tatsächlich Angst vor seinen Auftraggebern hatte.

Viele offene Fragen führen zu vielen Spekulationen, vor allem, weil „Gardiner“ selbst nicht mehr da ist, die Fragen zu beantworten. In der Presse tauchten alle möglichen und unmöglichen Versionen auf: „Gardiner“ sei „ein verrückter“, der für ein Brauereistückchen gesorgt hat, einfach weil er gerne mal in die Schlagzeilen kommen wollte“ (17); sein Geständnis sei „eine Aktion der Friedensbewegung“, um die Amerikaner in Miskredit zu bringen“ (18); und natürlich konnte auch die Version, hinter der ganzen Affäre stecke der KGB, nicht fehlen (19).

Der Versuch einer ernsthaften Rekonstruktion in der sozialdemokratischen „Het Vrij Volk“ (26.4.) endet mit der eigenartigen und schwachen Schlussfolgerung, „Gardiner“ sei erst vor kurzer Zeit als Informant für den BVD rekrutiert worden und habe — als der Verdacht gegen ihn zu stark wurde — die Geschichte vom amerikanischen Agenten erfunden, um nicht für „einen ordinären Verräter“ gehalten zu werden. Das ist wohl allzu simpel und eine gefährliche Unterschätzung. Die Granaten in „Gardiner's“ Wohnwagen werden damit ebenso wie die geheimnisvolle Betriebsamkeit auf politischer Spitzenebene. Offen bleibt auch, warum die Polizei anscheinend nichts unternimmt, um „Gardiner“ aufzuspüren, der immerhin Kriegswaffen in seinem Besitz hatte.

Viel wahrscheinlicher scheint uns, der immerhin Kriegswaffen in seinem Besitz hatte.

Viel wahrscheinlicher scheint uns, daß „Gardiner“ tatsächlich für einen amerikanischen Geheimdienst (welchen?) gearbeitet hat und zwar vornehmlich als Agent provocateur (mit welchem Auftrag und Ziel genau?). In dem politischen Magazin „Haagse Post“ vom 28.4. berichten verschiedene Aktivisten, die mit „Gardiner“ zu tun hatten, daß er fortwährend mit Vorschlägen gekommen sei, vor allem Einzelnen gegenüber, die im Nachhinein betrachtet Provokationen gewesen zu sein scheinen. „Gardiner“ habe immer schneller laufen wollen als die Bewegung „Nicht quatschen, sondern die Arme aufkrempen! Der Zaun in Woensdrecht muß weg!“, sei seine Devise gewesen. Ein Aktivist berichtet, daß „Gardiner“ versucht habe, ihn zu überreden, am 1. Mai bei der Sprengung eines in Woensdrecht stationierten Düsenjägers mitzumachen.

Möglicherweise sind „Gardiner's“ Aktivitäten für seine amerikanischen Auftraggeber von den niederländischen Behörden „toleriert“ worden („Gardiner“ wurde verschiedene Male zusammen mit anderen Aktivisten von der niederländischen Polizei festgenommen, aber, obwohl Ausländer, nicht abgeschoben), weil er gleichzeitig als Informant für den niederländischen BVD arbeitete und/oder aufgrund der traditionellen engen Zusammenarbeit des BVD mit der CIA und anderen westlichen Geheimdiensten.

Als „Gardiner“ seine Tätigkeit nicht mehr fortsetzen konnte — dies erscheint uns als die naheliegendste Möglichkeit — hat er bevor er verschwand, ein sogenanntes Geständnis abgelegt und seine Aktivitäten als Informant für den BVD bewiesen, um von seinem eigentlichen Auftrag abzulenken, der politisch viel explosiver ist. Denn ein Provokateur bringt die Öffentlichkeit schneller zur Empörung als ein Informant, erst recht wenn es sich auch noch um den Agenten eines ausländischen Geheimdienstes handelt. (20) Trotz seines vorzeitigen „Verbrennens“ ist „Gardiner's“ Wirksamkeit nicht wirkungslos geblieben: Gerade zu dem Zeitpunkt, wo der Widerstand gegen die Stationierung in Woensdrecht sich

Alles nur Panikmache?

Schädigung der Kinder durch Luftverschmutzung am Beispiel von „Pseudo-Krupp“ und „SIDS“

Hundert von Kindern sterben jährlich in der BRD im Straßenverkehr und an den Folgen von Mißhandlung, Zehntausende werden verletzt. Noch gar nicht abschätzbar ist die Anzahl der Kinder, deren Gesundheit durch kriminelle Umweltpolitik ruiniert wird.

Und wie es im Frühkapitalismus das private Problem der Eltern war, ihre Kinder satt zu kriegen, werden Verkehrsführungen, Kindermißhandlung und die Folgen der Umweltpolitik zum privaten Problem der Eltern erklärt. Aber wie sollen sich Eltern wehren, wenn die Milch von weiträumig radioaktiv verunreinigt ist durch irgendeine AKW — und sie dies viel zu spät erfahren? Oder wenn irgendeine Industrieanlage heimlich schädigende Emissionen in die Luft bläst und die Kinder daran erkranken oder sterben. Unter den Folgen krimineller Umweltpolitik müssen vor allem jene Familien leiden, die in den Ballungszentren leben müssen: Arbeiter- und Angestellten- und vor allem ausländische Familien. Somit ist es eine Klassenfrage, wer ein gesundes Kind haben darf. Klassenfrage auch, weil die Familien weder Zeit noch Geld haben, aufwendige medizinische und aus schweren Erkrankungen folgende therapeutische Behandlung zu finanzieren.

In den letzten Jahren erkrankten von Jahr zu Jahr mehr Kinder an den Folgen der technischen und industriellen Entwicklung: „Krankheiten wie Asthma, Pseudo-Krupp, Lungenentzündungen, Allergien, Rheuma, Verdauungsstörungen, Haut- und Schleimhautentzündungen, Depressionen und Krebs treten immer häufiger auf“, der „Arbeitskreis der Ärzte für biologische Medizin“ fest. Kranke Kinder durch kriminelle Umweltpolitik: Ob Schwermetalle wie Blei, Cadmium u.a. in die Luft oder ins Wasser gegossen werden, ob Schwefeldioxid oder giftiger Staub, ob radioaktive Emissionen von AKWs oder WAAs, ob Schadstoffe in Nahrungsmitteln oder Medikamenten — radioaktive Emissionen von AKWs oder WAAs, ob Schadstoffe in Nahrungsmitteln oder Medikamenten — für die Betroffenen sieht das überall gleich aus: die Verantwortlichen weigern ab, verheimlichen, verharmlosen, leugnen, lügen und wenn Repressionen gegen „Panikmacher“ nichts nützen, werden vielleicht Maßnahmen in Aussicht gestellt, die möglicherweise vielleicht irgendwann einmal realisiert werden. Sofern die Industrielobby mit-

spielt. Dagegen protestieren in letzter Zeit zunehmend mehr Eltern. Sie setzen sich in „Pseudo-Krupp“- oder „SIDS“-Initiativen zur Wehr, was im folgenden beispielhaft für andere Schädigungen durch kinderfeindliche Umweltpolitik dargestellt werden soll.

Wäre die Luft sauber, gäbe es kein Pseudo-Krupp ...

Seit Anfang dieses Jahres erkrankten mehr als 25 Kinder in Hamburg an Pseudo-Krupp. Dies machten betroffene Eltern bekannt, die die Gefährdung durch die Luftverschmutzung in Hamburg als Ursache für Pseudo-Krupp. Dies machten betroffene Eltern bekannt, die die Gefährdung ihrer Kinder durch Industriemissionen nicht mehr stillschweigend hinnehmen wollen und von den Verheimlichungsmethoden verantwortlicher Stellen die Nase voll haben. In der Stadt Hof (an der Saale) starben zwischen dem 15. Januar und dem 26. Februar 1984 vier Säuglinge: nach Meinung der Eltern an Pseudo-Krupp. Beispiele aus jüngster



Aus Sorge um die Gesundheit ihrer Kinder demonstrieren Stolberger Eltern vor der Bleihütte ihr „Arbeitskreis besorgter Bürger“ hat erreicht, daß künftig weniger Schadstoffe in die Luft gepustet werden (Quelle: „stol“)

Zeit in Essen-Borbeck behandelte der Kinderarzt Dr. Mersmann seit 1979 400, seit 1980 160 Pseudo-Krupp-Erkrankungen. In diesem 100.000-Einwohner-Stadtteil stellte er dreimal so viele Krupp-Fälle fest, wie unter den übrigen 500.000 Einwohnern der Ruhrmetropole (1).

Nach einer Umfrage in einigen Kitas hatte dort jedes sechste Kind schon mindestens einmal eine Atemnotsituation durchgemacht (2). Nach Schätzungen werden im Ruhrgebiet jährlich 2.380 Kinder mit solchen Hustenanfällen in eine Klinik eingewiesen (3). In der BRD sollen bisher 16.000 Kinder an dieser Kehlkopfkrankung leiden; für 1984 wird mit einer Zunahme von 10.000 Fällen gerechnet, ergab ein Experten-Hearing in Sachen „Luftverschmutzung“ (4). Etwa 1.000 Kinder überleben jährlich diese Erkrankungen nicht (5).

„Die zunehmende Verschmutzung von Luft und Wasser macht immer mehr Kinder krank“, so auch der Caritas-Verband. Er muß es aus seinen zahlreichen Kinderkuren wissen. „Besonders auffällig ist die wachsende Zahl von Bronchial- und Hauterkrankungen, Allergien und „Pseudo-Krupp““ (6). Gerade in diesem Zusammenhang sieht der Caritas-Verband große Gefahren für die Zukunft vor allem der chronisch erkrankten Kinder, da durch die Sparpolitik der CDU/CSU-FDP-Regierung, die für Stütungen wie z.B. „Mutter und Kind“ 1984 25 Mio. Mark und 1985 30 Mio. Mark für ihre Hetzkampagne für die Aufhebung der § 21b „Reform“ (7) veranschlagt hat, aber chronisch erkrankten Kindern, nach neuesten Regelungen,

nur noch alle drei Jahre eine Kur zugeht. Es sei denn, die Eltern zahlen selbst (8). Es sind gerade Arbeiterkinder, die von Industrieemissionen geschädigt werden. Der Kinderarzt Dr. Möhling ordnete alle Pseudo-Krupp-Fälle der Städtischen Klinik Duisburg von 1979 bis 1982 geographisch: Die Kinder in Duisburg-Angershausen, Duisburg-Neudorf-Süd und Duisburg-Hochfeld ringen um Atem — dort, wo zumeist ausländische Arbeitnehmer mit ihren Familien wohnen (Duisburg-Angershausen: 40% ausländische Familien); „Deutsche sind aus den Smog-Zentren der Bundesrepublik so bald es ging in bessere Wohnviertel geflohen“. Der Autor des Buches „Die Erben des Übels“, Bernd Dost, fragt, ob „wir deswegen zu wenig über die genaue Anzahl von Pseudo-Krupp im Bundesgebiet wissen“, weil Türken, Griechen, Jugoslawen und Italiener lieber schwitzen? (9). „Pseudo-Krupp“, so der Leiter der Darmstädter Kinderklinik, Dr. Wemmer, ist keine „Erkrankung im eigentlichen Sinne, sondern ein Anzeichen für Umweltschäden ... Wäre die Luft sauber — es gäbe kein Pseudo-Krupp“ (10).

Alles Gute kommt von oben ...?

Alles Gute kommt von oben ...?

Was so alles in den Industrieballungsgebieten, bzw. von einzelnen Betrieben, den Kraftfahrzeugen und Müllverbrennungsanlagen an Schadstoffen in die Luft gegossen wird und zu Pseudo-Krupp, chronischen Bronchialinfekten, SIDS und anderen, möglicherweise noch nicht mit Luftverschmutzung in Zusammenhang gebrachten Erkrankungen führt, ist schon beachtlich. In Essen-Borbeck: Jährlich mehr als 12.000 Tonnen Schwefeldioxid usw.; die Aluminiumhütte 2.370 Tonnen, Veba-Glas 1.033 Tonnen, die Müllverbrennungsanlage Karpap 7.034 Tonnen (11). Der Fluor-Gehalt in der Luft stieg dort in den letzten beiden Jahren um 11%. Zweimal wurde in der Vergangenheit die Smog-Grenze überschritten (12). Etwa 3,5 Mio.-Tonnen Schwefeldioxid quellen seit 1970 aus BRD-Schlotten, das entspricht 62.000 Güterwagen voll reinen Schwefels. 75% stammen aus Kraftwerks- und Industrieschlotten (13). Auf jeden Bundesbürger rieselt jährlich fast 60 Kilogramm reiner Schwefel nieder, so der BRD (14). Pro Jahr regnet auf die BRD 18 Mio. Tonnen Rauch, Gas und andere Schadstoffe nieder, 300 kg für jeden Einwohner (15). 83 Tonnen Cadmium — eines der gefährlichsten Stoffe, das vom Körper nicht abgebaut werden kann — werden jährlich von Stahl- und Kraftwerken, Privathaushalten und Müllverbrennungsanlagen an die Luft abgegeben; 100 Tonnen — zum Vergleich — werden in die Flüsse abgeleitet (16). Etwa 1,3 Tonnen Cadmium kommen davon pro Jahr aus Müllverbrennungsanlagen (17). Pro Hektar (10.000 qm) ermittelte das Bundesumweltamt eine Cadmium-Belastung von 150 Kilogramm (18). Zu den Schadstoffen Schwefeldioxid und Cadmium kommt auch noch das hochgiftliche Blei. Allein die Kraftfahrzeuge blauen heute jährlich 3.500 Tonnen Blei in die Straßen (19). 2.500 Tonnen Blei gelangen durch Industrieabwässer in die Flüsse (20).

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung

zu formieren beginnt, kurz vor der ersten geplanten größeren Blockade der Luftwaffenbasis (am 1., 2. und 3. Juni) und kurz vor dem Stationierungsbeschluß der niederländischen Regierung (den die USA allem Anschein nach, koste es was es wolle, durchdrücken wollen — die „verzweifelte“ Versuche des niederländischen Premierministers Lubbers, einen „Kompromiß“ in der Stationierungsfrage zu finden, scheitern immer wieder, u.a. am Unwillen der amerikanischen Regierung), herrscht im Woensdrecht Friedensaktionslager (das zum Kristallisationspunkt für den Widerstand werden soll) Niedergeschlagenheit, Verwirrung, Spannung, Angst und Mißtrauen.

Bleibt abzuwarten, ob (wie z.B. nach Krefeld) interessierte Kräfte in oder am Rande der Friedensbewegung, die Affäre als „erweiterten Beweis“ aufgreifen für die geheimdienstliche Unterwanderung der radikaleren Teile der Friedensbewegung, um so jede militante Aktion(sabsicht) zu diskreditieren.

Niederländer-Kommission

Quellen und Anmerkungen:

- 1) Vergl. „De Tijd“, 2.3.84, S. 12
- 2) Vergl. „Bevrijding“, 14.10.81, S. 3
- 3) „Panorama“, 23.3.84
- 4) In der BRD läuft diese Methode ohne Voranmeldung. Bei der Wendlandblockade am 30.4.84 war das Telefon des Ermittlungsausschusses tot (vgl. „faz“, 2.5.84; das gleiche Spiel hatten

VS/Bundespost“ bei der Kalkar-Demonstration 1977 u.a. mit ähnlichen Telefonanschlüssen des J. Reente-Verlages getrieben

- 5) Zit. n. „De Volkskrant“, 21.4.84
- 6) A.a.O.
- 7) Zit. n. „De Volkskrant“, 25.4.84
- 8) A.a.O.

9) Über die enge Zusammenarbeit zwischen BVD und CIA (wie zwischen BVD und bundesdeutschem VS) s. Rudie van Meurs, Da BVD, Amsterdam (=Van Gennep) 1978. (Eine deutschsprachige Quelle über den BVD, die öffentlich zugänglich ist, existiert unseres Wissens nicht).

- 10) Zit. n. „De Volkskrant“, 21.4.84
- 11) Vergl. „De Volkskrant“, 21.4.84 und „De Limburger“, 24.4.84
- 12) Vergl. „Trouw“, 25.4.84
- 13) Vergl. „NRC-Handelsblad“, 26.4.84
- 14) A.a.O.

15) Dies wurde im Januar '83 im „NRC-Handelsblad“ gemeldet. Auch im politischen Magazin „Haagse Post“ (28.4.) wird die Überlegung, „Gardiner“ könne ein „ONEST“-Agent sein — unter Berufung auf einen sehr gut informierten Antimilitaristen — als reale Möglichkeit genannt.

- 16) Mit einem ähnlichen Schmus versuchte auch die am 4.2.84 in Hamburg enttarnte und cover-Agentin des BKA, Martina Fietz, zu beeindrucken.
- 17) „Trouw“, 26.4.
- 18) A.a.O.
- 19) A.a.O. — Die niederländische „Bio-Zeitung“ „De Telegraaf“ brachte auf der Titelseite am 26.4. (als andere Zeitschriften noch Neugierigkeiten über die Affäre „Gardiner“ zu melden hatten) eine sensationell aufgemachte Story unter der Schlagzeile „Russen halten Saboteure schon bereit“.
- 20) Auch hier ist — s. Anm. 18 — die Taktik „Gardiner's“ vergleichbar mit der der BKA-Agentin Martina Fietz, die sich bei ihrer Enttarnung mit einem kleinen

Einverständnis aus der Affäre ziehen wollte. Ja, sie sei vom BKA ausgebildet worden, habe das aber nach zwei Jahren abgebrochen.

Über das Treiben US-amerikanischer Geheimdienste in Westeuropa, insb. der CIA, informieren:

Philip Agee/Louis Wolf (Hg.) Die CIA in Westeuropa, Berlin (= VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften) 1981, 267 S., ca. DM 20. (Das Buch, dessen amerikanische Originalausgabe „Dirty Work: The CIA in Western Europe“ 1978 erschien, enthält eine Sammlung von Zeitungs- und Zeitschriftenaufsätzen zum Thema aus den Jahren 1974-78, aktualisierte bzw. speziell für diesen Band verfasste Arbeiten von Philip Agee, die erstmalige ungekürzte Veröffentlichung des Communiqués der griechischen revolutionären Organisation „17. November“ zur Hinrichtung des CIA-Chefs Richard Welch in Athen; sowie eine rd. 60seitige Liste mit Namen von CIA-Agenten, die in Westeuropa tätig waren/sein).

Günter Neuberger/Michael Opperskals (Hg.) CIA in Westeuropa, Bornheim (= Lamuv Verlag) 1982, 224 S., DM 18,80. (Dieser Band enthält zum größten Teil dieselben Artikel, die in der oben genannten Ausgabe enthalten sind, ohne daß darauf hingewiesen wird und obwohl es sich um die genau gleichen Übersetzungen aus „Dirty Work“ handelt. Hinzugekommen sind eine Einleitung von Philip Agee über Entstehung und Entwicklung der CIA sowie einige kürzere Beiträge der Herausgeber, außerdem rund 50 Seiten Geheimdokumente der US-Armey für den Kriegefall in Europa, die jedoch größtenteils kaum oder gar nicht lesbar sind).

Fortsetzung von vorheriger Seite

Bundes-Immissionschutzgesetz", (44) stellte Wirtschaftsminister Farthmann (SPD) klar. Logo: Ein paar kranke oder tote Kinder sind politisch ja weniger schädlich, als mögliche Verstärkungen des Industrielobby. Schließlich ist man ja auf die Parteilspenden angewiesen.

Der Hamburger Senat hat sich dieses Problems auf eine andere Art und Weise entledigt. Er antwortete auf Nachfragen, daß er „ausreichende Daten über die Zu- oder Abnahme“ von Pseudo-Krupp-Erkrankungen nicht machen könne, da diese Krankheit ja nicht meldepflichtig sei (45). Glücklicherweise?

SIDS — „... nicht ersichtlich, welche Personen dafür strafrechtlich verfolgt werden sollen...“

In der BRD sterben jährlich etwa 4.000 bis 5.000 Kinder an SIDS, dem plötzlichen Kindstod (sudden infant death syndrome). Das Statistische Bundesamt hat für den „Plötzlichen Kindstod“ eine eigene Rubrik eingerichtet. 1979 starben 625 Säuglinge unerwartet, 1980 waren es 686 und 1981 stieg die Zahl auf 793. Die Dunkelziffer ist hoch, da die Ärzte aus Zweifel oder Unkenntnis oftmals andere Todesursachen eintragen. In der BRD geht man „von einer Indizien von 2,5 auf Tausend Lebendgeborene aus“ (46). In Hamburg werden 50 bis 60 Kinder mit Heimmonitoren überwacht. Der „Plötzliche Kindstod“ tritt unvermittelt auf, das Kind hört während des Schlafens auf, zu atmen. „Säuglinge werden tot oder leblos im Bettchen oder im Kinderwagen liegend aufgefunden. Manche Eltern erklären, das Kind habe in der Nacht mehr als sonst geschrien oder gequengelt, viele hielten es für nicht so bedeutend, kontrollierten sie das Kind dennoch, schrien es zu schlafen“ (47). Die meisten Todesfälle, so H. Althoff (Medizinische Fakultät der Rheinisch-Westfälischen TH Aachen) ereignen sich im ersten Lebensjahr, vorwiegend in kalten Jahreszeiten (60 bis 80 %). Auch wenn der gesamte Kausalzusammenhang nicht eindeutig erforscht ist, steht heute allerdings fest: Da viele Befunde bei SIDS auf akuten Sauerstoffmangel hindeuten, der dem „Plötzlichen Tod“ vorausgeht, ist die Belastung durch niedrige Schadstoffmengen auf Dauer bedeutender als akuter Sauerstoffmangel durch Spitzenbelastungen (48). In einer Untersuchung in den USA wurden alle SIDS-Fälle von 1974-1977 in Los Angeles parallel zu täglichen Schadstoffwerten von Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Kohlenmonoxid, Kohlenwasserstoff, Ozon sowie den monatlichen Bleiwerten von Schmelzschlacken untersucht (49). Ergebnis: Der „Plötzliche Kindstod“ trat im Winter dann am häufigsten auf, wenn die Schadstoffwerte in der Luft am höchsten sind. Einige Schadstoffspitzen, wie z.B. von Blei, gingen den Häufungen von SIDS etwa sieben Wochen voraus, d.h. genau sieben Wochen nach einer hohen Schadstoffbelastung starben mehr Babys an SIDS als zuvor — sie starben sozusagen zeitversetzt (50).

Wer sich mit dem Thema Gefährdung der Kinder durch kriminelle Umweltpolitik intensiver beschäftigen will, kann sich in folgenden Büchern ausführlich informieren:

„Severus ist überall“, Standardwerk (Fischer Taschenbuch 980)
„Die Erben des Übels — Kranke Umwelt — Kranke Kinder“, Bernd Dost (siehe empfehlenswert), Komet Verlag, ISBN 3-466-11034-3
„Vergiftete Umwelt, gefährdete Kinder“, Autorengruppe, rororo aktuell, Nr. 5023
„Die Zukunft unserer Kinder“, IFEU-Institut Heidelberg, m. Sand 5, 6900 Heidelberg
„Die Lage der Nation“, Umwelt-Atlas der Bundesrepublik, Daten, Analysen, Konsequenzen, E. Koch/Fritz Vahrenholt, Stern-Buch 1984 3-570-03870-X
„Angeklagt: Boshinger — Chemisch Hamburg“, Chemiegruppe Bergedorf Greisdorfer 2 2080 Hamburg 60
„Severus oder Wie Verantwortung zur Farce wird“, rororo-aktuell, Nr. 4349

Aus Standardwerk zu den Folgen radioaktiver Nahrungsmittel kann angestrebt werden: Ernst J. Stenglass Buch „Radioaktive — Niedrige Strahlung — Strahlenschäden bei Kindern und Ungebohrten“ Überbaum Verlag, 1979. Sehr viel Faktenmaterial bieten folgende Broschüren:

„Radioaktive Kontamination in der Umgebung kerntechnischer Anlagen — Analyse der amtlichen Umgebungs-

In Oker/Harlingerode stellte eine Bürgerinitiative Strafanzeige gegen Unbekannt wegen fahrlässiger Tötung von Kleinkindern im Zusammenhang mit Umweltbeeinträchtigung. Ein Monat später beschied die Staatsanwaltschaft: „Die Todesfälle der Kleinkinder... sind bereits in den Jahren 1979 und 1980 auf etwaige unnatürliche Todesursachen überprüft worden. Dabei haben sich jedoch keinerlei Hinweise darauf ergeben, daß die Todesfälle auf Umweltrisikofaktoren wie etwa Blei, Arsen, Zink, Quecksilber u.a. zurückzuführen seien. Im übrigen ist auch nicht ersichtlich, welchen Personen ein strafrechtlicher Vorwurf der fahrlässigen Tötung in den genannten Fällen zu machen wäre.“ (51). Auch für den Hamburger Senat sind die Zusammenhänge zwischen der Luftbelastung und dem plötzlichen Kindstod bisher nicht gesichert! (52). Wie er die Kinder vor den Ursachen von SIDS — dessen Existenz er ja zugibt — zu schützen gedenkt, verschweigt er wohlweislich!

Nichts genaues weiß man nicht ...

Anfang des Jahres veranstaltete der Ausschuß für „Jugend, Familie und Gesundheit“ mit 23 Experten ein Bundestags-Hearing zu den „Auswirkungen der Luftverschmutzung auf die menschliche Gesundheit“. Die SPD-Fraktion wollte vor allem den Zusammenhang von saurem Regen und Staubniederschlägen mit Atemwegserkrankungen wie Pseudokrupp, SIDS und Lungenkrebs (in der BRD sterben jährlich 25.000 Menschen an Lungenkrebs) klären (53). Sie sind ihren Münchner Parteifreunden immerhin schon einen kleinen Schritt vorausgekommen, die die bayerische Staatsregierung in einem Dringlichkeitsantrag aufforderte, „der etwaigen Zunahme von Pseudo-Krupp-Fällen und anderer möglicherweise umweltbedingter Erkrankungen mehr Beachtung als bisher zu schenken“ (54). Nun, das tut ja der Industrielobby nicht weh und kostet auch nichts.

Die Grünen, die im Februar eine große schriftliche Anfrage im Bundestag gestellt haben, deren Beantwortung noch aussteht, fragten nach weniger diskutierten Zusammenhängen, wie der Häufung plötzlicher Kehlkopfentzündungen und SIDS.

Für die CDU/CSU und FDP ging es darum, darauf hinzuweisen, daß es „hier- und stichförmig Nachweise von Schädigungen durch Luftverschmutzung“ nicht gibt, und ob dies wirklich „hinreichend geklärt sei“, oder eine „Verbesserung der Diagnosemöglichkeiten wünschenswert sei“ (55). Die gefälligste Antwort hielt Armin Häfner vom Umweltausschuß. Es liegen keine neuen Erkenntnisse vor, die eine Beurteilung dieser Zusammenhänge

ne neuen Erkenntnisse vor, die eine Beurteilung dieser Zusammenhänge „objektivierbar“ mache. Der Vertreter des Bundesgesundheitsamtes, Karl Aufand, fragte sich, warum er überhaupt gekommen sei. Seit 1978 habe sich „nur bei den Innenräumen etwas verändert“. Ganz zum Gefallen der Herrschenden stimmte der Vertreter des Bundesgesundheitsamtes M. Wagner dem bekannte „Gottel-enger-schnallen-Liedchen“ an: „Wir selbst sind nur bereit zu fordern, nicht selbst

Überwachung“ — Dieter Tautel, Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz an der Universität Heidelberg, 1976
„Das Strahlensisiko“ — Beantwortung eines Fragenkatalogs für die Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik des Deutschen Bundestages“ — Inge Schmitz-Feuerhake, Universität Bremen (Teil A Nr. 13)
„Wie gefährlich sind Röntgenröhrenuntersuchungen?“ Information zur Energie und Umwelt Teil A Nr. 19. Autorenkollektiv
„Studie über die Folgen von Unfällen im Kernkraftwerk Greifenheide für die Bevölkerung der Stadt Schwelm“ — FEU-Institut für Energie- und Umweltforschung, Heidelberg e.V. Juni 1981 Nr. 14
„Die Gefährdung der Bevölkerung in der Umgebung des Kernkraftwerks Neckarwestheim“ — Studie über die Auswirkungen des Normalbetriebs und eines kleinen Unfalls im GKN — IFEU-Institut, Nr. 18
„Atomkraftwerksgesfahren aus ärztlicher Sicht“, Hermann Kater, Sponholtz Verlag, 1979
„Gesundheit oder Atomkraft“ Medizinische Argumente gegen Atomkraftwerke, verfaßt von einer verständlichen Darstellung AG gegen Atomkraftwerke am Fachbereich Medizin der Universität Hamburg
„Gesundheit und Radioaktivität“ — Prof. Dr. Gert-Heinrich Forthmanns Veranstaltung Hamburg 1979 (siehe empfehlenswert) Broschüre mit Belegungen von u.a. Dr. Albrecht Dr. Gert-Heinrich Forthmann, Prof. Dr. Gert-Heinrich Forthmann u.a.

Überwachung“ — Dieter Tautel, Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz an der Universität Heidelberg, 1976
„Das Strahlensisiko“ — Beantwortung eines Fragenkatalogs für die Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik des Deutschen Bundestages“ — Inge Schmitz-Feuerhake, Universität Bremen (Teil A Nr. 13)
„Wie gefährlich sind Röntgenröhrenuntersuchungen?“ Information zur Energie und Umwelt Teil A Nr. 19. Autorenkollektiv
„Studie über die Folgen von Unfällen im Kernkraftwerk Greifenheide für die Bevölkerung der Stadt Schwelm“ — FEU-Institut für Energie- und Umweltforschung, Heidelberg e.V. Juni 1981 Nr. 14
„Die Gefährdung der Bevölkerung in der Umgebung des Kernkraftwerks Neckarwestheim“ — Studie über die Auswirkungen des Normalbetriebs und eines kleinen Unfalls im GKN — IFEU-Institut, Nr. 18
„Atomkraftwerksgesfahren aus ärztlicher Sicht“, Hermann Kater, Sponholtz Verlag, 1979
„Gesundheit oder Atomkraft“ Medizinische Argumente gegen Atomkraftwerke, verfaßt von einer verständlichen Darstellung AG gegen Atomkraftwerke am Fachbereich Medizin der Universität Hamburg
„Gesundheit und Radioaktivität“ — Prof. Dr. Gert-Heinrich Forthmanns Veranstaltung Hamburg 1979 (siehe empfehlenswert) Broschüre mit Belegungen von u.a. Dr. Albrecht Dr. Gert-Heinrich Forthmann, Prof. Dr. Gert-Heinrich Forthmann u.a.

Überwachung“ — Dieter Tautel, Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz an der Universität Heidelberg, 1976
„Das Strahlensisiko“ — Beantwortung eines Fragenkatalogs für die Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik des Deutschen Bundestages“ — Inge Schmitz-Feuerhake, Universität Bremen (Teil A Nr. 13)
„Wie gefährlich sind Röntgenröhrenuntersuchungen?“ Information zur Energie und Umwelt Teil A Nr. 19. Autorenkollektiv
„Studie über die Folgen von Unfällen im Kernkraftwerk Greifenheide für die Bevölkerung der Stadt Schwelm“ — FEU-Institut für Energie- und Umweltforschung, Heidelberg e.V. Juni 1981 Nr. 14
„Die Gefährdung der Bevölkerung in der Umgebung des Kernkraftwerks Neckarwestheim“ — Studie über die Auswirkungen des Normalbetriebs und eines kleinen Unfalls im GKN — IFEU-Institut, Nr. 18
„Atomkraftwerksgesfahren aus ärztlicher Sicht“, Hermann Kater, Sponholtz Verlag, 1979
„Gesundheit oder Atomkraft“ Medizinische Argumente gegen Atomkraftwerke, verfaßt von einer verständlichen Darstellung AG gegen Atomkraftwerke am Fachbereich Medizin der Universität Hamburg
„Gesundheit und Radioaktivität“ — Prof. Dr. Gert-Heinrich Forthmanns Veranstaltung Hamburg 1979 (siehe empfehlenswert) Broschüre mit Belegungen von u.a. Dr. Albrecht Dr. Gert-Heinrich Forthmann, Prof. Dr. Gert-Heinrich Forthmann u.a.

etwas zu tun“. Das „streunige Kapitel. Der Mensch als Emulsiot werde vor allem von den Rauchern geschrieben. Das Rauchen als Quelle für Atemwegs-erkrankungen sei vorrangig, solange man es nicht von anderen Krankheiten trennen kann, seien alle Maßnahmen verfehlt“. D.h. weil die Menschen sich selbst durch das Rauchen gefährden, dürfen keine Auflagen, Produktionsverbote, weitere Filteranlagen bei kriminellen Betreibern gefordert werden. Auch der Arbeitsmediziner Schick dürfte das Wohlergehen der Industrielobby im Auge gehabt haben, denn für ihn gilt der Grundsatz: „Nur wo eindeutige kausale Zusammenhänge, können Maßnahmen ergriffen werden. Dieses Prinzip sollte auch ein klein wenig im Umweltschutz gelten.“ (56). Die Probleme mit der Schädigung der Kinder durch Luftverschmutzung hatte eine Dame von der IGL-Fraktion, besonders das Rauchverbot an Schulen legte sie den Wissenschaftlern ans Herz.

Eine zweite Gruppe von Wissenschaftlern erkannte zwar den Zusammenhang von Luftverschmutzung und Erkrankungen an, gab diesem aber eine untergeordnete Bedeutung. Einzig Dieter Tautel, vom Institut für Umweltforschung in Heidelberg (IFEU) forderte konkrete Zahlen für eine Novellierung der TA Luft. Der zulässige Grenzwert von 0,4 mg/m³ müsse auf 0,10 mg/m³ (mg/m³ = Mikrogramm) gesenkt werden. Er kritisierte auch die vorliegenden Untersuchungen das Denken in kausalen Zusammenhängen: „Sehr lange Latenzzeiten von Jahren bis zu Jahrzehnten — z.B. beim Lungenkrebs machten bei der heutigen Mobilität regionale Untersuchungen fragwürdig.“

Prof. Wassermann aus Kiel, der sich in jüngster Zeit vor allem in Sachen „Monte Mortale“ (Dioxin-Skandal in Hamburg Georgswerder) und der kriminellen Elbverschmutzung, der Zerstörung der Arbeitsplätze der Elbfischerei usw. engagiert hat, rief: „Es hat keinen Zweck, bei den Grenzwerten für Schadstoffe internationaler Spitzenreiter sein zu wollen. Da sollte man sich auf anderen Gebieten versuchen“ und beklagte, ebenso wie Dr. Mersmann, daß wichtige Daten über Umweltbelastungen vorenthalten bzw. geheimgehalten wurden (56). Ein gewisser M. Czekalsky aus Düsseldorf dürfte der Industrielobby, wie an dem wohlwollenden Kopfnicken der Ordinarien zu sehen war, aus dem Herzen gesprochen haben. „Wie weit, so seine bange Frage, „lassen sich die Schutzvorschriften treiben? Es wird sich immer einer finden, der bei noch so geringer Konzentration geschädigt wird“ (57).

Kinderkommission AB Hamburg

- Anmerkungen
- 1) Hamburger Morgenpost (MoPo) 31.3.84
 - 2) „Taz“ 30.3.84
 - 3) siehe 2)
 - 4) „Welt“ 27.2.84
 - 5) „Bild“ 29.3.84
 - 6) „MoPo“ 27.3.84
 - 7) Frankfurter Rundschau (FR) 29.2.84
 - 8) „MoPo“ 23.3.84
 - 9) Bernd Dost: Die Erben des Übels. Kriminelle Umweltpolitik. Komet Verlag, ISBN 3-466-11034-3
 - 10) B.Z. 21.3.84
 - 11) D.Z. 24.3.84
 - 12) „Taz“ 8.7.83
 - 13) „Die Lage der Nation“, Umweltatlas, E. Koch, F. Vahrenholt — Stern-Buch
 - 14) FR 27.2.84
 - 15) „Taz“ 30.3.84
 - 16) „Die Zukunft unserer Kinder“, IFEU-Institut Heidelberg
 - 17) FR 5.1.83
 - 18) FR 2.4.84
 - 19) D.Z. 1.4.84
 - 20) siehe 2)
 - 21) siehe 2)
 - 22) siehe 2)
 - 23) siehe 2)
 - 24) siehe 2)
 - 25) „Bild“ 20.3.84
 - 26) „Taz“ 30.3.84
 - 27) siehe 2)
 - 28) E. Kater: Die Folgen von Unfällen im Kernkraftwerk Greifenheide für die Bevölkerung der Stadt Schwelm. FEU-Institut für Energie- und Umweltforschung, Heidelberg e.V. Juni 1981 Nr. 14
 - 29) „Die Gefährdung der Bevölkerung in der Umgebung des Kernkraftwerks Neckarwestheim“ — Studie über die Auswirkungen des Normalbetriebs und eines kleinen Unfalls im GKN — IFEU-Institut, Nr. 18
 - 30) „Atomkraftwerksgesfahren aus ärztlicher Sicht“, Hermann Kater, Sponholtz Verlag, 1979
 - 31) „Gesundheit oder Atomkraft“ Medizinische Argumente gegen Atomkraftwerke, verfaßt von einer verständlichen Darstellung AG gegen Atomkraftwerke am Fachbereich Medizin der Universität Hamburg
 - 32) „Gesundheit und Radioaktivität“ — Prof. Dr. Gert-Heinrich Forthmanns Veranstaltung Hamburg 1979 (siehe empfehlenswert) Broschüre mit Belegungen von u.a. Dr. Albrecht Dr. Gert-Heinrich Forthmann, Prof. Dr. Gert-Heinrich Forthmann u.a.
 - 33) Dost siehe 9)
 - 34) siehe 2)
 - 35) D.Z. 24.3.84
 - 36) „Taz“ 30.3.84
 - 37) „Taz“ 11.4.84
 - 38) „FR“ 30.3.84
 - 39) „FR“ 1.4.84
 - 40) „FR“ 4.4.84
 - 41) „Taz“ 2.4.84
 - 42) „Taz“ 2.4.84
 - 43) siehe 2)
 - 44) siehe 2)
 - 45) siehe 2)
 - 46) siehe 2)
 - 47) siehe 2)
 - 48) siehe 2)
 - 49) siehe 2)
 - 50) siehe 2)
 - 51) siehe 2)
 - 52) siehe 2)
 - 53) siehe 2)
 - 54) siehe 2)
 - 55) siehe 2)
 - 56) siehe 2)
 - 57) siehe 2)

tulipa vermelha

Amsterdam April 1984

Anbei ein Briefwechsel über unsere Unterstützungskampagne für die portugiesische Landarbeit (veröffentlicht in der letzten Ausgabe der portugiesischen Zeitschrift „A Terra“). Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie in Ihrer Publikation / Ausgabe die Unterstützungskampagne für die portugiesische Landarbeit veröffentlichen würden.

M. Ferreira de Matos

Amsterdam April 1984

Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war.

In April 1974 kam es in Portugal zu einer Revolution. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war.

Das Ergebnis der portugiesischen Revolution war die Schaffung der portugiesischen Landarbeit. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war.

Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war.

Während der portugiesischen Revolution war die portugiesische Landarbeit ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war.

Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war.

Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war.

Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war.

Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war.

Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war.

Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war.

Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war.

Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war.

Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war.

Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war.

Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war.

Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war. Die portugiesische Landarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren in Portugal sehr präsent war.

Eindrücke von vier Wochen Nicaragua — Eindrücke von einem alltäglichen Krieg, der zugleich überall und nirgends ist. Bestürzung mischt sich mit Bewunderung, wie das Volk trotz täglicher Schrecken nach einem „normalen“ Leben nachgeht, den täglichen Kampf um das Dasein und um den Aufbau seines Landes führt — ein Leben, das für uns Europäer schon ohne Krieg fast unbewältigbar erscheint. Dabei ist die Vorstellung irrig, die Kämpfe finden „nur“ an der Nord- und Südgrenze Nicaraguas statt: Ein Großteil der Nachrichten in der prominenten Tagespresse bezieht sich auf Berichte über Contra-Angriffe bis weit ins Landesinnere hinein, erbitterte Kämpfe in Dörfern, die nicht einmal auf der Landkarte verzeichnet sind, Angriffe bis hin zur brutalen Ermordung von Kleinkindern, ohne militärischen Nutzen, sondern nur mit dem einen Ziel: Terror und Demoralisierung in die Bevölkerung zu tragen. Typisch dafür auch die Zerstörung von Marktschreibern, die die ersten zarten Erntestadien der Revolution in den am meisten unterentwickelten Regionen sind, wie zum Beispiel Erntestadien und Vorkultivierungen für Kinder auf dem Land. Im folgenden einige Schlaglichter vom Krieg innerhalb weniger Wochen.

► 8./9. März: Mit zwei Schnellbooten werden die Industrieanlagen von Montelimar an der Pazifikküste angegriffen, am nächsten Tag der Frachter „Los Caribes“ eines panamerikanischen Unternehmens in Puerto Corinto, an Bord Industrierohstoffe und Nahrungsmittel für Kinder. Während im Norden Hubschrauber aus Honduras in der Nähe des Ortes Leymus Provokationen starten, wird im Süden der kleine Hafen von San Juan del Sur attackiert. Von den Schnellbooten „Lanchas Piratas“ und einem Hubschrauber aus wird im Morgengrauen, während einige Soldaten gerade baden, ver-
 — — —

„Die Situation ist vergleichbar: Früher unterstützten wir den Widerstand gegen Hitler, heute den gegen die Sandinisten.“ CIA-Chef William Casey in einem Interview, zitiert in Le Monde vom 17.4.84

Tagebuch vom alltäglichen Krieg in Nicaragua

bringen, um eine freie Schmelze in die Hafen zu bekommen.

► 24. bis 29. März: 200 Contras greifen im Morgengrauen den Ort San Rafael del Norte (Region Estelí) an und werden von der Bevölkerung unter hohen Verlusten zurückgeschlagen. Unter den Ermordeten ist der Chef der örtlichen Regierung, ein angesehener alter Befreiungskämpfer schon aus der Zeit vor der FSLN. Dies ist der zweite große Angriff auf San Rafael innerhalb von sechs Monaten. In der Region Matagalpa werden innerhalb weniger Tage 23 Menschen von Contras umgebracht.

Zum internationalen Tag der Behinderten findet in Managua ein Treffen behinderter Militärs statt, die über ihre Integrationsmöglichkeiten diskutieren. Motto: „Das Gewehr des Vaterlandes schießt auch vom Rollstuhl aus.“

► 30. März/1. April: In Nord-Zelaya zerstören Contra-Einheiten den Staudamm (1) von Sabio Grande. Der Schaden beträgt über eine Million Mark. In Sandy Bay an der Atlantikküste werden drei Lehrer brutal zusammengeschlagen und entführt. Zwei Miskito-Indianer werden von den Contras ermordet, zur „Strafe“ für ihre Beteiligung an dem örtlichen CDS-Revolutionärskomitee.

Das ist der Alltag in Nicaragua. Bei der bisher größten Contra-Offensive seit Mitte März sind 8000 antisandinistische Soldaten im Einsatz, davon mindestens 5000 direkt im Land.

Über die Methoden der Contras berichten zwei Miskito-Indianer, die im Dezember 1983 mit 1200 anderen nach Honduras entführt wurden und später fliehen konnten: Nachts kamen die

Contras schossen in die Luft und holten die Leute aus den Betten, wobei die ersten zwei erschossen wurden. Die Männer, Frauen und Kinder wurden zu einem vierstägigen Fußmarsch nach Honduras gezwungen. Frauen, die unterwegs ihre Kinder zur Welt brachten, mußten gleich nach der Abnabelung weitermarschieren. Diejenigen, die als aktive Sandinisten bekannt waren, gingen gefesselt und besonders bewacht. Der Berichterstatter wurde in Honduras zusammen mit neun weiteren Gefangenen zwei Monate in einen Schweinestall gesperrt gehalten und mit Ameisen und Unterwasseratmen gefoltert. Männer, die sich kooperationsbereit gaben, wurden in Trainingslagern militärisch ausgebildet, unter anderem unter der Anleitung von Amis und Asiaten (eventuell Südkoreanern).

Wie die Volkswirtschaft zerrüttet wird

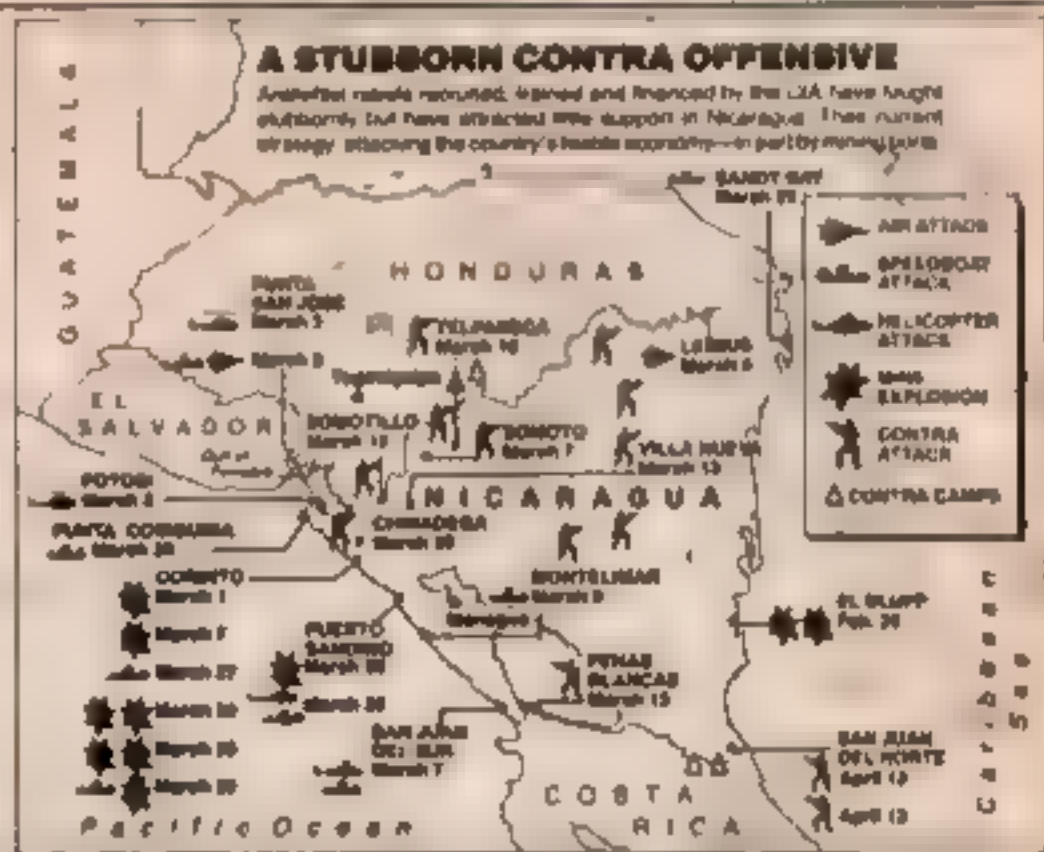
Nicht nur zur Agitation des Volkes gegen den Imperialismus, sondern auch als reale volkswirtschaftliche Bilanz hat die nicaraguanische Regierung der Öffentlichkeit die materiellen Kosten der Aggression vorgerechnet: Die Ausgaben betragen zwischen Mai 1981 und Oktober 1983, also vor der Vermüllung der Häfen, circa 10 Milliarden Cordobas (rund 1 Milliarde Mark), 91.000 Menschen im Norden und Süden des Landes wurden obdachlos, 40.000 mußten mit ihren Häusern auch ihre landwirtschaftliche Existenzgrundlage verlassen. In weniger als sechs Monaten mußten allein 37 Millionen Dollar für die Verpflegung und Versorgung (Essen, Kleidung, Baumaterial) der Flüchtlinge aufgebracht werden. 7.500 Menschen bedürfen zur Zeit der sofortigen Hilfe zur Lösung der dringenden Hunger- und Gesundheitsprobleme. Menschen bedürfen zur Zeit der sofortigen Hilfe zur Lösung der dringenden Hunger- und Gesundheitsprobleme. Nach Einschätzung des nationalen Notstandskomitees wird die Regierung durch die Contra-Angriffe ständig zu Hilfsmaßnahmen gezwungen, für die keine ausreichenden Reserven vorhanden sind.

Mit dem Geld, das das Land für die Folgen der Aggression aufbringen mußte, hätten 69 moderne Krankenhäuser gebaut werden können — oder alle Werktätigen in Nicaragua hätten damit für zwei Monate entlohnt werden können.

Noch nicht abzusehen sind die Folgen der Vermüllung der drei wichtigsten nicaraguanischen Häfen: Wenn ein Schiff mit wichtigen Importgütern beschädigt wird — beziehungsweise den Hafen gar nicht erst anläuft — bedeutet das nicht nur eine Verknappung der Versorgung, sondern auch Probleme im Transportsektor, für die Arbeitsplätze im Hafen und für den Fischfang (Der Krabbenexport ist eine wichtige Einnahmequelle). Betroffen sind auch die Rohstoffe für die Industrie, Dünger für den Baumwollanbau etc. Die Versicherungssumme, die jeder Importeur für einführende Waren zahlen muß, wurde für Nicaragua bereits im Dezember hochgesetzt. 90 Prozent der nicaraguanischen Ein- und Ausfuhr geschieht auf dem Seeweg, jährlich rund 600 Schiffe, davon 400 über den jetzt verminten Hafen Corinto. Die Ausfuhr besteht größtenteils aus Naturprodukten, die bei zu langer Lagerung im Hafen verderben, wie zum Beispiel die jetzt geerntete Baumwolle. Nebenbei: Aufgrund zu früh einsetzender Regenfälle wurde Ende März ein Verderben der Baumwolle auf dem Feld befürchtet, der „Baumwoll-Notstand“ ausgerufen und innerhalb von wenigen Tagen wurden über die Massenorganisationen Tausende von freiwilligen Entsefern mobilisiert, um das „weiße Gold“ unter sengender Sonne möglichst schnell zu pflücken. Jetzt liegen die Bäume in Puerto Corinto und fangen an zu vergammeln.

Von denjenigen, die jetzt in den USA und Europa ihre „Empörung“ und „Überraschung“ über die CIA-Politik kundtun, ist eine sofortige Beteiligung der Mienen zu fordern. Denn zur Entschärfung der Kontakte, geräusch- oder druckempfindlichen Mienen braucht man Geräte, die nur in den Industrieländern hergestellt werden, wie zum Beispiel Spezialkameras zum Auffinden. Stattdessen müssen in Nicaragua Taucher und Fischer mit Netzen losgeschickt werden, die bei den Suchaktionen ihr Leben riskieren. Die französische Regierung hat bereits Anfang April eine Unterstützung angeboten, allerdings nur unter der Bedingung, daß andere europäische Länder sich an den Räumungsaktionen beteiligen.

Anmerkung: Die Informationen beruhen neben eigenen Eindrücken auf Angaben der nicaraguanischen Tageszeitungen „Barilcada“ und „Nuevo Diario“.



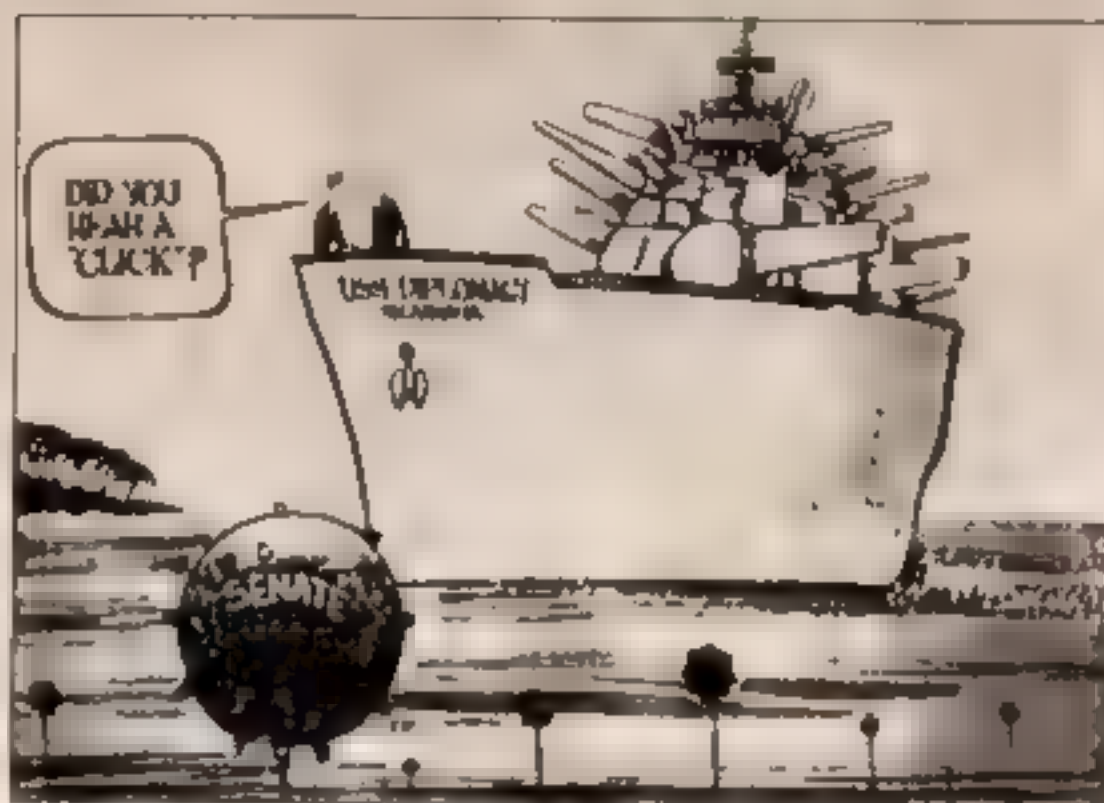
USA Der Kongreß tanzt

Vor den Augen von Millionen US-Fernsehzuschauern nahm der Senator gewichtig seine Brille von der Nase und trat zurück. Patrick Daniel Moynihan hatte rücksichtslos von dem schärfsten Mittel Gebrauch gemacht, das ein Demokrat seines Schutzes und Einflusses besitzt, um einer illegal kriegführenden Regierung das Furchen zu lehren. Nach der vernichtenden Niederlage, die die Reagan-Administration im Kongreß einstecken mußte — in beiden Häusern wurden — den Präsidenten nicht bindende — Resolutionen gegen die Vermüllung der nicaraguanischen Häfen verabschiedet — war der Rücktritt Moynihans von seinem Amt als stellvertretender Vorsitzender des nachrichtendienstlichen Kontrollausschusses im Senat zweifellos der empfindlichste Schlag gegen den CIA, der bekanntlich ohne eine anständige Überwachung nicht effektiv operieren kann.

Die Demokratische Partei, in merkwürdiger Eintracht mit der Mehrheit der republikanischen Abgeordneten, hatte zum Sturm gegen Reagans offene Kriegspolitik in Nicaragua geblasen. Das zuständige Wasserglas war der amerikanische Kongreß. Gerade noch rechtzeitig — der CIA hatte die Vermüllungssaktion soeben erfolgreich abgeschlossen und den konterrevolutionären Banden den Befehl zum Losziehen in Nicaragua erteilt — fielen die aufgebracht Parlamentarier der Regierung in den Arm: sofort müsse die Vermüllung gestoppt, der „Kriegsrechtliche Akt“ beendet werden und die „Verletzung des Völkerrechts“ aufgehoben. Mit 281 zu 111 Stimmen forderte das Repräsentantenhaus, künftig keine US-Mittel mehr für „Planung, Überwachung, Ausführung oder Unterstützung solcher Aktionen“ aufzuwenden.

Der Umstand, daß die aufständischen Parlamentarier bereits seit Ende Februar, spätestens aber seit Mitte März von dem CIA-Minenkommando wußten, der Planung, Überwachung und Ausführung der kriegserregenden Akte also gelassen zusahen, kann ihre Glaubwürdigkeit durchaus nicht in Zweifel ziehen. Ebenfalls die Zustimmung des Senats zu dem von Reagan beantragten 21 Millionen Dollar Finanzspritz für die Contras am 6. April. Denn schließlich wurden erst am 7. April vom „Wall-Street Journal“ öffentlich Beweise für die Verwicklung der Regierung in die Vermüllung vorgelegt.

Jetzt gab es kein Halten mehr. Erst jetzt konnte, durfte, ja mußte der Aufstand beginnen. Alles, was unterhalb einer mittleren Rebellion abgegangen wäre, hätte der Demokratischen Partei den bösen Verdacht der Komplizenschaft eingehandelt. „Wir wußten von



Cartoon: Ein politisches Minenfeld bedroht den Präsidenten in der kommenden Wahlkampagne

nichts!“ tönten sie. Es herrscht Wahlkampf in den Vereinigten Staaten. Nicht nur der stellvertretende Vorsitzende, der erwähnte Moynihan, sondern auch der Chef des CIA Kontrollausschusses, der erbitterte Falke Barry Goldwater, zeigten sich uninformiert, also empört. Was blieb ihnen anderes übrig? Sollten sie zugeben, daß sie wesentlich den Bruch des Völkerrechts begünstigt hatten, wo ihr Amt ihnen gebietet, gerade solcherlei Gangstermethoden in den internationalen Beziehungen der USA zu verhindern? Pech, daß der Dolchstoß gegen das spektakuläre Oppositionstheater aus den eigenen Reihen heraus geführt wurde. Der Vorsitzende des Kontrollausschusses im Repräsentantenhaus — die haben die gleiche skurrile Einrichtung wie der Senat —, der demokratische Abgeordnete Ed Boland, versicherte vor der Presse, daß der CIA habe den Ausschuß bereits am 31. Januar über die geplante Vermüllung informiert. Am 15. April gestand der demokratische Abgeordnete Leahy, daß auch er bereits Bescheid gewußt habe, was ihn zumindest dazu bewog, den beantragten 21 Millionen Dollar für die Contras seine Zustimmung zu verweigern, was die anderen, gleichfalls informierten Demokraten mehrheitlich nicht taten.

Moynihan verteidigte seine Unwissenheit mit dem für die Arbeitsweise der Kontrollausschüsse recht interessanten Hinweis, über die Vermüllung sei nur 20 Sekunden diskutiert worden. Wahrscheinlich hört er bei derartig alltäglich banalen Offenbarungen gar nicht mehr hin.

Inzwischen hat sich der Sturm um Reagans Mittelamerika-Politik wieder gelegt. CIA-Chef Casey hat sich beim Kongreß dafür entschuldigt, daß er die Parlamentarier nicht vollständig oder zu spät über die Vermüllung unterrichtet habe. Goldwater erhielt gar einen handschriftlichen Entschuldigungsbrief, Moynihan — ich werde vergeben, aber nicht vergessen! — hat wieder auf seinem Überwachungsposten Stellung bezogen und Lutz Kruschke von der „Frankfurter Rundschau“ hat Gelegenheit, dem „demokratische Rigorismus des Kongresses wieder einmal seinen Respekt“ zu FR“, 26.4.) zu erweisen. Die Mienen liegen immer noch in den Häfen Nicaraguas. Niemand von der empörten Kongressmeile ist auf die Idee gekommen, einen Antrag einzubringen, der den CIA auffordert, die Mienen gefälligst zu räumen und Nicaragua die entstandenen volkswirtschaftlichen Schäden zu ersetzen.

Es gibt in den USA keine ernstzunehmende parlamentarische Opposition gegen den rabiaten Kurs der Reagan-Regierung. Die Abgeordneten der Demokratischen Partei haben bislang — nach dem routinemäßigen, rigiden-demokratischen Ringen — jedesmal der Bewilligung von 25 Millionen Dollars für die Contra-Banden und für die mörderische Armee in El Salvador zugestimmt. Kruschke hat schon recht, wenn er beklagt, daß „der ganze Streit im Kongreß um die Frage, in welcher Form wir antikommunistischen Gruppen helfen, von einer tiefen Verlogenheit bestimmt“ sei (FAZ, 18.4.).

kl/Gd

Das Gedicht

Gedichte werden geboren in einer weißen Blume
aus der rote Schmetterlinge
außen Honig
zeugen
Gedichte sind das Zeug das sich ein Liebespaar
Zufallst
Gedichte sind kostbarer als die
Spiegelung des Mondes im See.
Ein vollkommenes Gedicht ist wie die Revolution

Juan Agudelo, 7 Jahre alt

Poetische Demokratie in Nicaragua



Dies ist eines der Gedichte aus den nach der Revolution gegründeten „poetry workshops“, die auf einer Veranstaltung in Milwaukee/USA im März dieses Jahres vorgelesen wurden. „Artista Call“, eine kürzlich ins Leben gerufene Vereinigung US-amerikanischer Künstler in Solidarität mit der Revolution in Nicaragua, hat in den letzten Wochen eine Reihe von Gedichtlesungen, Kunstausstellungen und Konzerten veranstaltet. So auch diese Lesung im Mittelwesten, auf der neue Kunst aus Central America dem nordamerikanischen Publikum vorgestellt wurde, und die Künstler selber ihre eigenen Werke einem breiteren Publikum zugänglich machten — nicht als „l'art pour l'art“, sondern als ausdrückliches NEIN gegen die Kriegspolitik der Reagan & Co. in Nicaragua und El Salvador. Ich hatte auf dieser Veranstaltung Gelegenheit, mit Kent Johnson zu sprechen, einem dieser jungen Künstler, der bei einem längeren Aufenthalt in Nicaragua eine Sammlung von Gedichten zusammengestellt hat, die diesen Abend übersetzt hat. Freundschaftlichweise hat er diese Gedichte zur Verfügung gestellt zum Abdruck im ARBEITERKAMPF, samt Einwilligung zum Abdruck seiner einleitenden Rede in der deutschen Übersetzung.

Vielen Dank! S.

Nicaragua hat in Lateinamerika seit langem den Ruf, das „Land der Poeten“ zu sein. Nicaraguaner nehmen diesen Titel sehr ernst: in den Straßen von Managua, Granada und Leon werden Dichter und Schriftsteller mit „poeta“ begrüßt, so wie Ärzte mit „Doktor“ und Priester mit „padre“ angeredet werden.

Das Land eines Ruben Dario (der Vater der Modernistischen Bewegung des späten 19. und frühen 20. Jhd.) hat im Laufe der Jahrzehnte solche Dichter wie Salomon de la Selva, Jose Coronel Urtecho, Pablo Antonio Cuadra und Leonel Rugama hervorgebracht — Dichter, die zwar nicht besonders bekannt sind in den USA (noch weniger vielleicht in Nordeuropa? Anm. d. Ü.), die aber in der gesamten spanischsprachigen Welt hohes Ansehen genießen. Natürlich muß noch ein weiterer Name hinzugefügt werden: Ernesto Cardenal, Lateinamerikas berühmtester lebender Dichter und derzeit Kulturminister der revolutionären Regierung in Nicaragua. Nach dem Erfolg der Sandinista Revolution im Juli 1979 startete das Kulturministerium ein originäres und einzigartiges Programm: Überall in Nicaragua, in armen Nachbarschaften, Fabriken, Landkooperativen, Polizeiquartieren und Militärbaracken wurden „talleres de poesia“ — Gedichte-Arbeitsgruppen gegründet.

Diese Idee hatte einen Vorgänger. 1976, in Cardenals Kommune in Solentiname auf der Insel Manzanillo (im Nicaragua-See), entschloß sich der Dichter Mayra Jimenez aus Costa Rica, so einen „poetry workshop“ für die dortigen Einwohner zu organisieren. Das Experiment hatte überraschenden Erfolg. Viele wundervolle Gedichte, die auch gesammelt und in mehrere Sprachen übersetzt wurden, wurden von den Bauern in Solentiname produziert, bis die Kommune 1977 von Sumoyas Nationalgarde zerstört wurde.

Auch der postrevolutionäre Versuch hat die kühnsten Erwartungen übertroffen. Es gibt im Moment ca. 70 Workshops in Nicaragua (das

Die Revolution ist

Die Revolution ist Fidel Castro Fußballspielend
die Revolution ist die Grenze auf der die Helden segelten
die Revolution ist Sandino wie er zu den Leuten spricht
die Revolution ist wenn alle Mammis gut auf ihre Kinder aufpassen
die Revolution ist ein See mit genug Fisch für alle
die Revolution ist ein Liebespaar
die Revolution ist eine Blüte vom Sacuanjoche Baum
die Revolution ist Mario Avila wenn er ein Gedicht vorliest
die Revolution ist ein Kanonenschuß gegen die Imperialisten
die Revolution ist um die Imperialisten zu besiegen
die Revolution ist wenn Ernesto Cardenal ein Gedicht schreibt
die Revolution ist ein Schmetterling in vielen Farben
die Revolution ist ein Heiden liegt Menschen auf der Welt die sich an den Händen halten
die Revolution ist alle Kubaner händeklatschend für Fidel
die Revolution ist mein Papst wie er eine Skulptur macht mit all ihren Rundungen und Löchern

Juan Agudelo aus Solentiname

Carmen

Wenn du nicht mehr senft in mein Ohr flüsterst
ist mir als lebe ich in einer Welt
in der alle Vögel ihre Stimmen verloren haben

[Jose Domingo Moreno, Bauer und Schneider]

entspreche ungefähr 8000 — 10000 in den USA), in denen hunderte von Fabrikarbeitern, Bauern, Zimmerleuten, Straßenverkäufern und Soldaten (beiderlei Geschlecht) — eine Anfrage bei Kent ergab, daß gleichviel Frauen wie Männer teilnehmen, und daß sehr viele Gedichte von Frauen veröffentlicht werden u.ä. (Anm. der Ü.) sich einmal wöchentlich treffen, um mit Hilfestellung eines Vertreters des Kulturministeriums zu schreiben, ihre Gedichte zu diskutieren und zu kritisieren. Die besten Arbeiten (sie werden von einem repräsentativen Gremium aus Vertretern der Workshops ausgewählt, Anm. der Ü.) werden regelmäßig in „Poesia Libre“, dem nationalen Magazin der Workshops (erscheint ungefähr alle 2 Monate) und in den wöchentlichen Kulturbeilagen der Zeitungen „Barricada“ und „Nuevo Diario“ veröffentlicht. Zusätzlich gibt es regelmäßige Wettbewerbe und öffentliche Lesungen, bei denen geladene Poeten ihre Werke lesen und diskutieren. Einmal im Jahr findet dann die nationale Konferenz der Workshops statt, auf der, laut Kent, neben dem Materialaustausch z.B. didaktische Fragen des Unterrichts in den Arbeitsgruppen besprochen werden; Anm. d. Ü.).

In den fünfziger Jahren entwickelte eine Gruppe von Poeten um Cardenal und Urtecho den Stil „Exteriorismo“ für ihre Werke, beeinflusst zum Teil durch Dichter wie Ezra Pound und die Imagisten.

In den späten Sechzigern war „Exteriorismo“ zum bestimmenden Stil in Nicaragua geworden und seine prägnantesten Vertreter standen in direkter Verbindung mit der erstarkenden Anti-Diktatur Bewegung. Cardenal hat über diese Stilrichtung folgendes gesagt:

„Es ist eine Poesie, die aus den Bildern der äußeren Welt entwickelt wird, der Welt, die sichtbar und fühlbar ist. „Exteriorismo“ ist objektive Poesie, erzählerisch und anekdotenhaft, geformt aus Elementen des wirklichen, alltäglichen Lebens mit dem Konkreten, mit Namen und präzisen Details, exakten Abfolgen und Nummern, Fakten und Aussagen. Kurz, es ist „unreine“ Poesie“ (aus: Einführung in die nicaraguanische Poesie, Managua).

Wollt „Exteriorismo“ in den Workshops stark betont wird, bewegen sich auch die meisten Gedichte im Rahmen dieser Stilrichtung. Das Ergebnis ist eine Poesie ohne literarische Pretentionen, von großer Einfachheit und Direktheit, die — weil eben die „sichtbare und fühlbare“ Welt verarbeitet wird — oft offen politisch ist.

Natürlich ist politisch engagierte Welt verarbeitet wird — oft offen politisch ist.

Natürlich ist politisch engagierte Literatur in Lateinamerika nichts Neues — von Martí zu Neruda zieht sich eine lange und etablierte Tradition.

In der sehr offen und leidenschaftlich geführten Debatte um die Rolle der Kultur in der nicaraguanischen Revolution haben einige Künstler Besorgnis geäußert über die Dominanz politischer Themen in den „poetry workshops“; ihrer Meinung nach würde „sozialer Inhalt“ an die Stelle ästhetischer Werte treten. Wenn auch diese Bedenken nach den Erfahrungen mit „offizieller Kultur“ und dem Schicksal künstlerischer Freiheit in anderen Revolutionen des 20. Jahrhunderts ernst zu nehmen sind, ist es jedoch kaum verwunderlich, daß so viele der neuen Gedichte so unverblümt politisch im Inhalt sind. Dies sollte als unausweichliche Konsequenz des historischen Umbruchs gesehen werden: die Schmerzen, Konflikte und Freuden der Revolution sind ein bestimmender Teil der Realität im heutigen Nicaragua, und die Menschen, die darüber schreiben, drücken damit wichtige und für ihr Leben unmittelbare Gedanken und Gefühle aus.

Es ist allerdings wichtig, festzustellen, daß Cardenal und andere Führer der FSLN wiederholt und ausdrücklich jegliche Möglichkeit zurückgewiesen haben, daß eine Form von „sozialistischem Realismus“ als kulturpolitische Linie vom Staat festgelegt werden könnte. Die FSLN entstand und entwickelte sich als marxistische, aber antautoritäre Organisation und hat kontinuierlich versucht, einen „open-ended“, den spezifischen Bedingungen in Nicaragua entsprechenden Sozialismus zu realisieren. Ein wichtiger Aspekt dieser Politik ist, daß künstlerische Freiheit von der FSLN als fundamentales Prinzip der Revolution angesehen wird.

Sandino

Ich stelle mir Sandino vor
und Blanca Arauz in
den Bergen, oder auf einer
Bank, wie sie in leisen Worten
über die Guerrilla reden und inagelheim
klischeuhafte, sentimentale Dinge
übereinander
denken.

[Javier Ortiz, 11 Jahre alt, Zeitungskunst]

Orlando

Ich erinnere dich, Sohn
mutig, draufgängerisch
heißer vom Gebrüll bei den
Demonstrationen, mit deinem gestreuten
Kaffeebohnen-Hemd
das wir jetzt aufbewahren in dem Glasbehälter
im Flur

[Maria Pineda, Fabrikarbeiterin]

Zweifel an Liebe

Du hast dich an meine Art und Weise
auf eine Weise gewöhnt, daß, wenn ich
sage „meine Liebe, die Revolution
verlangt daß ich gehe“, du antwortest
„ich verstehe genau, Genosse“
Und immer dann kriege ich diese
Zweifel an unserer Liebe

[Roldo Tercero, Militär]

Das Viertel San Luis

Ich würde gerne der Wind sein
so daß ich wehen könnte
durch dieses Mädchens blondes Haar
oder die knappen Jeans die sie trägt
die so genau passen.
Mit anderen Worten,
ich würde gerne
so lange wie möglich
Dienst machen
an dieser Ecke.

[Alex Lumbi, Sandinista-Polizist]

[Alex Lumbi, Sandinista-Polizist]

U.S. Holzfirma

Sie haben unsere Eichen
Kiefern und Lorbeerbäume
abgeholzt
in der Ferne
in der Tiefe der Schlucht
steht noch ein vielblättriger Baum
und in seinem Schatten, ein blaues Reh

[Juan Cuervo, aus Solentiname]

Irenhaus Ich denke an New York

Die Iren sind wie Antworten
auf Fragen, die keiner gestellt hat.
Wie die Speichen eines Wagenrades
ohne Achse, wie Regen
der vom Grund auf regnet, wie
Testpiloten mit dem Kopf in blauem Schlamm.
Die Stadt haucht mit den Lungen
ihrer Iren, zieht Kleider an,
von den Iren geschneidert, fährt in Autos,
von den Iren gesteuert; befehlt, gehorcht
und belügt mit Hilfe der Iren.
Der Rechtsanwalt entwirft Häuser und
der Zahnarzt singt Mäusen, der
Lehrer verkauft Fisch und der Leichen-
träger tröstet die Lebenden.
Eine stärkere Verrücktheit
wird nötig sein um Schlaf zu machen mit
diesem Irenhaus

[Anthony Campbell, Jurastudent]

Darling

Jedes Mal, wenn ich dich zu
Dein Chapitales Laden gehen sehe
hab ich diesen Drang mit dir zu kommen
Daran zu denken macht mich nervös.
Wie gerne ich dich in meine Arme nehmen würde
und dir sagen: Ich liebe dich!
Ich bin ja erst 10 und daran zu denken
sowas zu tun, macht mich nervös

(Abbey Maia Alvarado, 10 Jahre alt)

Unter Somoza

Leere Bierdosen
durcheinander mit losen Seiten „Reader's Digest“
und Cosmopoliten schlafen friedlich auf dem
Balkonplatz der Stadt.
Und jeden Tag bringt ein großer Laster mehr
Rührort — Heftchen, Seiten voll schöner lächelnder
Menschen, mehr Bierdosen oder Cola Flaschen
und teure Schachteln Corn Flakes.
Und in den öffentlichen Klos gibt's
Seiten aus Times um sich abzuwaschen
während die Armen Bilder von
Somoza auf ihre Holzwände kleben
aus Furcht.

(Juan Ramon Falooh, Bauer)

Tiscapa Hügel

Alles ist Menschlichkeit
die Menschlichkeit der Menschheit
Vom Rand des Kuffs auf dem Tiscapa
kann ich Menscheit sehen.
Den Kratersee unter mir, die Halbinsel von Chiltepa,
den Platz der Revolution
Jakt und Spielplätze wo
Somozas Bomben tiefen, weite neue Straßen
Die in die Baracken auf diesem Hügel gebracht wurden
und gequält, nackt, mit verhäutetem Kopf
in bloßen, kaltegeköhlten Räumen,
wurden nie wieder gesehen
Und der Wiederaufbau meines Landes
geht weiter wie die Stärke der Luft
die aufsteigt
aus der ladegrünen Tiefe des Sees.

(Gerardo Torrens, Schneider)

Der letzte Tag von Somozas Liberal Party

Pancho hatte Durchnfall, das Baby
hatte Darminfektion,
und Polo Verstopfung.
Und Pancho legte den Lehmfußboden
und Polo malte die magere Kuh
und das Baby nuckelte und zog
an der trockenen Mutterbrust.
Die ganze Bude stank nach Scheiße.

(Juan Antonio Uva, Regionaler FALN-Delegierter)

„Wenn es überhaupt irgendeinen
Rat unsererseits für die Künstler
gibt, dann den, daß sie ihre Phantasie,
ihre schöpferische Kraft so ent-
wickeln, wie sie es für richtig hal-
ten. Alles, was sich während der
Unterdrückung angesammelt hat,
soll zum Ausdruck gebracht werden
können, ohne irgendwelche Ein-
schränkungen, ohne den Druck der
Arbeit einen korrekten Stempel auf-
zuzwingen, um gut mit der Revolu-
tion zu stehen. Wir werden nur im
Einklang mit der Revolution sein,
wenn wir immer kreativer neue
Formen, neue Ideen entwickeln, in-
dem wir kontinuierlich unsere
Phantasie herausfordern, und mit
allen Formen übergebenen Den-
ken brechen. Unser Denken kann
nicht von vorgefertigten Formeln
bestimmt werden, es muß völlig of-
fen sein.“ (Daniel Ortega, auf sei-
ner Rede, die, in Hacia una Política
Cultural, vom Kulturministerium
veröffentlicht wurde).

Kunst und Poesie sind in Nica-
ragua nicht länger im Besitz einer in-
tellektuellen Elite. Tausende von
Menschen, von denen viele erst in
der Alphabetisierungskampagne
von 1980 schreiben und lesen ge-
lernt haben, erleben zum ersten

Mal in ihrem Leben die Freude, sich
künstlerisch ausdrücken zu können,
eine Erfahrung, die ihr Leben ent-
scheidend verändert und bereichert.
Dies allein sollte Grund genug
sein für Künstler und Schriftstel-
ler innen in den USA (und ihr Pu-
blikum, und anderswo! Anm. der
Üb.), mit Eindringlichkeit den un-
nötigen Krieg unserer Regierung ge-
gen dieses „Land der Poeten“ zu ver-
urteilen.

Damit die geneigte Leserschaft des
„AK“ einen Eindruck bekommen
kann, wovon nun eigentlich die Re-
de ist, habe ich versucht, einige der
Gedichte, die von Kent aus dem
Spanischen ins Amerikanische
übertragen wurden, weiter ins Deut-
sche zu übersetzen. Werktreue kann
nicht bei diesem Verfahren garan-
tiert werden, aber ich finde, selbst
in dieser etwas verfälschten Form
geben die Gedichte noch eine Ah-
nung von der Phantasie, dem Hu-
mor und der Passion ihrer
Dichterinnen.

S.

Chile:

Ende der Diktatur?

Anwachsende Massenkämpfe, nationale Protesttage, Vereinigung der
Linken in einem neuen Bündnis, Uneinigkeit der bürgerlichen Kräfte,
Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Krise des Pinochet-
Regimes — so stellt sich auf den ersten Blick die Situation in Chile heute
dar. Aber ist damit die Diktatur am Ende?

Welche Bedingungen haben die Einheit der Linken ermöglicht nach
den langen Jahren der Repression, der Zersplitterung, der Aus- und Ab-
grenzungen? Wie schätzt die Linke heute die Chancen für den Sturz Pi-
nochets und einen demokratischen Wechsel ein? Auf welche Grundlage
konnte sich der Volkswiderstand in dieser unerwarteten Breite ent-
wickeln?

Auf diese und weitere Fragen versucht der folgende Artikel einzuge-
hen. Wir stützen uns dabei auf die Informationen einer offiziellen Dele-
gation der Volksdemokratischen Bewegung (MDP), dem im Herbst letz-
ten Jahres gegründeten Bündnis der Linken. Diese Delegation aus je ei-
nem Vertreter der Kommunistischen Partei, der Sozialistischen Partei
und des MIR besuchte auf ihrer Europa-Reise im März auch Hamburg.
Wir hatten Gelegenheit, mit dem Vertreter des MIR ein Interview zu füh-
ren, das wir, leicht gekürzt, in dieser Ausgabe dokumentieren.

Die Linke in Chile hat schneller als er-
wartet an Einfluß und Stärke gewon-
nen. Sichtbarer Ausdruck dafür ist die
Gründung der Volksdemokratischen
Bewegung (Movimiento Democrático
Popular — MDP) im Herbst letzten
Jahres. Diesem Bündnis gehören neben
dem MIR, die Kommunistische Partei
(PC), verschiedene Flügel der Sozial-
istischen Partei (PS-Almeyda, PS-CNR
und PS 24. Congreso) und die MAPU-
OC, sowie die Arbeiter- und Bauernbe-
wegung (MOC) an. Gegründet wurde
die MDP nach den großen nationalen
Protesttagen im August und September
83, in einer Situation, in der die Mas-
senkämpfe trotz massiver Repression
an Stärke und Breite zunahmen. Für
die chilenische Linke stellte sich damit
verstärkt die Notwendigkeit und die
Chance, ein Gegengewicht zum Bündnis
der bürgerlichen Opposition (Alianza
Democrática — AD) zu schaffen.

Die aktuelle politische Aufgabe, die
sich die MDP setzt, ist der Sturz der
Diktatur. Dazu wird das Bündnis mit
allen oppositionellen Kräften, ein-
schließlich der bürgerlichen Kräfte ge-
sich die MDP setzt, ist der Sturz der
Diktatur. Dazu wird das Bündnis mit
allen oppositionellen Kräften, ein-
schließlich der bürgerlichen Kräfte ge-
sucht. Darüberhinaus versteht sich die
MDP aber als Bündnis für den Sozialis-
mus. Sie wehrt sich in der Tradition der
Unidad Popular, ohne jedoch Irrtümer
der UP Regierung zu bestreiten. Die
Erfahrung von 10 Jahren Widerstand
sollen aufgearbeitet und einbezogen
werden. Neue Aspekte in der MDP im
Unterschied zur Unidad Popular und
zum einen die Einbeziehung und Mitar-
beit des MIR. Die MDP beschränkt
sich nicht auf den friedlichen Übergang
zum Sozialismus, sondern vertritt die
Linie der „Volksrevolution“, des Masse-
nauflandes zur Erlangung der politi-
schen Macht. Alle Kampfmethoden gegen
die Diktatur einschließlich des bewaff-
neten Kampfes werden für legitim und
notwendig gehalten.

Ein weiterer neuer Aspekt ist die An-
erkennung der sozialen Bewegungen
und Organisationen, die sich in den
Jahren des Widerstandes entwickelt ha-
ben und durch ihre Forderung nach
Einheit der Linken wesentlich zur
Gründung der MDP beitragen. Die
MDP versteht sich als politischer Arm
der sozialen Bewegungen, sie will ihre
Forderungen in enger Abstimmung mit
ihnen aufnehmen und auf der politi-
schen Ebene vertreten. Die organisati-
onelle Unabhängigkeit und Autonomie
dieser beiden Ebenen des Widerstands
soll erhalten bleiben.

Erste National-Versammlung
der MDP

Im Februar 84 hat die MDP ihre erste
„nationale Versammlung“ einberufen,
auf der 250 Delegierte regionaler MDP-
Sektionen aus 19 von insgesamt 25 Pro-
vinzen Chiles vertreten waren. Dane-
ben nahmen 200 Vertreter von Basis-
und sozialen Organisationen teil. Nach
diesem Kongreß entstanden überall im
Land neue MDP-Sektionen und wur-
den regionale MDP-Versammlungen
einberufen. Das Programm der MDP
soll nicht nur in den einzelnen Basis-
komitees der MDP, sondern ebenfalls

breit in den Massenorganisationen dis-
kutiert und danach Mitte des Jahres
auf dem zweiten Kongreß verabschie-
det werden.

In der Praxis arbeiten zumindest re-
gionale Basisorganisationen und
MDP-Komitees eng zusammen. Das
liegt auch darin begründet, daß die lin-
ken Parteien von Anfang an an der Bil-
dung der Volksorganisationen beteiligt
waren und für deren Entwicklung zu
Zentren des Widerstands eine wichtige
Rolle gespielt haben. Mit der MDP hat
sich in Chile ein Bündnis derjenigen
politischen Kräfte konstituiert, das im
Gegensatz zur Demokratischen Allianz
(AD) die unmittelbaren Forderungen
und Interessen der Massen aufnimmt
und durch deren Organisationen breit
unterstützt wird. Dies und die Radika-
lisierung des Widerstandes hat den
Volkskräften eine Stärke verliehen, die
das Kräfteverhältnis innerhalb der Op-
positionsbewegung verschoben und die
bürgerlichen Kräfte zu einer Verände-
rung ihrer Haltung gegenüber der
MDP und den durch sie repräsentierten
Kräften gezwungen hat.

Die ersten Nationalen Protesttage
1983 wurden noch deutlich von der
christdemokratischen Gewerkschafts-
führung und der Demokratischen Al-
lianz dominiert. Teile der bürgerlichen
Opposition lehnten eine Zusammenar-
beit mit der Linken, speziell mit der PC
und MIR ausdrücklich ab. Der Protest-
tag im September wurde dann weitge-
hend unabhängig von den linken Par-
teien und den sozialen Organisationen
getragen. Erst nach dieser Demonstra-
tion der Stärke der Linken und der
Massenbewegung gab es die ersten ge-
meinsamen Kundgebungen der gesamt-
en Opposition.

Die Demokratische Al-
lianz brach ihren „Dialog“ mit dem
Regim ab (siehe unten). Nach dem er-
folgreichen Nationalen Protesttag der
MDP im Februar 84 erfolgte das erste
offizielle Gesprächsangebot auf höch-
ster Ebene von der Demokratischen Al-
lianz. Weitgehende Einigkeit herrscht
heute zwischen linker und bürgerlicher
Opposition (MDP und AD) in drei
Punkten.
— Pinochet wird nicht freiwillig gehen,
die Diktatur muß gestürzt werden,
— Bildung einer Übergangsregierung,
— Wahl einer Verfassungsgebenden
Versammlung.

Die heikelste Frage ist dabei die nach
dem Charakter einer solchen Über-
gangsregierung, für die es sehr unter-
schiedliche Vorstellungen gibt. Ange-
fangen bei einer zivil-militärischen
„Lösung“ über ein „argemäntliches
Modell“ bis hin zu einer demokrati-
schen und revolutionären Volksregie-
rung. Die Vorschläge der MDP, die auf
der Abschlußveranstaltung des Natio-
nalkongresses dargestellt wurden, defi-
nieren ihre Vorstellung der Übergangs-
regierung und sind zugleich die Grund-
lage für die „Verhandlungen“ mit der
bürgerlichen Opposition.

Die wesentlichsten Forderungen
sind — „Aufhebung der gesamten repressi-
ven Gesetzgebung, Auflösung der Ge-
heimpolizei (C1) und aller repressiven
Organisationen sowie Verurteilung al-
ler für die Verbrechen gegen das Volk

Verantwortlichen, seien es Militärs
oder Zivilpersonen. (...)

— Anwendung eines Notprogramms
für die Wirtschaft, das als Hauptpunk-
te die Lösung des Beschäftigungspro-
blems und der dringenden Probleme
der Arbeiter, Landarbeiter, Mapuche-
Indianer, kleinen und mittleren Land-
wirte und Unternehmer versteht, sowie
die Verstaatlichung der Banken, des
Außenhandels und der Monopolindu-
strie und das die Kriterien zur Konsti-
tutionierung eines staatlichen Wirtschafts-
bereiches festlegt. (...)

— Wiederherstellung aller gewerk-
schaftlichen, bürgerlichen und politi-
schen Rechte, die bis 1973 in Kraft wa-
ren, und Aufhebung insbesondere der
neuen Arbeitsgesetzgebung (plan labo-
ral). (...)

— Absetzung der Oberkommandieren-
den der Streitkräfte, die mit der Dikta-
tur zu tun hatten, Abschaffung der
Doktrin der Nationalen Sicherheit, in-
nere Demokratisierung der Streitkräfte
und Revision der Pakte und Abkom-
men, die mit ausländischen Streitkräf-
ten geschlossen wurden.“

Daneben wird die Freilassung der
politischen Gefangenen, die Möglich-
keit der Rückkehr aller Exilierten, die
Aufklärung des Problems der Verhaf-
teten und Verschwundenen und die Be-
strafung der daran Schuldigen gefor-
dert, sowie eine Agrarreform, die Aus-
arbeitung eines Notprogramms für die
Landwirtschaft und eine deutliche Um-
verteilung der Mittel für ein Sozialpro-
gramm.

Im Augenblick ist ein weiterer Pro-
testtag für Mai in Vorbereitung. Über
die große Massenmobilisierung am 1.
Mai und die mörderische Repression,
die nach bisherigen Berichten 26 Tode-
sopfer kostete, kennen wir bisher auch
nur die hiesige Berichterstattung.

Von allen Oppositionskräften be-
schlossen ist jetzt auch der „Pase Na-
cional“, ein Nationalstreik, der schon
im vorigen Jahr von der MDP vorg-
schlagen wurde, den ein Teil der bür-
gerlichen Opposition zunächst jedoch
ablehnte. Ende April fand eine
nationale Versammlung der Gewer-
schaftszentrale CNT statt, mit 1200
Delegierten aus dem ganzen Land. Hier
wurde der Nationalstreik beschlossen,
er soll im Laufe der nächsten 90 Tage
durchgeführt werden. Mit dem Begriff
Nationalstreik ist nicht nur ein Streik in
den Betrieben, sondern eine Mischung
von Streiks und nationalen Protestta-
gen gemeint, eine Verbindung aller
Widerstands- und Protestformen, ent-
sprechend den Bedingungen in allen ge-
sellschaftlichen Bereichen.

Der Lange Abschied von der
Unidad Popular

Ein Bündnis der linken Kräfte ist schon
lange als der entscheidende Hebel zum
Sturz der Diktatur angesehen worden.
Es gibt verschiedene Gründe, warum
jedoch erst Anfang der achtziger Jahre
reale Voraussetzungen für ein Linka-
bündnis existieren. Der wichtigste: die
Wiederbelebung der Massenbewegung.
Während der MIR bereits Ende der
sechziger Jahre Anstrengungen unter-
nahm, auch auf höchster Ebene mit der
traditionellen Linken zu Bündnisge-
sprächen zu gelangen (zuerst erfolg-
reich in Havanna im März 1980 am
Rande des Parteitages der PC Cuba),
konnte sich die Unidad Popular zu-
nächst nur schwer von der Vorstellung
trennen, sich selbst aufzulösen und da-
mit die Voraussetzung für eine neue
Linkseinheit zu schaffen. Der Druck
der Tatsache zwang die UP Kräfte
schließlich zu einer Neuorientierung
(vgl. auch AK 222).

Zu dieser Neuorientierung trugen
u.a. der Zerfall der Sozialistischen Par-
tei (PS) und die Erfolglosigkeit der
Bündnispolitik der „Kommunistischen
Partei“ (PC) bei. Während sich an der
Basis bereits die Aktionseinheit der ge-
samten linken Opposition realisierte,
hing die PC-Führung noch bis Anfang

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Der achtzigste Jahrestag der Illusion nach, mit der Christdemokratie ein Bündnis gegen Pinochet bilden zu können. Die Christdemokratie hingegen setzte in den siebziger Jahren auf eine Machtpolitik, sozusagen als demokratischer Partner der Junta. Das 1980 von der Junta durchgeführte Plebiszit machte jedoch eindeutig Pinochets Alleinherrschaftsanspruch für die nächsten 10 Jahre deutlich. Mit dem Tod von Eduardo Frei 1982 schließlich verlor diejenige christdemokratische Integrationsfigur, die möglicherweise ohne „Öffnung“ der Diktatur ohne weitere Radikalisierung der Massenbewegung hätte beibringen können. Die nun stärker hervortretenden politischen Führer der Christdemokratie repräsentieren die Teile der Bourgeoisie, die immer unzufriedener mit der monetaristischen Wirtschaftspolitik wurden. Sie haben sich in der Opposition und der Illegalität in erheblichem Maße als Pinochet-Gegner profiliert und waren viel eher als die „alte Garde“ zu einer Konfrontation mit der Junta bereit. Dies traf insbesondere auf die christdemokratischen Gewerkschaften sowie große Teile des kirchenspektrums zu. Trotz teilweise Zusammenarbeit mit den linken Kräften an der Basis, war die Christdemokratie jedoch auch jetzt nicht an einer Aufwertung „der Kommunisten“, d.h. an einer offiziellen Zusammenarbeit mit der Linken interessiert.

Diese Tatsache, das Plebiszit von 1980, die Radikalisierung der eigenen Parteibasis und der Massen sowie der erfolgreiche Aufstand in Nicaragua dürften die PC-Führung schließlich zur politischen Neumotivation bewegen haben, nach der sie nun die „Rebellion des Volkes“ und die Akzeptierung aller, auch bewaffneter Kampfmethoden propagieren. Dieser Umwandlung dokumentierte sich in der Erklärung von Mexiko im September 1981, die von Repräsentanten der PC, MIR, IC (Christliche Linke), MAPU, PS und Radikaler Partei unterzeichnet wurde (vgl. AK 222).

In dieser Erklärung betonten alle Unterzeichner die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der Linken, der Erarbeitung eines gemeinsamen Programms etc. Dies blieb aber wesentlich Papier, ohne greifbare, praktische Ergebnisse. Trotzdem begann hier der „Anfang vom Ende“ der alten UP.

Die Herausbildung der öffentlichen Opposition

Von der Erklärung von Mexiko bis hin zur Gründung der MDP sollte es jedoch noch ein langer Weg sein. Er hat sich noch länger gedauert, wenn die in Chile praktizierte neoliberale Wirtschaftspolitik nicht Anfang 82 ihren Bankrott offenbart hätte. Die teilweise Stilllegung ganzer nicht-exportorientierter Wirtschaftszweige (Bau, Leder und Bekleidung, Bergbau, Landwirtschaft und Dienstleistungen etc.), eine Welle von Firmenpleiten (in zwei Jahren über 1000), der Anstieg der Auslandsverschuldung auf über 20 Milliarden Dollar (1973: ca. 3 Mrd.), eine Arbeitslosenquote von über 30% (1973: ca. 3%), dazu eine Repression, die nicht einmal vor Regimeanhängern halt machte, erwies nicht nur die wirtschaftliche Krise des Regimes, sondern immer mehr auch die „moralische“, die politische Krise. Seit Einsetzen der Krise wechselte Pinochet sein Kabinett vermal komplett aus. Wirtschaftsmister gab es gleich im halben Dutzend.

Auf einer weiteren Konferenz der Linken im Februar 1982 in Mexiko, wenn 4. Jänner wurde die wider-

sprüchlichen Positionen deutlich. Die unterschiedlichen Einschätzungen über die Krise und die politischen Aufgaben der Linken zeigten sich nicht nur zwischen den verschiedenen Parteien, sondern liefen quer durch die Organisationen. Nicht alle Repräsentanten konnten die Meinung ihre gesamten Organisation vertreten.

Die entscheidende Differenz bestand in der Frage, ob eine weitere Radikalisierung und Mobilisierung der Volkskräfte möglich und wünschenswert sei oder ob man auf eine Verhandlungslösung mit der Diktatur, auf ein strategisches Bündnis mit der bürgerlichen Opposition setzen soll. Im Gegensatz zur Christdemokratie strebten die reformistischen Kräfte der MIR, der PC, der PS-Flügel des ehemaligen Ministers Eudomiro Aymeyda sowie eine Fraktion der Radikalen Partei (PR) eine politische Front der Linken an. Diese vier Organisationen veröffentlichten am 1.6.82 einen gemeinsamen Aufruf an das chilenische Volk, die „Diktaturgegner im Kampf zu vereinen, die Zersplitterung der Opposition zu überwinden und den Massenkampf mit der Perspektive des Volksaufstandes zu führen.“

Am 10. August 82 die erste größere Demonstration mit den Losungen „Brot, Arbeit, Freiheit“ durch die Straßen von Santiago zog, wurde durch den Widerstand erobert sich wieder die Straße. Bereits im November 82 fanden koordinierte Demonstrationen zur gleichen Zeit in Santiago, Concepcion und Valparaiso statt, angeführt und organisiert durch unzählige Basiskomitees, bzw. ihrer erst kürzlich gegründeten nationalen Koordination, der Komitees zur Verteidigung der Rechte des Volkes, CODEPU, CODEPU, das sind die Arbeitslosen, die Fließbandarbeiter, die Angehörigen der verfolgten und verschwundenen politischen Gefangenen, die als unabdingbare Forderungen von einer wie auch immer gearteten Übergangsregierung erwarteten.

Bestrafung der Verbrechen der Junta

- Umstrukturierung von Polizei, Militär und Justiz
- Aufklärung sämtlicher Verbrechen
- Sofortmaßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit
- Lösung der allgemeinen Wirtschaftskrise

Mit CODEPU offenbarte sich eine neue Qualität des politischen Kampfes der Massen im ganzen Land. (Zur Entstehung der der Basiskomitees vgl. auch AK 222).

In dieser Situation wurden auch die Bemühungen der verbotenen rechten politischen Parteien heftiger, politische Projekte auf die Beine zu stellen, welche die benachteiligten Mittelschichten, die vom Monetarismus benachteiligten Industriearbeiter für sich gewinnen wollten, die die Massenbewegung auf ihre Seite bringen und eine Ablösung Pinochets ohne erhebliche Machtveränderung erreichen wollten.

Die bürgerliche Opposition formiert sich

Die bürgerliche Opposition formiert sich

Zwei Projekte machten von sich reden. Zum einen „PRODEN“ (Projekt zur nationalen Demokratisierung), bestehend aus Mitgliedern der ehemaligen Nationalpartei und einigen Christdemokraten. Sie wollten eine „Verfassungsreform“ auf der Grundlage der Juntaverfassung von 1980 und nach zwei Jahren eine „Entmilitarisierung“ und eine Beteiligung von bürgerlichen Politikern an der Regierung. Dieser „historische Schritt, ehe es zu spät ist“, wurde von Pinochet kurzerhand

als nicht diskussionswürdig abgetan (LAN 114).

Das zweite Projekt „Multipartidarität“ klingt so wie das gleichnamige argentinische Parteienbündnis der (hypothetischen) Parteien. Es war aber ein eher lockerer Zusammenschluß von Einzelpersonlichkeiten aus dem christdemokratischen und sozialdemokratischen Spektrum. Erst das von ihnen am 14. März 83 publizierte „Demokratische Manifest“ sorgte für einen öffentlichen Wirbel und wurde Grundlage der sich nun offiziell herausbildenden „Alianza Democrática“ (AD). Die AD gewann im Sommer 83 erheblichen Einfluß auf die Massenbewegung, und ihre Repräsentanten erhielten durch die wachsenden Massenmedien starke Unterstützung.

Das Demokratische Manifest bot jedoch außer der Forderung nach Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten und dem Angebot der Zusammenarbeit mit der gesamten Opposition keinerlei Alternativen an. Die oben genannten dringenden Forderungen der Volksbewegung wurden nicht aufgenommen. Die vorgeschlagene Zusammenarbeit mit der Opposition hatte auch einen Haken: An der möglichen Übergangsregierung sollten keine „Kommunisten“ (sprich: MIR und PC) beteiligt werden. Mit diesem Vorhaben versuchte die Alianza Democrática zum einen, die linken Kräfte und die Volksbewegung zu spalten, zum anderen verschaffte ihr der Ausschuß der Kommunisten die einzig gültige Eintrittskarte für einen „Dialog mit der Junta“. Das „Demokratische Manifest“ wurde u. a. von Repräsentanten der DC (Valkés/ Aylwin), der PR (Silva Cimma), der PS (Ulloa, Estuardo) sowie Julio Subercaseaux von der ehemaligen Nationalpartei unterzeichnet. Unter maßgeblichem Einfluß der Christdemokratie gelang es den bürgerlichen Kräften, ein politisches Bündnis zu schaffen, wozu die Linke in diesem Moment noch nicht in der Lage war.

Im Frühjahr und Sommer 1983 gewann die Massenbewegung denart an Radikalität und Breite, daß die Linke Gefahr lief, ihr hinterherzulaufen, anstatt sie zu führen. (So Gladys Diaz am Rande des Chile Kongresses in Münster im Juni 83). Ausgelöst durch einen Streik der Kupferarbeiter erlebte das Land eine Reihe von „Nationalen Protesttagen“, die die Junta nicht mehr unterdrücken konnte. Der Konsens der herrschenden Klasse war gebrochen. Einerseits sah sich die Junta zu Verhandlungen mit der bürgerlichen Opposition gezwungen, andererseits mußte sie zur Wahrung ihrer Autorität Härte demonstrieren. Am vierten nationalen Protesttag im August 83 ließ Pinochet Santiago von 18.000 Soldaten besetzen. Das Ergebnis: 1.700 Verhaftungen und 40 Tote. Am 10. August, einen Tag zuvor, hatte Pinochet den ehemaligen Vorsitzenden der Nationalpartei, Jarpa, zum Innenminister und nahm eine Regierungsumbildung vor.

Dies war ein Schritt zur „Demokratisierung“ wie Pinochet sie sich vorstellte. Der neue Innenminister sollte sich um die Wiederherstellung eines Minimalkonsenses der bürgerlichen Kräfte bemühen. Unter diesen Voraussetzungen fand der vielbesetzte „Dialog“ zwischen Jarpa und der Demokratischen Allianz statt. Dabei machte Jarpa die Linke der Diktatur deutlich: Er erklärte, daß die Nationalen Protesttage deutlich die Grenzen des von der AD angestrebten pazifistischen Protestes überschritten hätten; „Kommunisten und Extremisten haben die Proteste dazu genutzt, ihre politischen Ziele zu erreichen.“ Außerdem erklärte er, daß das Pinochet Regime in der Lage sei, die notwendigen politischen und ökonomischen Reformen durchzuführen, um die Interessen jener zu befriedigen, die sich durch die Politik der Diktatur benachteiligt sehen. Gleichzeitig ließ Jarpa keinen Zweifel daran, daß der 1980 eingeschlagene „konstitutionelle Weg“ ohne Abstriche beibehalten werde, wie es ebenso indiskutabel sei, die Präsidiensteile Pinochets bis 1990 anzuzweifeln.

Die „Gesprächsbereitschaft“ der Diktatur kam aber zu spät, und was sie inhaltlich anbot, reichte nicht als Grundlage für Verhandlungen mit der bürgerlichen Opposition. Dazu war die Lage bereits zu zugespitzt. Nach zwei Gesprächen brach die Demokratische Allianz den Dialog ab.

Das Ende der Verhandlungen zwischen bürgerlicher Opposition und Diktatur ist hauptsächlich auf die Radikalisierung der Massenbewegung und den wachsenden Einfluß der Linken zurückzuführen. In den Zeitraum fällt der 3. Nationale Protesttag (8.-11. September 83), der erste große Protesttag, der im wesentlichen von der Linken und zum Teil gegen die bürgerlichen Kräfte organisiert wurde. In diesen Zeitraum fällt auch die Gründung der MDP. Es wird deutlich, daß ein Dialog mit der Diktatur keine Chance hat von den Massen akzeptiert zu werden.

Die bürgerliche Opposition kommt um die „soziale Mobilisierung“ nicht herum. Am 18.10.83 schlug Subercaseaux (Nationalpartei, konservative Rechte) die Durchführung von offenen Bürgerversammlungen vor (sahiblos abiertes). Am 7.11. schlossen sich die MDP und das nationale Arbeiterkommando (CNT) dem Aufruf der AD an, sich am 18.11. an einer Massenkundgebung im O'Higgins Park in Sanitago zu beteiligen. Alle beteiligten Organisationen einigten sich, keine eigenen Transparenzen, sondern nur die chilenische Flagge mitzubringen. Dies wurde mit ca. 800.000 Menschen die größte Demonstration der gesamten Opposition, die erste offiziell beschlossene, direkte Zusammenarbeit von Demokratischer Allianz und MDP. Im zum Februar 84, wo die MDP ihre erste nationale Versammlung durchführte, fanden noch zahlreiche Massendemonstrationen statt, in denen die Basis von AD und MDP gemeinsam ihr Hauptziel formulierte: den Abgang Pinochets. Ein offizielles Gesprächsangebot der AD an die MDP fand jedoch erst nach diesem ersten Kongreß statt.

Dabei bleibt festzuhalten: Die MDP ist ein strategisches Bündnis; sie sieht die Beweitung Pinochets nur als Voraussetzung zur Um- und Neugestaltung Chiles mit sozialistischem Ziel. Die AD sieht in dem Abtritt Pinochets und der Wiederherstellung bürgerlicher Verhältnisse bereits ihr Ziel erreicht. Daß sie dennoch verhandelt, zeigt, unter welchem politischen Druck sie steht, will sie nicht ihren Masseneinfluß gänzlich an die MDP verlieren.

Die Reaktion der Diktatur

Eindeutig ist, daß Pinochet nicht freiwillig gehen wird. Eindeutig sind aber auch die Probleme, vor denen sein Regime und der Imperialismus stehen:

- 1.) Ein großer Teil der Bourgeoisie hat zu stark unter der monetaristischen Wirtschaft gelitten. Ihre Opposition gegen die Diktatur ist ziemlich tief- und weitgehend. Daß Pinochet derjenige ist, der einen neuen Konsens der bürgerlichen Kräfte herstellen kann — durch eine modifizierte Wirtschaftspolitik, durch minimale politische Zugeständnisse — ist unwahrscheinlich.
- 2.) verbreitert die Figur Pinochet, seine Diktatur und Repression (tägliche Massenwiderstand). Die Repression reicht nicht mehr aus, um den Aufschwung der Massenkämpfe aufzuhalten. Und das, was die Diktatur an „Demokratisierung“ anbietet (anbieten kann) reicht erst recht nicht, um eine „Befriedung“ durchzusetzen.
- 3.) Die ökonomische Basis des Landes ist zerstört. Die Grundlage für eine tiefgreifende wirtschaftliche Umorientierung fehlt und wäre von der Diktatur schon gar nicht politisch umsetzbar.
- 4.) Eine rechte Alternative zu Pinochet, etwa ein Pinochetismus ohne Pinochet, ist nicht in Sicht. Die traditionelle bürgerliche Rechte (Nationalpartei u.a.) ist durch ihre Zusammenarbeit mit der Diktatur diskreditiert und hat auch von sich aus kein politisches alternatives Programm anzubieten.

Das bedeutet, daß die Diktatur zwischen u.a.) ist durch ihre Zusammenarbeit mit der Diktatur diskreditiert und hat auch von sich aus kein politisches alternatives Programm anzubieten.

Das bedeutet, daß die Diktatur zwischen Repression und minimalen Zugeständnissen lavieren muß, um einen Minimalkonsens der rechten bürgerlichen Kräfte herzustellen, die radikale Linke zu isolieren und die bürgerliche und gemäßigte Opposition zu neutralisieren.

In diesem Rahmen sind die zum Teil widersprüchlichen Maßnahmen des Regimes zu begreifen. Wenn z.B. einerseits Versammlungen wie der erste Nationale Kongreß der MDP zugelassen, andererseits Ausnahmezustand und Ausgangssperre vor dem nationalen Protesttag im März verhängt und 8 Menschen getötet werden. Wenn der Vorsitzende der MDP, Manuel Aymeyda, verhaftet wird, aber einen Monat später unter Auflagen wieder auf freien Fuß kommt. Wenn der Generalsekretär der MDP, Juanza, verhaftet und nach Brasilien abgeschoben wird und gleichzeitig der Priester Maroto sich öffentlich als „Stimme des MIR“ zu Wort melden kann. Diese Beispiele gibt es in Fülle. Angestrebt wird, offensichtlich mit Unterstützung der USA, eine institutionalisierte Diktatur mit einigen formaldemokratischen, aber vom Regime kontrollierbaren Gremien, bei gleichzeitiger Legalisierung oder Festigung des Repressionsapparates. Eine „Lösung“, die nicht so weit geht wie der Prozeß in Argentinien und die beim erreichten Niveau des Widerstandes erfreulicherweise auch keine Lösung sein kann.

Institutionalisierung des Regimes und Repression

Die Repression wird im Augenblick wieder erheblich verstärkt. Die „tradi-

tionelle“ Verfolgung der Linken, wie die Forderung nach 15 Todesurteilen gegen gefangene Minister beweist dies. Der Terror gegen das Volk, das bisher bei allen nationalen Protesttagen und Großaktionen große Opfer bringen mußte. Und schließlich die Unterstürzung und Neuformierung faschistischer Banden, die nicht nur bekannte Exponenten der Linken, sondern auch Christdemokraten und Kirchenvertreter bedrohen, auf offener Straße verprügeln und Demonstrationen angreifen.

Parallel dazu werden „Institutionalisierungsmaßnahmen“ durchgeführt, die das Regime als Schritte zur Demokratie zu verkaufen versucht, die aber letztlich die Diktatur restaurieren und den Terror legalisieren sollen.

— So ist ein Antiterrorismogesetz in Vorbereitung, das die Verfolgung praktisch jeder oppositionellen Aktivität erlaubt. Nicht nur Personen die „bewaffnet, revolutionär, subversiv sind oder Gewalt propagieren“ werden mit Strafe bedroht, sondern auch Personen, „die in Verbindung stehen oder



Nach zum legalen Mord, für das Recht auf Leben. Kampf gegen Todesstrafe und Staatsterrorismus

denen eine Verbindung zugeschrieben wird zu solchen Banden oder Gruppen.“ Mit der Durchführung dieses Gesetzes soll nicht nur die Polizei, sondern ebenfalls das Militär und der Geheimdienst CNI bestraft werden (Resistencia, März 84). Damit wird die Wölke der Minder und des CNI „rechtlich abgesichert“ und auf Dauer installiert.

— Es wird ein Antiprotestgesetz geplant, mit dem Versammlungen, Veranstaltungen und Protestaktionen verboten werden können.

— Im April wurde eine Verfügung ausgegeben, die die Anmeldung von politischen, gewerkschaftlichen und anderen Versammlungen verlangt. So mußte der lange geplante Gewerkschaftskongreß verschoben werden, fand aber vor kurzem unter großer Beteiligung aus dem ganzen Land statt.

— Im März wurden die Militärgerichtshöfe für legal und zur ständigen Einrichtung erklärt. Damit sind die Kriegsverbrechen vor festen Bestandteilen der „normalen“ Gerichtsbarkeit geworden und können nach Bedarf eingesetzt werden.

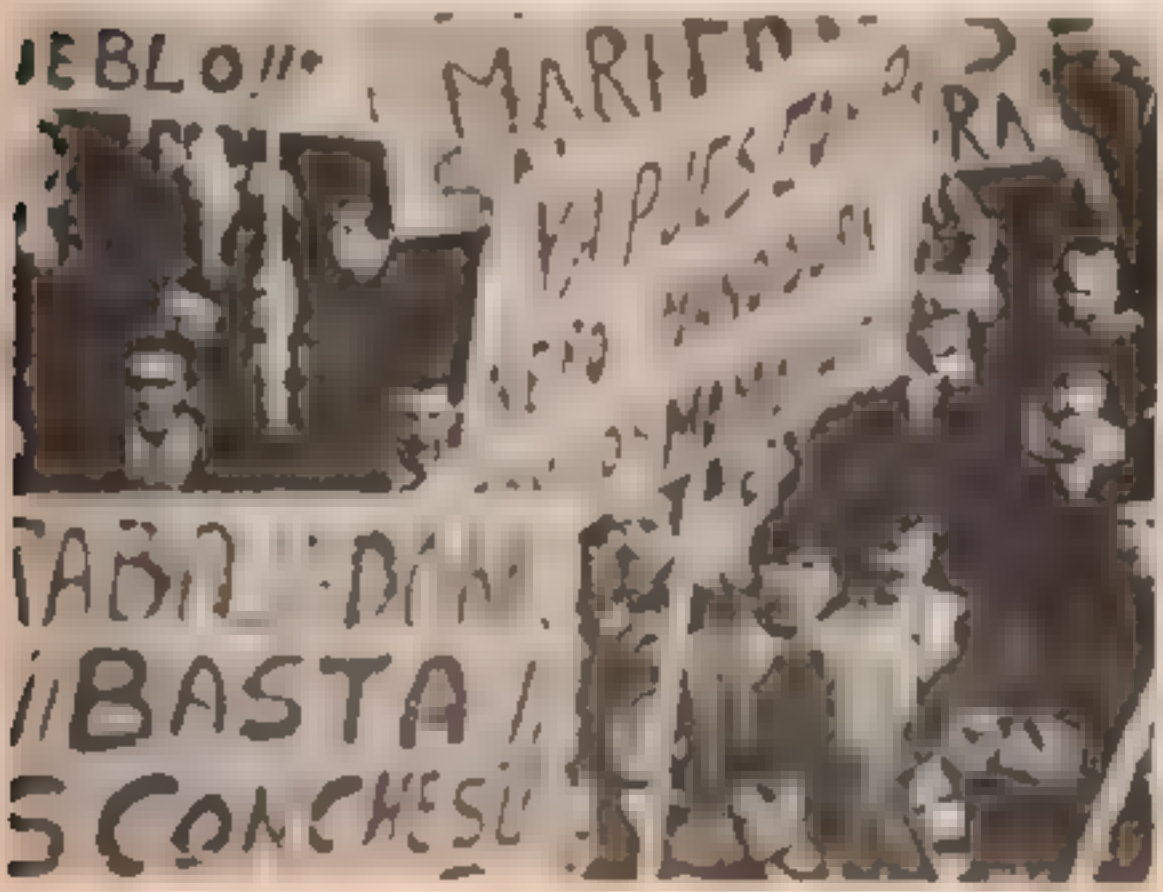
— Pinochet hat ein Plebiszit angekündigt, dessen Inhalt aber noch nicht deutlich im Bekanntheit hatte sich die Diktatur 1980 per Plebiszit eine Verfassung bestätigen lassen, die Pinochets Herrschaft bis zum Jahre 1989 sichern soll. Bis dahin sollen vom Staatrat — d.h. von der Diktatur kontrolliert — Wahl- und Parteigesetze verabschiedet werden. Wie auch immer der Vorschlag für ein neues Plebiszit aussieht wird (sofern es überhaupt dazu kommt), es dürfte für das Regime heute erheblich schwieriger, wenn nicht unmöglich sein, die Zustimmung einer Mehrheit zu erreichen, die ab 1980 mit Druck und Repression noch durchgezogen konnte.

Möglicherweise wichtig ist in diesem Zusammenhang auch der Besuch der ehemaligen Justizministerin Monica Madariaga in Spanien. Sie soll dort mit alten Franco-Freunden über deren Erfahrungen beim Übergang zur Demokratie konfrieren haben.

Auch wirtschaftspolitisch versucht die Diktatur etwas mehr Flexibilität zu demonstrieren. Zum ersten Mal wurde bei der letzten Kabinettsbildung ein Wirtschaftsminister eingesetzt, der kein Chicago-Boy ist.

Trotz all ihrer Probleme und trotz einiger Oerüchte über zunehmende Widersprüche innerhalb des Militärs ist die Diktatur aber noch nicht erledigt. Die beliebte Parole der Protesttage „... und er wird wahren“ muß noch eingelöst werden.

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

Einige offene Fragen aus unserer Sicht

Die Vorbereitung und Radikalisierung der Massenbewegung in Chile war tatsächlich rasant. Noch vor einem Jahr lag die politische Initiative eindeutig bei der Christdemokratie und der bürgerlichen Opposition. Mit der MDP existiert jetzt eine Kraft, an der die bürgerliche Opposition zumindest nicht mehr vorbeikann. Die traditionellen Parteien der Linken — von einigen Strömungen der Solidaritätsbewegung längst totgesagt — sind wieder da. Das heißt, sie sind in der Lage, programmatische Vorschläge zu machen, die Massenorganisationen zu koordinieren und eine Alternative zur bürgerlichen Opposition zu erarbeiten. Denn „da“ waren sie immer. Man sollte bei der Freude über die Wiederkehr der MDP nicht vergessen, daß die Mitglieder der traditionellen Parteien daran über Jahre, auch während der härtesten Repression und unter großen Opfern im Inneren gearbeitet haben. Insofern ist die MDP auch das Ergebnis eines langen und schwierigen Widerstandskampfes ihrer beteiligten Organisationen.

Die MDP arbeitet auf eine provisorische Regierung hin als Ausgangspunkt für den Kampf um den Sozialismus. Sie geht dabei davon aus, daß die bürgerlichen Kräfte — geschwächt durch den ökonomischen Ruin des Landes und ohne eigene Alternative für einen wirtschaftlichen Neuanfang — gezwungen sein werden, eine Lösung mit den Massen und nicht gegen die Massen zu unterstützen. Daß also die Bedingungen für eine tiefgehende Machtveränderung — im Unterschied zu einem bürgerlichen Regierungswechsel — günstig sind. Diese optimistische Einschätzung beruht sicher u.a. auf dem enormen Aufschwung des Widerstandes

des und der mehrheitlichen Entschlossenheit des Volkes, die Diktatur zu beenden.

Die Frage nach den gesellschaftlichen Veränderungen nach einem Sturz Pinochets ist offen: wie weit kann es tatsächlich gelingen, den zu erwartenden Maßnahmen und Manövern des Imperialismus und der rechten Bourgeoisie zu begegnen? Der Charakter einer eventuellen Übergangsregierung ist nicht entschieden. Wird eine solche Übergangsregierung in der Lage sein, die Abschaffung der bürgerlichen Herrschaft einzuleiten? Die Orientierung der MDP auf die weitere Vertiefung und Radikalisierung der Massenbewegung ist jedenfalls als der entscheidende Fortschritt der chilenischen Linken zu sehen. Dabei muß allerdings die Frage nach der Stabilität dieses neuen Konsens' der Linken erlaucht sein. Wie weitgehend sind die strategischen und programmatischen Übereinstimmungen? Eine gewisse Skepsis gegenüber der KP ist nicht von der Hand zu weisen.

Dieselbe Partei, die während der UP-Regierung den friedlichen Übergang zum Sozialismus weltweit zum Modell machen wollte, die mit der Regierung schon den wesentlichen Teil des Staatsapparates in der Hand zu haben glaubte, die den demokratischen Charakter der Streitkräfte beschwor, dieselbe PC setzt sich jetzt für die Volksrebellion, Selbstverteidigung und bewaffneten Widerstand ein. Die Partei, die jahrelang die Christdemokratie als Bündnispartner favorisierte und sich von den „kleinbürgerlichen Linksektoren“ (wie z.B. dem MIR) distanzierte, baut nun gemeinsam mit dem MIR die Alternative zur bürgerlichen und christdemokratischen Opposition auf. Es wäre zu einfach, dies nur als einen taktischen Schwenk zu beurteilen, als bloße Reaktion auf die Wagerung der Christdemokratie, ein Bündnis mit der PC einzugehen. Tatsächlich haben sich eine

Reihe von Hoffnungen geändert in Chile, aber auch in Lateinamerika insgesamt (Nicaragua, El Salvador, die Massenbewegungen in Peru, Bolivien, Uruguay etc.). Und auch die internationale Lage (das Verhältnis der „Supermächte“) ist nicht mehr dasselbe wie 1970.

Es fehlt aber unseres Wissens bisher eine grundlegende Auseinandersetzung der KP mit ihrer Politik des friedlichen Übergangs, eine ideologische Auseinandersetzung mit den Fehlern der Unidad Popular (die inzwischen durchaus eingeräumt werden) und eine politische ideologische Erklärung für ihre aktuelle Politik. Solange dies nicht weitgehend problematisiert wird, bleiben einige Zweifel am Bestand der aktuellen KP Politik.

Trotzdem sind mit der MDP-Gründung und der Verallgemeinerung des radikalen Widerstandes Bedingungen geschaffen, die nicht von heute auf morgen wieder beseitigt werden können.

Eine weitere Frage ist die nach der sozialdemokratischen oder reformistischen Alternative, die sich in der „Convergencia Socialista“ oder im Sozialistischen Block eine Perspektive schaffen wollte. Unter anderem durch die MDP-Gründung scheint der Spielraum dieser Kräfte eingeengt worden zu sein. Die Diskussionen, die gerade auch innerhalb dieser Parteien laufen und sich in den zahlreichen Abschlüssen ausdrücken, sind noch nicht abgeschlossen, die weitere Ausrichtung dieses Spektrums ist noch nicht endgültig festgelegt.

Für uns läuft die Betrachtung der Situation in Chile auf die wesentliche Aufgabe hinaus: Vollste Solidarität und größtmögliche Unterstützung für die kommenden Protesttage, den nationalen Streik und die revolutionäre Linke.

Lateinamerika-Kommission

Interview mit Juan Parra (MIR)

„Eine Verhandlungslösung ist unmöglich“

Interview mit Juan Parra (MIR)

„Eine Verhandlungslösung ist unmöglich“

Juan Parra war als Vertreter des MIR Mitglied der offiziellen MDP-Delegation, die im März und April eine Europa-Reise durchführte. Er ist 2. Vorsitzender der CODEPU in Chile (Komitee zur Verteidigung der Rechte des Volkes) und Mitglied im Nationalrat der MDP.

ARBEITERKAMPF: Zuerst eine Frage an Dich als Vertreter des MIR. Die KP Chiles hat jahrelang ihre Bündnispolitik auf die Christdemokratie ausgerichtet und die Abgrenzung vom MIR gesucht. Mit der Gründung der MDP hat sich jetzt die Zusammenarbeit der Linken entwickelt, die der MIR schon lange angestrebt hat. Was sind die Grundlagen für dieses Bündnis und wie stabil ist es?

Juan Parra: Die Zusammenarbeit hängt ganz entscheidend von der Entwicklung der Massenkämpfe ab. Wenn der Volkskampf stärker wird, wird auch die Einheit der Linken stärker werden. Wenn die linke Alternative nicht den Rückhalt des Volkes bekommt, wird die Einheit der Linken geschwächt und die bürgerliche Alternative wird wachsen. Das ist unzweifelhaft.

Aber die MDP ist nicht nur das Ergebnis einer Übereinstimmung auf Führungsebene. Sie ist das Produkt der Massenforderungen. In Chile haben seit längerer Zeit die sozialen Organisationen, die Gewerkschaften, die Berufsverbände etc. eine politische Eingangs der Linken gefordert. Ein Aspekt des Bündnisses ist das Verhalten der Massen, die sich mit jedem Tag rebellischer, offensiver und kompromissloser zeigen. Das heißt die Stabilität des Bündnisses hängt von der Entwicklung der Massenkämpfe ab. Wir sind aber überzeugt, daß auf der anderen Seite die Parteien eine große Verantwortung tragen, und unsere Partei im Besonderen, die Volkskämpfe zu unterstützen und zu vertiefen. Dieses Jahr gehen wir voran zum Nationalstreik, zur Verbindung der verschiedenen Kampfströmungen. Das ist eine strategische Entscheidung, die Unterstützung für den Fortschritt der Massenbewegung, und dies wird zugleich das Bündnis stärken. Das ist ein dialektischer Prozeß.

Ihr habt berichtet, daß sich die MDP als strategisches Bündnis für den Sozialismus versteht. Wie beurteilt Du die Chancen, bei einem Sturz der Diktatur über eine „argentinische Lösung“ hinauszukommen und eine Ablösung der bürgerlichen Herrschaft einzuleiten?

Wir erleben in Chile eine tiefe Krise, die Struktur des Staates befindet sich in

der Krise. Der Prozeß ist nicht mit Argentinien oder anderen Diktaturen vergleichbar. Zur Frage steht die Macht, um einen neuen Typ, ein neues Modell von Staat zu schaffen. Das ist die Meinung der MDP. Deswegen versteht sich die MDP nicht nur als Widerstandskraft, nein viel mehr, als Macht-Alternative. Unser Programm fordert einen demokratischen Volksstaat, der den Transformationsprozeß, der 1973 unterbrochen wurde, fortsetzt. Wir brauchen ein neues Militär, eine neue Justiz, einen ganz neuen Staat — nicht nur eine neue Regierung, wir brauchen die Volksmacht.

Deswegen ist die MDP ein strategisches Bündnis, ein Bündnis für die Übernahme der Macht. Wie in Nicaragua zum Beispiel. In Nicaragua hat das Volk die Macht übernommen, dort beginnt der Weg zum Sozialismus, das wollen wir aber wir kommen nicht an der Diktatur vorbei, sie spielt noch eine entscheidende Rolle, sie hat dem Volk den Krieg erklärt. Aber wir auch, wir müssen Kräfte sammeln, die Organisation fortzusetzen, um zu gewinnen. Wenn die Diktatur mit den bürgerlichen Sektoren verhandeln würde, von oben einen Wechsel anbieten würde, wären viele Sektoren begeistert und viele würden sich darauf einlassen. Aber das wird die Diktatur nicht machen. Das ist eben das Besondere an der chilenischen Situation im lateinamerikanischen Kontext.

Ein bürgerlicher Wechsel steht nicht auf der Tagesordnung. Die Frage ist: Volk oder Diktatur, Kapitalismus oder Sozialismus. Der Kampf geht um die Konzeption des Staates, der Macht. Unsere Aufgabe ist, diesen Prozeß zu vertiefen und zuzuspitzen. Deswegen rufen wir auf zum Bündnis der gesamten Opposition, nicht um wieder eine bürgerliche Vorherrschaft zu erhalten. Der Charakter einer provisorischen Regierung ist durch ihre Aufgaben definiert, nämlich gegen die Monopolbourgeoisie und den Imperialismus für ein Agrarreform, die Rechte der Arbeiter und Mapuche, der Frauen, Jugendlichen, Pobladores usw.

Wir wollen die nationale Einheit um der 1973 unterbrochenen Prozeß fortzusetzen. Das ist heute möglich. Die Volksperspektive hat Aussicht auf Erfolg. Die Bourgeoisie kann nicht gegen die Massen regieren. Es ist ein Unterschied, ob die Bourgeoisie eine eigene Konzeption hat, oder ob sie mit uns zusammengehen muß. Es ist eine provisorische Regierung, die zunächst angestrebt wird, und die Massen haben inzwischen starke Organisationen, und sie haben Erfahrungen aus dem Widerstand und der Illegalität.

Und die Bourgeoisie hat die Erfahrung, daß das imperialistische Modell, der Monetarismus, für sie nichts gebracht hat.

Klar, die Rechte ist ohne Programm. Die Rechte kann vor dem Volk definitiv nicht mehr als Alternative auftreten, weil ihre Geschichte mit der Diktatur verbunden ist. Der Putsch war die letzte Karte des Imperialismus. Der Imperialismus will heute einen Wechsel in Richtung Mitte-Rechts. In Argentinien war das durchsetzbar, aber in Chile ist das was anderes.

In der Solidaritätsbewegung und auch unter den Exilchilenen gibt es die Position, die einen Widerspruch sieht zwischen den traditionellen Parteien der Linken einerseits mit ihrem Organisationsprinzip.

Ihrem „Avantgardismus“, nämlich stellvertretend für die Massen zu agieren, ihrem hierarchischen Apparat usw. und den neu entstandenen Massenorganisationen andererseits. Die Position besagt, daß die traditionellen Parteien keinen Einfluß mehr haben, und daß die neue Massenbewegung die entscheidende Kraft zum Sturz der Diktatur ist.

Wer das vertritt, weiß überhaupt nicht, was in Chile passiert.

Die Mitglieder der Parteien haben immer in der sozialen Bewegung mitgearbeitet, in den Widerstandsgruppen, in den Komitees für die politischen Gefangenen, bei den Besetzungen in Santiago (Anm. illegale Landbesetzungen am Rande Santiago, um sich dort einfache Häuser zu bauen und einen Lebensraum zu schaffen), bei den Arbeitslosen, den Jugendlichen, den Frauen usw. Im September 82, mit der Wiederbelebung der Massenbewegung, entsetzten sich die nationalen Hungermärsche in Santiago. Vaparaíso, Concepción, Temuco die von uns und der PC koordiniert wurden. Die Massen wurden wieder auf der Straße aktiv, trotz Ausgrenzungen und trotz harter Angriffe und großer Opfer, insbesondere bei den Linken. Dies sind die Vorbedingungen für die nationalen Protesttage. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß die Offensive erst im Mai 1983 begann. Sie ist das Ergebnis einer Sammlung der Kräfte von einem Volk, das seit zehn Jahren Widerstand leistet, und wir wissen, was es gekostet hat. Das Niveau, das heute erreicht ist, ist nicht spontan entstanden. So ein Prozeß hat immer Vorbedingungen, erfordert Erfahrungen usw.

Außerdem suchen sich die Massen immer ihren politischen Bezugspunkt. Der Kampf geht nicht nur um die Le-



Flugblatt zum 1. Protesttag: „Alle zusammen! Die vereinten Kochtöpfe können nie überhört werden! Zur vereinbarten Zeit, aus Leibeskräften!“

„A PONERLE PISO!“

Flugblatt zum 2. Protesttag: „Alle zusammen! Die vereinten Kochtöpfe können nie überhört werden! Zur vereinbarten Zeit, aus Leibeskräften!“

benssituation, um Essen, Wohnung etc. Es geht immer auch um politische Forderungen. Die sozialen Organisationen politisieren sich gegen die bürgerliche Herrschaft, in diesem Sinne ordnen sie sich in eine politische Führung ein. Sie werden nicht unbedingt Mitglieder der Parteien, aber die Massen stellen ihre Forderungen durch die Parteien, sie machen ein Programm. Die MDP war eine Forderung der Massen.

Die erwähnte Position wird unter anderem so begründet, daß die traditionellen Parteien, vor allem die PC, sich im wesentlichen immer auf das Proletariat bezogen haben. Aus dem Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen und Marginalisierten und der quantitativen Verringerung des (klassischen) Proletariats ergebe sich der Einflußverlust der Parteien.

Aber das ist eine mechanistische Sichtweise. Die Arbeiterklasse, das sind die Armen in der Stadt und auf dem Land, das ist kein semantisches Problem, sondern ein Problem der Klassenkonzeption. Es geht doch nicht nur um den Industriearbeiter in seiner kleinen Fabrik. Die Ausgebeuteten, die Benachteiligten, die Randgruppen, die sind unseren Augen das Proletariat mit denen kämpfen wir doch. Das ist eine ganz praktische Frage. Wenn in Europa eine große Krise alle zu Arbeitslosen macht, hören die dann plötzlich auf, Angehörige einer Klasse zu sein? (Genos Parra nimmt dann eine Aufzählung der wichtigsten Basisorganisationen vor, die von der Linken organisiert wurden).

Es gibt die Information, daß aktuell mehrere gefangene Mitglieder des MIR von der Todesstrafe bedroht werden. Wird die Repression in Chile zur Zeit wieder verschärft? Wie wird sich das auf die Aktionen der Opposition auswirken?

Eine Diktatur führt die Repression auf drei Ebenen durch: Erstens: Die terroristischen rechten Gruppen, die in dieser Massivität und ihrem systematischen Vorgehen ein neues Phänomen und zum Beispiel haben sie einen Mapuche-Führer in Temuco ermordet, das Haus eines recht bekannten Führers der Pobladores aus Vina del Mar in die Luft gesprengt, wobei es getötet wurde, sie hatten Lavanderos fast umgebracht (prominenter, eher linker Christdemokrat, der auf offener Straße

verprügelt wurde, Anm. AK), sie verübten ein Bombenattentat auf Mario Insuza. Fortschrittliche Kirchenkreise werden verfolgt und bedroht.

Die Diktatur hat öffentlich zur Verteidigung der Regierung aufgerufen. Die Gruppen sind ein Werkzeug der Diktatur. Die Entwicklung zielt in Richtung auf die Todesschwadronen, die uns aus Mittelamerika bekannt sind.

Zweitens die systematische, organisierte Repression, die wir immer kennen, gegen die politischen Führungen der Linken. 30 MDP-Politiker sind im Gefängnis, die oppositionelle Zeitung „Analista“ ist verboten, ihr Herausgeber verhaftet. Mario Insuza, Generalsekretär der MDP, wurde verhaftet und nach Brasilien ausgewiesen. Die Kriegsverbrechen wurden wieder eingeleitet, 12 Todesstrafen sind beantragt, und die dritte Ebene, das ist der Einsatz von repressiven, terroristischen Mitteln gegen die Massen, Tränengas z.B. oder Geschosse, die schon viele Tote gefordert haben und Hunderte mit bleibenden Verletzungen.

Allein in Concepción gibt es 300 Personen, die lebenslange Verurteilungen davontragen. Dann gibt es in massiver Form den Einsatz chemischer Mittel. Das ist eine Phase der Counterinsurgency.

Aber die Diktatur bezahlt jedesmal höhere politische Kosten, denn sie bewirkt damit die Radikalisierung der Massen und die Perfektionierung der Selbstverteidigung. Es gibt heute bereits in Chile Hungerstreiks und andere Aktionen gegen die Kriegsverbrechen. Es ist möglich, daß sie die vom Todesurteil bedrohten Genossen ermorden, aber die Kosten sind nicht kalkulierbar für die Diktatur. Das ist nicht nur ein Problem des MIR, oder der Gefangenen, es ist ein Problem des ganzen Volkes. Demokratischer Kampf ist heute Kampf gegen die Repression und verstärkte Repression bedeutet heute mehr Organisation, mehr Mobilisierung des Volkes. Die Diktatur kann den Prozeß nicht verhindern, sie kann große Schwierigkeiten machen, die Opfer erhöhen, den Prozeß verzögern, aber sie radikalisiert auch die Massen und schafft größere Entschlossenheit. So ist der Dialog mit den bürgerlichen Kräften heute möglich, obwohl es unter ihnen schwankende Sektoren gibt, weil die Verbrechen der Diktatur so offensichtlich sind (wörtlich: weil das Niveau der Kriminalität der Diktatur so hoch ist). Deswegen ist auch eine „Lösung“ gemeinsam mit der Diktatur, eine Verhandlungslösung, unmöglich.

Freiwillige Erntehelfer auf der Fahrt zum Feld

Wir hatten den Vorteil, daß wir mit der Nase auf den Alltag der Revolution gestoßen wurden. Wir waren — wie oben beschrieben — kritische, z.T. recht bössartige Beobachter dieses Alltags. Aber wir mußten auch in ihm leben, ihn selbst bewältigen; und mit der Zeit wurden unsere abfälligen Bemerkungen über die machos zumindest etwas leiser, denn je stärker für uns selbst der weltpolitisch bedeutende Brigadeneinsatz zum Arbeitsalltag wurde, desto deutlicher traten unsere eigenen vulgären Probleme hervor, mit ihm fertig zu werden. Das hat zwar nicht unbedingt unseren Charakter im Sinne von compañero Sanchet „gebildet“, aber uns eine ungefähre Vorstellung davon gegeben, unter welchen Bedingungen die Nicas ihre Revolution machen müssen. Diese gewonnene realistische Sicht der Dinge kann uns vielleicht davor bewahren, der sandinistischen Revolution den Rücken zu kehren, wenn einmal nicht mehr so ermutigende Nachrichten aus Managua zu uns dringen sollten.

St., Gd.

Nach Brüssel:

Neuordnung der EG in der Krise

Nach dem Scheitern der Tagung des Europäischen Rats der zehn Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten vergingen nur wenige Tage, an denen sich nicht nannte Politiker zur Krise der EG äußerten. Trotz mancher Kompromisse in agrarpolitischen Fragen und über das Weiterführen der Verhandlung mit Portugal und Spanien über die EG-Süderweiterung bleibt der bisher ergebnislose Streit um die zukünftige Finanzierung der EG-Haushalts. Bereits im Herbst dieses Jahres droht ein Defizit von 5,6 bis 6 Mrd. DM (vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 11.4.84).

Einem ersten Überblick über Auseinandersetzungen und Einigungen innerhalb der EG soll der folgende Artikel herstellen.

Stuttgart — Athen — Brüssel

Mehrmal war in den Tagen nach Brüssel seitens der Bundesregierung zu hören, ein Aufschreiben der „Stuttgarter Punkte“ werde sie nicht zuweisen. Dahinter verbergen sich die Ergebnisse des Europäischen Rats von Stuttgart (17.-19.6.83), auf dem festgelegt wurde, über die brennendsten Probleme der EG erst nach Klärung aller wesentlichen strittigen Punkte zu beschließen, um auf diese Weise zu versuchen, die Ein- und Belastung für die einzelnen Mitgliedstaaten in einem Schah zu erleichtern. Das „Stuttgarter Paket“ bildeten im Kern folgende Vorhaben:

Verhandlungen über die gemeinsame Agrarpolitik, die zu konkreten Maßnahmen führen sollten, „mit denen eine wirksame Kontrolle der Agrarausgaben sichergestellt wird“, worunter zunächst die Eindämmung der Ausgaben für Agrarüberschüsse — ein Höhepunkt in Verhandlungen rund um den Irdnah und seiner Hochkappe bei den EG-Unterklassen — verstanden wird, — Gespräche mit dem Ziel, die Zusammenarbeit auf den Gebieten von Forschung und Entwicklung neuer Technologien (u.a. Mikrophase Biotechnik) zu verstärken, — Wahren der Haushaltsdisziplin, in deren Mittelpunkt der Versuch stehen wird, die Ausgaben für Agrarpolitik weniger stark als die Einnahmen anzuheben zu lassen, — die Geldmittel der EG unter Berücksichtigung des aus dem Beitritt Spaniens und Portugals ergebenden Mehraufwands sicherzustellen, der sich aus den Aufwendungen für Anpassungsmaßnahmen der Wirtschaft und

die Geldmittel der EG unter Berücksichtigung des aus dem Beitritt Spaniens und Portugals ergebenden Mehraufwands sicherzustellen, der sich aus den Aufwendungen für Anpassungsmaßnahmen der Wirtschaft und

die insbesondere von England geforderte Neuordnung der Landesverteilung vorzunehmen, und die Betragsverhandlungen mit Portugal und Spanien zeitgleich mit Ergebnissen in den anderen Bereichen mit Erfolg zu beenden (vgl. „Europäische Archiv“ 13/83, D 414 ff.).

Ergebnisse über das Verhandlungspaket sollten diesem Plan zufolge dem Europäischen Rat in Athen (14.6.12.83) vorgelegt werden, der darüber beschließen sollte. Doch bereits vor dem Gipfel zeichnete sich ab, daß die Fachminister bis dahin so wenig an Annäherung zustandekommen hatten, daß mehr als „konkrete Leitlinien“ nicht zu erwarten waren. Die unterschiedlichen Interessen Frankreichs, dessen Bauern als größte landwirtschaftliche Produzenten der EG am stärksten von Zahlungen aus dem Agrarfonds profitieren, Englands, das trotz schwacher wirtschaftlicher Pro-Kopf-Leistung mehr in den EG-Haushalt einzahlt als es daraus erhält (die sogenannte „Nettozahler-Rolle“: Nettobeträge = Zahlungen an die EG übergelassen von der EG), und der BRD, mit 4,9 Mrd. DM (1982) zwar größter Nettobezugler in der EG-Haushalt, aber trotzdem größter Profitör bei einem Handelsbilanzüberschuß von 24,7 Mrd. DM gegenüber den EG-Staaten (EG-Magazin 9/83), prägen unverkennbar die Verhandlungen. England will nicht länger die französischen Agrarüberschüsse finanzieren, an denen die französischen Landwirte natürlich teilhaben, und die westdeutschen Kapitalisten wollen nicht noch stärker als bisher in die EG-Kasse einzahlen (vgl. Maedel, Die Krise der EG, in: prekurs 160; IPW Berichte 2/84). Die

Athener Ratstagung mußte ohne jegliches Ergebnis beendet werden.

Die hektische Betriebsamkeit, die danach unter den Politikern der EG-Staaten ausbrach, sollte einen Brüsseler Gipfel vorbereiten, an dessen Ende preisbare Ergebnisse stehen sollten. Neben dem materiellen Interesse der europäischen Imperialisten, nicht wegen einiger Millionen bei einer geschätzten Wirtschaftslösung von 5838 Mrd. DM (1983) („FR“, 23.1.84), die Vorteile des gemeinsamen Marktes zu gefährden, saß den Politikern die Europa-Wahl am 17.6. im Nacken, die durch das Krisenbild sicher nicht reizvoller für die Wähler/innen wird. Dennoch gingen die neun Männer und „die ewige Lady“ Thatcher — in der Rolle der Buhfrau am 21.3. im Streit auseinander, weil über die Höhe der Beitragsrückstellungen an England und die Art der Finanzreform keine Einigung erzielt werden konnte.

Vor dem Knall, kam es (allerdings) beim Treffen in Brüssel in mehreren Bereichen zu „Bereinstimmung“. Es handelt sich dabei, ohne daß in diesem Artikel detaillierter darauf eingegangen werden soll, um folgende Punkte:

— „Anteil der Brüsseler EG-Kasse an der Mehrwertsteuer der Mitgliedstaaten soll vom 1. Januar 1986 an auf einen Höchstsatz von 1,4 % heraufgesetzt werden“, der Anteil wird ab 1.1.88 dann auf 1,6 % erhöht, — die „Haushalts- und Finanzdisziplin“ soll dadurch gewährleistet werden, „daß sich der Anstieg der Agrarausgaben unter dem Steigerungssatz der Einnahmen halten soll“, was in der Vergangenheit stets umgekehrt war. Außerdem soll zukünftig aufgrund einer Vorausschätzung der verfügbaren Einnahmen „die maximale Höhe der Ausgaben festgelegt werden“.

— die Strukturfonds (ERF = Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, LEF = Europäischer Sozialfonds) sollen zu wirksamen Instrumenten der Gemeinschaftspolitik werden, um das Wachstum im Neugebiet befördern, die Entwicklung der Agrarstruktur zu fördern und „einen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ zu leisten. Zu diesem Zweck sollen die Finanzmittel der Fonds aufgestockt werden;

im Bereich „Neue Politiken“ stehen die Vereinheitlichung der Wirtschaftspolitik (hin zur „Sparpolitik“ nach westdeutschem oder britischem Muster) und die Steigerung der Investitionstätigkeit und Zusammenarbeit in den Sektoren neuer Technologien (bspw. Telekommunikation, Biotechnologie) im Vordergrund.

Formelle Entscheidungen wurden jedoch zu keinem einzigen Punkt gefaßt, weil eine Zustimmung nach wie vor von der Verabschiedung des gesamten „Stuttgarter Pakets“ abhängig gemacht wird. Andererseits werden in Betreff des „Agrarpolitik“ und „Süderweiterung“, in denen es insbesondere im Interesse des westdeutschen Imperialismus liegt, Verhandlungen durchaus bis zur Entscheidungsreife geführt (vgl. „FAZ“, 23.3.84; „Beilage zu den Publikationen von BWA, IAT, R, KPD, NHT“, 20.4.84).

Strukturen des EG-Haushalts

Hintergrund der Brüsseler Auseinandersetzungen bildet die Struktur des EG-Haushalts, die deshalb ein wenig erläutert werden soll.

Der Haushalt der EG wird fast vollständig aus den sogenannten „Eigenmitteln“ der Gemeinschaft finanziert. Dies und Zölle Abschöpfungen (sprich Zölle) aus den Agrarprodukten und höchstens 1 % der einheitlichen Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuerabführungen (Einkommensteuern) bilden die wesentlichen Einnahmequellen. Die EG-Staaten zahlen in den EG-Haushalt zwischen 10 % (Luxemburg) und 22 % (Dänemark) ein.

Die EG-Staaten nehmen diese Gelder zwar auf nationaler Ebene ein, doch handelt es sich um Gemeinshaftsgelder, die an die EG überwiesen werden müssen (vgl. Bernhard May, Kosten und Nutzen der deutschen EG-Mitgliedschaft 1982/83 (1983), England, das in großem Maße billige Nahrungsmittel „aus Nicht-EG-Ländern wie Neuseeland, Australien und Südafrika“ importiert („Spiegel“, 26.3.84), die mit hohen Abschöpfungsquoten belegt werden, zählte 1982 einen Brutto-Anteil von 21,4 % oder 1,322 Mrd. DM in den EG-Haushalt,

Tabelle 1
Finanzleistungen
(Zölle, Abschöpfungen, MwSt. Anteil)
der EG-Staaten 1982

	Zahlungen in den EG- Haushalt in Mio. DM	Anteil an den Gesamteinnahmen in %
BRD	14.740,8	26,0
Großbritannien	13.224,6	23,4
Frankreich	11.570,4	20,4
Italien	7.192,5	13,1
Niederlande	4.033,3	7,1
Belgien	2.917,6	5,2
Dänemark	1.089,5	1,9
Griechenland	1.021,2	1,8
Irland	512,2	0,9
Luxemburg	68,2	0,1

Quelle: Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Europa, 1983

Im Zeitraum von 1979 bis 1981 stiegen die Ausgaben für Landwirtschaft und Fischerei weniger stark als die gesamten Haushaltsmittel der EG. Deshalb verringerte sich der Anteil der Gelder, die über den EAGFL (Europäischer Agrarstruktur- und Garantiefonds für die Landwirtschaft) ausgegeben wurden, der gleichwohl den größten Teil (ca. 65 %) der EG-Ausgaben bestreitet (vgl. Tabelle 2). Der EAGFL ist der Bereich im EG-Haushalt, über den die EG-Agrarpolitik abgewickelt wird, da ist zu einem System der garantierten Preisstützung, wonach fast alle landwirtschaftlichen Produkte in unbegrenzter Menge, aber zu einem begrenzten Preis (Stütz- oder Garantiepreis) von den EG-Abnahmesiedeln aufgekauft werden (Abweisung Garantie), zum anderen werden über die Abteilung Ausrichtung die Stützungen unterhalb der Hofe, die Folgen für die Landwirte sollen „sozial abgefedert“ werden, und die Ausdehnung von Großgrundbesitz durch Erweiterungskredite gefördert.

Von der EG-Agrarpolitik profitieren die großen landwirtschaftlichen Betriebe (u.a.), die meisten Gelder aus dem EAGFL fließen in die Staaten, deren Landwirte am meisten produzieren. Dies waren 1981 Frankreich mit 106,4 Mio. Tonnen Getreideeinheiten (gesamte landwirtschaftliche Produktion in Getreideeinheiten umgerechnet) die BRD mit 69,8 Mio. t GE und Italien mit 61,8 Mio. t GE während in Großbritannien nur 46,3 Mio. t GE erzeugt wurden (vgl. „EG-Magazin“ 5/83). Dies schlägt sich selbstverständlich am Anteil an den Zahlungen aus dem EG-Haushalt nieder.

Struktur der Ausgaben des EG-Haushalts

Tabelle 2
Anteil der größten EG-Länder an den Zahlungen aus dem Fonds (in %) (1)

	BRD	Frankreich	Großbritannien	Italien
EAGFL(OG)*				
1979	72,6	22,3	21,6	8,9
1981	61,8	18,5	27,5	9,9
EAGFL(A)**				
1979	2,9	20,8	24,6	14,9
1981	3,2	21,1	27,0	19,5
EFRE***				
1979	3,6	9,0	20,3	32,3
1981	4,5	8,4	21,9	26,3
LEF****				
1979	4,1	10,1	15,7	17,9
1981	4,2	9,7	20,8	27,8
„	Europäischer Ausrichtung- und Garantiefonds für die Landwirtschaft			
„	EAGFL-AM Ausrichtung			
„	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung			
„	Europäischer Sozialfonds			
Quelle	Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, IIPW Bericht 10/81			

	Netto-Transfer* Wirtschaftsleistung pro Kopf der Bevölkerung 1983 (in Mrd. DM)	(in DM)	(Rang)**
BRD	-4,965	27.073	3
Frankreich	0,045	24.080	4
Großbritannien	-4,846	20.071	7
Italien	+3,846	15.950	8
Belgien***	+0,602	21.212	6
Niederlande	+0,724	23.194	5
Dänemark	+0,702	28.215	2
Griechenland	+1,630	9.090	10
Irland	+1,742	12.771	9
Luxemburg***	+0,609	29.729	1

* Spiegel 22/84 (entspricht Nettozahler: der Staat zahlt mehr in den EG-Haushalt als er daraus erhält, * entspricht Netto-Empfänger: diese Länder erhalten aus dem EG-Haushalt mehr als sie einzahlen)

** eigene Berechnungen nach „FR“, 23.1.84

*** Beide Staaten tragen die Verwaltungsausgaben der EG

Ein Vergleich von Netto-Zahlern und Netto-Empfängern zeigt ein Ungleichgewicht. Während 1982 (und in den Jahren davor) die BRD (4,96 Mrd. DM), England (4,84 Mrd. DM) und Frankreich (0,045 Mrd. DM) mehr in die EG-Kasse einzahlen als sie zurück-erhalten, verhielt es sich bei allen anderen Staaten umgekehrt. Die Forderung Englands nach Beitragsrückstellungen leitet sich wesentlich aus den Tatsachen ab, daß die britische Wirtschaftsleistung pro Kopf der Bevölkerung erheblich niedriger als die der meisten anderen EG-Staaten ist und die englische Bourgeoisie mehr Gelder statt in die Landwirtschaft in die Modernisierung der Industrie fließen sehen möchte. Länge (A h r e) Anhaltspunkte über das Verhältnis von Netto-Zahlungen bzw. Empfang aus dem EG-Haushalt und der Wirtschaftsleistung pro Kopf der Bevölkerung liefert folgende Tabelle:

War Maggie Thatcher „zu hablerig“?

Nach dem englischen EG-Beitritt 1973 waren zunächst diverse Übergangsregelungen gültig, die der britischen Wirtschaft die Eingliederung erleichtern sollten. 1979 liefen diese Regelungen aus, und England, das 17,5 % des Brutto-Anteils (Einzahlungen in den Haushalt v o r Verrechnung erhaltenen Gelder) am EG-Haushalt trug, hätte 1980 21 % zahlen müssen und wäre zugleich größter Netto-Zahler der EG geworden, weil englische Forderungen nach einer „fairen“ Lastenverteilung, die bereits vor dem Beitritt erhoben worden waren (vgl. R. Breitenstein, Wirtschaftliche Hauptprobleme eines Beitritts Großbritanniens zur EWG in historischer, ökonomischer und politischer Perspektive, 1973, S. 71), bis dahin nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Auf der Grundlage der oben dargestellten Fakten wurden daraufhin englische Forderungen nach Beitragsrückstellungen erhoben, die für 1980 81 in Höhe von fast 5,6 Mrd. DM, für 1982 im Wert von 1,9 Mrd. DM und für 1983 in Höhe von 1,68 Mrd. DM gewährt wurden (vgl. „Le Monde“, 22.3.84). Die Auszahlung des letzten Betrages ist nach dem Scheitern der Brüsseler Konferenz wesentlich auf Betreiben Frankreichs und Italiens gestoppt worden. — Die in jeweils komplizierten Einigungsverhandlungen festgelegten Ausgleichsbeträge für

Großbritannien wurden über den Regionalfonds (der EFRE soll das wirtschaftliche Gefälle innerhalb der EG ausgleichen) und den Sozialfonds (der ESP dient vor allem zur Durchführung „beschäftigungs-“ und sozialpolitischer Maßnahmen) abgewickelt. Hauptsächlich finanzierten zunächst die BRD (39 %), Frankreich (30 %) und Italien (14,5 %) die Beitragsrückstellungen für England (vgl. May; S. 61 f.). Ab 1982 war die BRD als größter Netto-Zahler nicht länger bereit, einen so hohen Anteil für die Zusatzzahlungen an die Briten zu übernehmen. Ihre Belastung wurde auf 18 % gesenkt, und entsprechend stieg diejenige der anderen Länder.

Die britische Regierung ging mit den Grundpositionen in die Brüsseler Verhandlungen, den zukünftigen Netto-Zahlungsbetrag auf rund 1,2 Mrd. DM zu begrenzen (was einer augenblicklichen Beitragsrückzahlung von ca. 3,36 Mrd. DM gleichkäme), die Finanzierungsanteile aller EG-Staaten nach dem „relativen Vermögen“ (1) zu berechnen und eine deutliche Umstrukturierung des EG-Haushalts vorzunehmen, das Ausgabenübergewicht im Agrarsektor zu kappen, um die Gelder in die Bereiche Forschung, Energie und Industrieförderung umlenken zu können und Europa zur „Heimat der Industrien von morgen“ zu gestalten (vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 10.3.84; „Neue Zürcher Zeitung“, 8. und 20.3.84). Dem stand die anfängliche Haltung der Rest-Neun gegenüber, den Briten 1,56 Mrd. Mark zurückzahlen. In den anderen Fragen herrschte im Wesentlichen Übereinstimmung. — Im Laufe der Verhandlungen fand eine Annäherung der Positionen statt, und soll man dem „Spiegel“ vom 26.3.84 glauben, schenken, hat Maggie Thatcher ein weitgehendes Angebot von Mitteln über Zahlung von 2,46 Mrd. DM nicht akzeptieren wollen. „Diese unverhältnismäßige Forderung habe ich in Saal schockiert“ und letztlich das Scheitern der Konferenz provoziert.

Eine Darstellung der „ER“ vom 27.3. erläutert den Vorschlag Mitterands, der ein Beitragssystem vorschlagen habe, bei dem England ausgehend von 2,24 Mrd. DM in 1984 jeweils ca. die Hälfte seines jährlichen Netto-Betrages hätte erhöhen werden sollen. Abgesehen von höheren britischen Forderungen war es die Sorge der westdeutschen Regierung, an den Beitragsrückzahlungen wieder mit 36 % beteiligt zu werden. Um dies zu verhindern, habe Kohl vorgeschlagen, über 5 Jahre jährlich 2,24 Mrd. DM an die Briten zu zahlen, wovon die BRD 24 Prozent hätte aufbringen wollen.

Krise, aber kein Zerfall

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 27.3.84: „Die BRD 24 Prozent hätte aufbringen wollen.“

Krise, aber kein Zerfall

Es kann davon ausgegangen werden, daß der letztlich umstrittene Betrag für 1984 rund 3,36 Mrd. DM betrug. Dies erinnert angesichts der Tatsachen, daß der EG-Haushalt nur 2,8 % der nationalen Haushalte ausmacht, und die Streitsumme ganze 0,62 % des EG-Haushalts beträgt, auf den ersten Blick fast auf einen Kleinräumigen.

Siehe nur sehr oberflächliche Betrachtung wäre jedoch zu oberflächlich. Die EG ist ein Verbund imperialistischer Staaten. Obwohl die Finanzkapitale aller EG-Länder längst in der ersten haben, die selbst die Grenzen des EG-Binnenmarktes überschreiten, müssen die Bourgeoisien doch Rücksicht auf das politische Kräfteverhältnis in „ihren“ Staaten nehmen. Das bedeutet, daß von dem Hintergrund beispielsweise massiver Protestaktionen französischer Bauern gegen die Beschlüsse oder der Anti-EG-Politik der Labour-Partei in England die 336 Mio. DM eben auch eine politische Summe sind, die der Macht für die „Mandatsfähigkeit“ (einer) unserer Regierung bei der Durchsetzung nationaler Interessen“ und Denn während die konkrete ökonomischen Vorteile des europäischen Marktes erkannt haben und daher sicher nicht zurückzuziehen, ist es bis heute nicht gelungen, den Europa-Gedanken als Ersatz für nationale Ideologie und ihre Funktion bei der politischen Bewältigung der Krise zu verankern. In jedem M-Berständnis vorzuziehen. Das ist gut so, denn ein starkes Westeuropa bedeutet bei den Herrschaftsverhältnissen in der EG nur eine gestärkte Bourgeoisie in ihrem Konkurrenzkampf mit den imperialistischen Zentren Japan und USA.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Diese Ausweitung der EG-Landwirtschaftspolitik kann kein imperialistischer Staat Westeuropas alleine erfolgreich bestehen. Deshalb ist weiter ein Austritt Großbritanniens aus der EG noch ein Hindernis für die EG. Die anderen neun EG-Staaten zu erwarten. Die ökonomischen und politischen Verflechtungen sind zu eng.

Der Anteil des britischen Außenhandels mit der EG beträgt über 40 % und die Engländer sind für alle EG-Staaten einer der 8 größten Handelspartner (vgl. „Informationen für die Außenwirtschaft“ 1/84). BRD-Außenminister Genscher hat den Versuch, England aus der EG zu drücken, als „töricht und unverantwortlich“ bezeichnet und insbesondere auf dessen „Schutzfunktion in Westeuropa“ hingewiesen („FAZ“, 24.3.84).

So sehr der Haushaltsrat die Zeichen für die Krise der EG ist, so sehr hat es im und um den Rahmen der Brüssel-Konferenz wichtige Schritte zur gemeinsamen Fortführung der EG-Politik gegeben. Mit einigen davon wollen wir uns im zweiten Teil dieses Artikels befassen.

Einkommensverschlechterung für die Landwirte

Einer Erläuterung der agrarpolitischen Beschlüsse der EG-Landwirtschafts-Minister wollen wir ein ausführliches Zitat aus der lehrreichen Broschüre „Der Europa-Politik des BRD-Kapitals: Kein Mandat für die Neuordnung Europas und die Neuauflösung der Welt“ vom BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten) voranstellen, weil darin ein ebenso knapper wie verständlicher Abriss der Geschichte und Zielsetzungen der EG-Agrarpolitik gegeben wird.

„Ebenso wenig wie heute die Sorge um den Erhalt des bäuerlichen Familienbetriebes die Agrarpolitik bestimmt, war es bei Gründung der damaligen EWG das „Wohl der Bauern“, was den westdeutschen Imperialismus angestachelt hat, gerade auf dem Gebiet der Agrarpolitik schnell einen „gemeinsamen Markt“ zu schaffen und Organe mit so weitreichenden Befugnissen einzurichten wie auf keinem anderen Feld der EG-Politik. 1968 begründete der damalige Leiter des BDI Referates Landwirtschaft und Industrie rückblickend diese Politik folgendermaßen: „Im Osten verloren wir unsere agrarischen Überschussgebiete, unsere Kornkammern. Das heutige Gebiet der Bundesrepublik war seit jeher ein Zuschußgebiet für Agrarprodukte. In diesem Zuschußgebiet wurden weitere 13 Mio. Menschen aus Ost- und Mitteleuropa hineingepreßt. Dadurch kam es ganz zwangsläufig zu einer Übernachfrage nach Nahrungsmitteln und damit auch zu hohen Agrarpreisen.“

Senkung der Agrarpreise war also die erklärte Absicht, um mit Hilfe relativ niedriger Lohnkosten den hohen Agrarpreisen...

Senkung der Agrarpreise war also die erklärte Absicht, um mit Hilfe relativ geringer Lebensmittelpreise den Druck auf die Löhne zu verstärken, was die Kapitalakkumulation beschleunigen und den Kampf um Weltmarktanteile unterstützen sollte.

Dieses Ziel allein hätte auch dadurch erreicht werden können, daß die durch Schutzzölle weitgehend abgeschotteten westdeutschen Agrarmärkte für den Weltmarkt geöffnet worden wären, zumal die Weltmarktpreise noch weit niedriger lagen als z.B. die französischen Agrarpreise, die ihrerseits wieder erheblich unter den westdeutschen lagen. Es ging jedoch nicht einfach nur um niedrige Agrarpreise, sondern sie sollten in neu erschlossenen und von der BRD kontrollierten „agrarischen Überschussgebieten“ erzielt werden. Bei einer schlichten Öffnung des damaligen EWG-Territoriums wäre mit gesunkenen Agrarpreisen die Vernichtung jeder nennenswerten Agrarproduktion einhergegangen.

Also wurden mit der Gründung der „Gemeinschaft“ die Märkte noch innen geöffnet, nach außen aber bleibend abgeschlossen. Und unter dem Stichwort Entwicklung der Selbstversorgung wurde eine große Aufholbewegung eingeleitet und in den Römischen Verträgen festgehalten, „die Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte zu steigern“ (§ 19 a). Massenhafter Bauernlegen war also geplant, um die Agrarproduktion erheblich zu steigern, die „Gemeinschaft“ vom Nettoimporteur zum Exporteur von Agrarprodukten zu entwickeln, um die Preise schnellstmöglich auf Weltmarktniveau zu drücken und um eine für die Kriegsfähigkeit unumgängliche „Ernährungssicherheit“ zu erreichen, die „Unabhängigkeit von äußeren Stärkungen“ („FAZ“, 16.7.83) gewährleistet. Mit Hilfe der geschaffe-

nen Organe und auf Grundlage der vorhandenen wirtschaftlichen und finanziellen Macht- und Erpressungsmittel war der BRD-Imperialismus von Anfang an in der Lage, die Entwicklung dieser neuen „Kornkammern“ zu kontrollieren.

Unter diesen Zielvorstellungen wurden dann ab 1967 als einschneidender Eingriff Marktordnungen für mittlerweile alle Marktprodukte in Kraft gesetzt. Sie beinhalten die Festlegung eines EG-einheitlichen Richtpreises und den Verkauf von Überschüssen durch staatliche Interventionsstellen, wobei ein Interventionspreis „garantiert“ wird. Dieser ist alles andere als ein Geschenk an die Bauern, denn er liegt gewöhnlich über 10 % unter dem Erzeugerpreis. Die Marktordnungen legen weiter fest, daß Importe aus Ländern außerhalb der „Gemeinschaft“ mit Abschöpfungen belegt werden. Der Importeur muß die Differenz zwischen Weltmarktpreis und dem von der EG festgelegten sogenannten Schwellenpreis (Richtpreis minus Transportkosten) an die EG abführen. Umgekehrt bekommen EG-Agrarproduzenten Agrarkapitalisten und Nahrungsmittelmonopole — die Differenz zwischen Weltmarktpreis und Richtpreis als „Erstattungen“ aus dem „Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft“ (EAGFL) ausbezahlt.

Mit Hilfe der Richt- und insbesondere der Interventionspreise können die Agrarpreise ständig nach unten in Richtung Weltmarktpreise gedrückt werden, und (...) sie wurden es auch. Die Einführung des ersten gemeinsamen Richtpreises für Getreide 1967 brachte für die westdeutschen wie auch für die italienischen Getreidebauern gleich einen Preislust von 10 bis 15 %. Durch die EG-weite Öffnung der Märkte wurde die Konkurrenz unter den Bauern stark angestachelt. Der Preisverfall konnte nur durch Rationalisierung und Ausweitung der Mengenproduktion ausgeglichen werden, was den kleinen Bauern unmöglich war.

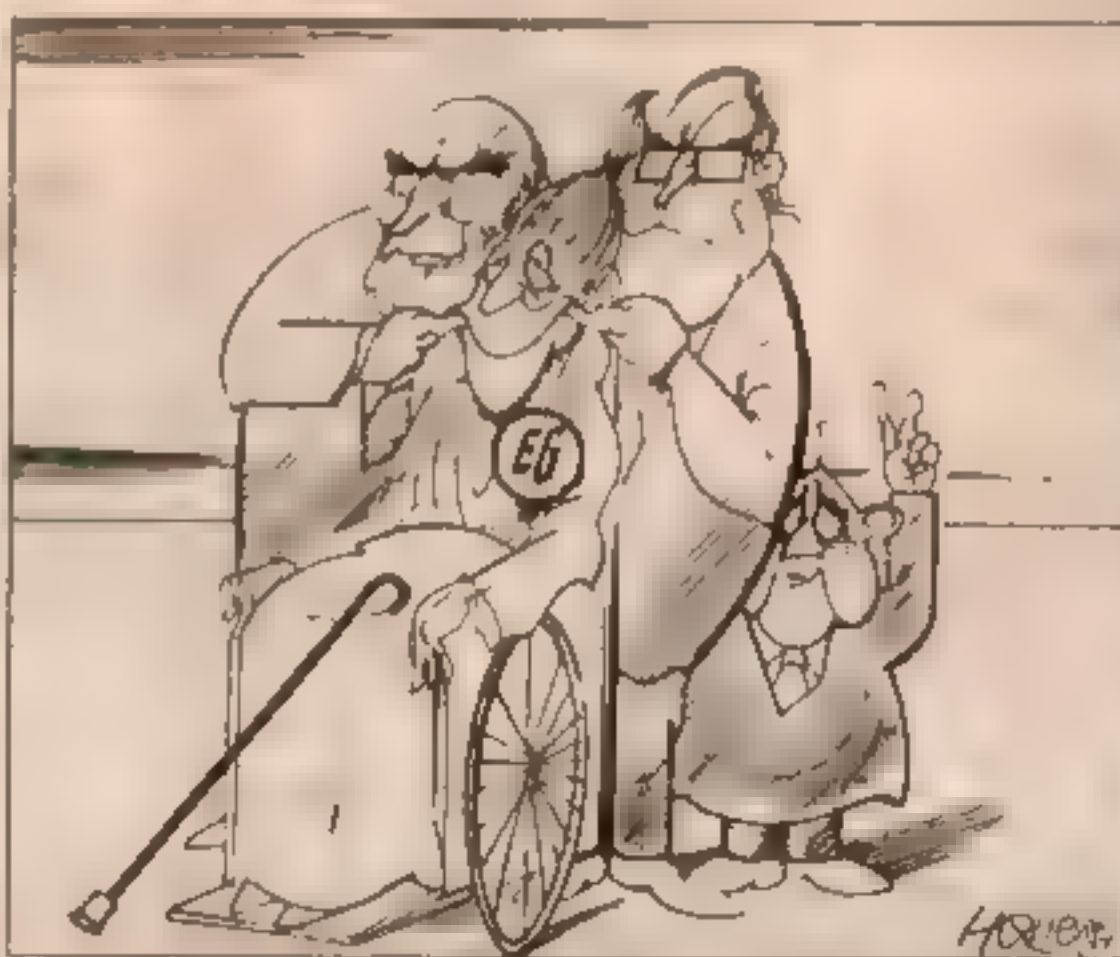
Von 1957 bis 1969, bis zur vollständigen Entfaltung des gemeinsamen Marktes der Sechse, sank die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft auf fast die Hälfte. Doch die angestrebte Vergrößerung der Betriebe betrug nur 1 ha. Dies fiel hinter die Zielvorstellungen zurück. In dieser Lage wurde die Strukturpolitik der Gemeinschaft durchgesetzt.

Massiv hatten die Bauernmassen ausnahmslos aller EG-Mitgliedstaaten gegen den Plan des EG-Kommissars Mansholt protestiert, bevor er dann 1972 doch in Richtlinien für die weitere Tätigkeit des EAGFL festgeschrieben wurde. Der Plan sah vor: Erstens die Erzeugerpreise für einige „Überschussprodukte“ wie z.B. Zucker und Milch zu senken bzw. sie mit Abgaben zu belegen. Zweitens sollten kleine und mittlere Bauern zur „freiwilligen Aufgabe“ ihrer Höfe gebracht werden. Drittens sollten kleine und mittlere Bauern zur „freiwilligen Aufgabe“ ihrer Höfe gebracht werden, drittens sollten sie dann „freiwillig“ ihr freierwerdendes Land an die Großgrundbesitzer verkaufen oder verpachten. Viertens sollten zinsverbilligte Kredite die Rationalisierung und Kapitalintensivierung der als rentabel eingeschätzten Betriebe beschleunigen helfen.

Marktordnungen und Strukturpolitik brachten die Aufholbewegung mit großer Geschwindigkeit und brutaler Gewalt gegenüber den kleinen und mittleren Bauern voran. Seit Ende der 70er Jahre wurde in der EG — wenn man von der noch wie vor bestehenden Abhängigkeit von Futtermittelimporten absieht — bei den meisten Produkten ein „Selbstversorgungsgrad“ von 100 % und mehr erreicht, wobei die Steigerung allerdings z.T. darauf zurückgeht, daß etwa seit 1970 der Lebensmittelinverkehr der Arbeiterkassen erzwingenmaßen zurückgeht.

Mehr noch. Hinter den USA wurde die EG zum zweitgrößten Agrarproduzenten der Welt. Bei Butter, Milchpulver und Weizenmehl sogar zum größten, während bei Zucker nur Kuba noch mehr exportiert. Die Produktivität der Arbeit in der Landwirtschaft der EG stieg insbesondere durch Herausbildung einer kapitalintensiven Produktion — gewollt und wesentlich schneller als in den USA, dem Hauptkonkurrenten. Bei der Weizenproduktion beispielsweise wurden die Erträge pro ha in der EG von 22,6 dt im Jahre 1958/59 bis 1980 mehr als verdoppelt, in den USA stiegen sie gerade von 18,3 auf 21,4 dt ha⁻¹ (S. 42 ff.).

Trotz dieser Erfolge für die Bourgeoisie ist ihr das bisher geltende System der EG-Landwirtschaft zu teuer geworden, weil die garantierten Abnahmepreise „Überschüssiger“ Produkte zu noch so geringen Preisen eben Geld kosten; so wurden 1981 für Lagerung und Exportsubventionen von Getreideüberschüssen 4,8 Mrd. DM gegenüber 4,16 Mrd. Mark 1980 aufgewendet (vgl. „IFW-Berichte“ 5/83). Mit wohlgeleiteter De-



Frankfurter Allgemeine Zeitung

magogie wird dies den Landwirten angeeignet, obgleich diese von dem für Lebensmittel vom Verbraucher ausgegebenen Geld weniger als die Hälfte erhalten; „Bei Brot sind es nur ganze 11 Prozent, bei Gemüse 28, bei Zucker 41, bei Fleisch 44 und schließlich bei Kartoffeln 49“ („Zeit“, 16.3.84). Gewinner sind die großen Veredelungskonzerne und Handelsketten wie z.B. Unilever, Nestle und Edeka.

Um die sogenannten „Überschüsse“ abzubauen, einigten sich die EG-Agrarminister Ende März darauf, bei Milch, Getreide und einigen Obst- und Gemüsesorten Quoten einzuführen. So wird Milch nur noch bis zu einer Menge von 99,5 Mio. Tonnen zu Garantie- oder Stützpreisen aufkauft werden, während die derzeitige Ablieferungsquote bei 104 Mio. Tonnen liegt (vgl. „FAZ“, 2.4.84). Kleine und mittlere Bauern werden damit, da der Weg von Produktionssteigerungen verstell ist, an den Rand des Existenzminimums gedrängt, nachdem bereits von 1982/83 auf 1983/84 das landwirtschaftliche Durchschnittseinkommen je Familienarbeitskraft in der BRD von rund 26.000 DM auf 20.900 Mark (-22 %) gesunken ist (Landwirtschaftsminister Kiechle am 28.3.84 vor dem Bundestag).

Trotz dieser Wirkungen sind die Propagandisten der „freien Marktwirtschaft“ nicht zufrieden, weil die eingeschränkte Produktionsmenge bei Milch „um mindestens 4 Mio. Tonnen“ über der Milchnachfrage liegt und jede Mio. Tonne Überschussproduktion mit gut 200 Mio. Ecu (448 Mio. DM — d.A.) im EG-Haushalt zu Buche schlägt, wird durch die Milchkontingentierung keineswegs gespart, sondern bestenfalls die Verschleuderung öffentlicher Gelder etwas gebremst“ („NZZ“, 3.4.84 — Hrsg. im Text). Mit weiteren Angriffen auf die Einkommen der ländlichen Produzenten wird also zu rechnen sein.

EG-Süderweiterung: Ausweitung des Hinterhofs

Bereits seit geraumer Zeit wird über den Beitritt Spaniens und Portugals zur EG verhandelt. Seitens der EG ist bekräftigt worden, daß die Verhandlungen mit beiden Staaten bis zum 30.9.84 abgeschlossen sein sollen, um zu gewährleisten, daß die Beitrittsverträge zum 1.1.86 in Kraft treten können. Da die EG-10 eine Vielzahl von Integrationsproblemen zu bewältigen haben, muß es gewichtige Gründe geben, die Aufnahme zweier wirtschaftlich schwächerer Staaten zu forcieren.

Wegen der je unterschiedlichen strategischen Bedeutung der südosteuropäischen Peripherie-Staaten (Portugal als Operationsbasis — bel „Big-Lift“-Aktionen, Spanien als letzter Baustein — NATO-Beitritt im Juni 82 der NATO-Südflanke) lag der NATO viel daran, die Eingliederung dieser Länder in den „freien Westen“ zu sichern. Es galt, die Ablösung der Diktaturen hin zu bürgerlich-demokratischen Regimes möglichst sicher zu gestalten. Die angestrebte wirtschaftliche Eingliederung in die EG ist deshalb immer als eine Grundbedingung für die „Stabilisierung demokratischer Verhältnisse“ gegen Linke-Entwicklungen betrachtet worden. Eine Grundbedingung für die „Stabilisierung demokratischer Verhältnisse“ gegen Linke-Entwicklungen betrachtet worden.

Dem neuen EG-Mitgliedstaat Griechenland und den beiden Kandidaten Spanien und Portugal „kommen die klassischen Funktionen einer Randregion eines imperialistischen Zentrums zu. Erstens sind sie Lieferanten billiger Arbeitskräfte und gleichzeitig leicht manövrierfähiger Teil der kontinentalen industriellen Reservearmee. Die zweite Funktion besteht darin, für das imperialistische Kapital einen vergrößerten inneren Markt zu stellen. Schließlich haben diese Regionen eine besondere Funktion als Anlageplatz für Direktinvestitionen. Dabei kombinieren sich hier die Vorteile der geographischen Nähe und einer relativ (überschaubaren) politischen „Stabilität“ mit den meisten diesbezüglichen klassischen Vorteilen von „Entwicklungsländern“ (Begünstigung des Kapitalimports, geringe und zum Teil keine Besteuerung, billige Arbeitskräfte, usw.)“ (W. Wolf, Spätkapitalismus in den 80er Jahren: S. 47).

Bereits 1970 (Spanien) und 1972 (Portugal) waren Handelsabkommen zwischen den Kandidaten und der EG geschlossen worden. Offizielle Beitrittsanträge stellten beide Staaten 1977, was von der EG-Kommission unter Hinweis auf die demokratischen Strukturen beider Länder begrüßt wurde (vgl. Europa-Information — Auswärtige Beziehungen 58/82 und 69/83).

Die Verhandlungen mit Spanien begannen im Februar 1979 und sind „zielt man eine vorläufige Bilanz dieser Verhandlungen“, in einigen wichtigen „Kapitel(n) praktisch abgeschlossen“; darunter die Bereiche Kapitalbewegung und Wirtschaft und Finanzen (vgl. 11.69.83), während insbesondere betreffs Landwirtschaft und Fischerei die Unterredungen nur schleppend vorankommen.

Die spanische Landwirtschaft bietet 19 % der Beschäftigten Arbeit, mit der jedoch nur 9 % des Bruttonationalprodukts erwirtschaftet werden. Immerhin würde die Aufnahme Spaniens in die EG die Gemüseproduktion um 25 %, die Obstbestände um 48 % und die von Olivenöl um 59 % erhöhen (vgl. „The Courier“ Nr. 83) und „die Bewässerungsflächen der gemeinsamen Mittelmeergebiete um 80 Prozent“ vergrößern („Wirtschaftswache“, 16.12.83). Diese Aussichten veranlassen Frankreich, Italien und Griechenland zu harten Auseinandersetzungen um die Absicherung ihrer bisherigen Position, da wegen des Produktionszuwachses ein Preisverfall für Mittelmeerprodukte befürchtet wurde. Im vergangenen Herbst einigten sich die EG-Agrarminister auf eine Reform der Agrarpolitik für die Mittelmeerländer und beseitigten das Haupthindernis für die Beitrittsverhandlungen. Wesen der Eingliederung der EG-10 ist der Schutz von Obst, Gemüse und Olivenöl vor der Konkurrenz aus Drittländern und eine verbesserte Preisgarantie für die genannten Produkte (vgl. „FR“, 19.10.83).

Trotz dieser Verbesserungen in ihrem Sinne setzen Frankreich, Griechenland und Italien durch, daß Spanien das bisher schlechteste Beitrittsangebot gemacht wurde. Für Obst und Gemüse soll danach zunächst eine vierjährige Übergangsphase vereinbart werden, in der die spanischen Produkte wie solche aus Drittländern behandelt werden, deren Absatzmöglichkeiten auf dem EG-Markt gerade (s.o.) verbleiblich werden sollen. Erst ab 1981 soll dann die zweite, sechs Jahre dauernde Phase in Kraft treten, in der automatisch und stufenweise eine Anpassung der Marktbedingungen erfolgen solle. Für andere Agrarprodukte und

industrielle Erzeugnisse solle eine Übergangszeit von sieben Jahren gelten, allerdings soll Spanien seinerseits die Einfuhrzölle auf industrielle Produkte bereits im ersten Jahr um 80 % herabsetzen (vgl. „FAZ“, 22.3. und „Handelsblatt“, 27.3.84).

Diese Bedingungen sind seitens der spanischen Regierung als „inakzeptabel“ bezeichnet worden, die „Nationale Vereinigung der Landwirte und Viehzüchter“ protestierte dagegen und der Spanischer Verband der Unbeschäftigten (FLOI) ergreift eine entsprechende Bewegung von acht Jahren.

Schon um das Übergewicht seiner Außenhandelsbilanz aufrechtzuerhalten, mit der Erhöhung der Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten den zu erwartenden Anstieg seiner industriellen Importe aus der EG (zu kompensieren), müßten Zölle für agrarische und industrielle Produkte zeitig gesenkt werden („Handelsblatt“, 27.3.84).

Unproblematischer, wenn auch nicht ohne Hindernisse (Fischereipolitik), verliefen die Verhandlungen mit Portugal. Dies liegt wesentlich an der geringen portugiesischen Wirtschaftslage, mit der Portugal im Pro-Kopf-Vergleich zu den EG-10 und Spanien an letzter Stelle einer erweiterten EG stehen würde. Die im EG-Haushalt besonders ins Gewicht fallende Landwirtschaft produziert mit rund 29 % der Beschäftigten nur ca. 15 % des Bruttonationalprodukts, womit „der portugiesische Primärsektor der Leistungsschwächste in ganz Westeuropa ist“ (EI 58/82). Die Menge landwirtschaftlicher Nutzfläche in der EG würde um lediglich 4 % vergrößert. Annahmen, daß Portugal genau wie Spanien auf Dauer der EG-Kasse mehr erhalte als es nach Brüssel abführe, stützen sich vor allem auf Berechnungen, wonach Portugal hohe Beiträge zur Hilfe bei der Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft und für Umstrukturierungsmaßnahmen in der Industrie erhalten sollte (vgl. EI 134/83, Stellungnahme der EG-Kommission; Anhang S. 18).

Trotz inzwischen laut gewordener Zweifel an der Einhaltung des Verhandlungszeitplans (vgl. „HB“, 12.4.84), hauptsächlich hervorgerufen durch die schwierigen Verhandlungen mit Spanien, müssen zwei wichtige Faktoren berücksichtigt werden: Erstens bereitet der BRD-Imperialismus das Geschäft der EG-Erweiterung besonders dringlich (Wörner-Besuch in Spanien, Kohl in Portugal); zweitens können Mißerfolge in den Verhandlungen die von den Sozialisten versprochene Volksabstimmung über Spaniens Verbleib in der NATO sehr negativ für die Imperialisten beeinflussen.

Anmerkungen:

(1) Im Grundsatz herrschte bereits auf

Anmerkungen:

(1) Im Grundsatz herrschte bereits auf der Brüsseler Konferenz Einigkeit darüber, daß ab 1986, nach der Seiderweiterung der EG, ein Korrektursystem in Kraft treten soll, das dazu beitragen soll, keinem Land eine gemessene an seinem Wohlstand zu große Haushaltslast zuzumuten. Einfache Berechnungen auf der Grundlage der durchschnittlichen Wirtschaftslage pro Kopf der Bevölkerung (siehe Tabelle 3) werden unzureichend sein, weil Großbritannien nach dem Beitritt der beiden armeren Staaten Portugal und Spanien über dem EG-Durchschnitt liegen wird. Da der britische Anspruch auf Korrektur ihres EG-Beitrags“ über 1986 hinaus anerkannt wird, sind komplizierte Zusatzformeln notwendig, um die Briten über die Schwere zu heben, deren Überschreiten die Gewährung von Rückerstattungen ermöglicht (vgl. „Handelsblatt“, 6.4.84).

Quellen:

Neben den im Text erwähnten Tageszeitungen: EG-Magazin, laufende Nummern Wirtschaftswache, 11d. Bernhard May: Kosten und Nutzen der deutschen EG-Mitgliedschaft, Bonn, 1982. Institut für Internationale Politik und Wirtschaft: IFW-Berichte 10/83 u. 2/84. Europa Archiv 1983 u. 3/84. Ernst Mandel: Die Krise der EG, in: Inprekorr 180. Winfried Wolf/Michel Capron: Spätkapitalismus in den 80er Jahren, Ffm., 1982. Bund Westdeutscher Kommunisten: Zur Europa-Politik des BRD-Kapitals: Kein Mandat für die Neuordnung Europas und die Neuauflösung der Welt, Köln, 1983. EG-Kommission (Hrsg.): Portugal und die Europäische Gemeinschaft (Europäische Information 58/82). Dies. Spanien und die EG (EI 69/83). Dies. Erweiterungsprobleme — Beilagsaufnahme und Vorschläge (EI 134/83).

fo.

I. Der Anteil „3. Welt“ der sinkt stetig ab

Noch 1946 floßen 43 % aller U.S.-Direktinvestitionen nach Lateinamerika, 1973 waren es gerade noch 17 %, (Umgekehrt stieg der Anteil Westeuropas in der gleichen Zeit von 19 auf 37 % (3)). Zu Beginn der 70er Jahre verkehrte sich der Trend: Vom gesamten Kapital, das aus den imperialistischen Ländern in die „3. Welt“ floß, war der Anteil der Direktinvestitionen von 36 % 1970 in nur 9 Jahren — im Jahre 1979 — auf ganze 28 % gefallen. 63 % machen inzwischen (1979) private Kredite aus, die kaum noch in die Industrie bzw. wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder fließen, sondern Schulden und sonstige Staatsausgaben und Defizite decken.

Auch wenn es aus imperialistischer Verachtung bezogen werden muß, daß die Direktinvestitionen der „1. Welt“ ausbleiben, so muß doch festgehalten werden, daß sie niemals ein reiner Segen gewesen sind.

Direktinvestitionen in der „3. Welt“ dienen dazu, bei arbeitsscheuen Produkten, wie etwa Textilien, durch Bilagslöhne riesige Extraprofite zu erwirtschaften. Andererseits wurden damit gewisse innere Märkte vom Kapital aus den imperialistischen Ländern besetzt. Die jetzige Entwicklung bedeutet aber, daß in der Tat, auf jede weitere Entwicklung dieser Märkte fast vollständig verzichtet wird.

Analog zum Kapital konzentriert sich der Weltwarenhandel zu fast zwei Dritteln (63 %) auf die Industrieländer, 9 % entfallen auf den RGW, 28 % auf die „3. Welt“. Berücksichtigt man den Anteil der OPEC (allein 17 %), so verbleiben für weit über 100 Staaten der überaus bescheidene Anteil von 11 %. Vor 34 Jahren (1950) waren es mehr als das Doppelte (24 %). Würde man noch berücksichtigen, daß der Großteil der Exporte auf multinationale Firmen in der „3. Welt“ entfällt, so läßt es sich noch düsterer aus.

II. Rohstoffe immer billiger zu haben

Der Verfall der Preise für Rohstoffe und Agrarprodukte, die „klassischen“ Haupthandelswaren der „3. Welt“ ist gerade in den letzten Jahren rapide gewesen. Sie erreichten 1982 „einen noch nie dagewesenen Tiefpunkt“ seit 50 Jahren und sanken im Schnitt um 16-17 % im Jahre 1982; ein Jahr zuvor sackten sie bereits um 10-12 % ab (4). Die wichtigsten Ursachen für diese Preisfälle und die schlimmen Folgen für die Länder der „3. Welt“ seien kurz dargestellt:

1. Infolge der Weltwirtschaftskrise sank die mengenmäßige Nachfrage nach Rohstoffen und Agrarprodukten;

1. Infolge der Weltwirtschaftskrise sank die mengenmäßige Nachfrage nach Rohstoffen und Agrarprodukten, Lateinamerika und Afrika z.B. exportierten im letzten Jahr rund 10 % weniger Warenmenge als zuvor (5). Da aber alle Länder der „3. Welt“ — gerade auch vor dem Hintergrund ihrer Verschuldung und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit, Deviseneinnahmen zu erwirtschaften — gezwungen sind, auf Teufel komm raus ihre Rohstoffe auf den Weltmarkt zu werfen, wirken voll die Prinzipien der freien Konkurrenz: bei geringerer Nachfrage und einem Überangebot sinken diese Länder gezwungen, sich gegenseitig zu unterbieten. Diesem Mechanismus, von dem der Imperialismus profitiert, sind auch die verschiedenen Rohstoff Kartelle (zur Absprache über die Exportmengen) kaum gewachsen, die von einigen Ländern der „3. Welt“ zum Schutze gegen den weiteren Preisverfall gebildet wurden (6).

2. Auch die monetären Entwicklungen spielen eine Rolle; während die Inflationsraten in den meisten Ländern der „3. Welt“ astronomische Größen erreichen und zum Teil dreistellige Ziffern aufweisen, steht dieser Entwicklung ein aufgewerteter Dollar gegenüber, das heißt, daß sich der Wechselkurs der Währungen stetig zueinander (der „3. Welt“) entwickelt. Da der überwiegende Teil des Rohstoffhandels auf Dollarbasis abgewickelt wird, kann man sich vorstellen, was das bedeutet. Für die „3. Welt“ heißt das, daß sie für die gleiche Menge ausgeführter Rohstoffe weniger Devisen einnimmt und darüber hinaus sich wertmäßig auch die Importe aus den Industrieländern verteuern. Die Handelsbilanzen sind negativ; das Passivsaldo der nicht-entlopferten Staaten der „3. Welt“ mit den Industrieländern beträgt 1973-1981 kumuliert bereits 355 Milliarden Dollar, einschließlich der OPEC betrug die negative Leistungsbilanz zwischen 1973 und 1982 sogar 476 Mrd. Dollar.

In einer solchen Situation gibt es für die „1. Welt“ keine andere Wahl, als die Importe rigoros zu drosseln.

Während der Kolonialzeit sicherte sich das imperialistische Kapital die Rohstoffausbeute in der „3. Welt“, den damaligen Kolonien. Während des Neokolonialismus kam der Kapitalexport in diese Länder hinzu, womit die imperialistischen Länder sich den inneren Markt dieser Länder (soweit vorhanden) sicherten, bzw. einige „Schwellenländer“ als Basis für billige arbeitsintensive Produkte (vor allem Textilien, u.ä.) benutzten. Diese Politik, die schon zahlloses Elend in der 3. Welt bedeutete, ist im Laufe der derzeitigen Weltwirtschaftskrise, seit den 70er Jahren, von der Politik einer völlig schonungslosen Ausbeutung dieser Länder überlagert und abgelöst worden. Mit Ausnahme der erdölexportierenden Länder sind alle diese Länder in eine Verschuldung hineingetrieben worden, wo die gesamten Exporterlöse nach und nach durch die Zinslasten aufgefressen werden, was nichts anderes heißt, als daß die kapitalistischen Länder alles umsonst einstreichen und zudem noch riesige Gewinne dort machen. Die Entwicklung der Schulden, der Zinslasten und Zinsgewinne der imperialistischen Banken waren Thema des letzten Arbeiterkampfes (2). Daß die Rückzahlung der Kredite, je inzwischen allein der Zinslasten für diese Länder immer aussichtsloser wird, liegt vor allem an sinkenden Exporten und Bedarf an Rohstoffen und Nahrungsmitteln aus der 3. Welt, wobei die Preise, die diese Länder für ihre Waren erzielen, auf ein Niveau wie vor 50 Jahren gesunken sind, bei gleichzeitig steigenden Industrie- und Energiepreisen. Erstmals seit 1945 verzeichnet das Gros der Länder der „3. Welt“ ein Minuswachstum des Bruttosozialprodukts, eine Entwicklung, die noch rasant zunehmen wird. Sonderfälle sind die OPEC-Länder und bis zu gewissem Grade die „Schwellenländer“, auch wenn gerade die „Schwellenländer“ zu den höchstverschuldeten gehören. Die übrigen über 100 Länder können heute bereits als vom Imperialismus als „abgeschrieben“ betrachtet werden. Wir wollen zeigen, daß die alte Form des Neokolonialismus ausgedient hat, bzw. mehr und mehr am „Rande“ stattfindet.

Was dies für diese Länder bedeutet, läßt sich unschwer erraten. Bereits heute sind 400-500 Millionen Menschen, d.h. zwischen 35 und 50 % der dort vorhandenen Arbeitskräfte, arbeitslos, rund 1 Milliarde Menschen leben dort in absoluter Armut und im Hunger. Diese Zahlen dürften sehr bald deutlich „überholt“ sein.

Die Krise des Neokolonialismus:

Die 3. Welt wird abgeschrieben

So sanken die Importe aus den imperialistischen Ländern in Afrika um rund 12,3 %, die Lateinamerika sogar um durchschnittlich 30 % (7), wobei einige Länder bereits an die Grenze dessen gestoßen sind, was sie an Importenbehörden verkraften können (Chile und Argentinien haben ihre Importe bereits fast halbiert müssen). Tatsächlich gelang es den Ländern der „3. Welt“, ihre Leistungsbilanzdefizite durch Importdrosselungen herunterzuschrauben: von minus 109 Mrd. Dollar 1982 auf minus 36 Mrd. 1983 auf geschätzte 30 Mrd. Dollar für 1984 (16). In den ärmsten Ländern der „3. Welt“ reichen die Devisenerlöse noch nicht einmal dafür, genügend Getreide zu importieren, um überhaupt ein Minimum an Ernährung sicherzustellen. Wie miserabel sich die Austauschverhältnisse entwickelt haben, läßt sich anhand einiger konkreter Beispiele erläutern, die mehr aussagen als die globalen Daten:

- + 1960 waren für eine Tonne Zucker noch 6,3 Tonnen Erdöl zu haben — 1982 nur noch 0,7 Tonnen.
- + für eine Tonne Kaffee erhielt man 1960 noch 37,3 Tonnen Düngemittel — 1982 nur noch 13,8 Tonnen.
- + 1960 war eine Tonne Bananen = 13 Tonnen Erdöl — 1982 nur noch 1,6 Tonnen.
- + mit einer Tonne Kupferdraht konnten 1959 noch 39 Röhrenrohre gekauft werden — 1982 nur noch 3 usw.

3. Von langfristiger Bedeutung ist die Tatsache der strukturellen Veränderungen, die im weltweiten Handel mit Rohstoffen und Agrarprodukten eingetreten sind bzw. noch eintreten werden. Dazu zählt zum einen die Politik des Imperialismus, generell und nicht nur konjunkturell je nach Auftragslage, weniger Rohstoffe aus der „3. Welt“ einführen zu müssen.

Diese Strategie ist in dieser Zeitungs am Beispiel der Erdölpolitik bereits dargestellt worden (6), trifft aber auch auf alle anderen Rohstoffe (bis auf we-

Metallerze) überwiegend aus den USA, Kanada, Australien und Südafrika stammen, wobei gerade Australien sich derzeit als „Rohstoffland der Zukunft“ mauert und traditionelle Länder der „3. Welt“ von den Märkten verdrängt (8). Am Beispiel des Erdöls ist dies im Arbeiterkampf aufgezeigt worden, wobei es sich um eine eigene Rohstoffverfügung und der Anteil der Erdölimporte aus den OPEC Staaten gesunken ist (6). Diese Strategie hat zwei Konsequenzen, zum einen werden „klassische“ Rohstoffexporteure vom Markt verdrängt bzw. deren Marktanteile (und damit die Devisenerlöse) sinken. Zum anderen treiben die imperialistischen Länder oder deren engste Verbündete als zusätzliche Konkurrenten auf dem Weltmarkt auf und können damit jederzeit die Rohstoffpreise drücken.

Das bestechendste Beispiel dafür liefert der Zucker; der Zuckerpreis fiel in den letzten Jahren von 40 auf 6 Cents pro Zent und als Ergebnis der Konkurrenz zwischen Rübenzucker (aus der EG und den USA) und dem Rohrzucker (u.a. Brasilien und Kuba).

Die EG verweigerte den Zuckerexportländern nicht nur den Zutritt zum „gemeinsamen Markt“, sondern subventionierte den eigenen Rübenzucker mit 2 Milliarden DM, so daß er billig und konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt verkauft werden konnte. Die EG (und auch die USA) warfen ein riesiges Subsidium an Zucker auf den Markt und sorgten so nicht nur für Dumpingpreise, sondern auch dafür, daß die EG sowohl Kuba als auch Brasilien als wichtigste Zuckerexporteure verdrängte (4).

Eine weitere Strategie des Imperialismus besteht — um auf die Metalle zurückzukommen — darin, die teureren Schwermetalle wie etwa Blei, Kupfer, Zink und Zinn durch billige Leichtmetalle (vor allem Aluminium) zu ersetzen und diese wiederum, wo möglich, durch Kunststoffe (10). Dafür zwei Beispiele:

Bisher wurden 25 % der gesamten Weltkupferproduktion für Kabel benötigt. Dieser Anteil wird erheblich sinken, wenn in diesem Jahrzehnt die Glasfaserkabel (Rohstoff: Sand) in den Industrieländern das Kupfer verdrängen wird.

70 % des geforderten Zinns wird in Form von Weißblech für Konserven, Tuben usw. verwendet. Seit 1973 ist ein Prozeß im Gange, das Zinn verstärkt durch Aluminium oder Kunststoffe zu ersetzen. Der Versuch der zinnproduzierenden Länder (v.a. Malaysia, Indonesien, Thailand und Bolivien), die eine Art „Kartell“ gebildet haben, durch Massenaufkäufe den Zinnmarkt leer zu legen und durch Verringerung des Angebots den Preis hochzuhalten, scheiterte kläglich, weil die USA während riesige Zinnmengen auf den

trafen, ein verlässliches Land für den Imperialismus und begehrt Investitionskapital der internationalen Konzerne. Vorzuziehen dafür, daß der Aluminiumpreis niedrig bleibt.

Das nach der BRD diese Strategie fährt, geht daraus hervor, daß dieses Land als drittgrößter Rohstoffimporteur der Welt nur noch ein Drittel ihres Rohstoffbedarfs aus der „3. Welt“ bezieht — und zwar im wesentlichen 15 dieser Länder konzentriert.

Es sei an dieser Stelle vermerkt, daß die oben angelegte imperialistische Politik auch den Zukunftsprognosen des „Club of Rome“ anno 1972 („Die Grenzen des Wachstums“) Logen strahlt.

Die damals düsteren Prognosen gingen bekanntlich davon aus, daß auch die Rohstoff Ressourcen verknappen würden und folglich dies zu einer Verteuerung führen würde. Beide Vorhersagen waren im Kern nichts anderes als Kriegsgerede und haben zum genauen Gegenteil geführt. Was die pretliche, weithinige Seite angeht, ist das was wir bereits gesagt worden.

Aber auch die damaligen Daten über die Verknappung und Endlichkeit der Ressourcen sind durch neuere Zahlen über die heute ausbeutbaren Rohstoffvorkommen widerlegt, sagte der „Club of Rome“ vor 12 Jahren noch das Ende der Aluminiumvorkommen in damals 31 Jahren voraus, so sind es heute 243 Jahre. Für Kupfer gilt das Verhältnis von 21-70 Jahre, Eisen 93-184 Jahre usw. Keines der damaligen Prognosen für die wichtigen Metallvorkommen treffen heute noch zu, alle reichen wesentlich länger (11).

Die dargestellte imperialistische Strategie, die ja u.a. dem wesentlichen Ziel entspricht, die Produktionskosten insgesamt drastisch zu senken — und das nicht nur bei den Löhnen, sondern auch bei den Rohstoffen — läßt noch eine weitere abschließende Feststellung zu: die Länder der „3. Welt“ können auch in Zukunft, also auch im Falle der viel herbeigeredeteten wirtschaftlichen Aufschwungs in den Industrieländern, kaum auf bessere Zeiten hoffen. An ihnen wird die Hochkonjunktur, wenn sie denn kommen sollte, fast spurlos vorbeiziehen, weil sie eben nicht mehr damit rechnen können, a) spürbar mehr Rohstoffe abzuziehen und b) höhere Preise dafür zu erzielen. Die „Zeit“ kommentierte diese Entwicklung denn auch folgendermaßen: „Als einzige Chance bleiben den Rohstoffproduzenten der Dritten Welt deshalb neue Absatzgebiete in den neunziger Jahren. Dann nämlich ... wird die Nachfrage in den industriellen Schwellenländern — Südkorea, Malaysia, Singapur, Mexiko — steil ansteigen. Zusammen mit den Ostblockstaaten, deren eigene Vorkommen schon jetzt nicht mehr ausreichen, (stimmt auch nicht — Anmerk. AK) werden sie im

während riesige Zinnmengen auf den nicht — Anmerk. AK) werden sie im



Mercedes-Fabrik „Gonzales Catan“ in und Silhouette von Buenos Aires hinter den Stürm. Real ohne sanken um mehr als die Hälfte

Quelle: Spiegel

nige Ausnahmen) zu. Zu dieser Strategie gehört u.a. eine Forcierung des Recycling vor allem bei metallischen Rohstoffen, also der Rückgewinnung aus Industrieabfällen. Dazu gehört weiter die Tatsache, daß die benötigten Rohstoffe zunehmend aus den imperialistischen Ländern selbst stammen oder aber aus sehr wenigen, politisch „stabilen“ Ländern. Diese Entwicklung hat dazu geführt, daß rund die Hälfte aller

Markt warfen, um so den Preis wieder herunterzudrücken (6).

Und das Leichtmetall Aluminium, im Preis um 25 % gesunken, wird auch langfristig billig bleiben. Guinea, Surinam und Jamaika, die sich bisher den Aluminiummarkt (Rohstoff: Bauxit) teilen, haben mächtige Konkurrenz bekommen von Australien, das schon jetzt so viel Bauxit abbaut wie die drei anderen Länder zusammen. Und Aus-

nächsten Jahrzehnt wahrscheinlich vermehrt Rohstoffe auf dem Weltmarkt kaufen — falls sie bis dahin nicht ebenfalls die billigeren und technisch überlegenen Ersatzstoffe bevorzugen“ (8).

Die Verknappung der „3. Welt“ auf die „Schwellenländer“ ist real weniger als ein kleiner Wermutstropfen wert,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

denn angesichts der Verschuldungslage gerade dieser Länder werden sich dort kaum neue Absatzmärkte aufbauen.

4. All das bisher Geschriebene muß abschließend dahingehend relativiert werden, daß der weitaus größte Teil der Ressourcen-Ausbeutung in der „3. Welt“ fest in den Händen der multinationalen Konzerne liegt! Es ist ohnehin schon so, daß die Länder der „3. Welt“ nur einen Bruchteil (je nach Rohstoff zwischen 10 und 50 %) der Rohstoff-Endpreise erhalten. Darüber hinaus gehen Schätzungen der UNCTAD davon aus, daß die internationalen Konzerne rund 40 % der Industrieproduktion und 50 % des gesamten Außenhandels der „3. Welt“ kontrollieren — und daß 33 % der Gesamtausfuhr der „3. Welt“ in Wirklichkeit nichts anderes sind als der Handel innerhalb der Filialen des internationalen Großkapitals.

Aus nebenstehender Tabelle geht eindringlich hervor, daß die großen Konzerne fast den gesamten Rohstoffmarkt beherrschen. All dies muß also berücksichtigt werden, um das wahre Ausmaß der Abhängigkeit der „3. Welt“ von den imperialistischen Metropolen zu erkennen, sodaß sich die dargestellten Daten nochmals zugunsten der „3. Welt“ verändern.

Und die fast vollständige Kontrolle dieser Konzerne über die Rohstoffmärkte der „3. Welt“ wird vor allem über das überlegene technologische know-how, das Monopol der Weiterverarbeitung und der anschließenden Vermarktung abgesichert. In allen drei Bereichen verfügen die Länder der „3. Welt“ über keinerlei Mittel, was gerade ihr Charakteristikum als unterentwickelt gehaltene Länder ausmacht.

Zur Struktur des Welthandels

Ein weiteres globales Indiz für die prekäre Lage in der „3. Welt“ ist die strukturelle Entwicklung des Welthandels. Die Agrarprodukte sankten im Zeitraum von 1963-1980 von einem Anteil von 29 % auf 15 % ab, die Bergbauerzeugnisse (außer Brennstoffen) hielten sich auf einem gleichbleibenden Niveau von etwa 5 %. Brennstoffe künftigen ihren Anteil von 10 % auf 24 % an und der Anteil von Fertigwaren liegt bei 55 %. Bemerkenswert dabei ist, daß der Anteil der ausgeführten Fertigwaren bei den Ländern der „3. Welt“ (außer OPEC) bei nur 9 % liegt, woraus nochmals hervorgeht, daß die Wareneinfuhr der „3. Welt“ hauptsächlich auf Rohstoffe basieren. Nach offiziellen Statistiken jedoch ergibt sich zunächst ein günstigeres Bild für die unterentwickelten Länder: 1980 importierten die Industrieländer nämlich aus der „3. Welt“ Waren im Werte von 153,9 Mrd. Dollar — davon 55 % Rohstoffe und 43 % Fertigwaren. Dieses Bild wird jedoch sogleich wieder getrübt, wenn man sich den Posten der ausgeführten Fertigwaren genauer ansieht: Die Posten „Textilien und Bekleidung“ machen mit 37 % den Löwenanteil der ausgeführten Waren aus der „3. Welt“ aus, gefolgt von anderen Konsum-Fertigwaren wie Schuhe, Sportartikel, Spielzeug usw. Im Bereich der Investitionsgüterindustrie (Maschinenbau, Elektroindustrie, Schwerindustrie) — ein Indiz für die industrielle Entwicklung eines Landes — liegen die Anteile allesamt deutlich unter 5 %.

Gravierend daran ist, daß 70 % aller exportierten Fertigwaren aus der „3. Welt“ allein aus 5 Ländern im südostasiatischen Raum stammen, nämlich aus Singapur, Südkorea, Taiwan, Hongkong und Indonesien. Es ist nicht schwer zu erkennen, daß diese Fertigwaren — vor allem Textilien und Bekleidung — zum großen Teil wiederum nicht auf einer eigenständigen industriellen Entwicklung in diesen Ländern beruht, sondern um Fertigwaren aus den Filialen der westlichen Textilkonzerne, die gerade in Südostasien durch niedriger Löhne ihre „lohnintensiven“ Produktion vorzuziehen haben.

Auch aus einer anderen Sicht kommt man zu den gleichen Ergebnissen. Die Industrieproduktion konzentriert sich in zunehmendem Maße auf wenige Länder der „3. Welt“, auch „Schwellenländer“ genannt. Allein 5 Länder — Brasilien, Südkorea, Indien, Mexiko und Argentinien — konzentrierten 1980 rund 44 % der gesamten industriellen Produktion in der „3. Welt“ auf sich — gefolgt von Indonesien, Pakistan, Venezuela, Kolumbien, Iran, den Philippinen, Chile und Ägypten.

Doch zurück zu den Fertigwaren, die ein Indiz für den Grad der industriellen infrastrukturellen Entwicklung eines Landes sind. Wie hoch der Grad der Unterentwicklung in der „3. Welt“ ist, geht daraus hervor, daß z.B. die



Fließband in Singapur: „Gute deutsche Wertarbeit“ für Niedriglöhne

EXPORTS DER UNTERENTWICKELTEN LÄNDER, DIE VON EINEN TRANSNATIONALEN UNTERNEHMEN VERMARKETET WERDEN (1976)		
	Gesamtwerte (in Millionen Dollar)	Vermarktung durch transnationale Unternehmen (in Prozent)
Nahrungsmittel		
Kakao	1.737	85
Bohnen	793	70-75
Tabak	1.079	85-90
Tee	827	84
Kaffee	7.831	85-90
Zucker	4.881	60
Reis	1.102	70
Weizen	449	84-90
Landwirtschaftliche Rohstoffe		
Haare und Felle	297	25
Natürlicher Kautschuk	2.202	70-75
Reiswolle	2.492	85-90
Jute	172	85-90
Forstwirtschaftliche Produkte	4.169	90
Minerale und Metalle		
Rohöl	29.149	75
Kupfer	3.031	85-90
Eisenerz	1.256	90-95
Bauxit	518	90-95
Zinn	804	75-80
Phosphat	850	70-75

ANMERKUNG: Die Zahlen für Erdöl, Kupfer, Eisenerz, Zinn, Haare und Felle beziehen sich auf das Jahr 1975.

QUELLE: UNCTAD: Dimensionen der Macht der transnationalen Unternehmen, S. 61

„3. Welt“ zu 25,6 % am Abbau von Metallerzen beteiligt ist, aber nur zu 4,1 % an deren Weiterverarbeitung. Oder: Die OPEC hält einen Weltmarktanteil bei der Erdölförderung von 31,2 %, führt aber nur 7,5 % weiterverarbeitete Mineralölprodukte aus. Diese wenigen, eher typischen und exemplarischen Daten mögen genügen, um die Tendenzen zu verdeutlichen, die sich in der Welthandelsstruktur herausgebildet haben. Es ist ein alter Hut, daß der Grad der Industrialisierung in der „3. Welt“ äußerst gering ist, die Länder dort weder über Infrastrukturen noch über Kapital verfügen, die eine eigenständige Entwicklung ermöglichen würde.

Bemerkenswert ist eher die Tatsache, daß weit über 100 Länder der „3. Welt“ nach wie vor kaum über das Stadium der handwerklichen Produktion hinausgekommen sind, sondern ihre Entwicklung eher stagniert oder sogar weiter rückläufig ist, da der Imperialismus dazu übergegangen ist, seine Produktion auf wenige Länder der „3. Welt“ zu konzentrieren. Die UNO schätzt, daß die Industrieproduktion in den meisten Ländern der „3. Welt“ heute noch 3-5 mal unter dem Niveau des zaristischen Rußland vor 1917 liegt. Was die genannten „Schwellenländer“ in Südostasien und Lateinamerika betrifft, in denen das Gros von industrieller Produktion erfolgt, müssen folgende Einschränkungen gemacht werden. Gerade diese Länder sind es, die extrem hohe Verschuldungsraten gegenüber westlichen Banken aufweisen, ihre industrielle Produktion dient deshalb in erster Linie nicht den einheimischen Märkten, sondern wird exportorientiert, um Devisen zu erwirtschaften. Außerdem werden die Fertigwaren in diesen Ländern hauptsächlich von den Filialen internationaler Konzerne produziert.

Die katastrophale Lage in den meisten „Schwellenländern“ selbst hat das „Investitionsklima“ stark beeinträchtigt und selbst in diesen Ländern sind die Konzerne kürzer getreten. Anschauliches Beispiel ist z.B. VW do Brasil, das sich aus ihrem Brasilien-Engagement mehr und mehr zurückzieht. Es ist überdies schon gesagt worden, daß die Schuldenlasten in diesen Ländern bereits zu einem Rückgang ihrer industriellen Entwicklung geführt haben (2).

Hinzu kommt noch ein weiteres Mittel der imperialistischen Staaten, den

Ländern der „3. Welt“ die Entwicklung einer eigenständigen Produktion und der Herstellung von Fertigwaren nicht gerade zu erleichtern: Es ist dies ein ausgefeiltes System von Handelsbarrieren und Zöllen, das sich u.a. dadurch auszeichnet, für Rohstoffe weniger hohe Zölle zu entrichten als für weiterverarbeitete Waren. So liegen die EG-Zölle für Kakao-Bohnen bei nur 2 %, für Kakao-Pulver bei 5 % und für Schokolade-Produkte bereits bei 12 %! (4) Außerdem hat die EG beispielsweise sogenannte Quoten für Im-

porte aus der „3. Welt“ festgesetzt, die die mengenmäßigen Einfuhren beschränken, selbst wenn Länder der „3. Welt“ ihre Waren billiger anbieten würden. Im Verlaufe der Krise weitete die EG die Quotenbeschränkungen für Waren aus der „3. Welt“ von 59 auf 136 Waren aus.

Je höher also der Grad der Verarbeitung einer Ware, desto höher die Zölle, damit die „3. Welt“ sich auf die Lieferungen von Grundstoffen beschränkt.

Die Extraprofite der multinationalen Konzerne

Das „Zentrum für Transnationale Studien“ der UNO schätzt, daß Ende der siebziger Jahre rund 11.000 Unternehmen mit rund 82.000 ausländischen Filialen existieren, die den größten Teil des Weltmarktes unter sich aufteilen. Die Beherrschung des Weltmarktes durch mehr oder weniger große Konzerne ging einher mit einer rapiden Zunahme der Kapital-Direktinvestitionen.

Lagen die ausländischen Direktinvestitionen 1971 noch bei 158 Mrd. Dollar, so wuchsen sie auf 450 Mrd. Dollar im Jahre 1980 an. Dabei wurden die meisten Direktinvestitionen unter den OECD-Ländern (19) getätigt, mit steigender Tendenz von einem 69%igen Anteil 1967 auf knapp 80 % im Jahre 1980. Umgekehrt gingen also die ausländischen Direktinvestitionen in die „3. Welt“ kontinuierlich zurück.

Die Informationen über Direktinvestitionen in die „3. Welt“ und vor allem die Kapitalrückflüsse aus diesen Ländern sind verständlicherweise recht spärlich, da sich die Konzerne nicht gerne in die Karten gucken lassen. Dennoch geht aus nebenstehender Tabelle schon deutlich hervor, wie hohe Extraprofite die internationalen Konzerne in den Ländern der „3. Welt“ erzielen und auch, wieviel Kapital aus diesen Ländern wieder abgezogen wird! Dabei ist das auch nebenstehender Tabelle hervorgehende Verhältnis von Investitionen und rückfließenden Gewinnen noch günstig (in etwa 1:2,2). Für die USA liegen noch ganz andere Zahlen vor. Zwischen 1970 und 1980 investierten die großen amerikanischen Konzerne insgesamt 8 Mrd. Dollar in Ländern der „3. Welt“, die rückgeführten Gewinne jedoch lagen bei rund 36 Mrd. Dollar, was ein Verhältnis von 1:7 ergibt!

Aus einer weiteren Tabelle für die USA wird noch deutlicher, welche Riesengewinne in der „3. Welt“ erzielt werden. Diese Tabelle sei kurz erläutert. Es wird ersichtlich, daß die Direktinvestitionen der USA in die „3. Welt“ nur etwa bei 18 % liegen (gegenüber rund 80 % in die anderen Industrieländer), aber 36 % der Gesamtgewinne aus der „3. Welt“ stammen, was ca. 46 % der gesamten zurückgeführten Gewinne in die USA ausmacht. Außerdem wurden 71 % der aus der „3. Welt“ stammenden Gewinne zurückgeführt und nur 29 % reinvestiert, während die Gewinne aus den anderen Industrieländern nur

zu 47 % zurückflossen und 53 % reinvestiert wurden.

Aus diesen wenigen Daten wird schon ersichtlich, daß den Ländern der „3. Welt“ aber diese „klassische“ Ausplünderungsform der Direktinvestitionen, des Kapitalexports und seiner profitablen Verwertung dank niedriger Löhne und einer Reihe steuerlicher Vorteile, sehr viel Kapital entzogen wird, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß auf diese Weise sei rund einem Jahrzehnt nicht einmal das meiste Kapital wieder in die Metropole wandert, denn die größte Kapitalabwanderung verläuft in gerader Zeit über den immer mehr expandierenden Verschuldungskreis, siehe Anmerkung 2).

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Direktinvestitionen in die „3. Welt“ tendenziell zurückgegangen sind. Die aktuelle Lage jedoch bestätigt die eingangs genannte These, daß die meisten Länder der „3. Welt“ für den Imperialismus keine Rolle mehr spielen im Sinne der neokolonialistischen Form der Ausbeutung. Laut einer neueren Studie der OECD beitragen die ausländischen Direktinvestitionen im Jahre 1981 nur noch 16 Mrd. Dollar, 1982 sogar nur noch 11 Mrd. Dollar. Nach Schätzung der Weltbank dürften die Investitionen im letzten Jahr sogar auf unter 10 Mrd. Dollar geschrumpft sein (9). Hinzu kommt noch, daß sich diese wenigen Direktinvestitionen auf rund ein Dutzend Länder — vor allem die „Schwellenländer“ Lateinamerikas und Südostasiens — konzentrieren und dorthin sogar noch leicht gestiegen sind!

Um sich zu vergegenwärtigen, was das heißt, sei folgender Vergleich herangezogen: Im Jahre 1982 klebte der Schuldendienst der Länder der „3. Welt“ auf 131 Mrd. Dollar, davon waren 60 Mrd. Dollar an Zinsen fällig. Direktinvestitionen von 11 Mrd. Dollar plus „Entwicklungshilfe“ von rund 30 Mrd. Dollar — selbst diese hat also schon die Investitionen glatt überboten! — macht 41 Mrd. Dollar, so daß die Länder der „3. Welt“ allein mehr Kapital für Zinszahlungen aufbringen mußten als sie insgesamt an Kapital erhielten!

Die Gründe für diesen faktischen Rückgang, ja von der Abkehr der neokolonialistischen Politik (ausgenommen noch die OPEC sowie die „Schwellenländer“) des Kapitalexports liegen zum einen an der in der wirtschaftlichen Krise in den Metropolen selbst. Zweitens bedeutet dies, daß die internationalen Konzerne keinerlei ökonomisches Interesse mehr verspüren, in Ländern der „3. Welt“ weitere Absatzmärkte zu errichten und ihre Krisenlösung sich daher immer mehr auf die drei imperialistischen Machtzentren USA, EG und Japan beduend verschärfen wird, da die Ausweichmöglichkeiten nicht mehr wahrgenommen werden. Und drittens ist diese Entwicklung das Ergebnis der weltweiten Krise des Kapitals, das seine hauptsächlichste Verwertung auf der spekulativen Sphäre betreibt und nicht in der produktiven Kapitalanlage.

D. Westberlin
in der produktiven Kapitalanlage

Anmerkungen

- Das Wesen des Neokolonialismus besteht grob gesagt in der Einflussnahme und Kontrolle mittels des Kapitalexports, um in Ländern der „3. Welt“ in mehr oder weniger großem Umfang einen einheimischen Markt einem damit einhergehenden bescheidenen industriellen Entwicklungsprozess in Gang zu setzen, der den internationalen Konzernen nebenlich Extraprofite sichert.
- Vergleiche dazu „Arbeiterkampf“ Nr. 245: „Wucherzinsen ruinieren die 3. Welt“.
- Fidel Castro, „Die ökonomische und soziale Krise in der Welt“, Bericht an die VII. Gipfalkonferenz der Nichtpakgebundenen, 1983, Verlag „Zeit im Bild Dresden“, DDR. Obwohl nicht andere Quellen angegeben, entstammen die meisten Daten und Fakten diesem sehr lesenswerten Buch, das sich hauptsächlich auf Quellen von UNO, Organisationen und der OECD stützt.
- „FR“, 11.8.1983.
- „FAZ“, 22.8.83 und „FR“, 4.1.84.
- Für die OPEC siehe „Arbeiterkampf“ Nr. 233: „Von der Ökonomie zur Ökonomie“, hier wurde nachgezeichnet, wie der Imperialismus das bislang zumindest zeitweise wirkungsvolle Kartell paralyse. Die Methoden dafür sind nicht anders, sondern auch auf alle anderen Kartelle zu übertragen.
- „FAZ“, 20.3.84.
- „Die Zeit“, 7.8.82.
- „FAZ“, 19.3.84.
- Das Mittel der Substitution spielt auch bei agrarischen Industrierohstoffen eine große Rolle, z.B. für den Ersatz von Baumwolle, Jute, Sisal oder Kautschuk, die durch synthetische Stoffe ersetzt werden.

FLUSS DER DIREKTINVESTITIONEN IM AUSLAND IN DIE UNTERENTWICKELTEN LÄNDER UND IN DIE INVESTLÄNDER ZURÜCKFLIEßENDE GEWINNE AUS DEN DIREKTINVESTITIONEN (kumulative 1970-1980, in Millionen Dollar)		
	Netto Kapitalfluß in Direktinvestitionen in die unter- entwickelten Länder	In Investländer aus zurückfließenden Gewinnen
Unterentwickelte Länder	62.615	139.703
Lateinamerika	35.457	38.642
Asien	10.141	21.916
Naher Osten	574	48.619
Süd- und Südostasien	18.048	27.260
Ozeanien	732	1.266

* Diese wichtige Zahl ergibt sich aus der Umkehrung der Richtung der Investitionen in diesem Zeitraum im Nahen Osten.

QUELLE: UNCTAD: Handbook of International Trade and Development Statistics Supplement 1981 Seiten 264 und 265

VERLINTOGE STAATEN 1970-1980 NETTOFLUSS DER DIREKTINVESTITIONEN ZURÜCKGEFÜHRTE UND REINVESTIERTE GESAMTGEWINN NACH A-SCHWELLEN REGIONEN (in Millionen Dollar)						
Investitionsanpassung	A	B	C	D	E	F
Alle Regionen	44.009	122.705	97.223	219.988	56	18.4
Entwickelte Kap. Länder	35.399	83.482	71.850	133.332	47	16.1
Unterentwickelte Länder	7.992	35.988	25.374	79.376	71	2.1
Nicht spezifizierbare Länder	618	3.235	2.095	5.330	62	1.1

A: Nettofluß der Direktinvestitionen
B: In der Verrechnungsperiode zurückgeführte Gewinne
C: Reinvestierte Gewinne
D: Gewinn insgesamt
E: Verhältnis zwischen in die USA zurückgeführten Gewinnen und Gesamtgewinn (Prozent)
F: Gewinn aus den 1981 getätigten Investitionen (Prozent)

QUELLE: Survey of Current Business, August 1981 und 1981

Norbert
Ney

FRIEDENS-Politiker beim Wort genommen

Die neue konventionelle Auf-, Vor- und Nachrüstung der NATO - und ihre sozialen Folgen

I. „Die Schriftsteller können nicht so schnell schreiben, wie die Regierungen Krieg machen können: denn das Schreiben verlangt Denkarbeit!“ Bert Brecht

Der heiße Herbst ist vorbei, die millionenfachen Proteste gegen die Stationierung der 108 Pershing 2-Raketen und die 464 landgestützten Marschflugkörper (Cruise Missiles) in Europa sind verhallt — ohne Wirkung. Die Stationierung ist angelaufen. An den Verhandlungstischen herrscht Schweigen und in den Köpfen der Aufrüstungsgegner Ratlosigkeit. Wieviel Kraft, Zeit, Geld und Energie hat man ein ganzes Jahr lang verpulvert — für nichts. Während wir uns noch eifrig bemühen, die waffentechnischen und angriffs-taktischen Details der neuen Raketen zu studieren, Strategien zu diskutieren und über Formen des gewaltfreien Widerstands nachzudenken, wird in den USA ein Mammutprogramm konventioneller Auf- und Vorrüstung ausgebrütet und durchgeboxt, das unvorstellbare Ausmaße annimmt. Was sich da abzeichnet, ist ein so gigantisches Rüstungsprogramm, daß mich das allgemeine Schweigen der sonst so rührigen und lautstarken Friedensgruppen doppelt hellhörig macht.

II. Ronald Reagan, 72. US-Präsident, wurde von der „New York Times“ nach seiner Lieblingslektüre befragt. Seine Antwort: „The Third World War: August 1985“ (Der dritte Weltkrieg) des englischen Ex-Generals John Hackett, der in seinem Buch einen begrenzten atomaren Konflikt in Europa schildert, den die USA am Ende siegreich überstehen. (aus: der „Stern“)

Die nukleare Aufrüstung ist nur ein Teilaspekt des Nato-Langzeitprogramms (Long Term Defense Programm), das während des Nato-Gipfels im Mai 1978 in Washington vereinbart wurde. Daneben laufen Forschungsprogramme für neue Laser-Strahlenwaffen, deren Risiken und Folgen heute noch unabsehbar sind. Die weitere Entwicklung biologischer und chemischer Waffen versteht sich in einem solchen Langzeitprogramm von selbst. Aber den Schwerpunkt der Nato-Aufrüstung für das laufende Jahrzehnt bildet die konventionelle Aufrüstung. Der amtierende Oberste Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa, General Bernard W. Rogers, hat hierzu Pläne vorgelegt. Dieser „Rogers-Plan“ ordnet sich in die US-Strategie zur siegreichen Führung mehrerer und längere Zeit andauernder konventioneller wie nuklearer Kriege in verschiedenen Weltregionen ein. Der Hintergrund dieser Strategie ist klar: Erzwingung der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Kapitulation der Staaten des Warschauer Paktes.

„Wörner äußerte die Ansicht, die Sowjetunion werde nicht mehr lange in der Lage sein, beim Weiterrüsten mit den USA Schritt zu halten.“ („Frankfurter Rundschau“, 11.10.83)

Die Grundlage dafür bildet ein breit gefächertes System von Offensivoperationen bis hin zu einem strategischen Entwaffnungsschlag, also eine weitere Veränderung der bisherigen sog. Vorverteidigung in eine offensive Vorwärtsstrategie. Der Rogers-Plan sieht z.B. die Einführung weitreichender konventioneller Präzisionswaffen und modernster Aufklärungs- und Führungseinrichtungen vor. Im Falle eines „bewaffneten Konflikts in Europa“ sollen Vernichtungsschläge gegen die Verstärkungskräfte des Warschauer

militärischen, politischen und wirtschaftlichen Kapitulation der Staaten des Warschauer Paktes.

„Wörner äußerte die Ansicht, die Sowjetunion werde nicht mehr lange in der Lage sein, beim Weiterrüsten mit den USA Schritt zu halten.“ („Frankfurter Rundschau“, 11.10.83)

Die Grundlage dafür bildet ein breit gefächertes System von Offensivoperationen bis hin zu einem strategischen Entwaffnungsschlag, also eine weitere Veränderung der bisherigen sog. Vorverteidigung in eine offensive Vorwärtsstrategie. Der Rogers-Plan sieht z.B. die Einführung weitreichender konventioneller Präzisionswaffen und modernster Aufklärungs- und Führungseinrichtungen vor. Im Falle eines „bewaffneten Konflikts in Europa“ sollen Vernichtungsschläge gegen die Verstärkungskräfte des Warschauer

Pakts bereits in deren Bereitstellungsräumen geführt werden können: Liquidierung von Truppenkonzentrationen, Verbindungswegen, Flugplätzen usw. Verstärkungen des Gegners sollen so abgeschnitten, isoliert und schließlich überannt werden, damit der Angriff in die „Tiefe des Gegners“ durchgeführt werden kann. Sandkastenspiele für einen netten, kleinen Erstschatz.

III. Für den „Kreuzzug gegen den Kommunismus“ sind selbstverständlich neue Waffen notwendig. Die Rüstungsforscher müssen ja was zu tun haben. In der Diskussion ist die Anschaffung von Boden-Boden-Raketen mit präzisionsgelenkten nicht-nuklearen Einsatzmitteln, von neuen Munitionsarten, die Start- und Landebahnen, Rollbahnen und Brücken zerstören können, von Überwachungs- und Zielerfassungs- und -bekämpfungssystemen, die eine Entfernung von 100-200 km überbrücken können, darunter elektro-optische Bildarstellungssysteme, Funksender-Ortungssysteme, Allwetter-Ortungs- und Lenksysteme, von bodengestützten Radarsystemen, die Truppen innerhalb von 20 km in der „Bekämpfungszone“ orten und die entsprechenden „Zielzuweisungen“ vornehmen können, außerdem von Zielplanungs-, bekämpfungs- und Informations-Verknüpfungssystemen.

Das muß man sich einmal alles langsam auf der Zunge zergehen lassen, um das Ausmaß des Irrsinns in diesen Köpfen zu kapieren. Die angestrebte qualitativ neue Stufe konventioneller Kriegsführung der Nato ist aber keinesfalls etwa als Alternative zu einem frühzeitigen Einsatz nuklearer Gefechtsfeldwaffen geplant. Von wegen. Sie läuft vielmehr auf eine noch engere Verkoppelung der nuklearen mit der konventionellen Einsatzplanung hinaus. Hier soll der Wahnsinn aller Rüstungsbereiche perfekt vernetzt werden.

IV. „Amerikanische Truppen stehen auch auf deutschem Boden, um amerikanische Interessen in Deutschland zu verteidigen.“ Peter Merseburger in seinem neuen Buch „Die unberechenbare Vormacht“

Wem hierzu nur Millowitsch einfällt (Wer soll das bezahlen, wer hat das bestellt?), dem gibt Rogers deutlich Antwort: um dies alles finanzieren zu können, fordert er „ein jährliches reales Wachstum der Verteidigungsausgaben im Bündnis von rund vier Prozent“ im Durchschnitt für die Jahre 1983-1988. Und blauäugig fügt er hinzu: „Das ist nur ein Prozent mehr als die dreiprozentige reale Zunahme pro Jahr, welche die Nationen im Jahre 1977 als Ziel vereinbart hatten.“ Und schließlich: „Für einige Nationen betrüge der notwendige jährliche Zuwachs mehr als 4 Prozent, für andere weniger.“

(„Das atlantische Bündnis, Rezepte für ein schwieriges Jahrzehnt“, v. B.W. Rogers, in: Europa-Archiv, Folge 12, 1982, S. 378ff.)

Jahr, welche die Nationen im Jahre 1977 als Ziel vereinbart hatten.“ Und schließlich: „Für einige Nationen betrüge der notwendige jährliche Zuwachs mehr als 4 Prozent, für andere weniger.“

(„Das atlantische Bündnis, Rezepte für ein schwieriges Jahrzehnt“, v. B.W. Rogers, in: Europa-Archiv, Folge 12, 1982, S. 378ff.)

Diese anvisierte Stärkung des „dritten Elements“ der Nato-Triade im Rahmen der nach wie vor als gültig erklärten „Strategie der Flexiblen Erwidern“ ist längst aus dem Stadium der theoretischen Grübeleien heraus. Jetzt tritt die „praktische Umsetzung“ in den Vordergrund — in Gestalt von General Saccor Rogers, nachzulesen u.a.:

Rede vor der Vereinigung der US-Army am 3.10.1982
Rede auf der 28. Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung vom 15.-19.11.82
Artikel in „Europa-Archiv“, Heft 12/82
Beitrag in „Europäische Wehrkunde“, Heft 1/1983

Bei allen multilateralen Sitzungen der Nato in jüngster Zeit spielte diese angestrebte konventionelle Aufrüstung eine wichtige Rolle, wie das Kommuniqué der Tagung des Rüstungsplanungsausschusses von Anfang Juni 1983 in Brüssel belegt. Bereits Ende November 1982 stimmte der Militär-ausschuß (MC) auf der Ebene der nationalen Stabschefs dem Rogers-Plan zu, wie kurz danach auch die Nato-Verteidigungsminister auf ihrer Dezember-Tagung. Einen weitergehenden Schritt in Richtung „praktische Umsetzung“ stellte das Symposium der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik am 4. und 5. Oktober 82 in der Bundeswehr-Anlage Wahn dar (was für ein treffender Name!). Hier trafen sich hochrangige Vertreter des US- und des deutschen Verteidigungsministeriums — Staatssekretäre und Generale — sowie Vertreter der forschenden und entwickelnden Industrie beider Länder (vgl. Europäische Wehrkunde, Heft 1/83, S. 14).

Die Militärs meldeten also ihre Waffenwünsche an und die Industrie wird sich beeilen, sie zu erfüllen. Jawoll! Ebenso wie Nato-Oberbefehlshaber Rogers ließ kein Teilnehmer dieser Runde irgendeinen Zweifel darüber aufkommen, daß mit der „konventionellen Verbesserung“ keine Abstriche am nuklearen Teil verbunden sein dürften. Also stehen uns allen zusätzliche grandiose finanzielle Belastungen ins Haus — und Kohl und Wörner werden schon einen Weg finden, es aufzutreiben...

Den europäischen „Verbündeten“ werden von „unseren amerikanischen Freunden“ neue zusätzliche Rüstungsausgaben in Milliardenhöhe aufgebürdet. Schon für 1983 kämpfte Rogers um weitere 3,8 Milliarden Dollar, deren Hauptanteil die Germans liefern sollten — mehr als 637 Millionen Dollar. Wenn man davon ausgeht, daß Länder wie Portugal, die Türkei, Griechenland, Dänemark, Luxemburg und Italien sich außerstande sehen werden, dieser Zahlungsaufforderung nachzukommen, dann wird das bedeuten, daß der Anteilsschlüssel für die Bundesrepublik noch weit ungünstiger ausfallen muß! Für alle weiteren Jahre sind erneut zusätzliche Rüstungsmilliarden geplant. Donald R. Cotter, ehemals Assistent des USA-Verteidigungsministers für nuklearstrategische Angelegenheiten, geht von insge-

Fortsetzung nächste Seite

lungsaufforderung nachzukommen, dann wird das bedeuten, daß der Anteilsschlüssel für die Bundesrepublik noch weit ungünstiger ausfallen muß! Für alle weiteren Jahre sind erneut zusätzliche Rüstungsmilliarden geplant. Donald R. Cotter, ehemals Assistent des USA-Verteidigungsministers für nuklearstrategische Angelegenheiten, geht von insge-

Fortsetzung nächste Seite



KRIEG UND LEICHEN - IMMER NOCH HOFFNUNG DER REICHEN

samt mehr als 10 Milliarden Dollar für den konventionellen Teil der Nato-Aufrüstung aus. Selbstverständlich sollen die europäischen Bündnispartner „den ihnen angemessenen Anteil“ beizusteuern haben werden. Aber diese 10 Milliarden Dollar sind vor dem Hintergrund der zunehmenden Kostendiskussion, besonders in den kleinen Nato-Ländern, mit Sicherheit wesentlich zu tief angesetzt. (Donald R. Cotter, „Eine moderne integrierte Konzeption für die Vorverteilung Westeuropas“ in: Europäische Wehrkunde, Nr. 1/1983, S. 20.)

V. „Für den Ehefrieden: Soldaten-Frauen, marsch, marsch! Soldaten der britischen Rheinarmee waren zur Liebe zu müde, die Ehefrauen waren böse. Jetzt wurden die Damen in Uniformen gesteckt, mußten 5 Kilometer gepackte marschieren. Stiller! Es herrscht wieder Ehefrieden.“ (aus: „Bild“)

Angesichts eines bisher schon unverhältnismäßig hohen Rüstungsetats von über 46 Milliarden Mark und angesichts weiterer Zusagen der CDU/CSU-FDP-Katastrophenregierung an den amerikanischen Freund für die Bereitstellung zusätzlicher Mittel (beispielsweise sicherte Verteidigungsminister Wörner während des ersten USA-Besuchs von Bundeskanzler Kohl im November 1982 zu, daß sich die Bundesrepublik von 1984 an mit weiteren 350 Millionen DM am Nato-Infrastrukturprogramm beteiligen werde), muß die Frage nach den Folgen solcher Rüstungskalibration laut und heftig gestellt werden. Borella vor dieser Konferenzserie informierte die „Frankfurter Rundschau“ (am 29.11.82), daß die deutsche Seite daran denke, „bei der zusätzlichen Finanzierung, die der Rogers-Plan erforderte, auf Gelder zurückzugreifen, die aus den überproportionalen Zuwachsraten bei der Forschung und Entwicklung gewonnen werden können“. Klartext: Zusätzliche Gelder für den Rüstungsetat wurden bisher stets durch eine Umverteilung des Gesamthaushaltes erzielt. Dabei wurden und werden aber nicht nur die wichtigen Ressorts Forschung und Entwicklung beschnitten, sondern in hohem Maße besonders der gesamte soziale Bereich. Umschichtung zugunsten der Militärausgaben sind seit langem Praxis. Die Haushaltsoperationen 82 und 83 zeigen das gerade auch in den Bereichen Arbeit und Soziales, Gesundheits- und Bildungswesen. Zynisch wird von der „Besetzung bestimmter Auswüchse im Sozialbereich“ gesprochen. Aber zwischen April 1980 und Mai 1981 wurden dafür die Militärausgaben dreimal nachträglich um insgesamt 2,5 Milliarden gesteigert:

1. Im Rahmen des Nachtragshaushalts 80 für Rüstungsbeschaffungen und Militärhilfe für die Türkei um 960 Millionen DM.
2. Im Dezember 80 um 700 Millionen DM, damit die enorme Kostenexplosion beim Kampfflugzeug MRCA-Tornado kurzfristig aufgefangen werden konnte.
3. Im Mai 1981 abermals für die MRCA-Tornado um 850 Millionen DM, um verteuerte Betriebsstoffe u.a. abzusichern.

In erster Linie mußten die Etats Verkehr, Arbeit und Soziales, Forschung und Entwicklung für diese Zusatzausgaben bluten. Bei den sog. Sparaktionen im Juli 81 um 15 Milliarden DM wurde z.B. bei der Arbeitslosenversicherung, der beruflichen Bildung, den Lohnzuschüssen für ältere Arbeitnehmer, bei den Kriegsofferten, bei Wohn- und Mutterchaftsgeld kräftig gekürzt. Der Rogers-Plan wird wesentlich tiefergehendere Schnitte verursachen.

Die Milliarden für technologisch fortgeschrittene konventionelle Waffen und elektronische Aufklärungs- und Führungseinrichtungen kommen durch rabiate Plünderung der bundesdeutschen Bürger zustande — hier 4 Beispiele:

1. Erhöhung der Einnahmen der Sozialversicherung. Sie wird erreicht durch die volle Einbeziehung der Sonderzahlungen wie z.B. Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld. Dadurch ergeben sich nach Schätzungen der Bundesregierung für 1984 Mehreinnahmen von fast 4,5 Mrd. DM

Die Milliarden für technologisch fortgeschrittene konventionelle Waffen und elektronische Aufklärungs- und Führungseinrichtungen kommen durch rabiate Plünderung der bundesdeutschen Bürger zustande — hier 4 Beispiele:

1. Erhöhung der Einnahmen der Sozialversicherung. Sie wird erreicht durch die volle Einbeziehung der Sonderzahlungen wie z.B. Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld. Dadurch ergeben sich nach Schätzungen der Bundesregierung für 1984 Mehreinnahmen von fast 4,5 Mrd. DM und bis 1987 von insgesamt gut 20 Mrd. DM.
2. Erhöhung des Arbeitslosenpflichtversicherungs (AV)-Beitrages ab Januar 1983 von bisher 4 auf 4,6% des Bruttoeinkommens, was einer zusätzlichen Belastung der Arbeitnehmer von etwa 3,5 Mrd. DM entspricht.
3. Einsparung bei der Abführung der Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitslose an die Rentenversicherung. Die Bundesanstalt für Arbeit führt sie nur noch in der Höhe des Arbeitslosengeldes statt wie bis Ende '82 für den vollen Brutto Lohn ab. Diese Maßnahme wirkt sich deshalb reichlich negativ auf die spätere Höhe der Rente aus — aber rund 5,5 Mrd. DM werden für weitere Rüstungsausgaben eingespart...
4. Kürzungen beim Arbeitslosengeld, Kurzarbeits- und Schlechtwettergeld für Arbeitnehmer ohne Kinder von 68 auf 63% des vorherigen Netto-Arbeitslohnes. Jährliche Einsparung: noch einmal 1,2 Mrd. DM.

Alles nach dem beliebten Motto: Was? Schon wieder ein Krankenhaus? Und noch einen Kindergarten? Ist ja Wahnsinn — dafür könnte man glatt drei neue Tornados bezahlen...

VI. „Es wäre doch gelacht, wenn ... eine notwendige Nachrüstung bei uns vor lauter Demokratie nicht möglich wäre!“

Der Vizehofener CSU-Bundestagsabgeordnete Klaus Rose 1983 (H. „Spiegel“, Nr. 44/1983)

In Jahren steigender Arbeitslosigkeit ist der Hinweis „Eine weitere Rüstung schafft und sichert Arbeitsplätze“ blendend geeignet, die öffentliche Meinung für Rüstungsaufträge damit auch den Rüstungsexport einzunehmen. Ein gefährliches und gefährlich falsches Argument. Aber Vertreter unserer Rüstungslobby argumentieren gerne mit diesem Stuß. Der empirischen Prüfung hält keines dieser Argumente stand. Zu zahlreich sind die objektiven Fakten, wonach eine unterstellte Verbesserung der Wettbewerbsposition einer Volkswirtschaft durch Umsetzung von Know How aus dem Rüstungssektor nachweislich nicht zutrifft. Ganz im Gegenteil wird die wirtschaftliche Lage durch einen hohen militärischen Forschungs- und Entwicklungsaufwand eher dramatisch verschlechtert, je länger ein solcher Zustand

künstlich aufrechterhalten wird, weil z.B. auch die ohne Zweifel hier mehr oder weniger zufällig entstehenden zivilen Neben- und Abfallprodukte durch direkte Förderung ohne den militärischen Umweg wesentlich billiger und mehr am Bedarf orientiert zu erstellen wären. Untersuchungen der UNO und OECD belegen diesen kostspieligen Umweg. Zwar wird hohe Arbeitslosigkeit nicht ausschließlich durch hohe Militärausgaben verursacht, aber der Zusammenhang zwischen zunehmenden Rüstungsausgaben, verstärkten wirtschaftlichen Problemen und steigender Arbeitslosigkeit ist nachweisbar. Beste Beispiele sind Länder wie Großbritannien und die USA, wo Militärausgaben 5 und mehr Prozent des Bruttoinlandsproduktes schlucken. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Automatisierung aber sind nicht zu trennen und so kommt es zu der logischen Entwicklung, daß gleichzeitig mit zunehmender qualitativer Aufrüstung in volkswirtschaftlichen Dimensionen nicht nur Arbeitskräfte im zivilen Bereich ihre Arbeitsplätze einbüßen, sondern gerade auch der Rüstungssektor selbst Arbeitskräfte freisetzt, freisetzen muß, um den Zwängen der rasch steigenden Automatisierung zu begegnen. Es handelt sich also um ein „Stabilisierungsprogramm“ von Verdrängen, die Wachstum und Arbeitsplatzsicherung auf der Basis von Rüstungsindustrie versprechen. Leider haben selbst Gewerkschaften an diesem Katastrophenprogramm mitgewirkt. Außerdem kommt hinzu, daß der internationale Absatzmarkt für Rüstungsgüter alles andere als stabil ist und damit auch die Rüstungsindustrie hier permanenten Auftrags- und damit eben auch Beschäftigungsschwankungen ausgesetzt ist. Ein Teufelskreis mit Dynamitantrieb!



Rüstung tötet - täglich!

VII.

„Sperber ... geht noch weiter, als dies sogar der amerikanische Präsident in seinen diplomatischen Äußerungen tut. (...) Der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels plädiert notens volens für in Weiterdenken an der Rüstungsschraube, mit der originellen Abwandlung, daß Westeuropa sich selbst in den Zustand einer Supermacht versetzen müsse, um der Konfrontation der beiden vorhandenen sich entgegen zu können. Ist dies konsequentes Denken eines Friedenspreisträgers? Wer vielen europäischen aggressive Undankbarkeit gegenüber Amerika bestätigt, der mag zu solchem

VII.

„Sperber ... geht noch weiter, als dies sogar der amerikanische Präsident in seinen diplomatischen Äußerungen tut. (...) Der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels plädiert notens volens für in Weiterdenken an der Rüstungsschraube, mit der originellen Abwandlung, daß Westeuropa sich selbst in den Zustand einer Supermacht versetzen müsse, um der Konfrontation der beiden vorhandenen sich entgegen zu können. Ist dies konsequentes Denken eines Friedenspreisträgers? Wer vielen europäischen aggressive Undankbarkeit gegenüber Amerika bestätigt, der mag zu solchem

Weitere Milliarden für neue „Generationen“ hochpräziser, weitreichender konventioneller Waffen, verbunden mit einer komplexen elektronischen Kriegsführung, sollen nach dem Willen unserer tiefschwarzen Aufrüstungsregierung durch weitere 5 „Sparkomplexe“ freigesetzt werden:

1. Verschiebung der nächsten Anpassung der Regelsätze für Sozialhilfe an die Preiserhöhungen vom 1.1.83 auf den 1.7.83 oder später... und um nur 2% statt 3. Davon betroffen waren 2,14 Mio. Sozialhilfeempfänger — inzwischen sind es weit mehr. Zudem fiel die Kürzung in der Praxis noch drastischer aus als geplant.
2. Verringerung der nächsten Renten Anpassung an die Preiserhöhungen Mitte 84 von 5 auf etwa 3 % und durch die beschlossene Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrages für Rentner nur auf etwas über 1%. Laut Minister Blum eingespart: 1,3 Mrd. DM. Aber: eingespart von wem — und für was?
3. Beschleunigung der Mietsteigerungsmaßnahmen, Einführung von sog. Staffelmieten auf bis zu 10 Jahren hinaus und nicht nur wie bisher auf Neubauwohnungen beschränkt, sondern selbst für den Sozialwohnungsbau! Dazu Einführung der Vergleichsmiete im freifinanzierten Wohnungsbau, bei der Hauseigentümer völlig freie Hand haben werden. Betroffen werden vor allem einkommensschwache Gruppen sein...
4. Weitere drastische Erhöhungen bei Krankengeldzahlungen und Leistungen des Gesundheitswesens, Erhöhung der Rezeptgebühren pro Medikament und Erhöhung der Krankenhausaufenthalts-Zuzahlungen sowie Erhöhung der Tageszuzahlungsgebühren bei Kuren! Krankengeld soll künftig mit Beiträgen zur Rentenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung belastet werden. Jeweils die Hälfte der Beiträge sollen Krankengeldbezieher und Krankenkassen berappen. Klartext: Krankengeld wird dadurch indirekt — aber real — um 11,5% gekürzt. Rentner zahlen ab 1.7.83 Krankenversicherungsbeiträge (1%), der bis 1985 auf 5% erhöht werden soll. Allein diese Maßnahme bringt weitere rund 2,5 Mrd. DM ein!
5. Einführung einer Einkommensgrenze für Kindergeldbezug. Bei Familien mit zwei Kindern und einem Nettojah-

reseinkommen ab 42.000 Kürzung des Kindergeldes für das zweite Kind von 100 auf 70 DM und für weitere Kinder von 220 auf 140 DM, bei Anhebung der Einkommensgrenze ab dem 3. Kind um je 7.200 DM.

Ein anderes Kapitel besonders üblen Sozialabbaus stellen die Kürzungen der Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten dar. 1982 wurden noch rund 520.000 Schüler und 350.000 Studenten gefördert. Nach dem mörderischen Streikkonzept werden es noch 70.000 Schüler und maximal 50.000 Studenten sein. Weiter vorgesehene sind z.B. auch, die „Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz“, kurz Bafög genannt, nur noch zu gewähren bei „unzumutbarer Entfernung zum Wohnort“ — diese Zahl liegt bei etwa 6% der geförderten Schüler am Gymnasium und bei rund 16% der Schüler insgesamt — d.h. die Förderung würde für 84% der insgesamt geförderten Schüler gestrichen! Für eine Familie mit zwei Kindern und netto 1900 DM ist das ein Verlust von praktisch 500 DM monatlich, also 26% des Haushaltseinkommens. Die Bafög-Leistung für Studenten sind auf Darlehensbasis umgestellt worden. Davon sind ca. 300.000 Studenten betroffen — rund 86% (der bislang geförderten - ann.d.red.) („FR“, 15.4.82). Für insgesamt eine Million Arbeitnehmer- und Angestelltenhaushalte bedeutet dies massive soziale Verschlechterungen. Angesichts einer steigenden Jugendarbeitslosigkeit, dem zunehmenden Lehrstellenmangel und angesichts der rapide zunehmenden Zahlen arbeitsloser Akademiker (und die mit einem künftigen Studium verbundene hohe Verschuldung) bleiben diesen Bevölkerungsgruppen in weit größerem Maße als bisher die Stätten der Bildung verschlossen...

VIII.

„Gestreßten und bitteren Mienen sind Signale des Sozialismus.“
„Die Befruchtung ist keine Einbahnstraße.“
„Wer ja sagt zur Familie, muß auch ja sagen zur Frau.“
„Wir sind alle eine große gemeinsame Friedensbewegung.“
„Wissen Sie, wo die Kabinettstühle liegen? Ich habe sie auf der Toilette vergessen.“
(Worte des Kanzlers Kohl, 1983)

Das Versprechen von Bundeskanzler Kohl, 1983 allen Jugendlichen, die „ausbildungsbereit und ausbildungsfähig“ sind, eine „ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen“ anzubieten, hat sich als politischer Treppwitz herausgestellt. Nie gab es mehr Arbeitslose, nie so viele arbeitslose Jugendliche als zur Jahreswende 83/84. Und die vorgesehenen bzw. eingeleiteten Schritte sind ganz im Gegenteil eindeutig zu Lasten der Jugendlichen gegangen, insbesondere was den Jugendarbeitsschutz angeht. Aber Kohl hat noch weitere „Aktionen“ im Köcher, z.B. die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 13 auf 14%, von 6 auf 7 % bei Lebensmitteln, was erneute Preiserhöhungen von 1 % bedeutet und weitere Milliarden in das Staatsäckel fließen läßt. Wofür all dies Geld?

Nehmen wir noch die lächerliche Steigerung der Nettolöhne für Arbeitnehmer um ca. 1% dazu (im Gegensatz dazu ist für 1983 z.B. die Abzug der Unternehmens- NETTOGEWINNE um 9% angenommen worden), und den damit in direktem Zusammenhang stehenden negativen Einfluß auf den privaten Verbrauch sowie den drastischen Umsatzrückgang des Einzelhandels, insbesondere bei langbleibigen Konsumgütern, dann kommt dabei heraus: arbeitslose und Kurzarbeiter, Rentner und Sozialhilfeempfänger, Kranke und Kinderreiche, Schüler und Studenten, Verbraucher und Einzelhändler — in erster Linie also alle sozial Schwachen werden zur Kasse gebeten, um den Wahnsinn dieser neuen konventionellen NATO-Aufrüstung zu bezahlen. Und wie nennt dieser unser Bumm-Bumm-Kanzler das?

„Unsere Politik der Erneuerung verlangt eine Atempause in der Sozialpolitik!“ („WAZ“, 14.10.82)

ger, Kranke und Kinderreiche, Schüler und Studenten, Verbraucher und Einzelhändler — in erster Linie also alle sozial Schwachen werden zur Kasse gebeten, um den Wahnsinn dieser neuen konventionellen NATO-Aufrüstung zu bezahlen. Und wie nennt dieser unser Bumm-Bumm-Kanzler das?

„Unsere Politik der Erneuerung verlangt eine Atempause in der Sozialpolitik!“ („WAZ“, 14.10.82)

IX.

Abschließend sei noch auf einen Aspekt hingewiesen, den Rogers und seine Anhänger gern verschweigen: daß die Europäer in den kommenden Jahren um mehr als das Doppelte zur Kasse gebeten werden sollen. Jene Waffensysteme, mit denen die „Air Land Battle 2000“ ausgefochten werden sollen, werden die Europäer in den kommenden Jahren wesentlich teurer zu stehen kommen, als die Pershings und Missiles heute zusammen. Einigen Regierungen scheinen diese Pläne so sympathisch zu sein, weil sie davon ausgehen, mit diesen Rüstungsplänen einen erheblichen Teil der eigenen Industrie fördern zu können. Die Schärfe der bisherigen Auseinandersetzungen um die „Einbahnstraße Rüstungskoooperation“ sollte ihnen hingegen klar machen, daß die US-Administration alles unternehmen wird, um sich den Löwenanteil der Neuaufträge bei konventionellen Waffensystemen unter den Nagel zu reißen. Europa jedoch, so steht es nachlesbar im Rogers-Plan, ist vor allem zur Kasse gebeten werden. Um nichts anderes geht es.

X. Nuclear War/ Air Land Battle 2000 à la USA:

„Ein lustiges Kartenspiel mit einer frechen Sichtweise internationaler Diplomatie, Propaganda und schließlich: Holocaust! Zwei bis sechs Spieler engagieren sich in heiklen Verhandlungen, bis ein Kriegsgasbombe auf den Knopf drückt! Dieses fröhliche Kartenspiel ist leicht zu lernen und schnell zu spielen. Aber aufgepaßt! Wenn alle vernichtet sind — hat niemand gewonnen! ... Vor Spielbeginn erhält jeder Spieler ein paar Millionen Menschenleben als Startkapital. Außerdem wird jedem ein Handicap auf einer Geheimkarte zugelegt. Manche trifft es besonders hart: 'Zwei Millionen der Pazifisten im Land des Feindes protestieren gegen den Atomkrieg und wechseln in Dein Land über', oder: 'Zwei Millionen der Bevölkerung des Feindes wandern in Dein Land aus in der Hoffnung, von den Wohlgeboten Deines Systems zu profitieren'. Schlimm. Da ist dies schon besser: 'Du hast den Feind in ineffektive und zeitraubende Gipfelgespräche verwickelt. Wegen seiner ständigen Bemühungen muß er einmal aussetzen.' Wenn die Bevölkerung eines Mitspielers vollkommen vernichtet ist, herrscht wieder Frieden im Land. Wenn Sie Glück haben, erwischen Sie gleich 30 Millionen auf einen Streich.“
(aus: „Die Zeit“, Nr. 42/ 14.10.1983, über das US-Spiel „Nuclear War“)

IM TAKT UND AUCH INTAKT



Die harten Zeiten machen die jungen Leute mutig. Mit aller Entschlossenheit sollen sie jede Chance nutzen — und dazu gehört das gute, das „richtige“ Auftreten. Auch im privaten Kreis. Die Orientierung muß stimmen: nach oben, zur Leistung hin. Da scharen sich stets Gleichgesinnte umeinander. Kritische Muffeltypen meiden sie, wie der Teufel das Weihwasser.

Christine Pross (22) studiert Germanistik/Philosophie. „Philosophie würde ich nicht mehr studieren, lieber eine Fremdsprache. Das ist konkreter und läßt sich später gut anwenden“

„Wer Lust hat, soll studieren. Das ist besser, als auf der Straße zu stehen oder anderen die Lehrstühle wegzunehmen“

Viele junge Leute suchen eine starke Anlehnung an die Eltern. Bei den Geschäftsfreunden des Vaters konvertieren zu düften, gilt als erstrebenswert. Erst redet man über Hotels, Reisen, Weine, dann mit den Vätern über Geschäfte, Länder, Präsidenten, über die ökonomische Lage.

Bis hierhin ergibt sich keine Spur für kriminelle Energie. Der schlaksige Junge, der jeden Morgen mit dem Moped zur Schule fuhr, wird heute meistens so gekennzeichnet: „still“, „nett“, „unsicher“, „gehemmt“. Aber: „Wenn er sich bei Diskussionen nicht durchsetzen konnte, wurde er rot, bekam leichtes Augenflattern und wurde arrogant.“

Das Erröten, das leichte Augenflackern — das war ein Indiz dafür, daß Gundolf Köhler in seinem Inneren keineswegs so still sein konnte, wie es nach außen schien. In ihm brodelte es.

„Legt sie um, die roten Säue, macht sie nieder, Mann für Mann“ (WSG Hoffmann).

Vor zwei, drei Jahren schien dieser Gundolf Köhler nichts weiter als ein kreuzbraver Bursche mit gewissen Marotten zu sein. Er sammelte ja auch Fossilien, die er in Steinbrüchen selber schlug. Er schrieb kleine Artikel über Heimatkunde und Mineralien, streifte über Wiesen und Felder.

„Mein Gott, wenn ein Mann sich vergnügen will, indem er am Sonntag auf dem Land mit einem Rucksack und einem mit Koppel geschlossenen 'Battle Dress' spazierengeht, dann soll man ihn in Ruhe lassen“ (Strauß).



Heute: Der Ball geht in die achte Stunde. Aber keiner macht schlapp.

Die Damen abentieren sich, zwischenspielen lustig über Kleider. Ein Erlebnis. Noch aufregender sind die Partys im größeren Kreis. Mit allem Drum und Dran wie früher: gedruckte Einladungen, Vorstellung, Tanz, Trinksprüche.

Bei der Jugend ist wieder Stil gefragt. Und das ist nicht nur eine Äußerlichkeit. Überall treten selbst- und zielbewußte Mädchen und junge Männer an, um den verheerenden Schaden zu beseitigen, den die Null-Bock-Generation angerichtet hat



Dieser Junge stammt aus einem konservativ gefestigten, sparsamen und gläubigen Elternhaus.

Er war ein Nachkömmling, ein Kind, das aus familiärem Leid in die Welt gesetzt wurde. Das Nesthäkchen wurde umhert und behütet.

Eine Nachbarin: „Gundolf war immer ein unkompliziertes, ruhiges Kind. Er hat nie schlimme Streiche gemacht — außer, daß er vielleicht einmal ein paar Äpfel stibitzt hat.“

Ein Schulfreund sagt: „Gundolf war ein netter ruhiger Typ, hatte immer ein geschneiegeltes, gepflegtes Aussehen. Er war so ein richtiger Anstandswauwau. Er hat sich nie geprügelt, nie einen richtigen Rausch gehabt.“

Die aufmüpfigen Gammeltypen sind so rar geworden, wie früher die sauberen Streber. Sie werden gejagt, gemieden, weggeekelt. Peggy Beck, Tiefdruckreinschreibe mit kurzer Frisur und Gatsby-Anzug: „Ich mag so einen Gammeltypen garnicht anfasen, wegen der Infektionsgefahr.“ Fast ebenso groß ist ihre Berührungsmangel mit Arbeitslosen: „Einen Arbeitslosen zum Freund? Niemals!“

„Es kann aber auch sein, daß es sich bei dem mutmaßlichen Täter um einen Einzelgänger handelt, der in seiner politischen Umgebung mit diesen perversen verbrecherischen Ideen — wie sie in der 'Wehrsportgruppe Hoffmann' offensichtlich vertreten werden — in seinem verführerischen Gehirn so verheizt worden ist, daß er als Einzeltäter diese schreckliche Tat begangen hat“ (Strauß).

Die neue Generation hat wohl Gott keine Ähnlichkeit mehr mit den Lemmings, jenen seltsamen Tieren, die sich ohne Not von hohen Felsen in den Tod stürzten. Solche Mentalität hatte die Apo-Generation. Aber die ist nun runtergestürzt und somit nicht mehr da.

Ein Eigenbrötler, so sagen alle. Und dann hatte er noch Pech mit Mädchen. Vielleicht hat das bei ihm später als furchtbare psychologische „Zündung“ gewirkt.

„Wir haben keinen größeren Anteil an Verrückten als andere Länder“ (Egon Bahr).

„nur noch mit medizinischen Instrumenten zu messen“ (Helmut Ernst).



Er spielte leidenschaftlich gern Popmusik — in Überlautstärke. Die Nachbarn, die Eltern schimpften. Sie verboten ihm auch, wie ein Wüder auf sein Schlagzeug zu hauen. Er floh in Diskotheken und kam bisweilen erst morgens heim.

Keine Frage, da staute sich Aggression. Das sollte später zu einem erstaunlichen Ausbruch führen.

„Wir sind von den Rechten aus Bologna. Wir sind gegen die Roten. Wir haben gestern einen Streich gemacht. Wir werden weitermachen“ (telefonischer Bekenneranruf bei der Münchner Polizei).

Früher: Haltlose Jugendliche irrlichten durch die Stadt. Beruf und Leistung sind ihnen vergallt

Blind gehorsam waren die 80 jungen Leute, die sich von Karl-Heinz Hoffmann (43) zu rechtsradikalen Soldaten drillen ließen. Sie gehorchten wie dieser Hund (Foto), dessen Pfote Hoffmann zum Führergruß hochreißt. Hoffmann blute den jungen Leuten — auch seinem Soldaten Köhler — ein: „Wir sind Europas schwarze Legionäre! Wir kämpfen gegen den Bolschewismus! Wir wollen die Diktatur.“ Der ehemalige Kneipenwirt aus Nürnberg trug am liebsten eine grüne Uniformjacke und einen Totenkopf am Kragenspiegel.

Was aus jungen Menschen, die auf so altmodische Dinge wie Disziplin und Etikette setzen, einmal wird, bleibt abzuwarten. Aber mehr als aus ihren Vorgängern allemal.

„Über die Motive des bei dem Münchner Anschlag ums Leben gekommenen Bombenlegers besteht keine Klarheit“ (Verfassungsschutz-Bericht 1983).

Komitee gegen die schrittweise Verblödung von Staat und Gesellschaft zusammengestellt aus:

„Bunte“ vom 9.2.84 und 23.2.84 sowie

„Bild“ und „Frankfurter Neue Presse“ vom 29.9.80; „AZ-München“ vom 30.9.80; „Spiegel“ vom 6.10.80; „Quick“ vom 9.10.80; Verfassungsschutz-Bericht 1980

STATT GAMMELN SAMMELN: ERFAHRUNGEN

Das Leben ist aufregend, nicht die Nabelschau. So denken immer mehr junge Leute. Sie wissen nichts mehr anzufangen mit dem Begriff „Selbstverwirklichung“, der die siebziger Jahre prägte

Früher: Die Jugend lag lieber, als daß sie stand (wie hier im Englischen Garten in München)

Foto: Süddeutscher Verlag (2)

Diese Anzeige wurde am 16. März 1984 über eine ganze Seite in „Le Monde“ veröffentlicht. Also, Böll, Vack und weitere: An die Federn!

LA MÉMOIRE COURTE

Kurzes Gedächtnis

● **Nous citoyens français, respectueux des lois et n'accepterons jamais, que la Liberté serve de couver**

● **La Liberté est le bien de tous les Français et d'a inscrite en 1789 après les luttes séculaires contre l' avec les mots d'Égalité et de Fraternité.**

● **Nous n'acceptons pas, nous n'accepterons jamais de presse, relayée et amplifiée par des médias comp**

● **Nous n'acceptons pas, nous n'accepterons jamais manipulateurs.**

Même là où elle est battue, la gauche approche Quistrehem sont conservés par la gauche le dir réveiller aucun des démons qui ont poussé au cou n'accepterons jamais, d'en être les victimes consen

Nous voulons rétablir la vérité.

● **Car nous n'acceptons pas, nous n'accepterons parallèles et la torture, conduit et exalté les guerre nous donner des leçons de Liberté.**

● **Nous n'accepterons pas, nous n'accepterons j juridique la responsabilité collective et fait voter li**

● **Nous n'acceptons pas, nous n'accepterons jam écrite en contradiction avec les Ordonnances de politique viennent nous donner des leçons de plura**

● **Nous n'acceptons pas, nous n'accepterons jam imposé des lois d'aide à l'enseignement privé sans**

● **Nous n'acceptons pas, nous n'accepterons jan condamner cette période de notre histoire. Devrio**

Et si l'on nous parle de Robespierre et de Saint-J pas de l'Inquisition, de la Révocation de l'Édit de

— **Nous sommes les fils de la Révolution française**

● Wir, französische Bürger, die wir die Gesetze der Republik, die Institutionen sowie das Prinzip des Machtwechsels respektieren, akzeptieren nicht, werden nie akzeptieren, daß die Rechte und extreme Rechte die Freiheit als Vorwand benutzen.

● Die Freiheit ist das Gut aller Franzosen, allen voran derjenigen, die die Menschen- und Bürgerrechtsklärung von 1789, nach jahrhundertelangen Kämpfen gegen den Autoritarismus der Monarchen „von Gottes Gnade“, an den Fassaden öffentlicher Gebäude angeschlagen haben, zusammen mit den Wörtern Gleichheit und Brüderlichkeit.

● Wir akzeptieren nicht, werden nie akzeptieren, daß diese Realität durch die systematische Desinformation von Pressegruppen und gefälligen Medien entsteht wird.

● Wir akzeptieren nicht, werden nie akzeptieren, daß die Meinung und die Werte der Linken in diesem Land durch Manipulatoren erstickt werden.

Auch dort, wo sie geschlagen wurde, erreicht die Linke immer noch die 50%. Aber die Wahlniederlage von Draguignan steht im Licht der Medien. Die Wahlerfolge der Linken, am darauffolgenden Sonntag, in Etampes und Quistrehem, werden von den Informationsorganen diskret behandelt. Wir haben nicht die Absicht, die Dämonen wach zu machen, die, im Laufe ihrer Geschichte, die Franzosen zur Gewalt geführt haben. Wir akzeptieren aber nicht, werden nie akzeptieren, willfährige Opfer der Gewalt zu sein.

Wir wollen die Wahrheit wieder herstellen

● Denn wir akzeptieren nicht, werden nie akzeptieren, daß diejenigen, die die Sondergerichte hier eingeführt, die Parallel-Polizeien und Foltermethoden benutzt, die Kolonialkriege geführt und zum Exzess getrieben, in Paris selber den Tod Dutzender von Demonstranten herbeigeführt haben, uns heute Freiheits-Lektionen erteilen wollen.

● Wir akzeptieren nicht, werden nie akzeptieren, daß diejenigen, die in unsere Rechtsprechung die kollektive Verantwortung eingeführt haben und das Gesetz „Sicherheit und Freiheit“ haben abstimmen lassen, uns Rechts-Lektionen erteilen.

● Wir akzeptieren nicht, werden nie akzeptieren, daß diejenigen, die den freien Sendern einen Maulkorb schenken, das Geld über die gedruckte Presse herrschen, ihre politische Ordnung über die öffentlichen Informationssysteme (Radio, Fernsehen) walten ließen, uns heute Pluralismus-Lektionen erteilen.

● Wir akzeptieren nicht, werden nie akzeptieren, daß diejenigen, die 1959, ohne Verhandlungen und gegen den Wunsch von mehr als 10 Millionen, Gesetze zur Unterstützung des privaten Bildungswesens durchgesetzt haben, uns heute Toleranz-Lektionen erteilen.

● Wir akzeptieren nicht, werden nie akzeptieren, daß man die Exzesse und die Irrtümer der französischen Revolution benutzt, um diese Periode unserer Geschichte zu verurteilen. Sollten auch wir andere Ungerechtigkeiten, andere Verfolgungen in Erinnerung rufen müssen?

Wenn uns gegenüber von Robespierre, von Saint-Just die Rede ist, sollten wir dann an die Calas-Affaire, an die Dragonnaden (Anm. 1, 2) erinnern müssen? Und weshalb nicht auch an die Inquisition, an die Widerrufung des Erlasses von Nantes und an das Folterrad? (Anm. 3)

● Wir sind die Kinder der Französischen Revolution und der Republik. Unsere Hauptstadt, gestern wie heute, 1789 wie 1871, das ist nicht Versailles. Das war auch nie Vichy. Und wir werden uns Geschichtslektionen nicht gefallen lassen. Wir akzeptieren nicht, werden nie akzeptieren, daß unter dem Vorwand einer „Revision“, einer Veröhnung, die blutige Realität der Kollaboration weggewischt wird.

gefallen lassen. Wir akzeptieren nicht, werden nie akzeptieren, daß unter dem Vorwand einer „Revision“, einer Veröhnung, die blutige Realität der Kollaboration weggewischt wird.

● Wir sind an der Seite der Résistance, gegen die Milizen und die Kollaborateure. Mit JEAN MOULIN und DE GAULLE, gegen LAVAL und PETAIN, mit MANOUCHIAN und VERCORS, gegen DARNAND und MAURRAS (Anm. 4).

Wir akzeptieren nicht, werden nie akzeptieren, daß der Holocaust der Deportierten und der Märtyrer der Freiheit, derer von Chateaubriand und vom Mont-Valérien (Anm. 5) aus unserem Gedächtnis genommen wird, genausowenig wie wir die Folterer und ihre Komplizen vergessen werden.

● Wir akzeptieren nicht, werden nie die Desinformation akzeptieren, wonach die französische Linke die Freiheiten angeblich gefährdet, während ihre gesamte Aktion seit dem Mai 1981 (Abschaffung der Sondergerichte, Abschaffung der Todesstrafe, Legalisierung der freien Sender) beweist, daß sie auf ihren Kampf für die Freiheit nicht verzichtet hat. Um so besser, wenn andere Geistesströmungen den gleichen Kampf führen und ebenfalls bereit sind, die Freiheit zu verteidigen.

● Frankreich ist ein pluralistisches und demokratisches Land. Seine Vielfalt bedeutet seinen Reichtum. Wir beanspruchen nicht, die gesamte Geschichte Frankreichs und die Realität von heute zu sein. Wir akzeptieren aber nicht, werden nie akzeptieren, daß ein ehemaliger Präsident der Republik die heutige Regierung in den Dreck zieht, und daß ein ehemaliger Minister die gleichen Reden hält wie ein Agitator der extremen Rechten. Ebenso wenig wie den Vergleich unseres Landes mit Polen tolerieren wir antisemitische Karikaturen von unseren Ministern.

Man wird uns nicht ersticken. Das sollte man sich merken.

Wir haben kein kurzes Gedächtnis. Wir vergessen nicht, wer wir sind, woher wir kommen und woher unsere Gegner kommen. Wir lassen nicht mit uns über die immer noch lebendige Parole Liberté-Egalité-Fraternité handeln.

Wir sind die Erben derjenigen, die 1792 in diesem Land die Republik gegründet haben.

Wir verantworten unsere gesamte Vergangenheit. Wir sind die französische Linke. Und wir sind stolz darauf. DAS SOLLTE MAN SICH WEITER SAGEN!

Was uns selber betrifft, werden wir nicht aufhören, es immer wieder zu wiederholen.

Das kurze Gedächtnis

(Verein nach dem Gesetz von 1901)

BP. 433, 75233 Paris, Cedex 5.

Unterschreiben Sie diesen Text, vervielfältigen Sie ihn, treten Sie bei.

(Diese Anzeige ist von einer Gruppe von Frauen und Männern aus der Linken finanziert worden.)

Anmerkungen:

1. Calas-Affaire: Jean Calas, Händler aus Toulouse, wurde 1762 dem Folterrad ausgesetzt, weil er angeblich seinen Sohn gestört hatte, damit dieser nicht dem Protestantismus abschwört. 1765 wurde er rehabilitiert, u.a. aufgrund des inzwischen berühmten Plaidoyers von Voltaire.

2. Dragonnaden: Bezeichnung für die brutalen Verfolgungen gegen Protestanten u.a. in Südfrankreich im 17. Jahrhundert. Der Name kommt von den königlichen Dragoner-Regimenten, die die Hauptvollstrecker der Verfolgungen waren.

3. Erlass von Nantes: Der Erlass von Nantes, 1598, vom König Heinrich IV., besandete zu-

nächst die Kriege zwischen Protestanten und Katholiken. Ludwig XIV. widerrief diesen Erlass zugunsten der Protestanten 1685. Der Widerruf führte zu erneuten Religionskriegen, im Verlauf derer viele französische Protestanten das Land verließen.

4. Jean Moulin: Beauftragter de Gaulles innerhalb des Widerstands in Frankreich selber. Unter anderem wegen dessen Ermordung sitzt Klaus Barbie in Lyon.

Pierre Laval: Vize-Präsident des Ministerrats der Petain-Kollaborations-Regierung in Vichy.

Vercors: Ursprünglich ein Elektroingenieur, gab Vercors 1941, als Mitglied der Resistance,

die Novelle „Das Schweigen des Meeres“ illegal heraus. „Das Schweigen des Meeres“ bezeichnet das (stille) Schweigen Frankreichs gegenüber den Nazi-Besatzern. Nach dem Krieg veröffentlichte er u.a. antisemitische und antisowjetische Novellen wie zum Beispiel „Auf diesem Ufer“ (1958).

Charles Maurras: Führer der royalistisch-faschistischen „Action Française“ unter der Vorkriegsregierung.

5. Chateaubriand: Ort eines Gefangenengangs unter der Nazi-Besatzung.

Mont-Valérien: Erschießungs- und von Resistance-Kämpfern unter der Besatzung, Frankreich-Kommission

Arbeiterkampf
Abonnement
für Leser,
die sich etwas mehr
Zeitung zutrauen

Abenden:

An die
Hamburger Satz-
und Verlagskooperative
Lindenallee 4
Postfach 7665
2000 Hamburg 19

Bitte mit der Schreibmaschine ausfüllen

Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

☐ Halbjahresabo DM 33,— ☐ Förderabo DM 50,—

☐ Jahresabo DM 60,— ☐ Förderabo DM 100,—

☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Postfachamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203

☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

Ort, Datum

Unterschrift

(Einzugsermächtigung)

Hiermit ermächtige ich/wir die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir/uns zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unsers Girokontos.

*Nicht zu verwechseln mit Briefwechseln

Kto. Nr.
Kto.-inhaber
bei der
mittels Lastschrift einzuziehen

BLZ

den

(Unterschrift)